

School of Theology at Claremont



1001 1411784

# KIRCHLICHES JAHRBUCH

1950



Theology Library  
SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT  
California







†  
co  
v





# KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

1950

BEGRÜNDET VON JOHANNES SCHNEIDER

HERAUSGEGEBEN VON JOACHIM BECKMANN

77. JAHRGANG

1951

---

C. BERTELSMANN VERLAG GÜTERSLOH

AUSSTATTUNG E. GOLDBECKER  
COPYRIGHT BY C. BERTELSMANN GÜTERSLOH  
GESAMTHERSTELLUNG MOHN & CO GMBH GÜTERSLOH  
ALLE RECHTE VORBEHALTEN



# Inhalt

Kirchliche Zeitgeschichte (vom Herausgeber)	
Einleitung . . . . .	1
1. Kapitel: Die Evangelische Kirche in Deutschland. . . .	4
1. Die Synode der EKD in Berlin-Weißensee vom 23.—27. April 1950 . .	4
Wort zur Judenfrage . . . . .	5
Was kann die Kirche für den Frieden tun? . . . . .	7
Beschlüsse der Synode zur Flüchtlingshilfe, zum sozialen Wohnungsbau und zum kirchlichen Sammlungswesen . . . . .	10
2. Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Essen vom 23.—27. August 1950	13
Die Entschließungen des Kirchentages . . . . .	17
3. Aus der Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland . . . . .	25
Erklärung des Rates der EKD zur Frage der Mitbestimmung . . . . .	26
Botschaft des Rates der EKD zum Frieden . . . . .	27
Anschieben des Rates der EKD an die beteiligten Regierungen . . . . .	28
Der Rat der EKD an die beteiligten Kirchen . . . . .	30
4. Einzelne Ereignisse innerhalb der EKD . . . . .	31
a) Der gesamtdeutsche Theologentag . . . . .	31
b) Der Bund für freies Christentum . . . . .	33
c) Ökumenische Begegnungen. — Die Erklärung von Speyer . . . . .	34
d) Das Evangelische Studienwerk . . . . .	35
2. Kapitel: Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland . . . . .	39
1. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) .	39
Erneuerung und Vereinheitlichung gottesdienstlicher Ordnungen innerhalb der VELKD . . . . .	40
Erklärung zur Lehre vom Sakrament der heiligen Taufe . . . . .	41
Konfessionelles und überkonfessionelles („unionistisches“) Verständnis der Evangelischen Kirche . . . . .	49
Antrag auf Stellungnahme der Generalsynode zum Verhältnis der VELKD zur EKD . . . . .	54
Erklärung der Lutherischen Bischofskonferenz zu dem durch den Papst in Rom definierten Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel . . . . .	58
2. Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union . . . . .	62
Entschließung der außerordentlichen Generalsynode der EKapU . . . .	64

Grundartikel . . . . .	66
Die Ordnung der EKapU . . . . .	69
3. Die Gliedkirchen der EKD (Landeskirchen) . . . . .	72
a) Grundordnungen der Landeskirchen . . . . .	73
I. Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft . . . . .	73
Beschluß der Landessynode zur Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft in der Evangelischen Kirche von Westfalen (v. 26. Okt. 1950) . . . . .	74
II. Grundordnungen der Evangelischen Kirchen Land und Kirchenprovinz Sachsen sowie Pommersche Evangelische Kirche . . . . .	75
Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens . . . . .	75
Grundartikel der Pommerschen Evangelischen Kirche . . . . .	76
Grundordnung der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen . . . . .	77
Oldenburgisches Gesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse des Bischofs . . . . .	80
b) Pfarrer . . . . .	85
I. Vorbildung und Ausbildung . . . . .	85
Richtlinien der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen für das theologische Studium . . . . .	85
Erlaß des Württembergischen Oberkirchenrats vom 18. April 1950 über die Neugestaltung des Kirchlichen Dienstjahres für Theologiestudierende . . . . .	89
Merkblatt zum Kirchlichen Dienstjahr für Theologiestudierende . . . . .	89
II. Pastoralkolleg . . . . .	91
Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland über das Pastoralkolleg vom 17. November 1950 . . . . .	91
III. Pfarrerausschuß . . . . .	92
Kirchengesetz über den Pfarrerausschuß vom 6. Dezember 1949 (Hessen-Nassau) . . . . .	92
IV. Politische Betätigung . . . . .	93
Kirchengesetz über die politische Betätigung der Pfarrer, Kandidaten und Vikarinnen (Bayern) . . . . .	94
c) Andere Ämter und Dienste . . . . .	95
I. Pfarrverwalter . . . . .	95
Kirchengesetz über Berufung zu pfarramtlichem Dienst und öffentlicher Wortverkündigung vom 5. Juni 1950 (Sachsen) . . . . .	96
Vorläufige Ordnung für das Amt des Predigers (EKapU) . . . . .	97
II. Predigtdienst der Laien (Predigthelfer) . . . . .	98
Kirchengesetz über eine Ordnung des Predigtdienstes von Laien in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 27. Oktober 1950 . . . . .	98
III. Der katechetische Dienst . . . . .	99
Ordnung des katechetischen Dienstes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs . . . . .	100

IV. Vikarinnen und Diakone . . . . .	102
Kirchengesetz der Lutherischen Kirche Sachsens über das Amt des Diakons vom 5. Juni 1950 . . . . .	102
d) Sonstige kirchliche Ordnungen . . . . .	104
I. Erneuerung der Ordnung des gemeindlichen Lebens . . . . .	104
II. Kirchliches Finanzwesen . . . . .	104
Kirchensteuergesetz der Synoden von Rheinland und Westfalen	105
III. Kirchliche Werke . . . . .	106
Vorläufige Ordnung der Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern vom 23. September 1949 . . . . .	106
3. Kapitel: Die evangelische Kirche in der sowjetischen Besatzungszone (DDR) . . . . .	110
Briefwechsel zwischen Bischof Dibelius und dem Präsidenten der DDR Pieck . . . . .	110
Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung an die Pfarrerschaft über die poli- tische Unabhängigkeit der Kirche . . . . .	113
Bischof Dibelius an Ministerpräsident Grotewohl . . . . .	114
Kanzelerklärung der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung . . . . .	117
Brandenburgische Kirchenleitung über die Beteiligung der Pfarrer an öffentlichen Veranstaltungen . . . . .	119
Öffentliche Erklärung von Bischof Dibelius vom 29. Juli 1950 . . . . .	121
Entschließung der Pfarrerkonferenz der CDU . . . . .	123
Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung an den Ministerpräsidenten Jahn .	126
Hirtenbrief des Bischofs von Magdeburg anlässlich der Wahlen am 15. Okt. 1950 . . . . .	128
Stellungnahme der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen zur Weltfriedensbewegung und zur Politik des Staates . . . . .	131
Die Stellung der Kirchenleitung zur Weltfriedensbewegung . . . . .	132
Die Stellung der Kirchenleitung zur Politik der Regierung . . . . .	136
Das Verhältnis von Kirche und Staat . . . . .	139
Ministerpräsident Grotewohl über „Rechte und Pflichten der Kirchen“ .	145
Relais-Station Berlin-Charlottenburg: Die „kirchliche“ Tätigkeit des Bischofs Dibelius . . . . .	146
Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg an den Ministerpräsidenten Jahn .	148
Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg an das Evang. Konsistorium (mit Regierungsbeschluß) . . . . .	151
Antwort der Evangelischen Kirchenleitung auf das Schreiben des Minister- präsidenten . . . . .	154
Beschluß der Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Berlin- Brandenburg . . . . .	157
4. Kapitel: Die Auseinandersetzung über die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands . . . . .	160



Erklärung der „Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft für Deutschland“ . . . . .	161
Der Rat der EKD zur Frage der Wiederaufrüstung . . . . .	165
Wort des Bruderrates der EKD zur Wiederaufrüstung . . . . .	167
Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung . . . . .	169
Offener Brief D. Martin Niemöllers an Bundeskanzler Dr. Adenauer . . . . .	174
Offener Brief von Vertretern der Bruderschaften der Bekennenden Kirche an den Bundeskanzler . . . . .	176
Präses Wilm an den Bundeskanzler . . . . .	177
„Deutsche Sicherheit“ (Erklärung von Dr. Heinemann) . . . . .	179
EntschlieÙung der evangelischen Delegierten des Parteitags der CDU . . . . .	190
Erklärung des Presbyteriums der Petrigemeinde in Dortmund . . . . .	191
Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern . . . . .	129
Beschluß der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers . . . . .	194
Öffentliche Erklärung der „Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft für Niedersachsen“ . . . . .	194
Stellungnahme des theologischen Konvents der Bekenntnisgemeinschaft der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers zu der Flugschrift: „An die Gewehre? Nein.“ . . . . .	196
Stellungnahme von Bischof Dibelius in der Berliner Kirchenzeitung „Die Kirche“ . . . . .	210
Brief Karl Barths zur Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands . . . . .	214
Kommuniqué über ein Treffen von Vertretern der Bekennenden Kirche mit Vertretern der SPD . . . . .	220
Gemeinsame EntschlieÙung des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz in Berlin-Spandau . . . . .	223
Wort der Rheinischen Landessynode zum Frieden und zur Wiederaufrüstung . . . . .	224
 <b>Der Weg der Reformierten Kirchen und Gemeinden von 1933—1950</b>	
(Robert Steiner) . . . . .	228
I. Besinnung auf die Aufgabe der Reformierten beim Beginn des Kirchenkampfes . . . . .	228
1. Erste Erkenntnisse der Reformierten beim Beginn des Kirchenkampfes . . . . .	228
2. Das Erwachen der Gemeinden . . . . .	233
II. Von Barmen bis Siegen (Bemühungen um gemeinsames Handeln der Reformierten) . . . . .	238
1. Die erste freie reformierte Synode am 3.—4. Januar 1934 in Barmen-Gemarke . . . . .	238
2. Die Gemeinden im Kampf . . . . .	245
3. Der reformierte Kirchenkonvent in Osnabrück . . . . .	250
4. Die Haltung der reformierten Landeskirchen . . . . .	251
5. Sicherung des reformierten Bekenntnisses? . . . . .	254
6. Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Detmold . . . . .	259

7. Das Ülsener Protokoll . . . . .	262
8. Das Verfahren gegen Karl Barth . . . . .	265
9. Die zweite freie reformierte Synode in Siegen . . . . .	268
<b>III. Die Stellung der Reformierten zu den Kirchenausschüssen</b>	<b>273</b>
1. Die Spaltung der Reformierten durch die Kirchenausschüsse . . .	273
2. Die vierte Bekenntnissynode in Bad Oeynhausen . . . . .	275
3. Das Ende des reformierten Konventes in Hagen . . . . .	276
4. Gründung des Arbeitsausschusses der reformierten Kirchen . . .	278
5. Arbeitstagung des Reformierten Konventes der Bekenntnissynode .	284
6. Ende der Kirchenausschüsse und Wahlerlaß des Führers . . . .	288
<b>IV. Die Reformierten unter dem neuen Druck des Staates bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges . . . . .</b>	<b>289</b>
1. Die Terrorakte des Staates und das Verhalten der Reformierten . .	289
2. Die Reformierten im Gespräch der Konfessionen . . . . .	297
3. Der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums . . . . .	298
4. Der Eid auf den Führer . . . . .	300
5. Weitere Beschlüsse der Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Gronau . . . . .	302
6. Das Wort des Moderamens zu dem „Gebetsgottesdienst“ vom 30. September 1938 . . . . .	304
7. Ein Wort zur sogenannten Godesberger Erklärung . . . . .	305
<b>V. Die Aufrechterhaltung des Dienstes während des Krieges</b>	<b>308</b>
1. Das Verhältnis der Reformierten untereinander . . . . .	308
2. Die Stellung zu den Neuordnungsplänen in der DEK . . . . .	309
3. Staatliche Bedrückungen der Reformierten während des Krieges . .	312
<b>VI. Die Aufgaben der Reformierten nach dem Kriege . . . . .</b>	<b>313</b>
1. Der Zusammenschluß der Reformierten . . . . .	313
2. Die neue Form des Reformierten Bundes . . . . .	313
3. Die Bemühungen der Reformierten um die Einheit der EKD . . .	315
4. Ein Beitrag zu dem Lehrgespräch in der EKD . . . . .	323
<b>Evangelische Deutsche im Auslande (Gerhard Stratenwerth) . . . . .</b>	<b>333</b>
Das Gemeindeleben in den deutschen Auslandsgemeinden	
A. Europa . . . . .	341
B. Asien . . . . .	346
C. Afrika . . . . .	347
D. Amerika . . . . .	347
E. Australien . . . . .	357
<b>Schule und Kirche nach dem Zusammenbruch 1945 (Edo Osterloh) . . .</b>	<b>372</b>
<b>I. Voraussetzungen für den Dienst der Kirche an der Schule und in der Schule nach 1945 . . . . .</b>	<b>372</b>
1. Die gestaltenden Kräfte in der Kirche nach dem Zusammenbruch . .	372

2. Geistesgeschichtliche, volkpsychologische und weltpolitische Gegebenheiten in Deutschland nach dem Zusammenbruch . . . . .	374
II. Grundfragen der neuen Aufbauarbeit . . . . .	375
1. Die innere Ausrichtung des gesamten Schullebens . . . . .	375
2. Christliche Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule oder neuer Schultyp . . . . .	378
3. Inhaltliche Reform des Religionsunterrichts . . . . .	383
4. Vocatio und Visitatio . . . . .	384
5. Arbeitsgemeinschaft zwischen Pfarrern und Lehrern . . . . .	385
6. Freiheit für das Evangelium gegen den Gewissenszwang . . . . .	385
7. Die Erziehungsarbeit in den Gemeinden und in den Elternhäusern . . . . .	386
III. Die Entwicklung in der Sowjetzone . . . . .	387
1. Die staatliche Schulgesetzgebung und Schulpraxis . . . . .	387
2. Die katechetische Arbeit der Kirche . . . . .	392
3. Die Sonderstellung Berlins . . . . .	391
4. Gegenwärtige Probleme der kirchlichen Erziehungsarbeit im Osten . . . . .	395
IV. Die Entwicklung in West-Deutschland . . . . .	396
1. Die Schulbestimmungen des Bonner Grundgesetzes, ihre Voraussetzungen und ihre Auswirkungen . . . . .	396
2. Die Kämpfe um die Schulartikel in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen als Symptom für die kulturpolitische Situation im Westen . . . . .	399
3. Die allgemeine Grundhaltung der kirchlichen Schularbeit . . . . .	403
4. Der ADLLV, Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft . . . . .	405
5. Vereinigungen evangelischer Lehrer und Sammlung der Eltern . . . . .	408
6. Charakteristische Besonderheiten in einzelnen Ländern und Landeskirchen . . . . .	409
V. Gegenwärtige Möglichkeiten und Gefahren der kirchlichen Erziehungsarbeit im Gesamtbereich der EKD . . . . .	417
1a) Einheit und Gliederung der kirchlichen Dienste im lebendigen Aufbau der Einzelgemeinde und der Gesamtkirche . . . . .	417
1b) Die Bedrohung durch die Aufspaltung in Ost und West . . . . .	418
2a) Das Evangelium als die verborgene Mitte des geistlichen Lebens . . . . .	418
2b) Ghetto-Religion und pseudochristliche Reaktion als Flucht und Versuchung . . . . .	419
3a) Kirche für Welt und Volk . . . . .	419
3b) Die Illusion einer Volks- und Staatskirche . . . . .	420
4a) Der Kampf zwischen echter Gewißheit und falscher Sicherung auf dem Gebiet der Schulpolitik, der Religionspädagogik und des kirchlichen Katechumenats . . . . .	420
4b) Die Grenzen und Möglichkeiten kirchlicher Erziehung und das Ende ihrer Gefährdung . . . . .	421
<b>Kirchliche Statistik . . . . .</b>	<b>423</b>
<b>Vorbemerkung (Paul Zieger) . . . . .</b>	<b>423</b>
I. Statistik der kirchlichen Lebensäußerungen (Ernst Eberhard) . . . . .	425



1. Das Verhältnis der Taufen und Geburten . . . . .	429
2. Die Konfirmandenzahlen . . . . .	438
3. Das Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen . . . . .	439
4. Das Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen . . . . .	447
5. Die Abendmahlsbeteiligung . . . . .	450
6. Der Gottesdienstbesuch . . . . .	457
7. Die Aus- und Übertrittsbewegung . . . . .	460
Zusammenfassung . . . . .	466
II. Aus der Bevölkerungsstatistik (Walter Dielhenn) abgeschlossen am 30. 4. 1951. . . . .	469
A. Bevölkerungsstand . . . . .	469
1. Volkszählung 1950 . . . . .	469
2. Bevölkerungsgröße . . . . .	470
3. Bevölkerungsdichte . . . . .	473
4. Geschlechterrelation . . . . .	474
5. Vertriebene und Flüchtlinge . . . . .	475
6. Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land . . . . .	476
B. Bevölkerungsbewegung . . . . .	477
1. Eheschließungen . . . . .	477
2. Geburten . . . . .	477
3. Sterbefälle . . . . .	479
4. Geburtenüberschuß . . . . .	480
C. Aus der Kriminal- und Moralstatistik . . . . .	480
1. Kriminalstatistik . . . . .	480
2. Ehescheidungen . . . . .	482
3. Selbstmorde . . . . .	483
4. Uneheliche Geburten . . . . .	484
<b>Personalstand der Kirchenleitungen, Theologischen Fakultäten, Kirchlichen Hochschulen und Akademien . . . . .</b>	<b>485</b>
A. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen (EKD) . . . . .	485
Der Evangelischen Kirche in Deutschland angegliedert: . . . . .	503
1. Die Evangelische Brüder-Unität . . . . .	503
2. Bund Evangelisch-Reformierter Kirchen Deutschlands . . . . .	503
3. Bremische Evangelische Kirche . . . . .	503
Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland . . . . .	504
Deutscher Evangelischer Kirchentag . . . . .	504
Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland . . . . .	504
B. Freikirchen . . . . .	505
Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland . . . . .	505
C. Evangelisch-Theologische Fakultäten . . . . .	508
D. Kirchliche Hochschulen . . . . .	516
E. Evangelische Akademien . . . . .	518



# Kirchliche Zeitgeschichte

von Joachim Beckmann

## Einleitung

Wer als theologischer Chronist die kirchliche Zeitgeschichte des Jahres 1950 schreibt, wird beim Rückblick auf dies Jahr zuerst daran erinnert, daß mit ihm die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Ende gegangen ist. Es wäre ein reizvolles und auch wohl fruchtbares Unterfangen, bei diesem Anlaß über die fünfzig Jahre Kirchengeschichte nachzudenken und zu überlegen, welch tiefgreifende Wandlungen sich seit der Jahrhundertwende allein schon im Raum der evangelischen Christenheit Deutschlands begeben haben: das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments, die Anfänge eigenständigen evangelischen Kirchenwesens, der theologische Umbruch in der Wiederentdeckung reformatorischer Theologie, — und dann der Kirchenkampf, der Weg zur „Evangelischen Kirche in Deutschland“. Wahrlich, die erste Hälfte unseres Jahrhunderts ist reich an Ereignissen nicht nur weltgeschichtlicher, sondern gerade auch kirchengeschichtlicher Bedeutung. Erst in späteren Zeiten wird man hierüber recht urteilen können, wenn man von den Ereignissen des Tages den nötigen Abstand gewonnen hat. Wir selbst vermögen heute erst dazu mit unserem eignen, im Miterleben gewonnenen Urteil einen Beitrag, eine Vorarbeit zu leisten, indem wir uns Rechenschaft zu geben suchen über das, was bei uns geschehen ist. Dabei wird gewiß manches von dem, was wir für bedeutsam und entscheidend gehalten haben, in einem andern Licht erscheinen, während anderes, was wir selbst übersahen, in seiner Bedeutung erkannt werden wird. Dennoch wird auch unser perspektivisch verkürztes Sehen und Urteilen nicht ganz unwichtig sein, gehört es doch auch mit zu der Geschichte, die einmal über unsere Zeit geschrieben werden wird.

Das Jahr 1950 steht vor uns in der Erinnerung als das Jahr des Konfliktes am „Eisernen Vorhang“ zwischen West und Ost in Korea. Der Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen am 38. Breitengrad, der Nord- und Südkorea willkürlich in zwei Staatsgebilde zerschneidet und der zugleich die Grenze zweier Weltmächte darstellt, hat die ganze Welt in Unruhe versetzt und überall die Furcht vor einem neuen Weltkrieg wach werden lassen. Es ist begreiflich, daß dies Ereignis mit seinen noch gar nicht abzusehenden Folgen alles andre, was das Jahr brachte, in den Schatten stellte. Auch in den Kirchen der Welt, im Ökumenischen Rat der Kirchen, besonders auch in der Evangelischen



Kirche Deutschlands, wurde es zum Ausgangspunkt stärkster Auseinandersetzungen. Wie vielleicht nie zuvor wurde die Frage des Friedens zum brennenden kirchlichen Problem. Die Kirchen sahen sich vor die Frage gestellt, ob es jetzt nicht ihre eigentliche und aktuelle Aufgabe sei, etwas Entscheidendes für den Frieden der Welt zu tun. Es wurde wegen der Korea verwandten Lage gerade in Deutschland die Friedensfrage das große Thema der evangelischen Kirche.

Die katholische Welt beging das Jahr 1950 als das „heilige Jahr“, das Jahr des Jubiläumsablasses des römischen Papstes. Es wurde zu einer gewaltigen Darstellung der Größe und Weltbedeutung des römischen Katholizismus. Rom, das „Herz“, der „Mittelpunkt der Welt“, war der Wallfahrtsort von Millionen aus allen Kontinenten. Den Höhepunkt aller Feiern bildete die langerwartete Proklamierung des Dogmas von der „Himmelfahrt“ Marias am 1. November. Damit kam eine Entwicklung zum Ziel, die mit dem 8. Dezember 1854, der Proklamierung der Immaculata Conceptio begonnen hatte: die mariologische Integration des modernen Katholizismus — und die Vollendung der päpstlichen Suprematie in der Kirche. Daß damit die Hoffnungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre auf eine stärkere Annäherung der protestantischen und katholischen Kirchen einen schweren Schlag erlitten haben, dürfte außer Frage stehen.

Für die Evangelische Kirche in Deutschland war das Jahr stürmisch — schon an der Jahreswende begann die Auseinandersetzung über die öffentliche Verantwortung der Kirche an den konkreten Fragen einer christlichen Stellungnahme zu politischen Gegenwartsproblemen in Deutschland. Kaum war der erste Sturm — aus Anlaß des Interviews Niemöllers<sup>1)</sup> — ein wenig verebbt, kam es in Verfolg des Koreakonfliktes zu einer noch viel bewegteren Auseinandersetzung, die fast ein halbes Jahr die Geister gefangenhielt: die Frage der deutschen Wiederaufrüstung wurde zu einer ersten Bewährungsprobe der Praktizierung einer bewußt evangelischen Verantwortung für das politische Leben.

Während begreiflicherweise die Frage der Wiederaufrüstung im Westen Deutschlands das Hauptthema war, ging es im Osten in der Kirche um etwas ganz anderes: Hier wurde ein Kampf gekämpft für die Freiheit des Evangeliums und der Kirche von politischer Überfremdung. Hier ging es auch um eine Bewährungsprobe der Kirche in der Welt und für die Welt. Allerdings eben in der anderen Gestalt, in der die Kirche in der total politischen Welt zur Verantwortung gerufen ist.

Das eindrucksvollste Ereignis in der Evangelischen Kirche Deutschlands 1950 war ohne Zweifel der Essener Kirchentag. Wenn man auch fragen kann, ob nicht die Synode der EKD von Berlin den Essener Kirchentag an Bedeutung übertragt, so bleibt doch auch der Kirchentag

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 239.

allein schon als Faktum einer so großen und lebendigen Versammlung evangelischer Christen von nicht zu unterschätzendem Gewicht gerade für den deutschen Protestantismus in der Stärkung der Mitverantwortung der Gemeindeglieder für den Dienst der Kirche.

Auch nach draußen haben sich im Jahre 1950 neue Türen für die Evangelische Kirche in Deutschland aufgetan. Die ökumenischen Verbindungen zu den Nachbarkirchen wurden fester geknüpft, und zwar unmittelbar von Kirche zu Kirche, nicht über die zentralen Instanzen der ökumenischen Bewegung. Es entstand der deutsch-französische Bruderat und der nordisch-deutsche Kirchenkonvent. Damit wurden wichtige innerprotestantische und zugleich innereuropäische Fäden neu geknüpft, die in der gegenwärtigen Lage Europas ihre besondere Bedeutung haben. Ferner hat auch die deutsche evangelische Mission endlich wieder anfangen können, Missionare auszusenden. Nach zehn Jahren völliger Sperre ist dieser Neuanfang ein verheißungsvolles Zeichen sowohl für die Wendung in der Welt als auch für den Dienst der Evangelischen Kirche Deutschlands auf dem Missionsfeld.

Zum Abschluß dieser einleitenden Bemerkungen sei noch darauf hingewiesen, daß die innerkirchliche Wiederaufbauarbeit, die seit 1945 angefangen hat, in den einzelnen Landeskirchen still, aber beharrlich weitergetrieben worden ist. Davon geben die zahlreichen Tagungen der Synoden, die überall im vergangenen Jahr gehalten worden sind, ein bemerkenswertes Zeugnis. Auch der kritische Beurteiler der inneren Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland wird nicht daran vorbeisehen können, daß hier mit ganzem Ernst und viel Hingabe im Dienst der Kirche an der Ausrichtung des Evangeliums gearbeitet wird. Keiner weiß mehr um die Begrenztheit der uns gegebenen Möglichkeiten, als wer selbst an dieser Arbeit kirchlicher Neuordnung beteiligt ist. Aber dieser Dienst muß in aller Treue und mit allem Fleiß geschehen, auch und gerade, wenn man weiß, daß damit die vollmächtige Verkündigung des Evangeliums und der lebendige Glaube weder geweckt noch sichergestellt werden können.

Die Schwachheit unserer Kirche ist offenbar. Und unser Bericht soll auf keinen Fall den Eindruck hervorrufen, als sei hier etwas zu rühmen von der Kraft und Wirksamkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ebensowenig freilich erscheint es uns angemessen oder geboten, einer voreiligen Kritik der Ereignisse Raum zu geben. Die zahlreich beigebrachten Dokumente sollen zunächst einmal die Tatbestände möglichst klar verdeutlichen und damit einer späteren Beurteilung die Grundlage bieten.

## 1. Kapitel

# Die Evangelische Kirche in Deutschland

### *1. Die Synode der EKD in Berlin-Weißensee vom 23.-27. April 1950*

Am 17. und 18. Januar 1950 tagte der Rat der EKD in Halle/Sachsen. Er hatte sich mit den Fragen zu befassen, die auf Grund der Äußerungen Niemöllers und Grübers zu den brennenden politischen Fragen der deutschen Lage die Weltöffentlichkeit bewegten.<sup>1)</sup> Er gab hierzu eine kurze, aber bedeutsame Erklärung heraus, in der er u. a. folgendes feststellte:

*1. Würde und Freiheit des Menschen sind nach christlicher Lehre unantastbar. Auch die Einheit des deutschen Volkes, unter deren Verlust wir heute mit unserem ganzen Volke schwer leiden, darf nicht mit der Preisgabe dieser Würde und dieser Freiheit erkaufte werden.*

*2. Die Evangelische Kirche in Deutschland kann den infolge der Politik der Besatzungsmächte entstandenen Eisernen Vorhang nicht anerkennen. Er stellt eine ständige Bedrohung des Friedens und damit der Freiheit der Menschen und Völker dar.*

Das wichtigste Ergebnis dieser Ratstagung aber war offenbar der Beschluß, der im Frühjahr einzuberufenden Synode das Thema zu stellen: Was kann die Kirche für den Frieden tun? Es ergab sich unmittelbar aus der um die Jahreswende so stürmisch aufgebrochenen Diskussion über die Berechtigung der Thesen, die Martin Niemöller über die Bedrohung des Friedens aufgestellt hatte. Der Verlauf der Synode und die dann folgenden Ereignisse im politischen Leben haben dem Beschluß des Rates in einer Weise recht gegeben, wie man es damals noch nicht ahnen konnte. Die Vorbereitung der Synode im Blick auf die Größe und Bedeutung des Themas war freilich gering. Nur in wenigen Arbeitskreisen befaßte man sich mit der Sache. So kam die Synode eigentlich schlecht vorbereitet und ausgerüstet zur Bearbeitung der ihr vorgelegten Frage zusammen. Um so erstaunlicher ist es, daß sie eine Antwort gefunden hat, die mit Recht ein zeugniskräftiges Wort der Kirche zum Frieden genannt werden durfte.

Die Synode trat am 23. April in Berlin-Weißensee zusammen. Von

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 253.

den Erfahrungen der Betheler Synode her war die Sorge groß, ob es diesmal besser gelingen würde, eine Synode der Evangelischen Kirche zu sein. Aber die Sorgen waren unbegründet. Es war merkwürdigerweise alles anders als in Bethel. Vielleicht lag es nur daran, daß diesmal eine wesentliche sachliche Aufgabe von großem Gewicht zu bewältigen war, während in Bethel das dort gestellte Thema des Rechtes unter dem Übergewicht der personalen Fragen in keiner Weise zur Geltung kam. Die Einführung in das Thema der Synode gaben die Referate von Dr. Visser t' Hooft und Bischof D. Lilje.

Bei den Beratungen des Ausschusses über ein Wort der Kirche zum Frieden begab sich etwas höchst Merkwürdiges. In der Aussprache setzte sich ganz überraschend und gänzlich unprogrammäßig die Überzeugung durch, die Synode müsse vor einem Wort zum Frieden ein Wort der Kirche zur Judenfrage sagen. Nur dann sei sie bevollmächtigt, auch zum Frieden zu reden. So wurde in einem Sonderausschuß über Nacht das Wort erarbeitet, von dem gesagt werden muß, daß es mindestens schon seit 1945 seitens der Evangelischen Kirche Deutschlands hätte gesprochen werden müssen. Endlich war die Stunde gekommen, auf die viele Christen in Deutschland und in der Welt lange gewartet hatten. Die Vorlage des Ausschusses fand in der Synode ein unerwartetes Echo. Das Wort wurde nahezu ohne einen Abänderungsvorschlag angenommen, ja, die verschiedenen Sprecher im Plenum unterstrichen in überzeugender Weise Recht und Notwendigkeit dieses Wortes:

#### *Wort zur Judenfrage*

*Gott hat alle beschlossen unter den Unglauben, auf daß er sich aller erbarme.* Röm. 11, 32.

*Wir glauben an den Herrn und Heiland, der als Mensch aus dem Volk Israel stammt.*

*Wir bekennen uns zu der Kirche, die aus Judenchristen und Heidenchristen zu einem Leib zusammengefügt ist und deren Friede Jesus Christus ist.*

*Wir glauben, daß Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.*

*Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.*

*Wir warnen alle Christen, das, was über uns Deutsche als Gericht Gottes gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben; denn im Gericht sucht Gottes Gnade den Bußfertigen.*

*Wir bitten alle Christen, sich von jedem Antisemitismus loszusagen und ihm, wo er sich neu regt, mit Ernst zu widerstehen und den Juden und Judenchristen in brüderlichem Geist zu begegnen.*



*Wir bitten die christlichen Gemeinden, jüdische Friedhöfe innerhalb ihres Bereiches, sofern sie unbetreut sind, in ihren Schutz zu nehmen.*

*Wir bitten den Gott der Barmherzigkeit, daß er den Tag der Vollendung heraufführe, an dem wir mit dem geretteten Israel den Sieg Jesu Christi rühmen werden.*

Nach der Annahme dieses Wortes wurde der Synode der Entwurf des Ausschusses über die Friedensfrage zur Annahme vorgelegt. Er war in tage- und nächtelanger Arbeit gestaltet und im Feuer immer neuer Kritik ausgereift. Die anfangs zutage tretenden stärkeren theologischen Gegensätze konnten wirklich überwunden werden, so daß der Synode ein einmütiger Entwurf zur Beschlußfassung unterbreitet werden konnte. Nach einer kurzen Aussprache und Beratung wurde das Wort auf Vorschlag des Ratsvorsitzenden D. Dibelius von der Synode einmütig angenommen. Was Bischof D. Dibelius hierbei aussprach, erscheint mir von solchem Gewicht, daß es im Wortlaut festgehalten zu werden verdient:

*Wir kommen mit unserem Wort zur Friedensfrage hinein in eine Welt, in der unendlich viele Friedensworte gesprochen und Friedensresolutionen gefaßt werden. Aber was unser Wort von den meisten anderen unterscheidet, ist dieses, daß die EKD sagen darf, daß sie dieses Wort ohne jeden Hintergedanken um des Friedens der Welt willen spricht. Wir haben bei keinem dieser Sätze gefragt und fragen auch bei diesem Wort als Ganzem nicht danach, was es für eine Wirkung haben mag, sondern wir sehen dem ruhig ins Auge, daß diese Wirkung für unsere Kirche auch eine ungünstige sein kann. Wir haben uns in unserem Gewissen gedrängt gefühlt, dieses Wort zu sprechen. Wenn auch die Erörterung dieses Wortes eine mühselige Angelegenheit gewesen ist, so kam doch zum Schluß noch einmal klar zum Ausdruck, daß hinter diesem Wort der ganze Gewissensernst und die ganze Freude der evangelischen Kirche steht. Es mag mancher gewünscht haben, daß stärkere Töne angeschlagen würden; aber wir sind doch eins in dieser Klarheit vor aller Welt, daß die Kirche Jesu Christi für den Frieden steht und daß sie eine Macht des Friedens sein möchte zwischen den Völkern und in den Völkern und daß sie in diesem Willen ein Salz der Erde sein möchte.*

*Aber ich bitte Sie, die Bedeutung dieses Wortes auch vor Augen zu haben in dem Gang, den die EKD in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Dieses Wort hätte vor zwanzig Jahren nicht gesprochen werden können. Ich erinnere mich mit Bewegung daran, daß ich vor mehr als zwanzig Jahren in einem Buch schrieb, daß, wenn sich einmal Kriegsverweigerer aus Gewissensgründen finden, die Kirche die Pflicht habe, ihnen zur Seite zu stehen und ihnen zu sagen: Ihr gehört zu uns und seid unsere Brüder! Damals hat sich ein großer Sturm erhoben. Heute sagen wir es in großer Einmütigkeit. Der Wandel der Dinge zeigt sich darin, daß wir heute um bestimmte Maßnahmen wissen, die dazu dienen sollen, dem Frieden den*

Weg zu bereiten. Darum wollen wir der Welt durch eine einmütige Annahme des Wortes zum Frieden zeigen: Hier schlägt der Pulsschlag der EKD. Wir wollen zu unserem Wort stehen mit unseren Gebeten und Ermahnungen, damit einer gequälten Welt ein Krieg erspart bleibe und wirklich Friede werde auf Erden.

Das Wort zum Frieden lautet:

*Was kann die Kirche für den Frieden tun?*

In Berlin, wo der Krieg begann und wo es erschütternd vor Augen steht, daß Gottes Gericht über uns noch nicht zu Ende ist, sind wir als Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland versammelt und von Gott und Menschen vor die Frage gestellt, was die Kirche für den Frieden tun kann.

Ungezählte geängstete Menschen in der ganzen Welt schreien heute nach Frieden. Sie leben in der ständigen Angst und Sorge, es möchte abermals zum Kriege kommen. Noch ist der letzte Krieg nicht beendet, und schon wird wieder zum Krieg gerüstet. Unser eigenes Volk ist wehrlos in die Hände der Mächte gegeben, die sich voll Mißtrauen gegenüberstehen. Der Eiserner Vorhang zerschneidet den Leib unseres Volkes, und jeden Augenblick können hier Konflikte größten Ausmaßes entstehen. Dabei weiß niemand, was mit der Menschheit wird, wenn die modernen Vernichtungswaffen zur Anwendung kommen in einem Kriege, den niemand mehr in der Hand hat.

In all diesem Geschehen trifft uns das Gericht Gottes. Denn Kriege entstehen nicht von selbst. Menschen sind es, die den Krieg beginnen, weil sie nicht Gott die Ehre geben und weil sie sich gegen seine Gebote auflehnen. Gott aber läßt seiner nicht spotten. Wo man ihm die Türe schließt, brechen die Dämonen ein, die Geister der gnadenlosen Macht, der Verhetzung und des Hasses, der Ratlosigkeit und der Angst. Die Völker sind im Aufruhr gegen Gott und haben die Ordnungen zerrissen, die Gott für ihr Zusammenleben gesetzt hat.

Wir bezeugen hiermit jedermann: Es gibt einen Weg zum Frieden.

Wohl steht es nicht in unserer Hand, die Sünde, den Krieg und den Tod von der Erde zu verbannen. Aber mitten in dieser Welt hat Gott seinen Weg des Friedens erschlossen. Durch Jesus Christus, den Gekreuzigten und Auferstandenen, hat er den Frieden gemacht mit der Welt. Christus ist unser Friede. Es ist niemand, dem diese Botschaft nicht gilt.

Wie gebannt schauen wir auf die Mächte, die unumschränkte Gewalt zu haben scheinen, aber in dem Auferstandenen Jesus Christus hat die Welt ihren Herrn, und nichts mehr kann ihm den Sieg nehmen. Wir schauen auf die schweren Kämpfe und die zahllosen Schrecken in der Welt. Aber in diesem allem geht es auf die Vollendung der Herrschaft Jesu Christi zu. An seinem Tage wird er eine neue Erde schaffen, in der Gerechtigkeit wohnt. Wir hören viele Versprechungen, die ein Reich des Friedens verheißen, aber das Reich des Friedens, das Gott liebt, ist bereits angebrochen,

der Zugang zu ihm steht allen offen, die an Jesus Christus glauben. Jeder Tag mit seiner Last ist ein Tag Jesu Christi, und auch die Zukunft hält er in seiner Hand. Wir haben Angst vor dem Krieg, aber Jesus Christus hat die Welt mit ihrer Angst überwunden. Wir leben aneinander vorbei mit der Frage: Soll ich meines Bruders Hüter sein? Aber Jesus Christus bringt uns als seine Brüder zusammen. Wir wissen es nicht anders, als daß wir dahinsterben, aber Jesus Christus hat dem Tode die Macht genommen. Das ist der Friedensbund, den Gott mit uns geschlossen hat.

Diesen Frieden Gottes auszurufen, ist der Dienst, den die Kirche in der Welt zu tun hat. Auch sie lebt in Streit, und viel Streit ist in ihr entstanden. Aber in seiner Barmherzigkeit hat Gott sie noch in der Welt gelassen mit seinem Wort und Sakrament, mit dem Gebet und mit der Gemeinschaft. Darum, weil Jesus Christus der Herr ist, ist sie die Stätte des Friedens. Es ist ein Zeichen dieses seines Friedens, daß er im Kriege und nach dem Kriege die Christen der Welt unter seiner Vergebung zusammengebracht hat. In allen Völkern wird heute die ökumenische Gemeinschaft der Christenheit sichtbar. Auf beiden Seiten verfeindeter Völker stehen Christen, die ihrem Herrn gehören. In Deutschland selber hält die Christenheit in Ost und West die Gemeinschaft des Glaubens, der Liebe und des Gebetes fest. Keine Macht der Welt ist stärker, die Abgründe des Hasses und des Neides zu überwinden, als die Vergebung Jesu Christi. Darum haben wir uns schuldig gemacht, weil wir dem entrechteten Bruder, dem Heimatlosen, dem Menschen des anderen Volkes, die Liebe nicht gaben, die ihm gehörte. Wir machen uns von neuem schuldig, wenn wir nicht bereit sind, für diese Botschaft des Friedens auch zu leiden und Opfer zu bringen. Im Gebet hat Gott selber uns Macht geschenkt, seinen Frieden allen Menschen zu erbitten. So können alle Glieder der Gemeinde, auch die Kranken und die Leidenden, auch die Kinder und die Alten, etwas für den Frieden tun. Jedes Wort der Vergebung, das wir mit dem Hausgenossen oder dem Nachbarn tauschen, jedes unterdrückte Wort der Mißgunst, jeder Verzicht auf Selbstrechtfertigung und Rache, alle Nachfolge Jesu Christi in der Wahrheit und in der Geduld ist eine Tat des Friedens.

Was kann die Kirche für den Frieden tun?

Unser Herr Jesus Christus sagt: „Selig sind, die Frieden stiften, denn sie sollen Gottes Kinder heißen.“ Als solche, die an den Friedensbund Gottes mit der Welt glauben, wissen wir uns berufen, Frieden zu suchen mit allen Menschen und für den Frieden der Völker zu wirken gemeinsam mit allen, die ihn ernstlich und ehrlich wollen.

Wir bitten deshalb alle Glieder unseres Volkes, wie wir es schon in unserer Botschaft von Eisenach im Jahre 1948 getan haben: Haltet euch fern dem Geist des Hasses und der Feindseligkeit. Laßt euch nicht zum Werkzeug einer Propaganda machen, durch die Feindschaft zwischen den Völkern gefördert und der Krieg vorbereitet wird. Auch nicht zum Werkzeug irgendeiner Friedenspropaganda, die in Wirklichkeit Haß sät und den Krieg betreibt! Verfallt nicht dem Wahn, es könne unserer Not durch



einen neuen Krieg abgeholfen werden. Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen. Wir legen es jedem auf das Gewissen, zu prüfen, ob er im Falle eines solchen Krieges eine Waffe in die Hand nehmen darf.

Wir wenden uns an die Regierungen unseres Volkes: Achtet das Recht, dessen Ursprung und Hüter Gott ist, auch in eurer eigenen Rechtsetzung. Übet Gerechtigkeit! Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Anerkennung des Rechtes, das Gott am Menschen hat. Gott ist der Herr. Er allein hat das Recht über das Leben und das ganze Sein des Menschen. Nur wenn der Staat dieses heilige Recht Gottes achtet, wahrt er die Würde und die Freiheit des Menschen.

Dazu gehört, daß kein Mensch seiner Freiheit beraubt wird, ohne daß er einem gerechten Gerichtsverfahren zugeführt wird. Dazu gehört, daß in Glaubens- und Gewissensfragen kein Zwang und Terror geübt wird, daß niemand wegen seines Glaubens, seiner Weltanschauung oder seiner Rasse verfolgt oder benachteiligt wird, daß niemand zu Handlungen genötigt wird, die gegen sein Gewissen sind. Wir mahnen die Regierungen in unserem Volke, dieses heilige Recht des Menschen, das er als Geschöpf Gottes hat, nicht zu verletzen. Solche Verletzung zerstört alle Ordnung und den Frieden im Volke.

Wir bitten alle, die Verantwortung tragen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln soziale Gerechtigkeit zu wirken, allen Unterdrückten und Entrechteten, Heimatlosgewordenen, Ausgebombten und Kriegsoptionen zu ihrem Recht zu verhelfen und ihnen den notwendigen Raum zum Leben zu gewähren.

Wir beschwören die Regierungen und Vertretungen unseres Volkes, sich durch keine Macht der Welt in den Wahn treiben zu lassen, als ob ein Krieg eine Lösung und Wende unserer Not bringen könnte. Wir begrüßen es dankbar und voller Hoffnung, daß Regierungen durch ihre Verfassung denjenigen schützen, der um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert. Wir bitten alle Regierungen der Welt, diesen Schutz zu gewähren. Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiß sein.

Wir wenden uns an die Mächte, die unser Land besetzt halten, und an alle Machthaber der Welt, die es angeht:

Gebt endlich die Gefangenen, Verschleppten und Internierten frei, die durch den Krieg in eure Hände gefallen sind! Laßt Barmherzigkeit walten gegen alle, die in eurer Gewalt sind.

Beendet durch gerechte Friedensverträge endlich den Krieg, der die Völker zerschlagen hat!

Beseitigt endlich die Zonengrenze zwischen Ost und West, die unser Volk zerreißt und den Frieden der Welt gefährdet!

Gebt dem deutschen Volk die Möglichkeit, sich in Freiheit eine neue

*Rechtsordnung zu schaffen, in der Osten und Westen wieder zu einer Einheit kommen können!*

*Sorgt dafür, daß die Grenzen der Staaten nicht länger Mauern bleiben zwischen nationalen und ideologischen Machtsphären!*

*Wir wenden uns mit unserem Wort an die Regierungen aller Welt, sich zusammenzuschließen in einer neuen Gemeinschaft des Rechtes, in welcher der Friede mit allen erdenklichen Mitteln gesucht und gewahrt wird. Der Preis, den jede Nation in dieser Gemeinschaft zu zahlen hat, mag hoch sein; aber er ist niemals zu hoch, wenn dadurch der Friede der Welt gewonnen und erhalten wird.*

*Wir bitten alle Kirchen der Welt, mit uns in diesem Ruf an die Völker zusammenzustehen und nicht müde zu werden, ihn an die Regierungen ihres Landes zu richten.*

*Was kann die Kirche für den Frieden tun?*

*Noch ist Gottes Zorneshand über uns ausgereckt. Wo Er sich nicht erbarmt, sind alle unsere Bemühungen umsonst. Aber Er ist ein Gott des Friedens und verheißt uns Seine Gnade. Darum müssen wir anhalten am Gebet für den Frieden.*

*Wir bitten die Christen in aller Welt um dieses Gebet.*

*Wir rufen die evangelischen Kirchen in Deutschland auf, in ihren Gottesdiensten regelmäßig um den Frieden der Welt zu bitten, sich an bestimmten Tagen zu gemeinsamer Fürbitte für den Frieden zu vereinigen und in solches Gebet vor allem die Regierungen einzuschließen, auf denen die besondere Verantwortung für Krieg und Frieden liegt.*

*Bevor dieses Wort zur Abstimmung kommen konnte, hatte die Synode eine ganze Anzahl von anderen Gegenständen beraten, u. a. den Haushaltsplan der EKD, der bekanntlich immer viel Schwierigkeiten bereitet, weil er wesentlich zu Lasten der Gliedkirchen geht. Erwähnenswert erscheinen von den Beschlüssen der Synode nur noch drei: zur Flüchtlingshilfe, zum sozialen Wohnungsbau und zum kirchlichen Sammlungswesen.*

*Die in Berlin versammelte Synode der EKD begrüßt es, daß die Vereinten Nationen einen Hohen Kommissar für Flüchtlinge bestellt haben. Sie sieht darin eine Bestätigung der wiederholt von der ökumenischen Christenheit ausgesprochenen Erkenntnis, daß das Flüchtlingsproblem seiner Herkunft und seinem Umfang nach großzügige internationale Maßnahmen erfordert. Die evangelische Christenheit in Deutschland ist entschlossen, den in Deutschland verbleibenden Schutzbefohlenen des Hohen Kommissars Fürsorge an Leib und Seele zuteil werden zu lassen. Die Synode spricht dem Weltrat der Kirchen und dem Lutherischen Weltbund ihren Dank für die hingebungsvolle Arbeit zum Wohle der Heimatlosen und Flüchtlinge aus. Gleichzeitig bittet sie, darauf hinzuwirken, daß die Zuständigkeit des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen auf alle*



Heimatlosen ohne Ansehen der Rasse, Konfession und Nation ausgedehnt werden möge.

Die in Berlin versammelte Synode der EKD beauftragt den Rat, das Hilfswerk der EKD zu betrauen mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen für eine wirksame Beteiligung von Gliedkirchen und Gemeinden beim sozialen Wohnungsbau im Bereich der Bundesrepublik Deutschland.

Die Synode erwartet, daß

a) der soziale Wohnungsbau in der Nähe der Arbeitsstätten bevorzugt und beschleunigt wird, damit räumlich getrennte Familien wieder zusammengeführt werden;

b) Heimatlos gewordenen und anderen schwer Getroffenen im Rahmen des Lastenausgleichs geholfen wird, das vom Gesetzgeber verlangte Eigenkapital aufzubringen.

Das Hilfswerk der EKD soll in seinen Bemühungen um die Schaffung gewerblicher Siedlungen und Aufbaugemeinschaften fortfahren mit dem Ziele, möglichst vielen zu einem sozial verantwortbaren Eigentum zu verhelfen.

Die Synode beauftragt den Rat der EKD, dafür Sorge zu tragen, daß die Opferfreudigkeit der Gemeinden zur Linderung der großen Not aufs neue geweckt und gestärkt wird. Eine planvolle Ordnung des Sammlungs wesens soll dazu helfen, daß der Liebeswille der Gemeinden das ihm gebotene Ziel möglichst wirksam erreicht. Deshalb empfiehlt die Synode dringend die Beachtung folgender Richtlinien:

Wie die Kollekten in den Gottesdiensten sollen auch Haus- und Straßensammlungen sowie besondere Hilfsaktionen für Notgebiete im Einvernehmen mit den Landeskirchenleitungen und unter deren Verantwortung erfolgen. Für Sammlungsaktionen, die der gegenseitigen Hilfe innerhalb der Gesamtkirche dienen, muß der Rat im Rahmen einer Gesamtplanung seine Verantwortung wahrnehmen. Dadurch allein werden Überschneidungen verhindert und Überforderungen der Gemeinden vermieden. Die freie Initiative der christlichen Werke und Verbände erhält so die notwendige Lenkung und Ordnung.

Bei diesem Anlaß beauftragt die Synode den Rat, den Grundsatz zu vertreten, daß eine die Sammlungsfreiheit der Kirche einengende oder gar aufhebende Gesetzgebung dem Liebesgebot der Kirche widerspricht.

Die Kirche wird immer bereit sein, die Termine ihrer Sammlungen mit denen anderer Verbände abzustimmen. Ein Verbot aber und die Verhinderung, ihre Glieder um freie Opfer zu bitten, kann sie nicht anerkennen.

Es wäre noch mancherlei vom Verlauf der Synode, ihren Gottesdiensten, ihren Beratungen, Berichten und Aussprachen, insbesondere auch von der feierlichen Stunde der ökumenischen Grüße in der Sophienkirche zu berichten. Aber das würde uns zu weit führen. Was es um die Synode war, wurde vom Präses der Synode Dr. Heinemann in seinem

Schlußwort so treffend ausgeführt, daß wir es zum Abschluß unseres Berichtes bringen wollen:

*Wir haben uns alle mit Beklemmung auf den Weg gemacht angesichts dessen, was wir uns vorgenommen haben. Es ging eine große Ratlosigkeit durch unsere Reihen. Noch mehr: Mir ist von der letzten Synode das Wort einer Andacht nachgegangen, ein Wort aus dem Gleichnis vom unfruchtbaren Feigenbaum: „Herr, laß ihn noch dies Jahr, bis daß ich um ihn grabe und bedünge ihn, ob er wolle Frucht bringen; wo nicht, so haue ihn danach ab.“ Dieses Wort ist in der Zwischenzeit immer wieder vor mir aufgetaucht. Läßt der Herr uns noch diese Zeit? Er hat es getan. Wenn wir am Ende der Synode vor der Frage stehen, was wir zuwege gebracht haben, dann können wir sagen: Gott hat uns noch näher an die Grenze geführt, wo es um letzte Entscheidungen geht. Aber er hat uns auch erfahren lassen, daß er in seiner Treue an uns handelt. Das ist das Entscheidende, was wir erlebt haben: Gott handelt an uns. — Es ist eine Qual gewesen um das Wort zur Judenfrage. Es wurde uns damals nicht geschenkt, und diese Schuld ging mit uns. Diesesmal war uns vielleicht die letzte Chance gegeben, es zu sagen. Gott schob uns diese Frage in den Weg. Vielleicht hat ihm unsere Erklärung in Stuttgart nicht genügt, oder wir sind untreu gewesen. Aber nun hat er uns die Frage noch einmal hingeschoben. Ich empfinde es geradezu als eine Durchbruchsschlacht der Befreiung, die sich hier vollzogen hat, und ich glaube, daß es ein heilsamer Weg für uns werden kann, wobei wir es Gott überlassen, wohin das Wort uns führt.*

*Und nun ist uns noch dieses Wort zum Frieden geschenkt worden, das wir in Einmütigkeit hinausgehen lassen dürfen. Wir wissen, daß es umstritten werden wird. Die Synode in Bethel hat sich zu sehr mit Fragen der kirchlichen Ordnung aufgehalten. Wenn wir sie mit unserer Synode vergleichen, dann dürfen wir vor unsere Gemeinden hintreten mit dem Hinweis darauf, daß nur einer von den fünf Tagen dem Geld und den Paragraphen gewidmet war; sonst haben wir sehr grundlegende Dinge behandelt: die Frage des Friedens und der dienenden Gemeinde. Aber ich glaube, daß es vielleicht das Wesentliche ist, daß wir von hier fortgehen dürfen mit dem Gefühl, innerlich zusammengedrückt und näher zueinander hingeführt zu sein. Die EKD geht von dieser Synode mit einer neuen Kraft ihren weiteren Weg, und wir wollen unseren Gemeinden den Dank dafür sagen, daß sie sie mit ihrer Fürbitte getragen haben.*

*Die Welt mag diese Synode mit anderen Augen ansehen; sie mag Parolen des politischen Lebens vermißt haben. Aber die Kirche und die Welt sind etwas Verschiedenes. Wir stehen unter einer Führung und vertrauen uns dieser Führung an, auch wenn sie Umwege mit uns zu gehen scheint.*

*Es mag auch für die Presse eindrucklich gewesen sein, daß hier nicht eilig eine Sache mit Mehrheitsentscheidung erledigt wurde, sondern daß*

*mit dem dissidentierenden Bruder der Brückenschlag bis zuletzt versucht wurde. Es war uns wichtig, in aller Offenheit unsere Meinung zu sagen, auch unsere Meinungsverschiedenheit, in dem Bewußtsein, daß hier aus der Kraft Gottes gehandelt werden darf. — So gehen wir mit Dank gegen Gott auseinander und stellen ihm anheim, wohin er uns führen will. Er ist in Jesus Christus unser Friede.*

Das Echo, das die Synode mit ihren beiden Hauptworten in Deutschland und weit darüber hinaus fand, war groß. Überall wurde die Botschaft zum Frieden verbreitet, von den Kanzeln verlesen, in der kirchlichen und politischen Presse veröffentlicht. Natürlich fand sie auch Ablehnung, zumal in der Ostzone, wo ihrer öffentlichen Verbreitung hier und da Hemmnisse in den Weg gelegt wurden. Es wurde von der Synode dafür Sorge getragen, daß sie ihren Weg auch zu den führenden Männern der Weltpolitik in West und Ost fand, und der Rat wurde ausdrücklich gebeten, beim Ökumenischen Rat der Kirchen und seiner Kommission für internationale Angelegenheiten im Sinne des Friedenswortes vorstellig zu werden und ihn zu bitten, durch Begegnungen führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den verschiedenen Ländern den Geist der Versöhnung zu stärken.

Wie sehr das Wort der Synode zum Frieden ein Wort zur rechten Stunde war, trat schon bald nach der Tagung der Synode unübersehbar ans Licht, als Ende Juni in Korea am 38. Breitengrad der Krieg zwischen Nord- und Südkorea ausbrach und die Amerikaner mit anschließender Legitimierung und Unterstützung der UNO in den Konflikt eingriffen. Was sich daraufhin in der Evangelischen Kirche Deutschlands ereignete, ist so bedeutungsvoll, daß es in einem besonderen Kapitel behandelt werden soll.

## *2. Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Essen vom 23.-27. August 1950*

Im Sommer 1949 wurde bei der „Deutschen Evangelischen Woche“ in Hannover der „Kirchentag“ geboren.<sup>1)</sup> Damit war in der Evangelischen Kirche Deutschlands etwas Neues erstanden. Denn der frühere Deutsche Evangelische Kirchentag war eine verfassungsmäßige Organisation des Kirchenbundes von 1922, also mehr ein Vorläufer der Synode der EKD. Der nun neu entstandene Kirchentag ist dagegen so etwas wie eine freie Sammlung evangelischer Christen Deutschlands, die sich für die Kirche und ihren Dienst verantwortlich wissen. Diese Sammlung repräsentiert die EKD in einer ganz anderen Weise als etwa eine Synode. Sie ist der Ort der Aussprache, der Begegnung der Menschen — aber auch des Zeugnisses, der Kritik, des Aufrufs: Dienst des

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 68.

Christen an der Kirche und an der Welt, christliche Selbstkritik und Weltkritik. Daß es so etwas geben müsse und daß dafür die derzeitige Konstruktion der Synode der EKD nicht geeignet sei, das führte offensichtlich zur Konstituierung des Kirchentages mit dem gleichzeitigen Willen, sobald wie möglich die angefangene Arbeit fortzusetzen. Darum wurde die Einladung, im Jahre 1950 nach Essen zu kommen, gern angenommen. Die Vorbereitungen für einen groß angelegten Kirchentag im Ruhrgebiet nahm der Präsidialausschuß so tatkräftig in die Hand, daß eine wirkliche „Vorbereitung“ der evangelischen Christenheit auf den Tag möglich wurde. Dem diente vor allem ein Vorbereitungsheft mit Ausarbeitungen über die Einzelthemen, die geschickt unter das Gesamtthema: *Rettet den Menschen!* zusammengefaßt waren: *Rettet seine Freiheit, seine Heimat, seine Familie, seinen Glauben.* Daraus ergaben sich die „Arbeitsgruppen“, in die von vornherein der Kirchentag aufgegliedert wurde, da man nur dadurch zu einer einigermaßen fruchtbaren Arbeit kommen konnte. Und zu einer Arbeit, ja Arbeitsgemeinschaft sollte es auf dem Kirchentag auf jeden Fall kommen. Denn er war nicht dazu ausersehen, eine Großkundgebung demonstrativen Charakters zu werden. Wenn auch eine ungewöhnlich große Menge von Teilnehmern zum Kirchentag erwartet wurde, so sollten diese eben doch zur gemeinsamen Arbeit an den Problemen der Gegenwart zusammenkommen. Nun wurden allerdings alle Erwartungen übertroffen. Es kamen viel mehr, als man gedacht hatte, um in den großen Hallen der „Gruga“ an der dreitägigen Arbeitstagung teilzunehmen. Jede Halle vermochte zwischen drei- und fünftausend Menschen zu fassen. Und sie waren fast immer besetzt, d. h. es nahmen an der Arbeit gegen 20 000 teil. Nur ein Überblick über das Programm vermag einen Eindruck zu verschaffen von der Leistung derer, die den Kirchentag aufbauten, und von der Größe und Weite dessen, was in den Augusttagen in Essen den Teilnehmern geboten wurde:

*Dienstag, den 22. 8.*

*13 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Werkkunst im Dienste der Evangelischen Kirche“*

*Mittwoch, den 23. 8.*

*11 Uhr: Rüststunde für alle Prediger, Referenten und Mitarbeiter*

*16 Uhr: Eröffnung des Deutschen Evangelischen Kirchentages*

*20 Uhr: Eröffnungsgottesdienste*

*Donnerstag, den 24. 8.*

*9 Uhr: Morgensegen*

*9.30 Uhr: Botschaft der Bibel*

*10.30 Uhr: Singstunde*

*11.05 Uhr: Vorträge in den Arbeitsgruppen *Rettet den Menschen**



*Arbeitsgruppe I Rettet seine Freiheit*

*1. Thema: Mensch oder Arbeitstier*

*Arbeitsgruppe II Rettet seine Heimat*

*1. Thema: Vertriebene und Eingesessene*

*Arbeitsgruppe III Rettet seine Familie*

*1. Thema: Zuviel Arbeit oder gar keine*

*Arbeitsgruppe IV Rettet seinen Glauben*

*1. Thema: Ist die Kirche unglaubwürdig?*

*15.30—17.30 Uhr: Diskussion über das Thema vom Vormittag*

*16 Uhr: Dichterlesungen*

*Orgelimprovisationen über gestellte Themen*

*20 Uhr: Abend der Begegnungen*

*Freitag, den 25. 8.*

*7.30 Uhr: Abendmahlsgottesdienste*

*9 Uhr: Morgensegen*

*9.30 Uhr: Botschaft der Bibel*

*10.30 Uhr: Singstunde*

*11.05 Uhr: Vorträge in den Arbeitsgruppen*

*Arbeitsgruppe I 2. Thema: Der Mensch im Kollektiv*

*„ II „ Grenzenlos allein*

*„ III „ Was soll aus unseren Kindern werden?*

*„ IV „ Ärger an den Frommen*

*15.30—17.30 Uhr: Diskussion über das Thema vom Vormittag*

*16 Uhr: Dichterlesungen*

*Uraufführung des Oratoriums „Dein Reich komme“ (Drießler)*

*20 Uhr: Wort zur Stunde „Menschenfurcht und Gottesfurcht“*

*21.30 Uhr: Abendmahlsgottesdienste*

*Sonnabend, den 26. 8.*

*7.30 Uhr: Abendmahlsgottesdienste*

*9 Uhr: Morgensegen*

*9.30 Uhr: Botschaft der Bibel*

*11.30 u. 14.30 Uhr: Berichte der Arbeitsgruppen*

*17 Uhr: Dichterlesungen*

*Konzert mit Werken von J. S. Bach*

*Kirchenmusik mit Werken alter und zeitgenössischer Meister*

*Feierstunde der Jugend*

*20 Uhr: Wort zur Stunde „Das kommende Reich“*

*21.30 Uhr: Abendmahlsgottesdienste*

Der Verlauf des Kirchentages ging ganz „programmäßig“ vor sich. Nur daß man oft nicht mit den herbeiströmenden Mengen der Teilnehmer fertig wurde. Die Eröffnung geschah in einem Festakt, an dem zahlreiche Repräsentanten des Staates und der Kirche teilnahmen.



Auf staatlicher Seite waren Bundespräsident Professor Heuß und Bundeskanzler Dr. Adenauer mit einer Reihe von Ministern erschienen, auf kirchlicher Seite Bischof D. Dibelius mit fast allen Ratsmitgliedern der EKD, den Bischöfen und geistlichen Leitern der Landeskirchen sowie vielen Vertretern der Werke und Verbände. Vor ihnen legte der Präsident des Kirchentages, D. von Thadden, das Programm dar.

Die Arbeit des Kirchentages, die von täglichen Gottesdiensten und ausführlicher Bibelarbeit getragen wurde, ging in den vier Gruppen vor sich, wo in gründlichen Referaten und teilweise sehr bewegten Aussprachen die Einzelthemen behandelt wurden. Welche Spannungsweite sich dabei ergab, zeigte sich vor allem in der zweiten Arbeitsgruppe, deren Beratungen zum Thema „Rettet die Heimat“ der niedersächsische Flüchtlingsminister Pastor Albertz einleitete. Dabei kamen auch die Fragen um Krieg und Frieden, Sicherheit und Aufrüstung offen zur Sprache. Sehr freimütig wurde auch in den anderen drei Arbeitsgruppen gesprochen. Die gleiche Freimütigkeit kennzeichnete die Abendvorträge. So legte Dr. Gerstenmaier in dieser Veranstaltungsreihe dar, welche Forderungen sich ihm aus christlichem Gewissen bei einer Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage ergeben. Hatte Pastor Albertz betont, daß Westdeutschland nur durch die Schaffung sozialer Gerechtigkeit gesichert werden könne, so trat Dr. Gerstenmaier für einen Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung des Abendlandes im Rahmen eines geeinten Europas nachdrücklich ein.

Am Samstagnachmittag traf sich in der „Dahlienarena“ die evangelische Jugend. Zu den mehr als 15 000 Jugendlichen sprach nach Grußworten der Kirche und der Jugend M. Niemöller.

Höhepunkt und Abschluß des Kirchentags war die Hauptversammlung im Essener Stadion am Sonntag. Ihn leiteten in den Grugahallen und in allen Kirchen der Stadt Festgottesdienste ein, die große Gemeinden unter die Kanzeln riefen. Die bekanntesten Prediger aus allen Landeskirchen waren hier mit Männern der Ökumene, darunter Dr. Visser 't Hooft und der Präsident der Reformierten Kirche Frankreichs, Pastor Maury, im Dienst der Verkündigung. Für die Jugend fanden besondere Gottesdienste statt. Sobald sich die Hallen und Kirchen geleert hatten, begann das Treffen der Männer und Frauen, das der weiteren Arbeit gewidmet war.

Inzwischen hatten die letzten Sonderzüge die auswärtigen Besucher aus allen Teilen Westdeutschlands gebracht. 150 000 Menschen waren es schließlich, die sich nachmittags um das große stählerne Kreuz im Ruhrstadion zusammenfanden. Ein Chor von tausend Posaunenbläsern und Sängern erfüllte das weite Oval mit seinen Darbietungen, bis die Glocken am Eingang des Stadions diesen großen Gemeindetag einläuteten. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Wach auf, wach auf, du deutsches Land“ wies dann Präses D. Held auf das Kreuz inmitten des Stadions hin: es sei unter den Ruinen der Melanchthon-

Kirche geborgen worden und stehe nun hier, als ein Zeichen der Gnade und Hoffnung. Es folgte die Verlesung einer mit besonderer Bewegung aufgenommenen Bitte des Kirchentages an den Rat der EKD, er möge sich weiter für die Befreiung der zurückgehaltenen Gefangenen und Internierten einsetzen. D. von Thadden umriß noch einmal den Sinn der Zusammenkunft, die das Amt des allgemeinen Priestertums erneuern wolle. Dann wurde das Ergebnis der Arbeit des Kirchentages in den Entschließungen der Arbeitsgruppen feierlich bekanntgegeben, wobei jedesmal ein Vertreter des Rates ein Votum hinzufügte. Dies Kernstück des Kirchentages soll wortgetreu festgehalten werden:

### *Entschließung der Arbeitsgruppe I*

#### *Rettet des Menschen Freiheit!*

*Die Freiheit des Menschen ist in Gefahr. Die Not, unter der wir leiden, ist die Vermassung. Gott aber will den Menschen, der in Freiheit und Verantwortung vor ihm lebt. Uns ist es aufgegeben, für diese Freiheit einzutreten.*

*Die Sorge um die Arbeitslosen lastet schwer auf uns. Die Gefahren der räumlichen Vermassung bedrohen alle.*

*Männer und Frauen des politischen und wirtschaftlichen Lebens, helf!*

*Schafft Arbeitsmöglichkeiten, durch die der Lebensbedarf eines jeden gedeckt werden kann! Baut menschenwürdige Wohnungen und schafft persönliches Eigentum in weitem Umfange! Tragt Sorge für ein gerechtes und maßvolles Steuerwesen. Haltet Maß in der Preisbildung!*

*Unternehmer und Arbeiter! Sorgt bei dem Bemühen um die Mitbestimmung für eine wirkliche Partnerschaft! Befreit den Arbeiter im Betrieb davon, bloß Nummer zu sein! Gebt ihm in seinem Lohn einen gerechten Anteil am Ertrage! Bildet Bereiche eigener Verantwortung! Denkt gemeinsam darüber nach, die schädlichen Folgen mechanisierter Arbeit zu mildern! Nehmt Rücksicht auf Kriegsversehrte, Alte und Frauen! Richtet Lehrstellen und Heime für Lehrlinge und Ledige ein! Schafft, über das gesetzliche Maß hinaus, Schutz für Alte und Kranke!*

*Ihr Männer und Frauen in den großen Verbänden der Wirtschaft! Haltet Frieden, auch wenn ihr glaubt, vor unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten zu stehen! Nach unseren Plänen und Vorstellungen werden wir von Gott nicht gefragt, sondern nach dem, was wir im Dienst des Rechtes und des Friedens für den Nächsten getan haben.*

*Evangelische Christen! Entzieht euch nicht eurer politischen Verantwortung für den Nächsten. Gebt echter Selbstverwaltung und genossenschaftlichem Zusammenwirken Raum! Nehmt das diakonische Amt ernst und faßt es in einem ganz weiten Sinn! Der Möglichkeiten und Gaben sind oft mehr, als wir denken. Erfüllt mit dem, was ihr redet und tut, das, was ihr von anderen fordert.*

*Gott will die Freiheit des Menschen.*

Hierzu sagte Landesbischof D. Dr. Lilje:

„Wen der Sohn frei macht, der ist recht frei“ (Joh. 8, 36).

Die Heilige Schrift des Alten Testaments entwirft das Bild des Menschen, den Gott in der Schöpfung mit Würde und Hoheit angetan hat. Er hat nicht gewollt, daß ihm Sklaven dienen. Er will nicht, daß der Mensch Sklave der Furcht sei. Laßt uns in diesem Augenblick darum ringen und darum bitten, daß wir der Welt bezeugen können, die Furcht Gottes macht von aller Menschenfurcht frei; denn der Mensch hat die Freiheit verloren, und er weiß, daß er sie verloren hat.

Es ist eine lange und dramatische Geschichte von jenem Augenblick an, da er Gott dem Herrn den Gehorsam aufgekündet hat und im Hochmut übernommen hat, diese Welt allein in seine Verwaltung zu nehmen. Was mit dieser Unabhängigkeitserklärung des Menschen begonnen, hat vor unseren Augen sein Ende gefunden in dem Gebilde des totalen Staates, der kein Recht der Freiheit mehr kennt. Aber der Mensch, der politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und andere Freiheiten verloren hat, weiß, daß er sie verloren hat. Weiß er auch, daß er sie durch den Abfall von Gott verloren hat? Wissen wir, daß es der ewig wiederholte Sündenfall ist, der uns an die Sklaverei nur um so fester bindet? Laßt uns an diesem Tage das heilige Zeugnis ablegen, daß Jesus Christus der Welt die Freiheit geben kann. Wenn euch der Sohn frei macht, seid ihr recht frei. Oft versteht eine Welt, die Ihn nicht kennt, das falsch.

Aber so gewiß sein Kreuz auf Golgatha errichtet ist und es in die Welt hinausleuchtet als das Zeichen der wiedergeschenkten Freiheit, die der Herr euch gegeben, damit ihr dem Nächsten dienet, und so gewiß durch die Auferstehung Jesu Christi von den Toten Leben und unvergängliches Wesen wiedergebracht ist, ist auch die Freiheit, die Jesus schenkt, eine Wirklichkeit, die unser Herz erfreut und unser Leben erneuert. Wenn euch der Sohn frei macht, dann seid ihr recht frei.

### Entschließung der Arbeitsgruppe II:

#### Rettet des Menschen Heimat!

Heimat ist in Gefahr. Millionen Menschen in vielen Teilen der Welt haben in den letzten Jahren durch Unrecht und Gewalt ihre Heimat verloren. In der vergehenden Welt ist es Gottes Barmherzigkeit, daß der Mensch eine Heimat habe. Es ist Sünde, dem Menschen die Heimat zu rauben. Gottes Barmherzigkeit verpflichtet uns, den Heimatlosen eine Heimat zu geben. Wir weisen die Öffentlichkeit darauf hin, daß die Zusammendrängung der Heimatlosen in unserem Vaterlande mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen den Menschen schlechthin bedroht. Dankbar hören wir von den Bemühungen ausländischer Kirchen, zuletzt von den Beschlüssen des Weltrates der Kirchen in Toronto. Wir erwarten die Errichtung eines europäischen Flüchtlingsamtes. Wir wenden uns an die Parlamente und Regierungen: Beseitigt die Massenlager, gebt frühere Wehrmachtsanlagen frei für gewerbliche Flüchtlingssiedlungsanlagen.



Wir rufen unsere evangelischen Gemeinden: Führt an Ort und Stelle den Siedlungsauftrag der letzten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland durch und beginnt mit den Evangelischen Baugemeinden. Wir rufen die kirchlichen Körperschaften in Stadt und Land, mit Vertretern der Heimatlosen die Siedlungsaufgaben zu beraten und die vom Hilfswerk der Evangelischen Kirche dafür geschaffenen Einrichtungen zu benutzen und zu fördern.

Wir bitten euch, evangelische Christen: Ihr Vertriebenen, verzichtet auf Rache und Vergeltung, wie die Charta der deutschen Heimatvertriebenen es tut. Ihr Eingesessenen, sperrt euch nicht gegen den Lastenausgleich, sonst werden wir zu unserem Eigentum kein gutes Gewissen haben. Holt den grenzenlos Einsamen aus seiner Verbitterung heraus, gebt ihm Anteil an eurer Gemeinschaft.

Wer Heimatlosen Heimat gibt, nimmt Christus auf.

Dazu sprach Bischof D. Dr. Dibelius, DD:

*Herberget gern!*

„So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Bürger mit den Heiligen und Gottes Hausgenossen“ (Eph. 2, 19).

Was das Wort einmal bedeutet hat für die jungen Christen, die vom Heidentum herkamen, kann die Welt von heute kaum noch ermessen, am allerwenigsten die heutige Generation in Deutschland, in der sich jeder geniert, als „bürgerlich“ zu gelten, und wo auch das Wort „Hausgenossen“ in all den Häusern mit drei Parteien in einer Küche keinen unbedingt beglückenden Klang hat. Aber damals war es für die Heidenchristen etwas Ungeheures, daß ihnen gesagt wurde: Wenn ihr jetzt zu unseren Gottesdiensten kommt und die Worte der Heiligen Schrift hört, mit denen wir anderen aufgewachsen sind, dann sollt ihr nicht länger denken: uns betrifft das ja alles nicht! Ihr dürft ebenso sprechen wie wir: Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!

Und dies rufen wir nun unseren heimatvertriebenen Brüdern und Schwestern zu: Wie fremd und einsam ihr euch auch fühlen mögt in dem Schicksal, das über euch gekommen ist: es gibt eine Welt, in der seid ihr nicht nur geduldet, sondern in der habt ihr gleiches Heimatrecht mit den anderen Christen allen. In jedem Gottesdienst sollt ihr das erleben. Und wenn die Formen manchmal anders sind, als ihr es gewohnt wart — der Herr sagt: in meines Vaters Hause sind viele Wohnungen! In jeder dieser Wohnungen habt ihr dasselbe Heimatrecht wie jeder andere Christ!

Aber es darf nicht bei Worten bleiben. Es darf auch nicht bei der Resignation bleiben, daß es ja doch alle Menschenkraft übersteigt, die Zwangsvölkerwanderung der Millionen, dies riesigste aller Nachkriegsverbrechen, wiedergutzumachen. Wir wollen etwas tun. Ein einziges Siedlungshäuschen, aus der Initiative einer Kirchengemeinde, aber unter Mitarbeit eines Heimatvertriebenen gebaut, bedeutet für den inneren Ausgleich in unserem

Volke mehr als Hunderttausende von Mark aus dem Staatssäckel. Man sagt oft, man könne einen Staat nicht mit Bibelsprüchen regieren. Aber eine Christenheit mit Sprüchen der Bibel im Herzen kann einem rechtschaffenen Staatsregiment auch die schwerste Aufgabe leicht und die unpopulärste Maßnahme, wenn sie notwendig ist, fruchtbar machen. Auch den Lastenausgleich. Uns evangelischen Christen jedenfalls wird kein Opfer zu groß sein, wenn wir den Heimatvertriebenen damit wirklich helfen können!

Praktische Arbeit im Kleinen! Sie geschieht weithin. Als einer, der aus dem Osten kommt, darf ich einmal allen Gemeinden, die schon ans Werk gegangen sind, herzlich dafür danken. Aber es muß und wird noch viel mehr geschehen!

Über allem aber, was geschieht, soll der Ruf an die Heimatvertriebenen stehen, den wir in der Vollmacht der Liebe auf beides ausdehnen dürfen, auf das Geistliche und auf das Irdische: Ihr seid nicht länger geduldete Gäste und unerwünschte Fremdlinge, sondern gleichberechtigte Bürger mit uns allen und geliebte Hausgenossen bei Gott und den Menschen überall im deutschen Vaterland!

### Entschließung der Arbeitsgruppe III:

#### Rettet des Menschen Familie!

Die Familie ist in Gefahr: Eheleute brechen die Treue, Kinder verlieren den Gehorsam, die Verantwortung schwindet gegenüber dem werdenden Leben.

Familien sind getrennt durch Krieg, Gefangenschaft und Wohnungsnot. Der Vater ist arbeitslos oder überbeansprucht, die Mutter überlastet, die Wohnung zu eng und ohne Stille. Die Jugend wird der Familie entfremdet.

Wir fordern von Staat und Gesellschaft: Vorrang des sozialen Wohnungsbau und Zusammenführung der Familien, neue Arbeitsstellen statt Überstunden und Sonntagsarbeit, Lohn-, Preis- und Steuergestaltung, die eine Gründung und Erhaltung von Familien ermöglicht. Nicht mehr als 40 Schüler in einer Schulklasse, produktive Arbeitsfürsorge besonders für die beschäftigungslose Jugend, Verbesserung, nicht Einschränkung des Arbeitsschutzes der Frau, Achtung des Eigenlebens der Familie durch den Staat.

Wir fordern von der evangelischen Gemeinde: sich selbst bei den sozialen Maßnahmen einzusetzen, an einem freiwilligen Jugendaufbauwerk mitzuarbeiten und mehr Kindergärten zu schaffen, Ehe- und Erziehungsberatung als Laiendienst einzurichten, Nachbarschaftshilfe zu leisten in äußerer und innerer Not, Ferienplätze für die Mütter bereitzustellen, für die Angehörigen von Gefangenen und Vermißten zu sorgen.

Wir fordern von dir: hilf du, daß die Familie in unserem Volk gerettet werde, öffne dein Haus den Einsamen, die keine Familie haben. Hilf als Arbeitgeber, daß Familienväter und Witwen Arbeit erhalten, hilf als Hausbesitzer, daß sie Wohnung finden. Achte die Ehe deines Nächsten



*und führe deine Ehe unter Gottes Gebot. Der Herr vergibt, vergib auch du. Habe Zeit für deine Kinder, sei nicht nur ihr Versorger. Auch in die Schule hinein richte deine Verantwortung. Übe zu Hause mit ihnen Stille und Sammlung für Gottes Wort.*

*Gott will Familie.*

Dann ergriff Kirchenpräsident D. Niemöller das Wort:

*„Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet!“ (Joh. 13, 34).*

*Was uns hier aufgegeben wird, liebe Freunde, das ist ja kein neues Gebot; es ist das alte Gebot von Anbeginn: Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir auch einander lieben und dienen!*

*Wir wissen das alle von Kind auf; und da ist gar kein Problem, das unseren Verstand vor irgendein Rätsel stellte: es fehlt uns weder am Wissen noch an Erkenntnis. Denn es ist so, wie der Apostel schreibt: „Von der brüderlichen Liebe aber ist nicht not, euch zu schreiben; denn ihr seid selbst von Gott gelehrt, euch untereinander zu lieben!“ —*

*Wo diese Liebe da wäre, da wäre ein Mensch, und da wäre auch seine Familie gerettet; da wäre am Ende der Mensch mitsamt seiner Familie, da wären am Ende wir mitsamt unseren Familien auch unter den drückendsten und schlimmsten Verhältnissen gerettet, nämlich geborgen in einer Arche wie Noah mit den Seinen in dem Wasser der Sintflut.*

*Die Not und der Jammer liegen darin, daß wir Menschen dies alte Gebot wohl kennen, daß wir's aber nicht tun, obgleich es tausend und aber tausend gute Vorsätze und schöne Programme gibt. Sie alle leiden einfach daran, daß sie im Kopf und auf dem Papier bleiben, ohne Wirklichkeit zu werden, und daß alle guten Ansätze erlahmen, ehe sie zum Ziel gelangen!*

*Und doch ist hier ein neues Gebot, neu um deswillen, der es gibt und der hier spricht: „Ich gebe euch ein neues Gebot!“ — Denn er fährt fort: „wie ich euch geliebt habe, auf daß auch ihr einander liebhabet!“ — Dieser Eine redet von Liebe nicht wie wir, d. h. nicht als von einem zu verwirklichenden Ideal und nicht wie ein Blinder von der Farbe; sondern er redet von der Liebe als derjenige, der selbst diese dienende und tragende, diese gebende und vergebende Liebe ist! — Und er redet von dieser Liebe als derjenige, der uns diese seine Liebe in ihrer ganzen Fülle zuwendet und schenkt: „wie ich euch geliebt habe!“*

*Wo das im Glauben gehört und wo diese Gabe im Glauben empfangen wird, da — und nur da — da aber auch ganz gewiß — wird das alte Gebot neu: „Ihr sollt euch untereinander lieben!“? Nein: „auf daß ihr euch untereinander liebet!“ Ihr werdet euch untereinander lieben, denn ihr dürft und ihr könnt euch lieben! — Was das alte Gebot nicht zustande brachte, nun geschieht's in der Glut und Kraft dessen, der uns zuerst geliebt hat.*

*Deshalb ist er der Retter für unser Beieinanderleben als Menschen; deshalb gehört er hinein in unsere Familie, ja dorthin zu allererst.*

Denn, was in diesem Kreis von Menschen versäumt wird, das kann in keinem andern wieder wettgemacht werden. Hier sind die Menschen, die uns tagtäglich von Gott als Nächste in unser Leben gestellt werden; und hier wird Jesu Wort gefährlich lebendig: „Was ihr nicht getan habt einem unter diesen, das habt ihr mir nicht getan!“

Und was hier an wirklicher Liebe, an Verantwortung füreinander und an opferbarem Dienst aneinander im Geiste Jesu Gestalt gewinnt, das steht unter der Verheißung: „Wer im Kleinen treu ist, der ist auch im Großen treu!“ — Und da ist Segen: Senfkorn und Sauerteig, Salz und Licht für eine ganze Menschenwelt, der wir als Gemeinde Jesu Christi die Rettung zu verkündigen, anzubieten und zu bringen haben. So „lasset uns ihn lieben, denn er hat uns zuerst geliebt!“

#### *Entschließung der Arbeitsgruppe IV:*

#### *Rettet des Menschen Glauben!*

#### *Glaubt an den Retter!*

Der Vorwurf, daß die Kirche unglaublich ist, wird nicht ohne Recht erhoben. Dieser Vorwurf wird begründet mit der persönlichen Unzulänglichkeit der Christen und der weltfremden, welthörigen oder glaubenslosen Predigt. Man sagt: die Kirche mischt sich in Dinge, die sie nichts angehen. Man sagt: die Kirche handelt nicht so, wie sie redet. Man sagt auch: die Kirche läßt den heutigen Menschen in seinen persönlichen, wirtschaftlichen, politischen und geistigen Nöten ohne Hilfe. — Diese Vorwürfe müssen wir hören, Gott mahnt uns durch sie an unsere Schuld und Verantwortung. — Es ist wahr, die Kirche ist keine kulturelle, soziale oder politische Einrichtung. Sie ist an jedem Ort in der Welt, wo die frohe Botschaft von Jesus Christus bezeugt wird. Sie ist die Gemeinschaft derer, die daran glauben. Die Kirche ist glaubwürdig, wenn in ihr die Stimme des guten Hirten als ihres alleinigen Herrn hörbar wird.

*Im Hören auf diese Stimme bitten wir alle Christen:*

Stellt euer Leben in Ehe und Familie, Schule und Studium, am Arbeitsplatz und in Fabrik und unter Tage, in Politik und im Geschäftsleben unter den Anspruch Jesu Christi. Unsere Kirche ist weithin zum Scheinbild geworden, weil wir so leben, als sei Christus nicht der alleinige Herr unseres ganzen Lebens. Gebt kein Ärgernis mit eurer persönlichen Lebensführung. Ihr steht sonst Christus im Wege. Wer sich selbst für fromm hält, ist nicht fromm.

Es gibt kein Christentum ohne Gemeinschaft. In Einigkeit, Vergebung und Bruderschaft wird sichtbar, was nach Jesu Christi Willen Gemeinde ist. Laßt die Tür offen für die Suchenden, die Zweifelnden und die Ratlosen.

Nicht Uniformität, sondern Vielheit der Gaben in der Einheit des Geistes ist das Zeichen der lebendigen Gemeinde. Der Pfarrer darf nicht allein bleiben. Sprecht mit ihm über das, was nach eurer Meinung Aufgabe und Not eurer Gemeinde ist. Wartet nicht, bis ihr zum Dienst aufgefördert

werdet, die Gemeinde braucht euch schon lange. Ihr Pfarrer, hört auf das helfende Wort. Inhalt und Sprache eurer Predigt bedürfen des tragenden Kreises. Haltet euch an die, die für euch beten.

Ihr aber, die ihr euch an den Frommen ärgert und der Kirche, die ihr vor Augen habt, nicht glaubt, bedenkt, daß Christus sagt: Selig ist, wer sich nicht an mir ärgert!

Im Anschluß an die Verlesung dieser Resolution redete der Präses der Synode der EKD Dr. Dr. Heinemann:

„Ich bin gekommen, zu suchen und selig zu machen, was verloren ist“ (Luk. 19, 10) — das war die Antwort Jesu Christi, als die so Frommen sich über ihn aufregten. Die Aufregung entstand, als Jesus im Hause des Zachäus einkehrte. Zachäus aber war ein reicher Steuereinnnehmer, der seine Mitmenschen nach Kräften übers Ohr haute und in die eigene Tasche wirtschaftete. Er war, um es in unsere Begriffswelt abzuwandeln, ein Menschenschinder oder ein Schieber. Mit solchen Menschen wollen doch fromme Leute bekanntlich nichts zu tun haben. Man weiß doch, was man sich schuldig ist. Möchte man denn mit jedermann am gleichen Tische gesessen sein? Jesus Christus aber stört sich aufregend wenig an Moralbegriffen; er geht vor aller Augen bei hellem Tage geradewegs hinein in das Haus des Zachäus. Er geht dem einen nach, der da verloren ist, und nimmt das Murren der neunundneunzig Gerechten auf sich. Er bringt die Liebe Gottes zu dem, der sich aus der Herrlichkeit Gottes noch weiter entfernt hat als die andern. Er tut es unter Berufung darauf, daß er eigens deshalb gekommen ist, so und nicht anders zu handeln.

Sollten wir nicht zugeben, daß auch uns gar eilig ein Achselzucken überfällt, wenn wir einen von uns in schlechter Gesellschaft sehen? Wir „Christen“ wollen doch rechtschaffene Leute sein; wir haben doch ein bürgerliches Ansehen aufs Spiel zu setzen. Können wir denn wirklich mit Menschen, die sich um ihren guten Ruf gebracht haben, verkehren?

Liebe Brüder, hier hängt ein Entscheidendes, ob wir glaubwürdige Kirche sind oder sein werden! Wenn Jesus Christus seinen guten Ruf mehr geliebt hätte als Zachäus, als den verlorenen Sünder, so wäre die Welt insgesamt in ihrer Verlorenheit steckengeblieben! Mögen zwischen uns nach den guten oder schlechten Maßstäben der bürgerlichen Welt noch so große Unterschiede sein, so sind wir doch vor Gott allesamt in gleicher Weise verlorene Menschen, wenn Christus nicht zu uns kommt. Auch ein Präses der Kirche macht keine Ausnahme. Er steht in Gottes Augen mit dem Geringsten sehr eindeutig in Reih und Glied und sollte zu keiner Stunde vergessen, daß aus Ersten Letzte werden und nach Gottes Gnade aus Letzten Erste werden.

Daß Christus gekommen ist, zu suchen und selig zu machen, was verloren ist, ist unser aller Rettung, der bürgerlich rechtschaffenen Menschen ebenso sehr wie der bürgerlich verworfenen Menschen. Was haben wir denn für einen anderen Reichtum als diesen, daß Christus uns gefunden hat,



*genau so, wie er diesen anrühigen Zachäus fand? Deshalb laßt uns um der Dankbarkeit willen für solche Begnadigung die Schranken niederbrechen, die wir aus menschlichen Urteilen unter uns selbst oder zwischen uns und den Menschen auf Straßen und Plätzen, in Kellern und Lagern, in Freiheit und Unfreiheit, in guten und schlechten Kleidern aufrichten. Das wäre glaubwürdiger Christenstand in der Nachfolge des Herrn, der zu allen kommen will, die Gottes Ebenbild tragen.*

*Laßt mich noch ein Letztes sagen: Aus der Verlorenheit führt Jesus Christus uns schon hier und heute in die Geborgenheit seiner göttlichen Allmacht. Wo wir aufhören, herrenlos zu sein, hören wir auch auf, schutzlos zu sein. Wenn irgend etwas die Verlorenheit des Menschen unserer Tage sichtbar macht, so ist es das Ausmaß von Angst und Furcht, die unter uns umgeht.*

*Furcht ist das Kainszeichen unserer Zeit.*

*Laßt uns deutlich machen, daß es einen Weg gibt, um der Furcht zu entrinnen. Dieser Weg heißt: die Vergebung ergreifen, die Jesus Christus uns anbietet. Wer sich von ihm finden läßt, wird ein geretteter Mensch, wird sein Eigentum im Leben und Sterben und durch den Tod hindurch bis in sein himmlisches Reich. Laßt uns der Welt bezeugen, daß nichts diese Rettung zunichte machen kann, weil Gott stärker ist als alle Menschen-gewalt.*

*Unsere Freiheit wurde durch den Tod des Sohnes Gottes teuer erkaufte. Niemand kann uns in neue Fesseln schlagen, denn Gottes Sohn ist auf-erstanden. Laßt uns der Welt antworten, wenn sie uns furchtsam machen will:*

*Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt!*

Zum Abschluß richtete der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Visser 't Hooft noch ein Wort ökumenischer Verbundenheit an die Versammlung. Dann folgte das Schlußwort von Präses Wilm, der das mahnende Bild des Blutzeugen der evangelischen Kirche Paul Schneider vor der Gemeinde erstehen ließ. Mit dem gemeinsam gesprochenen Vaterunser und dem Lutherlied „Ein feste Burg“ schloß die Kundgebung, die mit ihrer Würde und Stille, ihrer Tiefe und Freude zu dem Eindrucksvollsten gehören dürfte, was bei uns je in einer so großen Versammlung erlebt worden ist. Wenn irgend etwas auf diesem an Eindrücken überreichen Kirchentag als gelungen bezeichnet werden soll, so gilt dies für das große Wagnis der Schlußversammlung. Es hat sich gezeigt, daß auch eine Massenversammlung von 150 000 wirklich Gemeinde sein kann. Vor dieser Tatsache muß alle vorher und nebenher gehende Kritik, die natürlich nicht ausgeblieben ist, einfach verstummen. Das wichtigste Ergebnis des Essener Kirchentages könnte man — von allem anderen Ertrag abgesehen — darin erblicken, daß sich der Kirchentag als solcher in der Evangelischen Kirche Deutschlands bewährt und durchgesetzt hat. Man darf erwarten, daß er seinen Weg weitergehen

wird. Er hat mit seiner Sache in der evangelischen Christenheit ein starkes Echo gefunden. Seine Arbeit wird bejaht, seine Stimme wird gehört. Für die Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland ist er eine Einrichtung von hohem Rang und eine ebenso hervorragende wie notwendige Ergänzung zu den verfassungsmäßigen Organen der EKD.

### *3. Aus der Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland*

Es kann nicht die Aufgabe unseres Berichtes über die EKD sein, einen Überblick zu geben über die Tätigkeit der Organe und Dienststellen der EKD. Wir müssen uns mit einigen Hinweisen auf besondere Vorgänge begnügen.

Der Rat hat eine „Kammer für Publizistische Arbeit“ geschaffen, um einerseits die in der Kirche vorhandene Arbeit auf diesem Gebiet zusammenzufassen, andererseits aber auch den Kontakt zwischen Kirche und öffentlichem Leben zu verstärken. Die Kammer gliedert sich nach den Bereichen der Presse, des Films, des Rundfunks und des Buchwesens. Am stärksten wirksam war dabei die Tätigkeit des Fachausschusses Rundfunk in seiner Arbeit an der Vertiefung kirchlicher Rundfunksendungen wie bei der Einflußnahme auf die Verbreiterung des kirchlichen Raumes bei den öffentlichen Sendegesellschaften. Die kirchliche Mitarbeit im Bereich des Films kam bei dem Film „Die Nachtwache“, einem neuen Versuch eines „christlichen“ Films, der faktisch zu dem größten Filmerfolg der Nachkriegszeit wurde, zur Geltung. Der Filmbeauftragte der EKD arbeitete in der „freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft“ an der Prüfung der Filme mit und vermochte durch seinen Protest im Fall des berüchtigten Films „Die Sünderin“ sogar auf eine Änderung in der Zusammensetzung und Verfahrensweise der Filmkontrolle einzuwirken.

Zum erstenmal wohl in der Geschichte der evangelischen Kirche wurde so etwas wie eine evangelisch-kirchliche „Nuntiatur“ geschaffen. Der Rat bestellte bei den Regierungen in Bonn und Berlin je einen „Bevollmächtigten“, um einen dauernden festen Kontakt mit den leitenden und gesetzgeberischen Organen der beiden deutschen Staatsgebilde in Ost und West herzustellen. In einem ersten Jahr kann bei der völligen Neuheit einer solchen politischen Aufgabe noch nicht erwartet werden, daß etwas von den Wirkungen sichtbar wird. Bei aller außerordentlichen Schwierigkeit und Problematik dieses Dienstes kann aber darüber kein Zweifel sein, daß er, mit Besonnenheit, theologischer Klarheit und politischer Einsicht durchgeführt, eine für die evangelische Kirche nicht zu unterschätzende Bedeutung haben wird.

Der Rat der EKD hat auch im Jahre 1950 mehrfach ein Wort an die Öffentlichkeit gerichtet, zwar nicht so häufig wie 1949, aber dafür zum wenigsten einmal so eindrucksvoll und in einer so gewichtigen



Sache, daß allein dies Wort viele andre aufwiegt. Wir meinen das Wort zur Remilitarisierung, das er während des Essener Kirchentags der Öffentlichkeit übergab. Von ihm wird in anderem Zusammenhang die Rede sein. Gleichzeitig mit dem eben genannten Wort erschien auch noch ein anderes: Zur Frage der Mitbestimmung. Der Rat sah sich durch die überaus intensive Diskussion über die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in der Wirtschaft dazu veranlaßt. Auch innerhalb der Kirche wurde die Frage stark erörtert. Die Evangelische Akademie verfaßte eine umfangreiche Denkschrift. Kreise der Unternehmer und der Arbeiterschaft kamen auf dem Boden der Kirche zur Klärung und Verständigung zusammen. Ohne Zweifel — die Kirche stand diesmal nicht abseits, sondern sie ging an die Sache heran und suchte ein christliches Urteil. So sah sich auch der Rat ermächtigt, zu dieser so schwierigen Frage ein Wort der evangelischen Kirche zu reden:

#### *Erklärung des Rates der EKD zur Frage der Mitbestimmung*

*Aus dem Willen, dem Aufbau einer neuen sozialen Ordnung zu dienen, erklärt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zu der Frage der Mitbestimmung des Arbeitnehmers in der Wirtschaft:*

*Der Rat der EKD ist davon überzeugt, daß die soziale Entwicklung in Deutschland eine Erweiterung des Betriebsräterrechts von 1920 erfordert. Es ist der Sinn des Mitbestimmungsrechtes, das bloße Lohnarbeiterverhältnis zu überwinden und den Arbeiter als Menschen und Mitarbeiter ernst zu nehmen. Seine Verwirklichung wird nicht nur für den Arbeitnehmer, sondern für den Arbeitgeber und das Gemeinwesen ein Beitrag zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse sein. Die Mitbestimmung bedarf allerdings der rechtlichen Ordnung. Dabei werden aus der Sache heraus Abstufungen zu sozialen, betriebstechnischen, persönlichen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten unerläßlich sein.*

*Die gesetzliche Regelung sollte dem organischen Hineinwachsen der Beteiligten in die Aufgaben und der freien Vereinbarung weiten Spielraum geben und allen Versuchen zu Schematismus und Zentralismus widerstehen. Der Gedanke der Selbstverwaltung unter maßgeblicher Beteiligung der Arbeiterschaft sollte auch auf betrieblichem Gebiet viel stärker verwirklicht werden, als dies weithin bis heute der Fall ist. Welche gesetzliche Form das Mitbestimmungsrecht auch immer erhalten wird, die eigentliche Aufgabe fängt dann erst an.*

*Die Verantwortung der beiderseitigen Organisationen sollte sich vor allem auf das überbetriebliche Mitbestimmungsrecht erstrecken, während bei der Gestaltung des betrieblichen Mitbestimmungsrechtes der Tatsache Rechnung getragen werden muß, daß in erster Linie die Angehörigen des Betriebes selbst zur Mitverantwortung berufen sind. Hier haben die Organisationen vorwiegend fördernde Hilfe zu leisten.*

*Der Rat begrüßt dankbar, daß die Verhandlungen der Sozialpartner über das Mitbestimmungsrecht im Geiste gegenseitiger Achtung geführt*

worden sind. Er bittet und mahnt, von diesen Bemühungen nicht abzulassen und die Opfer, die der soziale Friede erfordert, nicht zu scheuen.

Noch einmal, in seiner letzten Sitzung des Jahres 1950, am 6. Dezember, in Stuttgart, sah sich der Rat zu einem öffentlichen Wort genötigt, und zwar mit einer Botschaft zum Frieden an die Kirchen der Welt.

### *Botschaft des Rates der EKD zum Frieden*

Während die Christenheit sich anschickt, das Weihnachtsfest zu feiern, erscheint der Friede auf Erden bedrohter denn je. In dieser Lage wendet sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an die christlichen Kirchen der Welt.

I. Wir fühlen uns gedrungen, unsere christlichen Brüder in der Welt darauf aufmerksam zu machen, daß die Verhältnisse in Deutschland auf eine äußerst kritische Entwicklung zutreiben. Wenn nicht neue Lösungen gefunden werden, erscheint eine neue Katastrophe fast unvermeidlich.

Die Aufteilung Deutschlands durch einen Eisernen Vorhang ist nicht nur für unser Volk, sondern auch für Europa und die ganze Welt eine Gefahrenquelle geworden, aus der unabsehbares Unheil entstehen kann.

Wenn nicht alsbald Schritte auf eine positive Lösung hin getan werden, dann werden sich binnen kurzem die hochgerüsteten Mächte der Welt auf dem Boden unseres Landes gegenüberstehen. Dadurch wird die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Krise außerordentlich gering.

II. In dieser äußerst bedrohlichen Lage bitten wir um Jesu Christi willen alle Kirchen in der Welt, das Äußerste zu tun, um den Frieden zu retten.

Wir bitten sie insbesondere, durch ihre Regierungen bei den Vereinten Nationen dahinzuwirken, daß unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr ergriffen werden.

Wir sind nicht in der Lage, unmittelbare politische Vorschläge zu vertreten. Es muß den Regierungen und den Vereinten Nationen überlassen bleiben, ob sie eine neue Mächtekonferenz oder eine Aktion der Vereinten Nationen oder eine andere Maßnahme für das geeignete Mittel halten. Wir können nur bitten, daß die Regierungen der Welt ihre Verantwortung wahrnehmen und ohne Rücksicht auf nationale Sonderinteressen und Prestigefragen neue Wege zur Befriedung der Welt beschreiten.

III. Die christlichen Kirchen der Welt bitten wir in dieser weihnachtlichen Zeit, sich mit uns im Gebet für die Rettung des Friedens zu vereinigen.

Gleichzeitig verfaßte er eine Bittschrift an die Regierungen der Völker, die immer noch Deutsche als „Kriegsverbrecher“ in Untersuchungs- oder Strafgefangenschaft festhalten, mit der Bitte um Amnestie oder Begnadigung. Auch dies sollte eine Tat zum Frieden, zur Versöhnung und Verständigung unter den ehemaligen Kriegsgegnern sein.

## *Anschreiben des Rates der EKD an die beteiligten Regierungen*

*Die Evangelische Kirche in Deutschland hat Verständnis dafür, daß nach dem zweiten Weltkrieg zum erstenmal der Versuch unternommen worden ist, die unvermeidliche Abrechnung mit einem unheilvollen Kapitel der Weltgeschichte in der Form strenger Rechtsverfahren durchzuführen. Sie weiß es zu würdigen, daß an Stelle einer spontanen politischen Aktion dieser mühsame Weg eingeschlagen worden ist. Dieser Weg hätte sich bewähren können, wo es sich um die Sühne echter Verbrechen handelte. Darüber hinaus aber wurden in anderen Fällen dem richterlichen Verfahren Aufgaben gestellt, deren gerechte Durchführung — wie sich in steigendem Maße erweist — unmöglich war.*

*Die Gerichte wurden vielfach vor Tatbestände gestellt, die untrennbare Bestandteile eines politischen und militärischen Gesamtgeschehens darstellten, in das der einzelne verstrickt war. Es bedeutete eine unlösbare Aufgabe, die äußerst verwickelten Zusammenhänge eines ganzen Abschnitts moderner Geschichte in der Form eines Gerichtsverfahrens zu erfassen und zu beurteilen. Mußten nicht hierbei die Grenzen menschlicher Gerichtsbarkeit überschritten werden? Je weiter die Zeit fortschritt, je mehr Prozesse durchgeführt wurden und je mehr dabei das Verständnis für die Lage des einzelnen unter einem entarteten Regime wuchs, desto mehr mußten diese Schwierigkeiten nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern in das öffentliche Bewußtsein gelangen. In fast allen Ländern, deren Gerichte mit solchen Verfahren befaßt wurden, haben sich Stimmen des Unbehagens und des Widerspruchs erhoben.*

*Die vorher angedeutete allgemeine Schwierigkeit hat zu einer Reihe einzelner Konsequenzen geführt, die auch vom Auslande her beanstandet worden sind. Diese Beanstandungen richteten sich gegen die Rechtsgrundlage der Verfahren; u. a. wurde angeführt, daß eine Bestrafung auf Grund einer ex-post-facto-Norm unzulässig sei, daß der Grundsatz der Gleichheit vor dem Recht, insbesondere durch die Verfolgung nur der Angehörigen bestimmter Länder, verletzt sei, daß generelle Schuldvermutungen dem persönlichen Charakter der Schuld widerstreiten und daß die Frage vielfach unzureichend entschieden worden sei, ob der Angeklagte tatsächlich die Freiheit hatte, gegenüber einem dem Sittengesetz widersprechenden Befehl den Gehorsam zu verweigern. Bei manchen Prozessen wurden auch Bedenken gegen die Durchführung der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens erhoben. Diese Bedenken richteten sich in den einzelnen Ländern in verschiedenem Maße u. a. gegen die Benachteiligung der Verteidigung, gegen die Zeugenbeeinflussung, gegen eine willkürliche Auswahl der Angeklagten, gegen die Einsetzung von Sondergerichten, gegen Unklarheiten im Blick auf den Träger der Gerichtshoheit und gegen die Verletzung des völkerrechtlichen Grundsatzes, daß gefangene Militärpersonen nur von Richtern gleichen militärischen Ranges abgeurteilt werden dürfen.*



*Es liegt uns, wenn wir die Aufmerksamkeit der Regierungen auf diese Prozesse lenken, fern, echte Verbrecher ihrer gerechten Strafe entziehen zu wollen.*

*Angesichts der Tatsache jedoch, daß die Schwierigkeiten dieser Verfahren und die Mängel, die ihnen notwendigerweise anhaften mußten, deutlich geworden sind,*

*angesichts der Tatsache, daß durch die Erklärung der Menschenrechte von seiten der Vereinten Nationen die oben erwähnten Grundsätze erneut in das Bewußtsein der Menschen gerückt sind,*

*angesichts der Tatsache, daß viele Verurteilte bereits seit Jahren ihre Strafe abbüßen und daß viele von ihnen die sühnende Kraft der Strafe erfahren haben,*

*angesichts schließlich des Umstandes, daß der Wunsch nach einer friedlichen Verständigung zwischen den Völkern immer stärker wird,*

*glauben wir, daß der Zeitpunkt gekommen ist, den Regierungen der siegreichen Nationen die folgenden Bitten zu unterbreiten:*

*1. Wir bitten um eine Amnestie*

*a) für Verurteilte, die z. Z. der Begehung der ihnen zur Last gelegten Tat noch in jugendlichem Alter standen;*

*b) für Gefangene, die wegen ihres hohen Alters oder wegen Krankheit unter dem Strafvollzug besonders zu leiden haben.*

*2. Wir bitten um gnadenweise Herabsetzung oder Aufhebung der Strafe*

*a) für Verurteilte, deren Strafe zu hoch erscheint, weil zur Zeit des Urteils ein schärferer Maßstab angelegt worden ist, als es bei später abgeurteilten gleichen oder ähnlichen Tatbeständen der Fall war;*

*b) für Verurteilte, die nach Rechtsgrundsätzen abgeurteilt wurden, denen die Angehörigen anderer Nationen bei gleichen Tatbeständen nicht unterworfen wurden, besonders in Fällen der Verhängung der Todesstrafe;*

*c) für Verurteilte, bei denen Rechtsgrundsätze zur Anwendung kamen, deren Gültigkeit auch von führenden Juristen derjenigen Nationen bestritten wird, die gegen Deutschland im Kriege lagen.*

*3. Wir bitten, Gnadenausschüsse einzusetzen, deren Tätigkeit zeitlich nicht begrenzt ist, und deren Mitglieder mit den abgeurteilten Fällen bisher nicht befaßt waren. Wir bitten, auch ein System der Begnadigung unter der Bedingung des Wohlverhaltens oder der Bewährung einzuführen und dabei deutsche Berater zu hören.*

*4. Wir bitten, Verfahren, die noch nicht abgeschlossen sind, in möglichst weitgehendem Umfange einzustellen.*

In einem zweiten Schreiben wandte sich der Rat durch den Vorsitzenden des Kirchlichen Außenamtes an die Kirchen in den Ländern, an deren Regierungen das obige Bittgesuch gerichtet war. Hierdurch sollten die Kirchen brüderlich gebeten werden, sich ihrerseits an ihre Regierungen zu wenden, um die Bitte der EKD zu unterstützen.



## *Der Rat der EKD an die beteiligten Kirchen*

*Die Evangelische Kirche in Deutschland weiß sich mit den Kirchen anderer Länder verbunden in der Sorge für Gerechtigkeit und Frieden unter den Völkern. Wir machen Ihnen daher Mitteilung von der beigefügten Eingabe mit der Bitte zu erwägen, ob Sie diesem an die Regierung Ihres Landes gerichteten Gesuch Ihre Unterstützung leihen können. Wir möchten diese Übersendung mit einer kurzen Darlegung der Gründe verbinden, die uns zu diesem Schritt bei den Regierungen der beteiligten Länder veranlaßt haben. Wir fühlen uns bewogen, Ihnen die christlichen Gedanken, die in unserer Eingabe nur knapp ausgeführt werden konnten, näher darzulegen. Dabei sind wir uns unserer gemeinsamen Grundlage im Gehorsam gegen Gott, den Vater unseres Herrn Jesu Christi, bewußt.*

*Bei unserer Bitte an die Regierungen hat uns nicht das Bestreben geleitet, geschehenes Unrecht zu verkleinern oder gar abzuleugnen. Die Kirche Jesu Christi hat die Pflicht, um Barmherzigkeit zu bitten; denn alle menschliche Setzung und Handhabung von Recht stößt an Grenzen. Die Kirche Jesu Christi darf darum bitten, weil der Gnadenerweis zugleich die Notwendigkeit des Rechts und der Strafe bestätigt. Es ist verständlich, daß nach den furchtbaren Ereignissen der Vergangenheit in den Völkern der Wunsch lebendig wurde, die Schuldigen in gerechter Weise zur Verantwortung zu ziehen. Den Kirchen in der Welt sind alsbald die großen Schwierigkeiten der Aufgabe einer gerichtlichen Untersuchung und Beurteilung der Vorgänge eines so ungeheuren Geschehens deutlich geworden. Dabei sind wir auf eine Reihe von Fragen gestoßen, deren Lösung wir noch nicht gefunden haben. Wir fühlen uns verpflichtet, Sie zur brüderlichen Teilnahme an diesen unseren Überlegungen einzuladen.*

*Bei der Erwägung der allgemeinen und grundlegenden Fragen hat uns folgendes besonders beschäftigt: Der Versuch, so unübersehbare Verwicklungen, wie sie der letzte Krieg geschaffen hat, auf dem Wege der Durchführung von Strafverfahren für bestimmte, aus dem Gesamtgeschehen herausgelöste individuelle Taten zu behandeln, wirft das Problem der Grenzen irdischer Gerichtsbarkeit auf. Haben nicht die Zusammenhänge unheilvollen Geschehens viele einzelne in Situationen geführt, in denen sie nicht mehr zu erkennen vermochten, wie sie, handelnd oder nichthandelnd, einer Verstrickung in Schuld entgehen konnten? Werden hier nicht Richter zum Urteil über Fragen gezwungen, in denen nur der, der Herr über den Menschen und das Gewissen ist, ein gerechtes Urteil finden kann?*

*In nicht wenigen Fällen sind Personen auf Grund ihrer bloßen, oft nicht einmal freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Formation zur Rechenschaft gezogen worden für Taten, die aus den Reihen dieser Gruppe gekommen sind, ohne daß ihnen als einzelnen eine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Es ist die Frage, in welchem Umfang hierbei individuelle Verantwortung vom einzelnen erkannt und bekundet werden konnte. Es gibt auch noch andere Fälle, in denen die Verantwortung des einzelnen dadurch vermindert wird, daß eine Handlung in einem für*

ihn schwer durchschaubaren Zusammenhang von Geschehnissen steht, deren Ablauf er weder aufzuhalten noch in seiner unheilvollen Gesamtrichtung zu ändern vermochte. Wie oft sind einfache Menschen vor schwierige völkerrechtliche Fragen gestellt worden! Wir fragen uns, wie in diesen Fällen der Bereich strafwürdiger Verantwortung abgesteckt werden kann.

Ein christliches Verständnis von Verantwortung und Schuld sollte bei der Beurteilung der Handlungen einzelner Personen die Gewissensverwirrung und die Komplexität der Schuld in der Gesellschaft der Gegenwart nicht außer acht lassen. Die Verfehlung des einzelnen zeigt ein Versagen und eine Schuld der Gesamtheit an. Der einzelne wird vor kaum lösbare Konflikte gestellt, in denen er oft keine menschliche Wegweisung und Stütze mehr findet. Er macht sich zwar schuldig, aber er ist nicht allein verantwortlich. Das christliche Verlangen nach Gerechtigkeit und Sühne wird daher durch seine Bestrafung nicht beruhigt, sondern auf die Frage jener gesellschaftlichen Mitverantwortung gestoßen, die freilich nicht mehr der Beurteilung des irdischen Richters untersteht. Der Versuch einer Ausweitung des juristischen Schuldbegriffes zu dem einer kollektiven Verantwortung kleinerer oder größerer Gruppen kann diesem Sachverhalt nicht gerecht werden. Er birgt die Gefahr in sich, daß innerhalb einer solchen kollektiven Verantwortung der Schuldanteil des einzelnen nicht gerecht festgestellt wird.

Wir sind jederzeit gern bereit, auf Wunsch zuverlässiges unterrichtendes Material zu wichtigen, Ihr Land betreffenden Einzelfragen zur Verfügung zu stellen.

Der Bericht der 4. Sektion der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam rief die Siegermächte dazu auf, so schnell wie möglich mit den besiegten Nationen einen gerechten Frieden zu schließen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, „die Prozesse gegen Kriegsverbrecher unverzüglich zu Ende zu bringen“. Wir wissen, daß führende Männer mancher Kirchen seitdem darum bemüht gewesen sind, diesen Wünschen zur Erfüllung zu verhelfen. Aber es sind darüber wiederum mehr als zwei Jahre vergangen, und wir sehen noch immer kein Ende.

Wir haben das freundliche Verständnis für unsere besonderen Nöte und die Hilfsbereitschaft der mit uns in der ökumenischen Gemeinschaft verbundenen Kirchen oft genug in reichem Maße erfahren und vertrauen deshalb darauf, daß Sie auch dieses unser Anliegen zu dem Ihrigen zu machen bereit sind.

#### *4. Einzelne Ereignisse innerhalb der EKD*

Zur Vervollständigung eines Berichtes über die EKD gehört es, daß wir einzelner Ereignisse innerhalb der EKD Erwähnung tun, die für ihre innere Entwicklung nicht ohne Bedeutung sind.

a) Zum erstenmal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges fand Ende März 1950 wieder ein gesamtdeutscher Theologentag statt.

Etwa 100 Professoren von 22 Universitäten und Kirchlichen Hochschulen nahmen daran teil. Die Arbeit des Theologentags vollzog sich in drei Hauptversammlungen sowie in den Sitzungen einzelner Fachsektionen. Ein kurzer Auszug aus dem Bericht eines Teilnehmers soll uns einen Einblick geben in die charakteristische Thematik dieser Versammlung. In ihr spiegelt sich in etwa die Lage der deutschen Theologie von heute.

*Die Reihe der Hauptvorträge eröffnete Prof. Elert (Erlangen) mit dem Thema „Die theopaschistische Formel“. Der Vortragende hatte dieses Thema gewählt, weil hier das Problem der Menschwerdung Gottes auf den heikelsten und darum sachlich entscheidenden Punkt eingengt wurde. Zwei Dinge wollte der Vortrag: einmal das Interesse wecken für eine Auflockerung der Dogmengeschichte in dem Sinne, daß sie aus dem Rahmen ihrer rein historischen Behandlung herausgenommen und verlebendigend einbezogen wird in Fragestellungen der Gegenwart, zum andern die Bedeutung der theopaschistischen Formel „Gott ist gekreuzigt worden“ weniger für die Person Christi als für den Gottesbegriff selbst in reformatorischer Sicht aufleuchten lassen. Der Vortrag zeigte u. a., wie sehr Luther auch die radikalen Kirchenväter überbietend Ernst macht mit der Preisgabe Christi an die Zornesmächte, ein Leiden, das Gott als das „himmlische, ewige Feuer der Liebe“ (Luther) auf sich selber bezieht. Der Vortrag gipfelte in dem Gedanken, wie groß gerade in unserer leiderfüllten Zeit der Gedanke sei, daß Gott am Kreuz in Christus leidet. In der von Prof. Althaus (Erlangen) geleiteten Aussprache wurden Zustimmungen und Bedenken gegen Luthers Verständnis vom Gottesleiden erörtert.*

*Den zweiten Hauptvortrag hielt Prof. Kurt Dietrich Schmidt (Hamburg) über das Thema: „Luthers Lehre vom Heiligen Geist“. Nach einer Literaturübersicht wurde die Frage des Ansatzes erörtert und dabei klar ausgesprochen, daß die Christologie der Ausgangspunkt für die Pneumatologie sein müsse. Im Mittelpunkt stand dann die Funktion des Heiligen Geistes, die bestimmt wurde als die Überbrückung der Kluft zwischen Gott und Mensch in der geschichtlichen Begegnung mit dem Worte Gottes. Oder, anders ausgedrückt: als die Herbeiführung der Gleichzeitigkeit des Menschen mit Christus. Von hier aus wurden dann die beiden Fehllege beleuchtet, wie sie Rom und die Schwärmer bezeichnen.*

*Prof. Bultmann (Marburg) sprach sodann über das Thema: „Ursprung und Sinn der Typologie als hermeneutischer Methode“. Prof. Bultmann unterscheidet „Typologie“ und „Weissagungsbeweis“, die beide im Neuen Testament einen bedeutsamen Platz einnehmen. Die Typologie beruht auf dem Gedanken der Wiederholung und damit ihrer Struktur nach auf einem kyklischen Zeitdenken. Dem Weissagungsbeweis liegt der Gedanke der Vollendung zugrunde und damit das Denken in einem geradlinigen Ablauf der Zeit. Es ist die genuin alttestamentliche Anschauung vom teleologischen Ablauf der Geschichte: der Weg der Heilsgeschichte zu ihrer*



*Vollendung. Den Ursprung des Wiederholungsgedankens der Typologie sieht Prof. Bultmann in der im Altertum sowohl im Orient wie in Griechenland verbreiteten Vorstellung von der Gliederung des Weltlaufs in einzelne sich ablösende Weltperioden. Im biblischen Denken ist aber dieser Gedanke vom Kreislauf der Zeit der eschatologischen Hoffnung dienstbar gemacht, indem die neue Weltzeit zur definitiven Heilszeit geworden ist (Zwei-Äonen-Lehre). Diese Eschatologisierung des Periodengedankens enthält eine gewisse Inkonsequenz. Von diesen Grundgedanken aus behandelte Prof. Bultmann dann die wichtigsten Typologien des Neuen Testaments, die teils antithetisch, teils überhöhend sind: Adam — Christus, Mose — Christus und allgemein Wüstenzeit — eschatologische Heilszeit, Melchisedek — Christus usw.*

*Der Vortrag von Prof. A. Dedo Müller (Leipzig) fand neben den Teilnehmern der Tagung zahlreiche Zuhörer aus Gemeinde und Öffentlichkeit. Das Thema lautete: „Prometheus oder Christus — die Krisis in Menschenbild und Kulturrethos“. Der Vortrag gab eine Kritik des humanistisch-idealistischen Menschenbildes, das unter dem Leitbild der Goetheschen Prometheusgestalt dargestellt wurde — seine Grundfragen: die nach der Freiheit, schöpferischen Entfaltungskraft und Weltmächtigkeit des Menschen; seine Grundstimmung: die Abkehr von einem Gottesglauben, durch den man diese menschliche Freiheit, Entfaltung und Weltmächtigkeit beeengt fühlt; seine Folge: die revolutionierende Umgestaltung der Welt im 19. und 20. Jahrhundert; sein Ende: die Katastrophe, in der wir heute stehen. Die kritische Analyse gipfelte in dem Satz: das Prometheus-Ideal hat sich von Gott losgesagt, weil es mehr Wirklichkeit wollte; es hat zum Verlust der Wirklichkeit geführt. Der Prometheusgestalt stellte der Vortrag Christus als den wahren Archetypus des Menschen entgegen.*

b) Was vielleicht nach dem Ende des Kirchenkampfes niemand für möglich gehalten hatte, war dennoch Wirklichkeit geworden: Die freien Protestanten, die Nachfahren des ehemals so einflußreichen „Liberalismus“, fanden sich wieder zusammen und begründeten einen Bund für freies Christentum. Wenn man sich auch darüber keiner Täuschung hingab, daß z. Z. die Vertreter des freien Protestantismus in der evangelischen Kirche nicht zahlreich sind, so lesen wir doch im Bericht des zweiten Kongresses vom 2.—5. Oktober 1950 in Frankfurt: „Niemand braucht die Sache des freien Christentums in unserer evangelischen Kirche verlorenzugeben — auch nach 1945 nicht.“ Der Kongreß hat gezeigt, daß es falsch wäre, diese Behauptung zu unterschätzen. Drei Hauptvorträge wurden gehalten, einer von Professor Balla (Marburg) über die Bedeutung der prophetischen Verkündigung für die Gegenwart, der zweite aber von Professor Althaus (Erlangen) über das Thema „Uroffenbarung und biblische Offenbarung“. Er wurde, obwohl er nicht zu den freien Protestanten gehört, gerade zu diesem Thema, das ja im besonderen seinen Einspruch gegen die 1. These



der Theologischen Erklärung von Barmen enthält, gebeten. Das Eintreten von Althaus für die unaufgebbare Wahrheit der allgemeinen Offenbarung fand begreiflicherweise die Zustimmung des Kongresses. Im Bericht konnte sogar dieser Vortrag als der Höhepunkt der Tagung bezeichnet werden. Den dritten Vortrag hielt der Hamburger Pfarrer Erwin Groß: „Das Ende des Evangeliums in der absoluten Kirche“. Zwar konnte die theologische Position des Vortragenden kein Ja zur Theologie des freien Protestantismus enthalten, aber sein Nein zur heutigen angeblich „totalen“ Kirche fand natürlich den Beifall der Zuhörer. Keinem aufmerksamen Beobachter der inneren theologischen kirchlichen Lage der Gegenwart kann es entgehen, daß die Probleme der historisch-kritischen Theologie nicht überwunden sind, sondern sich aufs neue Geltung verschaffen. Auch ist es verständlich, daß in der gegenwärtigen kirchlichen Theologie eine Bedrohung der „protestantischen Freiheit“ gesehen wird und man eine Rückkehr der alten Orthodoxie befürchtet. Die protestantische Theologie steht vor der großen Aufgabe, den Weg nach vorn zwischen „Orthodoxie“ und „Liberalismus“ hindurch zu finden.

c) Die ökumenische Verbundenheit der Evangelischen Kirche Deutschlands hat im Jahre 1950 eine starke Festigung erfahren. Nicht nur durch die Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen, sondern auch durch unmittelbare Begegnungen von Kirche zu Kirche, sonderlich in der Nachbarschaft, hat die ökumenische Verbundenheit sich erwiesen. Wir haben hier die ersten neuen Anfänge in ihrer Bedeutung zu sehen. Im Jahre 1950 entstand der Nordisch-deutsche Kirchenkonvent. Vertreter aus der EKD und den skandinavischen Kirchen haben ihn begründet als eine freie unmittelbare Verbindung dieser seit den Tagen der Reformation zueinander gehörigen evangelischen Kirchen. Mit diesem Konvent ist die Brücke von Skandinavien, insbesondere von Dänemark und Norwegen zu uns wieder geschlagen.

Ebenso wichtig ist aber das andere Ereignis ökumenischer Begegnung. In Speyer trafen sich im Frühjahr führende deutsche und französische Protestanten, um eine stärkere Versöhnungsarbeit der Kirchen beider Nationen in die Wege zu leiten. Die Zusammenkunft schloß mit einer bedeutsamen Erklärung:

*Französische und deutsche Protestanten sind sich in Speyer im Geiste der ökumenischen Bewegung begegnet, um in Gemeinschaft die politische Verantwortung ihrer Kirchen im gegenwärtigen Augenblick der europäischen Entwicklung zu erkennen und an einer wechselseitigen Annäherung ihrer Völker mitzuarbeiten. In dem Glauben an Jesus Christus finden sie ihre Einheit, in Ihm die Versöhnung, die Gott für alle Menschen und alle Völker bereit hält. Solcher Glaubensgehorsam läßt sie die Gültigkeit göttlicher Verheißung auch auf die Verständigung und Versöhnung der Völker beziehen.*

*Im Nationalismus erkennen sie den Feind aller Versöhnung und aller Befriedung, weil er Wesen, Recht und Macht des eigenen Volkes allem anderen überzuordnen trachtet. Sie rufen deshalb alle Christen auf, sich zu seiner Überwindung einzusetzen. Zur Stunde, da die nationalen Rahmen zerbrechen in einer kulturellen, sozialen, ökonomischen, politischen Evolution, verstehen sie ihre Verantwortung dahin, der Bedeutung dieser Evolution nachzugehen. Sie wollen gemeinsam die Mittel ausfindig machen, die allen Menschen Arbeit, Brot und Gerechtigkeit bringen können.*

*Erste praktische Maßnahmen.*

*Die Teilnehmer beschließen, aus ihrer Mitte eine vorläufige brüderliche Kommission von sieben Mitgliedern zu bilden, die damit beauftragt ist, die in Speyer begonnenen Arbeiten nach folgenden Richtlinien fortzusetzen:*

*1. das Stadium privater Unterhaltung zu überwinden und die offiziellen kirchlichen Organe beider Länder für die französisch-deutsche Annäherung zu interessieren;*

*2. die Gründung eines ständigen Bruderrates so schnell wie möglich herbeizuführen, der die organische Einheit der Kirche Jesu Christi jenseits aller nationalen Begrenzung zum Ausdruck bringt;*

*3. der Presse allgemeine und theologische Informationen und Nachrichten über die verschiedenen Kirchen zuzuleiten und der Verbreitung tendenziöser Berichte nach Möglichkeit zu begegnen;*

*4. den offiziellen und privaten Austausch unter Pastoren und Vertretern der Kirchen, unter Jugendgruppen, Arbeitern und Studenten in die Wege zu leiten.*

*Schließlich wird die vorläufige brüderliche Kommission gebeten, unverzüglich die nachstehenden Möglichkeiten ins Auge zu fassen:*

*1. die Arbeiten der sozialen Ausschüsse der Kirchen beider Länder gleichzuordnen;*

*2. die Reise einer französischen Studienkommission vorzubereiten und zu erleichtern, welche die deutschen Flüchtlingsfragen und auch die Fragen des deutschen Ostens untersuchen soll;*

*3. praktische Mittel ausfindig zu machen, um die Pfarreien beider Länder an einer dauerhaften Arbeit für den Aufbau Europas zu interessieren;*

*4. die kirchlichen Organe zu bestimmen, in beiden Ländern einen Sonntag im Jahr der internationalen Verständigung, insbesondere der französisch-deutschen Annäherung, zu widmen;*

*5. der Möglichkeit der Begründung einer Internatsschule in Deutschland nachzugehen, die französische und deutsche Kinder zu erziehen bestimmt ist;*

*6. eine künftige Begegnung sogleich vorzubereiten, welche die Speyerer Besprechungen fortsetzen soll.*

*d) Der letzte Gegenstand unseres Überblicks ist zwar kein Ereignis, aber er hat doch so etwas wie eine ereignishafte Bedeutung. Das große*

im Jahre 1949 begonnene Wagnis der Begründung eines Evangelischen Studienwerkes darf man insofern als gelungen bezeichnen, als das Jahr 1950 seine Durchführbarkeit erwiesen hat. Der Anfang ist gemacht. Die Arbeit wird von den Kirchen und einem ganzen Kreis evangelischer Christen getragen. Eine erste Schar von Studenten ist unter die Förderung des Werkes genommen. Im Studentenheim zu Villigst an der Ruhr wirkt Willy Kramp, der bekannte evangelische Schriftsteller, als für die Sache verantwortlicher Mann. Natürlich ist das Ganze eine Arbeit auf weite Sicht, die sich erst in Jahren auswirken kann. Inzwischen sind auch die Richtlinien des Studienwerkes herausgekommen, aus denen man Begründung, Aufgabe und Verfahrensweise des Werkes erkennen kann.

### *A. Begründung und Aufgabe*

*1. Die Kirche Jesu Christi hat den Auftrag, den Namen des Herrn Christus in allen Bereichen der Welt zu verkündigen. Evangelischer Glaube beschränkt sich darum nicht auf die Pflege frommer Innerlichkeit, sondern bewährt sich darin, daß er seine erneuernde und gestaltende Kraft im Staat wie in der Wirtschaft, im Rechtsleben wie in der Wissenschaft und in der Kunst wirksam werden läßt.*

*Die Kirche ist deshalb verpflichtet, ihre Glieder zu solchem verantwortlichen Dienst in der Welt aufzurufen und zuzurüsten. Sie hat sich insbesondere dafür einzusetzen, daß der jugendliche Nachwuchs eine Ausbildung erfährt, die ihn befähigt, die verliehenen Gaben und Kräfte am rechten Ort und in der rechten Weise zu betätigen.*

*2. Aus diesen Erwägungen ist das Evangelische Studienwerk entstanden. Es will besonders befähigten Gliedern der Evangelischen Kirche helfen, die ihnen anvertrauten Gaben zu entwickeln und zum Besten von Kirche, Volk und Staat an rechter Stelle zu entfalten.*

*Das Evangelische Studienwerk ist weder eine karitative Einrichtung noch ein Stipendieninstitut. Im Evangelischen Studienwerk schließen sich Glieder der Kirche mit dem jungen akademischen Nachwuchs der Kirche zusammen unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung und des Dienstes, den die Kirche der Welt schuldig ist.*

### *B. Auswahl und Betreuung der zu Fördernden*

*1. Die Auswahl der Studierenden, die für eine Förderung durch das Evangelische Studienwerk in Betracht kommen, obliegt einem besonderen Auswahlausschuß, dem für die Beurteilung Vertrauensdozenten an den Universitäten und Hochschulen zur Seite stehen. Die Auswahl erfolgt unter dem doppelten Gesichtspunkt der Zugehörigkeit zur Gemeinde und der wissenschaftlichen Befähigung.*

*Der Ausschuß fordert zu diesem Zweck Gutachten des Heimatpfarrers und des Studentenpfarrers sowie von Hochschullehrern (bei Abiturienten*

von Lehrern der betr. Schule) oder von anderen im Leben der Kirche bewährten Persönlichkeiten ein.

Der Auswahlausschuß soll sich in jedem Fall jedoch auch einen persönlichen Eindruck von dem Bewerber verschaffen und dabei nicht nur seine geistigen Fähigkeiten begutachten, sondern seine Persönlichkeit umfassend bewerten.

Da sich eine solche Beurteilung schwer auf Grund einmaliger Begegnung durchführen läßt, werden die ausgewählten Bewerber zunächst nur für zwei Semester (Vorsemester, Bewährungssemester) angenommen. In dieser Zeit haben sie ihre Eignung zu beweisen.

Es ist erwünscht, daß eins dieser beiden Vorsemester als Werksemester absolviert wird; es kann vor Beginn des Studiums liegen. Falls der Bewerber Abiturient ist, soll das Werksemester möglichst im Studentenhaus Villigst, einer Evangelischen Akademie oder einer ähnlichen christlichen Lebensgemeinschaft zugebracht werden. (Das Studentenhaus Villigst bei Schwerte a. d. Ruhr bietet nicht nur die Möglichkeit zur Ableistung der Werkarbeit, es erlaubt darüber hinaus dem Bewerber, in christlicher Lebensgemeinschaft mit Kommilitonen des gleichen Weges geistigen Austausch zu pflegen.)

Bewerber, die bereits zwei oder mehr Semester studiert haben, sollen vor der endgültigen Aufnahme in die Förderung des Studienwerkes während der Semesterferien insgesamt mindestens drei Monate in Haus Villigst oder einer ähnlichen Lebensgemeinschaft zugebracht haben. Die Entscheidung über die Dauer dieses Aufenthaltes liegt bei dem Auswahlausschuß.

2. Nach erfolgreichem Abschluß der Vorsemester erfolgt die endgültige Aufnahme der Bewerber in die Förderung des Studienwerkes. Die Aufgenommenen sollen sich während der Dauer ihrer Förderung durch das Studienwerk sowohl als Glieder der evangelischen Gemeinde als auch wissenschaftlich bewähren. Sie haben sich über ihr Studium dem Auswahlausschuß gegenüber fortlaufend auszuweisen (durch regelmäßige Berichte und Vorlage von Arbeiten).

Die in das Studienwerk Aufgenommenen erfahren während des Semesters persönliche Beratung und Wegweisung durch die Vertrauensdozenten des Studienwerkes.

3. Um ihrerseits persönliche Verbindung mit den zu Fördernden zu halten, veranstaltet die Leitung des Studienwerkes während der Semesterferien Freizeiten. Diese sollen wesentlich dazu dienen, die Gemeinschaft unter den Mitgliedern des Studienwerkes zu pflegen, ihr Wissen durch Vorträge und Aussprachen zu vertiefen und die Einordnung in eine geistige Lebensordnung zu pflegen, in welcher sie als Glieder der christlichen Gemeinde miteinander verbunden sind.

Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Studierenden durch Auslandsstudium oder Teilnahme an ökumenischen Studentenlagern in die Gemeinschaft der Ökumene hineinwachsen und an ihrer Arbeit Anteil nehmen.



### *C. Dauer des Studiums und Höhe des Stipendiums*

Über die Dauer des Studiums werden keine Vorschriften gemacht. Ein längeres Studium, das über die übliche Semesterzahl hinausgeht, kann um der Sache willen geboten sein. In solchem Fall unterliegt die Verlängerung des Stipendiums jedoch der Zustimmung durch den Auswahl-ausschuß.

Für das Studium an zwei oder mehreren Fakultäten (auch nacheinander) können aus Gründen der Ausbildung vom Auswahlausschuß Stipendien bewilligt werden.

Die Höhe des Stipendiums richtet sich nach der Bedürftigkeit des zu Fördernden. Es wird vorausgesetzt, daß alle vorhandenen eigenen Mittel zur Bestreitung des Studiums herangezogen werden. Es wird damit gerechnet, daß die vom Studienwerk Geförderten die während der beiden letzten Semester empfangenen Stipendien dem Studienwerk erstatten, sobald sie nach Berufsantritt dazu in der Lage sind. Diese Erwartung entspringt nicht so sehr Überlegungen wirtschaftlichen Vorteils für das Studienwerk als vielmehr dem Gedanken, daß sich jeder durch das Studienwerk Geförderte im späteren Leben mitverantwortlich weiß, die Einrichtung, die ihn durch die Ausbildungszeit hindurch getragen hat, seinerseits zu fördern.

## 2. Kapitel

# Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland

### *1. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD)*

Die leitenden Organe der VELKD haben im Jahre 1950 im wesentlichen die Arbeiten weitergetrieben, die sie im Vorjahr in Angriff genommen hatten. Es geht ihnen um eine innerkirchliche Vereinheitlichung der bisher selbständigen Gliedkirchen, und zwar zunächst nicht so sehr auf dem Gebiet der Verfassung als vielmehr des gottesdienstlichen und gemeindlichen Lebens. Darum stand der Beschluß über das gemeinsame Gesangbuch am Anfang. Inzwischen ist in den meisten Kirchen der VELKD das neue Gesangbuch angenommen worden. Nur in Bayern hat man es nur zu einer Übergangslösung gebracht. Dort soll das bayrische Gesangbuch vorerst weiter gebraucht und durch die darin fehlenden Lieder des Evangelischen Kirchengesangbuchs ergänzt werden. Auf der anderen Seite ist jedoch anzumerken, daß das Evangelische Kirchengesangbuch weit über den Rahmen der VELKD in den Gliedkirchen der EKD Eingang gefunden hat, so daß am Anfang des Jahres 1951 bereits die Mehrheit der evangelischen Kirchen Deutschlands das Evangelische Kirchengesangbuch als ihr Gesangbuch angenommen hat, natürlich, wie vorgesehen, mit verschiedenen landeskirchlichen Anhängen. Man wird sagen können, daß sich das Evangelische Kirchengesangbuch als das kommende Einheitsgesangbuch der EKD bereits durchgesetzt hat.

Dem Gesangbuch folgte in der VELKD die Arbeit an der Gottesdienstordnung. Daß hier trotz des gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses eine überaus schwierige Sache in Angriff genommen worden ist, ist dem Kundigen deutlich. Schon bei der Frage eines einheitlichen Kirchenjahres mit seinen Feiertagen und seiner Perikopenordnung zeigte es sich, daß einer Einigung starke Widerstände von den partikularen Traditionen her im Wege stehen. Die noch schwierigere Frage einer einheitlichen Gottesdienstordnung für den Gemeindegottesdienst, insbesondere seiner liturgischen Gesänge, ist vorerst noch zurückgestellt, da hier erst die Vorschläge der gemeinsamen liturgischen Kommission abgewartet werden müssen. Diese Kommission arbeitet übrigens in engster Zusammenarbeit mit der Lutherischen Liturgischen Konferenz

Deutschlands, an der sich auch Vertreter der nicht zur VELKD gehörenden Kirchen beteiligen, so daß die Ergebnisse, wie man hoffen darf, weit über den Rahmen der VELKD hinaus Bedeutung haben werden. Inzwischen haben sich die Organe der VELKD mit einem anderen Gebiet gottesdienstlicher Ordnung befaßt und sind dabei schon zu Ergebnissen gelangt: Ordinations-, Einsegnungs-, Einführungs- und Einweihungshandlungen sind gemeinsam erarbeitet und in einem Teil IV der geplanten lutherischen Agenda zusammengestellt. Der Bericht über die Tagung der Generalsynode der VELKD in Ansbach vom 19.—23. Juni 1950 sagt hierüber folgendes:

*Erneuerung und Vereinheitlichung gottesdienstlicher  
Ordnungen innerhalb der Vereinigten  
Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands*

*Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands will nach Artikel 5, Absatz 2 ihrer Verfassung neben dem deutschen lutherischen Gesangbuch auch an einer deutschen lutherischen Agenda arbeiten. Sie versteht diese Arbeit als Dienst an ihren Gliedkirchen, und nicht als ein Gesetz; denn die Gleichheit gottesdienstlicher Ordnungen ist nach C. A. VII nicht notwendig zur wahren kirchlichen Einigkeit. Aber sie kann ein helfender Dienst dafür sein. Und solcher Dienst ist heute im Zeichen der Hilflosigkeit angesichts der Auflösung gottesdienstlicher Ordnungen einerseits, und schwärmerischer Willkür oder unevangelischer Überschätzung in bezug auf gottesdienstliche Ordnungen andererseits besonders gefordert. Der liturgische Ausschuß der Vereinigten Kirche legte der Generalsynode den gedruckten Entwurf eines Bandes IV einer Agenda für evang.-luth. Kirchen und Gemeinden vor, der aus über 10 Jahre langen Vorarbeiten im Verein mit der Lutherischen Liturgischen Konferenz Deutschlands entstanden, die Ordnungen der Ordinations-, Einsegnungs-, Einführungs- und Einweihungshandlungen enthält. Hierzu beschloß die Generalsynode:*

*„Die Generalsynode hat die Vorlage des liturgischen Ausschusses in eingehender Aussprache durchgeprüft. Sie übergibt die vorgebrachten Anregungen, Wünsche und Bedenken der Kirchenleitung und bittet diese, zu dem Entwurf die noch ausstehenden Äußerungen der Landeskirchen und der beteiligten kirchlichen Werke einzuholen. Auf Grund dieser Äußerungen hat der liturgische Ausschuß unter Beteiligung von Vertretern, die die Kirchenleitung und die Generalsynode etwa dazu entsendet, die Vorlage nochmals zu überprüfen, endgültig zu redigieren und der Kirchenleitung einzureichen.*

*Die Generalsynode versteht alle agendarischen Bestimmungen nicht als starres Gesetz, sondern als Ordnung, die der Willkür wehren und den Pfarrern und Gemeinden helfen soll, den Gottesdienst in rechter Weise zu feiern. Von da aus gesehen, können die rubrizistischen Anmerkungen nur als Vorschlag und Anleitung verstanden werden. Jede Landeskirche hat das selbstverständliche Recht, selbst darüber zu entscheiden, welche*

*Ordnungen aus Agende IV in ihr kirchengesetzlich eingeführt oder zum Gebrauch zugelassen werden sollen. In einem Nachwort zu Agende Band IV sind die den einzelnen Ordnungen zugrunde liegenden theologischen Grundsätze näher darzulegen.*

*Unter diesen Voraussetzungen beschließt die Generalsynode gemäß Artikel 5, Abs. 2 der Verfassung der Vereinigten Kirche, daß der vorgelegte Entwurf nach vorgenommener endgültiger Redaktion den 4. Band der Agende der Vereinigten Kirche darstellt. Die Generalsynode ermächtigt die Kirchenleitung, im Benehmen mit der Bischofskonferenz den endgültig redigierten Entwurf zu überprüfen und zu veröffentlichen.“*

Neben der liturgischen Aufgabe hat sich die VELKD eine gemeinsame „Ordnung des kirchlichen Lebens“ in den Gliedkirchen und ihren Gemeinden vorgenommen. Der hierfür eingesetzte Ausschuß hat zwar schon eine Vorlage dieser Ordnung ausgearbeitet, die das ganze Gebiet des gemeindlichen Lebens umfaßt, aber es ist bisher nur die Ordnung der Taufe zur Verabschiedung in der Synode gekommen.

Die Tauffrage war überhaupt die Hauptsache der Generalsynode des Jahres 1950, und zwar nicht nur die Ordnung, sondern auch die Lehre von der Taufe. Das hat natürlich seinen Grund in der seit Barths Schrift über die kirchliche Ordnung der Taufe neu entstandenen Diskussion über das Wesen und die rechte Verwaltung des Taufsakraments. Der hierdurch entstandenen Beunruhigung und Verwirrung in der Kirche soll mit einer theologischen Erklärung zur Lehre von der Taufe begegnet werden. Die Generalsynode hat damit zweifellos eine ihrer wichtigsten Aufgaben wahrgenommen. Freilich verstehen wir nicht ganz, warum die Synode ihren Beschluß in folgende Fassung gekleidet hat:

*Die in Ansbach im Juni 1950 versammelte Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands macht sich die folgende ihr von der Kirchenleitung vorgelegte Erklärung zur Lehre vom Sakrament der heiligen Taufe zu eigen und übergibt sie der Bischofskonferenz mit der Bitte um Zustimmung und Proklamation.*

Wir können nicht annehmen, es solle damit ein besonderes bischöfliches Lehramt neben oder gar über der Synode anerkannt werden. Der Schein eines solchen, dem lutherischen Bekenntnis nicht entsprechenden Verständnisses ist leider hier nicht vermieden.

Der von der Synode gefaßte und mit Zustimmung der Bischofskonferenz proklamierte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

#### *Erklärung zur Lehre vom Sakrament der heiligen Taufe*

*Mit Schmerz und Sorge erfüllt es uns, daß in den Kirchen unseres Bekenntnisses die rechte apostolische Lehre vom Sakrament der heiligen Taufe weithin nicht mehr unverkürzt und in Reinheit verkündigt wird. Daraus ist manche Verwirrung und Unordnung in den Gemeinden ent-*



standen. Wir bitten daher alle Christen, insonderheit alle, die in der Gemeinde zu lehren haben, die in den Bekenntnissen der Evangelisch-Lutherischen Kirche bezeugte biblische Lehre von der Taufe ernst zu nehmen und jeder Lehre zu widerstehen, die der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen widerspricht. Wir weisen auf einige uns besonders vor- dringlich erscheinende Punkte hin und bitten alle Kirchen und Gemeinden Augsburgischer Konfession, sich mit uns in dem folgenden Zeugnis zu vereinigen:

## I.

„Christus sprach zu seinen Jüngern: Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe“ (Matth. 28, 18—20).

1. Mit dem Auftrag der Verkündigung des Evangeliums hat der auferstandene Herr durch das Wort, das er zu seinen Jüngern gesprochen hat, auch die heilige Taufe eingesetzt. Er hat sie zusammen mit seinem Wort und seinem heiligen Mahl zu einem Mittel seiner Gnade bestimmt, durch das er die Menschen aus ihrer Verlorenheit vor Gott rettet und ihnen Anteil an seiner Erlösung gewährt. An diesen seinen Willen gebunden, vertrauen wir in voller Gewißheit darauf, daß er, solange die Erde steht, seine rettende Macht der von ihm gestifteten Taufe nicht entzieht.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es sei die christliche Taufe von Menschen erdacht und ohne den Befehl des auferstandenen Herrn von der urchristlichen Gemeinde geübt worden.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es könne rechten Glauben an das verkündigte Evangelium geben, der nicht das Verlangen nach der Taufe in sich schließt, und es sei uns auf dieser Erde erlaubt, einen Eingang in das Reich Jesu Christi zu suchen, der nicht durch die Taufe hindurchführt.

2. Eine Taufe ist gültig, wenn der Leib des Täuflings von dem Täufer durch Untertauchen oder Begießen in Berührung mit Wasser gebracht wird und dabei der Name des dreieinigen Gottes angerufen wird mit den Worten: „Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“ Wir ermahnen alle Christen, von solcher rechten Übung nicht abzuweichen.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es könne dort noch Taufe sein, wo nicht mit Wasser getauft und dabei nicht der dreieinige Gott angerufen wird.

3. Wir preisen den Herrn der Kirche, daß er solche rechte Taufe nicht nur in den Kirchen unseres Bekenntnisses, sondern auch dort, wo falsche Lehren herrschen, dennoch als Werkzeug seiner Gnade erhalten hat.

Die Taufe anderer christlicher Kirchen erkennen wir als gültige Taufe an, sofern sie mit Wasser und im Namen des dreieinigen Gottes vollzogen wird.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es müsse oder dürfe eine Taufe,

die recht ist, deswegen wiederholt werden, weil sie von einem Täufer, der einer falschen Lehre anhängt, gespendet wurde.

## II.

„Christus hat geliebt die Gemeinde und hat sich selbst für sie gegeben, auf daß er sie heiligte, und hat sie gereinigt durch das Wasserbad im Worte“ (Eph. 5, 26).

1. Christus selber ist beim Vollzug der Taufe gegenwärtig und handelt an dem Täufling durch den von Menschen ausgerichteten Dienst. Aus seinem Heilswerk allein fließt die Kraft der Taufe und kommt zum Wasser durch die Macht seines Wortes.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es sei die Taufe nur ein leeres Zeichen oder es wohne dem Taufwasser oder gar dem Wasser an und für sich eine magisch wirkende Kraft inne.

2. Christus baut seine Kirche und führt sie durch die Zeiten zur Vollendung, indem er durch die Taufe immer aufs neue Glieder seinem Leibe einfügt.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es gründe sich die Kirche auf den Zusammenschluß der Gläubigen und nicht auf das Handeln des Herrn in Wort und Sakrament.

## III.

„Wisset ihr nicht, daß alle, die wir in Christum getauft sind, die sind in seinen Tod getauft? So sind wir ja mit ihm begraben durch die Taufe in den Tod, auf daß, gleichwie Christus ist auferstanden von den Toten durch die Herrlichkeit des Vaters, also sollen auch wir in einem neuen Leben wandeln“ (Röm. 6, 3—4).

Durch Christi Kreuz und Auferstehung ist für alle Menschen die Knechtschaft unter die Macht der Sünde, des Todes und des Teufels gesprengt und das ewige Leben Gottes aus Grab und Tod heraus ans Licht gekommen. Aber noch tritt jeder Mensch mit seiner Geburt unter die Macht von Sünde, Tod und Teufel; denn „was vom Fleisch geboren wird, das ist Fleisch“ (Joh. 3, 6). Der Sünder wird nur dann gerecht und lebendig vor Gott, wenn er Anteil erhält an der Erlösung, die Christus erworben hat.

Christus, der Herr, hat die heilige Taufe dazu gestiftet, daß wir durch sie Anteil an seiner Erlösung empfangen. In der Taufe werden wir in Christi Kreuzestod hineingegeben, so daß wir mit ihm sterben. Christus aber ist von dem Tode auferstanden; darum werden wir in der Taufe zugleich mit Christus auferweckt in das Leben. So wirkt die Taufe, was Christi Tod und Auferstehung gewirkt hat: sie erlöst von der Macht der Sünde, des Todes und des Teufels, sie schenkt die Vergebung, sie macht gerecht vor Gott, sie wirkt die Wiedergeburt, sie erneuert zu einer neuen Schöpfung und legt den Grund zu dem Leben des neuen Menschen, der nach Gott geschaffen ist in rechtschaffener Gerechtigkeit und Heiligkeit,

sie pflanzt uns ein in den Leib des erhöhten Herrn und macht uns ewig selig.

Die Taufe geschieht einmal in ihrem Vollzug, aber ihr Werk erstreckt sich durch das ganze Leben des Getauften. Täglich neu bringt sie den alten Menschen zum Sterben bis hin zur Stunde des Todes. Täglich neu schenkt sie das Leben des Auferstandenen und vollendet ihr Werk in der Auferstehung von den Toten.

Wir verwerfen die falsche Meinung, Christus gebe durch die Taufe nur zu erkennen, wie er uns die Seligkeit erworben hat. Dagegen bezeugen wir mit den Bekenntnissen unserer Kirche, daß die Taufe nach der Heiligen Schrift die Gnade nicht nur bedeutet, anzeigt und anbietet, sondern auch gibt und mitteilt.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es sei unser Glaube, der die Taufe zu diesem gnadenreichen Schatz mache.

Dagegen glauben und lehren wir, daß allein durch Christi Werk und Wort die Taufe dieser gnadenreiche Schatz ist. Darum erklären wir mit D. Martin Luther: „Daß uns nicht die größte Macht darin liegt, ob, der da getauft wird, gläube oder nicht gläube. Denn darum wird die Taufe nicht unrecht, sondern an Gottes Wort und Gebot liegt es alles . . . Denn mein Glaube machet nicht die Taufe, sondern empfähet die Taufe.“

#### IV.

„Wer da glaubet und getauft wird, der wird selig werden. Wer aber nicht glaubet, der wird verdammet werden“ (Mark. 16, 16).

Überall, wo die christliche Taufe vollzogen wird, legt Christus dem Täufling den Gnadenschatz der Erlösung in seinen Schoß. Doch wird dieser Schatz nur dort zum Heil empfangen, wo der Getaufte im Glauben sein Ja zur Gabe der Taufe spricht. Der Mensch kann diese Gabe zurückweisen und so durch Unglauben das neuschaffende Werk des Heiligen Geistes vereiteln. Dann geht auch der Getaufte verloren, obwohl er die Taufe empfangen hat und durch sie gezeichnet bleibt. Darum muß unter uns der Ruf zur Buße lebendig bleiben, durch die wir zur Taufe zurückkehren. Wer aber solche Buße in Reue und Glauben tut, für den steht auch die Heilsgabe der einmal empfangenen Taufe wieder in Kraft.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es könne die Taufe allein durch ihren Vollzug ohne mitfolgenden oder nachfolgenden Glauben das Heil bewirken.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es dürfe ein Getaufter, wenn er in Reue und Glauben Buße tut, wieder getauft werden.

#### V.

Christus spricht: „Es sei denn, daß jemand geboren werde aus Wasser und Geist, so kann er nicht in das Reich Gottes kommen. Was vom Fleisch geboren wird, das ist Fleisch, und was vom Geist geboren wird, das ist Geist“ (Joh. 3, 5—6).

„Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn solcher ist das Reich Gottes“ (Mark. 10, 14).

Unsere Kinder, vom Fleisch geboren, sind mit ihrer Geburt unter die Gewalt von Sünde, Tod und Teufel getreten und bedürfen daher der Mittheilung der von Christus erworbenen Erlösung und der neuen Geburt aus Wasser und Geist.

Auch für Kinder ist Christus gestorben und auferstanden, auch Kinder will er zu Gliedern seines Volkes haben, auch ihnen gilt Gebot und Verheißung seiner Taufe. Auch bei der Taufe von Kindern macht nicht der Glaube die Taufe. Darum wird auch ihnen der gnadenreiche Schatz, den die Taufe spendet, unverkürzt in den Schoß gelegt. Auch Kinder werden durch den Empfang der Taufe Glieder am Leibe Christi, das heißt Glieder seiner Kirche, und stehen dadurch unter den lebendigmachenden Wirkungen des Heiligen Geistes.

Aber ebenso gilt bei der Taufe der Kinder, daß die Gabe der Taufe nur dort zum Heil empfangen wird, wo sie nicht durch Unglauben zurückgewiesen und vereitelt wird. Obwohl wir nicht feststellen können, daß neugeborene Kinder, wenn sie die Taufe empfangen, sie im Glauben empfangen, so verlassen wir uns doch auf Christi Wort und Gebot, das der Taufe ihre Kraft verleiht, vertrauen auf die Fürbitte der christlichen Kirche und hoffen zu Gott, daß die Kinder, die wir taufen, glauben werden. In dieser Zuversicht bekennen wir an ihrer Statt für sie bei der Taufe den Glauben.

Daher darf und soll ein Kind die heilige Taufe empfangen, wenn Eltern und Paten für das Kind den christlichen Glauben bekennen und die Verpflichtung übernehmen, für gewissenhafte Unterweisung im Worte Gottes und für Erziehung in der Zucht und Vermahnung zum Herrn zu sorgen.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es widerspreche die Kindertaufe der apostolischen Lehre von der Taufe.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es müsse um der Erhaltung der Volkskirche willen die Kindertaufe ohne Gemeindezucht und ohne Unterweisung gewährt werden.

Wir verwerfen aber ebenso die falsche Meinung, es dürften christliche Eltern dem Kind, das Gott ihnen anvertraut hat, die Gabe der Taufe vorenthalten.

Wir verwerfen die falsche Meinung, es könne die Spendung der Taufe jemals von der Verkündigung des Evangeliums und der Unterweisung in Gottes Wort abgesondert werden. Die Kirche kann von der geistlichen Fürsorge für die von ihr getauften Kinder nie entbunden werden, weder durch einen Entschluß der Getauften noch durch außerkirchliche Maßnahmen.

Wir ermahnen unsere Gemeinden, im Bekenntnis des Glaubens festzustehen, damit Väter, Mütter und Paten für ihre Kinder das Bekenntnis des Glaubens in Kraft und Freudigkeit ablegen können und im Vertrauen auf die Verheißung Christi und auf das Gebet der christlichen Kirche getrost ihre Kinder zur Taufe bringen.



*Wir ermahnen die Eltern und Paten und die ganze Gemeinde, ihre Bürgschaft und Verantwortung für die getauften Kinder mit heiligem Ernst wahrzunehmen.*

*Wir ermahnen die Diener am Wort, die Gabe der Taufe und die in ihr enthaltene Verpflichtung allen Getauften unverkürzt zu verkündigen, insonderheit sollen sie den Gleichgültigen oder in Abfall Begriffenen mit Ernst bezeugen, daß auch sie unter der Verheißung und dem Anspruch der einst empfangenen Taufe stehen, daß aber die dem ewigen Tode entgegengehen, die nicht als lebendige Glieder in Christo, ihrem Haupt, erfunden werden.*

*Alle aber bitten wir mit den Worten Dr. Martin Luthers, mit denen er die Vorrede seines Taufbüchleins beschließt:*

*„Ach, lieben Christen, laßt uns nicht so unfleißig solch unaussprechliche Gaben achten und handeln, ist doch die Taufe unser einziger Trost und Eingang zu allen göttlichen Gütern und aller Heiligen Gemeinschaft. Das helf uns Gott! Amen.“*

Dem in dieser Erklärung ausgesprochenen Verständnis der Taufe entspricht die auf der Generalsynode als Abschnitt I der Lebensordnung angenommenen Ordnung der Verwaltung der Taufe in der Gemeinde. In ihr werden die praktischen Fragen der Taufe in der heutigen volkskirchlichen Gemeinde, soweit dies in rechtlicher Form möglich ist, geregelt. Ein Vergleich mit den Taufordnungen anderer, auch nichtlutherischer Kirchen zeigt, daß der „Consensus de administratione sacramenti“ in der evangelischen Kirche Deutschlands überaus groß ist. In der „Kirchlichen Lebensordnung“ der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union ist die Verwaltung der Taufe nicht anders geordnet, insonderheit stimmt die im Jahre 1950 neu beschlossene Taufordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Beschluß der VELKD völlig überein.

Somit erhält der Abschnitt I der Lebensordnung folgende Fassung:

### *Von der Taufe*

*Das hilft dir das hochwürdige Sakrament der Taufe, daß sich Gott selbst mit dir verbindet und mit dir eins wird eines gnädigen tröstlichen Bundes. Wann nun dieser Bund nit wäre und Gott nicht barmherzig durch die Finger sähe, so wäre kein Sünd so klein, sie verdammt uns, denn Gottes Gericht mag kein Sünd leiden. Darum ist kein größer Trost auf Erden, denn die Taufe, durch welche wir in der Gnaden und Barmherzigkeit Urteil treten. Derhalben soll niemand erschrecken, auch nit verzagen, sondern an seine Tauf gedenken und sich derselben fröhlich trösten, daß Gott sich da (mit ihm) verbunden hat.*

*Dr. Martin Luther*

*im Sermon vom Sakrament der Taufe*

1. Die Kirche tauft im Gehorsam gegen den Befehl Jesu Christi (Matth. 28, 19—20) und im Glauben an seine Verheißung (Mark. 16, 16).

Sie tauft Kinder, weil die durch Christus geschehene Erlösung auch den Kindern gilt und schon das Kind der Gnade Gottes bedarf (Mark. 10, 13—16). Die Gemeinde ist in allen ihren Gliedern dafür verantwortlich, daß der Ruf zur Taufe in ihrer Mitte lebendig bleibt.

2. Die Kindertaufe wird in der Regel an allen Kindern vollzogen, für die sie begehrt wird. Wer sein Kind taufen läßt, verspricht damit, es im christlichen Glauben zu erziehen. Das getaufte Kind bedarf einer Heimat, in der Gebet und Gottes Wort Raum haben. Die Eltern werden ihre Aufgabe am besten erfüllen, wenn sie sich treu zum Gottesdienst und zum kirchlichen Leben halten und auch ihre Kinder am Kindergottesdienst, an der evangelischen Unterweisung und am Leben der Jugend in der Gemeinde teilnehmen lassen.

3. Kirchlicher Ordnung entspricht es, daß die Kinder möglichst bald nach ihrer Geburt getauft werden.

Die Anmeldung der Taufe soll rechtzeitig vor dem Tauftag geschehen. Dabei sind dem Pastor die Taufpaten anzugeben. Zur rechten Verwaltung des Taufsakraments gehört die Unterweisung der Eltern und Paten über die Bedeutung der Taufe. Darum sollen die Eltern persönlich ihr Kind anmelden, damit der Pastor mit ihnen über den Sinn der Taufe und die Aufgaben der christlichen Erziehung sprechen kann.

Eltern, die ihr Kind nicht innerhalb eines Jahres nach der Geburt taufen lassen und dadurch kundtun, daß sie den Segen der Taufe verschmähen, verletzen die kirchliche Ordnung und verlieren das Wahlrecht, das Recht zur Patenschaft und die Fähigkeit zur Bekleidung von kirchlichen Ämtern.

4. Durch die Taufe wird der Mensch Glied der Gemeinde Jesu Christi. Darum soll die Taufhandlung in der Kirche und am besten in einem Gottesdienst der Gemeinde gehalten werden. Haustaufen sind ebenso wie Kliniktaufen auf dringende Notfälle zu beschränken. Für Kinder, die nicht im Gemeindegottesdienst getauft werden, wird im nächsten Gemeindegottesdienst Fürbitte getan.

Bei der Taufe eines Kindes sind die Eltern anwesend, damit sie sich mit der Gemeinde der Taufgabe freuen und zu der übernommenen Verpflichtung bekennen. Bleiben beide Eltern ohne ausdrückliche vorherige Mitteilung ihrer Verhinderung der Taufe fern, so wird der Vollzug der Taufe hinausgeschoben.

Größere Kinder müssen ihrem Alter entsprechend auf die Taufhandlung vorbereitet werden.

Der Taufe von Kindern im Konfirmationsalter und der Taufe Erwachsener muß ein gründlicher Taufunterricht vorangehen. Ihre Taufe erübrigt die Konfirmation.

5. Wenn das Leben eines Kindes oder eines Erwachsenen, der die Taufe begehrt, in Gefahr steht und kein Pastor zugegen sein kann, so darf

jeder Christ die Taufe vornehmen. Sie muß, wenn möglich, in Gegenwart christlicher Zeugen, mit folgenden Worten vollzogen werden:

*Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.*

Dabei wird das Haupt des Täuflings mit Wasser begossen. Nach der Taufe wird das Vaterunser gebetet. Solche Nottaufer muß möglichst bald dem Pastor angezeigt werden, damit er sie prüfen, bestätigen und die Eltern auf die Bedeutung der Taufe hinweisen kann. Dabei müssen die Namen der Taufzeugen angegeben werden.

6. Für die Taufe ist der Pastor zuständig, in dessen Gemeindebezirk die Eltern wohnen. Wollen die Eltern einen anderen Pastor für die Taufe wählen, so ist der Ordnung halber von dem zuständigen Pfarramt ein Abmeldeschein einzuholen. Dieses gilt sinngemäß auch bei der Taufe Erwachsener.

7. Nach dem Befehl Jesu Christi wird das Taufsakrament nur da recht verwaltet, wo es mit der christlichen Unterweisung verbunden ist. Darum sind die Eltern, die Paten und die ganze Gemeinde verpflichtet, für die christliche Unterweisung und Erziehung der in ihrer Mitte getauften Kinder Sorge zu tragen. Die Taufe muß daher versagt werden, wenn die evangelische Erziehung des Täuflings ernstlich in Frage gestellt ist.

Gehört nur der Vater oder nur die Mutter der evangelischen Kirche an, so ist die Taufe nur zulässig, wenn der evangelische Elternteil seinen christlichen Erziehungspflichten (s. 2) gewissenhaft nachkommen will, wenn ferner mindestens zwei evangelische Paten bestellt sind, und wenn der der evangelischen Kirche nicht angehörende Elternteil schriftlich erklärt, daß er die evangelische Erziehung des Kindes nicht hindern will.

Die Kirche muß die Taufe versagen, wenn Vater und Mutter der evangelischen Kirche nicht angehören, ferner wenn die Eltern die Kirche und ihr Bekenntnis zu Jesus Christus offensichtlich verwerfen oder öffentlich schmähen; wenn die Eltern zwar die Taufe des Kindes begehren, es aber ausdrücklich ablehnen, die mit der Taufe gegebene Verpflichtung zur christlichen Erziehung (s. 2) zu übernehmen; wenn die Eltern sich ausdrücklich weigern, bei schon getauften Kindern ihre Verpflichtung zur christlichen Erziehung zu erfüllen. Die Taufe kann in solchen Fällen ausnahmsweise gewährt werden, wenn an Stelle der Eltern evangelische Christen für die christliche Erziehung des Kindes zuverlässig sorgen.

Die Versagung der Taufe gehört unter die Verantwortung des zuständigen Seelsorgers. Meint der Pastor auf Grund gewissenhafter Prüfung und nach Anhörung des Kirchenvorstandes die Taufe versagen zu müssen, so können die Betroffenen beim Dekan (Propst, Superintendenten) Einspruch gegen seine Entscheidung erheben.

Wird die Taufe eines Kindes nicht gewährt, so kann es gleichwohl am Kindergottesdienst und an der evangelischen Unterweisung teilnehmen und kann vom Zeitpunkt der Religionsmündigkeit an (Vollendung des



14. Lebensjahres) selbst die Taufe begehren; denn auch die Versagung der Taufe will zur Gemeinde rufen. Mit jeder Taufversagung wird die Taufe letztlich bis zu dem Zeitpunkt zurückgestellt, an dem die Gründe, die zur Taufversagung geführt haben, wegfallen.

8. Wenn nicht sicher festgestellt werden kann, ob eine Taufe überhaupt oder ob sie dem Befehl unseres Herrn Jesus Christus gemäß geschehen ist, so muß sie in jedem Fall vollzogen werden.

9. Bei der Taufe eines Kindes treten an die Seite der Eltern die Paten. Ihr Dienst erwächst aus der Verantwortung, welche die christliche Gemeinde für ihre jungen Glieder trägt. Bei der Taufe vertreten sie das Kind, bekennen an seiner Stelle den christlichen Glauben und versprechen mit seinen Eltern, ihm zu helfen, bei Christus und seiner Gemeinde zu bleiben. Ihr Dienst verpflichtet sie zu treuer Fürbitte und christlichem Wandel, zur Unterweisung im Evangelium und zu seelsorgerlichem Zuspruch. Sie übernehmen darum auch, wenn nötig, die christlichen Erziehungspflichten der Eltern.

In der Regel werden zwei oder drei Taufpaten bestellt. Zu Paten sollen die Eltern evangelische Christen bitten, die bereit und fähig sind, ihrem Kinde rechten Patendienst zu tun. Glieder anderer christlicher Bekenntnisse können ausnahmsweise zugelassen werden, doch muß mindestens die Hälfte der Paten evangelisch-lutherischen Bekenntnisses sein. Vom Patendienst ist ausgeschlossen, wer keiner christlichen Kirche angehört, wer die kirchliche Ordnung verletzt oder sonst der Gemeinde Ärgernis gegeben hat. Können die Eltern keine geeigneten Paten finden, so wird der Pastor solche aus der Gemeinde erbitten. Die Paten sollen, wenn irgend möglich, bei der Taufe zugegen sein, um sich als Taufzeugen auch vor der Gemeinde zu der übernommenen Verpflichtung zu bekennen. Bei ihrer Verhinderung sind Stellvertreter als Taufzeugen zu bestellen. Paten, die nicht in der Gemeinde des Täuflings ortsansässig sind, müssen eine Bescheinigung ihres Pastors über die Zugehörigkeit zur Kirche und ihre Berechtigung als Paten beibringen.

Wir können den Bericht über die Generalsynode der VELKD nicht abschließen, ohne auf einen Punkt in dem Tätigkeitsbericht des Leitenden Bischofs eingegangen zu sein, da er ein Problem betrifft, das seit Jahren die EKD bewegt und auch im letzten Jahr bei der Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union wieder aufgeworfen worden ist: die Frage des „konfessionellen“ Verständnisses der Evangelischen Kirche, wie es besonders im Bereich der VELKD vertreten wird, oder eines überkonfessionellen (meist als „unionistisch“ gekennzeichneten) Verständnisses.

Anlaß zu den Ausführungen des Bischofs D. Meiser war ein Aufsatz des Präses der Synode der EKD Dr. Heinemann, den er im Informationsblatt des Bruderrates der EKD veröffentlicht hatte. Darin hieß es:

... Nun ein Wort zu der zweiten Aufgabe, die uns gestellt ist, zu der



Besinnung darüber, wo die wahre Einheit der Christenheit liegt. Hier wäre wieder an manches Geschehen aus dem Kirchenkampf anzuknüpfen. Denn damals war es uns gegeben, als Lutheraner, Reformierte, Unierte gemeinsam kirchlich zu handeln. Ich will die Frage so präzisieren: Nachdem die Eisenacher Kirchenversammlung im Sommer 1948 die 27 deutschen Landeskirchen, ohne Rücksicht auf ihren Konfessionsstand, zur Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengefügt hat, geht es darum, ob wir diesen Zusammenschluß festhalten und vertiefen oder durch einen Konfessionalismus, der sich ausschließend verstehen will, wieder in Frage stellen lassen. Es hat sich im Jahre 1948 zugetragen, daß zum erstenmal in der 400jährigen Geschichte des deutschen Protestantismus auf echtem brüderlichem Begegnen ein Zusammenschluß von lutherischen, reformierten und unierten Kirchen zustande gekommen ist. Damit stehen wir vor der Frage: lebt es in uns, daß sich das zugetragen hat? Seht ihr eure Aufgabe darin, daß wir dies festigen und weiterführen? Wo liegen die Grundlagen wahrer christlicher Einheit? Diese Frage hat die Christenheit schon früher bewegt. Auf dem Apostelkonzil der Urkirche (Apg. 15) ging es darum, ob Judenchristen und Heidenchristen eine Gemeinde bilden können. Die Urkirche hat darauf geantwortet: „Wir glauben, durch die Gnade des Herrn Jesu Christi selig zu werden, gleicherweise wie auch sie!“ Das wäre, scheint mir, die tragende Grundlage für eine Einheit der Evangelischen Kirche und Christenheit überhaupt. Da, wo diese Rechtfertigung allein aus Gnade bekannt wird, sollte das, was im übrigen über das Abendmahl gedacht und gelehrt wird, nicht mehr als eine kirchentrennende Mauer zwischen uns stehen. Ich möchte hier sonderlich die Nichttheologen herzlich darum bitten, diese in dem Eisenacher Zusammenschluß sichtbar gewordene Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland auch gegen die Theologen zu verteidigen und nicht zuzulassen, daß die Gräben des 16. Jahrhunderts wieder aufgerissen werden.

Die Überwindung eines ausschließenden Konfessionalismus ist nicht nur eine Aufgabe, die uns in der EKD gestellt ist, sondern eine Sache, um die es — in weltweitem Maße — in der Ökumene geht und die auf der Kirchenkonferenz 1948 in Amsterdam weitgehend verwirklicht wurde. Auch diese Weltkirchenversammlung hat sich in unseren Tagen begeben, und wieder frage ich: steht dieser Vorgang in unser aller Bewußtsein? — Was war denn diese Weltkirchenversammlung in Amsterdam? Sie war das umfassendste Konzil in der Geschichte der Christenheit! Vertreter von etwa 150 christlichen Kirchen aus etwa 45 Ländern aller 5 Erdteile waren beieinander. Es war die Christenheit in der ganzen Vielgestaltigkeit ihres Kirchentums, mit nur zwei Ausnahmen: nicht beteiligt waren die Römische Kirche und die Orthodoxe Kirche von Moskau. Es ging darum, im Gespräch miteinander zu klären, wieweit man einig oder wie tief man getrennt sei. Das große Erleben von Amsterdam bestand darin, daß, je gründlicher man in diese Fragen eindrang, um so deutlicher die Erkenntnis

heraustrat, daß man gemeinsam auf dem einen Fundament stehe: Jesus Christus, der Herr der Kirche.

Dieses brüderliche Gespräch müssen wir fortführen und lebendig erhalten. Aber niemand kann die Sache der Ökumene ernst nehmen, der nicht gewillt ist, zunächst innerhalb unserer EKD die ökumenische Haltung zu bestätigen, indem wir uns immer wieder darauf besinnen: worin sind wir einig und wie wollen wir es vor dem Herrn der Kirche verantworten, daß wir noch getrennt sind?

Das wären, so meine ich, die beiden Aufgaben, die der Christenheit heute sonderlich gestellt sind: Klarheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Kirche und Welt und Klarheit zu begründen über die wahre Einheit der Christenheit . . .

Wenn nun der eine oder andere von hier hinausgeht und sich fragt: Da habe ich mancherlei heute gehört, manchen Appell vernommen, daß die Christenheit dies oder das tun soll; was aber soll ich nun tun? — so möchte ich folgendes antworten: Wenn ein jeglicher von uns anfangen würde zuzugeben, daß er nicht immer recht gehabt hat, so würde ein Stück aus dem Teufelskreis herausgebrochen werden, der das Unheil über uns brachte. Wir haben nicht recht, sonderlich nicht vor Gott, deshalb laßt uns endlich einander völlig andersherum begegnen. Wenn ein jeder von uns es sich vornehmen würde, morgen irgend etwas ein klein wenig besser zu machen als heute, dann wäre der erste Schritt getan, um den es geht. Irgend etwas ein klein wenig besser machen, zunächst einmal in unserer eigenen Familie, in dem Haus, in dem wir wohnen, im Zusammenleben mit den Arbeitskameraden, in der Fabrik, im Büro; als erster das auflockernde Wort sprechen, als erster die Hand zur Versöhnung reichen, statt zu sagen: ich bin im Recht, und zunächst muß der andere sich ändern, — irgend etwas dieser Art, etwas Unscheinbares nur, ein wenig besser machen, als es gestern gelaufen ist, das wäre ein Aufbrechen auf den Weg, auf den wir gerufen sind. Dann würde das Zeichen wieder sichtbar werden, das auf den Herrn hinweist, der uns in Dienst genommen hat, und der der Erlöser aller sein will. Freilich, wenn wir so anfangen, werden wir nicht die Erlösung dieser Welt und das Paradies auf Erden herbeiführen, sondern wir müssen nüchtern bleiben in allem, was sich auch ereignen mag. Diese Welt ist die gefallene Welt. Aber dennoch: wir wissen, daß der Sieg über diese Welt errungen ist, ein für allemal und vollständig, und daß er sichtbar werden wird vor aller Augen an dem Tage, wo der Herr wiederkommen wird, um uns alles aus der Hand zu nehmen und selber alles in allem zu sein, und wo er einen jeglichen von uns fragen wird: was hast du getan?

Dazu nahm D. Meiser in seinem Bericht folgendermaßen Stellung:

Es ist notwendig, immer wieder auszusprechen, daß in dem Streben nach Einheit nicht Grenzen überschritten werden dürfen, die uns, ob es uns lieb oder leid ist, einfach gezogen sind, und deren Mißachtung uns zu Verleugnern der uns aufgetragenen Wahrheit machte.

Von daher müssen wir es aufs tiefste bedauern, daß in einem Leitartikel „Evangelische Kirche heute“, der in Nr. 1 des I. Jahrgangs des Informations- und Nachrichtendienstes des Bruderrates der Evangelischen Kirche Deutschlands unter dem 15. 1. 1950 veröffentlicht ist, Gedanken entwickelt werden, die alles, was wir in mühsamem Ringen um die Einheit gewonnen haben, wieder aufzuheben drohen. Es heißt dort: „Nachdem die Eisenacher Kirchenversammlung im Sommer 1948 die 27 deutschen Landeskirchen ohne Rücksicht auf ihren Konfessionsstand zur Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengefaßt hat, geht es darum, ob wir diesen Zusammenschluß festhalten und vertiefen oder durch einen Konfessionalismus, der sich ausschließend verstehen will, wieder in Frage stellen lassen.“ Hier wird zunächst eine Behauptung aufgestellt, die nicht richtig ist. Denn wer die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland kennt, weiß, daß sie keineswegs den Konfessionsstand der Landeskirchen unberücksichtigt läßt, sondern ihm im Gegenteil in jeder Weise Rechnung trägt. Gleich in Art. 1 heißt es: „Die Evangelische Kirche in Deutschland achtet die Bekenntnisgrundlage der Gliedkirchen und Gemeinden und setzt voraus, daß sie ihr Bekenntnis in Lehre, Leben und Ordnung der Kirche wirksam werden lassen.“ Art. 2 setzt fest, daß die gesamtkirchliche Rechtssetzung das Bekenntnis der Gliedkirchen nicht verletzen darf. Nach Art. 27 gliedert sich die Synode in Bekenntniskonvente derart, daß über Vorlagen, gegen die vom Bekenntnis einer Kirche Bedenken erhoben werden, überhaupt nicht entschieden werden kann, wenn sich die Bedenken nicht beheben lassen. So ist es geradezu das Signum der Grundordnung, daß den konfessionellen Unterschieden innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland Rechnung getragen ist. Wer die Entstehung der Grundordnung kennt, der weiß auch, daß allein dadurch der Zusammenschluß der bekenntnisverschiedenen Landeskirchen innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands möglich geworden ist. Das alles nun wieder in Abrede stellen zu wollen, hieße der Evangelischen Kirche in Deutschland den Boden entziehen und sich der Gefährdung der zustande gekommenen Einigung schuldig machen. Auch wäre es das Gegenteil der Achtung, die die Evangelische Kirche in Deutschland den Bekenntnisgrundlagen ihrer Gliedkirchen entgegengebracht wissen will, wenn jede Geltendmachung des Bekenntnisstandes mit dem Schlagwort eines Konfessionalismus, der sich ausschließend verstehen will, abgeurteilt würde. Soll denn von uns Lutheranern verlangt werden, daß wir uns in der EKD nicht mehr als Lutheraner wissen dürfen, und daß wir unser lutherisches Erbe einfach preisgeben?

Fast gewinnt es diesen Anschein; denn der Verfasser des Artikels hält es für ausreichend, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland als Grundlage ihrer Einheit auf ein Minimalbekenntnis zurückzieht, wie es in App. 15 gegeben sein soll: „Wir glauben durch die Gnade unseres Herrn Jesu Christi selig zu werden gleicherweise wie auch sie.“ Das wäre, so schreibt der Verfasser, die tragende Grundlage für eine Einheit der Evan-



gelischen Kirche und Christenheit überhaupt. Da, wo diese Rechtfertigung allein aus Gnaden bekannt wird, sollte das, was im übrigen über das Abendmahl gedacht und gelehrt wird, nicht mehr als eine kirchentrennende Mauer zwischen uns stehen. Hier wird nur von einer unterschiedlichen Auffassung vom heiligen Abendmahl geredet. Aber ist das der einzige Differenzpunkt? Weiß der Verfasser nichts von den vielen anderen Kontroversfragen, die heute so wenig wie einst zwischen den Konfessionen ausgeglichen sind? Ich nenne die Lehre vom Gesetz und Evangelium, die Lehre Luthers von den beiden Reichen, die Frage nach Erwählung und Verwerfung, nach dem Verhältnis von Glaube und Werken, von Amt und Gemeinde. Ich nenne das verschiedene Verständnis des Verhältnisses von Zeit und Ewigkeit, die Lehre von der Person Jesu Christi, die Tatsache seiner Kondezdenz, die verschiedene Auffassung vom Wesen der Kirche und ihrer Verfassung, von Gottesdienst und Kultus u.a.m. Sollen diese Fragen einfach als erledigt erklärt werden? Und was sollen wir sagen, wenn der Verfasser in diesem Zusammenhang die Laien gegen die Theologen ausspielt und schreibt: „Ich möchte hier sonderlich die Nichttheologen herzlich darum bitten, diese in dem Eisenacher Zusammenschluß sichtbar gewordene Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland auch gegen die Theologen zu verteidigen und nicht zuzustimmen, daß die Gräben des 16. Jahrhunderts wieder aufgerissen werden“? Soll damit das Ringen von Jahrhunderten um das rechte einheitliche Verständnis des Evangeliums und um die einheitliche, schriftgemäße Verwaltung der Sakramente einfach abgetan werden? Will man die verpflichtende Kraft der Wahrheit in der Klarstellung unserer gegenseitigen Beziehungen einfach ausschalten? Und das noch dazu unserer Kirche zumuten, der die Leidenschaft zur Wahrheit von Anfang an eingestiftet ist und die um Gott und des Gewissens willen von ihrem Auftrag nicht lassen kann?

Wenn der Verfasser des Artikels schließlich erklärt, unsere ökumenische Verpflichtung lege uns die Verpflichtung eines Interkonfessionalismus auf, und meint, niemand kann die Sache der Ökumene ernst nehmen, der nicht gewillt ist, zunächst innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands die ökumenische Haltung zu bestätigen, so ist er über das Wesen und das Selbstverständnis der Ökumene schlecht unterrichtet. Denn die Gliedschaft beim Weltrat der Kirchen schließt nicht in sich die Relativierung des eigenen Kirchenbegriffes. Der Weltrat der Kirchen sieht es nicht als seine Aufgabe an, die Kirchen zu einigen (zu „unionisieren“). Seine Aufgabe ist bescheidener: er will die Kirchen in lebendigen Kontakt miteinander bringen und das Studium und die Diskussion über die Frage der kirchlichen Einheit fördern. Der Weltrat der Kirchen aber ist nicht und erstrebt nicht zu sein oder zu werden eine Superkirche. Man lege uns also im Namen der Ökumene nichts auf, was die Ökumene selbst nicht will.

Alles in allem, wenn die Gedanken des erwähnten Artikels weitere Kreise ziehen sollten, so wäre allerdings eine sehr ernste Lage gegeben und die Evangelische Kirche in Deutschland würde zu fragen sein, ob sie sich



*diese Gedanken zu eigen macht. Sie müßte sich dann aber auch bewußt sein, welche Gewissensnötigung sie unseren lutherischen Kirchen und ihren Gliedern zumutet, und die Verantwortung für alle Folgen übernehmen, die sich daraus ergeben.*

*Wenn ich gegen die obengenannten Ausführungen Stellung nehme, so geschieht es nicht im Gefühl der Verbitterung oder um eine unerfreuliche Polemik zu entfachen, sondern nur um alle Beteiligten zu der Grundlage zurückzurufen, auf der wir uns zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden haben, und um einen Schaden zu verhüten, der schwer wieder-gutzumachen wäre. Unsere grundsätzliche Stellung zu dem Konfessionsproblem möchte ich mit einem Wort von Bezzel präzisieren, der einmal gesagt hat: „Die Kirche Jesu Christi tritt in konfessionaler Bestimmtheit uns entgegen. Wir glauben, daß die Liebe des Heilands, sein heiliges Wesen und Wirken nirgends reiner, klarer und herrlicher geehrt und dargestellt wird als in der Kirche, die nicht Luther, sondern der Apostel Paulus gegründet hat. Wir Lutheraner waren tolerant, ehe dieser Name, der in dem Instrument des Westfälischen Friedens zum erstenmal in der Rechtssprache vorkommt, geprägt war. Denn wir wissen von den vielen Wohnungen im Vaterhaus und kennen nur eine seligmachende, christliche Kirche, nicht eine alleinseligmachende Konfession. Aber eben weil wir, des eigenen Besitzes froh und gewiß, das Gute, das anderwärts sich findet, anerkennen, sind wir nicht gewillt, unseren Besitzstand zu verringern, um einen anderen zu vergrößern und Charakterschwäche Toleranz zu heißen. Wir wollen nicht das Fremde zuerst und das Eigene zuletzt fördern, sondern unser eigenes Haus zunächst versorgen.“*

Die Generalsynode machte sich diese Ausführungen ausdrücklich zu eigen. Nach der Synode gab es noch eine Fortsetzung der Diskussion in Artikeln der Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung, aus der deutlich wird, daß wir bei dieser Frage noch keineswegs zu einer wirklichen Klärung gelangt sind. Es muß noch um ein tieferes Verständnis der hier uns bewegenden Probleme gerungen werden. Auf keinen Fall sollte man jedoch einfach dies verschiedene Verständnis auf sich beruhen lassen. Dafür sind die Probleme viel zu wichtig im Blick auf die Gemeinschaft der evangelischen Kirchen in der EKD.

Wie notwendig das ist, geht auch aus dem Antrag hervor, den die Neuendettelsauer „Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinn der lutherischen Kirche“ an die Generalsynode der VELKD richtete, der folgenden Wortlaut hat:

*Antrag auf Stellungnahme der Generalsynode zum Verhältnis  
der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche  
Deutschlands zur Evangelischen Kirche in Deutschland*

*Als vor bald zwei Jahren die Synoden der lutherischen Landeskirchen  
Deutschlands zur „Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutsch-*

land“ Stellung nahmen und den Beitritt ihrer Kirche zur Evangelischem Kirche in Deutschland (EKD) beschlossen, wurden von den meisten sehr bedeutsame zusätzliche Erklärungen abgegeben. Durch sie sollte gegenüber den zu unionistischen Auffassungen Anlaß gebenden Bestimmungen der Grundordnung ein gesundes, mit dem Bekenntnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche vereinbartes Verständnis der EKD als Bund von bekenntnismäßig selbständigen Kirchen vertreten werden. In manchen dieser Erklärungen wurde dabei ausdrücklich auf die VELKD Bezug genommen. Damals haben sich auch mehrere leitende Persönlichkeiten der lutherischen Landeskirchen im gleichen Sinne zur Frage geäußert.

Die Generalsynode der VELKD hat jedoch selbst bisher zur Frage des Selbstverständnisses der EKD und dementsprechend zur Stellung der VELKD im Gefüge der EKD noch keine grundsätzlichen oder praktischen Beschlüsse gefaßt. Im Laufe der vergangenen zwei Jahre ist im theologischen Gespräch und in den kirchlichen Entscheidungen aber deutlich geworden, daß eine solche Klarstellung angesichts immer wieder auftretender unionistischer Mißverständnisse dringend erwünscht ist. Es sei deshalb nur auf einige Vorgänge hingewiesen, wie z. B. eine bestimmte Interpretierung des in Leipzig gefaßten Beschlusses über die ökumenische Vertretung der zur VELKD gehörenden lutherischen Landeskirchen durch das Kirchliche Außenamt der EKD, wiederholte Äußerungen der bruderrätlichen Kreise, das Drängen auf Abendmahlsgemeinschaft beim Rat der EKD und bei der Berliner Synode, der stark erhöhte Haushaltsplan der EKD u.a.m. Sie geben allen denjenigen Grund zu sehr ernsten Besorgnissen, welche ihre Augen vor den in der EKD wirksamen Tendenzen nicht verschließen, diese zu einer umfassenden Unionskirche zu entwickeln.

Es wird befürchtet, jene Erklärungen wären damals nur zur Gewissensbeschwichtigung der sich an das Bekenntnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche gebunden fühlenden leitenden Kirchenmänner, Pfarrer und Gemeinden abgegeben worden, ohne daß jedoch inzwischen genügend deutlich geworden wäre, daß die VELKD als solche entschlossen sei, den durch die Synodalbeschlüsse der meisten ihrer Gliedkirchen gekennzeichneten Weg auch praktisch einzuschlagen. So wird z. B. darauf hingewiesen, daß die bayrische Landessynode im Herbst 1948 zu Ansbach in einer fast einstimmig angenommenen Erklärung mit sechs Punkten sehr wichtige und wegweisende Feststellungen getroffen und Forderungen erhoben hat, über welche zum Teil einfach — ohne sie überhaupt einer Beachtung zu würdigen — von der EKD hinweggegangen wurde (Punkt 5), und welche zum anderen Teil noch der Verwirklichung harren, obschon auf zwei Synoden der EKD längst dazu Gelegenheit gewesen wäre (Punkt 4). Es wird angesichts des bisherigen Verhaltens der EKD, besonders ihres Kirchlichen Außenamtes, leider nicht ohne Grund gefragt, inwieweit auch die Punkte 2 und 3 jener Erklärung überhaupt ernst genommen und berücksichtigt worden wären.

Wir halten dafür, daß die Gewissensbedenken derjenigen Lutheraner

nach der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen unserer evangelisch-lutherischen Kirche berechtigt sind, welche sich den unbestreitbar vorhandenen unionistischen Tendenzen in der EKD widersetzen und die deshalb den mit der Annahme jener Grundordnung beschrittenen Weg ihrer verfassungsgemäß an das evangelisch-lutherische Bekenntnis gebundenen Kirche nur zur Not und nur unter der Voraussetzung mitgehen konnten, daß jene Beschlüsse ihrer Synoden auch tatsächlich ernst genommen und verwirklicht werden.

Aus diesem Grund richtet die Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche an die in Ansbach versammelte Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands die dringende Bitte und beantragt:

Die Generalsynode möge sich namens der gesamten VELKD auf den Boden dieser von mehreren ihrer Gliedkirchen abgegebenen Erklärung stellen und ihrer Kirchenleitung durch einen Beschluß die rechtliche Handhabe geben, auf dem so gekennzeichneten Wege fortzuschreiten. Es dürfte dabei erwünscht erscheinen, bei der Formulierung dieser Stellungnahme der VELKD neben den erwähnten Klarstellungen, wie sie vor bald zwei Jahren hier in Ansbach beschlossen wurden, auch die eindeutigen Formulierungen aus den Erklärungen der zuvor genannten lutherischen Landeskirchen zu berücksichtigen. Die Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche bittet jedoch dringend, die wohl nur von der bayrischen Synode gestellten konkreten Forderungen nicht in Fortfall kommen zu lassen, insbesondere nicht die der Gesamtvertretung der VELKD in der EKD und gegenüber der Ökumene sowie den Auslandskirchen — vgl. Verfassung der VELKD Art. 6, 2; Art. 3, 2 und Art. 7 Abs. 4, 5, 7.

Denn die Entwicklung der letzten zwei Jahre zeigt, wie notwendig es ist, seine grundsätzliche Haltung gerade auch in einzelnen, praktischen Entscheidungen zu verwirklichen.

Hierzu faßte die Generalsynode folgenden Beschluß:

Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands dankt der „Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche“ in Neuendettelsau für den Hinweis auf die von den Gliedkirchen durch die Annahme der Verfassung der Vereinigten Kirche eingegangenen Verpflichtungen.

Die Generalsynode gedenkt bei ihrer Tagung in Ansbach in brüderlicher Verbundenheit der lutherischen Diaspora im Ausland. Sie stellt mit Dank gegen Gott fest, daß sich die evangelische Auslandsdiaspora weithin um das Augsbургische Bekenntnis sammelt und danach ordnet. Sie bittet die Gliedkirchen und die Kirchenleitung der Vereinigten Kirche, in der Pflege der geistlichen Gemeinschaft mit der Auslandsdiaspora und in der Fürsorge für sie nicht nachzulassen.

Die Generalsynode stellt fest, daß Ziffer 1 ihres Beschlusses von Leipzig



*(Januar 1949) im Sinne einer unmittelbaren Mitgliedschaft der lutherischen Gliedkirchen in dem Ökumenischen Rat der Kirchen zu verstehen ist.<sup>1)</sup>*

*Zur Förderung der in Artikel 7 Ziffer 7 der Verfassung gestellten Aufgaben beschließt die Generalsynode, die Kirchenleitung zu bitten, einen Referenten für die Fragen der Diaspora und der Ökumene in das Lutherische Kirchenamt zu berufen und beim Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zu beantragen, er möge dafür Sorge tragen, daß die Arbeit des Kirchlichen Außenamtes so geordnet wird, daß der Charakter der Evangelischen Kirche in Deutschland als eines Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen bei allen Fragen der Diaspora und der Ökumene zur Geltung kommt.*

Mit diesem Beschluß ist das seinerzeit in Bethel auf der Synode der EKD und dann in Leipzig auf der Synode der VELKD so heftig diskutierte Problem des Verhältnisses der EKD zum Ökumenischen Rat der Kirchen aufs neue aufgeworfen. Ob es gelingt, diesen gordischen Knoten zu lösen, wird die weitere Entwicklung in der Synode der EKD zeigen. Jedenfalls ist es erforderlich, in der Frage der Mitgliedschaft aller Gliedkirchen der EKD im Ökumenischen Rat der Kirchen eine wirkliche Klärung herbeizuführen. Denn die Erklärung der Generalsynode von Ansbach steht zu der Tatsache der Mitgliedschaft der EKD im Ökumenischen Rat in einem Widerspruch, der irgendwie einmal, auch im Blick auf die anderen Gliedkirchen der EKD, beseitigt werden muß.

Außer der Generalsynode von Ansbach mit ihren Beschlüssen über die Taufe ist als wichtigstes Ereignis im Bereich der VELKD noch die Erklärung zu nennen, die von der Bischofskonferenz der VELKD am 5. November 1950 zum römisch-katholischen Dogma der leiblichen Aufnahme der Maria in den Himmel veröffentlicht wurde. Da über dies Dogma selbst und sein Zustandekommen an anderer Stelle ausführlich gehandelt werden soll (Kirchl. Jahrbuch 1951), braucht hier nicht näher darauf eingegangen zu werden. Es war gut und notwendig, daß zu diesem Dogma nicht nur in theologischen Gutachten und Aufsätzen seitens der evangelischen Kirche Stellung genommen wurde, sondern daß auch eine offizielle Stellungnahme der evangelischen Kirche erfolgt ist. Es bleibt freilich bedauerlich, daß hier nicht der Rat der EKD für die ganze evangelische Kirche gesprochen hat. Das wäre unseres Erachtens seines Amtes gewesen. Von irgendwelchen innerevangelischen bekenntnismäßigen Problemen kann doch in dieser Sache wirklich keine Rede sein. Das Wort, wie es die Bischöfe der VELKD formuliert haben, könnte nicht anders von allen evangelischen Kirchen gesprochen werden. Es ist das Wort der evangelischen Kirche in dieser Sache. Darum sind wir dafür dankbar, daß diese Erklärung der lutherischen Bischofskonferenz erschienen ist. Durch sie hat die evangelische Kirche das notwendige Wort gesprochen.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 118.



## Erklärung

*der Lutherischen Bischofskonferenz zu dem durch den Papst in Rom definierten Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel*

Verlesen durch den Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof D. Hans Meiser (München), am Sonntag, den 5. November 1950, anlässlich des Festgottesdienstes am Gedächtnistag der Reformation zu Kulmbach (Oberfranken)

*Am 1. November 1950 hat Papst Pius XII. in Rom die Lehre von der leiblichen Aufnahme Mariens in die himmlische Herrlichkeit zur Würde eines definierten Dogmas erhoben.*

*Diese Entscheidung innerhalb der römisch-katholischen Kirche ist so verhängnisvoll und für uns Glieder am Leibe Christi so schmerzlich, daß wir als Bischöfe der evangelisch-lutherischen Kirche dazu nicht schweigen können. Wir bezeugen darum allen Gliedern der Kirche Jesu Christi:*

### 1.

*Die Lehre von der leiblichen Aufnahme Mariens in die himmlische Herrlichkeit (gewöhnlich die Lehre von der Himmelfahrt Mariens genannt) hat keinen Grund in der Heiligen Schrift und widerspricht ihrem klaren Zeugnis von der Aufeinanderfolge der Auferstehung Christi und der Auferstehung aller Glaubenden (1. Kor. 15, 23 ff.).*

*Nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift ist Maria, die Mutter Jesu, in einzigartiger Weise von Gott in Dienst genommen worden, indem sie als Jungfrau den Sohn Gottes geboren hat. Sie darf daher mit den Vätern der Kirche Gottesmutter genannt werden und nimmt insofern eine besondere Stellung innerhalb des ganzen Menschengeschlechtes ein.*

*Zugleich zeigt uns aber die Heilige Schrift, daß Maria, wie viele andere Menschen, den Weg Jesu nicht zu verstehen vermochte, und daß er ihr nicht nur ein Schmerz, sondern auch eine Anfechtung war. Und wenn sie dann nach Jesu Tod und Auferstehung der urchristlichen Gemeinde angehörte, so nur als schlichtes Glied. Die Bibel berichtet uns nichts davon, daß sie in der Gemeinde mit einer besonderen Würde bekleidet gewesen wäre.*

*Wird aber Maria durch die unbiblische Behauptung ihrer unbefleckten Empfängnis und ihrer Himmelfahrt tatsächlich aus dem Zusammenhang der Menschheit herausgelöst, über alle Heiligen und Engel erhoben und gar als „Mittlerin und Miterlöserin“ neben Jesus Christus gestellt, dann wird das biblische Bild der Mutter Jesu zerstört.*

*Wenn das Dogma feststellt, daß der Leib Mariens schon jetzt in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ist, dann wird vorweggenommen, was Gott der Herr sich für das Ende der Zeit vorbehalten hat, ja noch mehr, Maria erhält eine sie von der übrigen christlichen Gemeinde unterscheidende christusähnliche Würde und Rangstellung.*

## 2.

*Auch in den nachbiblischen Lehrzeugnissen der alten christlichen Kirche, die wir mit der römischen Kirche gemeinsam haben, findet sich kein Hinweis auf die Himmelfahrt Mariens.*

*Erst vierhundert Jahre nach Christus taucht eine Legende auf, die folgendes erzählt:*

*Als Maria, die Mutter Jesu, auf dem Sterbebett lag, waren alle Apostel um sie versammelt. Da nahte sich Jesus mit seinen Engeln, nahm ihre Seele auf und übergab sie dem Erzengel Michael. Als die Apostel am nächsten Tage ihren Leib zu Grabe bringen wollten, erschien Jesus zum zweiten Male und entrückte ihren Leib in einer Wolke in das Paradies, wo sich die Seele wieder mit dem Leib vereinigte.*

*Obwohl verantwortliche Kirchenlehrer gegen die Anerkennung dieser Legende Einspruch erhoben, führte die aus alten außerchristlichen Erinnerungen genährte Volksfrömmigkeit zur Entstehung eines Kirchenfestes zu Ehren der angeblichen Himmelfahrt Mariens. Noch bis zum Jahre 1568 bringt das römische Brevier zum Ausdruck, daß die Kirche nicht weiß, was mit dem Leib Mariens geschehen ist.*

*Wenn heute der Papst als oberster Lehrer der römischen Kirche aus der Legende von der Himmelfahrt Mariens einen Glaubenssatz macht und an diesen das ewige Heil aller Gläubigen bindet, so ist damit auch innerhalb der Lehrtradition der römischen Kirche ein tiefer Einschnitt erfolgt. Der Papst verläßt den bisherigen Grundsatz, daß nur das wahrhaft katholisch ist, „was überall, was immer, was von allen geglaubt worden ist“.*

## 3.

*Die Christenheit der Welt steht damit zum erstenmal in ihrer Geschichte vor der Tatsache, daß ein Papst aus der ihm 1870 zugesprochenen Unfehlbarkeit heraus einen Glaubenssatz definiert.*

*Der Widerspruch, der damals aus allen christlichen Kirchen gegen das Unfehlbarkeitsdogma laut wurde und zur Abspaltung der altkatholischen Kirche von Rom führte, erhält durch die Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt Mariens eine erschreckend eindruckliche Rechtfertigung. Denn dieses Dogma ist nicht nur wie manches ältere Dogma der römischen Kirche eine irrige Auslegung der apostolischen Lehre, sondern hat überhaupt keinen Grund mehr in der Botschaft der Apostel und bedeutet darum die grundsätzliche Loslösung des römischen Bischofs vom Gehorsam gegenüber den Aposteln unseres Herrn Jesu Christi.*

*Obwohl die römisch-katholische Theologie sich bemüht, die Verehrung Mariens von der der Heiligen Dreieinigkeit geschuldeten Anbetung abzugrenzen, kann sie nicht verhindern, daß die Volksfrömmigkeit durch das neue Dogma zur Übertretung des ersten Gebotes verleitet wird. Die Losung „Durch Maria zu Christus!“ verdunkelt in Wahrheit den Weg, den Gott den Menschen zum Heil gewiesen hat.*

#### 4.

*Die dem Evangelium widersprechende Dogmatisierung der Himmelfahrt Mariens erfüllt uns schließlich mit besonderem Schmerz im Blick auf das Verhältnis der christlichen Kirchen zueinander.*

*Durch den Kampf wider die gottfeindlichen Mächte, der in dieser dem Ende zueilenden Zeit in letzter Schärfe entbrannt ist, waren die christlichen Kirchen in einer Weise einander zugewandt, daß ihre Glieder das Gefühl der Fremdheit und der polemischen Erstarrung gegeneinander verloren und aufeinander zu hören und voneinander zu lernen bereit wurden.*

*Voraussetzung dieser Annäherung war die Anerkennung, daß das Zeugnis der Apostel die Grundlage der kirchlichen Lehre sein mußte. Durch die nun erfolgte Entscheidung der römischen Kirche ist diese Grundlage verlassen. Mit tiefer Sorge sehen wir voraus, welche Folgerungen sich aus dieser Preisgabe der Grundlagen der Kirche ergeben können.*

#### 5.

*Unseren Gemeinden aber bezeugen wir in dieser Stunde das alleinige Heil in Christo, dem Gekreuzigten und Auf-erstandenen. Wir bleiben bei dem Herrnwort des Johannesevangeliums: „Niemand fährt gen Himmel, denn der vom Himmel herniedergekommen ist, nämlich des Menschen Sohn, der im Himmel ist“ (Joh. 3, 13).*

*Wir rufen unsere Gemeinden auf, es durch Wort und Wandel zu bekräftigen, daß es zur Seligkeit keines anderen Mittlers als unseres Herrn Jesu Christi bedarf:*

*„Auf Christi Himmelfahrt allein ich meine Nachfahrt gründe.“*

Im Anschluß an den Bericht über die Arbeit der VELKD sei noch auf die Fortsetzung der Tätigkeit des sogenannten „Detmolder“ Kreises, d. h. der „Arbeitsgemeinschaft lutherischer Kirchen und Gemeinden“ hingewiesen. Denn diese schon vor Jahren im Zusammenhang mit der Entstehung der EKD begründete Arbeitsgemeinschaft<sup>1)</sup> stellt eine Verbindung zwischen den zur VELKD gehörenden lutherischen Kirchen und den nicht zu ihr gehörigen Kirchen (Oldenburg, Württemberg) sowie zu den lutherischen Gemeinden in den Unionskirchen (z. B. Evangelische Kirche der altpreußischen Union, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck) dar. Eine solche Verbindung erscheint uns auch um der Evangelischen Kirche in Deutschland willen wichtig zu sein. Denn hierdurch wird eine von den notwendigen Brücken innerhalb der EKD gebaut, die einem tieferen Verständnis der geschichtlich gewordenen Verschiedenheiten der lutherisch geprägten evangelischen Kirchen dient und damit die Gemeinschaft in der EKD trotz der Gegensätzlichkeit des

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1945—48, S. 82.

konfessionell geprägten und des durch die Union geprägten Kirchentums stärkt. Diese Verbindung ist dadurch geschaffen worden, daß seitens der „Arbeitsgemeinschaft lutherischer Kirchen und Gemeinden“, deren Mitglieder ja nicht zur VELKD gehören, mit der Leitung der VELKD ein „Theologischer Konvent Augsburgischen Bekenntnisses“ gebildet worden ist, in dem die theologischen Fragen innerhalb des Gesamtluthertums einer gemeinsamen Klärung zugeführt werden sollen. Dieser Konvent trat zum erstenmal bereits im September 1949 in Fulda zusammen.

Eine zweite Tagung des Theologischen Konvents A.B. beschäftigte sich vom 21.—23. März in Fulda mit dem Thema „Wort und Wirklichkeit in Verkündigung und Sakrament“. Das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen wurde in zwei Thesenreihen zusammengefaßt, von denen die erste von dem Verhältnis von „Wort und Wirklichkeit“ ausgehend, zu dem Problem der Entmythologisierung überleitet, das die theologische Aussprache unserer Tage weithin beherrscht. Der Mythos wird hier verstanden als die Weise, in welcher der gefallene Mensch der Größe Gottes an der Welt innewird. Deshalb ist der Mythos die unausweichliche Daseins- und Denkweise des Menschen, so daß in diesem Sinne jede Entmythologisierung eine Selbsttäuschung ist. Bis zur Fleischwerdung des Logos in Jesus Christus kann der Mythos den Menschen und Völkern unter der bewahrenden Langmut Gottes zum Segen gedeihen (Apg. 14, 4). Seither ist diese Segenswirkung des Mythos verschlossen; er ist nur noch Versuchung, weil der Mythos durch die Fleischwerdung des Wortes entmächtigt ist.

In der zweiten Thesenreihe wird dann zu der Forderung der Entmythologisierung folgendes ausgeführt:

1. Dem „Mythos“ steht das Evangelium, d. h. die Kraft Gottes zur Rettung gegenüber, wie es verbindlich in der Hl. Schrift bezeugt ist und in dem Wirken der Kirche sich ereignet. Dies Evangelium ruht darauf, daß der ungeschaffene Gott als das ewige Wort selbst Fleisch, d. h. Kreatur geworden ist. Wo immer diese Fleischwerdung zur Rettung wirksam wird, da und nur da ereignet sich das rettende Evangelium.

2. Darum ist das Evangelium selbst rettendes Ereignis und wird verfälscht, wenn es nur als Hinweis auf das Heil verstanden wird. Es rettet uns, da es den Glaubenden aus der Gewalt des Mythos befreit. Es verkehrt alle Versuche der nichtglaubenden Menschen, im Mythos zu verharren, in Unheil. Es tritt selbst an die Stelle des Mythos und läßt den Menschen, den es rechtfertigt, die Kreatur begreifen, indem es die Sprache durch das Wort erobert.

3. Im Lichte des Evangeliums wird sichtbar, daß Gottes Schöpfung nicht mit Gott durch ein gemeinsames, beide übergreifendes Sein verbunden ist. Vielmehr ruht die Schöpfung in einem verborgenen Worte Gottes und ist uns in ihren Tiefen nicht zugänglich, da uns dies Wort nicht zugänglich ist. Es wäre deshalb Schwarmgeisterei, wenn wir versuchten, unsere



Worte und Sprachzeichen, mit denen wir den uns zugänglichen Teil der Schöpfung umfassen, auf die Höhe des zeitlos gültigen verborgenen Schöpferwortes zu erheben. Damit würden wir nur einem neuen Mythos ausgeliefert werden.

4. Da der Kirche aufgetragen ist, das Evangelium auszurichten, fällt ihr die doppelte Aufgabe zu, das Evangelium dauernd vor der Überfremdung durch den Mythos zu wahren und der Bildung neuer, die Menschheit knechtender Mythen zu wehren. Das Wort der Schrift steht dauernd in der Gefahr, durch vorgefaßte Meinungen vergewaltigt zu werden. Die Welt aber ist dauernd in der Gefahr, in dem Vorgehen, sich selbst zu begreifen, von neuem Mächten und Gewalten zu verfallen. Diese dem Evangelium und der Welt drohende Gefahr wird durch keinen Wandel des Weltbildes behoben, weil der Mythos nicht einem bestimmten Weltbild zugehört.

5. Die Aufgabe der Entmythologisierung kann also nicht darin bestehen, daß wir Theologen die Schrift entmythologisieren dürften, sondern darin, daß die Welt und die Menschen mit ihr durch das Evangelium dem Banne des Mythos entnommen werden. Dies kann nicht durch ein in unserer Verfügung stehendes Wort und Gedankensystem, sondern nur durch die Fleischwerdung des Wortes geschehen, die in der Verkündigung des Evangeliums gegenwärtiges Ereignis wird.

Auf der dritten Tagung am 19.—21. September stand die Frage der „apostolischen Sukzession“ auf Grund eines Referates von Dr. Asmark (Schweden) zur Erörterung, wobei auch als Lehre der schwedischen lutherischen Kirche der Satz geprägt wurde, daß nicht die Sukzession der Bischofsweihe für die Erhaltung der Kirche konstitutiv sei, sondern die Sukzession des gepredigten Evangeliums. Ferner kam das Problem des Verhältnisses von Schrift und Tradition nach einem Referat von Professor Peter Brunner zur Besprechung. Damit wurde eine gegenwärtig für die evangelische Kirche überaus aktuelle Frage in Angriff genommen. Man darf erwarten, daß die Ergebnisse dieser Konventsarbeit, wie schon in einem ersten Bericht geschehen, durch Veröffentlichung den Wirkungsgrad erreichen, den sie verdienen.

## 2. Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union

Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 1950 im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland gehört ohne Zweifel die Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, wie sie nach langer und gründlicher Vorbereitung auf der außerordentlichen Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union im Dezember beschlossen wurde.

Der Zusammentritt dieser Generalsynode war für weite Kreise der Evangelischen Kirche Deutschlands eine fragwürdige und überraschende Tatsache. Sie stellten die Frage, was diese Synode eigentlich für einen Sinn habe. Gab es denn überhaupt noch eine Evangelische Kirche der

altpreußischen Union? War sie nicht seit 1945 in selbständige Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland auseinandergegangen? Manche mochten vermuten, die Generalsynode der altpreußischen Union sei so etwas wie eine Reaktion auf die Gründung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Man versuche, dieser einen „Unionsblock“ entgegenzustellen. Andere sprachen die Meinung aus, mit der Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland habe sich der Fortbestand der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union erübrigt. Es sei sowieso schon genug an kirchlicher Organisation vorhanden, daß man alles bloß historisch Bedeutsame nunmehr als überflüssig beseitigen solle. Wir könnten noch eine ganze Reihe von Erwägungen hinzufügen, die im vergangenen Jahr um die Frage des Fortbestandes der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union angestellt worden sind. Wir wollen davon absehen und statt dessen uns einfach die Tatbestände vor Augen führen, die zu der Einberufung der Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union führen mußten.<sup>1)</sup>

Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union ist die aus der „Preußischen Landeskirche“ hervorgegangene, 1922 in der „Verfassungs-urkunde“ neu konstituierte Kirche der „älteren preußischen Provinzen“. 1933 wurde sie von Ludwig Müller und den Deutschen Christen zerstört. Als Kirche bestand sie seitdem nur noch in den zur Bekenntnissynode der altpreußischen Union zusammengeschlossenen Bekenntnissynoden der Kirchenprovinzen. Als öffentlich-rechtliche Organisation blieb sie unter der Herrschaft des Kirchenministeriums und seiner Beauftragten bis 1945 bestehen.

Nach dem Zusammenbruch wurde in Treysa am 31. August 1945 von den dort versammelten Vertretern der inzwischen errichteten Notkirchenleitungen ein vorläufiges Statut beschlossen, das eine Dezentralisierung der Leitung und Verwaltung der bisherigen Kirche, eine Aufgliederung in Provinzialkirchen mit weitgehender Selbständigkeit vorsah. Diese Veränderung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union entsprach nicht in erster Linie der Wendung der politischen Verhältnisse als vielmehr der Überzeugung, daß eine Kirche wie die der altpreußischen Union nicht weiterhin wie bisher geleitet und verwaltet werden könne. Schon Jahre vorher war dies in einer Denkschrift der Bekennenden Kirche ausführlich begründet worden. Am Schluß des Treysaer Statutes war vereinbart, daß es so lange gelten solle, bis eine Generalsynode eine andere Ordnung beschließen würde.

Die Entwicklung gab dem Treysaer Statut recht. Die bisherigen Kirchenprovinzen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gestalteten sich nun als selbständige Gliedkirchen mit eigenen Ordnungen, die an die Stelle der bisherigen Verfassungsurkunde traten. Aber die

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1945—48, S. 119 und 1949, S. 122 ff.

Evangelische Kirche der altpreußischen Union wurde damit doch nicht aufgelöst. Es blieb eine gemeinsame Leitung der altpreußischen Union, es blieb eine besonders für die östlichen Provinzialkirchen wichtige Verwaltungsstelle — der bisherige Evangelische Oberkirchenrat —, es blieb die „Korporation öffentlichen Rechtes“ als Gesamtheit bestehen. Natürlich war der Zustand der vorläufigen und unvollständigen Treysaer Artikel auf die Dauer unbefriedigend. Darum ging man 1949 daran, die Vorbereitungen für eine Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union zu treffen. Diese konnten 1950 so weit abgeschlossen werden, daß mit Hilfe einer Notverordnung der Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union eine außerordentliche Generalsynode einberufen werden konnte, der die Aufgabe zufiel, eine Neuordnung der altpreußischen Union zu beschließen. So trat am 10. Dezember 1950 im Johannesstift in Berlin-Spandau die außerordentliche Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union zu ihrer ersten Tagung zusammen. Die Synode bestand aus 122 Mitgliedern, von denen 78 aus den sechs Gliedkirchen gewählt waren. Die übrigen waren teils berufene Mitglieder aus den Gebieten der altpreußischen Union, die zur Zeit keine synodale Vertretung bilden können, teils sonst berufene Einzelmitglieder, ferner 8 Vertreter der Theologischen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen und die Bischöfe und Präsidien der Gliedkirchen als geborene Mitglieder.

Die Synode begann am Sonntagabend mit einem Abendmahls-gottesdienst. Am Montag früh wurden die Verhandlungen eröffnet. Zum Präses wurde der Präses der sächsischen Synode Kreyssig (Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland) gewählt. Der Bericht des Bischofs D. Dibelius führte die Synode vor die ernststen Fragen der Brandenburgischen Kirche, an deren Leitung die Forderung des Staates ergangen war, ihren Sitz nach Brandenburg zu verlegen. Zur Beratung dieses Gegenstandes wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der am Schluß der Synode als Beschlusantrag ein Wort vorlegte, das einstimmig angenommen wurde:

*Entschliebung der außerordentlichen Generalsynode der  
Evangelischen Kirche der altpreußischen Union*

*Die außerordentliche Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, zu ihrer Tagung in Berlin vom 10.—13. 12. 1950 versammelt, bekundet mit Freude die unveränderte Einheit ihrer Gliedkirchen und Gemeinden im Westen und im Osten Deutschlands.*

*Wir sind dankbar für diese aus der Geschichte überkommene und auch jetzt über die Zonengrenzen hinweg bewährte Verbundenheit des Glaubens und des gegenseitigen Dienstes, in der wir als eine Kirche zusammenstehen dürfen.*

*In dieser Verbundenheit bezeugen wir der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung angesichts der ihr gegenwärtig erwachsenden Schwierig-*



keiten, daß das Wort des Apostels uns alle bindet: „Einer trage des andern Last“ und „Leidet ein Glied, so leiden alle Glieder mit“.

Wir haben mit Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß die Landesregierung Brandenburg unter Androhung von finanziellen Maßnahmen von der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung nicht nur eine Verlegung ihres Dienstsitzes fordert, sondern zugleich Maßnahmen der Kirchenleitung für ungültig erklärt, die sie gegen einzelne Pfarrer hat ergreifen müssen. Diese Maßnahmen sind keineswegs wegen der staatsbürgerlichen Betätigung dieser Pfarrer, sondern aus völlig anderen Gründen erfolgt. Eine Landesregierung, die solche rein innerkirchlichen Maßnahmen einer Kirchenleitung für ungültig erklärt, greift in den Bekenntnisstand der Kirche ein und verletzt das der Kirche zugesprochene Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen. Die in dem Beschluß des Ministerrats des Landes Brandenburg vom 5. 12. 1950 ausgesprochene Verdächtigung, daß die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung „offensichtlich von anti-deutschen Kreisen beeinflusst wird“, bedeutet eine schwere Verunglimpfung unserer gesamten Kirche.

Die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung als die Kirchenleitung einer unserer Gliedkirchen darf in dieser ihrer Lage wissen, daß sie den brüderlichen Beistand der gesamten Evangelischen Kirche der altpreußischen Union und die Fürbitte ihrer Gemeinden erfahren wird.

Sie bittet den Herrn der Kirche, daß er der Leitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche, ihren Gemeinden, Pfarrern und Ältesten Kraft und Weisheit gebe, in der Bezeugung der Heilsbotschaft Gottes jetzt und in den etwa kommenden Entwicklungen das zu tun, was dem Besten von Kirche, Volk und Staat dient.

Der Dienstag war in der Hauptsache den Beratungen der Ausschüsse gewidmet. Am schwierigsten waren die Verhandlungen im 2. Ausschuß, der die Aufgabe hatte, die einzelnen Artikel der Ordnung durchzuberaten. Erst in den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurde das zähe Ringen der verschiedenen Standpunkte beendet und eine von einer großen Mehrheit des Ausschusses bejahte Vorlage verabschiedet.

Die Verhandlungen über den „Grundartikel“ dagegen, die dem 1. Ausschuß zugewiesen waren, bereiteten — ganz gegen die Erwartung vieler — nur unwesentliche Schwierigkeiten. Man wurde ziemlich bald einig über die gemeinsame Basis, die für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union Geltung haben sollte.

Am Mittwoch wurden diese Ergebnisse im Plenum vorgelegt und nach eingehender Durcharbeitung von der Synode angenommen. Am Abend dieses Tages wurde die neue „Ordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union“ von der Generalsynode in erster Lesung nahezu einstimmig angenommen. Auf den 18. Februar 1951 wurde die zweite Tagung der Synode angesetzt, um die vorgesehene zweite Lesung durchzuführen und damit die Ordnung endgültig zu verabschieden.



Diese zweite Tagung hat, wie vorgesehen, stattgefunden und die neue „Ordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union“ in zweiter Lesung endgültig verabschiedet. Wesentliche Abänderungen gegenüber der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen. Wir bringen die Ergebnisse, soweit sie im Wortlaut folgen, zweckmäßigerweise gleich in der endgültigen Fassung.

Was ist nun der Inhalt der Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union? An die Stelle der „Präambel“ von 1922 ist der „Grundartikel“ getreten. In ihm spricht die Generalsynode aus, was sie unter der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union verstanden wissen will. In ihm liegt die theologische Rechtfertigung des Unterfangens der Synode beschlossen, eine Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union zu schaffen. Es hätte ja sein können, daß man dazu aus theologischen Überzeugungen nein gesagt und also das Ende dieser „Kirche“ hätte proklamieren müssen. Statt dessen hat die Generalsynode in der Annahme des Grundartikels sich dazu bekannt, das neu zu ordnende Kirchenwesen als eine evangelische Kirche zu verstehen. Wie sie das gemeint hat, möge der Grundartikel selbst sagen:

#### *Grundartikel*

*(1) Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union bekennt sich zu Jesus Christus, dem Fleisch gewordenen Worte Gottes, dem für uns gekreuzigten, auferstandenen und zur Rechten Gottes erhöhten Herrn, auf den sie wartet.*

*(2) Sie ist gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments.*

*(3) Sie bekennt mit den Vätern der Reformation, daß die Heilige Schrift die alleinige Quelle und Richtschnur unseres Glaubens ist und daß das Heil allein im Glauben empfangen wird.*

*(4) Sie bezeugt ihren Glauben in Gemeinschaft mit der alten Kirche durch die altkirchlichen Glaubensbekenntnisse: das apostolische, das nicänische und das athanasianische Bekenntnis.*

*(5) Sie steht in der einen heiligen allgemeinen christlichen Kirche, in der das Wort Gottes lauter und rein verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden.*

*(6) Sie weiß ihre lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden für die Auslegung der Heiligen Schrift gewiesen an die reformatorischen Bekenntnisse, die gemäß den Grundordnungen ihrer Gliedkirchen in den Gemeinden gelten.*

*(7) Gebunden an das Wort der Heiligen Schrift, bejaht die Evangelische Kirche der altpreußischen Union die Theologische Erklärung von Barmen als ein Glaubenszeugnis in seiner wegweisenden Bedeutung für die versuchte und angefochtene Kirche.*

## Was bedeutet dieser Artikel?

1. Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union versteht sich als Kirche. Sie glaubt, das Recht zu haben, sich Kirche zu nennen, weil sie überzeugt ist, daß sich bei ihr die Kennzeichen der Kirche Christi finden: die lautere Verkündigung des Wortes Gottes und die rechte Verwaltung der Sakramente. Sie ist also Kirche — nicht auf Grund der Ordnung ihres Kirchenwesens, nicht wegen ihrer rechtlich einheitlichen Gestalt, sondern unabhängig von aller Gestaltung ihrer Ordnung, allein auf Grund dessen, was von ihr gemeinsam bezeugt und bekannt wird.

2. Ihr gemeinsames Bekenntnis ist zuerst und grundlegend das Bekenntnis zu Jesus Christus, wie es im prophetischen und apostolischen Zeugnis der Heiligen Schrift beschlossen ist. Dieses Christusbekenntnis betont ausdrücklich die Inkarnation, Kreuz und Auferstehung, die Erhöhung zum Haupt der Gemeinde und die Wiederkunft. Damit soll das Bekenntnis zu Jesus Christus verdeutlicht werden. Die Bezugnahme auf das prophetische und apostolische Zeugnis will erklären, was für die Kirche Gottes Wort ist, nämlich das biblische Offenbarungszeugnis. Dies ist für sie der eigentliche tragende Grund ihrer Existenz. Indem dieses Zeugnis in ihrer Mitte laut wird, erweist sie sich als Kirche Christi.

3. So bekennt sie sich zur einen, heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche unter ausdrücklicher Bezeugung ihrer Übereinstimmung mit den Bekenntnissen der alten Christenheit. Die EKapU weiß um ihre Geschichtlichkeit. Sie will mit den Vätern in einer und derselben Kirche sein und bleiben. Wie die Reformatoren sich zu den Vätern bekannt haben, so auch sie. Die Kirche hat nicht mit der Reformation begonnen. Darum nimmt sie das Credo der Väter ausdrücklich auf und weiß ihren Glauben in ihm bekannt, das heißt, sie bekennt sich zum dreieinigen Gott, insbesondere zur wahren Gottheit des wahren Menschen Jesus Christus. Dementsprechend gebraucht sie diese Symbole auch in ihren Gottesdiensten wie in ihrer Unterweisung.

4. Die EKapU versteht sich als Kirche der Reformation, das heißt als eine aus der Reformation hervorgegangene und ihr auch heute zugehörige und verpflichtete Kirche. Als das Entscheidende der Reformation wird verstanden das *sola scriptura* und das *sola fide*. Indem sie sich an die Heilige Schrift als die alleinige Quelle und Richtschnur des Glaubens gewiesen weiß, ist sie von der Kirche Roms und ebenso von allem Spiritualismus geschieden. Was Gottes Wort ist, bestimmt nicht die Kirche, sondern allein die Heilige Schrift selbst.

In der ausdrücklichen Bezugnahme auf das *sola fide* ist der „*articulus stantis et cadentis ecclesiae*“ gemeint. In ihm liegt das Wesen der Reformation beschlossen: die Wiederentdeckung des Evangeliums im Unterschied vom Gesetz durch die Lehre von der Rechtfertigung des

Sünders allein durch die Gnade. Darum ist er „fundamental“ für die Kirche Christi. Mit diesem Bekenntnis zur Reformation soll ausgesprochen sein, warum die EKapU evangelische Kirche und Kirche der Union ist. Hier ist die Kernfrage ihrer Existenz beantwortet. Die Generalsynode ist überzeugt, daß es zur Einheit der Kirche genug ist, wenn man in der gemeinsamen Verkündigung des Evangeliums und der ihr entsprechenden Sakramentsverwaltung einig ist. Damit ist nicht eine Übereinstimmung der theologischen Lehrformulierung gemeint. Die Synode gibt der Überzeugung Ausdruck, daß eine Union zwischen Christen und Gemeinden lutherischen und reformierten Bekenntnisses möglich ist, weil diese eins sind im Evangelium, das heißt, daß sie dasselbe Evangelium von Jesus Christus verkündigen und glauben. Solange die Überzeugung nicht bestand, daß man dasselbe Evangelium predigte und glaubte, war natürlich eine Kirchengemeinschaft nicht möglich. Sofern man noch der Überzeugung ist, daß eine Kirchengemeinschaft auf einer Übereinstimmung in der theologischen Lehre beruht, muß man natürlich der Überzeugung der Synode widersprechen. Die Synode war jedenfalls der Meinung, daß in *Confessio Augustana VII* unter *doctrina evangelii* die Verkündigung des Evangeliums und nicht die theologischen Lehraussagen über das Evangelium gemeint sind.

5. Die EKapU ist nicht eine Konfessionskirche, sondern eine evangelische Kirche, in der die Einheit trotz der Verschiedenheit der reformatorischen Bekenntnisse behauptet und gewahrt wird. Für sie hat nicht ein bestimmtes reformatorisches Bekenntnis konstitutive Bedeutung. Sie ist überzeugt, Kirche des Evangeliums zu sein und sein zu können, auch ohne Konfessionskirche zu sein, so gewiß die Kirche nicht immer und überall Konfessionskirche war und ist. Ihr genügt zur kirchlichen Existenz, was sie in den bekennenden Worten über ihr Verständnis des Evangeliums von Jesus Christus ausgesprochen hat. Aber sie ist keine „konsensusunierte“ Kirche unter Aufhebung der reformatorischen Bekenntnisse. Sie hält in ihrer Einigkeit an der Verschiedenheit der Bekenntnisse fest. Die Gemeinden, aus denen sie besteht, sind lutherische, reformierte und evangelische Gemeinden. Der Bekenntnisstand der Kirche und der Gemeinden ist nicht identisch. In ihr sind Konfessionsgemeinden und Unionsgemeinden zur Kirchengemeinschaft verbunden unter ausdrücklicher Betonung der Verschiedenheit der Konfessionen und der Anerkennung dieser Verschiedenheit. Sie ist davon überzeugt, daß diese Verschiedenheit die Einigkeit nicht unmöglich macht, obwohl in den reformatorischen Bekenntnissen wichtige theologische Fragen verschieden beantwortet werden. Darum wird die Geltung der reformatorischen Bekenntnisse in den Gemeinden betont aus der Überzeugung, daß die einen wie die anderen substantiell schriftgemäß sind bei aller Unterschiedlichkeit in der Erfassung der Schrift im einzelnen. Nur aus einer solchen Überzeugung heraus kann

eine wie auch immer geartete Verbundenheit von Gemeinden verschiedenen Bekenntnisses geschehen.

6. Die EKapU bejaht die Barmer Theologische Erklärung. Die EKapU versteht das Bekenntnis der Kirche nicht als einen Konfessionsstatus, sondern als das zu bekennende Wort, als Auftrag, der ihr vom Evangelium immer neu in der Welt gestellt ist. Sie will bekennende Kirche sein. So nimmt sie das Zeugnis der Barmer Bekenntnissynode mit auf ihre Verantwortung in der Gewißheit, daß darin die Wahrheit des Evangeliums nach der Schrift und in Übereinstimmung mit den Bekenntnissen der Kirche im Blick auf die gegenwärtigen Anfechtungen der Kirche Christi ausgesprochen ist. Sie will sich darum von diesem Zeugnis der Wahrheit den Weg durch die Versuchungen und Anfechtungen unserer Zeit auch fernerhin weisen lassen. Es sei in diesem Zusammenhang ausführlich daran erinnert, daß in der Barmer Erklärung kein neues „Unionsbekenntnis“ vorliegt, das an die Stelle der reformatorischen Bekenntnisse treten könnte, während die Tatsache, daß lutherische, reformierte und unierte Christen gemeinsam bekannt haben, als ein Ereignis von großer Tragweite bezeichnet worden ist, dessen Auswirkungen für das Verhältnis der Konfessionen zueinander Gott anbefohlen wurden.

Auf diesen Grundartikel, „der auch für die Setzung und Anwendung ihres Rechtes grundlegend ist,“ wie es ausdrücklich heißt, soll die Ordnung der EKapU beruhen. Darum lautet der erste Artikel der Ordnung:

#### Artikel 1

*Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union ist die Gemeinschaft der in ihr zusammengeschlossenen Gliedkirchen im Dienst am Evangelium.*

*Sie pflegt die Gemeinschaft kirchlichen Lebens der in ihr verbundenen lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden.*

*Sie hat Gemeinschaft in der Verkündigung des Wortes Gottes. In allen Gliedkirchen werden die Angehörigen aller in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisse, unbeschadet der allgemeinen Kirchenzucht, ohne Einschränkung zum Heiligen Abendmahl zugelassen.*

*Sie ruft ihre Glieder, auf das Glaubenszeugnis der Brüder zu hören, in gemeinsamer Beugung unter Wahrheit und Verheißung des Wortes Gottes die Last bestehender Lehrunterschiede zu tragen und im gemeinsamen Bekennen des Evangeliums zu beharren und zu wachsen.*

Hier wird ausgesprochen, was die Folgerungen des Grundartikels für die Existenz der EKapU sind: das eigentümliche Wesen dieser Kirchengemeinschaft „im Dienst am Evangelium“ bei allen nicht überwundenen „Lehrunterschieden“. Hier ist Kanzel- und Abendmahls-gemeinschaft, Verbundenheit des kirchlichen Lebens, Aufruf und Wille, aufeinander zu hören, zu wachsen und zu beharren in gemeinsamem



Bekennen — nicht ohne das Wissen um die Not und Last der Verschiedenheit, aber auch nicht ohne den Glauben an die Wahrheit und Verheißung des Wortes Gottes, die über uns den Sieg behalten werden.

Die entscheidende Feststellung der Neuordnung ist im zweiten Artikel getroffen:

### *Artikel 2*

*Die Gliedkirchen sind die bisherigen Kirchenprovinzen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Sie üben für ihren Bereich im Rahmen dieser Ordnung und der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland die Kirchenleitung und die Gesetzgebung selbständig aus.*

Was in Treysa angefangen und sich in fünf Jahren bewährt hat, wird nun gültige Ordnung. Daraus folgt alles Weitere: Die EKapU hat einen „föderativen“ Charakter. Sie ist — wie die VELKD — eine „vereinigte“ Kirche. Sie sieht die Hauptaufgaben ihrer Gemeinschaft nicht in einer einheitlichen Rechts- und Verwaltungsordnung, nicht in einer rechtlichen Zusammenfassung ihrer Leitungsbefugnisse in einem übergeordneten Organ, sondern im gegenseitigen Dienst der Gliedkirchen aneinander, im geregelten Besuchsdienst, im Austausch ihrer Kräfte und Gaben, in gegenseitiger Hilfe durch das brüderliche Opfer — alles auf dem Boden der Freiwilligkeit. Damit wird ein neuer Weg kirchlicher Verbundenheit beschritten, wie er bisher bei uns noch nicht versucht worden ist. Wir hoffen, daß die Gliedkirchen den Geist und die Kraft haben werden, die hier ausgesprochene Willigkeit in ihren Taten zu bejahen. Dann wäre in der evangelischen Kirche Deutschlands etwas Neues geworden.

Man ist sich darüber einig geworden, daß es bestimmte Dinge kirchlichen Lebens gibt, für die eine einheitliche Regelung dringend wünschenswert ist. So soll dafür gesorgt werden, daß z. B. Agende und Gesangbuch, Vorbildung und Dienstverhältnisse der Pfarrer und anderer kirchlicher Diener sowie das kirchliche Finanzwesen nach Möglichkeit einheitlich übereinstimmend geordnet werden bzw. bleiben. Aber auf allen diesen Gebieten kann die Synode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union nur insoweit Gesetze erlassen, als die Gliedkirchen damit einverstanden sind. Das Gesetzgebungsrecht der Synode ist durch die Selbständigkeit der Gliedkirchen grundsätzlich beschränkt. Aber es ist trotzdem ohne Schwierigkeit möglich, gemeinsame Bestimmungen für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union zu treffen. Auch können Vereinbarungen zwischen den Gliedkirchen (z. B. Rheinland-Westfalen!) getroffen werden. Es müssen im Blick auf die aus der Vergangenheit bestehenden Versorgungslasten der Kirche Vereinbarungen getroffen werden. Auch über einen Finanzausgleich zwischen „armen“ und „reichen“ Gliedkirchen!

Der Aufbau der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union ist denkbar einfach: die Gliedkirchen bilden durch ihre Abgeordneten

die Synode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, diese wählt den Präses der Synode und zwei Stellvertreter. Sie tagt alle zwei Jahre. Daneben steht der Rat der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Er wird durch Entsendung von Vertretern der Gliedkirchen gebildet (die Bischöfe und Präses der Gliedkirchen sind geborene Mitglieder). Dazu tritt der Präses der Synode und ein reformiertes Mitglied. Die Geschäfte des Rates und der Synode werden von der Kanzlei der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union geführt. Sie ist kein besonderes „Organ“ mit eigenen Kompetenzen, also in keiner Weise eine Fortsetzung des früheren Evangelischen Oberkirchenrates, der nach der Verfassungsurkunde neben dem Kirchensenat die Kirche zu leiten und zu verwalten hatte.

Hierin war die Synode offensichtlich besonders einig: Der Evangelische Oberkirchenrat durfte nicht wiederkehren! Man hatte zu viel Erinnerungen an die Zeit des Kirchenkampfes. Der Versuch, wenigstens seinen Namen zu retten, scheiterte am weit überwiegenden Nein der Synodalen. Die Kanzlei, die vielleicht für die Gliedkirchen des Ostens noch einige besondere Aufgaben zu erfüllen haben wird, soll ein Kollegium von theologischen und juristischen Räten sein. Ihr Leiter bzw. sein Stellvertreter ist auch Mitglied des Rates. Die eigentlichen leitenden Funktionen in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union werden von der Synode und vom Rat der altpreußischen Union wahrgenommen, wobei der Rat die Synode gleichsam vertritt, wenn diese nicht versammelt ist. Das oberste Organ ist zweifellos die Synode. Sie hat alle Entscheidungen von Gewicht zu treffen. Aber der Rat ist nicht ihr Organ, sondern Organ der Kirche. Das hat seinen Grund in der „föderalistischen“ Struktur der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Aus diesem Grund wird auch der Vorsitzende des Rates nicht von der Synode, sondern vom Rat selbst, und zwar immer nur für ein Jahr gewählt.

Das ist in Umrissen die von der Generalsynode beschlossene Ordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Sie mag manchem wie eine Quadratur des Kreises erscheinen — sowohl in ihrem Grundartikel wie in ihren rechtlichen Bestimmungen. Wer Kirche nur als Konfessionskirche begreifen kann, muß einer evangelischen Kirche, die Unio im Dissensus der Bekenntnisse ist, für eine Unmöglichkeit halten. Wer Kirche nur als bischöflich oder auch synodal regierte Kirche versteht, kann diesem Gebilde nicht den Namen Kirche zugestehen. Demgegenüber ist aber auf das merkwürdige Faktum hinzuweisen, das aller theologischen und kirchenrechtlichen Theorie zu spotten scheint, daß nämlich in Berlin eine Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union beisammen war und nicht anders konnte als erklären: Wir sind und wollen eine evangelische Kirche bleiben. Diese Unio war nicht aufgenötigt, nicht irgendwie erzwungen oder von untheologischen (etwa politischen) Erwägungen bestimmt,

sondern sie war einfach eine kirchliche Wirklichkeit, die freudig und zuversichtlich bejaht wurde.

Keine „Konsensusunion“ — und doch evangelische Union unter Anerkennung des Dissensus der reformatorischen Bekenntnisse auf dem Boden des reformatorischen Konsensus im Dissensus!

Was die eigenartig föderalistische Gestalt dieser kirchlichen Ordnung angeht, brauchen wir nur auf die verwandte Ordnung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hinzuweisen, in der ein gesundes Mißtrauen gegen den Zentralismus einer Mammutkirche spürbar ist. Geistliche Gründe haben die Synode bewogen, dem alten System abzusagen und einen neuen Weg zu beschreiten. Vielleicht ist damit ein Weg gezeigt, der für die ganze Evangelische Kirche in Deutschland hilfreich und förderlich sein könnte. Denn die Evangelische Kirche der altpreußischen Union möchte nichts weniger als ein Block des Hindernisses auf dem Weg der Evangelischen Kirche in Deutschland sein oder werden. Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union und ihre Gliedkirchen sehen sich nur als Glieder der von ihnen als Kirche bejahten Evangelischen Kirche in Deutschland an. Vielleicht wird die Evangelische Kirche der altpreußischen Union eines Tages wirklich überflüssig — wenn uns in der Evangelischen Kirche in Deutschland das Maß von Einheit geschenkt sein sollte, das in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union vorhanden ist.

### *3. Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (Landeskirchen)*

Der Schwerpunkt des kirchlichen Lebens in Deutschland liegt in den Landeskirchen, nicht in den großkirchlichen Zusammenschlüssen. Insofern würde auch bei einer Änderung der Grundordnung der EKD, d. h. bei einer anderen Beurteilung und Gestalt der Gesamtheit der Evangelischen Kirche Deutschlands, der Bundescharakter bleiben, weil nur einigermaßen übersehbare und geistlich zu leitende Gebilde je ein Ganzes bilden können, das, in sich geordnet, unter einer einheitlichen Leitung und Verwaltung leben kann.

Auch im Jahre 1950 haben die Synoden der Landeskirchen fast durchweg getagt. Hier ist der besondere Ort der Arbeitsgemeinschaft von Theologen und „Laien“, von Pastoren und Ältesten, hier wird eine erhebliche Verantwortung insofern wahrgenommen, als die Synodalen durch ihre „gesetzgebende“, d. h. kirchenordnende und daher auch leitende Tätigkeit auf das Leben der Kirche einen tiefgehenden Einfluß ausüben können. So gewiß hier nicht Leben geschaffen werden kann, so gewiß wird hier Leben entweder gefördert oder gehemmt. Auch eine Ordnung ist ein wesentlicher Dienst und vermag eine große Hilfe im Leben der Kirche zu sein. Fast auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens haben die Landessynoden gearbeitet, wenn auch nicht überall

in gleicher Weise. Dabei ist zu beobachten, daß bei aller Mannigfaltigkeit im einzelnen doch die Grundstrukturen überall dieselben sind. Das zeigt sich sowohl an den Ordnungen des Gemeindelebens (Taufe, Trauung etc.) wie an Verfassungsbestimmungen, z. B. hinsichtlich des Aufbaus einer Landeskirche, von der Wahlordnung für die Gemeindeleitung bis zu den Landessynoden und Kirchenleitungen. Das gleiche gilt von den Bestimmungen über die Vor- und Ausbildung der Pfarrer wie der anderen, in unserer Zeit besonders hervorgetretenen Diener der Gemeinde, z. B. der Katecheten, „Prediger“, Diakone. Bei aller äußerlichen Rechtsverschiedenheit in den Landeskirchen besteht eine starke innere Rechtsgleichheit. Dieser Tatbestand weist auf eine faktisch vorhandene wesentliche Übereinstimmung der Evangelischen Kirchen in Deutschland hin, die tiefer ist, als es vielleicht nach außen hin in Erscheinung tritt. Man darf jedenfalls nicht von einem Auseinandergehen der Landeskirchen infolge ihrer Autonomie reden, sondern eher von einem inneren Gleichklang, einem Zusammenwachsen, einem Miteinander auf Grund gemeinsamer Überzeugungen und auch wohl eines gemeinsamen Glaubens an das Evangelium.

## a) Grundordnungen der Landeskirchen

### I. Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft

Die in der evangelischen Kirche Deutschlands bestehende Gemeinschaft wird wesentlich daran sichtbar, daß in ihr — wenn auch nicht in völlig gleicher rechtlich verbindlicher Weise — de facto eine Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft besteht. Dies Problem hat die evangelische Kirche in den letzten Jahren bekanntlich ganz besonders beschäftigt, zumal bei der Konstituierung der EKD. Faktisch geht die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft weiter als die bisher vorhandenen rechtlichen Bestimmungen. Aber in steigendem Maße wird jetzt auch in den Grundordnungen der Landeskirchen oder in besonderen Erklärungen der Synoden ausdrücklich betont, daß zwischen ihrer Kirche und anderen Kirchen der EKD eine solche Gemeinschaft besteht.

Nachdem die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau im Jahre 1949 als erste auf ihrer Landessynode eine solche Feststellung getroffen hat,<sup>1)</sup> sind ihr inzwischen andere Kirchen gefolgt. Es sind dies begreiflicherweise die Kirchen der Union. Aber zum erstenmal hat auch eine lutherische Kirche einen dahingehenden Beschluß gefaßt, nämlich Oldenburg. Der Oberkirchenrat dieser Kirche erklärte in einem Schreiben an die Leitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (7. 11. 49):

*In Übereinstimmung mit der Form, in welcher bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam zur Teilnahme an*

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 110.



*der lutherischen Abendmahlsfeier eingeladen wurde, werden in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg alle Personen zur Teilnahme am heiligen Abendmahl zugelassen, welche in der Sakramentsfeier unserer Kirche den Leib und das Blut Christi zu empfangen wünschen.*

*Die Zulassung zur Feier des heiligen Abendmahls darf nach unserer Überzeugung nicht abhängig gemacht werden von dem Bekenntnisstand derjenigen Kirche, der der einzelne Abendmahlsgast rechtlich zugehört.*

Die westfälische und die rheinische Landessynode des Jahres 1950 gaben entsprechende Erklärungen ab. Der westfälische Beschluß lautet:

*Beschluß der Landessynode zur Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft in der Evangelischen Kirche von Westfalen (vom 26. Oktober 1950)*

*Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen bestätigt die Einleitenden Bestimmungen der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung und bekennt sich zu der dort bezeugten Gemeinschaft des Gottesdienstes. Sie bezeugt diese Gemeinschaft unter Bezugnahme auf Artikel 4 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland wie folgt:*

*1. In keiner Gemeinde der Evangelischen Kirche von Westfalen darf einem ordnungsgemäß berufenen Diener einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland der Dienst am Wort mit der Begründung verwehrt werden, daß er einem anderen als dem in der Gemeinde geltenden Bekenntnis angehöre. Jeder Diener am Wort ist jedoch verpflichtet, den Bekenntnisstand der Gemeinde, in der er den Predigtdienst tut, zu achten.*

*2. Die Verwaltung der Sakramente muß in den evangelisch-lutherischen und in den evangelisch-reformierten Gemeinden gemäß dem Bekenntnisstand der Gemeinden erfolgen. In allen Gemeinden der Evangelischen Kirche von Westfalen werden jedoch die Angehörigen jedes innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisses ohne Einschränkung zum heiligen Abendmahl zugelassen.*

Die Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union nahm diese Feststellung in ihre im Dezember beschlossene Grundordnung auf, wo es in Artikel 1, Ziffer 3 heißt:

*Sie hat Gemeinschaft in der Verkündigung des Wortes Gottes. In allen Gliedkirchen werden die Angehörigen aller in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisse, unbeschadet der allgemeinen Kirchenzucht, ohne Einschränkung zum Heiligen Abendmahl zugelassen.*

## II. Grundordnungen der Evangelischen Kirchen Land und Kirchenprovinz Sachsen sowie Pommersche Evangelische Kirche

Die seit 1945 in Angriff genommene Aufgabe, die bisherigen Kirchenverfassungen auf Grund der Erfahrungen des Kirchenkampfes zu erneuern, ist auch 1950 in der Arbeit der Synoden kräftig weitergeführt worden. Die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und die Pommersche Evangelische Kirche, bisher in der Verfassungsurkunde der altpreußischen Union von 1922 geordnet, haben, wesentlich nach dem Vorbild der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, ihre „Grundordnungen“ durch Beschluß ihrer Synoden verabschiedet. Außerdem hat die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens ihre Verfassung von 1922 einer durchgreifenden Umarbeitung unterworfen. Im Unterschied von den „Grundordnungen“ ist diese Verfassung ganz auf die allgemeinen Bestimmungen in der Ordnung der Landeskirche konzentriert. Sie hat daher nur 54 Paragraphen. Der Hauptbestandteil der Verfassung ist die landeskirchliche Ordnung: Landessynode, Landesbischof, Landeskirchenamt und Kirchenleitung. Die genaue Feststellung der „Kompetenzen“ dieser Organe der Landeskirche, ihre Rechte und Pflichten, ihre rechtliche Stellung zueinander, ist offensichtlich das Wichtigste. Dabei wird in einer ungewöhnlichen Ausführlichkeit von den Aufgaben des Landeskirchenamtes geredet. In vier Abschnitte aufgegliedert, werden insgesamt 36 Einzelpunkte ausdrücklich als Geschäftskreise der Verwaltung aufgeführt. Ebenso sorgfältig geschieht es bei der „Kirchenleitung“, dem neugebildeten Organ der sächsischen Landeskirche, das die episkopalen, konsistorialen und synodalen Elemente zusammenfaßt, die im übrigen in der Verfassung streng voneinander unterschieden sind:

### § 27

*(1) Die Landessynode trägt Verantwortung für alle Angelegenheiten der Landeskirche und kann darüber beraten und beschließen. Sie kann Kundgebungen erlassen.*

### § 28

*(1) Der Landesbischof ist der führende Geistliche der Landeskirche. Sein Dienst ist, mit Gottes Wort die Landeskirche zu leiten. Er kann Hirtenbriefe erlassen. Er ist zur Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung im ganzen Gebiet der Landeskirche berechtigt.*

### § 32

*(1) Dem Landeskirchenamt obliegt die Verwaltung aller Angelegenheiten der Landeskirche entsprechend der Kirchenverfassung, den Kirchengesetzen sowie den Beschlüssen der Kirchenleitung, soweit sie nicht anderen Organen vorbehalten ist.*

(2) *Das Landeskirchenamt vertritt die Landeskirche rechtlich.*

### § 36

(1) *Die Kirchenleitung hat die Aufgabe, die Landeskirche zu leiten.*

(2) *Sie vertritt die Landeskirche nach außen durch ihren Vorsitzenden, soweit nicht das Landeskirchenamt zu ihrer Vertretung berufen ist.*

(3) *Sie erläßt Kundgebungen.*

Diese Verfassung zeigt gerade in ihren neu gefaßten Bestimmungen, wie die Strukturprinzipien der evangelischen Kirchenverfassungen miteinander verwandt sind, vor allem auch, daß sich bestimmte Erkenntnisse aus der Erfahrung des Kirchenkampfes in den Kirchen durchgesetzt haben. Ein Vergleich der neuen Grundordnungen erweist es. Die beiden obengenannten Grundordnungen der Pommerschen und provinzsächsischen Kirche sind auf Grund ihres bewußt zugrunde gelegten gemeinsamen altpreußischen Vorbildes weithin miteinander bis in die Einzelheiten der Formulierung verwandt, aber ebenso auch an bestimmten Stellen charakteristisch verschieden geprägt. In der Grundordnung der Pommerschen Kirche wird sichtbar, daß hier der Einfluß der Bekennenden Kirche innerhalb Altpreußens am schwächsten geblieben ist, während in der Kirchenprovinz Sachsen dieser Einfluß kräftig zur Auswirkung gelangte. Der Grundartikel der Kirchenprovinz Sachsen stimmt fast wörtlich mit dem von Berlin-Brandenburg überein.<sup>1)</sup> Dagegen heißt es in der bezeichnenderweise sogenannten „Präambel“ der Pommerschen Grundordnung:

*Das walte Gott Vater, Sohn und Heiliger Geist!*

*„Alles ist euer,  
ihr aber seid Christi,  
Christus aber ist Gottes“*

*(1. Kor. 3, 22—23).*

*Die Pommersche Evangelische Kirche bekennt sich zu Jesus Christus, dem Sohn des lebendigen Gottes, dem für uns gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Damit steht sie in der Einheit der einen heiligen allgemeinen christlichen Kirche, die überall da ist, wo das Wort Gottes lauter verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden.*

*Ihre unantastbare Grundlage ist das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments bezeugt ist. Sie erkennt die fortdauernde Geltung ihrer Bekenntnisse an: des apostolischen und der anderen altkirchlichen, ferner der Augsburgischen Konfession, der Apologie, der Schmalkaldischen Artikel und des Kleinen und Großen Katechismus Luthers.*

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 130 ff.

*Sie weiß sich zu immer neuer Vergegenwärtigung und Anwendung dieser Bekenntnisse verpflichtet, wie dies auf der Bekenntnissynode in Barmen 1934 beispielhaft geschehen ist.*

*Im Gehorsam des Glaubens an den Gott, der ein Gott der Ordnung und des Friedens ist und will, daß alles ehrbar und ordentlich zugehe, hat sie sich folgende Ordnung gegeben.*

Die 187 Artikel umfassende Grundordnung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen ist nicht nur von einer großen Ausführlichkeit, sie ist auch mit einer besonderen Hingabe in geistlicher und theologischer Hinsicht gearbeitet. Das wird in der Fassung aller Bestimmungen sichtbar, kommt aber natürlich an grundlegend wichtigen Stellen stärker heraus, wie z. B. in den Artikeln des grundsätzlichen Teils:

### *Grundsätzlicher Teil*

#### *Artikel 1*

*Wir glauben und bekennen, daß in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen die Gemeinde Jesu Christi gegenwärtig ist, die Er aus allen Völkern und Zeiten in Glaube, Hoffnung und Liebe sammelt und eint durch die lautere Verkündigung des Wortes Gottes und die Darreichung Seiner heiligen Sakramente.*

#### *Artikel 2*

*Aller Dienst der Kirche geschieht im Gehorsam gegen ihr Haupt Jesus Christus. In solchem Gehorsam ist die Kirche frei, ihre Lehre und Ordnung zu bestimmen in der Bindung allein an das Wort Gottes, wie es in der Heiligen Schrift enthalten und in den Bekenntnissen der Väter bezeugt ist.*

#### *Artikel 3*

*Der Mittelpunkt des kirchlichen Lebens ist der Gottesdienst der Gemeinde. Die ganze Kirche lebt in der örtlich versammelten Gemeinde, die örtliche Kirchengemeinde steht in der Einheit der ganzen Kirche.*

#### *Artikel 4*

*Glieder unserer Kirche sind alle in einer evangelischen Gemeinde auf den Namen des dreieinigen Gottes Getauften, die im Bereich unserer Kirche ihren Wohnsitz haben. Christen, die nicht in einer evangelischen Gemeinde getauft sind, können nach eingehender Unterweisung Glieder unserer Kirche werden.*

#### *Artikel 5*

*(1) Mit dem Vollzug des Austritts aus der Kirche scheidet sich der Austretende von der Gemeinschaft unserer Kirche. Damit hört jedoch der in der Taufe begründete Anspruch des Herrn Jesus Christus nicht auf.*



*(2) Ein aus der Kirche Ausgetretener kann nach Unterweisung und Bewährung wieder in die Gemeinschaft der Kirche aufgenommen werden. Das Nähere bestimmt die Ordnung des kirchlichen Lebens.*

#### Artikel 6

*Die Kirchengemeinde ist ein örtlich oder anderweit begrenzter Kreis von Gliedern der Kirche, in dem der Dienst des öffentlichen Predigtamtes regelmäßig nach Bekenntnis und Ordnung der Kirche versehen wird. Jedes Glied der Kirche gehört einer Kirchengemeinde an. Seine kirchlichen Rechte und Pflichten regelt die Ordnung des kirchlichen Lebens.*

#### Artikel 7

*(1) Um der Liebe willen ist die Kirchengemeinde schuldig, sich in die Ordnung der ganzen Kirche einzufügen. Um der Wahrheit willen ist die Kirchengemeinde schuldig, jedem Mißbrauch der Ordnung, durch den die Kirche an fremde Mächte und Gewalten gebunden werden soll, zu widerstehen.*

*(2) Die Kirchengemeinden stehen in der Ordnung des Kirchenkreises und der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. In dieser Ordnung helfen die Kirchengemeinden einander und nehmen kirchliche Aufgaben wahr, die nur gemeinschaftlich erfüllt werden können. Darum können die Kirchengemeinden und Kirchenkreise sich nicht einseitig aus dem gesamtkirchlichen Zusammenhange lösen.*

#### Artikel 8

*(1) Die Kirchengemeinde hat in ihrer Mitte das Predigtamt, das von Gott selbst eingesetzt ist und das sich im Amt der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums und der Verwaltung der Sakramente sowie in mannigfachen Diensten der Wortverkündigung entfaltet.*

*(2) Die Kirche hat über die einzelne Gemeinde hinausgreifende Ämter des Wortes und der Leitung. Auch diese sind Ausprägungen des einen der ganzen Kirche anvertrauten und befohlenen Dienstes.*

*(3) Auf Grund des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen ist jedes Gemeindeglied verpflichtet, in Wort und Leben den Auftrag Jesu Christi auszurichten.*

Der Grundriß und Aufbau der Ordnung ist wie Berlin-Brandenburg und die meisten Kirchenordnungen: Gemeinde (einschließlich Pfarramt, Ältestenamt, Gemeindekirchenrat usw.), Kirchenkreis, Kirchenprovinz (=Landeskirche). Etwas Eigenartiges jedoch stellen die Bestimmungen über das Bischofsamt dar, insofern hier die Frage der Bischofswahl eine sonst nicht übliche Regelung erfährt. Die wichtigsten Artikel hierüber lauten:

## 1. Der Bischof

### Artikel 114

*Der Bischof ist Pfarrer einer Gemeinde seines Amtssitzes mit geordneter Predigtverpflichtung. Von den übrigen Pflichten des Gemeindepfarrers ist er entbunden. Er hat das Recht, in allen Gemeinden der Kirchenprovinz Gottesdienst zu halten.*

### Artikel 115

*(1) Der Bischof leitet unter dem Worte Gottes die Präpste, die Superintendenten und die Pfarrer sowie die kirchlichen Amtsträger und Gemeinden. Die Leitung ist brüderlicher Dienst in Gestalt von geistlicher Betreuung und Beratung, theologischer Förderung, seelsorgerlicher Belehrung, Weisung, Mahnung, Warnung und Trost.*

*(2) Der Bischof ist in der kirchlichen Leitung Träger derjenigen Aufgaben, welche das Ganze der Kirchenprovinz, der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der ökumenischen Einheit der Kirchen sowie das Verhältnis zu den anderen christlichen Konfessionen betreffen.*

*(3) Demgemäß vertritt der Bischof die Kirchenprovinz sowohl in den Gemeinden und Kirchenkreisen, als auch in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, in der Evangelischen Kirche in Deutschland und deren Gliedkirchen, in der Ökumene und im öffentlichen Leben.*

### Artikel 116

*Es ist die besondere Aufgabe des Bischofs, über Reinheit, Echtheit und Lebendigkeit von Lehre und Verkündigung zu wachen, für die rechte Verbindung zwischen theologischer Arbeit und kirchlichem Amt zu sorgen, die geistigen Bewegungen der Zeit zu verfolgen, sich von der Lage der Kirche inmitten dieser Zeit und den besonders hervortretenden kirchlichen Aufgaben Rechenschaft zu geben und ihre Lösung in die Wege zu leiten. Er spricht in Hirtenbrief und Predigt zu den Gemeinden seines Amtsgebietes und legt für sie mahnend und warnend das Zeugnis des Evangeliums in allen entscheidenden Fragen des öffentlichen Lebens ab.*

### Artikel 121

*(1) Der Bischof wird von einem Wahlkollegium erwählt, welches besteht aus:*

- a) den Mitgliedern der Kirchenleitung,*
- b) den nicht zur Kirchenleitung gehörenden Präpsten,*
- c) vier von der Synode der Kirchenprovinz gewählten Laiensynodalen,*
- d) drei von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union zu benennenden Mitgliedern,*

e) einem vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland aus seiner Mitte zu benennenden Vertreter (vgl. Artikel 11 Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland).

(2) Den Vorsitz im Wahlkollegium führt der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Das Wahlkollegium ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Der erwählte Bischof wird von der Synode der Kirchenprovinz berufen. Jedes Mitglied der Synode der Kirchenprovinz hat das Recht des Einspruchs gegen Lehre, Gaben und Wandel. Auf die Einspruchsmöglichkeit ist bei der Einladung zur Synode hinzuweisen. Einsprüche sind eine Woche vor Zusammentritt der Synode dem Präses der Synode mit ausführlicher Begründung schriftlich einzureichen. Über die Einsprüche entscheidet die Synode der Kirchenprovinz.

(3) Die Berufungsurkunde wird von dem Vorsitzenden des Wahlkollegiums und vom Präses der Synode der Kirchenprovinz unterschrieben.

#### Artikel 122

Ergeben sich aus Lehre oder Wandel des Bischofs gegen seine Amtsführung Bedenken, so sind sie zunächst im Wahlkollegium zur Sprache zu bringen, das auf Antrag von mindestens zehn seiner Mitglieder durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Kirchenleitung zu berufen ist. Kommt das Wahlkollegium zu dem Ergebnis, daß die Bedenken berechtigt sind, so ist die Frage der Abberufung des Bischofs der Synode der Kirchenprovinz zu unterbreiten. Die Abberufung muß vollzogen werden, wenn die Synode mit mehr als der Hälfte der anwesenden Stimmen durch zweimaligen, in Abständen von mindestens 24 Stunden zu fassenden Beschluß sie fordert.

An dieser Stelle ist der Ort, auch des Oldenburgischen Gesetzes zur Regelung der Dienstverhältnisse des Bischofs Erwähnung zu tun, das die Oldenburger Landessynode am 28. März 1950 zur Ergänzung ihrer 1949 beschlossenen Kirchenordnung erlassen hat. Sehr ausführlich wird die ganze Materie in 38 Paragraphen geregelt, am ausführlichsten die Frage der Berufung und des Amtsverzichtes.

Die Berufung ist folgendermaßen geordnet:

#### *Gesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse des Bischofs Vom 28. März 1950*

Der Oberkirchenrat verkündet nach erfolgter Zustimmung der kirchenordnungsgebenden Landessynode als Gesetz, was folgt:

In Ausführung des Art. 112 Kirchenordnung Teil I hat die Synode das folgende Gesetz beschlossen:

## *I. Berufung des Bischofs*

### *§ 1*

*Der Bischof wird von der Synode gewählt.*

### *§ 2*

*Vorschläge für die Wahl des Bischofs können der Synode gemacht werden*

- 1. vom Oberkirchenrat,*
- 2. von dem Pfarrkonvent der Kirche,*
- 3. aus der Mitte der Synode.*

### *§ 3*

*Vorschläge des Pfarrkonvents bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln aller mit der Verwaltung einer Pfarrstelle der Kirche beauftragten ordinierten Pfarrer.*

### *§ 4*

*Vorschläge aus der Mitte der Synode bedürfen der Unterstützung von mindestens einem Drittel der Mitglieder der Synode.*

*Bevor die Synode in die Wahl eintritt, muß der Oberkirchenrat die Möglichkeit haben, zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen.*

### *§ 5*

*Dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu den Vorschlägen zu äußern.*

### *§ 6*

*Die Synode ist für die Wahl des Bischofs nur beschlußfähig, wenn vier Fünftel der Mitglieder der Synode anwesend sind.*

### *§ 7*

*Zur Wahl des Bischofs ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abstimmenden Synodalen erforderlich. Stimmenthaltungen und leer oder ungültig abgegebene Stimmzettel gelten als abgegebene Stimmen.*

### *§ 8*

*Ist die erforderliche Mehrheit erreicht, hat der Präsident der Synode dem Gewählten die Frage vorzulegen, ob er die Wahl annehme. Der Gewählte kann sich eine Bedenkzeit von 24 Stunden erbitten. In diesem Fall ist die Synode zur Entgegennahme der Erklärung auf den nächsten Tag einzuberufen.*

### *§ 9*

*Wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, findet in einer sofort einzuberufenden Sitzung der Synode, die erst nach Ablauf von drei Stunden beginnen darf, eine erneute Wahl statt. Es gelten die Bestimmungen der §§ 6 und 7 dieses Gesetzes.*



## § 10

*Wird auch in dieser Abstimmung die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, findet frühestens nach Ablauf einer Woche seit der letzten Abstimmung eine erneute Wahl statt. In dieser Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.*

## § 11

*Hat der Gewählte dem Präsidenten der Synode die Annahme der Wahl erklärt, stellt der Präsident fest, daß die Wahl zum Bischof der Kirche rechtmäßig erfolgt ist.*

## § 12

*Nimmt der Gewählte die Wahl nicht an, ist so zu verfahren, als ob eine Wahl mit der erforderlichen Mehrheit nicht erfolgt wäre.*

Den Vorschriften über die Einsegnung und die Vertretung des Bischofs folgt der Abschnitt über den Verzicht des Bischofs auf sein Amt. Dabei steht im Vordergrund des Interesses die Frage, wie man bei tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in den leitenden Ämtern verfahren soll. Die Bestimmungen zeigen, daß man es sich hier nicht leicht gemacht hat, das schwere Problem in einer Rechtsordnung zu lösen:

### *IV. Verzicht des Bischofs auf sein Amt*

## § 19

*Der Bischof ist berechtigt, jederzeit den Verzicht auf sein Amt zu erklären, wenn er die Verantwortung für die Weiterführung des Amtes nicht mehr tragen zu können glaubt.*

*Der Verzicht ist gegenüber dem Präsidenten der Synode zu erklären. Er ist unwiderruflich.*

## § 20

*Nach ausgesprochenem Verzicht wird der Bischof hinsichtlich der Besoldung so behandelt, als ob er auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden wäre.*

## § 21

*Entstehen zwischen dem Bischof und der Synode oder dem Bischof und den übrigen Mitgliedern des Oberkirchenrats schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten, die eine weitere Zusammenarbeit gefährden, wird folgendermaßen verfahren:*

*Es wird auf Antrag eines der Beteiligten vom Oberkirchenrat ein Bischofsrat berufen, der aus folgenden Mitgliedern besteht:*

*1. einem leitenden Amtsträger einer lutherischen Kirche in Deutschland, der auf Antrag des Oberkirchenrats von dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland berufen wird, als Vorsitzendem,*

2. dem Präsidenten der Synode und zwei von der Synode gewählten Gemeindegliedern, von denen nur eines der Synode angehören darf,

3. einem von einem Konvent der Kreispfarrer bestimmten Kreispfarrer,

4. drei Pfarrern, die von dem Pfarrkonvent der Kirche bestimmt werden und von denen höchstens einer der Synode angehören darf,

5. zwei vom Oberkirchenrat aus seiner Mitte bestimmten Mitgliedern, von denen eines Nichttheologe sein muß.

Der Bischofsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens acht Mitglieder anwesend sind.

## § 22

Der Bischofsrat hat die Aufgabe, alle Fragen, die zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben, in brüderlicher Weise zu erörtern.

Alle Erörterungen sollen von der Verantwortung für den Bestand und die Verkündigung der Kirche getragen sein.

## § 23

Führt die Erörterung nicht zu einer Erledigung der strittigen Frage, trifft der Bischofsrat seine Entscheidung.

Diese kann bestehen:

1. in dem Vorschlag an den Oberkirchenrat, die Synode aufzulösen, wenn die Voraussetzungen des Artikels 92 der Kirchenordnung gegeben sind,

2. in dem Rat an alle oder einzelne Mitglieder des Oberkirchenrats, ihre Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zu beantragen,

3. in dem Rat an den Bischof, auf sein Amt zu verzichten.

## § 24

Die Entscheidung bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder des Bischofsrates.

Sie ist schriftlich zu formulieren und zu begründen.

## § 25

Wenn der Oberkirchenrat die Synode auf den Vorschlag gemäß § 23, 1 auflöst, finden die Bestimmungen des Art. 92 der Kirchenordnung entsprechende Anwendung.

Wenn der Oberkirchenrat sich zu einer Auflösung der Synode nicht entschließen kann, müssen seine Mitglieder der Synode ihr Amt zur Verfügung stellen. Die Synode hat dann für eine Neubildung des Oberkirchenrats gemäß den Bestimmungen der Kirchenordnung Sorge zu tragen. Die Wiederberufung von Mitgliedern des bisherigen Oberkirchenrats ist zulässig.

## § 26

*Können Mitglieder des Oberkirchenrats dem Vorschlag gemäß § 23, 2 nicht folgen, müssen sie ihre Stellungnahme gegenüber der Synode begründen. Die Synode entscheidet dann über die Belassung.*

## § 28

*Will der Bischof dem Rat gemäß § 23, 3 nicht folgen, muß er unter Begründung seiner Stellungnahme gegenüber der Synode dieser die Entscheidung überlassen. Die Synode kann den Bischof in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Für den Beschluß sind die in den §§ 6 und 7 dieses Gesetzes vorgesehenen Mehrheiten erforderlich.*

## § 31

*Wegen etwaiger Verfehlungen, die bei einem Pfarrer ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt im Gefolge haben würden, unterliegt der Bischof den dienststrafrechtlichen Bestimmungen der Kirche.*

*Es gelten dann für ihn die gleichen Verfahrensvorschriften wie für die übrigen Mitglieder des Oberkirchenrats.*

In der Evangelischen Kirche von Schlesien war es im Jahre 1949 zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Neubildung der Synode gekommen.<sup>1)</sup> Nach Beilegung des Streites konnte nun endlich auch in dieser Kirche wenigstens für den Rest diesseits der Oder-Neiße-Linie im Görlitzer Bereich die schon lange fällige Provinzialsynode gebildet werden, um die Rechtsverhältnisse auf einen einwandfrei legitimen Boden zu stellen. In dieser Synode wurde ein vorläufiges Gesetz über die Leitung der Schlesischen Kirche beschlossen, wodurch wenigstens das Notwendigste zur Neuordnung dieses Kirchengebietes geschehen ist. Man kann verstehen, daß es gerade hier bisher zu keiner neuen Grundordnung gekommen ist. Bei keiner Kirche in Deutschland ist das Problem ihres Bereiches so schwierig wie hier.

Abschließend möge zum Thema „Grundordnungen“ noch erwähnt werden, daß die Reihe der neuen kirchlichen Wahlordnungen zu den Körperschaften der Kirche im Jahre 1950 um drei vermehrt worden ist: In Mecklenburg, Provinz Sachsen und Pommern wurden von den Synoden Wahlordnungen beschlossen, die das Verfahren der Wahl von Ältesten in den Gemeinden regeln. Auch hier wird sichtbar, daß über das Amt des Ältesten und die Bildung der kirchlichen Körperschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands eine wesentliche gemeinsame Überzeugung besteht. Die Erfahrungen des Kirchenkampfes haben diese Überzeugungen entscheidend mitbestimmt.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 127.

## b) Pfarrer

### I. Vorbildung und Ausbildung

Die Aufgabe, das Studium der Theologie und die Vorbildung der Pfarrer in stärkerer Weise als bisher seitens der leitenden Organe der Kirche zu fördern und zu vertiefen, ist in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr erkannt und in Angriff genommen worden. Gerade der Bereich des Studiums trat in seiner Reformbedürftigkeit seit langem ins Blickfeld der Verantwortlichen. Aber es dauerte lange, bis hier ein neuer Anfang, ein wirklicher Wandel geschaffen werden konnte. Er begann eigentlich erst im Kirchenkampf in den Kreisen der Bekennenden Kirche. Nun wird dies Erbe der Bekennenden Kirche in den Gliedkirchen der EKD mehr und mehr wirksam. Allenthalben wird daran gearbeitet, und in einigen Kirchen sind schon wesentliche Neuordnungen in Kraft getreten.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat auf ihrer Synode ein umfangreiches Verordnungswerk über die Vorbildung der Pfarrer geschaffen: ein Kirchengesetz nebst Ausführungsverordnung über die theologischen Prüfungen, eine Studentenordnung, eine Kandidatenordnung und Richtlinien für das theologische Studium. Ebenso hat die Evangelische Kirche im Rheinland das altpreußische Vorbildungsgesetz von 1927 durch Erlaß eines neuen Gesetzes für ihren Bereich nach den neugewonnenen Erkenntnissen gründlich umgeformt. Von den Einzelheiten in diesen Gesetzen zu reden, würde zu weit führen. Das charakteristisch Neue auf diesem Gebiet kommt am deutlichsten zur Entfaltung in zwei Verordnungen, die sich mit dem theologischen Studium befassen. Die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen erließ „Richtlinien für das theologische Studium“ und die Württembergische Kirche eine Bestimmung über das kirchliche Dienstjahr der Theologen. Was in den westfälischen Richtlinien ausgesprochen ist, ist in ähnlicher Weise auch in anderen Kirchen in Übung, während der württembergische Versuch anderswo bisher noch fast keine Nachfolge gefunden hat, wiewohl die Frage eines solchen Dienstjahres manche Kirchenleitung bewegt. Gerade die Forderung eines praktischen Dienstes in einem weltlichen Arbeitsverhältnis wird von vielen für notwendig und durchführbar gehalten. Wenn man noch nicht darangegangen ist, liegt das vielleicht an der Tatsache, daß die heutigen Theologiestudenten fast durchweg Werkstudenten sind, die zur Finanzierung ihres Studiums sowieso praktische Erwerbsarbeit treiben müssen.

Die westfälischen Richtlinien seien im Wortlaut wiedergegeben.

*1. Die Kirchenleitung veranstaltet zu Beginn jedes Sommersemesters eine Freizeit zur Einführung in das theologische Studium für Abiturienten. Die Einladung erfolgt durch die Superintendenturen*



und Pfarrämter. Bei begründeter Verhinderung ist dem zuständigen Ausbildungsreferenten beim Landeskirchenamt Mitteilung zu machen. Entstehende Kosten werden ersetzt. Die Freizeit hat den Zweck, die künftigen Theologiestudenten mit dem Gegenstand ihres Studiums vertraut zu machen, sie mit den Gefährten des gleichen Weges zusammenzubringen und die persönliche Verbindung mit der Kirchenleitung herzustellen, der daran gelegen ist, von Anfang an mit den Anwärtern auf das Pfarramt bekannt zu werden.

2. Im Zusammenhang mit dieser Freizeit erfolgt die Eintragung in die Liste der Theologiestudenten, die vom Landeskirchenamt geführt wird. In begründeten Fällen kann der Antrag auf Aufnahme in die Liste der Theologiestudenten auch noch in späteren Semestern erfolgen. Um der Kirchenleitung die erforderliche Kenntnis über die Person des Antragstellers zu geben, ist dazu die Einreichung folgender Unterlagen erforderlich:

- a) handgeschriebener Lebenslauf mit Lichtbild und Angabe der Heimatanschrift, aus dem die Gründe zur Wahl des Pfarrerberufes (Vikarinnenberufes) hervorgehen, außerdem eine ausgefüllte Personalübersicht, wofür der Vordruck vom Landeskirchenamt zu erbitten ist,
- b) Reifezeugnis,
- c) amtsärztliches Gesundheitszeugnis,
- d) amtliches Zeugnis des Wohnsitzpfarramtes über den Antragsteller als Mensch und Christ, das über den Superintendenten an die Kirchenleitung einzureichen ist,
- e) ein Votum des zuständigen Superintendenten, das von dem Antragsteller persönlich erbeten und vom Superintendenten unmittelbar der Kirchenleitung zugesandt wird,
- f) Angabe eines im kirchlichen Leben stehenden Gewährsmannes, der über die allgemeine kirchliche Haltung des Antragstellers und seiner Familie eine sachliche Auskunft zu geben vermag.

Auch die bereits in der Ausbildung stehenden Studenten haben im Blick auf die Zulassung zum Examen die genannten Schriftstücke mit einem entsprechenden Antrag auf Aufnahme in die Liste der Theologiestudenten der Landeskirche einzureichen.

Die Kirchenleitung wird nach Einreichung dieser Unterlagen, und nachdem eine persönliche Vorstellung des Antragstellers bei dem Leiter des theologischen Ausbildungsamtes erfolgt ist, dem Antragsteller eine Mitteilung über seine Eintragung in die Liste der Theologiestudenten zugehen lassen.

3. Die Wahl der Hochschule steht den Studierenden frei. Bis zu drei an einer theologischen kirchlichen Hochschule verbrachte Semester werden auf das Gesamtstudium angerechnet. Entsprechend staatlicher

Regelung müssen insgesamt sechs Semester an einer deutschen oder deutschsprachigen staatlichen Hochschule nachgewiesen werden. Mehrfacher Wechsel des Studienortes ist erwünscht. Dabei sollen die Heimatuniversität Münster und die Theologische Schule Bethel in besonderer Weise berücksichtigt werden. Mindestens ein Semester soll nach Möglichkeit jeder Theologiestudent in einem kirchlichen Konvikt (Bethel, Martin-Luther-Haus Münster, entspr. kirchliche Studienhäuser an anderen Hochschulorten) zubringen, in denen neben dem Studium das brüderliche Zusammenleben und der gemeinsame Gottesdienst gepflegt werden. Die Teilnahme an einer studentischen Kurrende und überhaupt die Pflege des kirchlichen Singens wird dem Studierenden im Blick auf das kommende Amt besonders empfohlen.

4. Die Mitarbeit des Theologiestudenten in der Gemeinde (Jugendarbeit, Helferdienst im Kindergottesdienst) soll das Maß der Tätigkeit anderer Laienkräfte in der Gemeinde nicht übersteigen. Es wird aber erwartet, daß der Student enge Verbindung mit seiner Heimatgemeinde und der Studentengemeinde hält und sich an deren Veranstaltungen beteiligt. Jeder Student sollte einen Vertrauenspfarrer erwählen — im allgemeinen wird es sich dabei um den Heimatpfarrer handeln —, dem er regelmäßig über sein Studium berichtet, und dessen Rat er in allen wesentlichen Fragen des Studiums und Lebens einholt. Darüber hinaus wird sich insbesondere der Superintendent die Verbindung mit den Studierenden seiner Synode angelegen sein lassen.

5. An den Semesterfreizeiten, welche die Kirchenleitung in Verbindung mit theologischen Lehrern, Pfarrern der Landeskirche und dem Studentenpfarrer regelmäßig durchführt, soll sich der Theologiestudent nach Möglichkeit beteiligen. Der Besuch von wenigstens zwei Freizeiten muß bei der Meldung zur ersten theologischen Prüfung nachgewiesen werden können. Die Freizeiten dienen dem Zweck, die Beziehungen zu den westfälischen Gemeinden, welchen der Student später einmal dienen wird, und zu dem Amt, auf das er zugeht, eng und lebendig zu gestalten und die brüderliche Verbindung unter den Studierenden zu pflegen.

6. Neben den theologischen Lehrern steht der Leiter des theologischen Ausbildungsamtes beim Landeskirchenamt allen Theologiestudenten zur Studienberatung jederzeit zur Verfügung. Es wird angestrebt, daß der Letztgenannte oder ein von ihm entsandter Vertreter während des Semesters die Studierenden an den nicht allzu weit entfernt liegenden Hochschulorten gelegentlich aufsucht und mit ihnen persönliche Verbindung aufnimmt. Die Studierenden sind gehalten, an den Leiter des Ausbildungsamtes über den Fortgang ihres Studiums einen jährlichen Bericht einzusenden.

7. Es ist wünschenswert, daß die Studierenden im Laufe ihres Studiums dazu kommen, auf irgendeinem der verschiedenen theologischen Fachgebiete zu vertiefter selbständiger wissenschaftlicher Arbeit durchzudringen. Damit soll keiner vorschnellen Spezialisierung das

Wort geredet werden. Es wird aber erwartet, daß das gründlichere Eindringen in einen Einzelbereich der theologischen Forschung sich als fruchtbar für die Schulung des theologischen Urteils und des kirchlichen Verständnisses im allgemeinen erweisen wird. Die Studierenden haben die Möglichkeit, ihr Wahlfach bei der Meldung zur theologischen Prüfung anzugeben. Es wird ihnen alsdann Gelegenheit geboten werden, darin besondere Kenntnisse nachzuweisen.

8. Damit sich mit theologischer Gründlichkeit und straffer Konzentration auf Lehre und Leben der Kirche die notwendige Aufgeschlossenheit für die Fragestellung und Arbeitsweise anderer Wissenschaften verbinde, und damit der zukünftige Gemeindepfarrer dafür zugerüstet werde, für die Forschungsbereiche des modernen Geisteslebens Verständnis aufzubringen, wird empfohlen, daß die Theologiestudenten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an besonderen Vorlesungen und Übungen anderer Fakultäten beteiligen und sich je auf einem außertheologischen Gebiet besondere Kenntnisse erwerben. Die Wahl dieses Sonderfaches steht dem Studierenden frei. Der Studierende hat Gelegenheit, die Beschäftigung mit seinem Sonderfach dadurch unter Beweis zu stellen, daß der Meldung zur ersten theologischen Prüfung eine zensierte Seminararbeit einer nichttheologischen Disziplin beigelegt wird.

9. Die Werkarbeit bietet eine wertvolle Möglichkeit, die wissenschaftliche und geistliche Zurüstung auf das Pfarramt nach der praktischen Seite zu ergänzen. Es ist für zukünftige Amtsträger unerlässlich, daß sie eine unmittelbare Anschauung vom Leben der Menschen erhalten, denen ihr späterer Dienst gilt, und daß sie die Bereitschaft aufbringen, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen gerade der handarbeitenden Schichten unseres Volkes zu teilen. Der Student ist im allgemeinen gehalten, Möglichkeiten zur Ableistung der Werkarbeit selbst ausfindig zu machen. Jedoch wird sich auch das Studentenhaus Villigst dafür bereit halten, westfälischen Theologiestudenten im Rahmen seiner Möglichkeiten Aufnahme und Beschäftigung in der Industrie zu vermitteln. Der sogenannte Dienst mit der blauen Schürze im Bereich der Inneren Mission wird der Werkarbeit gleichgerechnet. Die Aufnahme in eine Gemeindepatschaft wird von einer vorhergehenden Werkarbeitszeit abhängig gemacht. Es wird erwartet, daß bei der Meldung zur ersten theologischen Prüfung 6 Werkarbeitsmonate nachgewiesen werden können, sei es, daß dieselben als ein besonderes Werksemester, sei es, daß sie während der Semesterferien abgeleistet werden.

Alle Ausbildung für den Dienst der Kirche ist über die Bemühungen menschlicher Planung und Ordnung hinaus vornehmlich darauf angewiesen, daß der heilige Geist die Herzen ergreife und mit seiner Kraft und Weisheit recht zurüste. Diese Gabe will erbeten sein. Der Theologiestudent darf dessen sicher sein, daß die Gemeinde hinter den jungen Anwärtern des Predigtamtes mit ihrem Gebete steht, damit Gott selbst die Arbeiter zurüste,



die er in seine Ernte senden will. Indem die Gemeinde in dieser Weise für die künftigen Diener am Wort einsteht, wird sie im Falle besonderer Bedürftigkeit auch der wirtschaftlichen und leiblichen Not des Studierenden abzuhelpen suchen und ihm auf alle Weise spürbar machen, daß Kirche und Theologiestudent auf das engste aneinander gewiesen sind.

Der Erlaß des Württembergischen Oberkirchenrats vom 18. April 1950 stellt eine Abänderung der schon 1948 beschlossenen Bestimmungen über das Kirchliche Dienstjahr dar. Er zeigt die hier vorliegenden Probleme auf und ist dadurch besonders interessant.

### *Neugestaltung des Kirchlichen Dienstjahres für Theologiestudierende*

Unter Aufhebung von Absatz 1 des Erlasses des Evangelischen Oberkirchenrats vom 15. Mai 1948 Nr. A. 4844 (ABl. 33 S. 58) wird über die Gestaltung des Kirchlichen Dienstjahres für angehende Theologiestudierende die in folgendem Merkblatt niedergelegte Neuordnung getroffen, die mit dem 15. September 1950 in Kraft tritt.

Die bisherige Regelung hatte für das Dienstjahr lediglich den diaconischen Dienst in der Inneren Mission, im Hilfswerk und in der Jugendarbeit vorgesehen. Dabei war im Abiturientenheim Schwäb. Hall Gelegenheit gegeben gewesen, die hebräische Sprache zu erlernen. So ausgezeichnete Erfahrungen in vielen Fällen auch damit gemacht wurden, so zeigte es sich doch, daß der angestrebte ganzjährige Einsatz in der Diakonie sich nicht ohne zahlreiche Ausnahmegewilligungen durchführen ließ, da die zunehmende finanzielle Notlage eine Form der Arbeit erforderte, die einen Verdienst abzuwerfen vermochte. Auch mehrten sich die Stimmen, die den Dienstjahrflichtigen aus grundsätzlichen Erwägungen den Weg in die Industrie oder auf den Bauplatz freigegeben sehen wollten; sowohl der Evangelische Landeskirchentag als auch die Evangelisch-theologische Fakultät Tübingen sprachen sich in dieser Richtung aus, wobei der Landeskirchentag noch ausdrücklich wünschte, es möchte die Möglichkeit eines sommerlichen Einsatzes in einem dörflichen landwirtschaftlichen Betrieb gegeben werden. Die in nachstehender Anlage angegebene Neuordnung sucht unter Aufhebung des Abiturientenheims in Schwäb. Hall diesen Wünschen zu entsprechen.

### *Merkblatt zum Kirchlichen Dienstjahr für Theologiestudierende*

1. Die Einführung des Kirchlichen Dienstjahres in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg im Herbst 1948 erfolgte, um die künftigen Theologiestudierenden in Lebensgebiete einzuführen, die sie vor Beginn ihres theologischen Studiums kennenlernen sollten, mit denen sie aber während ihrer Schulzeit nicht in Berührung kamen. Die Lage der Christen-



heit inmitten der heutigen Welt, die Wichtigkeit ihres Zeugnisdienstes und ihre Liebesarbeit soll im Kirchlichen Dienstjahr unmittelbare persönliche Erfahrung der Dienstjahrteilnehmer werden.

2. Der Nachweis über die Ableistung des Kirchlichen Dienstjahres ist eine Voraussetzung für die Aufnahme in die Liste der württ. Theologiestudierenden, eine Vorbedingung für den durch die Konkursprüfung ermöglichten Eintritt ins Tübinger Stift und damit auch die Bedingung für die Meldung zur 1. theologischen Dienstprüfung.

3. Die eine Hälfte des Kirchlichen Dienstjahres ist im diakonischen Dienst abzuleisten, sei es bei einem der diakonischen Werke (Innere Mission oder Hilfswerk), sei es bei der kirchlichen Jugendarbeit. In der Praxis schlichten Dienens soll hier der angehende Theologiestudierende seinen Entschluß zum Theologiestudium bewähren.

4. Für die andere Hälfte des Kirchlichen Dienstjahres ist eine Tätigkeit entweder im Bereich der Industrie bzw. des Bauhandwerks oder (für das Sommerhalbjahr) in einem landwirtschaftlichen Betrieb auf dem Dorfe vorgesehen. Hier soll der angehende Theologiestudent Gelegenheit haben, die soziale Lage der Gemeindeglieder aus eigener Anschauung kennenzulernen; er wird dabei auch in mannigfacher Weise den ganzen Widerstand der „Welt“ gegen Evangelium und Kirche verspüren und dann ärmer an Illusionen in das Studium der Theologie eintreten.

5. An die Stelle der Ableistung der beiden Dienstjahresemester kann auch die Ausbildung des künftigen Theologiestudierenden in einer (2jährigen) abgeschlossenen handwerklichen Lehre treten.

6. Die Entscheidung, ob das Kirchliche Dienstjahr mit der diakonischen oder der freien Tätigkeit beginnt, trifft der Evangelische Oberkirchenrat nach Anhörung des Bewerbers. Ebenso übernimmt er innerhalb der diakonischen Beschäftigung die Zuweisung an die Innere Mission, an das Hilfswerk oder an das Jugendwerk; die Anweisung des konkreten Arbeitsplatzes erfolgt dann durch diese Werke selbst. Der Arbeitsplatz in der Industrie oder im Bauhandwerk ist vom Dienstjahrflichtigen selbst unter Vermittlung der Arbeitsämter zu suchen und dem Evangelischen Oberkirchenrat zur Genehmigung zu melden. Der Eintritt in eine landwirtschaftliche Stelle erfolgt im Benehmen mit dem Ev. Bauernwerk nach Genehmigung durch den Evangelischen Oberkirchenrat.

7. Das Kirchliche Dienstjahr wird normalerweise in Württemberg abgeleistet. Die Arbeit in der Industrie darf nicht in Bürotätigkeit bestehen, sondern soll wirklich Hand- oder Maschinenarbeit sein.

8. Beabsichtigen Dienstjahrflichtige, das Griechische und das Hebräische im Kirchlichen Sprachkurs nachzulernen, so wird das Kirchliche Dienstjahr um ein halbes Jahr verkürzt.

9. Die Meldung zum Kirchlichen Dienstjahr erfolgt beim Evangelischen Oberkirchenrat, dem auch das Formular des Nachweises über die erfolgte

*Ableistung des Kirchlichen Dienstjahres zur Anerkennung ausgefüllt vorzulegen ist.*

10. Nach der Entscheidung des Württ. Versicherungsamts in Stuttgart vom 20. Dezember 1948 Nr. 456/48 unterliegen die angehenden Theologiestudierenden während der Ableistung des Kirchlichen Dienstjahres gemäß § 172 Ziffer 3 RVO und der grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts Nr. 5289 nicht der Sozialversicherungspflicht. Lohnsteuer ist im Falle der Tätigkeit in der Industrie usw. zu entrichten; es kann aber am Ende des Kalenderjahrs Lohnsteuererstattung im Wege des Lohnsteuerausgleichs beim zuständigen Finanzamt beantragt werden.

## II. Pastoralkolleg

Daß mit dem Studium, dem Bestehen der Examina und dem Vikariat die rechte Ausbildung der Pfarrer nicht abgeschlossen ist, hat die Kirche auch schon früher gewußt. Freilich hat sie jahrzehntelang sich der Sache wenig oder gar nicht angenommen. In jüngster Zeit beschritten manche Landeskirchen neue Wege zur Weiterbildung der Pfarrer und zur Vertiefung ihres Dienstes. Es entstanden Pastoralkollegs. Das erste schon bald nach dem zweiten Weltkrieg in Neuendettelsau. Inzwischen sind immer mehr Kirchen diesem Vorbild gefolgt, so daß es heute schon in vielen Landeskirchen diese Einrichtung gibt. Einzelne Kirchen haben ihr ausdrücklich eine gesetzliche Grundlage durch ihre Synoden gegeben. So Thüringen und Rheinland im Jahre 1950. Der rheinische Beschluß hat folgenden Wortlaut:

### *Beschluß über das Pastoralkolleg*

*Vom 17. November 1950*

*Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat am 17. November 1950 folgenden Beschluß über das Pastoralkolleg gefaßt:*

1. Das Pastoralkolleg ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Es untersteht der besonderen Aufsicht des Präses und wird durch einen Theologen der Landeskirche geleitet.

2. Der Leiter des Pastoralkollegs wird von der Kirchenleitung berufen und ist ihr für seine Arbeit verantwortlich. Er führt die Dienstbezeichnung „Rektor des Pastoralkollegs“.

3. Aufgabe des Pastoralkollegs ist es,

- a) die Pfarrer zum Studium der Heiligen Schrift zusammenzuführen,
- b) ihnen zur theologischen Weiterbildung zu helfen,
- c) ihnen für den Dienst der Predigt, des Unterrichts und der Seelsorge Handreichung zu tun,
- d) die innere Sammlung zu fördern und die brüderliche Gemeinschaft zu pflegen.

4. Die Kirchenleitung kann ständige Mitarbeiter berufen. Für die

einzelnen Tagungen werden die Mitarbeiter von dem Rektor des Pastoralkollegs bestellt.

5. Die Teilnahme an den Arbeitstagen des Pastoralkollegs ist Dienst an der Gemeinde. Sie gilt grundsätzlich als eine dienstliche Verpflichtung, hinter der die örtlichen Gemeindeverpflichtungen zurücktreten. Die Arbeitstagung dauert in der Regel 14 Tage. Sie wird auf die zustehende Urlaubszeit nicht angerechnet.

6. Die Einladung zu den Arbeitstagen des Pastoralkollegs geschieht nach Fühlungnahme mit dem Superintendenten durch die Kirchenleitung. Die Reihenfolge der Einladungen erfolgt in der Weise, daß in einem Turnus von etwa fünf Jahren jeder Pfarrer an einer Arbeitstagung teilnimmt.

7. Diese Einrichtung gilt auch für die Vikarinnen.

### III. Pfarrerausschuß

In der Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau von 1949 war die Bildung eines besonderen „Pfarrerausschusses“ vorgesehen. Hier liegt ein neuer und eigenartiger Versuch vor, neben den synodalen Organen der Kirche eine eigene Vertretung der Pfarrerschaft zu schaffen. Man könnte sagen, hierdurch würde der bisher in der freien Vereinsform vorhandene Zusammenschluß der Pfarrer einer Kirche in ein offizielles Organ der Kirche verwandelt. Es ist einer Überlegung wert, ob diese Einrichtung etwas mit dem modernen Gedanken des „Mitbestimmungsrechts“ zu tun haben könnte, zumal ja auch im Jahre 1950 weithin auch in den evangelischen Kirchen Ordnungen über Betriebsvertretungen erlassen sind. Das inzwischen in der Hessen-Nassauischen Kirche erlassene Gesetz über den Pfarrerausschuß gibt Klarheit über den Sinn und die Absicht der Verfassungsbestimmung.

#### *Kirchengesetz über den Pfarrerausschuß vom 6. Dezember 1949*

Auf Grund des Artikels 51 der Kirchenordnung ergeht folgendes Kirchengesetz:

##### § 1

Der Pfarrerausschuß ist die Vertretung der fest angestellten Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zu ihnen gehören auch die Pfarrer, die, ohne fest angestellt zu sein, die Rechte eines fest angestellten Pfarrers haben.

##### § 2

(1) Der Pfarrerausschuß wird von der Kirchensynode gewählt. Er besteht aus 12 Mitgliedern, für die je ein Stellvertreter zu wählen ist. Die Mitglieder und Stellvertreter müssen die Rechte eines fest angestellten Pfarrers der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau haben.

(2) Die in § 1 genannten Pfarrer jedes Dekanats schlagen der Kirchen-

*synode je einen auf Grund geheimer Wahl gewählten Pfarrer vor, der nicht dem Dekanat anzugehören braucht. Die Dekane übermitteln diese Vorschläge dem Kirchensynodalvorstand. Die Kirchensynode wählt von den Vorgeschlagenen aus jedem Visitationsbezirk 2 Mitglieder und deren Stellvertreter.*

### § 3

*(1) Der Pfarrerausschuß hat folgende Aufgaben:*

- a) Stellungnahme bei der Vorbereitung der Wahl der Pröpste auf Anfordern der Kirchenleitung (Artikel 48 Abs. 2 KO);*
- b) Abgabe von Gutachten auf Anfordern der Kirchenleitung und Anhörung von Pfarrern auf ihr Verlangen gemäß Kirchengesetz betr. die Versetzung von Pfarrern vom 11. Mai 1949 (Amtsblatt 1949 Seite 75).*

*(2) Die Kirchensynode und die Kirchenleitung können dem Pfarrerausschuß weitere Aufgaben zuweisen.*

### § 4

*(1) Der Pfarrerausschuß wird für die Dauer der Kirchensynode gewählt. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.*

*(2) Der Pfarrerausschuß wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Bei Abstimmungen gilt bei Stimmengleichheit ein Antrag als abgelehnt.*

*(3) Der Pfarrerausschuß tritt nach Bedarf zusammen und wird erstmalig durch sein dienstältestes Mitglied einberufen.*

*(4) Die Zugehörigkeit zum Pfarrerausschuß erlischt mit dem Verlust der Rechte eines festangestellten Pfarrers der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.*

*(5) Die durch die Tätigkeit des Pfarrerausschusses entstehenden Kosten trägt die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.*

### § 5

*(1) Dieses Kirchengesetz tritt mit seiner Verkündigung in Kraft.*

*(2) Die zu seiner Durchführung notwendigen Anordnungen trifft die Kirchenleitung.*

## IV. Politische Betätigung

Die in den Jahren nach 1945 wieder neu erkannte und für notwendig erachtete Mitarbeit der Kirche im politischen Leben mußte unweigerlich zu der Frage führen, was das für die Pfarrer der Kirche bedeutete. Sollten auch sie als Vertreter der Kirche aktiven Anteil am politischen Leben nehmen? Mehr als einmal trat die Aufforderung an die Pfarrer heran, sich nicht nur für eine Partei aktiv einzusetzen, sondern auch ein politisches Mandat zu übernehmen. Einige haben es getan. Aber, aufs



Ganze gesehen, doch nur wenige. Was in der Entschließung der Kirchenkonferenz vom 3. Mai 1949 ausgesprochen wurde:

*Dagegen halten wir es für unerläßlich, daß die im Amte stehenden Pfarrer sich um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen, den sie allen ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit schuldig sind, von der aktiven Beteiligung an Parlamenten und Parteien fernhalten,<sup>1)</sup>*

war die Überzeugung des weit überwiegenden Teils der Pfarrerschaft selbst. Aus diesem Grunde hat man davon abgesehen, gesetzliche Bestimmungen über die politische Betätigung der Pfarrer zu schaffen. Nur in der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns beschloß die Landessynode am 23. September 1950 ein

### *Kirchengesetz über die politische Betätigung der Pfarrer, Kandidaten und Vikarinnen*

*Die Landessynode hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.*

#### *Präambel*

*Pfarrer, Kandidaten und Vikarinnen, die den Ordnungen der Landeskirche unterstehen, sollen um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen, den sie ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit allen schuldig sind, in der Öffentlichkeit nicht als aktive Anhänger einer bestimmten politischen Partei oder eines bestimmten politischen Programms hervortreten.*

*Werden sie von einer Partei für ein auf allgemeiner Wahl beruhendes Organ einer öffentlichen Körperschaft als Kandidat aufgestellt, so gelten die folgenden Bestimmungen:*

#### *§ 1*

*Ein Pfarrer, der sich von einer Partei für ein auf allgemeiner Wahl beruhendes Organ einer öffentlichen Körperschaft als Kandidat aufstellen läßt, tritt mit der Annahme der Kandidatur in den Wartestand.*

#### *§ 2*

*Wird der Pfarrer gewählt und nimmt er die Wahl an, so besteht während der Ausübung des Ehrenamtes kein Anspruch auf Wartegeld.*

*Im übrigen gelten die Bestimmungen des Pfarrergesetzes über den Wartestand entsprechend.*

#### *§ 3*

*Ein Pfarr- oder Predigtamtskandidat, der sich für eines der in § 1 bezeichneten Ehrenämter als Kandidat aufstellen läßt, scheidet mit der Annahme der Kandidatur aus dem Dienst aus. Bei einem dienstälteren (gehobenen) Pfarramtskandidaten im Sinne des Gesetzes vom 10. Dezember*

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 31.

1941 (KABl. S. 101) kann der Landeskirchenrat statt dessen auf einen vor Annahme der Kandidatur gestellten Antrag wie bei einem Pfarrer verfahren (§§ 1 und 2).

#### § 4

Für die an einer ständigen Stelle angestellten Pfarrvikarinnen gelten die Bestimmungen für Pfarrer, für die übrigen Vikarinnen gelten die Bestimmungen für Predigtamtskandidaten entsprechend.

#### § 5

Für Pfarrverwalter gelten die Bestimmungen für Pfarrer entsprechend.

#### § 6

(1) Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die vorläufige Anordnung vom 9. August 1949 zur Ergänzung des Pfarrergesetzes (KABl. S. 99) außer Kraft.

### c) Andere Ämter und Dienste

Nichts ist charakteristischer für die Entwicklung des gemeindlichen Lebens der evangelischen Landeskirchen als die Tatsache, daß in immer steigendem Maße der Dienst am Wort nicht allein durch den Pfarrer, sondern auch durch andere Diener der Kirche in besonderen Berufen ausgeübt wird. Neben den Pfarrer, den akademisch gebildeten Theologen, sind die „Prediger“ (oder wie sie immer heißen mögen) getreten, d. h. Männer aus anderen Berufen, die sich als besonders begabt erwiesen zur Wortverkündigung und eine Zurüstung für den Dienst am Wort erhalten haben. Ferner die Vikarin, die theologisch gebildete Frau, Katecheten und Katechetinnen, denen die Unterweisung der Kinder vor allem anvertraut ist. Nicht zuletzt erscheinen neben diesen hauptberuflich tätigen Mitarbeitern seit dem 2. Weltkrieg die Laienprediger, mit Predigtauftrag versehene Gemeindeglieder oder Älteste, ferner Lektoren bzw. Leseprediger. In den meisten Kirchen ergab sich die Notwendigkeit, diese Dienste auch rechtlich zu ordnen, und so erließen die Synoden oder Kirchenleitungen in den vergangenen Jahren Gesetze oder Verordnungen für die Regelung der mannigfachen neu lebendig gewordenen Dienste. Auch im Jahre 1950 sind weitere Gesetze beschlossen worden.

#### I. Pfarrverwalter

In der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns sah man sich durch den ungeheuer großen Einstrom der Vertriebenen zu einer Ordnung des Dienstes der Pfarrverwalter genötigt. Auf diese Weise sollte nicht nur der Not der neuen Diaspora abgeholfen werden, sondern auch eine Rechtsgrundlage für den Dienst der Mitarbeiter aus den Vertriebenengemeinden geschaffen werden. Denn inmitten der aus dem Osten Vertriebenen fanden sich zahlreiche mehr oder weniger vorgebildete Pre-

diger, Diakone, Gemeindehelfer, für deren ordnungsmäßige Stellung im Rahmen der bayrischen Kirche Sorge getragen werden mußte. Angesichts einer ähnlichen Lage ihrer Flüchtlingsdiaspora schuf auch die Evangelische Kirche von Westfalen auf ihrer Landessynode ein Gesetz über das „Amt des Predigers“, während die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens und die östlichen Gliedkirchen der altpreußischen Union sich zu ihren neuen Gesetzen durch den im Osten besonders fühlbaren Mangel an Pfarrern veranlaßt sahen. Die sächsische Landessynode beschloß ein

*Kirchengesetz über Berufung zu pfarramtlichem Dienst und öffentlicher Wortverkündigung vom 5. Juni 1950*

Um Notstände in der geistlichen Versorgung der Kirchgemeinden zu beheben und um die Übertragung eines Pfarramtes in der Landeskirche in besonderen Fällen abweichend von § 5 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen vom 29. Mai 1922 (KonsBl. S. 35) zu ermöglichen, hat die Evangelisch-Lutherische Landessynode unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes und unter Beachtung der Vorschriften in § 44 der Kirchenverfassung folgendes Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

(1) Das Landeskirchenamt kann Diakone und sonstige in kirchlicher Arbeit stehende Männer zu nebenamtlicher oder vorübergehend auch zu hauptamtlicher Verwaltung einer Pfarrstelle oder zu besonderen pfarramtlichen Diensten widerruflich berufen und für diesen Dienst ordinieren, auch wenn sie die Voraussetzungen für die Übertragung eines geistlichen Amtes nach § 5 der Kirchenverfassung nicht erfüllen.

(2) Berufen werden kann nur, wer

- a) sich mehrere Jahre lang in einer kirchlichen Arbeit, möglichst im Bereiche der Landeskirche, bewährt und
- b) seine Befähigung in einer Prüfung vor dem Landeskirchenamt nachgewiesen hat.

§ 2

(1) Die nach § 1 Berufenen werden nicht Inhaber der von ihnen verwalteten Pfarrstellen. Sie führen die Amtsbezeichnung „Pfarrverweser“ oder, wenn sie Diakone sind, „Pfarrdiakon“.

(2) Sie tragen die Amtstracht der Geistlichen.

(3) Die Anstellungsverhältnisse der Pfarrverweser und Pfarrdiakone ordnet, soweit erforderlich, das Landeskirchenamt. Es trifft die für ihre Weiterbildung nötigen Maßnahmen.

(4) Die Diakone bleiben ihrer Bruderschaft nach der dafür geltenden „Regel und Ordnung“ verbunden (vgl. „Regel und Ordnung der Diakone

*in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens — Moritzburger Bruderschaft —“ vom 24. Mai 1948).*

### § 3

(1) *Das Landeskirchenamt kann in langjähriger kirchlicher Arbeit bewährte Männer, die nicht in der vorgeschriebenen Weise theologisch vorgebildet sind, im nichtständigen pfarramtlichen Dienst der Landeskirche verwenden und ordinieren.*

(2) *Sie müssen*

*a) das 30. Lebensjahr vollendet und*

*b) ihre Befähigung durch eine Prüfung vor dem Landeskirchenamt nachgewiesen haben.*

(3) *Sie führen die Amtsbezeichnung „Pastor“.*

(4) *Die für die Kandidaten des Predigtamtes geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung, soweit in diesem Kirchengesetz nichts anderes vorgeschrieben ist.*

(5) *Nach mindestens dreijähriger Bewährung im nichtständigen pfarramtlichen Dienst ist Übernahme als Pfarrer in das ständige geistliche Amt möglich.*

(6) *Das Kirchengesetz findet auch auf solche Pastoren Anwendung, die bereits in den nichtständigen Dienst der Landeskirche übernommen sind.*

### § 4

(1) *Das Landeskirchenamt kann in kirchlicher Arbeit bewährten Männern widerruflich einen Predigtauftrag erteilen.*

(2) *Der Predigtauftrag umfaßt die freie Wortverkündigung im Gottesdienst und in Bibelstunden und kann auch auf andere Amtshandlungen, welche die Ordination nicht voraussetzen, erstreckt werden.*

(3) *Die nach Absatz 1 Beauftragten werden im Gemeindegottesdienst in ihr Amt eingeführt. Sie tragen keine Amtstracht.*

(4) *Das weiter Erforderliche regelt das Landeskirchenamt.*

### § 5

*Erforderliche Ausführungsvorschriften erläßt das Landeskirchenamt.*

In der „Vorläufigen Ordnung für das Amt des Predigers“, die am 16. 5. 1950 von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union für die östlichen Gliedkirchen erlassen wurde, ist besonders bemerkenswert, daß hier ein regelrechter Ausbildungsweg unter Inanspruchnahme einer besonderen kirchlichen Ausbildungsstätte vorgesehen ist. Dieser Ausbildungsgang verläuft dem eines Kandidaten der Theologie weithin parallel. Hier wird mit einem zweiten „Stand“ von Dienern am Wort neben den bisherigen Pfarrern ganz Ernst gemacht, ohne sich durch die bekannten Einwände gegen den



„Klerus minor“ hindern zu lassen. Ob die hier wirklich vorliegenden Probleme recht gelöst werden können, wird sich erst in der Praxis erweisen müssen. Die Not ist offenbar größer als alle Bedenken, und darum ist es in der Tat besser, etwas zu wagen, als vor Bedenken zu resignieren, denn es geht um die notwendige Versorgung der Gemeinden mit dem Evangelium, wie es in § 1 der Notverordnung ausgesprochen wird:

### § 1

*Um den Gemeinden das Evangelium auch trotz des gegenwärtigen Mangels an theologischen Kräften mannigfaltig und reichlich darzubieten und um die vorhandenen Gaben zur rechten Auswirkung kommen zu lassen, wird in den östlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union das Amt eines Predigers als ordentliches Amt der Kirche geschaffen und nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet.*

## II. Predigtendienst der Laien

### (Predigthelfer)

Neben den Predigern, die hauptberuflich im Dienst der Kirche stehen, hat die evangelische Kirche auch solchen Laien die Kanzel geöffnet, die fähig und willig sind, den Dienst am Wort in der Gemeinde nebenamtlich zu übernehmen. Um einer hier drohenden Willkür und Unordnung zu wehren, haben sich die Kirchen, in denen sich diese Art des Predigtdienstes besonders eingebürgert hatte, weil sich zahlreiche Gemeindeglieder bzw. Älteste zu diesem Dienst bereit fanden, veranlaßt gesehen, durch Anordnungen der Kirchenleitung, ja sogar durch Kirchengesetz, den Predigtendienst der Laien oder das Amt des Predigthelfers (Rheinland) durch die Landessynode zu ordnen. Das westfälische Gesetz vom 27. Oktober 1950 lautet:

### *Kirchengesetz über eine Ordnung des Predigtendienstes von Laien in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 27. Oktober 1950*

*Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:*

### § 1

*Mit der Abhaltung von Predigtgottesdiensten können solche Männer betraut werden, die erwiesenermaßen die Gabe der Wortverkündigung haben, deren Wandel unsträflich ist, die ein gutes Gerücht in der Gemeinde haben, den öffentlichen Gottesdienst fleißig besuchen, am hl. Abendmahl teilnehmen und im Dienst der Gemeinde bewährt sind.*

### § 2

*Die Berufung zu diesem Dienst erfolgt auf Antrag eines Presbyteriums oder eines Kreissynodalvorstandes durch die Kirchenleitung. Sie kann widerrufen werden.*

### § 3

*Im allgemeinen soll der Berufung eine Rüstzeit vorhergehen, die mit einem Gespräch mit einem Beauftragten der Kirchenleitung abschließt. Die Berufenen werden zu ihrem Dienst auf Schrift und Bekenntnis verpflichtet.*

### § 4

*Die Übertragung des Dienstes geschieht durch den Superintendenten nach einer von der Kirchenleitung aufzustellenden Ordnung im Gottesdienst.*

### § 5

*Der Dienst wird im Einverständnis mit dem Presbyterium und dem zuständigen Pfarrer ausgeübt. Ein Talar wird dabei nicht getragen.*

### § 6

*Für die Wahrnehmung des Dienstes wird keine Besoldung gewährt. Bare Auslagen bei auswärtiger Vertretung werden erstattet.*

### § 7

*Die Superintendenten führen die Aufsicht über Lehre und Leben der Berufenen.*

### § 8

*Das Landeskirchenamt wird sich die Förderung der Berufenen für ihren Dienst besonders angelegen sein lassen.*

### § 9

*Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen werden durch die Kirchenleitung erlassen.*

## III. Der katechetische Dienst

Die wachsende Bedeutung des katechetischen Amtes in der evangelischen Kirche, namentlich in der Ostzone, wo bekanntlich die gesamte christliche Unterweisung der Kinder durch die Kirche selbst erfolgen muß, wird sichtbar an den in den vergangenen Jahren in vielen Landeskirchen erlassenen Ordnungen des katechetischen Dienstes. Es entsteht so neben dem Pfarrer und Prediger das eigenständige Amt des Katecheten wieder, wie es die alte Kirche gehabt hat. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs schuf auf ihrer Landessynode am 6. Juli 1950 ein umfassendes Verordnungswerk über den katechetischen Dienst: ein Kirchengesetz, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für verschiedene Grade des katechetischen Amtes, ferner eine Besoldungsordnung sowie Dienstanweisungen für Katecheten und Kreiskatecheten. Das Kirchengesetz sei wegen seiner Bedeutung im Wortlaut gebracht:

*Ordnung des katechetischen Dienstes der  
Evangelisch-Lutherischen Landeskirche  
Mecklenburgs*

*Artikel I*

(1) Im Gehorsam gegen den Befehl Jesu Christi, Matth. 28, 18—20, Mk. 10, 16, erteilt die Kirche der getauften evangelischen Schuljugend Christenlehre. An ihr können auch ungetaufte Kinder teilnehmen, wobei die Kirche erwartet, daß die Taufe nachgeholt wird.

(2) Eltern, die ihre Kinder zur Taufe gebracht haben, sind verpflichtet, sie mit Beginn des Schulunterrichtes an der Christenlehre teilnehmen zu lassen. Der regelmäßige Besuch der Christenlehre ist Bedingung für die Aufnahme in den Konfirmandenunterricht.

(3) Aufgabe und Ziel der Christenlehre ist es, die Kinder mit der biblischen Botschaft vertraut zu machen, damit Glaube an Christus geweckt und Gemeinde gebaut werde.

*Artikel II*

(1) Die Einrichtung der Christenlehre in den einzelnen Kirchgemeinden gehört zu den Amtspflichten des Pastors und des Kirchgemeinderates. Sie haben dafür zu sorgen, daß jedes getaufte schulpflichtige Kind wöchentlich zwei Stunden Christenlehre erhalten kann.

(2) Für Städte mit mehreren Kirchgemeinden kann der Oberkirchenrat die Errichtung eines Katechetischen Amtes anordnen, das die Christenlehre in Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf übergemeindlicher Grundlage regelt.

*Artikel III*

(1) Der Unterricht wird katechetischen Kräften übertragen, die den Vorschriften über Ausbildung und Anstellungsfähigkeit entsprechen. Der Pastor erteilt neben dem Konfirmandenunterricht in der Regel bis zu wöchentlich vier Stunden Christenlehre.

(2) Anstellung und Besoldung der katechetischen Kräfte sind grundsätzlich Aufgaben der Kirchgemeinden oder, wo solche bestehen, der katechetischen Ämter. Sie werden durch besondere Bestimmungen geregelt. In einem Stellenbesetzungsplan wird festgelegt, wieviel Katecheten in jeder Kirchgemeinde für den ordnungsmäßigen Unterricht erforderlich sind.

(3) Für die Anstellung kommen in Betracht:

1. Im Landeskirchlichen Katechetischen Seminar ausgebildete oder ihnen gleichgestellte (z. B. Absolventen von Bibelschulen) Katecheten mit B-Prüfung. Sie werden vom Oberkirchenrat nach dem Stellenbesetzungsplan angestellt und den Kirchgemeinden oder, wo solche vorhanden sind, den katechetischen Ämtern nach deren Anhörung zugewiesen.

2. Katecheten mit C-Prüfung. Sie werden von den Kirchgemeinden

oder, wo solche vorhanden sind, von den katechetischen Ämtern mit Zustimmung des Oberkirchenrates angestellt.

3. Katecheten, die weder die B- noch die C-Prüfung abgelegt, aber an einem katechetischen Vierteljahrskursus teilgenommen haben. Für eine Übergangszeit sind Ausnahmen davon zugelassen. Sie werden mit Zustimmung der Landessuperintendenten von den Kirchgemeinden beauftragt und vergütet. In besonders begründeten Fällen können aus landeskirchlichen Mitteln Zuschüsse gewährt werden.

(4) Außerdem können freiwillige Kräfte beschäftigt werden, welche eine entsprechende Ausbildung oder Fähigkeit besitzen und ohne Dienstvertrag auf Grund freier Vereinbarung nach Bedarf katechetischen Dienst tun.

#### Artikel IV

(1) Jeder Katechet wird beim Dienstantritt in einer Kirchgemeinde in einem öffentlichen Gottesdienst in sein Amt eingeführt. Die Einführung erfolgt durch den zuständigen Pastor, bei Katecheten nach Beauftragung durch den Oberkirchenrat, bei Katecheten ohne Prüfung nach Beauftragung durch den Landessuperintendenten. Sie wird nach landeskirchlicher Ordnung vollzogen. Dabei ist, soweit es sich um festangestellte Katecheten handelt, die schriftliche Beauftragung zu übergeben.

(2) Der Christenlehre ist der vom Oberkirchenrat festgesetzte Lehrplan zugrunde zu legen. Im übrigen vollzieht sich der Dienst nach der Dienst-anweisung des Oberkirchenrats (siehe Anlage V).

(3) Für die Besoldung ist die Besoldungsordnung maßgebend (siehe Anlage III).

#### Artikel V

(1) Die Aufsicht über die Christenlehre in der Landeskirche ist Pflicht des Oberkirchenrats, in den Kirchenkreisen Pflicht der Landessuperintendenten. Diesen werden als Vertreter für die Ausübung dieses Dienstes Kreiskatecheten zugeordnet, die in ihrem Aufgabenkreis selbständig sind. Sie sind um der Einheit der kirchlichen Arbeit willen verpflichtet, die Landessuperintendenten über ihre Arbeit auf dem laufenden zu halten und dem Oberkirchenrat amtliche Berichte durch die Landessuperintendenten vorzulegen.

(2) Für diesen Dienst kommen Theologen, Katecheten oder Religionspädagogen in Betracht. Sie werden im Einvernehmen mit den zuständigen Landessuperintendenten durch den Oberkirchenrat berufen. Ihre Zahl wird durch den Stellenbesetzungsplan festgelegt. Ihr Dienst wird durch eine besondere Dienst-anweisung geregelt. Für die Besoldung gilt das gleiche wie für Pastoren der Landeskirche.

#### Artikel VI

Dieses Kirchengesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.



Ein ganz entsprechendes Kirchengesetz wurde auch von der rheinischen Landessynode verabschiedet, woraus hervorgeht, daß nicht nur im Osten, sondern auch im Westen das Bedürfnis nach einer Wiederbelebung des katechetischen Amtes vorhanden ist. Im Westen ist die große Diaspora natürlich der eigentliche Anlaß, aber auch die Einsicht in die Überlastung der Pfarrer in den Großstadt- und Industriegemeinden.

#### IV. Vikarinnen und Diakone

Zum Abschluß dieses Abschnittes sei noch zweierlei erwähnt.

Nachdem im Jahre 1949 zahlreiche Landeskirchen den Dienst der Vikarin neu geordnet hatten, ist im Berichtsjahr nur noch die Evangelische Kirche im Rheinland mit einem Kirchengesetz über die Vorbildung, Anstellung und Versorgung der Vikarinnen nachgefolgt. Es ist den im Vorjahr erlassenen Gesetzen<sup>1)</sup> verwandt und bemüht sich besonders, die rechte Einordnung der Vikarin in die landeskirchliche und gemeindliche Arbeit durch Errichtung von ordentlichen Vikarinnenstellen in den Kirchenkreisen und Gemeinden zu vollziehen. Die Vikarin wird ordiniert zum Dienst an Wort und Sakrament, sie erhält eine Amtstracht. Nur die Übertragung einer Gemeindepfarrstelle ist nicht möglich, während ihr sonst alle möglichen kirchlichen Dienste offen stehen. Der Frage der Besoldung und Versorgung ist im Gesetz eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Das andre, auf das noch hingewiesen werden sollte, ist die Tatsache, daß im Berichtsjahr in zwei Landeskirchen (Westfalen und Sachsen) Kirchengesetze über das Amt des Diakonen erlassen worden sind. Offenbar entspricht es dem Wunsch der Diakonenanstalten, daß eine solche kirchengesetzliche Verankerung des Diakonenamtes erfolgt. Das Problem der Gemeindediakone ist in der Tat noch nicht recht gelöst und fordert gerade angesichts der neuen Ämter des Predigers und des Katecheten eine schärfere Profilierung. Wie weit dies bisher gelungen ist, zeigt am deutlichsten das Diakonengesetz der Lutherischen Kirche Sachsens vom 5. Juni 1950:

#### *Kirchengesetz über das Amt des Diakons*

*Die Evangelisch-Lutherische Landessynode hat unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes folgendes Kirchengesetz beschlossen:*

##### § 1

(1) Das Amt des Diakons ist ein kirchliches Amt. Es gliedert sich in die Gruppen der Diakone im Gemeinde-, im Verwaltungs-, im Erziehungs- und im Pflegedienst. Jedoch können Diakone auch in anderen der diakonischen Tätigkeit entsprechenden Diensten Verwendung finden.

(2) Die Möglichkeit, Diakone zu pfarramtlichem Dienst zu berufen

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 170 ff.

und für diesen Dienst zu ordinieren, regelt das Kirchengesetz über Berufung zu pfarramtlichem Dienst und öffentlicher Wortverkündigung vom 5. Juni 1950 (Amtsblatt Seite A 46 unter II Nr. 33).

## § 2

(1) Voraussetzung für die Anstellung des Diakons ist, daß er der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens angehört, sich in Glauben und Liebe als Jünger Jesu erwiesen und in Bekenntnis und Wandel als lebendiges Glied der Gemeinde betätigt hat.

(2) Weiterhin ist erforderlich, daß er

- a) mindestens ein Jahr lang praktischen Diakonendienst geleistet hat,
- b) die Prüfung für das Diakonenamtsbestanden hat,
- c) in gesundheitlicher Hinsicht geeignet erscheint.

(3) Über die Anstellungsfähigkeit stellt das Landeskirchenamt eine Urkunde aus.

(4) Ein Anspruch auf Anstellung kann aus der Ausstellung der Urkunde nicht hergeleitet werden.

## § 3

(1) Die Ausbildung der Diakone erfolgt im Brüderhaus Moritzburg.

(2) Die Anstellung von Diakonen, die in anderen Brüderhäusern ausgebildet sind, im Dienste der Kirchgemeinden, der Kirchgemeindeverbände und der kirchlichen Bezirksverbände bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamtes.

## § 4

(1) Ausbildungsgang und Prüfung der Diakone ordnet das Landeskirchenamt nach Gehör des Rektors des Brüderhauses Moritzburg.

(2) Zur Übernahme einer diakonischen Aufgabe, für die der Diakon die nötige Vorbildung nicht besitzt, hat er eine Ergänzungsprüfung abzulegen.

(3) In besonderen Fällen kann das Landeskirchenamt nach Gehör des Rektors des Brüderhauses Moritzburg von diesem Erfordernis absehen.

## § 5

Die Anstellung der Diakone im Gemeinde- und im Verwaltungsdienst erfolgt durch das zuständige kirchliche Organ nach den bestehenden kirchlichen Vorschriften; die Anstellung der Diakone im Erziehungs- und im Pflegedienst erfolgt durch die zuständige Dienststelle.

## § 6

(1) Stellen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Diakonen besetzt sind, sind in der Regel wieder mit Diakonen zu besetzen.

(2) Das Landeskirchenamt kann anordnen, daß bestimmte Stellen in

*Kirchgemeinden, Kirchgemeindeverbänden und kirchlichen Bezirksverbänden durch Diakone besetzt werden.*

### § 7

*(1) Die Anstellungsverhältnisse der Diakone ordnet, soweit erforderlich, das Landeskirchenamt.*

*(2) Es erläßt nach Gehör des Rektors des Brüderhauses Moritzburg eine allgemeine Dienstanweisung für Gemeindediakone.*

*(3) Die Diakone bleiben ihrer Bruderschaft nach der dafür geltenden „Regel und Ordnung“ verbunden (vgl. „Regel und Ordnung der Diakone in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens — Moritzburger Bruderschaft —“ vom 24. Mai 1948).*

### § 8

*Die Einsegnung für das Diakonenamt erfolgt nach Bestehen der Diakonenprüfung durch den Rektor des Brüderhauses im landeskirchlichen Auftrag. Sie wird im Gottesdienst vorgenommen.*

### § 9

*Diakone, die beim Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes bereits als solche im Bereiche der Landeskirche tätig sind, gelten als Diakone im Sinne des Kirchengesetzes.*

### § 10

*Erforderliche Ausführungsvorschriften erläßt das Landeskirchenamt.*

## d) Sonstige kirchliche Ordnungen

### I. Erneuerung der Ordnung des gemeindlichen Lebens

Schon bei unserem Bericht über die Arbeit der VELKD haben wir davon gesprochen, daß in diesem Bereich die Erneuerung der Ordnung des gemeindlichen Lebens umfassend in Angriff genommen worden ist. Aber auch hier ist es erst zu einem Beschluß über die Ordnung der Taufe gekommen. Außerhalb der VELKD hat sich vor allem die westfälische Kirche einer Erneuerung dieser Lebensordnungen zugewandt. Nachdem sie auf ihrer Synode 1949 die Ordnung der Trauung<sup>1)</sup> beschlossen hatte, hat sie 1950 die Taufordnung verabschiedet. Wie schon oben angemerkt, unterscheidet sich diese Ordnung einer Gliedkirche der altpreußischen Union nicht von der Ordnung der VELKD. Wir sehen darin ein bedeutsames Zeichen der Einheit und Gemeinschaft in der EKD.

### II. Kirchliches Finanzwesen

Die Währungsreform 1948 hatte bekanntlich eine starke Auswirkung auf das kirchliche Finanzwesen, wodurch sich die Kirchen genötigt

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 195.

sahen, die Kirchensteuer auf eine neue Grundlage zu stellen. Dementsprechend gab es 1949 eine Fülle von Verordnungen und Gesetzen auf dem Gebiet der Kirchensteuer. Vieles davon war Notverordnung und trug den Stempel der Vorläufigkeit. Um hier einen wesentlichen Schritt nach vorwärts zu tun und eine eigene kirchliche Steuerordnung zu schaffen, die an Stelle der bisherigen teils staatlichen, teils kirchlichen Gesetze und Verordnungen treten konnte, machten sich die Synoden von Westfalen und Rheinland daran, ein umfassendes neues Kirchensteuergesetz gemeinsam zu schaffen. Es gelang, für beide Kirchen einen übereinstimmenden Text herzustellen. In vier Hauptteilen wird das Besteuerungsrecht, die Kirchensteuerpflicht, die Besteuerungsgrundlage und die Erhebung der Kirchensteuer geordnet. Das Wesentliche dieses Gesetzes ist darin zu erblicken, daß 1. an der Gemeindekirchensteuer festgehalten wird, 2. die Kirchensteuern sowohl als Zuschläge zu den staatlichen Steuern wie auch als Kirchgeld erhoben werden können und die Möglichkeit eines kircheneigenen Steuertarifs gegeben ist, 3. daß ein Lastenausgleich unter den Gemeinden vollzogen werden kann:

## § 1

### *Ortskirchensteuer*

(1) *Die Kirchensteuer wird als Kirchensteuer der Kirchengemeinden oder der Gesamtverbände (Ortskirchensteuer) erhoben.*

## § 8

### *Kirchensteuermaßstab allgemein*

(1) *Die Kirchensteuer wird erhoben*

- a) *als Zuschlag zu Einkommensteuer (Lohnsteuer),*
- b) *als Zuschlag zu Vermögenssteuer,*
- c) *als Zuschlag zu den Grundsteuermeßbeträgen,*
- d) *in Form von Kirchgeld.*

(2) *Die Tarifsätze der Einkommensteuer (Lohnsteuer) können für die Benutzung als Maßstab der Kirchensteuern durch Verordnung der Kirchenleitung geändert werden.*

(3) *Der Veranlagung zur Kirchensteuer können die Steuerarten nach Absatz 1 Buchstaben a—d einzeln oder nebeneinander zugrunde gelegt werden.*

(4) *Die Landessynode kann anordnen, daß die Kirchensteuer nach dem steuerpflichtigen Einkommen und dem Grundbesitz auf Grund eines besonderen Tarifs erhoben wird. Der Tarif ist durch die Landessynode zu beschließen und im Kirchlichen Amtsblatt zu veröffentlichen.*

## § 14

(1) *Im Interesse einer durch die brüderliche Verantwortung der Kirchengemeinden füreinander gebotenen gleichmäßigen Kirchensteuerbe-*



*lastung aller Evangelischen sowie des Finanzausgleichs unter den Kirchengemeinden kann für einen oder mehrere Kirchenkreise oder für einen Teil eines Kirchenkreises ein einheitlicher Kirchensteuerhundertsatz beschlossen werden, sofern sich die Mehrheit der beteiligten Presbyterien hierfür ausgesprochen hat. Hierbei hat jedes Presbyterium so viel Stimmen, wie Pfarrstellen in der Kirchengemeinde vorhanden sind.*

*(5) Den Finanzausgleich innerhalb eines Kirchenkreises ordnet der Kreissynodalvorstand. Ist ein Finanzausgleich innerhalb mehrerer Kirchenkreise erforderlich, so wird er von den beteiligten Kreissynodalvorständen geordnet. Kommt ein Beschluß des Kreissynodalvorstandes oder bei mehreren Kreissynodalvorständen eine Einigung zwischen ihnen nicht zustande, so entscheidet die Kirchenleitung.*

### III. Kirchliche Werke

Der Wandel, der im Verhältnis von Kirche und Innerer Mission eingetreten ist, hat auch in den Ordnungen der Kirche seinen Niederschlag gefunden. In allen neuen Kirchenverfassungen (Grundordnungen) findet sich ein besonderer Abschnitt über die missionarischen und diakonischen „Werke“, in welchem die Kirche etwas über die „freien“ Werke innerhalb der verfaßten Kirche aussagt, deren Zugehörigkeit zur Landeskirche betont und gewisse Bestimmungen über die Zuordnung der „Vereine“, Werke und Anstalten zu den Organen der Landeskirche trifft. Auch im Jahre 1950 sind in einigen weiteren Kirchen dahingehende Bestimmungen erlassen worden, so z. B. in Thüringen und Württemberg. Aber in der Pommerschen Kirche wurde schon im Jahre 1949 über alles bisher Übliche hinaus ein Gesetz über die Ordnung der Frauenhilfe beschlossen. Hier ist zum ersten Male in der Evangelischen Kirche Deutschlands für einen bis dahin freien Verband eine kirchengesetzliche Ordnung geschaffen worden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Anlaß dazu nicht in einer innerkirchlichen Nötigung bestand, sondern in der besonderen Lage der Ostzone zu suchen ist. Es ist jedoch sachlich gegen eine derartige kirchliche Ordnung der Frauenhilfe nichts zu sagen. Auch hat sich gerade die Frauenhilfe immer als einen gemeindlichen und kirchlichen Dienst verstanden, und nicht als freier Verein innerhalb der Kirche. Die Pommersche Ordnung erscheint uns so beachtlich, daß wir sie im Wortlaut bringen möchten.

#### *Vorläufige Ordnung der Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern vom 23. September 1949*

*Zur Neuordnung der kirchlichen Frauenarbeit in der Evangelischen Kirche in Pommern hat die Provinzialsynode das nachstehende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:*

## § 1

(1) *Kirchliche Frauenarbeit hat die Aufgabe, die evangelischen Frauen in ihrem besonderen Stande als Frauen und Mütter zu Jesus Christus zu rufen, sie zu christlicher Gemeinschaft zu sammeln und sie für ihren Dienst in Haus und Beruf, in Gemeinde, Kirche und Volk mit den Kräften des Glaubens zuzurüsten.*

(2) *Durch die Begegnung mit dem Wort Gottes sollen die Frauen in ihren Zusammenkünften zu freudiger Mitarbeit im Dienst der Liebe gewonnen und ihre Verantwortung für die Arbeit der Kirche in unserem Volk geweckt und gestärkt werden.*

## § 2

(1) *Im Bereich der Evangelischen Kirche in Pommern wird die kirchliche Frauenarbeit im Auftrage der Kirche durch die Frauenhilfe getan. Die Frauenhilfe ist daher ein Werk des kirchlichen Gemeindedienstes. In ihr wird der Grundsatz des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen dadurch sichtbar, daß dies Werk weithin durch die Frauen selbst geschieht.*

(2) *Entsprechend dem Aufbau der Kirche vollzieht sich die Arbeit der Frauenhilfe in gemeindlichen und übergemeindlichen Veranstaltungen.*

- a) *in der Kirchengemeinde in Zuordnung zu dem Pfarramt durch die Gemeindefrauenhilfe,*
- b) *im Kirchenkreis in Zuordnung zum Amt des Superintendenten durch die Kreisfrauenhilfe,*
- c) *in der Kirchenprovinz in Zuordnung zur Kirchenleitung in der Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern.*

## § 3

*Die Gemeindefrauenhilfe ruft und sammelt die evangelischen Frauen der Kirchengemeinde (des Pfarrsprengels). Der Dienst an der Gemeindefrauenhilfe gehört zu dem Aufgabenkreis des zuständigen Orts Pfarrers. Die Zusammenkünfte der Gemeindefrauenhilfe sind Veranstaltungen der Kirchengemeinde. Die Gemeindefrauenhilfe wird von einer örtlichen Leiterin in Verbindung mit dem Pfarrer geleitet. Ein Kreis von freiwilligen Helferinnen (Bezirksfrauen) bildet den tragenden Arbeitskreis der Gemeindefrauenhilfe.*

## § 4

*In der Kreisfrauenhilfe sind die Gemeindefrauenhilfen eines oder mehrerer Kirchenkreise zu gemeinsamem Dienst zusammengeschlossen. Die Zusammenkünfte der Kreisfrauenhilfe sind Veranstaltungen ihrer Kirchenkreise. Die Kreisfrauenhilfe wird von einer kreiskirchlichen Leiterin in Verbindung mit dem Kreispfarrer und in Fühlung mit dem Superintendenten geleitet.*

## § 5

*Die Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern pflegt die kirchliche Frauenarbeit im Gesamtbereich der Kirchenprovinz und wahrt den Zusammenhang mit der Frauenarbeit der anderen Landes- und Provinzialkirchen sowie mit der Evangelischen Reichsfrauenhilfe. Ihre Zusammenkünfte sind Veranstaltungen der Provinzialkirche.*

## § 6

*(1) Rechtsträger der Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern ist die Kirchenprovinz (der Provinzialsynodalverband) als öffentlich-rechtliche Körperschaft.*

*(2) Das Vermögen der Frauenhilfe ist ein Sondervermögen der Kirchenprovinz, das namens der Evangelischen Kirche in Pommern von den in § 7 Abs. 2 vorgesehenen Organen selbständig verwaltet wird. Es dient ausschließlich und unmittelbar kirchlichen sozialen, mildtätigen und gemeinnützigen Zwecken. Die Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern tritt an die Stelle der Pommerschen Frauenhilfe e. V. und übernimmt deren Rechte und Verbindlichkeiten.*

*(3) Die zur Durchführung der Tätigkeit der Frauenhilfe notwendigen Mittel sollen vorwiegend durch freiwillige Jahresgaben, Spenden, Opfer und Kollekten aufgebracht werden.*

*(4) Bei dauernder Einstellung der Tätigkeit der Frauenhilfe ist das Vermögen nach näherer Bestimmung der Kirchenleitung einem anderen kirchlichen mildtätigen oder gemeinnützigen Zweck innerhalb der Evangelischen Kirche in Pommern zuzuführen.*

*(5) Die Kassen- und Rechnungsprüfung der Frauenhilfe erfolgt durch das Rechnungsamt beim Konsistorium. Die Rechnung ist nach Vorprüfung durch das Rechnungsamt beim Konsistorium dem Landesarbeitskreis zur Beschlußfassung über die Entlastung vorzulegen. Der Beschluß bedarf der Bestätigung durch den Finanzausschuß der Provinzialsynode.*

## § 7

*(1) Die Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern hat ihren Sitz am Ort der Kirchenleitung.*

*(2) Ihre Organe sind vorläufig:*

*a) der Landesarbeitskreis,*

*b) der Provinzialpfarrer der Frauenhilfe.*

*Beide werden erstmalig durch die Kirchenleitung berufen. Der Landesarbeitskreis wählt eine Leiterin.*

## § 8

*(1) In Angelegenheiten des Vermögens der Frauenhilfe vertritt der Provinzialpfarrer die Frauenhilfe und insoweit die Evangelische Kirche in Pommern gerichtlich und außergerichtlich. In Fällen der rechtlichen*

*oder tatsächlichen Verhinderung des Provinzialpfarrers bestellt das Konsistorium den Vertreter.*

*(2) Urkunden, welche Dritten gegenüber eine Verpflichtung oder eine Vollmacht enthalten, sind namens der Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Pommern von dem Provinzialpfarrer und der Leiterin gemeinsam zu vollziehen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Damit wird festgestellt, daß der zugrunde liegende Beschluß des zuständigen Organs den gesetzlichen Bestimmungen gemäß gefaßt worden ist.*

## *§ 9*

*(1) Der Landesarbeitskreis berät und unterstützt die Leiterin und den Provinzialpfarrer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Er kann in deren Geschäftsführung Einblick nehmen und von ihnen Auskunft verlangen.*

*(2) Der Landesarbeitskreis beschließt über:*

- a) Festsetzung des Haushaltsplanes sowie Bewilligung und Aufbringung außerplanmäßiger Mittel.*
  - b) Anstellung und Entlassung hauptberuflicher Mitarbeiter und Hilfskräfte. Die Anstellung hauptberuflicher Mitarbeiter im Dienst am Wort bedarf der Genehmigung des Konsistoriums.*
  - c) Erwerb, Veräußerung, Belastung, Pachtung oder Verpachtung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten.*
  - d) Aufnahme von Anleihen und Übernahme von Sicherheitsleistungen oder Bürgschaften,*
  - e) sonstige Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, die ihm vom Provinzialpfarrer oder der Leiterin zur Beschlußfassung vorgelegt werden.*
- (3) Zu allen Sitzungen des Landesarbeitskreises ist der Bischof einzuladen.*

## *§ 10*

*Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1949 in Kraft. Es gilt bis zur endgültigen Neuregelung durch die Provinzialsynode.*



### 3. Kapitel

## Die evangelische Kirche in der sowjetischen Besatzungszone (DDR)<sup>1</sup>

Es ist nicht die Absicht dieses Kapitels, einen Bericht über die Lage der evangelischen Kirche in der Ostzone zu geben, sondern im wesentlichen anhand einiger Dokumente darzustellen, wie die evangelische Kirche im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in einen Kampf um die Politisierung der Kirche verwickelt ist und wie sie sich für die Freiheit der Verkündigung gegen eine totalitäre Weltanschauung und für die Unabhängigkeit der Kirche von den politischen Mächten eingesetzt hat.

Mit der Begründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), die der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 auf dem Fuße folgte, begann für die evangelische Kirche in der sowjetischen Zone ein neuer Abschnitt ihrer Existenz im politischen Raum. Davon gibt mit aller Deutlichkeit der Briefwechsel zwischen Bischof Dibelius und dem Präsidenten der DDR Pieck Kenntnis, der gleich nach der Gründung der DDR erfolgte.

*Berlin-Dahlem, am 13. Oktober 1949*

*An den Herrn Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik  
Herrn Wilhelm Pieck, Berlin-Niederschönhausen*

*Sehr geehrter Herr Präsident!*

*Es war mir nicht möglich, Ihrer freundlichen Einladung zum Staatsbankett am 12. Oktober Folge zu leisten, da ich durch die Tagung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland und durch andere wichtige kirchliche Verpflichtungen bis in die späten Abendstunden hinein in Anspruch genommen war. Ich möchte aber nicht verfehlen, Ihnen für diese Einladung meinen verbindlichsten Dank zu sagen.*

*Ich darf die Gelegenheit benutzen, ein offenes Wort hinzuzufügen. Die evangelische Kirche mischt sich, wie Sie wissen, grundsätzlich nicht in das, was man im engeren Sinne das politische Leben nennt. Sie hat sich daher auch jetzt darauf beschränken müssen, von der neuen Regierungsbildung Kenntnis zu nehmen, wobei sie ihrem Schmerz darüber Ausdruck gegeben hat, daß durch die verschiedene Regierungsbildung in West und Ost die unnatürliche Zerreißung des deutschen Volkes noch weitergetrieben worden ist. Denn diese Aufspaltung kann sich nicht anders als unheilvoll aus-*

wirken auf das innere Leben unseres Volkes und auf die Sache des europäischen Friedens.

Aber es ist unserer Kirche eine große, innere Beschwerde, daß der neue deutsche Staat, wie Sie in Ihrer Rede vom 7. Oktober ausgeführt haben, seine Legitimität von den Wahlen des 15. Mai herleitet. Gegen diese Wahlen sind von der evangelischen Kirche ernsteste Bedenken erhoben worden, die bis in die verantwortlichen Stellen der Länderregierungen hinein Verständnis und Anerkennung gefunden haben. Die Verquickung der Wahlfrage mit einer Frage allgemeinen Inhalts, auf die man schwer mit Nein antworten konnte, der Druck, der in zahllosen Landgemeinden auf die Wähler ausgeübt worden ist, und vor allem der Eingriff der Länderminister in die Bewertung der Stimmzettel — dies alles hat das Ergebnis der Wahl auf das stärkste beeinflußt. Eine Staatsregierung, die sittliche Autorität für sich in Anspruch nehmen und das Vertrauen der Bevölkerung genießen will, darf sich auf einen derartig verfälschten Vorgang nicht stützen. Sie muß vielmehr dazu helfen, daß dieser Vorgang wiedergutmacht wird und daß Sauberkeit und Redlichkeit in das politische Leben einziehen.

Wir haben mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die jetzt gebildete Regierung sich nur als eine vorläufige betrachtet und daß neue Wahlen bis spätestens zum Oktober nächsten Jahres durch Gesetz festgelegt sind — wenngleich uns dieser Termin zur Wiedergutmachung eines offensbaren Unrechts viel zu weit hinausgeschoben scheint. Ich bitte Sie aber schon jetzt, dafür zu sorgen, daß diese neuen Wahlen absolut sauber und ehrlich durchgeführt werden und daß die deutsche Bevölkerung des Ostens dann in voller Freiheit ihren Willen und ihre Meinung kundzutun imstande ist.

Im übrigen darf ich Sie versichern, daß die evangelische Kirche auch der neuen Regierung gegenüber ihre Pflicht nicht versäumen wird, aller Obrigkeit fürbittend zu gedenken.

Ich bin in aufrichtiger Hochschätzung Ihr ganz ergebener  
gez. Dibelius

Wilhelm Pieck

Berlin N. 54, den 20. Oktober 1949  
Lothringer Straße 1

An den Evangelischen Bischof von Berlin  
Herrn Dibelius, Berlin-Dahlem, Faradayweg 10

Sehr geehrter Herr Dibelius!

Ich bin für das offene Wort, das Sie in Ihrem Schreiben vom 13. Oktober 1949 aussprechen, sehr dankbar, weil ich damit die Hoffnung verbinde, daß meine Antwort und vielleicht auch eine mündliche Aussprache dazu führen wird, daß Sie sich von den irrigen Auffassungen trennen, die in Ihrem offenen Wort zum Ausdruck kommen.

Sie gehen von der Auffassung aus, als ob es sich bei der Bildung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darum gehandelt

hätte, „die unnatürliche Zerreißung des deutschen Volkes noch weiter“ zu treiben. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist mit dieser Bildung dem deutschen Volke eine Regierung gegeben worden, die die Zerreißung des deutschen Volkes überwinden, ihm einen gerechten Friedensvertrag und seine nationale Unabhängigkeit sichern wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist also nicht auf eine gleiche Stufe zu stellen mit der Bonner Separat-Regierung, von der man nicht behaupten kann, daß sie die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes wahrnimmt, sie ist vielmehr ein gefgiges Organ der westlichen Besatzungsmächte. Auch Ihre weitere Besorgnis, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Legitimität von den Wahlen des 15. Mai herleitet, ist völlig unbegründet. Daß gegen diese Wahlen von der evangelischen Kirche ernsteste Bedenken erhoben wurden, ist mir völlig unverständlich. Es besteht doch die Tatsache, daß die Wahlen durch einen einmütigen Beschluß aller Parteien und Massenorganisationen des demokratischen Volksrates zustande kamen und für sie auch gemeinsam und einheitlich die Wahl-listen aufgestellt wurden. Was kann für ein Volk eine höhere Genugtuung sein, als diese Einheit seiner Parteien und Organisationen? Ich denke, daß auch die Kirche darüber eine Genugtuung empfinden sollte. Ist es nicht deprimierend, wie in den westlichen Besatzungszonen die Parteien sich auf das heftigste gegenseitig bekämpfen und einen sehr beschämenden Schacher um die Regierungsposten betreiben? Hinzukommt, daß diese Uneinigkeit der Parteien von den westlichen Besatzungsmächten dazu ausgenutzt wird, die Parteien gegeneinander auszuspielen und sie für ihre gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichteten Maßnahmen zu gebrauchen.

Was Sie in Ihrem Schreiben über den „Eingriff der Lnderminister in der Bewertung der Stimmzettel“ als Einwand hervorheben, beruht doch in Wirklichkeit auf Gerüchten, verbreitet von denjenigen, die mit diesen einheitlichen Wahlen nicht einverstanden waren. Von deren Seite wurde alles versucht, möglichst viele ungültige Stimmen herauszuholen, obwohl die zustimmende Meinung des Whlers in dem Stimmzettel offenkundig zum Ausdruck kam. Die Lnderminister sorgten nur dafür, daß diese Meinung bei der Auszählung der Stimmen von den Wahlkommissionen respektiert wurde. Das ist aber keine Wahlbeeinflussung und keine „Verfälschung“ des Wahlergebnisses. Es ist ein ungerechtfertigtes scharfes Wort, das Sie in Ihrem Briefe anwenden. Wenn Sie damit den Wunsch verbinden, daß „Sauberkeit und Redlichkeit in das politische Leben ein-ziehen sollen“, so glaube ich, daß Sie sich mit diesem Wunsch an eine verkehrte Adresse wenden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat schon genug Beweise gegeben, daß es ihr in ihrer Politik auf „Sauberkeit und Redlichkeit“ ankommt. Sie sollten sehr eingehend die Regierungserklärung studieren und Sie werden keinen Anlaß finden, daß die Taten der Regierung im Gegensatz zu ihrer Erklärung stehen. Darum scheint es mir auch überflüssig zu sein, daß Sie mich darum bitten, Sorge



zu tragen, daß die „neuen Wahlen absolut sauber und ehrlich durchgeführt werden“. Sie können sich durch ein Studium der Wahlen, die am 14. August d. J. zum „Deutschen Bundestag“ stattfanden, davon überzeugen, wie wenig der Grundsatz der „Sauberkeit und Redlichkeit“ bei diesen Wahlen angewendet wurde. Sie wurden unter einem unerhörten Massenbetrug durchgeführt, indem die Wähler in den Irrglauben versetzt wurden, daß sie durch die Wahl zu einer unabhängigen und demokratischen Regierung kommen und daß die Parteien den nationalen Interessen des deutschen Volkes dienen würden. Es ist erwiesen, daß das nicht der Fall ist.

So, sehr verehrter Herr Bischof, stehen die Tatsachen, denen Sie sich bei einer objektiven Prüfung nicht verschließen können. Es würde dem deutschen Volk und der Kirche sehr dienlich sein, wenn Sie sich gegen die Vorgänge im Westen wenden und sich an der Seite der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in die nationale Kampffront für die Einheit Deutschlands, einen gerechten Friedensvertrag und für die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes einreihen würden.

Ich nehme Ihre Versicherung, „daß die evangelische Kirche auch der neuen Regierung gegenüber ihre Pflicht nicht versäumen wird, aller Obrigkeit fürbittend zu gedenken“, entgegen und bin überzeugt, daß Sie Ihre kirchliche Pflicht damit der Regierung zuwenden, die einzig und allein den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und nationalen Interessen des deutschen Volkes dient und somit auch der Kirche Gerechtigkeit widerfahren läßt.

*In aufrichtiger Hochschätzung Ihr gez. W. Pieck*

Was in diesem Brief als Wunsch der Regierung angedeutet wurde, die Kirche möchte sich in die „nationale Kampffront für die Einheit Deutschlands“ einreihen, daran wurde nun seitens der politischen Stellen mit aller Kraft gearbeitet. In jeder Weise versuchte man, die Amtsträger der Kirche in die politische Front hineinzuziehen. Der Erfolg war allerdings nur ganz gering. Es fanden sich trotz aller Bemühungen kaum „fortschrittliche Geistliche“, die der politischen Propaganda ihre Zustimmung gaben. Immerhin hielt es die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung für zweckmäßig, die Pfarrer durch ein Schreiben an die politische Unabhängigkeit der Kirche zu erinnern.

*Evangelisches Konsistorium      Bl.-Charlottenburg, den 14. Februar 1950*  
*Berlin-Brandenburg*

*Am 19. Februar 1948 haben wir die Herren Superintendenten darauf hingewiesen, daß wir es nicht für angebracht halten, daß die Kirche wie eine politische Größe neben den Parteien in politischen Gremien offiziell in Erscheinung tritt, weil das dem Wesen der Kirche widersprechen würde. Bei aller Freiheit des Christen, seiner politischen Verantwortung entsprechend zu handeln, sei es nicht erforderlich, daß Geistliche oder Kirchen-*



älteste als amtliche Vertreter der Kirche bei politischen Anlässen auftreten, ja wir hielten das um des besonderen Auftrages willen, den sie haben, auch nicht für erlaubt.

Am 11. Mai 1948 haben alsdann die evangelischen Bischöfe der Ostzone ein gemeinsames grundlegendes Memorandum an den Marschall Sokolowsky gerichtet, in dem ausführlich dargelegt wird, daß die Kirche um ihres Auftrages willen nur aus einer Nötigung des Glaubens, nicht aber auf Grund von Wünschen, die von außen her an sie herangetragen werden, zu Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen kann. Die Bischöfe haben den Marschall gebeten, Anweisung zu geben, daß die Kirche künftighin weder von seiten der Militärverwaltung noch von zivilen Stellen aufgefordert werden möchte, politisch in Erscheinung zu treten.

Diese Grundsätze sind in unserer Kirche nach wie vor in Kraft. Im Westen wie im Osten wird danach gehandelt. Sie bedeuten auch im gegenwärtigen Augenblick für unser Kirchengebiet, daß Pfarrer sich den Beitritt zu jedem Zusammenschluß politischer, auch gesamtpolitischer Art versagen müssen, da ihre Mitwirkung darin nicht anders als eine amtliche Vertretung der Kirche verstanden werden kann. Wir veranlassen die Herren Geistlichen, sich auch fernerhin dementsprechend zu verhalten.

gez. Dr. von Arnim,  
Konsistorialpräsident

gez. Scharf,  
Propst von Brandenburg

Die weitere Entwicklung der politischen Propaganda, sonderlich für die „Nationale Front“, machte eine öffentliche Stellungnahme der Kirchen im Bereich der DDR zu den Vorgängen und der Gesamtlage erforderlich. Man hatte sich vor einem öffentlichen Wort alle Mühe gegeben, seitens der Kirchenleitungen in der Ostzone mit den verantwortlichen Männern in ein Gespräch zu kommen, aber die Art und Weise der Gesprächsführung ließ eine Verständigung als aussichtslos erscheinen. Infolgedessen schrieb Bischof Dibelius am 20. April einen Brief an den Ministerpräsidenten Grotewohl und teilte ihn nachträglich auch allen Pfarrern seiner Kirche mit, um etwaigen Mißdeutungen des Handelns der Kirchenleitung von vornherein zu begegnen:

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 18. April und nehme die dort gegebenen Aufklärungen gern zur Kenntnis. Als ausreichend kann ich diese Aufklärungen freilich nicht ansehen. Daß es sich bei der vereinbarten Besprechung um eine grundsätzliche Aussprache und nicht um die Erörterung vorher mitgeteilten und nachgeprüften Materials handeln sollte, ergibt sich schon daraus, daß zunächst der Dienstag nach Ostern dafür in Aussicht genommen war. Niemand konnte den Gedanken haben, daß zwischen Gründonnerstagabend und Osterdienstagvormittag Material fertiggestellt, überreicht und nachgerüft werden sollte. Natürlich sollte auch die grundsätzliche Aussprache nicht rein theoretisch sein, sondern unser Anliegen

wäre an Beispielen zu erläutern gewesen. An dem Grundsätzlichen aber war den Kirchenleitungen schlechthin alles gelegen, nicht an Einzelfällen. Nur nachdem eine derartige grundsätzliche Aussprache zugesagt war, erklärte sich die Kirchenleitung Magdeburg bereit, ihre Abkündigung zurückzustellen.

Ich darf nunmehr Ihren Brief zum Anlaß nehmen, das, was uns bewegt, schriftlich darzulegen. Für uns stellt sich die gegenwärtige Lage folgendermaßen dar:

In der östlichen Zone Deutschlands leben rund zwanzig Millionen Menschen. Von diesen gehören mehr als neun Zehntel einer christlichen Kirche an. Die Kirche hat sie getauft auf das vor Gottes Angesicht gegebene Versprechen, daß sie im christlichen Glauben erzogen werden sollen. Sie trägt eine Verantwortung dafür, daß das nun auch geschieht.

Unter dieser zur christlichen Kirche gehörenden Bevölkerung wird nun seit fünf Jahren eine Propaganda für die materialistische Welt- und Geschichtsauffassung vorangetragen. Daß diese Weltanschauung im Gegensatz zu der Verkündigung der Kirche steht, ist klar für jedermann. Man braucht nur das Geschichtsbuch von Michulin in die Hand zu nehmen, in dem aus der materialistischen Geschichtsauffassung gefolgert wird, daß Jesus Christus überhaupt nicht gelebt habe, dann weiß man Bescheid.

Nun ist es gewiß das Recht jedes Staatsbürgers, sich zu derjenigen Weltanschauung zu bekennen, die ihm die richtige erscheint. Und wenn sich Vereinigungen bilden, die die materialistische Weltanschauung öffentlich vertreten, so wird die Kirche das zwar beklagen, aber sie könnte das Recht dazu nicht verneinen. Aber die Kirche kann nicht schweigen, wenn diese den christlichen Glauben bekämpfende Weltanschauung mit staatlichen Machtmitteln durchgesetzt werden soll.

Es kann hier nicht eingewandt werden, daß ja der Staat der Kirche volle Freiheit lasse, das christliche Evangelium in ihren Gottesdiensten und im Religionsunterricht den Menschen nahezubringen. Der Verkündigung der Kirche kann sich jedermann fernhalten. Aus dem Staat aber kann niemand austreten, und solange der Staat uns christliche Schulen für unsere Kinder versagt, ist niemand imstande, seine Kinder einer Beeinflussung im Schulunterricht zu entziehen, die dem Glauben des Elternhauses entgegengesetzt ist — ganz zu schweigen von den übrigen Schulungsunternehmungen, die teils vom Staat, teils von den Massenorganisationen ständig veranstaltet werden.

Hier haben die inneren Nöte der Eltern, aber auch der Jugend selbst ihren Ausgangspunkt, und ich bitte, mir zu glauben, daß diese Nöte in die letzten Tiefen des Menschenherzens greifen.

Damit hängt ein Zweites zusammen: Die materialistische Weltanschauung ist nicht eine theoretische Angelegenheit, sondern sie wirkt sich im Leben des einzelnen und der Gemeinschaft ständig praktisch aus. Da sie von Gott nichts weiß, macht sie Irdisches zum höchsten Gut und zum obersten verpflichtenden Wert und stößt dadurch unausweichlich mit den sittlichen

Pflichten des Christen zusammen, die ihren ewigen Grund in den Geboten Gottes haben. Es ist nicht meine Aufgabe zu untersuchen, wie es vom materialistischen Standpunkt aus zu beurteilen ist, wenn Schüler in politischen Aufsätzen etwas schreiben, was ihrer Überzeugung widerspricht, weil sie sich die Zulassung zur Oberschule oder zur Universität nicht verscherzen wollen. Nach den Geboten Gottes ist das ganz einfach Lüge. Der dialektische Materialismus mag es auf seine Weise beurteilen, wenn Menschen zu politischen Demonstrationen genötigt werden, die sie für unrecht halten. Für den Christen ist das eine Verletzung der gottgegebenen Menschenwürde. Wenn in einer Verfassung feierlich ausgesprochen wird, daß niemandem ein Nachteil daraus erwachsen darf, wenn er frei und offen seine Meinung äußert, die Praxis aber genau das Gegenteil zur täglichen Erfahrung macht, dann ist das für das christliche Gewissen eine Verletzung von Treu und Glauben. Die Leitung der christlichen Kirche aber kann nicht untätig zusehen, wie ihre Mitglieder sich unter äußerem Druck allmählich daran gewöhnen, daß sie ein zwiespältiges Leben führen, das in einer allgemeinen Verlogenheit enden muß, und sie kann an den Hilferufen der in ihrem Gewissen bedrängten Christenmenschen, wie sie täglich zu ihr kommen, nicht gleichmütig vorbeigehen.

Was sie nun zu sagen und zu tun hat, ist kein Angriff auf den Staat. Denn ich wiederhole es noch einmal: Die Christenheit steht hier in der Abwehr. Der Angriff ist unleugbar auf der anderen Seite. Es ist auch keine politische Aktion und kein Abweichen von der Linie, die die Kirchenleitung immer gezogen hat: Daß sie das Politische der Verantwortung des einzelnen überläßt und sich in politische Entscheidungen der Staatsregierung nicht einmischt. Aber wo es um den Glauben unserer christlich getauften Kinder geht und um die Freiheit unserer Gemeindeglieder, nach ihrem christlichen Gewissen handeln zu können, da ist die christliche Kirche zur Abwehr gefordert.

Die Kirche wünscht keinen Kampf mit der Staatsgewalt, sowenig sie ihn fürchtet. Ich habe mir bereits in unserm Gespräch im Monat März anzudeuten erlaubt, welche Möglichkeiten etwa bestehen könnten, einen solchen Kampf zu vermeiden. Ich darf einiges davon hier wiederholen:

1. Es würde die Atmosphäre bereits entspannen, wenn die Staatsregierung auch nur erklärte, daß weder im Schulunterricht noch bei sonstigen Veranstaltungen der christliche Glaube direkt oder indirekt angegriffen werden darf und daß z. B. das genannte Geschichtsbuch aus der Lehrerausbildung zurückgezogen wird. Es würde das entspannen — obwohl es der Christenheit im Osten Deutschlands nicht genügen könnte. Denn man kann einen Garten nicht nur dadurch verwüsten, daß man Blüten und Früchte abreißt, sondern auch dadurch, daß man den Bäumen die Wurzeln abgräbt. Was wir als Christen fordern müssen, ist das, daß der Staat in allen seinen Organen sich jeder weltanschaulichen Propaganda entschlägt. Weltanschauung ist nicht Sache des Staates, sondern Sache der freien



*Entscheidung seiner Bürger, und der Christ steht unter dem Gebot, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.*

*2. Die Staatsregierung könnte erklären, daß bei politischen Entscheidungen jeglicher Druck vermieden werden müsse und daß niemand gegen seinen Willen zum Eintritt in politische Organisationen, einschließlich der FDJ, genötigt werden dürfe.*

*3. Die Staatsregierung könnte auf irgendeine Weise deutlich machen, daß sie an ihrem Teil die Verfassungsbestimmungen über die Freiheit der Meinungsäußerung, über den Rechtsschutz bei Verhaftungen usf. auf das gewissenhafteste durchzuführen gewillt ist.*

*Ich weiß wohl, daß selbst solche Erklärungen die große innere Not, die jetzt bei Ungezählten besteht, nicht ohne weiteres beseitigen würden. Denn durch alles, was geschehen ist, ist das Vertrauen zu derartigen Erklärungen auf das schwerste erschüttert. Aber es könnte dadurch immerhin eine neue Atmosphäre geschaffen werden.*

*Dies etwa, Herr Ministerpräsident, hatten wir Ihnen mündlich unterbreiten wollen in der vollen Offenheit und Freimütigkeit, die nach christlicher Anschauung zur Würde des Menschen gehören. Wir sind davon durchdrungen, daß wir mit unseren Anliegen, wie wir sie unter ähnlichen Verhältnissen auch anderen Regierungen vorgetragen haben, dem Staat und seinen Vertretern einen Dienst tun. Denn niemand setzt sich ungestraft über die Gebote hinweg, und kein Staat kann gedeihen, wenn ihm nicht echte Autorität innewohnt. Solche echte Autorität wird niemals zustande kommen, solange neun Zehntel aller Staatsbürger unter dem Eindruck stehen, daß ihnen mit Gewalt aufgenötigt werden soll, was sie in Freiheit nicht bejahen können. Auch die Leistungen eines Staates können erst dann unbefangen gewürdigt werden, wenn die Freiheit der Gewissen gewährleistet ist.*

*Sie werden gestatten, Herr Ministerpräsident, daß ich von diesem Brief einer beschränkten Öffentlichkeit Kenntnis gebe, um entstehenden Mißdeutungen des kirchlichen Handelns von vornherein die Spitze abzuberechnen. Zu mündlicher Aussprache werden Sie die Leitungen aller östlichen Landeskirchen immer bereit finden. Was im übrigen das Vorgehen der Kirche anlangt, so darf ich darauf hinweisen, daß jede Kirchenleitung in Deutschland selbständig und frei in ihren Entscheidungen ist.*

*Ich bin mit aufrichtiger Empfehlung Ihr ganz ergebener  
gez. Dibelius.*

*So entschlossen sich die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Provinz und Land Sachsen sowie Mecklenburg zu einer Kanzelerklärung am Sonntag, 23. April (dem Tage des Beginns der Synode der EKD in Berlin). Die Kanzelabkündigung der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung hatte folgenden Wortlaut:*

*Unser Herr Jesus Christus spricht: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“ Diese Wahrheit ist niemand anders als er selbst, der Gekreuzigte*



und Auferstandene. Er ist unser Trost und unsere Kraft. Ihn verkündigen wir allen Menschen, auch in den großen Nöten unserer Zeit.

Mehr als je sehen wir uns heute von bedrängten und unruhigen Gewissen umringt. Unaufhörlich kommen die Rufe der Gemeindeglieder zu den Kirchenleitungen, zu den Pfarrern und zu den Kirchenältesten. Sie sagen: „Helft uns! Wir werden genötigt, etwas zu sagen, was wir um der Wahrheit willen nicht sagen können. Wir werden gezwungen, uns an Aktionen zu beteiligen, die wir mit gutem Gewissen nicht mitmachen können. Wir sollen Entscheidungen zustimmen, die wir nicht billigen können. Wir stehen in der ständigen Gefahr, Freiheit, Amt und Brot zu verlieren, wenn wir uns weigern, mitzumachen.“ Diese Not hat sich im Zusammenhang mit der gesteigerten Werbung für die Nationale Front überall spürbar verschärft. Besonders erschütternd sind die Hilferufe der Eltern, daß ihre Kinder sich mehr und mehr daran gewöhnen, unter dem Druck der Schule, der Hochschule und der Jugendorganisationen anders zu reden und zu schreiben, als sie denken, daß ihnen der christliche Glaube verächtlich gemacht werde und Lehrer ihnen einzureden versuchen, es gebe keinen Gott und Christus habe überhaupt nicht gelebt.

Die Gemeinden sollen wissen, daß die Kirchenleitungen der Ostzone dies alles den obersten Regierungsstellen in Offenheit und Ernst vorgetragen haben. Es ist ihnen geantwortet worden, daß vieles von diesen Vorkommnissen von der Staatsregierung nicht gebilligt wird und daß man Fälle, die namentlich genannt werden, überprüfen und gegebenenfalls eingreifen wolle. Es geht aber nicht nur um Einzelfälle, sondern es geht um die gesamte Ausrichtung des öffentlichen Lebens. Wir sehen uns daher genötigt, folgendes auszusprechen:

1. Die evangelische Kirche bekennt sich zu der Wahrheit, die Jesus Christus heißt. Diese Wahrheit ist mit der materialistischen Weltanschauung nicht vereinbar. Deshalb erheben wir Einspruch dagegen, daß diese Weltanschauung in den Schulen, an den Hochschulen, in den Behörden und in den staatlich geförderten Organisationen als allein gültige Wahrheit propagiert wird. Keine Staatsgewalt hat das Recht, jemandem eine Weltanschauung aufzuzunöten, die seinem Glauben und Gewissen widerspricht. Wir rufen die Glieder unserer Gemeinden dazu auf, überall da, wo ihr Glaube direkt oder indirekt angegriffen wird, mit Entschiedenheit und Freudigkeit zu bekennen, daß Christus unser Herr ist und daß wir ihm mit Leib und Seele angehören.

2. Jesus Christus, der die Wahrheit ist, befreit uns von der Macht der Lüge. Es ist Sünde, Menschen mit Gewalt zum Lügen zu zwingen und auch schon Kinder dazu zu verführen. Wir bitten auf das inständigste alle, die im politischen Leben stehen, sich solcher Sünde nicht schuldig zu machen.

3. Die Wahrheit, die Jesus Christus heißt, macht uns auch frei dazu, daß wir unsern Nächsten lieben können, selbst wenn er unser Feind ist. Wo der Haß gegen die Völker, gegen die Rassen oder Klassen oder gegen einzelne

gepredigt wird, ist der Christ zur Liebe gerufen. Unter keinen Umständen darf er sich an irgendwelcher Haßpropaganda oder an Gewalttaten mitschuldig machen. Und wenn er selbst zum Opfer solcher Aktionen wird, darf er die Gewalt nicht mit Gewalt beantworten, sondern soll Gott um die Kraft bitten, leidend zu widerstehen.

4. Die Wahrheit, die wir in unserm Herrn Jesus Christus bekennen, schließt uns zu einer Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe zusammen. Wo jemand der Gewalt zum Opfer fällt, ist es Pflicht der anderen, für ihn einzutreten und mit der Tat zu beweisen, daß, wer unschuldig leidet, doppelter Ehre und Liebe wert ist.

5. Die Wahrheit, der wir uns trösten, ist die Stimme des Herrn, der das zerstößene Rohr nicht zerbricht und den glimmenden Docht nicht auslöscht. Wir wissen, wie viele die Kraft nicht haben, dem Druck von außen zu widerstehen. Als solche, die selbst ihre Schwachheit kennen, befehlen wir euch und uns der Vergebung Gottes. Er ist größer als unser Herz. Er kann alle Schuld durchstreichen und uns zu einem neuen Anfang helfen, wenn wir ihn darum bitten. Nur daß niemand sein Gewissen abstupfen lasse und ein Leben voll täglicher Unwahrhaftigkeiten schließlich als etwas Unvermeidliches und Gleichgültiges empfinde!

6. Endlich verkündigen wir auch denjenigen, die sich dem Ruf Jesu Christi heute noch verschließen, daß seine Wahrheit auch sie frei machen will. Ohne ihn sind wir alle miteinander, auch wenn wir es nicht eingestehen, arme, elende und geängstete Geschöpfe. Er allein macht uns dazu frei, daß wir miteinander Menschen und Brüder sein dürfen.

Jesus Christus, der Auferstandene, grüßt die Seinen mit seinem Ostergruß: Friede sei mit euch! Diesem Frieden befehlen wir euch und uns. Er ist der Sieger über Angst, Sünde und Tod. Er verläßt keinen, der auf ihn traut. Ihm sei Ehre in Ewigkeit!

Die Kanzelabkündigung ging ohne Verbot oder Hinderung vonstatten. Auch hinterher geschah nichts. Das im Brief von Bischof Dibelius angebotene Gespräch fand statt. Es kam zu keinem Bruch. Inzwischen hatte die Synode der EKD ihr Wort zum Frieden beschlossen. Diesem Wort wurden bei der Abkündigung und Verbreitung vielerorts polizeiliche Hindernisse bereitet. Man wollte es nicht, da man eine eigene, andersartige Friedenspropaganda durchzuführen begonnen hatte. Ein neuer Ansturm auf die Pfarrer folgte, sie zum aktiven Einsatz für die Weltfriedensbewegung zu veranlassen. Wieder warnte die Brandenburgische Kirchenleitung:

Evangelische Kirchenleitung  
Berlin-Brandenburg

Berlin-Charlottenburg, den 5. Mai 1950

Betrifft: Beteiligung der Pfarrer an öffentlichen Veranstaltungen

Im Hinblick auf die Friedensbemühung, die durch die Generalsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland für das gesamte deutsche Staats-

gebiet veranlaßt worden ist und die den kirchlichen Beitrag zur Überwindung der bedrängendsten Weltnot darstellt, weisen wir erneut darauf hin, daß die Herren Geistlichen sich von Unterschriftensammlungen im Zuge allgemeiner öffentlicher Veranstaltungen fernhalten möchten, damit der kirchliche Weg von allen politischen Bestrebungen ähnlicher Art deutlich unterschieden wird. Der Beitritt von Pfarrern zu Komitees, Organisationen und dergleichen, die von den politischen Gemeinden und Kreisen gebildet werden, ist aus demselben Grunde unter allen Umständen zu vermeiden, ganz gleich, welchen noch so unterstützungswerten Zwecken diese Gremien dienen sollen. Die Evangelische Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg hat diese Entscheidung um der im Rundschreiben K. I Nr. 689/50 vom 14. Februar 1950 mitgeteilten Umstände willen für nötig gehalten und veranlaßt die Herren Geistlichen, sie auch bei Unterschriftensammlungen anderer Art von vornherein in jedem Falle zu beachten, sofern nicht ausnahmsweise durch die Kirchenleitung selbst eine andere Regelung getroffen werden sollte.

gez. Scharf, Präses

Das Verhalten der Kirchenleitungen rief den Unmut der führenden Parteipolitiker hervor. Sie versuchten, einen Keil zwischen die Kirchenleitungen und die Gemeinden zu treiben. Auf dem Berliner Parteitag der SED im Sommer richtete Ministerpräsident Grotewohl leidenschaftliche Angriffe gegen Bischof Dibelius, den Vorsitzenden der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union und der Ostkirchenkonferenz. Er warf ihm vor, daß er die Errichtung eines „monopolistischen Glaubenszwanges“ betreibe. Was die Teilnahme von Geistlichen an der sog. „Nationalen Front“ angehe, so werde der Staat diejenigen, denen deshalb Nachteile entstünden, aus den Mitteln entschädigen, die die Kirche vom Staat erhalte. „Wir denken nicht daran, die Pfarrer in einen Topf mit Bischof Dibelius zu werfen. Bischof Dibelius ist nicht die Kirche.“ Ferner warf er Bischof Dibelius vor, er wage, den „Frieden in Deutschland zu stören“, und beschuldigte ihn, von Präsident Truman Richtlinien zur Steigerung der Auseinandersetzung zwischen Kirche und sowjetzonaler Regierung empfangen zu haben. Dibelius habe schon 1928 in dem Blatt „Deutsche Zukunft“ gegen die Sowjetunion gehetzt. Er stehe „immer im Lager der Reaktionen“ und sei „nicht Vertreter der Kirche, sondern ein blinder Eiferer“.

Auch Landespfarrer Schwartze, der durch den Oberkirchenrat der Mecklenburgischen Landeskirche rechtmäßig abgesetzt war, aber durch die Landesregierung gehalten wurde, erhob auf dem Parteitag seine Stimme in gleicher Richtung. Der Kampf für den Frieden in der Welt, in der Nationalen Front und an der Seite der Sowjetunion, würde von Bischof Dibelius nicht erlaubt. Es sei ein Fehler gewesen, mit den Kirchenleitungen übereinkommen zu wollen; die SED solle lieber versuchen, mit den Geistlichen selber in unmittelbaren Kontakt zu kommen.



In einer am 29. Juli 1950 der Öffentlichkeit übergebenen Erklärung nahm Bischof Dibelius zu den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen Stellung. Wir bringen die Erklärung im Wortlaut:

*Der Herr Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik hat auf dem dritten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mehrere Fragen an mich gerichtet und mich aufgefordert, darauf eine unzweideutige Antwort zu geben. Dieser Aufforderung will ich mich nicht entziehen. Ich enthalte mich dabei jeder persönlichen Schärfe. Für den Christen gilt die apostolische Mahnung: „Vergeltet nicht Scheltwort mit Scheltwort.“*

1. Zunächst ein Wort über meinen Besuch bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Ich bin nicht nach Amerika gefahren, um den Präsidenten Truman zu besuchen, sondern ich bin zu der diesjährigen Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen gefahren, zu dessen Zentralausschuß ich gehöre. Die Tagung fand in Toronto in Kanada statt. Da eine direkte Schiffsverbindung mit Kanada nicht zu bekommen war, fuhr ich über New York. Dort erreichte mich eine Einladung des Präsidenten Truman, ihn zu besuchen. Solche Einladungen an Männer der Kirche sind nichts Ungewöhnliches, und es ist Brauch, ihnen Folge zu leisten, ob es sich nun um Holland oder um ein skandinavisches Land oder um Amerika handelt. So bin ich der Einladung gefolgt, wie es auch einige Tage vorher D. Boegner, der Präsident des französischen Kirchenbundes, getan hatte. Die Unterredung, die kaum länger als eine Viertelstunde dauerte, bezog sich, wie es in der Natur der Sache lag, auf die Aufgaben des Ökumenischen Rates der Kirchen und auf die Bedeutung des christlichen Glaubens für das Gemeinschaftsleben der Menschen und Völker.

Von der Deutschen Demokratischen Republik, von den Wahlen des 15. Oktober und von der Frage, wie sich die Evangelische Kirche Deutschlands im Fall eines europäischen Krieges verhalten werde, ist nicht mit einer einzigen Silbe die Rede gewesen.

Der von dem Herrn Ministerpräsidenten erwähnte amerikanische Politiker John Foster Dulles ist mir nicht persönlich bekannt. Ich habe weder direkt noch indirekt Beziehungen zu ihm. Ich kann daher auch nicht wissen, was er in irgendwelchen Kreisen für Vorschläge gemacht hat. Die Mentalität der Amerikaner aber glaube ich doch ein klein wenig zu kennen, und von daher muß ich es für eine geradezu phantastische Vorstellung halten, daß in Amerika jemand auf den Gedanken kommen könnte, einem evangelischen Bischof aus Deutschland durch den amerikanischen Präsidenten Ratschläge für das politische Verhalten seiner Kirche geben zu lassen. Jedenfalls darf ich versichern, daß, wenn jemals so etwas passieren sollte, gleichviel in welchem Lande der Welt, jeder deutsche Bischof darauf eine Antwort ohne Hörner und Zähne geben würde. Wir sind eine Kirche, und eine Kirche kennt keine politischen Auftraggeber. Nein, was dem Herrn Ministerpräsidenten da von seinem Gewährsmann mitgeteilt worden



ist, ist ein Abenteuerroman, dem in der deutschen Literaturgeschichte gewiß kein ehrenvoller Platz zuteil werden wird.

2. Der Herr Ministerpräsident hat Sätze aus meiner Predigt vom 21. März 1933 zitiert, und zwar genau so, wie sie in letzter Zeit mehrfach in der ostzonalen Presse wiedergegeben worden sind. Es ist darin von dem Recht der Obrigkeit, Gewalt zu gebrauchen, die Rede, so wie es lutherischer Lehre entspricht. Diese Sätze sind aus ihrem Zusammenhang gerissen. Es ist Wesentliches fortgelassen, so daß schon dadurch ein falscher Eindruck entsteht. Vor allem aber ist dasjenige fortgelassen, was nach diesen Sätzen kommt und was ihnen erst ihren Sinn gibt. In meiner Predigt heißt es nämlich weiter: „Aber wir wären nicht wert, eine evangelische Kirche zu heißen, wenn wir nicht mit demselben Freimut, mit dem Luther es getan hat, hinzufügen wollten: Staatliches Amt darf sich nicht mit persönlicher Willkür vermengen. Ist die Ordnung hergestellt, so müssen Gerechtigkeit und Liebe wieder walten, damit jeder, der ehrlichen Willens ist, seines Volkes froh sein kann. Das ist unser heißes Anliegen, daß eine neue deutsche Zukunft heraufgeführt werde von Männern, die aus Dank für Gottes Gnade ihr Leben heiligen in Zucht und Liebe.“

Jeder hat damals verstanden, worauf sich das bezog, nämlich auf die Ausschreitungen der SA, von denen Deutschland damals voll war. Nationalsozialistische Abgeordnete haben beim Verlassen der Kirche zornig gesagt: „Wir haben nicht zehn Jahre gekämpft, um uns jetzt solche Vorwürfe machen zu lassen.“ Diese Sätze sind es gewesen, die mir den Haß der Nationalsozialisten zugezogen haben, der sich dann in Verhaftungen, Verboten aller Art und in der Entfernung aus meinem Amt ausgetobt hat. Jetzt so zu tun, als hätte ich damals den Nationalsozialisten ein gutes Gewissen geben und ihre Gewalttaten rechtfertigen wollen, heißt, die Dinge genau auf den Kopf stellen.

3. Endlich hat der Herr Ministerpräsident den Versuch unternommen, eine von mir angegriffene Behauptung der Parteitags-Resolution zu rechtfertigen und die 100 000 Ostmark in Anspruch zu nehmen, die ich für denjenigen ausgesetzt hatte, der für jene Behauptung den Wahrheitsbeweis erbringen könne. Dieser Versuch ist, so darf ich wohl sagen, völlig gescheitert. In jener Resolution war behauptet worden, daß die Kirchenführer von heute, und zwar diese und niemand sonst, dieselben Männer seien, die die Waffen zu Hitlers Raubkrieg gesegnet hätten. Dies steht zur Debatte, nichts anderes. Es schlägt also nichts, wenn in einer Privatagende aus der nationalsozialistischen Zeit irgend jemand ein besonderes Gebet für Adolf Hitler stilisiert hat oder wenn deutsch-christliche Pastoren, von denen übrigens manche heute im Lager der SED stehen, damals die Kanzel zu nationalsozialistischen Reden mißbraucht haben. Es geht um die Männer, die heute im leitenden Amt der Kirche sind. Unter diesen aber ist nicht ein einziger, der nicht zum nationalsozialistischen Staat im leidenschaftlichen Gegensatz gestanden und jene deutsch-christlichen Pastoren nicht mit aller Entschiedenheit bekämpft hätte. Man nenne mir

doch einen einzigen Namen, auf den der Ausdruck paßte: er habe die Waffen zu Hitlers Raubkriegen gesegnet. Man nenne mir einen einzigen — — Man kann es nicht. Es gibt eben keinen. Auch wenn man jenen Satz umzudeuten versucht, wenn „Hitlers Raubkrieg“ plötzlich nicht mehr den Krieg von 1939 bis 1945 bedeuten soll, sondern nur noch die nationalsozialistischen Taten im allgemeinen, wenn das „Waffensegnen“ plötzlich nur als ein bildlicher Ausdruck für begeisterte Zustimmung gelten soll — man nenne mir unter den jetzigen sogenannten „hohen Kirchenführern“ einen einzigen, von dem so etwas gesagt werden kann — es gibt keinen. Der Satz, wie er da steht, und wie er von dem Parteitag angenommen worden ist, ist eine massive Propagandalüge, weiter nichts.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier einen kräftigen Ausdruck gebrauche. Aber es ist schwer, ruhig zu bleiben, wenn man mitansehen muß, daß der Kampf gegen Kirche und Christentum mit derartigen Mitteln geführt wird. Und uns, die wir in einem leitenden Amt der Kirche stehen, wird durch eine derartige Lügenpropaganda auch persönlich ans Herz gegriffen. Wer von uns wüßte nicht noch, was uns durch die Seele gegangen ist, als wir am 1. September 1939 Hitlers Kriegserklärung angeschlagen sahen? Wer wüßte nicht noch um die bitterernsten Gespräche, die wir mit unseren Söhnen gehabt haben, die ihr Leben für eine Sache lassen mußten, der ihr ganzes Herz todefeind war? Und heute müssen wir uns in aller Öffentlichkeit sagen lassen: Wir hätten die Waffen zu Hitlers Raubkrieg gesegnet. Hier ist gelogen worden, und zwar mit vollem Bewußtsein, und ein Ministerpräsident sollte sich nicht vor solche offenbare Lügen stellen.

Damit möchte ich es genug sein lassen. Über das, worum es der evangelischen Kirche recht eigentlich geht, wird noch oft und viel zu reden sein. Für heute mag es genügen, daß gegenüber der Entstellung der Tatsachen, die vor aller Welt erfolgt ist, die Wahrheit rein sachlich, aber so eindeutig und unmißverständlich bezeugt ist, wie man das von mir gefordert hat.

Die Pfarrer und mit ihnen viele Gemeindeglieder, Älteste und andere Amtsträger der Kirche hielten der Propagandawelle stand. Nur wenige gaben nach oder setzten sich für die Sache ein. Wie dies geschah, soll an dem Beispiel der Pfarrerkonferenz der Ost-CDU gezeigt werden, die am 14. September folgende Entschließung veröffentlichte:

#### *Entschließung der Pfarrerkonferenz der CDU*

Die Pfarrerkonferenz der CDU, die anläßlich der 5. Jahrestagung der CDU in Berlin am 14. September 1950 im Hause der Provisorischen Volkskammer tagte, unterbreitet dem Hauptvorstand auf Grund ihrer Arbeitsbesprechung folgende Vorschläge:

Im Hinblick auf die Lebensinteressen unseres Volkes halten wir ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen der DDR und den Kirchen für unbedingt erforderlich. In den Artikeln 41 bis 48 der Verfassung ist von seiten des Staates die Voraussetzung dafür gegeben. Deshalb sind die

*Pfarrer und die kirchlichen Angestellten und darüber hinaus alle bewußten Christen zu veranlassen, zu verantwortlicher Mitarbeit in der DDR und zur Mitarbeit in der internationalen Weltfriedensfront sich zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört insbesondere, daß die Unterschrift zur Ächtung der Atombombe von allen mit verantwortungsvollem Ernst gegeben wird.*

*Es bleibt weithin unverständlich, wenn Kirchenleitungen direkt und indirekt die Pfarrer, die kirchlichen Angestellten und die Gemeindeglieder negativ beeinflussen. In dieser Weise unterstützen sie die Möglichkeit einer anglo-amerikanischen Aggression oder Intervention und tragen dann selbst Schuld daran, daß Europa, insbesondere unsere deutsche Heimat, in ein auswegloses Chaos hineingerät.*

*Dazu gehört ferner, daß die Kirchenleitungen den Geistlichen, den kirchlichen Angestellten und Gemeindegliedern das Gewissen freigegeben für ihre aktive Mitarbeit in der Friedensbewegung, in der Nationalen Front, in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, im FDGB und in sonstigen Massenorganisationen.*

*Der Hauptvorstand wolle veranlassen:*

*1. Die gesamte CDU-Presse muß sorgfältiger und kritischer und reichhaltiger über das kirchliche Geschehen berichten.*

*2. Die Pressestelle ist zu beauftragen, eine überkonfessionelle christliche Sonntagsbeihilfe zur Sonntagsnummer herauszubringen. Im Rundfunk sind fortschrittliche Geistliche der CDU und anderer Parteien vorzuschlagen. Die bisherige Auswahl der Rundfunkgeistlichen durch die kirchlichen Behörden muß abgelehnt werden.*

*Den Geistlichen, die in der Friedensbewegung und in der Nationalen Front mitarbeiten, ist mehr als bisher die Möglichkeit zu geben, im Rundfunk zu akuten Tagesfragen Stellung zu nehmen.*

*3. Mit größter Besorgnis ist festgestellt worden, daß Studenten-Pfarrer in rückschrittlicher Weise die Theologiestudenten beeinflussen. Ein krasser Fall wurde uns aus Halle berichtet. Auch die theologischen Fakultäten tragen weithin nicht dazu bei, den Studenten neben dem theologischen das sozialistisch-politische Rüstzeug zu geben, um ihren künftigen Gemeinden wahre Volksseelsorger zu sein.*

*4. Bedauerlicherweise ist festgestellt worden bei Immatrikulationsgesuchen, daß die dem Theologiestudium sich zuwendenden Studenten vielfach keine positive gesellschaftliche Mitarbeit in der DDR nachweisen können. Diese abgelehnten Abiturienten wenden sich nunmehr westlichen Fakultäten zu und gelangen nach Abschluß der Prüfung als westliche Vorhut oft in die Pfarrämter in der DDR. Die autonome kirchliche Hochschule in Westberlin bildet einen besonderen Gefahrenpunkt für die Abkapselung des Theologiestudenten vom politischen und praktischen Leben. Das Verhältnis der Jungen Gemeinde zur FDJ verdient besondere Beachtung. Die Junge Gemeinde ist keine selbständige Jugendorganisation, sondern ihre Glieder sollen ihren politischen Dienst in der FDJ tun. Dazu*



gehört im Sinne der Blockpolitik beiderseitige Achtung und Toleranz, der wir Christen besonders verpflichtet sind.

5. Wir halten fest an dem Grundsatz, daß die theologischen Fakultäten Bestandteil der staatlichen Universitäten sind, um so von vornherein zu verhindern, daß die Kirche in eigenen Hochschulen ihre künftigen Diener am Worte Gottes durch einseitige kirchliche Vorschriften in die staatsbürgerliche Abstinenz treibt.

6. Die heutige Situation in der DDR und in Westdeutschland zeigt, daß eine legale Umbildung der Kirchenleitung und Synoden dringend erforderlich ist, da das Reich Gottes nicht nur mit Hilfe von Kerngemeinden durch die Steuern und Opfer aller ihrer Glieder erbaut wird und demgemäß ein neues kirchliches aktives und passives Wahlrecht zu schaffen ist.

7. Die Regierung der DDR und die Länderregierungen möchten zur positiven Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche ausgebauten Kirchenreferate errichten.

Nach den Volkswahlen am 15. Oktober, die von allen fortschrittlichen Pfarrern und Laienchristen bejaht werden, möge der Hauptvorstand der CDU eine CDU-Pfarrerkonferenz einschließlich der kirchlichen Angestellten und Laienkreise einberufen, um ein volkskirchliches Programm zu entwerfen. Aus dieser Konferenz hat sich ein ständiger Arbeitskreis von Pfarrern, Theologen und aktiven Christen zu bilden.

Im Blick auf die von der Regierung der DDR zum 15. Oktober geplanten Wahlen für das Volksparlament der DDR wurde noch ein letzter groß angelegter Versuch unternommen, die Pfarrerschaft zu gewinnen. Nachdem man zu der Überzeugung gekommen war, daß es aussichtslos sein würde, die Kirchenleitungen zu einem positiven Einsatz für die Nationale Front usw. zu bewegen, gab man sich der Hoffnung hin, wenigstens die Pfarrer zu gewinnen. Man glaubte Grund zu der Aussicht zu haben, die Pfarrer würden sich im Gegensatz zu den Kirchenleitungen anders entscheiden, wenn man mit ihnen in ein direktes Gespräch käme. So luden die Regierungen der Länder in Brandenburg, Land und Provinz Sachsen die Pfarrer zu besonderen Pfarrerversammlungen ein, auf denen sie unmittelbar angesprochen und zu Entschlüssen im Sinne der Nationalen Front und der Weltfriedensbewegung veranlaßt werden sollten. Im Zusammenhang mit dieser großangelegten Aktion kam es zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Regierungen und Kirchenleitungen. Besonders lebhaft waren diese zwischen der Kirchenleitung der Provinz Sachsen und der Regierung des dortigen Landes. Ein besonders eindrucksvolles Dokument aus jenen Tagen ist der Brief der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung an den Ministerpräsidenten Jahn in Potsdam:



*Evangelische Kirchenleitung  
Berlin-Brandenburg*

*Berlin-Charlottenburg, den 14. Sept. 1950*

*Herrn Ministerpräsidenten Rudi Jahn, Potsdam*

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

*Die Generalsuperintendenten Braun und Dr. Krummacher haben uns von dem Gespräch berichtet, das Sie und der Herr Landtagspräsident mit ihnen geführt haben. In diesem Gespräch haben Sie als die obersten Vertreter des Staates im Lande Brandenburg die Kirchenleitung von Ihrer Absicht unterrichtet, die Pfarrerschaft im Lande Brandenburg einzuladen und den Pfarrern als Staatsbürgern die Bedeutung der gegenwärtigen politischen Lage zu erläutern. Wir haben Ihre Absicht dem am 13. September 1950 aus anderem Anlaß in Berlin versammelten Konvent der Berlin-Brandenburger Superintendenten unterbreitet. Der Konvent hat uns in voller Einmütigkeit gebeten, Ihnen auf Ihre Einladung in folgendem Sinne zu antworten:*

*Sosehr wir als Christen die Möglichkeit bejahen, daß eine Staatsführung in besonderen Fällen auch mit der Pfarrerschaft ihres Gebietes ein Gespräch über entscheidende Fragen des öffentlichen Lebens sucht, sehen wir doch bei dieser Einladung in der gegenwärtigen Lage die Voraussetzung für ein echtes Gespräch nicht gegeben. Sie haben den beiden Generalsuperintendenten gegenüber zu erkennen gegeben, daß es sich in diesem Gespräch um politische Fragen handeln soll, die im Blick auf die Wahl des 15. Oktober 1950 zu erörtern wären. Sie haben weiterhin zum Ausdruck gebracht, daß Sie als Ergebnis der Besprechung eine Resolution der Pfarrer erhoffen, die eine positive Einstellung zu den kommenden Wahlen zu enthalten hätte.*

*Für ein Gespräch mit solchem Inhalt und solcher Zielsetzung scheinen uns darum die Voraussetzungen nicht gegeben, weil die Sache, um die es hierbei geht, bereits eindeutig festliegt und weil die zum Gespräch geforderten Pfarrer keinerlei Möglichkeit haben, auf die publizistische Auswertung einer solchen Versammlung Einfluß zu nehmen. Die Berichte über die Pfarrerversammlung vom 16. August 1950 geben uns das Recht zu dieser Befürchtung. Es muß aber klar bleiben, daß es dem Wesen der Kirche widerspricht, wenn ihre Pfarrerschaft für eine bestimmte politische Aktion gebraucht werden soll. Wir bitten Sie deshalb, von der geplanten Einladung abzusehen.*

*Auf dem Superintendentenkonvent ist erneut die Gewissensnot zum Ausdruck gebracht worden, in die wir als evangelische Christen durch die Wahl vom 15. Oktober geraten. Da Sie von der Pfarrerschaft eine positive Stellungnahme zur Wahl erwarten, sieht sich die Kirchenleitung genötigt, Ihnen folgendes zu sagen:*

*Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bei der Übernahme ihres Amtes vor einem Jahre vor aller Welt erklärt, daß nach Jahresfrist freie Wahlen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Repu-*

blik stattfinden sollten. Nach dem bisherigen Sprachgebrauch unseres öffentlichen Lebens mußte jedermann in unserem Volke dieses Versprechen so verstehen, als wenn das Volk zu einer echten Wahlentscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten Gelegenheit finden würde. Inzwischen sind Maßnahmen getroffen worden, die nicht mehr die Wahl zwischen verschiedenen Parteien, auch nicht die Entscheidung zwischen einem Ja oder Nein vorsehen, sondern nur noch die Zustimmung zu den Wahlvorschlägen und zu dem Programm der Regierung. Gewiß hat die christliche Kirche nicht den Auftrag, dem Staat vorzuschreiben, in welcher Form er das Volk zu Wahlen oder Abstimmungen aufrufen will. Aber es ist der Auftrag der christlichen Kirche, darüber zu wachen, daß die Wahrhaftigkeit nicht Schaden leidet. Wir müssen es daher dem Staat, nachdem wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dazu veranlaßt sind, um der Wahrheit willen, ohne die das öffentliche Leben unseres Volkes nicht gedeihen kann, klar und deutlich bezeugen: Die für den 15. Oktober angesetzten Wahlen sind nicht im Sinne des vor einem Jahre abgegebenen Versprechens „freie Wahlen“, sondern sind eine Abstimmung, die dem nun einmal gegebenen Versprechen nicht Rechnung trägt. Wir sagen das nicht erst heute, sondern der Vorsitzende unserer Kirchenleitung, Herr Bischof D. Dr. Dibelius, hat bereits in seinem mit dem Herrn Staatspräsidenten Wilhelm Pieck geführten Schriftwechsel vor einem Jahr auf diese Zusage Bezug genommen.

Wir müssen aber auch mit der gleichen Offenheit noch ein Zweites aussprechen. Die gesamten Vorbereitungen für die Abstimmung am 15. Oktober lassen es unmißverständlich deutlich werden, daß den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, wenn anders sie nicht politisch diffamiert werden wollen, gar keine andere Möglichkeit bleibt als eine Beteiligung an dieser Abstimmung. Von einer freien persönlichen Entscheidung kann daher nach Lage der Dinge nicht die Rede sein. Damit entsteht für den Staatsbürger eine Zwangslage, die von vornherein den Wert der abgegebenen Stimmen auf das stärkste beeinträchtigt. Um der Freiheit und Wahrhaftigkeit willen, die nach Gottes Gebot für ein menschliches Zusammenleben auch im Staate unerläßlich sind, müssen wir es den Vertretern des Staates offen und deutlich bezeugen: Es ist nicht recht, Menschen, die loyale Staatsbürger zu sein wünschen, in die Zwangslage zu bringen, daß sie entweder als Staatsfeinde und Kriegshetzer verschrien werden oder daß ihre abgegebene Stimme ohne weiteres auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens als eine vorbehaltlose Bejahung und Zustimmung gewertet wird, auch in den Fragen, zu denen der Christ nicht bedingungslos Ja sagen kann. Damit entwertet der Staat schon im voraus die von ihm erhoffte Zustimmung der christlichen Staatsbürger.

Es fällt uns nicht leicht, Ihnen, Herr Ministerpräsident, in diesem ernstesten Augenblick diese offenen Worte schreiben zu müssen. Aber wir glauben, es Ihnen schuldig zu sein, auszusprechen, welche Sorgen wir gerade auch um des Staates und des öffentlichen Lebens unseres Volkes willen als Christen haben. Wir verbinden damit die Bitte, daß Sie Ihrer-

*seits für die Gewissensanliegen der christlichen Bürger im Lande Brandenburg und die seiner evangelischen Pfarrerschaft Verständnis haben möchten.*

*Trotz der ausgesprochenen Bedenken sind wir bereit, Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Gelegenheit zu geben, auf einer von uns einzuberufenden Pfarrerversammlung, die zweckmäßigerweise nach dem Termin der Wahlen stattfinden könnte, Ihre staatspolitischen Anliegen vorzutragen. Wir bitten Sie, Ihre diesbezüglichen Wünsche uns rechtzeitig mitzuteilen. Ebenso bleibt die Kirchenleitung bereit, mit Ihnen jederzeit die Staat und Kirche bewegenden Fragen zu besprechen.*

Das Ergebnis der Einladungen war ein völliger Fehlschlag. Von ein paar „fortschrittlichen“ Pfarrern abgesehen, kam niemand. Auch die in der Presse veröffentlichten „Entschlüsse der Pfarrerschaft“ vermochten nicht, den Eindruck dieses Mißerfolges zu verwischen. Zwar wurden die Kirchenleitungen wegen des von ihnen ausgeübten „Terrors“ schwer angegriffen, aber außer einer Pressekampagne erfolgte vor den Wahlen ihnen gegenüber nichts. Und dann kam der Tag der Volkswahl, der 15. Oktober. Die Kirchenleitungen der Ostzone hatten kein neues Wort im Blick auf diese Wahlen herausgebracht. Es ist zu verstehen, warum dies nicht geschah. Das Urteil über den Charakter dieser Wahl war ohnehin klar. Aber eine Weisung zu geben, hielten die Kirchenleitungen sich nicht für bevollmächtigt. Nach der Wahl, am 31. Oktober, wandte sich der Bischof von Magdeburg in einem Hirtenbrief an seine Pfarrer, in dem er zu der Wahl Stellung nahm. Dieses Schreiben beleuchtet die damalige Situation in ihrer ganzen Schwere.

*Der evangelische Bischof                      Magdeburg, am Reformationstage 1950  
der Kirchenprovinz Sachsen*

*Liebe Brüder im Amt!*

*Die Wahlen des 15. Oktober liegen hinter uns. Sie sind für uns alle nicht bloß ein politisches Ereignis gewesen, wie wir deren in unserem Leben schon viele erlebt haben. Sie waren für die meisten unter uns eine der schwersten und bedrückendsten Gewissensentscheidungen, vor die wir je gestellt worden sind. Deshalb wurde von vielen Amtsbrüdern ein wegweisendes Wort der Kirchenleitung erwartet, und zwar sowohl für die persönliche Entscheidung des einzelnen Amtsbruders wie für die seelsorgerliche Beratung der in ihrem Gewissen bedrängten Glieder unserer Gemeinden. Wir haben uns nicht entschließen können, weder von der Ostkirchenkonferenz noch von der altpreussischen Kirchenleitung noch von der Kirchenleitung unserer Kirchenprovinz her ein solches Wort zu sprechen. Wir waren vielmehr der Ansicht, daß wir gerade vom evangelischen Standpunkt aus die letzte Entscheidung dem Gewissen des einzelnen überlassen mußten. Dabei setzten wir allerdings voraus, daß das menschliche Gewissen ein unsicherer Wegweiser ist, wenn es nur säkular verstanden wird und nicht an Gottes Wort und Weisung gebunden ist, mit anderen Worten, daß wir*



uns bewußt sein müßten, daß unsere Entscheidung nicht unserer Willkür überlassen bleiben dürfte, sondern in dem Wissen getroffen werden müßte, daß wir für sie Gott Rechenschaft schuldig seien.

Das Ausbleiben einer Weisung der Kirchenleitung hat mit dahin geführt, daß die tatsächliche Entscheidung der Amtsbrüder ein sehr bunt-scheckiges Bild abgibt. Es gibt viele Amtsbrüder, die nicht zur Wahl gegangen sind und in vollem Bewußtsein der Tragweite dieser ihrer Entscheidung entschlossen sind, alle daraus sich ergebenden Folgen zu tragen. Ich gehöre zu ihnen und bin gewiß, damit recht getan zu haben. Es gibt viele andere, die an der Wahl teilgenommen haben. Darunter gibt es solche, die das freudig getan haben und vielleicht ehrlich der Meinung waren, daß es ihre Pflicht als Staatsbürger sei, sich in die Reihen der „Nationalen Front“ und der sogenannten Friedensfreunde einzugliedern. Andere haben öffentlich oder unter Benutzung der Wahlkabine den Versuch gemacht, ihren Stimmzettel als ungültig oder Neinstimme zu kennzeichnen. Viele aber haben sich dem Druck zu öffentlicher Stimmabgabe gefügt, weil sie für sich selbst und ihre Familie, wohl auch für die Kirche und die Freiheit ihrer Verkündigung Folgen befürchteten, die nach ihrer Meinung der tatsächlichen Bedeutung dieser Wahl nicht entsprechen.

Die öffentliche Meinung hat das Verhalten der Pfarrer bei der Wahl aufmerksam verfolgt. Dabei tritt freilich nur der Teil der Öffentlichkeit in Erscheinung, der die Möglichkeit hat, sich in Zeitungen und Versammlungen offen auszusprechen. Zahlreiche Zeitungsstimmen aus den Tagen nach der Wahl liegen vor, die mit Genußnahme davon Kenntnis nehmen, daß viele Amtsbrüder sich an der Wahl beteiligt haben. Sie benutzen dieses Ergebnis, in dem durch den Beschluß des SED-Parteitagcs eingeleiteten Versuch fortzufahren, die fortschrittlichen Pfarrer und Christen von den „reaktionären Kirchenleitungen“ zu trennen. Ich gebe statt vieler anderer Stimmen nur die Äußerung der Magdeburger „Volksstimme“ in ihrer Nr. 242 vom 16. Oktober 1950 wieder, in der es wörtlich heißt:

„Überall war doch zu verzeichnen, daß auch die unteren, mit dem Volk eng verbundenen Geistlichen und Kirchenmänner aller Konfessionen mit ihren Gemeinden freudig zur Wahlurne geschritten sind und zum größten Teil ein offenes Bekenntnis für Frieden, Einheit, Aufbau ablegten. Eine unrühmliche Ausnahme bildete leider dieses Mal wieder . . . ein kleiner Klüngel, der sich Magdeburger Kirchenbehörde nennt und in der Vergangenheit durch den verfassungswidrigen Gewissenszwang, den er gegenüber Geistlichen, die sich aktiv im Friedenskampf und in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland einsetzen, auszuüben versuchte, schon wiederholt von sich reden machte.“

Aber nicht diese Reaktion der ferngelenkten öffentlichen Meinung auf das verschiedenartige Verhalten unserer Pfarrer drückt mir heute die Feder in die Hand, sondern die Befürchtung, daß diese verschiedene Entscheidung eine schwere Störung der Brüderlichkeit zur Folge haben könnte. Es hat bereits in Pfarrkonventen oder in anderen Zusammenkünften ernste Aus-



einandersetzungen darüber gegeben. Das muß so sein. Wir dürfen nicht so tun, als ob diese Dinge für unser brüderliches Verhältnis ohne Bedeutung wären. Aber es wäre verhängnisvoll, wenn diese Aussprachen von den einen in pharisäische Selbstüberhebung und von den anderen in krampfhafter Selbstrechtfertigung geführt würden.

Darum richte ich an die Brüder folgende drei Bitten:

1. Wir wollen Gott bitten, uns darüber volle Klarheit zu schenken, daß wir niemals durch unser Verhalten vor Gott gerechtfertigt sind, das heißt in unserem Falle weder durch die Nichtbeteiligung noch durch die Beteiligung an der Wahl, weder durch die Benutzung der Wahlkabine noch durch unsere offene Stimmabgabe, weder durch unser Nein noch durch unser Ja. Vor Gott sind wir allzumal Sünder auch in diesem unserem Tun und werden allein gerecht durch die uns von Jesus Christus dargebotene vergebende Gnade.

2. Wir wollen in bewußtem Verzicht auf jede Selbstrechtfertigung einander offen bekennen, wo wir in Gedankenlosigkeit, aus Kleinglauben und Menschenfurcht oder aus falschverstandener Solidarität gehandelt haben, oder wo wir in hartem Urteil über den von uns als schwach angesehenen Bruder wider das Gebot der Liebe gesündigt haben, oder wo vielleicht Ehrgeiz und Haschen nach menschlicher Anerkennung unsere Entscheidung bestimmt haben. Das wollen wir einander sagen und die brüderliche Vergebung erbitten und gewähren.

3. Wir wollen aus dem jetzt Erlebten für die Zukunft lernen. Wir wollen in ähnlichen Lagen nicht auf ein Wort der Kirchenleitung warten. Das soll, wo es nötig wird, auch gesprochen werden. Aber im Bruderkreis wollen wir uns im *mutuum colloquium* und in rechter gegenseitiger *consolatio* zusammenfinden und nach dem rechten, d. h. von Gott gebotenen Weg fragen. Er ist der Herr auch unserer politischen Entscheidungen. Und dann wollen wir nicht mehr aus Solidarität, sondern aus der gemeinsamen uns aus Gottes Wort geschenkten Erkenntnis getrost unseren Weg gehen.

Dann wird über den bedrückenden Erlebnissen dieser Wochen unsere Bruderschaft nicht zerbrechen, sondern gefestigt werden. Sie wird uns ein Bollwerk gegen alle eigene Anfechtung werden, ja sie wird uns auch die rechte innere Vollmacht schenken, unseren bedrängten und verängsteten Gemeindegliedern in all diesen Fragen rechte Seelsorger zu werden.

Ich schließe mit dem in ähnlicher Notsituation einer christlichen Gemeinde gesprochenen Wort des Apostels Paulus, Röm. 14, 7. 8:

„Denn unser keiner lebt sich selber und keiner stirbt sich selber. Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Darum, wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn.“

Ich grüße Euch in brüderlicher Verbundenheit mit dem Apostelgruß: Gott gebe Euch viel Gnade und Frieden

Euer Bischof gez. D. Müller

Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Machthabern und den Vertretern der Kirche, wie sie im Verlauf des Jahres 1950, zumal im Herbst vor der Wahl, geschehen waren, veranlaßten die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen dazu, eine ausführliche Stellungnahme der Kirchen zur Weltfriedensbewegung sowie zur Politik des Staates zu verfassen und dabei die grundlegenden Differenzen herauszustellen, die zwischen der kommunistischen Weltanschauung und der Glaubensüberzeugung der Kirche bestehen. Dies Dokument ist für das Verständnis der Lage der Kirche in der Ostzone so wesentlich und aufschlußreich, daß wir es trotz seines Umfangs im vollen Wortlaut wiedergeben wollen.

*Evangelische Kirchenleitung  
der Kirchenprovinz Sachsen*

*Magdeburg, den 11. Dezember 1950*

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!*

*Die Kirchenleitung hat in Übereinstimmung mit der Superintendentenkonferenz geglaubt, an der von Ihnen auf den 3. Oktober d. J. einberufenen Pfarrerversammlung nicht teilnehmen zu sollen. Sie haben zu unserem Schreiben vom 29. September d. J. — A Nr. 965 —, in dem wir Ihnen diesen unseren Entschluß mitgeteilt und begründet haben, ausgeführt, daß wir von nicht zutreffenden Annahmen über Ziel und Zweck dieser Aussprache ausgegangen seien, und zwar nicht in einem Schreiben an uns, sondern lediglich in dem o. a. Protokoll. Ob Sie oder wir die geschichtliche Situation und die in ihr wirksamen Kräfte richtig beurteilt haben, muß wohl zwischen uns eine offene Frage bleiben. Sie dürfen aber dessen gewiß sein, daß die Kirchenleitung den Willen hat, nicht aus einem — vielleicht begründeten — Mißtrauen gegen die Landesregierung heraus zu handeln, sondern sich für jede Möglichkeit eines echten Gespräches mit den berufenen Vertretern des Staates offenzuhalten. Weil wir nach dem Gebot unseres Gottes für unsere Regierung Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung tun (1. Tim. 2, 1 ff.), ist es uns ein aufrichtiges Anliegen, uns um ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Regierung zu mühen und unseres Landes Bestes zu suchen.*

*Aus dem uns vorliegenden Protokoll jener Pfarrerversammlung haben wir ersehen, daß der Landesregierung an einer Fortsetzung der Aussprache unter Einschluß der Kirchenleitung gelegen ist (S. 34). Wir halten es aber für notwendig, daß zunächst einmal zwischen der Landesregierung und der Kirchenleitung allein die durch die Abhaltung dieser Pfarrerversammlung und durch die auf ihr abgegebenen Erklärungen geschaffene Lage mit letzter Offenheit besprochen wird. Um eine solche Aussprache, die nach unserer Ansicht zweckmäßig in kürzester Frist stattfinden sollte, bitten wir hiermit. Wir schlagen vor, daß die in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten erörterten Punkte zum Gegenstand der Besprechung gestellt werden.*

## *I. Die Stellung der Kirchenleitung zur Weltfriedensbewegung*

*Die Kirchenleitung lehnt den Absolutheitsanspruch der politischen Weltfriedensbewegung und seine illegitime biblische Begründung ab*

*Es ist keine Frage, daß die Kirche für den Frieden auf Erden betet und zu seiner Verwirklichung durch den ihr aufgetragenen Dienst der Verkündigung, Seelsorge und Liebestätigkeit beiträgt. Als Frage steht aber zwischen uns, ob der durch Jesus Christus verheißene und durch Seinen Geist gewirkte Friede identisch oder vereinbar sei mit dem Frieden, den die Weltfriedensbewegung erkämpfen und erzwingen will, und ob die Mittel, die sie zur Erreichung dieses Zieles verwendet, einem Christen nach dem Wort und Gebot seines Gottes erlaubt sind.*

*1. Das Komitee der Kämpfer für den Frieden begründet seinen Anspruch auf die Mitarbeit aller Menschen in der Friedensbewegung mit den Worten des Weihnachtsevangeliums (Luk. 2, 14), die es nach der in der katholischen Kirche gebräuchlichen Übersetzung der Vulgata zitiert: „unter den Menschen, die guten Willens sind“. Ob diese Übersetzung den Sinn der Weihnachtbotschaft richtig wiedergibt, mag hier dahingestellt bleiben. Entscheidend ist, daß Gott diesen Frieden durch die Herrschaft des Christus, der als der König des kommenden Gottesreiches geboren ist, auf Erden verwirklichen will. „Menschen guten Willens“ im Sinn des Evangeliums sind alle, die an Jesus Christus glauben und Seine Gebote halten. Das vornehmste Gebot aber, in dem alle anderen göttlichen Gebote zusammengefaßt und erfüllt sind, ist das Gebot der Liebe. „Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet, wie ich euch geliebt habe, auf daß auch ihr einander liebhabet. Dabei wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt“ (Joh. 13, 34—35). Diese Liebe hat ihre höchste Offenbarung gefunden in dem Tod des Erlösers der Welt am Kreuz auf Golgatha. Dieses Evangelium von der Erlösung der Welt zu verkündigen und diese Liebe, mit der ihr Herr und Heiland die Welt geliebt hat, mit der Tat zu üben, ist das Amt der Kirche, ihrer Pfarrer und übrigen Amtsträger ebenso wie aller Christen in ihrem Beruf und Stand. Wer nicht an diesen König und Friedefürsten glaubt und Seine Liebe meint, sollte es wahrhaftigerweise unterlassen, sich auf die Worte des Evangeliums zu berufen.*

*Denn auf diese Weise wird der Absolutheitsanspruch des Evangeliums auf eine politische Bewegung übertragen, der dieser Absolutheitsanspruch nach den göttlichen Geboten gerade nicht zukommt und von keinem gläubigen Christen zuerkannt werden kann.*

*Dasselbe gilt von dem Wort des Apostels Paulus Röm. 2, 10: „Friede allen denen, die da Gutes tun“, das als Leitwort auf der Einladung zu der ersten Pfarrerversammlung am 30. August d. J. durch das Landesfriedenskomitee gedient hat.*



2. Die „internationale Friedensbewegung“ geht nach dem Vorbild der Sowjetunion den Weg der „marxistischen Friedenspolitik“. Rudi Meißner: „Die große sozialistische Oktoberrevolution und der Kampf um den Frieden“ (Neuer Weg, Heft 21, S. 6—7). Sie sieht nach den Anschauungen des ökonomischen und historischen Materialismus die Ursache aller Kriege im kapitalistischen bzw. imperialistischen System, aus dem mit geschichtlicher Notwendigkeit die „imperialistischen Krisen und Kriege“ folgen (a. a. O., S. 6). Dagegen lehrt sie die Menschheit, „den strahlenden Weg in eine Gesellschaftsordnung ohne Krise und Krieg“ (a. a. O., S. 7), und zwar durch den Sozialismus im Verständnis des Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist zunächst die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie, zur schnellsten Beseitigung des Völkermordens, zur Verhinderung eines imperialistischen Raub- und Gewaltfriedens und zur Herbeiführung eines demokratischen und dauerhaften Friedens“ (a. a. O., S. 6), bis „die aufsteigende Welt des Sozialismus“ den Sieg in der ganzen Welt errungen und damit die ganze Menschheit für immer von der Geißel des Krieges befreit hat. Der Verfasser sieht das Verdienst der großen sozialistischen Oktoberrevolution darin, daß sie Rußland als das erste Land der Welt „aus dem Teufelskreis der imperialistischen Krisen und Kriege löste und damit zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit einen großen Teil der Erde von der Macht der Kräfte des Krieges befreite. Damit war endgültig der Weg für die Befreiung der ganzen Menschheit von der Geißel des Krieges beschritten“ (a. a. O., S. 6). Darum ist die Sowjetunion die größte Friedensmacht der Welt; ist ihre Armee eine Friedensarmee; ist ihre Außenpolitik eine Friedenspolitik, die sie beharrlich nach den Lehren des Marxismus führt. „Die große Lehre des Marxismus-Leninismus, daß die Frage Krieg oder Frieden untrennbar verbunden ist mit den Entwicklungsgesetzen des Imperialismus auf der einen und des Sozialismus auf der anderen Seite, wird die Massen ergreifen und darüber hinaus in der internationalen Friedensbewegung ihre organisierte Festigung finden“ (a. a. O., S. 6). Es ist die Aufgabe der III. Internationale, „die Kräfte des Proletariats zu organisieren zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus“ (W. J. Lenin: „Über den Kampf zum Frieden“. Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 26, S. 31/32). Die „Strategie und Taktik des Kampfes um den Frieden“ ist in dem Artikel Lenins über „das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ vom September 1916 entwickelt (a. a. O., S. 94 ff.). „Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen“ (a. a. O., S. 96). „Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert



haben, werden die Kriege unmöglich werden“ (a.a.O., S. 96). Ein „gerechter“ Krieg ist jeder Krieg, der den Interessen des Proletariats dient. Die Grenzen zwischen „Landesverteidigung“ und „Invasion“ sind fließend. „Landesverteidigung“ im gegebenen Krieg anerkennen, heißt diesen Krieg für einen „gerechten“, den Interessen des Proletariats dienlichen halten, weiter nichts und abermals nichts. Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, „Landesverteidigung“ seitens unterdrückter Völker in ihren Kriegen gegen die imperialistischen Großmächte oder seitens des siegreichen Proletariats in seinem Kriege gegen irgendeinen Gallifet eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen“ (a.a.O., S. 97).

Daß der revolutionäre Klassenkampf mit der sozialen Gerechtigkeit, die die Kirche predigt und übt, unvereinbar ist, hat niemand klarer gelehrt als Lenin. „Es ist wissenschaftlich gar nicht richtig — und gar nicht revolutionär —, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten den Kampf Fordernde im Übergange zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die ‚sozialen Pfaffen‘ und Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen“ (a.a.O., S. 96—97; vgl. auch S. 31). Lenin befindet sich mit diesem Urteil über die „sozialen Pfaffen“ in völliger Übereinstimmung mit dem kommunistischen Manifest (Teil III, Abs. 1a).

Viele Christen, die um ihres Glaubens willen dieser sozialistischen Lehre von Krieg und Frieden nicht zustimmen können, fragen, ob Artikel 5, 3 der Verfassung der DDR „Kein Bürger darf an kriegesischen Handlungen teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen“, in diesem Sinne zu interpretieren sei, und befürchten, daß sie unter Berufung auf diesen Artikel der Verfassung zur aktiven Teilnahme an einem revolutionären Kriege gezwungen werden könnten, der ja nach marxistischer Lehre immer nur der Befreiung eines Volkes dient und niemals der Unterdrückung.

Deshalb bitten wir unter Berufung auf die Botschaft der Synode der EKdD „Was kann die Kirche für den Frieden tun“ die Regierung unseres Landes, durch ihre Verfassung denjenigen zu schützen, der um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert.

3. Die Kirchenleitung bedauert, daß offenbar in der DDR die Ablehnung dieser „marxistischen Friedenspolitik“ aus christlicher Glaubensüberzeugung nicht geachtet und geduldet, sondern als Kriegshetze diffamiert wird. Wir verweisen insbesondere auf die Ausführungen des Herrn Landtagspräsidenten auf Seite 7 und 8 des Protokolls: „Jeder Mensch, dem das Wohl seines Volkes am Herzen liegt, muß sich zum Frieden bekennen und für ihn kämpfen. Niemand wird behaupten wollen, daß ein Mensch, der für den Frieden eintritt, ein schlechter Mensch sei. Was tut aber der

Mensch, der sich von dieser Aufgabe ausschließt? Hilft er nicht durch seine Handlungsweise dem Gegner des Friedens, unterstützt er nicht die Kriegshetzer?“ „Die Beschlüsse des Komitees der Kämpfer für den Frieden besagen, daß alle Menschen, die guten Willens sind, in der Friedensbewegung arbeiten können. Wollen sich die Vertreter der Kirche von dieser Friedensarbeit ausschließen, weil sie nicht guten Willens sind, für den Frieden zu kämpfen?“ — „Es ist deshalb notwendig, daß alle Staatsbürger, die guten Willens sind und den Frieden wollen, die Politik der Regierung unterstützen.“ Leider sind solche Worte der politischen Diffamierung nicht der subjektive Ausdruck eines einzelnen Politikers, sondern gehören wesentlich zur Methode der Propaganda der Friedensbewegung. Daher ist es nur folgerichtig, wenn Herr Landtagspräsident Wolfram von den Pfarrern die aktive Mitarbeit in der Friedensbewegung gefordert hat: „Sie, meine Herren Pfarrer, können in dieser großen Lebensfrage unseres Volkes und aller Völker der Welt nicht abseits stehen, Sie können sich nicht von den breiten Massen Ihrer Gemeindeglieder isolieren, sondern Sie müssen nach unserer Auffassung aktiv in dieser Friedensarbeit drinstehen und aus innerer Überzeugung und Bereitschaft auch einen Beitrag leisten, daß uns das große Werk, die Erhaltung des Friedens, gelingt“ (S. 12). Daher ist es auch kein Zufall, daß derselbe in seinem Diskussionsbeitrag (S. 30) von den Pfarrern eine Resolution gefordert hat, die dann auch tatsächlich gefaßt ist. Von dieser Forderung her finden nach unserem Urteil auch Ihre Ausführungen über das Ziel der Aussprache (S. 4—5) ihre sachliche Begrenzung. Wie weit eine Resolution jeweils geht, wird sich in jenem „Realismus“, den der Marxismus fordert, von Fall zu Fall aus dem Gang der Aussprache ergeben. Von hier aus wird sich der relative Unterschied zwischen den Resolutionen auf den Pfarrerversammlungen in Halle und Potsdam erklären lassen.

Wir sehen in dem Enthusiasmus der Weltfriedensbewegung einen Glauben an die Erlösung der Welt ohne Gott und ohne Christus durch den wissenschaftlichen Sozialismus. Ihre Mittel des revolutionären Klassenkampfes und Krieger halten wir für unvereinbar mit dem göttlichen Gebot der Liebe. Ihre Hoffnung, aus eigener Kraft einen Zustand zu schaffen, in dem es keine Krisen und keine Kriege, keine soziale Ungerechtigkeit und kein Elend mehr gibt, weil die klassenlose Gesellschaftsordnung erreicht ist, ist in unseren Augen eine politische Schwärmerei mit religiösem Pathos. Darum lehnt die Kirchenleitung für sich die Mitarbeit in der organisierten Friedensbewegung ab und wird nicht ablassen, die ihrer Leitung befohlenen Geistlichen und Gemeinden über die wirklichen Ziele und Methoden der „Marxistischen Friedenspolitik“ zu unterweisen, ihnen aus dem Wort Gottes zu einer eigenen Überzeugung und Gewissensentscheidung in dieser Frage zu helfen und sie gegenüber den unaufhörlichen Forderungen, die seitens der Regierung und der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen an sie gerichtet werden, zu beraten.

## II. Die Stellung der Kirchenleitung zur Politik der Regierung

Der Kirchenleitung ist von dem Herrn Landtagspräsidenten der Vorwurf gemacht worden, sie sei „reaktionär“; ihre Ausführungen zu den Volkswahlen am 15. Oktober d. J. seien „eine klare, politische Stellungnahme, und zwar eine Stellungnahme, die eindeutig gegen die Regierung der DDR gerichtet“ sei (a.a.O., S. 9). Der Staat könne eine solche Haltung der Kirchenleitung nicht billigen (S. 10). Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben über die Grenzen in der Loyalität gegenüber der Kirchenleitung sehr eindeutige Feststellungen getroffen (S. 20—23). Sie fordern den unbedingten Gehorsam gegen die Gesetze des Staates und ihre uneingeschränkte Geltung auch für die Kirche. Schon die Tatsache, daß die Kirchenleitung die Einberufung von Pfarrerversammlungen durch die Landesregierung abgelehnt und als ihr Recht für sich in Anspruch genommen hat, halten Sie für eine für die Landesregierung unmögliche Situation.

1. Die christliche Kirche wird jeder Regierung zu allen Zeiten und in allen Völkern das Recht zur Forderung eines unbedingten Gehorsams bestreiten, weil Gott allein das Recht hat, von einem Menschen unbedingten Gehorsam zu fordern. Der Christ ist willig und bereit, der Obrigkeit untertan zu sein und ihren Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen, und das um Gottes willen und nicht aus Angst vor etwaigen Folgen (Röm. 13, 5). Aber um der Ehre Gottes und um der Freiheit des Gewissens willen müssen wir bezeugen, daß dieser Gehorsam kein unbedingter ist, sondern seine Grenze findet in den Geboten Gottes. Wo staatliche Anordnungen diesen widersprechen, wird der Christ bekennen: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29).

Die Kirche hat diesen Anspruch eines unbedingten Gehorsams der nationalsozialistischen Regierung bestritten — wir erinnern z. B. an die Eidesfrage —, sie wird auch der gegenwärtigen Regierung, wenn sie auf dieser Forderung bestehen sollte, nicht weichen und lieber Verfolgung leiden, als ihren Herrn und Gott verleugnen. Wir bitten Sie, nicht zu übersehen: Wo die uneingeschränkte Geltung der Gebote Gottes angetastet wird, ist das Zentrum des christlichen Glaubens angegriffen.

2. Wir wissen nicht genau, auf welches Schreiben eines Vertreters der Kirchenleitung Sie auf Seite 22 des Protokolls Bezug nehmen. Wir nehmen aber an, daß Sie das Schreiben des Herrn Konsistorialpräsidenten vom 27. Mai 1950 zur Frage der kirchlichen Mitarbeitervertretung für das Johanniterkrankenhaus Genthin meinen. Wir können die Regierung nur immer wieder bitten, nicht zu verkennen, daß die Kirche eine Gemeinschaft sui generis ist, deren Lebensformen durch ihren Glauben an ihren Herrn Jesus Christus bestimmt sind. Wenn die Regierung z. B. die Forderung erhebt, daß auf Grund des Arbeitsgesetzes im kirchlichen Raum Betriebsgewerkschaftsleitungen eingesetzt werden, so ist diese Forderung unver-



einbar mit dem Wesen kirchlicher Gemeinschaft; denn das Wesen kirchlicher Gemeinschaft besteht darin, daß alle, die zu ihr gehören, in Christus Brüder sind. Darum kann nicht einzelnen von ihnen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation ein Herrschaftsanspruch über die anderen zuerkannt werden. Auf keinen Fall kann die weltanschauliche Bindung des FDGB an den Materialismus übersehen werden. Deshalb würde ihre Annahme für die Kirche als „Leib Christi“ die Verleugnung ihres Herrn als des „Hauptes“ der Gemeinde bedeuten.

3. Von Ihrer Einladung zur Pfarrerversammlung am 3. Oktober 1950 hatten wir angenommen, daß sie sowohl für die Kirchenleitung wie für die Pfarrerschaft eine Einladung und kein Befehl sei und den Eingeladenen die Freiheit lasse, sie anzunehmen oder abzulehnen. Offenbar haben Sie selbst diese Form der Einladung anders gewertet: Als einen Rechtsanspruch, den die Regierung sich nicht nehmen lassen könne (S. 22—23). Wir können es nur für gut halten, daß dieser Charakter Ihrer Einladung als einer staatspolitischen Verpflichtung offenbar geworden ist. Wenn die Verfassung der DDR in Artikel 9 die Freiheit der Meinungsäußerung und der öffentlichen Versammlung garantiert, so ist damit zugleich gesagt, daß kein Staatsbürger gezwungen werden darf, seine Meinung zu offenbaren oder an einer politischen Versammlung teilzunehmen. Wir werden es keinem unserer Pfarrer verwehren, von der in Artikel 9 der Verfassung garantierten Freiheit Gebrauch zu machen. Die Kirchenleitung wird aber darüber wachen, daß die Pfarrer, die ihrer Dienstaufsicht unterstellt sind, nicht durch ihre politische Betätigung ihr Ordinationsgelübde verletzen, an das sie für die Führung ihres geistlichen Amtes vor allen anderen Verpflichtungen gebunden sind.

Wenn es in Artikel 43, 2 der Verfassung heißt: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze“, so hat damit der Staat auf eine unmittelbare Einflußnahme auf die Gestaltung des kirchlichen Lebens verzichtet. Die von der Landesregierung einberufene und von Ihnen geleitete Pfarrerversammlung ist jedoch, wie das Protokoll zeigt, ein Versuch solcher Einflußnahme gewesen. Die Kirchenleitung kann auch nicht davon absehen, daß die SED, die den maßgeblichen Einfluß auf die Regierungspolitik ausübt und der Sie selbst als hoher Funktionär angehören, in der Entschließung des 3. Parteikongresses gefordert hat, es gelte, die demokratischen Kräfte in der Kirche, besonders die fortschrittlichen Pfarrer, tatkräftig zu unterstützen und eine breite Protestbewegung innerhalb der Kirche selbst zu entfalten. Vor allem aber bitten wir, auch in dieser Frage den besonderen Charakter der christlichen Gemeinde zu achten und um ihres geistlichen Amtes willen die Pfarrer nicht einem Kreis von Personen gleichzusetzen, die in einem weltlichen Beruf stehen, wie etwa der Belegschaft eines Werkes. Wir halten es für eine ernste Gefahr für das Verhältnis von Staat und Kirche, wenn die Landesregierung versuchen wollte, durch eine politische Bindung der Pfarrer die Verkündigung der Kirche zu beeinflussen



und auf diese Weise die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zu beschränken.

4. Die Kirchenleitung hat zu den Wahlen am 15. Oktober d. J. nicht unmittelbar Stellung genommen. Das Schreiben der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 14. 9. 1950, das wir unseren Pfarrern mit Verfügung A Nr. 950 vom 26. 9. 1950 abschriftlich zur Kenntnis gegeben haben, ist eine Antwort auf ein Ersuchen des Herrn Ministerpräsidenten in Potsdam zur Einladung einer Pfarrerversammlung durch die Landesregierung. Das Rundschreiben des Herrn Bischofs vom 31. Oktober d. J., von dem wir annehmen, daß es Ihnen bekannt ist, haben Sie ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Blick haben können. Gleichwohl möchten wir es in unsere Stellungnahme einbeziehen. Es ist ein ausgesprochen seelsorgerliches Schreiben des Herrn Bischofs an seine Brüder im Amt und hat allein das Ziel, die schwere Gewissensbedrängnis und Anfechtung, die durch diese Wahlen entstanden war, zu lösen. Das freilich ist bei jedem wirklich seelsorgerlichen Dienst unerläßlich, daß zu den konkreten Nöten und Anfechtungen gesprochen wird. So mußte in diesem Hirtenbrief notwendigerweise auch von der wirklichen Gewissensbedrängnis des Wahltages gesprochen werden. Darin ist eine sehr tiefgreifende Kritik an der Durchführung der Wahlen enthalten. Das ist richtig. Aber seit wann ist es einem Staatsbürger verwehrt, in sachlicher und ehrerbietiger Weise an Maßnahmen der Regierung Kritik zu üben, zumal wenn diese im Widerspruch zur Verfassung stehen? Gehört dies nicht zu den Grundrechten des Bürgers, etwa im Sinne des Artikels 9? Wir haben nicht die Absicht, der Staatsführung Vorschriften zu machen, in welcher Form Wahlen durchgeführt werden sollen (S. 9). Aber die Kirche hat nach dem ihr von Gott erteilten Auftrag die Pflicht und nach Artikel 41 der Verfassung das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus, und das heißt, vom Evangelium her Stellung zu nehmen. Dieses hat die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg in ihrem Schreiben vom 14. September getan. Ihr Schritt hat die Zustimmung aller am 18. September d. J. in Berlin versammelten Bischöfe und leitenden Geistlichen der evangelischen Kirchen innerhalb der DDR gefunden. Diese Gewissensbedenken der Kirche sind dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Nuschke durch den Bevollmächtigten des Rates der EKiD bei der Regierung der DDR, Herrn Propst Grüber, vorgetragen worden.

Die Befürchtungen der Kirchenleitung sind durch die tatsächlichen Vorgänge am Wahltag selber weit übertroffen worden. Während die Verfassung in Artikel 51 „allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen“ vorschreibt, ist die Geheimhaltung praktisch aufgehoben und durch offene Wahlen ersetzt worden. Daß die offene Wahl durch von höheren Dienststellen veranlaßte Volkskundgebungen gefordert und die Möglichkeit der Benutzung der Wahlkabine nicht ausgeschlossen war, ändert an dieser Tatsache nichts. Dadurch sind viele Staatsbürger verführt worden, aus Angst vor etwaigen Folgen gegen ihre Überzeugung zu wählen und damit

ihre Gewissen zu verletzen. Die demokratischen Volkswahlen am 15. Oktober d. J. sind in Wirklichkeit keine Wahl im Sinne der Verfassung der DDR, sondern ein revolutionärer Akt, der die Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse bezweckt. Wir verweisen z. B. auf die Ausführungen des Mitgliedes des Zentralsekretariats der SED, Fred Oelssner, in dem Artikel „Unser Kampf gegen den Sozialdemokratismus“: „Wir werden nicht, wie die Agenten des amerikanischen Imperialismus es wünschen, die Wahlen in der DDR im Oktober dazu ausnutzen lassen, die bereits errungenen Herrschaftspositionen des Volkes und besonders der Arbeiterklasse zu untergraben“ (Neuer Weg Heft 15/16, S. 41). Die Kirche aber bezeugt, daß Ungerechtigkeit und Lüge nicht dadurch gerechtfertigt werden, daß sie einem vermeintlich guten Zweck dienen, sondern daß sie Sünde sind und daß sie darum auch keine Gerechtigkeit und Wahrheit schaffen können. Hier liegt der unüberbrückbare Gegensatz zwischen christlicher und marxistischer Sittlichkeit: „Jede solche Sittlichkeit, die aus einem übernatürlichen, klassenlosen Begriff abgeleitet wird, lehnen wir ab. Wir sagen, daß das ein Betrug ist, daß das ein Schwindel ist, eine Verkleisterung der Hirne der Arbeiter und Bauern im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist. Unsere Sittlichkeit entspringt aus den Interessen des proletarischen Klassenkampfes“ (W. J. Lenin, Rede an die Jugend, vom 2. Oktober 1920, herausgegeben im Auftrage des Ministeriums für Volksbildung der DDR vom Volks- und Wissen-Verlag GmbH Berlin und Leipzig, S. 17). Wir glauben in diesem marxistischen Verständnis der Sittlichkeit den Schlüssel auch zum Verständnis der Wahlmethoden am 15. Oktober d. J. gefunden zu haben und auf diese Weise dem Anliegen der Regierung der DDR gerecht zu werden. Wir wollen auch nicht die in der DDR angewandten Wahlmethoden an einem formalen Begriff von Demokratie oder an den Maßstäben einer bürgerlichen Moral messen. Aber wir lehnen sie ab, weil unsere Maßstäbe aus einem „übernatürlichen, klassenlosen Begriff“, nämlich aus den Geboten Gottes, abgeleitet sind. Im übrigen verweisen wir auf unser Schreiben vom 25. Juni 1949 — A Nr. 377/49 — an die Landesregierung Sachsen-Anhalt betreffend Durchführung der Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß und auf die mündliche Besprechung, die der Rat der Kirchenleitung über diese Fragen mit dem Herrn Ministerpräsidenten Professor Dr. Hübener und dem Herrn Minister des Innern Siewert geführt hat, in denen es um die gleichen Dinge ging.

### III. Das Verhältnis von Kirche und Staat

Sie haben zu dieser Frage in Ihrem Schlußwort eine Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl zitiert: „Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist in einem Satz zu umreißen: Wenn die Kirche Kirche und der Staat Staat bleibt, kann es eigentlich keine Schwierigkeiten im

gegenseitigen Verhältnis zueinander geben“ (S. 36). Dieser Satz ist als allgemeine Wahrheit richtig und könnte von einem Christen verstanden werden im Sinne des Wortes seines Herrn: „So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Matth. 22, 21). Aber hier geht es nicht um die Erörterung einer allgemeinen Wahrheit, sondern um die konkrete Begegnung zwischen der Regierung der DDR, die unter der Führung der SED als einer marxistischen Partei steht und sich weltanschaulich gebunden hat, und der Evangelischen Kirche in Deutschland, die durch die Führungen Gottes, nicht zuletzt im Kampf mit dem totalen nationalsozialistischen Staat, zu einem neuen Verständnis des Wortes Gottes und der reformatorischen Bekenntnisse gekommen ist. Dies hat seinen bekenntnismäßigen Ausdruck gefunden in der „Theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche“, die von der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Barmen 1934 beschlossen und in Artikel 5 der Grundordnung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen ausdrücklich bejaht ist (Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heft 9/1950, S. 264). Dort heißt es in Satz 5:

„Fürchtet Gott, ehret den König!“ (1. Petr. 2, 17).

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

Solange die Regierung versucht, die materialistische Weltanschauung der gesamten Bevölkerung aufzuzwingen und das gesamte öffentliche Leben nach den Grundsätzen dieser Weltanschauung zu gestalten, werden die Schwierigkeiten im gegenseitigen Verhältnis von Kirche und Staat nicht aufhören, sondern sich verschärfen, wenn anders die Kirche ihrem Bekenntnis und ihrer Sendung treu bleibt (vgl. unser Schreiben vom 29. 3. 1950 — A Nr. 268 —). Sie selbst haben die Frage nach einem möglichen Verhältnis zwischen Kirche und Kommunismus mit einem Hinweis



auf die Verhältnisse in der Sowjetunion beantwortet und vor allem die völlige Freizügigkeit und Unbeschränktheit des kirchlichen Lebens hervorgehoben (a.a.O., S. 35). Wir stellen fest, daß eine vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet so unvoreingenommene Darstellung, wie sie O. Fjodorow in seiner 1947 im SWA-Verlag Berlin erschienenen Broschüre: „Die Religion in der UDSSR“ gegeben hat, die wirklichen Spannungen und Schwierigkeiten deutlich erkennen läßt. Wir verweisen insbesondere auf S. 26—28. Auf Grund dieser Darstellung stellen wir fest:

a) Von einer wirklichen Glaubens- und Gewissensfreiheit kann so lange nicht die Rede sein, wie der Staat die Weltanschauung der Partei der Bolschewiki, den dialektischen Materialismus, für die allein „wissenschaftliche“ erklärt und durch die staatlich gelenkte Propaganda, vor allem aber durch die Kultur- und Bildungsinstitutionen die Menschen im Geiste dieser „wissenschaftlichen“ Weltanschauung erzieht.

b) Wohl lehnt der sowjetische Staat eine Bekämpfung der Religion mit administrativen Maßnahmen ab (S. 27). Er gibt jedoch den Religionsgemeinschaften keine Rechte und Sicherheiten, sondern behält sich die jeweils von Fall zu Fall besonders einzuholende Genehmigung vor. Alle gesetzlichen Bestimmungen über das kirchliche Leben sind Kann-Bestimmungen. Auf diese Weise wird der Kirche nicht eine eigenständige und freie Entfaltung ihres Lebens gewährt, sondern dieses wird nach den Intentionen des grundsätzlich antireligiösen Staates gelenkt und geregelt.

Die gleiche Haltung haben die SED und die Regierung in der DDR eingenommen.

a) Sowohl die Resolution des III. Parteikongresses wie das Referat des 2. Vorsitzenden O. Grotewohl hierzu vertreten die Forderung, daß an den Hochschulen und an den anderen Schulen der DDR der dialektische Materialismus als die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse gelehrt wird. Auf Anweisung der staatlichen Organe wird in der Praxis entsprechend verfahren. Da der Staat sich durch das Einheitsschulgesetz die gesamte Erziehung vom Kindergarten bis zur Hochschule vorbehalten hat, ist damit den christlichen Eltern die Möglichkeit genommen, ihre Kinder, die im Namen des dreieinigen Gottes getauft sind, diesem Glauben gemäß in christlichen Schulen erziehen zu lassen. Dadurch werden die Kinder in einen ständigen Konflikt zwischen christlichem und materialistischem Denken hineingeführt, der unerträglich ist. Die Kirchenleitungen aber, die gegen diesen Weltanschauungszwang Einspruch erheben, werden als „reaktionär“ politisch diffamiert, und es wird ihnen die Errichtung eines „monopolistischen Glaubenszwanges“ zum Vorwurf gemacht. Dasselbe wiederholt sich in den staatlich geförderten Jugendorganisationen. Einerseits wird die Mitarbeit aller Jugendlichen, einschließlich der christlichen Jugend, bei den Jungen Pionieren und in der FDJ gefordert. Andererseits wird verlangt, daß „die wissenschaftliche Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin in den fortschrittlichen Massenorganisationen gelehrt wird, in erster Linie in der FDJ“ (W. Ulbricht auf der ersten gesamtdeutschen Funk-



tionärkonferenz der FDJ, Vorwärts vom 27. 11. 1950.) Parallel damit geht ein behutsamer, aber planmäßiger Angriff der staatlichen Organe gegen die „Junge Gemeinde“, der das Tragen des Bekenntniszeichens verboten und die selbst als eine „illegale Jugendorganisation“ bezeichnet wird. Wir verweisen auf unsere verschiedenen Eingaben vom 21. 3. 1950 (XIV Nr. 261) an das Ministerium des Innern und vom 12. 4. 1950 (XIV Nr. 349) an das Ministerium für Volksbildung sowie vom 15. 5. 1950, 19. 7. 1950 und 5. 8. 1950 an die Provisorische Regierung der DDR (XIV Nr. 448/50 betr. Bekenntniszeichen der Evangelischen Jugend).

b) Die durch die Verfassung zugesicherte ungestörte Religionsausübung wird zwar nicht offen gehindert, wohl aber von Fall zu Fall unmöglich gemacht oder mindestens gefährdet.

Aus einer Fülle von Einzelfällen weisen wir nur auf folgendes hin:

1. Eingaben, Bitten und Anfragen der Kirchenleitung, von deren Beantwortung oft ein wesentlicher Zweig der kirchlichen Arbeit abhängt, werden von der Regierung häufig nicht oder zu spät beantwortet. Wir verweisen auf die unter a) angezogenen Eingaben und auf unsere Eingabe IV Nr. 1116 vom 14. 8. 1950 betr. Sonntagsheiligung.

2. Die Druckgenehmigungen für wichtige Mitteilungen der Pfarrämter an die Gemeindeglieder, für Nachrichten über die Christenlehre, ja selbst für Programme kirchlicher Veranstaltungen werden durch die zuständigen Stellen abgelehnt. Uns liegt eine Fülle derartiger Berichte aus den Gemeinden vor.

3. Die Abhaltung kirchlicher Veranstaltungen wird in wachsendem Maße erschwert oder verhindert. Obwohl wir der Ansicht sind, daß die Anordnung vom 1. 7. 1949 (Z. V. Bl., S. 664) betr. Anmeldung von Veranstaltungen in Widerspruch mit dem die Versammlungsfreiheit der Bürger gewährleistenden Artikel 9 der Verfassung steht und demgemäß mit dem Inkrafttreten der Verfassung außer Kraft gesetzt worden ist, haben wir uns angesichts der Praxis der Polizeidienststellen ständig bemüht, der nach der Anordnung vom 1. 7. 1949 bestehenden Anzeigepflicht nachzukommen. Dabei hat sich jedoch immer wieder ergeben, daß die enge Auslegung des Begriffs „kirchliche Kulthandlungen“ durch die Polizei vielfach zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der ungestörten Religionsausübung geführt hat. So sind z. B. Bibelstunden, Männerabende, Zusammenkünfte der Jungen Gemeinde, Frauenhilfsveranstaltungen und Verkiündigungsspiele nicht als „Kulthandlungen“ im Sinne des § 2 Abs. 2 der Anordnung anerkannt worden. Diese Veranstaltungen sind dann jeweils zwar nicht ausdrücklich „verboten“, aber als „nicht gestattet“ bezeichnet und in einigen Fällen selbst dann durch polizeiliche Einwirkungen beeinträchtigt worden, wenn sie in der Kirche stattfanden. Es soll hier nur an die Vorgänge anläßlich der theologischen Rüstwoche für kirchliche Jugendarbeit vom 28. 8. bis 1. 9. 1950 in Halle und an die Auflösung des Propsteijugendtages in Falkenberg am 8. 10. 1950 erinnert

werden. Unsere Bemühungen um Klarstellung sind unbeachtet geblieben. So sind z. B. unsere an die Landesbehörde der Volkspolizei gerichteten Anfragen vom 24. 5. 1950 — A Nr. 409 — und vom 7. 6. 1950 — A Nr. 460 —, die sich auf Vorgänge in Liebenwerda und Elsterwerda bezogen, bis heute nicht beantwortet worden, obwohl wir an die Erledigung erinnert haben. In letzter Zeit sind nunmehr sogar Pfarrkonvente und sonstige Dienstbesprechungen, ohne die die kirchliche Arbeit gar nicht denkbar ist, als anzeige- und genehmigungspflichtig bezeichnet worden.

4. Die Landespolizeibehörde verweigert Interzonenpässe, die von kirchlichen Amtsträgern beantragt werden und die die Wahrnehmung wichtiger kirchlicher Aufgaben ermöglichen sollen, selbst wenn es sich um Mitglieder der Kirchenleitung handelt. Wir verweisen aus vielen Beispielen nur auf die dreimal hintereinander erfolgte Ablehnung eines Interzonenpasses für den Konsistorialpräsidenten wie auch auf die Tatsache, daß den Mitgliedern des Rates der Kirchenleitung anläßlich der von der gesamten Presse begrüßten Kirchenkonferenz am 17. 11. 1950 in Berlin der Berechtigungsschein zur Fahrt nach Berlin verweigert worden ist.

Desgleichen werden Aufenthaltsgenehmigungen für Amtsträger aus dem westdeutschen Teil der evangelischen Kirchen in Deutschland verweigert, deren Dienst — der nicht zuletzt im Interesse der Einheit der ganzen deutschen Kirche in Ost und West liegt — sie dringend in das Gebiet der DDR ruft. Hier nennen wir nur die Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung durch den Herrn Innenminister für die Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, die zu einer Sitzung des Rates zum 5. 10. 1950 nach Elbingerode einberufen waren, so daß die Sitzung des Rates nach Westberlin verlegt werden mußte.

Wir halten es für wahrhaftiger und dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche dienlicher, wenn die wirklichen Überzeugungen, mögen sie weltanschaulicher oder religiöser Art sein, und die sich daraus ergebenden kirchenpolitischen und politischen Folgerungen offen ausgesprochen werden, wie es z. B. Fred Oelssner auf der Landesdelegiertenkonferenz der SED in seinem Diskussionsbeitrag über Marxismus und Religion getan hat, als daß sie verschleiert werden, wie es auf der Pfarrerversammlung am 3. Oktober d. J. in Halle geschehen ist. So sind die Ausführungen des Herrn Landtagspräsidenten auf Seite 11 des Protokolls eine Verschleierung des wirklichen Problems: „Die Kirche täte gut daran, sich zu überlegen, ob die neue Welt, die im Sturmschritt die Länder und Völker erfaßt, nicht eine viel christlichere Welt, nämlich die Welt der Gemeinsamkeit und Brüderlichkeit, darstellt als die alte Welt.“ Auch wenn heute von politischer Seite oft behauptet wird, der Marxismus sei christlicher als der Kapitalismus, so ist damit nicht das ausgesagt, was ein Christ unter „christlich“ versteht, nämlich „dem Evangelium Christi gemäß“. Die Kirche hat allen Menschen, ob sie nun Sozialisten oder Kapitalisten sind, das Evangelium zu bezeugen und sie zu mahnen, an den Herrn Jesus Christus zu glauben und ihm zu gehorchen.

*Wir können Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nur erneut bitten, die staatliche Gewalt nicht dazu zu gebrauchen, unser Volk, das zu seinem überwiegenden Teil einer der christlichen Kirchen angehört, zur Weltanschauung des Materialismus und zu den politischen Zielen des Marxismus-Leninismus zu zwingen, die es ablehnt, sondern ihm die Freiheit der religiösen, weltanschaulichen und politischen Entscheidung zu lassen. Wir können und wollen Sie und Ihre Parteigenossen nicht zwingen, Christen zu werden, aber zwingen auch Sie nicht uns Christen, Marxisten zu werden oder so zu tun, als ob wir es wären! Deshalb bitten wir Sie im Namen von Millionen evangelischer Christen unsres Landes: Setzen Sie sich in Ihrem hohen staatlichen und parteipolitischen Amt dafür ein, daß der weltanschauliche und politische Zwang, insbesondere in den Schulen aufgehoben und wirkliche Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt wird.*

*Wir haben Ihnen, Herr Ministerpräsident, das Vorstehende als Grundlage eines Gespräches geschrieben, weil wir meinen, daß ein Gespräch um so aussichtsreicher ist, je offener es von beiden Seiten geführt wird. Uns liegt daran, eine Verständigung immer wieder zu suchen, solange es noch Zeit ist. Wir hoffen, daß Sie dieses Schreiben nicht wieder so mißverstehen, wie Sie nach Ihren Ausführungen auf Seite 22 des Protokolls unser Schreiben — A Nr. 268 — vom 29. 3. 1950 empfunden haben, nämlich als einen Gewissenszwang. Zunächst stellen wir fest, daß in dem Protokoll der Wortlaut unseres Schreibens ungenau und sinnentstellend wiedergegeben ist. Er lautet: „Wenn wir auf diese Weise unsere warnende Stimme erheben, so geht es uns nicht allein um die uns anvertrauten christlichen Gemeinden, sondern auch um Sie, Herr Ministerpräsident, und um die, die mit Ihnen die Verantwortung in der Regierung tragen. Wir wissen aus dem Worte Gottes, daß alle Obrigkeit von Gott gesetzt ist und darum Ihm letztlich verantwortlich ist. An Seinem Gebot findet die Macht der Obrigkeit ihre Grenze und von Seinem Segen allein lebt sie. Ihm werden auch Sie, Herr Ministerpräsident, einmal für die Führung Ihres Amtes Rechenschaft geben müssen. Darum reden wir zu Ihnen und darum beten wir für Sie.“*

*Wir versichern Ihnen, daß es nicht unsere Absicht war, auf Sie und Ihre Mitarbeiter einen Gewissensdruck auszuüben. Wir haben nicht mehr und nicht weniger gewollt, als Ihnen in Ihrem Amt das richtende und rettende Wort Gottes zu bezeugen, wie wir es als Diener Christi jedermann schuldig sind. Wir stehen vor der notvollen Tatsache, daß dasselbe Wort Gottes von einem Menschen als Befreiung und Lösung des Gewissens erfahren, von dem anderen als Zwang empfunden wird, gegen den er sich auflehnt. Diese Not zu wenden, steht nicht in unserer Macht, sondern allein in der Gewalt dessen, der der Menschen Herz lenkt wie Wasserbäche.*

*Wir schreiben Ihnen diesen Brief mit der Bitte zu Gott, daß Er die Möglichkeit eines echten und hilfreichen Gespräches zwischen der Landesregierung und der Kirchenleitung schaffen möge. Obwohl wir zur Zeit keinen Weg einer Lösung sehen, so glauben wir dennoch, daß Gott ihn*



erschließen kann, wenn Er es will. Darum wollen wir nichts unversucht lassen, um die drohende Gefahr eines offenen Konfliktes zwischen Landesregierung und Kirchenleitung zu überwinden und damit nicht abzusehende schwerwiegende Folgen auch für Staat und Volk abzuwenden.

gez. D. Müller  
Bischof

gez. Dr. Kreyßig  
Präses

gez. Hofmann  
Konsistorialpräsident

Nachdem auf Grund der Wahlen vom 15. Oktober die Volkskammer der DDR und ihre Regierung konstituiert war, hatte schon der Ministerpräsident Grotewohl in seiner Regierungserklärung einen Abschnitt gebracht, der sich mit den „Rechten und Pflichten der Kirchen“ befaßte:

*Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik garantiert jedem einzelnen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und stellt die ungestörte Religionsausübung unter den Schutz der Republik. Sie läßt den Religionsgemeinschaften auch das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Das sind wichtige Rechte. Aber es gibt keinen gesellschaftlichen Zustand, in dem Rechten nicht auch Pflichten gegenüberstünden.*

*In erster Linie besteht für die Kirche die Pflicht, nicht künstliche Gegensätze zu Staat und Verfassung hervorzurufen. Soweit wir mit den Geistlichen, auch mit den geistlichen Führern unserer Republik, in einen fruchtbaren Gedankenaustausch treten, ergeben sich hier kaum Schwierigkeiten. Wenn aber eine Gruppe der evangelischen Kirchenleitung, die nicht nur in Westberlin wohnt, sondern von dort aus offen für die Remilitarisierung unserer westlichen Heimat wirbt und auch sonst vollkommen einseitig in westlicher Auffassung wurzelt, wenn eine solche Gruppe aus dem westlichen Berlin ihre politische und gesellschaftliche Störungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert und durchführt, dann wird die Regierung dafür sorgen, daß kirchliches und staatliches Leben wieder in friedlichem Nebeneinander bestehen können. (Beifall.)*

*Das Eintreten für Remilitarisierung ist militaristische Propaganda, und militaristische Propaganda ist nach Artikel 6 unserer Verfassung ein Verbrechen. Eine streitende Kirche ist also in einem Volksstaat, für den das Wohl der arbeitenden Menschen oberstes Gesetz ist, nicht tragbar. Wenn gar die hohe Pflicht für alle Volksteile, für den Frieden zu wirken, zur geschichtlichen Notwendigkeit wie heute wird, darf sich die christliche Kirche nicht versagen.*

*Wir grüßen alle Pfarrer und alle Kirchenleitungen in Deutschland, die sich für die Erhaltung des Friedens an die Seite der Friedensfreunde stellen, und versichern ihnen in diesem gemeinsamen Kampf unsere Sympathie. (Starker Beifall.) Wenn es Kirchenleitungen unternehmen, Pfarrer wegen ihrer politischen Haltung, wegen ihres Eintretens für den Frieden und für die Einheit Deutschlands zu maßregeln, so ist es eine Selbstverständlichkeit für einen selbstbewußten Staat, daß er sich das nicht bieten*



lassen kann. In der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte unterstehen die Geistlichen nicht ihren Kirchenleitungen, sondern dem Staate, in dem sie leben. Es ist die Aufgabe der Staatsbehörden, auf die Innehaltung der Verfassung zu achten, und, wenn Kämpfer für den Fortschritt und Frieden aus dem geistlichen Stande von ihren Kirchenleitungen benachteiligt werden, so hat der Staat die selbstverständliche Pflicht, auf Kosten der Zuwendungen für Kirchen diese Nachteile auszugleichen. (Zustimmung auf allen Seiten.) Wir lassen es jedenfalls nicht zu, daß bestimmte streitsüchtige Kirchenfürsten den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik stören.

Diese Erklärung ließ neue Zusammenstöße und Schwierigkeiten im Verhältnis von Kirche und Staat ahnen. Schon bald danach erfolgte in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ der Vorstoß. Diesmal ging es wieder gegen Bischof Dibelius:

### *Relais-Station Berlin-Charlottenburg*

#### *Die „kirchliche“ Tätigkeit des Bischofs Dibelius*

Der Amtssitz des Bischofs von Brandenburg, D. Dr. Dibelius, ist nicht die Landeshauptstadt von Brandenburg, Potsdam, ist auch nicht die Stadt Brandenburg, der traditionelle Sitz des Bistums Brandenburg bzw. seines Domkapitels. Die Amtsstätte des Bischofs von Brandenburg D. Dr. Dibelius liegt auch nicht im demokratischen Sektor Berlins, wo sich die Marien-Kirche befindet, in der D. Dr. Dibelius zu predigen pflegt! Die evangelische Kirche des Landes Brandenburg in der Deutschen Demokratischen Republik wird geleitet aus dem britischen Sektor von Berlin, aus Charlottenburg, Jebensstraße 3! Von welchen Gesichtspunkten aus Dr. Dibelius die Tätigkeit der Geistlichen der Deutschen Demokratischen Republik leitet, ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

1. Am 7. Juli 1950 hatte Bischof Dr. Dibelius eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harry Truman. Niemand möge kommen und uns erklären, was ist denn dabei, auch Truman sei doch schließlich ein Mensch. Was für ein „Mensch“ Truman ist, das zeigt seine Politik, die er in Korea, in Vietnam, in Griechenland, in China betrieben hat und betreibt. Das zeigen die Handlungen seiner Organe in Deutschland, wo McCloy erklärte: „Was wir gegenwärtig in Deutschland tun, ist dasselbe, was unsere Truppen in Korea leisten.“ Was Truman für ein „Mensch“ ist, zeigt vor allen Dingen sein Ausspruch, den er bei Beginn des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion tat und den zwei Tage danach die amerikanische Zeitung „New York Times“ am 24. Juni 1941 veröffentlichte. Damals erklärte Harry Truman in seiner Eigenschaft als Senator des Staates Missouri: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland am Gewinnen ist, sollten wir Deutschland helfen, und auf diese Weise mögen sich so viele von ihnen wie nur möglich gegenseitig umbringen.“ („If we see that Germany is

winning we ought to help Russia and if Russia is winning we ought to help Germany and that way let them kill as many as possible.“)

2. Bischof D. Dr. Dibelius hat mehrfach erklärt, daß nach seiner Auffassung die Kirche in der Frage des Friedens keine politische Haltung einnehmen könnte. In der Westberliner Ausgabe der protestantischen Wochenzeitschrift „Die Kirche“, die nur an besonders „Vertrauenswürdige“ ausgegeben wurde vom 29. Oktober, hat er sich für die Remilitarisierung Westdeutschlands ausgesprochen. Er schreibt dort:

„daß der westdeutsche Bundesstaat einer ausreichenden zentral geleiteten Polizeimacht bedarf, um dem vom Osten her in aller Form proklamierten Widerstand . . . zu begegnen.“ Die Beschäftigung mit der Gründung einer „zentral geleiteten Polizeimacht“ betrachtet Bischof Dibelius als eine „kirchliche“ Angelegenheit!

Aber er tritt nicht nur für eine „zentral geleitete Polizeimacht“ ein, er rechtfertigt auch den Mord an koreanischen Frauen und Kindern durch die Soldateska Mac Arthurs. Er billigt ausdrücklich die Intervention der Vereinigten Staaten in Korea und tritt offen für den amerikanischen Plan ein, auch in Westdeutschland eine Söldnerarmee unter amerikanischem Kommando zu errichten. Aus diesem Grunde greift er Pastor Niemöllers Gegnerschaft gegen die Remilitarisierung an. Es heißt in dem genannten Artikel („Die Kirche“, 29. Oktober):

„Jetzt haben die Vorgänge in Korea der ganzen abendländischen Welt einen Ruck gegeben . . . Die Westmächte haben beschlossen, ihre Militärrüstung wieder aufzubauen, und haben zu erkennen gegeben, daß sie auch von Westdeutschland einen Beitrag . . . erwarten.“

Hier setze nun die Frage ein, so meint Dibelius, ob eine Söldnerarmee unter USA-Kommando geschaffen werden solle, „später etwa in Form eines deutschen Kontingents innerhalb einer Europaarmee, falls einmal eine solche zustande kommen sollte“.

Bischof Dibelius spricht sich dafür aus, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland diesen amerikanischen Plan unterstütze. Er schreibt:

„Und ob er (der Rat der Evangelischen Kirche) die Bildung militärischer Kontingente von Freiwilligen . . . als ‚Remilitarisierung‘ ansehen würde, ist zweifelhaft. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß Niemöllers schriftliche und mündliche Äußerungen die Meinung der ‚evangelischen Kirche‘ wiedergäben“.

„Die Meinung der evangelischen Kirche“ ist nach Dibelius' Auffassung mit seiner eigenen persönlichen Meinung identisch! Bischof Dibelius aber ist für die Remilitarisierung Westdeutschlands, er ist dafür, daß Deutsche auf Deutsche schießen!

Kurz darauf, am 28. November, wurden im Brandenburger Landtag durch den Ministerpräsidenten Jahn die Angriffe fortgesetzt, und zwar speziell gegen die unter Vorsitz von Bischof Dibelius stehende Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg. Diese nahm dazu am 4. Dezember

in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Jahn eingehend Stellung unter gleichzeitiger Bekanntmachung des Briefes an alle Pfarrer und Gemeindekirchenräte:

*Evangelische Kirchenleitung      Berlin-Charlottenburg, den 4. Dez. 1950  
Berlin-Brandenburg*

*An den Herrn Präsidenten des Landtags des Landes Brandenburg, Potsdam*

*In seiner Rede vor dem Brandenburgischen Landtag am 28. November d. J. hat Herr Ministerpräsident Jahn Ausführungen über die Evangelische Kirche gemacht. Durch diese Ausführungen ist für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Lande Brandenburg eine ernste Lage entstanden. Indem der Herr Ministerpräsident ausdrücklich erklärt hat, „daß die von der Westberliner Kirchenleitung angeordneten Versetzungen, Disziplinarverfahren und andere Maßnahmen ungültig sind“, hat er dem Artikel 43 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zuwidergehandelt, nach dem jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnet und verwaltet. Die Begründung, daß die Maßnahmen der Berliner Kirchenleitung „der Verfassung widersprechen“, kann in keiner Weise anerkannt werden. Wir sehen uns daher genötigt, zur Steuer der Wahrheit das Nachfolgende auszuführen:*

*1. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg „Geistliche gemäßregelt hat und sie weiter maßregeln will, weil sie für den Frieden eingetreten sind und von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen“. In Wirklichkeit ist niemals ein Geistlicher gemäßregelt worden, weder in Brandenburg noch sonst irgendwo im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik, weil er für den Frieden eingetreten ist. Jeder evangelische Geistliche wird bei seiner Ordination verpflichtet, seine Gemeinde zum Frieden anzuleiten. Und was den Frieden zwischen den Völkern anlangt, so hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in ihrer Kundgebung vom April d. J. unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit allen ihr gegebenen Kräften für den Frieden einsetzt. Diese Kundgebung ist von allen Pfarrern pflichtgemäß verbreitet worden. Eine Begrenzung hat diese Verbreitung nur dadurch gefunden, daß die Polizei angewiesen wurde, dagegen einzuschreiten. Gemäßregelt könnte ein evangelischer Pfarrer von seiner Kirchenleitung höchstens dann werden, wenn er es versäumte, für den Frieden einzutreten, wie er im christlichen Evangelium verkündigt wird.*

*2. Im besonderen hat der Herr Ministerpräsident behauptet, daß Pfarrer Dreßler-Reitwein seines Amtes enthoben worden sei und daß gegen Pfarrer Kietzmann-Belzig ein Verfahren mit demselben Ziel laufe, „nur weil diese Pfarrer konsequent für den Frieden eingetreten sind“.*

*Wir sehen uns nicht in der Lage, über Tatbestände, die Gegenstand eines amtlichen Disziplinarverfahrens sind, öffentlich zu berichten. Um aber zu zeigen, wie absurd jene Behauptung ist, sei folgendes mitgeteilt:*



a) Pfarrer Dreßler war fast 30 Jahre lang aus der Anwärterliste für das geistliche Amt gestrichen, und zwar aus Gründen, die hier nicht zu erörtern sind. Ein vor langen Jahren gemachter Versuch, nach einer Probezeit wieder zugelassen zu werden, schlug fehl. In der nationalsozialistischen Zeit war Herr Dreßler in höherer Stellung bei der NSV tätig. Er hat dabei nationalsozialistische Eheweihen mit der ganzen damals üblichen nationalsozialistischen Phraseologie gehalten. Nachschriften darüber sind erhalten. Nach Kriegsende war er von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet worden und hatte drei Jahre im Internierungslager zuzubringen. Nach seiner Entlassung wandte er sich an die Kirchenleitung mit der Bitte, ihm doch noch einmal einen neuen Anfang zu ermöglichen, da er sich inzwischen innerlich völlig gewandelt habe. Aus Mitgefühl mit seiner Lage wurde seine Bitte erfüllt. Es wurde ihm versuchsweise die kommissarische Verwaltung einer Pfarrstelle übertragen. Zu Beginn dieses Jahres wurde er ordiniert, und zwar von derselben in Westberlin wohnenden Kirchenleitung, mit der er plötzlich nichts mehr zu tun haben will. Ans Ziel gelangt, überwarf er sich mit allen Pfarrern seines Kirchenkreises, die ihn des wiederholten Wortbruchs beschuldigten. Sodann verweigerte er die Befolgung von Anweisungen der Kirchenleitung und ließ sich Nachlässigkeiten in der äußeren Verwaltung zuschulden kommen, so daß auch der neue Versuch, der mit ihm gemacht worden war, als gescheitert gelten mußte. Ihm wurde daher der Auftrag für die Gemeinde Reitwein wieder entzogen und ein Verfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob ihm die Rechte des geistlichen Standes belassen werden können. Das Verfahren ist im Gange.

b) Gegen Pfarrer Kietzmann-Belzig mußte das Disziplinarverfahren eingeleitet werden, weil er durch eigenwilliges Verhalten die Kirchengemeinde seit geraumer Zeit in schwere Unruhe gebracht hat. Das führte dazu, daß von der sowjetischen Besatzungsmacht, dem Antifa-Ausschuß und der Schulleitung immer wieder das Ersuchen an die Kirchenleitung erging, Pfarrer Kietzmann abuberufen. Alle Versuche, eine friedliche Einigung herbeizuführen, sind gescheitert, so daß die Kirchenleitung sich endlich entschließen mußte, disziplinarisch vorzugehen. Es ist bezeichnend, daß Pfarrer Kietzmann nunmehr den Schutz politischer Stellen in Anspruch nimmt, nachdem er bisher von staatlicher und politischer Seite unausgesetzt beanstandet worden ist und sich zu ihnen in einem wiederholt ausgesprochenen Gegensatz befunden hat.

In beiden Fällen ist also „von dem Eintreten für den Frieden“ niemals auch nur mit einer Silbe die Rede gewesen.

3. Ebensowenig ist davon die Rede, daß die Kirchenleitung „allen Pfarrern verbiete, im Rundfunk kirchliche Morgenfeiern zu veranstalten“. Es ist lediglich angeordnet worden, daß die Betätigung im Rundfunk der Zustimmung der Kirchenleitung bedarf. In anderen Kirchen besteht die Anordnung, daß Geistliche, die im Rundfunk sprechen, ihre Manuskripte der Kirchenbehörde vorher einzureichen haben. Davon hat die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg bisher Abstand genommen. Allerdings muß



es die Kirchenleitung für einen Mangel an kirchlichem Taktgefühl erachten, wenn Pfarrer sich einer Rundfunkleitung zur Verfügung stellen, die soeben den drei Mitgliedern der Kirchenleitung, über deren regelmäßige Mitarbeit eine Verständigung mit den politischen Stellen bestand, diese Mitarbeit ohne vorherige Ankündigung in brüsker Form unmöglich gemacht hat.

4. Sodann hat der Herr Ministerpräsident die Pfarrer Kehnscherper-Freienwalde, Wagner-Rahen und Zimmermann-Buckow als von der Kirchenleitung bedroht namentlich angeführt.

Auch in bezug auf diese Geistlichen müssen wir es uns versagen, über ihre Amtsführung in Gegenwart und Vergangenheit, soweit sie überhaupt noch im Amte sind, Näheres mitzuteilen, sind jedoch jederzeit bereit, an amtliche Stellen Auskünfte zu geben. Jedenfalls können wir unsere Verwunderung darüber nicht unterdrücken, daß der Herr Ministerpräsident gerade diese Geistlichen unter ausdrücklicher Namensnennung eines besonderen staatlichen Schutzes versichert.

Im übrigen ist dem Herrn Ministerpräsidenten offenbar nicht bekannt, daß das Versetzungsgesetz, daß gegenwärtig in bezug auf Pfarrer Kehnscherper angewandt wird, kein Disziplinargesetz ist, sondern im Gegenteil die Möglichkeit eröffnen soll, Spannungen in einer Gemeinde zu beseitigen, ohne daß die Schuldfrage aufgeworfen wird. Bei Pfarrer Kehnscherper ist das Gesetz erst angewandt worden, nachdem alle anderen Versuche gescheitert waren, den jahrelangen Streit in der Kirchengemeinde anders zu bereinigen. Pfarrer Kehnscherper hatte sich bereit erklärt, die Gemeinde zum 15. Oktober freiwillig zu verlassen, wenn es ihm, auch nachdem ihm der Vorsitz im Gemeindekirchenrat übertragen war, nicht gelingen würde, eine Befriedung zu erreichen. Dies Versprechen hat er nicht gehalten, so daß nur noch die Anwendung des Gesetzes übrigblieb. Trotz alledem hat die Kirchenleitung Herrn Pfarrer Kehnscherper den erbetenen Urlaub zur Teilnahme an dem Friedenskongreß in Sheffield erteilt. Das zeigt am deutlichsten, wie völlig gegenstandslos die Behauptung ist, daß die Kirchenleitung einen der genannten Pfarrer jemals gehindert hätte, seine staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen. Es geht aber nicht an, daß Geistliche, auf die kirchengesetzliche Bestimmungen angewandt werden müssen oder die sich moralischer oder sonstiger Vergehen schuldig machten, plötzlich erklären, sie würden aus politischen Gründen verfolgt, und daß der Staat die von der Kirchenleitung im Interesse der inneren Sauberkeit und äußeren Ordnung der Kirche getroffenen Maßnahmen für ungültig erklärt. Das widerspricht dem klaren Wortlaut des oben angeführten Artikels 43 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Es widerspricht im übrigen auch der Grundordnung der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg vom 15. Dezember 1948 in ihrem Abschnitt 2 der „Grundsätze über Amt und Gemeinde“: „Allein die an Schrift und Bekenntnis gebundene Kirche hat das Recht, das Amt zu- und abzuerkennen, nicht eine weltliche Instanz.“

5. Was endlich die Leitung der Kirchengemeinden im Gebiet der

*Deutschen Demokratischen Republik von Westberlin aus anlangt, so muß die Kirchenleitung daran festhalten, daß politische Grenzen nicht Kirchengrenzen sind. So wie in der Weimarer Zeit der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin seine Befugnisse und Verpflichtungen auch gegenüber den Gemeinden unter polnischer Herrschaft ausgeübt hat, also in Danzig, Westpreußen und Posen, so wie die Pfarrer und Gemeinden des Saargebiets auch heute der Kirchenleitung in Düsseldorf unterstehen und verschiedene Kirchenleitungen des Westens ihre Befugnisse in Gemeinden ausüben, die infolge der politischen Grenzziehung heute im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegen, so kann auch die Tatsache, daß der Sitz der Berliner Kirchenleitung sich seit mehr als einem Jahrhundert im westlichen Teil Berlins befindet, nichts daran ändern, daß diese Kirchenleitung ihre Aufgabe für das gesamte Gebiet der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg auszuüben hat. Im übrigen hat die am 15. Dezember 1948 beschlossene neue Grundordnung für die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, bevor sie in Kraft gesetzt wurde, der Regierung des Landes Brandenburg vorgelegen. Einwendungen dagegen sind nicht erhoben worden. In dieser Grundordnung ist die Zusammenfassung sämtlicher Kirchengemeinden in Berlin und Brandenburg unter eine Kirchenleitung und die Verantwortung des Konsistoriums für alle Pfarrstellen klar ausgesprochen. Diese Bestimmung ist durch das Abkommen zwischen Staat und Kirche über die Aufhebung des Patronats und Überlassung aller Stellenbesetzungen an kirchliche Instanzen im Lande Brandenburg unterstrichen worden. Jeder staatliche Eingriff in diese Ordnung würde einen Bruch des Rechts bedeuten.*

*Wir bitten Sie, Herr Präsident, diese Ausführungen zur Kenntnis des Landtags zu bringen. Wir sehen unsererseits von einer Veröffentlichung ab, geben jedoch Abschriften dieses Schreibens an die Geistlichen und Gemeindekirchenräte unserer Provinz, die richtig zu informieren unsere Pflicht ist.*

*gez. Dibelius*

*Wenige Tage darauf erhielt die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung ein Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg nebst einem Regierungsbeschluß, in dem der Angriff auf die Kirchenleitung konkret wurde.*

*Der Ministerpräsident  
des Landes Brandenburg*

*Potsdam, den 7. Dezember 1950*

*An das Evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg  
Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstraße 3*

*In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Geistliche, die für die Sicherung des Friedens für Deutschland und für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eintreten, von Ihnen gemäßregelt*

werden. Bürger der Deutschen Demokratischen Republik werden vor kirchliche Disziplinargerichte geladen, die mit Personen besetzt sind, welche ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben und auch nicht deren Staatsbürger sind.

Herr Ministerpräsident Grotewohl hat wiederholt darauf hingewiesen, daß der Staat ein friedliches Einvernehmen mit der Kirche wünscht und daß dieses Einvernehmen auch vorhanden sein kann, solange der Staat Staat und die Kirche Kirche bleibt. Auch ich habe wiederholt versucht, zu einer Verständigung mit der Kirchenleitung für das Land Brandenburg zu kommen, und genau wie Herr Ministerpräsident Grotewohl auf die unerquicklichen Folgen für die Kirche hingewiesen, die aus dem Unterlassen einer Verständigung entstehen könnten.

Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber zu wachen, daß seinen Bürgern die Möglichkeit der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten garantiert wird.

Sie haben gegen eine Reihe von Geistlichen Disziplinarverfahren eingeleitet, weil diese Geistlichen ihre staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt haben, und einen Pfarrer deswegen sogar aus seinem Amt entlassen.

Ich habe in meiner Regierungserklärung vor dem Landtag am 28. November 1950 erklärt, daß die angeordneten Versetzungen, Disziplinarverfahren und andere Maßnahmen ungültig sind, da sie der Verfassung widersprechen, und habe den betroffenen Geistlichen den Schutz des Staates zugesichert.

Da eine außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik amtierende und zumindest zu einem großen Teil nicht aus deren Bürgern bestehende Kirchenleitung nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, über Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik zu bestimmen,

richte ich an Sie das Ersuchen, den Sitz der Leitung der Kirchen für das Land Brandenburg nach der Stadt Brandenburg zu verlegen, in der geeignete und ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Ich bin der Auffassung, daß durch diese Maßnahme eine bessere Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche erreicht werden wird, an der sicher auch Ihnen gelegen ist, und schließe mit dem Wunsch, recht bald mit Ihren bevollmächtigten Vertretern wegen der von mir ersuchten Verlegung Ihres Amtssitzes verhandeln zu können.

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen den Beschluß des Ministerrats der Landesregierung Brandenburg beizulegen.

Hochachtungsvoll  
gez. R. Jahn  
Ministerpräsident

#### Regierungsbeschluß Nr. 1

Die Bereitschaft der amerikanisch-imperialistischen Kriegsbrandstifter, den amerikanischen Krieg in Korea zum Ausgangspunkt eines neuen



Weltkrieges zu machen, und die Drohung Trumans, die Atombombe gegen das um seine nationale Unabhängigkeit kämpfende koreanische Volk zur Anwendung zu bringen, hat zu einer unmittelbaren und tödlichen Bedrohung des Friedens der Welt geführt.

Die von den Kolonialherren in Westdeutschland und Westberlin immer offener betriebene Remilitarisierung, die unmittelbare und direkte Vorbereitung eines neuen Krieges von Westdeutschland her und die ständige Vertiefung der Spaltung unseres Vaterlandes sind zu einer direkten Bedrohung des Lebens und der nationalen Existenz des deutschen Volkes geworden.

Wie überall in der Welt formieren sich in wachsendem Maße auch im Land Brandenburg die Kräfte des Friedens, um auf der Grundlage der Beschlüsse des 2. Weltfriedenskongresses und mit Hilfe eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates die demokratische Einheit Deutschlands wiederherzustellen und die tödliche Gefahr des Krieges zu bannen.

Ein großer Teil der Pfarrer des Landes Brandenburg, die bereit sind, an der Spitze ihrer Gemeinden in den Ortsausschüssen der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland und den Friedenskomitees diesen Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens aktiv zu unterstützen, werden dabei durch die verfassungswidrigen Maßnahmen, Maßregelungen und Drohungen der Kirchenleitung für Berlin-Brandenburg, die ihren Sitz in Westberlin hat, gehindert und in eine unerträgliche Gewissensnot gebracht.

Der Ministerrat der Regierung des Landes Brandenburg ist deshalb mit vielen Gemeindekirchenräten und Pfarrern der Meinung, daß nicht länger geduldet werden kann, daß eine Kirchenleitung, die offensichtlich von anti-deutschen Kreisen beeinflusst wird, ihre Pfarrer, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind, zu verfassungswidrigem Handeln nötigt oder bedroht, weil sie für den Frieden und die Einheit Deutschlands kämpfen, von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und ihre Pflicht als Christen und Staatsbürger erfüllen.

Es ist unmöglich, daß die Arbeit der Kirchenleitung im Land Brandenburg weiterhin von Westberlin her geleitet wird.

Um den Frieden in den Gemeinden des Landes Brandenburg wiederherzustellen, der durch die verfassungswidrigen Maßnahmen der Kirchenleitung für Berlin-Brandenburg gestört wurde, und um ein gutes Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu sichern, beschließt der Ministerrat der Regierung des Landes Brandenburg:

1. Die staatlichen Zuschüsse für die Kirche werden ab 1. Januar 1951 nur noch an eine im Land Brandenburg ansässige Kirchenleitung für Berlin-Brandenburg gezahlt.

2. Die Landesregierung erkennt die von der Kirchenleitung vorgenommenen Maßregelungen gegen Pfarrer wegen ihrer Tätigkeit in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland nicht an, da diese Maßregelungen



gegen den Artikel 9 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen.

3. Die Landesregierung Brandenburg übernimmt die Zahlung der Gehälter an die gemäßregelten Pfarrer unmittelbar aus den staatlichen Zuschüssen für die Kirche.

Potsdam, den 5. Dezember 1950

Landesregierung Brandenburg

gez. R. Jahn

Ministerpräsident

gez. Lentzsch  
Minister des Innern

Dallmann  
Minister der Finanzen

Brasch  
Minister für Volks-  
bildung, Wissenschaft  
und Kunst

gez. Grobbel  
Minister für Handel  
und Versorgung

v. Koerber  
Minister für Gesund-  
heitswesen

Peplinski  
Minister für Wirtschaft  
und Arbeit

gez. Beseler

Minister für Land- und Forstwirtschaft

Damit war die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg in eine überaus schwierige Lage versetzt. Man war sich darüber nicht im unklaren, was auf dem Spiele stand. Die Kirche war zu einer weittragenden Entscheidung genötigt. Die in jenen Tagen in Berlin-Spandau versammelte Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union sah sich genötigt, auch ihrerseits hierzu das Wort zu ergreifen (siehe oben S. 64). Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg nahm unmittelbar danach zu dem Inhalt des Schreibens vom 7. Dezember Stellung:

Evangelische Kirchenleitung  
Berlin-Brandenburg

Berlin-Charlottenburg, den 13. Dez. 1950

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Wir bestätigen hierdurch den Empfang Ihres an das Evangelische Konsistorium gerichteten Schreibens vom 7. Dezember 1950.

Inzwischen haben wir unsererseits an den Herrn Präsidenten des Brandenburgischen Landtags ein Schreiben gerichtet, von dem wir gewiß annehmen dürfen, daß es auch zu Ihrer Kenntnis gelangt ist. In diesem Schreiben haben wir ausführlich dargelegt, daß an der Behauptung, die Brandenburgische Kirchenleitung habe Pfarrer wegen ihrer politischen Haltung gemäßregelt und dadurch die Verfassung verletzt, kein wahres Wort ist. Daß Pfarrer, die aus völlig anderen, z. T. seit längerer Zeit vorliegenden Gründen von ihrer Kirchenbehörde zur Rechenschaft gezogen werden, sich plötzlich zu Märtyrern einer politischen Überzeugung erklären,

können wir nicht verhindern. Wir haben das im Jahre 1933 erlebt und erleben es jetzt wieder, zum Teil von denselben Pfarrern. Das ändert jedoch nichts daran, daß derartige Behauptungen irreführend sind. Wir dürfen die ernstliche Bitte aussprechen, daß die Regierung des Landes Brandenburg derartige falsche Informationen nicht aufnehmen und sie irgendwelchen Entschliefungen zugrunde legen möchte.

In Ergänzung zu dem, was die Kirchenleitung an den Herrn Landtagspräsidenten geschrieben hat, geben wir noch ein Beispiel für die Haltlosigkeit solcher Behauptungen. Vor einigen Monaten hatte Pfarrer Kehnscherper-Freienwalde eine seelsorgerliche Besprechung mit dem unterzeichneten Bischof. Zum Schluß dieser Besprechung sagte der Bischof dem Sinne nach: „Wir werden wegen Ihrer politischen Betätigung nichts unternehmen, weil wir so etwas grundsätzlich nicht tun; ich rate Ihnen aber um Ihrer selbst willen, sich nicht in politische Arbeit zu verlieren, sondern sich auf das zu konzentrieren, was Ihr eigentlicher Beruf als Geistlicher ist!“ Zwei Tage später verkündete Pfarrer Kehnscherper öffentlich unter Bruch der bei einem seelsorgerlichen Gespräch selbstverständlichen Vertraulichkeit: es sei für ihn eine befreiende Stunde gewesen, als ihm sein Bischof den Weg für seine politische Tätigkeit freigegeben habe! Jetzt spricht derselbe Pfarrer Kehnscherper plötzlich von Bedrückung der Gewissen und von Verfolgung aus politischen Gründen! Dabei ist inzwischen in bezug auf ihn selbst nichts weiter geschehen, als daß Pfarrer Kehnscherper sein Versprechen, zum 15. Oktober Freienwalde zu verlassen, wenn bis dahin der Friede in der Gemeinde nicht hergestellt sei, nicht gehalten hat und die Kirchenbehörde nunmehr, um dem unausgesetzten Streit in der Gemeinde ein Ende zu machen, seine Versetzung hat in die Wege leiten müssen — eine Maßnahme, die nach dem Wortlaut des betreffenden Gesetzes keinen disziplinarischen Charakter trägt.

Wir entnehmen Ihrem Schreiben, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, daß Sie in Übereinstimmung mit dem Herrn Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik ein friedliches Einvernehmen zwischen dem Staat und der Evangelischen Kirche wünschen und es bedauern würden, wenn es zu unfreundlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden kommen würde. Wir teilen diesen Wunsch. Die Kämpfe, die die Kirche unter einem vergangenen Regime zu bestehen gehabt hat — die übrigens für die Kirche keineswegs nur unerquickliche Folgen gehabt haben —, sind noch in frischer Erinnerung. Weil aber schon einmal die Auseinandersetzungen mit der Kirche mit der völlig grundlosen Behauptung begonnen haben, die Kirche habe die Verfassung verletzt, wollen Sie es freundlichst verstehen, daß wir größten Wert darauf legen, daß in aller Öffentlichkeit unmißverständlich festgestellt wird:

1. Es ist niemals ein evangelischer Geistlicher gemäßregelt worden, weil er für die Sicherung des Friedens und für die Ziele der Nationalen Front eingetreten ist.

2. Die Leitung der Evangelischen Kirche hat niemals einen Schritt

unternommen, der die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verletzte.

3. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt, daß jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbständig nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze ordnet und verwaltet. Ein staatlicher Eingriff in Verwaltungs- und Disziplinarmaßnahmen der Kirche würde mit dieser Verfassungsbestimmung unvereinbar sein.

In der Erklärung des Ministerrats wird über dies alles hinaus behauptet, daß die Kirchenleitung Pfarrer zu „verfassungswidrigem Handeln“ genötigt habe und „offensichtlich von antideutschen Kreisen beeinflusst sei“. Das ist eine so schwere und völlig aus der Luft gegriffene Beschuldigung, daß die Kirchenleitung es ablehnen muß, darüber ein weiteres Wort zu verlieren.

Das von Ihnen an uns gerichtete Ersuchen, den Sitz der Leitung der Kirche für das Land Brandenburg nach der Stadt Brandenburg zu verlegen, wird unserer bevorstehenden Provinzialsynode vorgelegt werden. Nach der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, die, bevor sie in Kraft gesetzt wurde, sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht wie auch der Brandenburgischen Staatsregierung vorgelegen hat, bestimmt die Kirche über ihre Ordnung allein und ist in der Gestaltung ihrer Einrichtungen unabhängig. Das entspricht auch der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dadurch wird eine freundschaftliche Verständigung mit den Regierungsstellen gewiß nicht ausgeschlossen. Nur werden alle Bemühungen um eine solche Verständigung auf das schwerste belastet, wenn der Staat sein Ersuchen mit der Ankündigung verbindet, daß er zu finanziellen Zwangsmaßnahmen greifen werde, wenn die Kirche nicht bis zu einem bestimmten Termin seinem Ersuchen nachgekommen sei. Unter Druck kann eine Synode der Evangelischen Kirche nicht handeln. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß die angekündigten Maßnahmen nicht zur Ausführung kommen werden.

Auch daß gleichzeitig propagandistisch vorgegangen wird und daß politische Beauftragte umherreisen, um die einzelnen Pfarrer zu Äußerungen zu bewegen, die eine Entscheidung der Provinzialsynode vorwegnehmen sollen, muß die Verständigung erschweren. Und wenn in vertraulichen Besprechungen und in öffentlichen Verlautbarungen neue Kirchenwahlen auf Grund von neuen Wahlbestimmungen gefordert werden, so wollen Sie uns die Bemerkung gestatten, daß derartige Wahlen nicht nur der rechtlichen Ordnung der Kirche widersprechen, sondern auch ihren Bekenntnisstand verletzen würden.

Im übrigen glauben wir mit Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, einig zu sein in der zuversichtlichen Hoffnung, daß die gegenwärtige Aufspaltung unseres deutschen Vaterlandes in verschiedene Staatsgebiete in naher Zukunft überwunden und daß die von uns allen so oft und dringlich geforderte Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege wiederhergestellt werden wird. Die Frage, an welchem Ort die Kirchenleitung



*Berlin-Brandenburg ihren Sitz hat, könnte in kurzer Zeit ihre Bedeutung verlieren.*

*Wir geben dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck, daß Ihnen, Herr Ministerpräsident, und unserm gesamten, so schwer geprägten Volke die bevorstehende Weihnachtszeit einen wirklichen Segen bringen möchte!*

*gez. D. Dr. Dibelius*

*An Herrn Ministerpräsident Jahn, Potsdam.*

Während man allenthalben nun mit Spannung auf den Ausgang dieses Konfliktes wartete — die Synode von Berlin-Brandenburg wurde einberufen, um die entscheidenden Beschlüsse zu fassen —, kam es aus dem politischen Raum zu einer überraschenden Wendung. Die politische Weltlage schien ein Gespräch zwischen den beiden Staatsgebilden in Deutschland über die Frage eines einheitlichen deutschen Staates zu gebieten. Und das zu vermitteln, war in Deutschland keine andere Instanz so geeignet wie die Evangelische Kirche bzw. der Vorsitzende des Rates der EKD Bischof Dibelius. Auch durfte ein Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschland nicht durch einen Kirchenkonflikt in der DDR belastet werden. Die Leidenschaft, mit der von den politischen Stellen der Ostzone die Ingangsetzung dieses Gesprächs betrieben wurde, läßt es verstehen, daß darüber alles andere zurücktreten mußte. Hinzu kam, daß Bischof Dibelius sich im Einverständnis mit den zuständigen kirchlichen Organen grundsätzlich bereit erklärte, seinerseits für eine Vermittlung des gesamtdeutschen Gesprächs zur Verfügung zu stehen. In dieser Situation um die Jahreswende ist es verständlich, daß es zu einer leichten Entspannung kommen konnte. Die Provinzialsynode faßte freilich ihre Beschlüsse Anfang Februar im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung und der Tragweite ihrer Entscheidung, ohne sich darüber in Illusionen zu wiegen, daß die augenblickliche Lage eine wirkliche Wendung in sich schloße.

Der Beschluß der Synode hat folgenden Wortlaut:

*Die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nimmt davon Kenntnis, daß der Herr Ministerpräsident des Landes Brandenburg die Forderung erhoben hat, den Sitz der Kirchenleitung für das Land Brandenburg in das Gebiet dieses Landes zu verlegen. Sie nimmt ferner Kenntnis von der Antwort, die die Kirchenleitung dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Landtagspräsidenten auf die im Landtag und von der Regierung erhobenen Anschuldigungen gegeben hat. Sie dankt der Kirchenleitung, daß sie in ihrer Antwort diese Vorwürfe als unbegründet zurückgewiesen und die Freiheit der kirchlichen Entscheidung gewahrt hat. Die Freiheit der Kirche, ihre Ordnungen allein gemäß ihrem kirchlichen Auftrag zu gestalten, ist gegründet im Gehorsam des Glaubens, den sie ihrem Herrn schuldig ist. Für diese Freiheit hat die Kirche in der*



Vergangenheit gekämpft und gelitten. Sie darf sie auch nicht wieder preisgeben.

Die Provinzialsynode stellt mit Dank gegen Gott fest, daß die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg in ihrer von Gott geschenkten Lebensgemeinschaft die beiden Teile Berlins umfaßt und darüber hinaus eine lebendige Verbindung der Hauptstadt Deutschlands mit dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik darstellt. Angesichts dieser Tatsache weiß sich die Kirche, der die Botschaft von der Versöhnung aufgetragen ist, in besonderer Weise verpflichtet, der gegenseitigen Verständigung der Menschen hinüber und herüber den Weg zu bereiten, Haß und Mißtrauen zu überwinden und so alles zu tun, was dem Frieden dient. Sie empfindet diese Verpflichtung um so dringender, als gerade in der Gegenwart das Verlangen unseres Volkes, wieder vereinigt zu werden, mit elementarer Gewalt durchgebrochen ist.

So ist die Provinzialsynode gewillt, das kirchliche Band, das sich hier um politisch getrennte Gebiete schlingt, fester zu halten als je zuvor und den Dienst am Evangelium in der Einheit des Glaubens, aber auch in der Einheit ihrer gesamten kirchlichen Arbeit zu tun. Sie bittet den Herrn der Kirche, unter dessen Wort und Weisung sie steht, ihr diese innere und äußere Einheit in Gnaden zu erhalten.

Dabei bemerkt sie im einzelnen folgendes:

1. Eine „Westberliner Kirchenleitung“ gibt es nicht. Es gibt nur eine Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, deren Mitglieder teils in West-Berlin, teils in Ost-Berlin und teils im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik wohnen. Daß die Sitzungen dieser Kirchenleitung bisher in West-Berlin stattgefunden haben, hat lediglich den Grund, daß sich in West-Berlin das einzige ihr erhaltene kirchliche Verwaltungsgebäude befindet. Es bleibt der Kirchenleitung überlassen, ihre Sitzungen künftig abwechselnd im westlichen und im östlichen Währungsgebiet zu halten, wie es z. B. der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland von Anfang an getan hat.

2. Dem verständlichen Wunsch der Brandenburgischen Landesregierung, an ihrem Sitz jederzeit mit einem Vertreter der Kirchenleitung persönlich Fühlung nehmen zu können, ist dadurch Rechnung getragen, daß seit 1946 Potsdam der Amtssitz des Generalsuperintendenten der Kurmark ist, der der Kirchenleitung angehört.

3. Berechtigten währungspolitischen Anliegen ist dadurch Genüge getan, daß für den Bereich der Ostwährung eine besondere kirchliche Finanzverwaltung im Demokratischen Sektor Berlins eingerichtet worden ist.

Die Provinzialsynode ist der Meinung, daß eine Kirche, die in drei verschieden gestalteten Staatsgebieten lebt, damit alle Ansprüche erfüllt hat, die billigerweise von staatlicher Seite an sie gestellt werden können. Auch die von der Provinzialsynode neu gewählte Kirchenleitung wird bemüht sein, zu allen Regierungsstellen, mit denen sie es zu tun hat,

*dasjenige loyale Verhältniß zu wahren, das sie nach ihrem Bekenntnis bejahet und erstrebt.*

*Die Not der Zerreißung unseres deutschen Vaterlandes in zwei Teile und die damit heraufbeschworenen Gefahren einer katastrophalen kriegesischen Auseinandersetzung in der Völkerwelt lasten als ein schwerer Druck auf den Herzen unseres Volkes.*

*Wir haben mit Dank davon Kenntnis genommen, daß der Bischof unserer Kirchenprovinz sich öffentlich bereit erklärt hat, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West zu übernehmen. Wir bitten ihn, in den Bemühungen um die Einheit unseres Vaterlandes und um den Frieden der Welt nicht nachzulassen; denn wir wissen, daß nicht nur seine Person für eine solche Arbeit der Verständigung geeignet ist, sondern daß auch sein Amt als Bischof von Berlin und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ihm hierfür eine besondere Verpflichtung auferlegt. Wir wünschen ihm von ganzem Herzen, daß seine Bemühungen von Gott gesegnet sein möchten.*

*Die Synode bittet die Mächte, die unser Land besetzt halten, dem gefährlichen Zustand der Zertrennung Deutschlands so schnell wie möglich ein Ende zu machen und unser Volk in den Stand zu setzen, sich selber wieder in Freiheit zur Einheit zusammenzuschließen. Nur so kann es selbst zum Frieden kommen und zur Stärkung des Friedens in der Welt helfen.*

#### 4. Kapitel

### Die Auseinandersetzung über die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands

Die kirchliche Zeitgeschichte des Jahres 1950 ist ganz wesentlich durch die leidenschaftliche Auseinandersetzung über die Frage bestimmt, welches die kirchliche Stellungnahme zu einer etwaigen Wiederbewaffnung Deutschlands zu sein habe. Im Westen war dies durch Monate hindurch das Hauptthema in den Gesprächen, Versammlungen und Veröffentlichungen. Hier stand die evangelische Kirche mitten in einer Erprobung ihrer öffentlichen, politischen Verantwortung, von der sie erst kurz vorher wieder zu reden angefangen hatte. Wirkliches Neuland mußte jetzt betreten werden. Man begab sich in die Arena der Welt, in die Mitte politischer Gegensätze, ja in den Streit der Weltmächte. Auf diesem Boden ein christliches Zeugnis, ein kirchliches Wort zu sagen, war etwas durchaus Ungewohntes. Im Bereich des politischen Lebens hatte die Kirche Wort und Tat gern den Politikern überlassen, ja sogar die Lehre verfochten, daß man diesen Bereich der Sachverständigkeit der Politiker überlassen müsse. Wenn man nun aber in der Öffentlichkeit das Wort der Kirche, die Stellungnahme der EKD usw. erwartete, so mußte man enttäuscht, erschrocken, ja bestürzt feststellen, daß es ganz anders kam. Es kam zu einem ganzen Chor von Stimmen, die durchaus nicht einstimmig waren. Alles sah nach Verwirrung, Streit, Widereinander, Auseinanderfallen aus. Aber so gewiß das alles auch vorhanden war, so gewiß mußte man lernen, daß es in der evangelischen Kirche nicht einfach die Stellungnahme der Kirche — repräsentiert durch irgendeine kirchliche Instanz — gibt. Es gehört zu ihrem Wesen, daß sie als Gemeinde unter dem Wort eine Gemeinde im Gespräch ist, die im Bemühen miteinander, auch widereinander um die rechte Antwort ringt. Jedes Wort, das hier gesprochen wird, ist Zeugnis, Rat, Anfrage, ja ein Wort, das sich an den Bruder wendet, ihn fragt, aufruft, dem einen Wort zu glauben und zu gehorchen, über das kein kirchliches Wort verfügt.

Die Frage: Was sollen wir tun? Wie sind wir dem an uns ergehenden Willen Gottes gehorsam? stand im Vordergrund. Also die „ethische“ Frage als Frage des Glaubensgehorsams in der politischen Welt. Hierüber ist wohl selten so eindringlich in der evangelischen Christenheit nachgedacht und miteinander geredet worden wie im vergangenen Jahr.

Wir haben in unserer Zeitgeschichte nicht die Aufgabe, ein theologisches Gutachten über diese Auseinandersetzung zu versuchen oder ein Kapitel christlicher Ethik über Krieg und Frieden, Militär und Polizei, Staat und Kirche oder gar über das Verhältnis der beiden Regimente zu schreiben, sondern in den wichtigsten Dokumenten ein Bild zu geben, wie sich die evangelische Kirche um eine Antwort auf die gestellten Fragen bemüht hat.

Schon am Anfang des Jahres, nachdem der Rat der EKD das Thema der Synode angekündigt hatte: Was kann die Kirche für den Frieden tun?, gab eine Erklärung der „Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft“ den Auftakt zum Thema des Jahres mit einem Aufruf an alle Deutschen, zur Erhaltung des Friedens den Kriegsdienst in jeder Form zu verweigern:

*Die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft für Deutschland hat auf ihrer Tagung in Berlin am 31. Januar 1950 beschlossen, die folgende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:*

*Wir sehen, daß die Mauer zwischen Ost und West, die mitten durch das deutsche Land und Volk geht, immer höher wird, daß diesseits und jenseits dieser Mauer die Mächte gegeneinander rüsten, und wir müssen damit rechnen, daß diese Maßnahmen die Katastrophe, der sie begegnen wollen, gerade auslösen werden. Wir sind dabei, aus Angst vor einem kommenden Krieg mitten in ihn hineinzutreiben.*

*Es steht nicht in unserer Macht, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Aber jeder ist gefragt, ob er einen Krieg für eine Lösung des weltpolitischen Konfliktes hält. Ein Krieg, wie er auch ausgeht, würde keine Lösung der umstrittenen Probleme bedeuten. Vernichtung und Opfer von unvorstellbarem Ausmaß werden in einem künftigen Krieg auch den Sieger um jeden Gewinn bringen. Wer aber damit rechnet, daß dieser Krieg früher oder später doch hereinbrechen müsse, arbeitet damit schon auf diesen hin.*

*Gestern wurde die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes in einem Krieg gesucht. So ist es zur heutigen Lage gekommen. Diesen Weg dürfen wir morgen nicht von neuem gehen. Darum bitten wir die Regierungen und die Glieder unseres Volkes, mögen sie parteipolitisch, berufsständisch, gewerkschaftlich, kirchlich gebunden sein oder nicht: Tut das, was heute uns Deutschen möglich und geboten ist, um den Krieg zu verhindern:*

*Lehnt jede Aufforderung oder Erlaubnis zur Wiederaufrüstung Deutschlands ab. Widersteht jeder offenen oder geheimen Vorbereitung dazu. Verzichtet heute auf alles Soldatentum. Verweigert den Kriegsdienst in jeder Form.*

Zunächst wurde dieser Ruf noch nicht aufgenommen. Die Sache erschien noch nicht aktuell. Im übrigen klang gerade die Erregung ab, die um die Jahreswende durch die Äußerungen Niemöllers und Grubers<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1949, S. 255 ff.



entstanden war. Erst im Frühjahr, im Zusammenhang mit der Synode der EKD in Berlin, kam die Frage mehr und mehr in Fluß. Das Wort der Synode zum Frieden (siehe S. 7) enthielt einige Formulierungen, die in erstaunlichem Maße über das hinausgingen, was bisher die evangelische Kirche hierüber zu sagen gewagt hatte. Unmittelbar vor der Synode hielt Niemöller in der Marienkirche zu Berlin bei einem Laien-tag einen Vortrag, in dem er aktuell und konkret zur Lage Deutschlands Stellung nahm und zu einem ganz bestimmten christlichen Verhalten aus Glauben in dieser Lage aufrief. Wir bringen das Wesentliche dieses Vortrags, einmal weil es nötig ist, festzuhalten, was Niemöller wirklich gesagt hat, zum andern, weil in diesem Wort der Inhalt seiner an zahlreichen Orten Deutschlands gehaltenen und ungeheuer wirk-samen Reden des Jahres 1950 beschlossen ist.

*Schwestern und Brüder! Wir Deutschen leben zwischen West und Ost, daran können wir nichts ändern. Wir sind trotz aller unserer nahen Beziehungen zu unserem westlichen Nachbarn trotzdem nicht westlich, und wir werden keine westlichen Menschen dadurch, daß wir für den Westen optieren. Wir Deutsche sind nun einmal auch keine Bestandteile der östlichen Welt, und wir werden es auch nicht dadurch, daß wir für den Osten optieren; aber wir sind dem Osten näher als die Menschen im Westen, nicht nur räumlich, sondern auch geistig und seelisch. Wir sind immer die Nachbarn des Ostens gewesen und werden es immer bleiben.*

*Nein, in dieser Frage: Ost oder West, die uns gestellt wird, steckt eine andere Frage. Jene Frage ist falsch und unecht, aber darin steckt eine echte Frage, und die geht uns Deutsche in unserer Not wirklich an: Diese echte Frage heißt: Kriegsschauplatz oder Brücke? Eins von beiden werden wir Deutsche, solange es einen deutschen Menschen in der Welt gibt, immer sein in der Auseinandersetzung und in der Begegnung zwischen Ost und West: Wir werden Kriegsschauplatz sein, auf dem sich West und Ost als Feinde begegnen, oder wir werden Brücke sein, auf der wir einander friedlich begegnen. Wir können weder nach dem Westen flüchten, noch können wir im Osten unsere Zuflucht suchen; wir sind da, wo Gott uns als deutsche Menschen hingestellt hat. Wir können hier nicht fort, und vielleicht ist diese Not nach dem Willen Gottes auch unsere Gelegenheit! Kriegsschauplatz werden wir ganz von selbst, wir brauchen nichts dazu zu tun, brauchen nur abzuwarten, dann werden wir es. Um Brücke zu werden, müssen wir selbst etwas tun. Wir müssen langsam anfangen, daran zu gehen, was wir seit Jahrhunderten nicht mehr versucht haben, wir müßten die Brücke zu bauen versuchen, wir deutsche Menschen. Es hängt damit alles an der Frage, ob wir selbst noch etwas Eigenes sind, wir Deutsche, ob wir noch einen eigenen Auftrag haben, ihn erkennen und anzufassen uns getrauen. Weigern wir uns, den Auftrag anzuerkennen, dann werden wir Kriegsschauplatz sein. Wenn wir der Furcht nachgeben und auf die Flucht gehen und hereinfallen auf die Parole: Ost oder West, oder teils dem Osten und teils dem Westen uns verschreiben, dann wird eben die Brücke nicht gebaut.*

*Dann bringen wir selber das Schicksal über uns, vor dem uns angst und bange ist.*

*Das ist unsere Not, die Not der Deutschen, daß es weder beim Osten noch beim Westen eine Rettung für uns gibt, und in dieser Not wird uns das Angebot Gottes dargereicht. Warum glauben wir es Gott nicht, was er uns in Jesus Christus sagen läßt, und das meine ich jetzt ganz nüchtern: Warum predigen wir nicht das, was wir als Christenmenschen, die Deutsche sind, in dieser Situation zu predigen haben, uns selbst zu sagen haben und was wir nach dem Westen und nach dem Osten sagen sollten?! Wenn man uns Freiheit verspricht für den Fall, daß wir uns dem Westen zuwenden, dann müssen wir doch die Frage nach der Gerechtigkeit aufwerfen, und zwar in aller Deutlichkeit, so wie sie uns in Jesus Christus begegnet, nach der Gerechtigkeit, die so nicht langt. Und wenn man uns das System der sozialen Gerechtigkeit empfiehlt und uns damit für den Osten und eine Option für den Osten ködern will, so werden wir dem Osten mit aller Klarheit und Einfalt die Frage nach der Freiheit stellen müssen. Wir wissen doch aus Erfahrung, wie Freiheit und Gerechtigkeit zueinander gehören, und wie Freiheit und Gerechtigkeit zu Waffen der Gewalt und zu Waffen der Willkür werden, wenn wir sie mißbrauchen für eigene menschliche Zwecke und nicht gebrauchen im Dienste dessen, der frei macht und rechtfertigt. Wir haben das ja eben gesehen: es gibt keine echte Freiheit auf Kosten der Gerechtigkeit, es gibt auch keine echte Gerechtigkeit auf Kosten der Freiheit. Ist uns im Evangelium nicht beides geboten, angeboten und aufgegeben, die Gerechtigkeit Gottes unter den Menschen zu leben und die Freiheit Gottes unter uns Menschen zu leben!*

*Wir sind von Gott als deutsche Menschen mit unserer Not in die Mitte gestellt. Hier werden wir stehen, hier sollen wir wirken als deutsche Menschen, die wir immer noch sind, als Menschen, die den Ruf Gottes hören sollten, als Menschen, die hier Gott gehorchen sollten und nicht den Stimmen, die von außen kommen, auch nicht den Stimmen, die aus dem eigenen trotzigem und verzagtem Herzen kommen. Freunde, wir sind doch hoffentlich fertig mit allen Träumen von einer eigenen Machtpolitik, wir sind doch hoffentlich fertig mit allen unseren Versuchen, die Welt dadurch in ein Paradies zu verwandeln, daß wir mit unseren Ideen, Plänen und Programmen so etwas anzufassen versuchen! Wir sind ja doch bankerott, und wir sollen diesen Bankerott eingestehen und auf die Konkursmasse verzichten. Machtpolitik ist nichts mehr für uns, Ideologien, menschliche Programme, die Welt in ein Paradies zu verwandeln, nichts mehr für uns! Gott hat uns in die Schule genommen, uns deutsche Menschen mit unserer Not. Über diese Dinge lassen wir erst einmal Gott reden und Gott handeln, und zwar abschließend und endgültig reden und handeln. Wir sollten allmählich etwas davon gelernt haben, daß Gott jeden Turmbau zu Babel wieder in den Boden stößt, daß Gott gegen alle Machtpolitik irgendwann zu Felde zieht und Einhalt gebietet, und daß Gott allen Herrlichkeitsträumen der Menschen und ihrer Gedanken ein Ende setzt. Warum? Weil Gott, als er den Menschen*

schuf, nicht an einen Übermenschen dachte, sondern an ein Geschöpf, das sein Ebenbild trüge und das sein Kind sein sollte im Vertrauen und im Gehorsam. Es sollte uns deutlich geworden sein, daß es Gott um diesen Menschen geht, um diesen Menschen, der wirklich sein bescheiden Teil in diesem Leben dazu beitragen will, daß wir Menschen einander als Kinder Gottes begegnen und ehren und dienen. Wir wissen das, weil uns ja die Botschaft von dem Menschensohn gegeben ist, der zugleich der eine und wahre Gottessohn ist, weil wir wissen, daß Gott den Menschen liebt und nicht unsere Träume und unsere Pläne, sondern wirklich den Menschen selbst, und ihn so liebt, daß er um des Menschen willen zum Knecht wurde und um des Menschen willen den einen Menschen und einen Gottessohn opferte. Die Not der Deutschen als Verheißung, Freunde, wir wissen mehr davon in unserer Not, wir sollten und könnten mehr davon wissen in unserer Not als Menschen irgendwo sonst heute in der Welt, die noch an Machtpolitik glauben oder noch an eine Ideologie. Wir haben bloß noch einen Boden, auf dem wir glaubend, vertrauend, zuversichtlich und hoffend stehen können, nämlich auf diesem Boden, den Gott uns in Jesus Christus unter die Füße gibt. Die Gemeinde Jesu Christi hat wahrhaftig keine Angst vor dem Osten zu haben, wir haben wahrhaftig keine Hoffnungen in den Westen zu setzen. Zu dem Evangelium von Jesus Christus kann der Westen nichts dazutun und der Osten kann nichts davon nehmen. So euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei, und wem Gott seine Gerechtigkeit schenkt in Jesus Christus, der weiß, daß all unsere Gerechtigkeit doch bloß ist wie ein unflätiges Kleid, und daß es Zeit ist, das auszuziehen. Es geht Gott um den Menschen. Das wissen die Menschen heutzutage nicht und müssen es doch wissen, damit sie wieder Menschen werden. Die Not der Deutschen bedeutet eine Aufgabe für uns, liebe Freunde, sie bedeutet die Aufgabe, daß wir ein Zeugnis auszurichten haben für den Gott, dem wir gehören, für den Vater unseres Herrn Jesus Christus, dem wir gehorchen. Wir haben die Botschaft auszurichten, daß es keine höheren Zwecke in dieser Welt gibt. Die höheren Zwecke einer westlichen Kultur sind keinen Menschen wert, und die höheren Zwecke einer östlichen Programmatik sind keinen Menschen wert; denn der Mensch war ja so viel wert, daß Gott seinen eingeborenen Sohn gab. Wir haben keine Menschenopfer zu bringen für höhere Zwecke der Politik, auch nicht des Krieges oder der Wirtschaft oder der Kultur, die am Ende doch in der Unkultur umkommen muß. Das, was in der Politik, was in dieser vergehenden Welt geschieht, findet nur da Gottes Segen, wo es dem Menschen hilft, in sich selbst und im Bruder das Ebenbild Gottes wiederzufinden.

Jawohl, wir stehen zwischen den Mühlsteinen und sollten hier zwischen den Mühlsteinen ganz getrost stehen und an keine Flucht nach der einen oder nach der anderen Seite denken, sondern hier zwischen den Mühlsteinen das tun, was uns vor die Hand kommt, aber es tun als Menschen, die da wissen: wir sind Gottes Kinder, und es kann uns nichts geschehen, als was er hat ersehen und was mir heilsam ist. Ich habe eine Aufgabe,



24 Stunden am Tage, nämlich als Mensch unter Menschen zu leben, in den kleinen und großen Dingen, die Gott zu tun mir aufgibt, und wo Gott mir eine Tür auftut, durch die ich gehen kann. Wir haben nicht zu optieren, wir haben nicht unser Heil zu erwarten vom Westen oder vom Osten; denn unser Heil ist da, ist da in Jesus Christus.

Liebe Schwestern und Brüder! Vielleicht denkt mancher: der Pastor Niemöller ist doch ein Schwärmer, er rechnet nicht mit der Wirklichkeit. Nun, haltet es mir zugute, ich kenne etwas von den Härten der Wirklichkeit. Aber gerade unter diesen Härten der Wirklichkeit sind mir die Augen dafür aufgegangen, daß das trotzig und verzagte Menschenherz der allerschlechteste Berater ist in dem, was wir tun und lassen sollen, daß unser Vertrauen in den Gott, der schon alles für uns getan hat, uns immer wieder eine Möglichkeit gibt, eine Tür zu finden, die ins Freie führt, wenn vielleicht auch nur für den allernächsten Schritt.

Mit dem Beginn des Koreakrieges trat die innerdeutsche Auseinandersetzung über die Frage des Friedens in die entscheidende Phase. Im Osten vollzog sich der Propagandafeldzug für die Weltfriedensbewegung. Im Westen begann die Remilitarisierungsdebatte. Auch auf dem Essener Kirchentag gab es in dem Ausschuß über die Flüchtlingsfrage eine leidenschaftliche Aussprache. Hier wurde vor allem von der Unlösbarkeit der sozialen Not her gegen eine Remilitarisierung Deutschlands argumentiert. Der Rat der EKD, der zum Kirchentag versammelt war, hielt den Zeitpunkt für gekommen, neben einem Appell an die UNO zum Frieden ein Wort zur Frage der Wiederaufrüstung zu sagen:

Essen, den 27. 8. 1950

### *Der Rat der EKD zur Frage der Wiederaufrüstung*

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Essen zur Beratung versammelt, hat folgende Erklärung beschlossen:

1. Jesus Christus spricht: Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden! Das Wort gilt heute, wie es immer gegolten hat. Er hat seine Gewalt an niemanden abgetreten, weder an sogenannte unentrinnbare Entwicklungen noch an die „stärkeren Bataillone“. Er sitzt im Regiment. Darum sind wir auch in diesen ernsten und bewegten Tagen ruhig und getrost. Angst ist Unglaube und bringt die Gefahr des Krieges näher. Christliche Glaubenszuversicht ist eine reale Macht des Friedens!

2. Die Vorgänge im fernen Osten haben gezeigt, daß der Friede durch nichts so sehr bedroht wird, als wenn man ein Land durch willkürliche Grenzziehung in zwei Teile aufgespaltet hält. Es ist die entscheidende Probe darauf, ob die Friedensbeteuerungen politischer Mächte ehrlich gemeint sind oder nicht, daß sie sich bereit finden, diesen gewaltsamen Aufspaltungen überall ein Ende zu machen, auch in Deutschland. Wir halten es für eine Pflicht der Vereinten Nationen, darauf unablässig hinzuwir-



ken und praktische Hilfeleistung dafür anzubieten. Hier darf es keinen Aufschub geben. Es darf nicht zum zweiten Male heißen: Zu spät!

3. Jedes geordnete Staatswesen bedarf eines ausreichenden Polizeischutzes gegen die, die Ordnung und Frieden zu untergraben versuchen, und wer sich als Christ in seiner Verantwortung vor Gott gedrungen weiß, in den Dienst dieser Aufgabe zu treten, darf sich dabei eines guten Gewissens trösten.

Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwergerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. In jedem Fall aber muß derjenige, der um seines christlichen Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten.

4. Die Kirche Jesu Christi steht für den Frieden, und sie ist gewiß, daß jedes Glied der christlichen Gemeinde dazu helfen kann und helfen soll, daß der Friede bewahrt bleibt. Keine Macht der Welt wird leichtthin wagen, den Frieden zu brechen, wenn sie einer entschlossenen, inneren Abwehr im eigenen Volk begegnet. Es kommt alles darauf an, daß wir uns nicht durch eine verlogene Propaganda beirren lassen, daß wir allen Versuchen, uns und unsere Kinder in eine Gesinnung des Hasses hineinzutreiben, ein entschlossenes Nein entgegensetzen und uns weder an Kriegshetzerei noch an Angstpsychosen mitschuldig machen.

Dies alles gilt insbesondere von einem gewaltsam zerspaltenen Volk. Deutsche Brüder und Schwestern: Redet Gutes voneinander, auch über den Eisernen Vorhang hinweg! Vertraut einander und haltet Gemeinschaft miteinander! Daß Deutsche jemals auf Deutsche schießen, muß undenkbar bleiben.

Wo Christen ehrlich den Frieden suchen, wird Gott seinen Segen nicht versagen. Zu ihm erheben wir Herz und Hände. Herr Gott, gib Frieden unserem Lande! Gib Frieden dieser ganzen bedrängten Welt!

Eben in diesen Tagen kam es zwischen dem Bundeskanzler Adenauer und dem Innenminister Dr. Heinemann über dieser Frage zur Krise, die schließlich zum Bruch führte. Dr. Heinemann erklärte am 31. August seinen Rücktritt wegen des Vorgehens des Kanzlers bei der Überreichung eines Sicherheitsmemorandums an die Westmächte, in dem von einer Bereitschaftserklärung zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag die Rede war. Gleichzeitig erweckten gewisse Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der geplanten Bildung einer Bundespolizei getroffen wurden, den Eindruck, als wäre man schon bei einer Vorbereitung zur Wiederherstellung einer neuen deutschen Wehrmacht sowie eines Anteils der deutschen Industrie an einer westlichen Ausrüstung. Da ergriff zuerst der Bruderrat der EKD namens der Be-

kennenden Kirche bei seiner Sitzung am 29. September in Darmstadt das Wort, das er unter der Leitung Niemöllers nach einer Aussprache über einen Vortrag von Professor Dehn über Christ und Krieg beschloß.

#### *Wort des Bruderrates der EKd zur Wiederaufrüstung*

*Die gegenwärtigen Bestrebungen für eine Wiederaufrüstung Deutschlands nötigen uns, folgendes zu erklären:*

*Seit Jahren hat die EKd in wiederholten feierlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß die gewaltsame Aufteilung Deutschlands eine ständige und akute Friedensbedrohung darstellt. Sie hat ebenso unmißverständlich erklärt, daß auf eine gewaltsame Änderung dieses Zustandes keine Hoffnungen gesetzt werden dürfen: „Auf der Gewalt ruht kein Segen“ (Synode von Eisenach 1948). Schließlich hat sie durch den Mund ihres Rates aus Anlaß des Kirchentages in Essen ausgesprochen: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt.“ Das gilt im gegenwärtigen Augenblick für die Aufstellung deutscher Verbände innerhalb einer westeuropäischen Armee nicht weniger als für die Schaffung einer eigenen deutschen Wehrmacht. Dies gilt in der gleichen Weise für alle ähnlichen Bestrebungen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs. Die Evangelische Kirche hat damit ohne Zweifel die Überzeugung und den Willen der überwiegenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes bekundet.*

*Wir wiederholen in diesem Augenblick die ernste Frage der Synode der EKd in Berlin 1950, ob ein deutscher Mann heute in dieser Lage mit gutem Gewissen eine Kriegswaffe in die Hand nehmen darf, und wiederholen dringend die Forderung an die eigenen deutschen Regierungen wie an die Obrigkeit der Besatzungsmächte, jeden, der den Waffendienst aus echten Gewissensgründen verweigert, nicht als Verbrecher zu behandeln, sondern ihn in seiner Gewissensentscheidung anzuerkennen und zu schützen. — Und wir bitten die Mächte, die heute die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen haben, zu hören, worum ein waffenloses Volk sie seit Jahren bittet: nicht erneut die Gewissen mit dem Verlangen nach Kriegsdienst in Not zu bringen, sondern jede, auch die kleinste, Möglichkeit wahrzunehmen, um miteinander den Frieden zu suchen und zu erhalten.*

*Unser eigentlicher Feind ist heute die Angst, und die Angst lähmt uns. Sie verführt uns dazu, immer nur auf den vermutlichen Feind und Angreifer zu blicken mit der Frage, wie wir uns ihm gegenüber sichern können, obwohl durch keine Sicherung unsere Angst behoben wird. So verschwenden wir die Reste unserer Kraft in Rüstungsaufgaben, die uns doch keine Sicherheit schaffen.*

*Wir Menschen in Europa haben heute eine große Verantwortung. Keine Macht und Gewalt kann uns das Erbe unserer abendländischen Vergangenheit erhalten, wenn wir nicht dieses Erbe in unserer Mitte wieder lebendig und wirksam werden lassen. Unser Miteinanderleben in Freiheit und Gerechtigkeit ist aufs äußerste bedroht, wenn wir eine Freiheit wollen unter*

*Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit oder wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen unter Preisgabe der Freiheit. Nur beides miteinander, Freiheit und Gerechtigkeit, ermöglicht ein menschenwürdiges Dasein.*

*Man wird uns die Freiheit, deren wir uns im westlichen Teil des deutschen Landes rühmen, so lange nicht wahrhaft glauben können, wie wir die großen sozialen Ungerechtigkeiten nur zögernd und unzulänglich angreifen: die schwerwiegende Frage des Loses der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Arbeitslosigkeit, des Jugendlends. Wir werden der Freiheit den besten Dienst tun, wenn wir alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, die hier liegenden Aufgaben zu lösen: echte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Lastenausgleich für Flüchtlinge und Ausgebombte, Arbeit für das Heer der Arbeitslosen, Mitbestimmung der Arbeitenden, Lehrstellenbeschaffung für Hunderttausende unbeschäftigter Jugendlicher. Dazu rufen wir alle Verantwortlichen und Regierungsstellen im Westen des deutschen Landes auf.*

*Wenn wir so zu zeigen vermögen, daß unsere Freiheit die soziale Gerechtigkeit nicht ausschließt, sondern vielmehr fordert, werden wir Festigkeit gewinnen gegenüber einer verführerischen Ideologie, die die Freiheit des Menschen für eine angebliche soziale Gerechtigkeit verkauft. Mit Verbotsmaßnahmen allein wird man dieser Gefahr niemals Herr werden können.*

*Auf diese Weise werden wir auch unseren Brüdern auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs, die im Machtbereich einer solchen Ideologie leben, am ersten helfen. Sie werden in dem Vertrauen gestärkt, daß es wirklich eine geistige Macht zur Überwindung dieser Ideologie gibt, und werden Hoffnung schöpfen, daß diese Überwindung auf geistigem Wege und auch ohne Waffengewalt geschehen wird. Wir tragen für unsere Brüder im Osten die Verantwortung und werden aus ihr nicht entlassen.*

*Indem wir so das christliche Erbe des Abendlandes heute wieder sichtbar und fruchtbar werden lassen, wirken wir der Angst entgegen und leisten damit zugleich den uns aufgetragenen und möglichen Beitrag zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens unter den Völkern.*  
*Darmstadt, den 29. September 1950.*

Die Wirkung dieses Wortes wurde freilich dadurch gehindert, daß einige Tage später ein freier Kreis von Vertretern „Kirchlicher Bruderschaften“, die innerhalb der Bekennenden Kirche einen besonderen Zusammenschluß darstellen, zu einer Tagung gleichfalls in Darmstadt zusammentrat und seinerseits eine Denkschrift zur Wiederaufrüstung als Flugblatt herausbrachte. Diese Denkschrift hatte ein außerordentliches Echo — und fand andererseits heftigsten Widerspruch. Wir wollen sie daher im Wortlaut wiedergeben:



Darmstadt, den 4. 10. 1950

### *Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung*

Allen Deutschen ist heute die Frage der Wiederaufrüstung mit größter Dringlichkeit vorgelegt. Die Entscheidung hierüber ist so folgenscher, daß sie nicht allein der Regierung überlassen werden darf, ohne daß die gehört werden, welche die Folgen zu tragen haben. Die Entscheidung ist aber auch so ernst, daß die Gemeinden sie nicht einfach dem schwachen oder starken Gewissen des einzelnen auf dem versuchungsreichen Kampffeld der öffentlichen Diskussion anheimstellen dürfen. Wir wenden uns darum an alle Gemeinden mit der Bitte, aufrichtig nach Gottes Willen zu fragen, und dabei unsere Gründe und unsere Entscheidung zu hören. Wir bitten die Pfarrer, die Gewissen zu unterrichten und zu stärken, denn die Versuchung ist groß. Wir können und dürfen jetzt nicht schweigen zu all der heimlichen und offenen Verführung, die heute — oft sogar unter Mißbrauch des Wortes Gottes — geschieht, damit wir nicht alle unversehens mitgerissen werden auf einen Weg der Verblendung und des Unheils.

Zwei Großmächte rüsten widereinander um des Gegensatzes ihrer Meinungen über Gerechtigkeit und Freiheit willen. Dieser Gegensatz hat unser Volk in zwei Teile zerrissen, die nun durch die Rüstung zu zwei Heerlagern gemacht werden sollen. Beide Teile werden umworben und gedungen, an diesem Konflikt teilzunehmen und so sich gegenseitig selbst zu Feinden zu werden in trotziger Abwehr oder gar in dem Willen, durch gewaltsamen Zugriff die Vereinigung im Sinne der einen oder anderen Macht zu erzwingen.

Noch sind wir arm und ohnmächtig, denn Gott hat uns die Waffen zerschlagen, die von uns zu Mitteln der Macht mißbraucht worden sind. Gott hat uns gewiß nicht dazu so furchtbar gedemütigt und doch noch gnädig erhalten, daß wir rasch wieder nach Reichtum und Macht trachten, ohne in Geduld einen neuen Weg zu suchen und zu gehen, um als Volk und Staat zu gesunden in Rechtschaffenheit und Zucht, in Menschlichkeit und Liebe. Wir Christen haben es in fünf Jahren versäumt, in solcher Mitverantwortung für Politik und Wirtschaft zu reden, zu raten und zu leben, selbstlos voranzugehen, den Hilflosen beizustehen und die Widerspenstigen zu warnen. Darum nehmen wir unsere Zuflucht zu Gott. Er allein hat uns geschlagen, er allein kann uns heilen und zurechtbringen. Im Schutze seiner Gnade schadet uns keine Armut und Ohnmacht, und ohne seinen Schutz hilft uns keine Großmacht der Welt und keine Rüstung. Uns dürfen nicht die Fleischtöpfe der Gunst, der Macht des Geldes, des Schutzes und der Bundesgenossenschaft irgendeiner Weltmacht locken, wenn daran die Bedingung geknüpft ist, bereit zu sein, unsere Arbeit, unser Gut und unser Leben in das Risiko ihres Konfliktes und Gegensatzes zu stecken. Mag uns durch Gottes Güte im Westen auch wieder und noch — wer weiß



wie lange? — mehr Freiheit und bessere Lebensmöglichkeit beschert sein als den Deutschen im Osten, so sind es dennoch fremde Händel, in die wir uns mischen, wenn wir uns dem Westen verschreiben und damit auch die Ostzone zwingen, sich entweder von uns gewaltsame Befreiung zu erhoffen oder sich gegen uns in die Kaserne und aufs Schlachtfeld führen zu lassen. Um so mehr würde auch die Ostzone gegen uns erhitzt werden und so noch mehr den Bestrebungen der Remilitarisierung der Westzone Vorschub leisten.

Seit wann haben wir solch einen armseligen Gott, der keine andere Möglichkeit hätte, einem ohnmächtigen und gespaltenen Volk zu helfen als die, daß er es an zwei feindliche Weltanschauungen, Staats- und Wirtschaftssysteme ausliefern müßte?

Wir sind nicht dazu in die Mitte gestellt und gespalten, daß wir auseinanderstreben und jeder Teil sich vor den Wagen fremder Interessen und Weltbilder spannen läßt. Nur wer Angst hat oder seine Hoffnung auf Gewalt setzt, verfällt dem törichten Dogma, als gäbe es nur eine Wahl zwischen Osten und Westen und als müßten wir das kleinere Übel wählen.

Wir können und sollen uns heraushalten aus diesem Streit der Großen.

Wir wollen da, wo wir sind, einander helfen, ein stilles und friedliches Leben zu führen. Wir glauben deshalb, in der Beugung unter Gott aus unserer politischen Einsicht für die heutige Lage unseres Volkes Folgerungen, die unser Gewissen binden, ziehen zu müssen, und erklären:

1. Wir Deutschen müssen uns aus dem Konflikt der Weltmächte heraushalten. Wir dürfen nicht für die eine oder andere Seite Partei nehmen,

a) denn es handelt sich in diesem Konflikt um den Kampf von Ideologien. Christen können die Rettung ihres Volkes nicht vom Sieg einer Ideologie erwarten. Wir setzen unsere Hoffnung allein auf den Herrn. In den Kreuzzugsparolen sehen wir Verführung. Der Mythos des christlichen Abendlandes muß von der aus Gottes Wort lebenden Kirche als romantische Tarnung säkularer Machtpolitik abgelehnt werden.

b) Wer Partei nimmt, wird zum Vasallen eines der ideologisch bestimmten Machtblöcke.

c) Wer sich in diesem Konflikt einseitig für eine der beiden Großmächte festlegt, wird zur Rüstung gezwungen. Die Möglichkeit eines „gerechten Krieges“ ist uns Deutschen heute schlechterdings nicht gegeben.

d) Wir sehen die Unwahrheit, die in der Propaganda beider Gegner zutage tritt. Auch die Erkenntnis dieser Unwahrheit verbietet die Parteinahme.

2. Wir lehnen eine Remilitarisierung Deutschlands ab, weil wir im Glauben an Jesus Christus weder von fremden

*Militärmächten noch von irgendeiner militärischen Macht die Hilfe für unser Volk erhoffen.*

*a) Diese Ablehnung ist nicht begründet in antimilitaristischem Ressentiment oder auch im Ressentiment gekränkter Soldatenehre.*

*b) In dieser Ablehnung glauben wir mit der Mehrheit des deutschen Volkes einig zu sein. Soll die demokratische Verfassung unseres Staates nicht zur bloßen Fassade werden, darf eine solche folgenschwere Entscheidung wie die Wiederaufrüstung nicht gegen die Mehrheit des Volkes gefällt werden. Die Remilitarisierung gegen den Willen des größten Teiles des Volkes würde statuieren, daß die Freiheit, die verteidigt werden soll, bereits verloren ist.*

*c) Wenn Deutschland eine Wehrmacht zur Verfügung stellte, würde es dadurch nicht den Frieden erhalten, sondern den Krieg herausfordern, denn ein Rüstungspotential ist keine ruhende Macht, sondern eine dynamische Kraft, die zur Anwendung drängt.*

*d) Wir sind nicht Vertreter eines politischen Pazifismus, aber wir müssen damit rechnen, daß eine Remilitarisierung in der heutigen Lage unvermeidlich verbunden ist mit einer radikalen Zerreißung Deutschlands. Sie hätte Bürger- und Partisanenkrieg zur Folge. Die Strategie der verbrannten Erde würde ein kriegführendes Deutschland zum Trümmerhaufen machen.*

*e) Deutschland darf darum auch nicht den Versuch machen, gegen die Bereitstellung von Truppen neue Souveränitätsrechte einzutauschen, so daß es in die Reihe der Weltmächte als gleichberechtigtes Mitglied eines der beiden Machtblöcke eintreten könnte. Von der Remilitarisierung ist letzten Endes der Krieg und vom Kriege nichts als Zerstörung zu erwarten.*

*f) Jedermann wird schon durch vernünftige Erwägungen dahin gelangen, in der Ablehnung der Remilitarisierung die rechte Entscheidung nüchternen politischen Denkens zu erkennen.*

*g) Im Glauben erkennen wir, daß uns Deutschen jetzt der Weg der Machtpolitik von Gott verwehrt ist; Wiederaufrüstung aber wäre das Beschreiten dieses uns verbotenen Weges.*

*h) Darum verweigern wir in der heutigen Lage Deutschlands den Kriegsdienst ohne Rücksicht darauf, ob das Recht dazu verfassungsmäßig gesichert bleiben wird oder nicht.*

*Wir ermuntern jedermann, mit gutem Gewissen dasselbe zu tun. Wir bitten alle, sich für die Erhaltung dieses Rechtes in den Verfassungen der Bundesrepublik und der Länder einzusetzen. Wer infolge der Verweigerung des Kriegsdienstes Schaden an Leib, Ehre oder Gut erleidet, darf der Fürbitte und Hilfe der christlichen Gemeinde gewiß sein.*

*i) Wir muten es den Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik zu, nicht auf gewaltsame Befreiung zu hoffen, und bitten sie, ihre bürgerliche Freiheit nicht von einem Krieg zu erwarten. Ebenso*

sollten die Heimatvertriebenen im Glauben auf die Hoffnung verzichten, ihre verlorene Heimat durch Krieg wiederzugewinnen.

k) Krieg wäre heute für uns Deutsche Verleugnen der Buße und des Glaubens. Ein kommender Krieg würde nur Vernichtung bringen. Niemand im Osten oder im Westen Deutschlands kann bei der Teilnahme an diesem Krieg der Weltmächte ein gutes Gewissen haben.

3. Gegenüber der geplanten Polizeiverstärkung ist zu fragen, ob diese nur dem Schutz der Rechtsordnung dienen soll. Es besteht die Gefahr, daß der Staat sich zum Macht- und Polizeistaat entwickelt. In einem guten Staat soll so viel Recht als möglich und nur so viel Macht als nötig geübt werden.

*Ein Polizeistaat ist ein schlechter Staat*

Westdeutschland sollte nicht anfangen, sich das von ihm bisher bekämpfte Prinzip der Deutschen Demokratischen Republik zu eigen zu machen. Wir erkennen an, daß zur Erhaltung der Ordnung und zur Bekämpfung des Verbrechens eine Verbesserung der polizeilichen Organisation und eine Erweiterung der Vollmachten der Polizei notwendig sind, doch sind heute bereits die Stimmen zu hören, die eine verstärkte Polizei als politisches Machtmittel der Regierungsparteien oder auch der Opposition wünschen. Darin wird die Tendenz zu einer politischen Polizei deutlich, die nach dem in ihr liegenden Gesetz zur Form der Gestapo und NKWD, also zur administrativen Auflösung der Rechtsordnung drängt.

Die Forderung der Verstärkung der Polizei wird durch eine Propaganda unterstützt, die durch Übertreibung der kommunistischen Bedrohung im Innern eine politische Willensbildung der Öffentlichkeit erstrebt. Wir müssen jeder Forderung gegenüber bedenklich sein, die durch unwahre Behauptungen unterstützt wird.

Die Polizei zu verstärken und eine Wehrmacht zu schaffen, wäre die Wiederholung des gefährlichen Weges der Remilitarisierung zwischen 1920 und 1935.

4. Jede Förderung der Rüstung ist abzulehnen, weil Ansammlung von Kriegsmaterial zum Kriege führt, von dem keine Hilfe für die Menschen erwartet werden kann. Wird Deutschland die Lieferung von Kriegsmaterial befohlen, so kann es sich höchstens der Gewalt fügen wie in der Frage der Demontage. Wir dürfen uns nicht um Rüstungsaufträge um des momentanen Lohnes oder Gewinnes bemühen. Eine Förderung der Wirtschaft oder die Behebung der Arbeitslosigkeit davon zu erwarten, wäre ein Selbstbetrug. Rüstungsgewinne sind keine Vermehrungen des Volksvermögens; Gewinne aus unproduktiver Arbeit führen erfahrungsgemäß zu Preissteigerung und Inflation.

Das politische Ziel der Rüstung muß der Glaube ablehnen; die wirtschaftliche Sinnlosigkeit der Rüstungswirtschaft muß aber auch jeder

vernünftigen Überlegung einsichtig werden. Lediglich der Egoismus einzelner Wirtschaftsgruppen, der das Ganze der Wirtschaftsordnung aus dem Auge verliert, kann die Rüstungsproduktion fordern.

5. Gott hat uns in seinem Gericht die soziale Not als Aufgabe gegeben. In den fünf Jahren seit dem Zusammenbruch haben wir diese Aufgabe nicht gelöst. Wir stehen in der Gefahr, uns vor der Inangriffnahme der sozialen Fragen heute in die Rüstung zu flüchten.

Anstatt unsere letzten Pfennige für die Wiederaufrüstung auszugeben, sollten wir sie für die Lösung der Flüchtlingsfrage, den sozialen Wohnungsbau und die Ausbildungshilfe für die arbeitslose Jugend verwenden. Dringlicher als die Rüstung sind uns die Fragen der sozialen Neuordnung, des Mitbestimmungsrechtes, des ausgeglichenen Preis- und Lohngefüges und des sozial gerechtfertigten Kreditwesens.

Wir müssen der Versuchung widerstehen, der Not der Arbeitslosen, der Jugend und der Flüchtlinge durch eine sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft durch Rüstungsproduktion zu begegnen.

Wir haben die Industriellen zu bitten und zu warnen, sich nicht durch Spekulationen auf einen dritten Krieg und darauf gegründete wirtschaftliche Hoffnungen täuschen zu lassen.

Wir müssen die verantwortlichen Männer in der Verwaltung bitten, darüber zu wachen, daß keine Mittel für vorhandene oder geplante Betriebe zur Wiederaufrüstung ausgegeben werden, wenn auch durch sie im Augenblick zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen würden.

Wir bitten die Gewerkschaften, darauf zu achten, daß nicht in verantwortungsloser Weise durch künstliche Steigerung der Arbeitslosigkeit oder durch Zahlung von Vorzugslöhnen der Boden für eine Wiederaufrüstung bereitet wird. Dadurch würde der Arbeiter verführt, seine Arbeitskraft der Rüstungsindustrie bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Der Abzug von Arbeitskräften und Rohmaterialien in die Rüstungsindustrie hemmt die Herstellung lebensnotwendiger Verbrauchsgüter und vermehrt letztlich unsere Armut. Am Ende aber steht der Tod!

6. Die Garantie der Rechtsordnung und die Schaffung sozialer Ordnung sind die wirksamsten Mittel, vielleicht die einzig wirksamen Mittel zur Überwindung des Bolschewismus.

Nachahmung bolschewistischer und faschistischer Methoden, kriminell nicht schuldige Menschen lediglich um ihrer Gesinnung willen zu bestrafen und zu benachteiligen, muß das bekämpfte System geradezu herbeiziehen. Das augenblicklich geübte Verfahren der generellen Diskriminierung von Menschen, nur weil sie bestimmten Vereinigungen oder Organisationen angehören, können wir nur in Parallele zum „Berufsbeamtengesetz“ des Dritten Reiches und zur schematischen Entnazifizierung sehen. Wir sagen dies nicht zum Lobe des Kommunismus, der seinerseits die gleichen Methoden anwendet, sondern weil es unser Anliegen ist, daß er durch eine



bessere Ordnung überwunden wird. Wir bleiben bei der Bestimmung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 3, 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Darum werden wir nicht zulassen, daß Menschen nur deswegen wieder zu „Untermenschen“ gestempelt und als solche verfolgt werden, weil sie eine andere Meinung haben als wir. Das geschah zu unser aller Unglück schon einmal 1933!

Nach dem Erfolg dürfen wir nicht fragen. Uns ist der Zeugendienst für das Evangelium von Jesus Christus aufgetragen. Man mag uns im Westen als Parteigänger der „Nationalen Front“ verdächtigen. Wir können getrost sein; denn wir sind es nicht! Man mag uns im Osten als Propagandisten des westlichen Kapitalismus bezeichnen. Wir können getrost sein; denn es ist nicht wahr! Wir bitten alle Brüder zu prüfen, ob sie nicht diesen Weg mit uns gehen müssen als den, der uns von Gott geboten ist.

Gleichzeitig mit der Denkschrift wurden der Öffentlichkeit zwei „Offene Briefe an den Bundeskanzler Adenauer“ bekannt, die beide am gleichen Tage datiert waren. Den einen schrieb Martin Niemöller, den anderen die Bruderschaften.

### *Offener Brief*

Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer  
Bonn, Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler!

Trotz aller gegenteiligen Zeitungsnachrichten wird die Remilitarisierung Westdeutschlands, d. h. die Wiederaufrüstung deutscher Menschen für einen möglichen Krieg zwischen Ost und West, mit allen Mitteln betrieben. Hohe Offiziere werden eingestellt, Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee sind ab 1. Oktober d. J. tätig, Rüstungsaufträge an die deutsche Industrie sind erteilt.

Es erhält sich hartnäckig die Behauptung, daß zwischen dem Bundeskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, und Herrn McCloy und vielleicht auch dem Britischen Hohen Kommissar Abmachungen bestehen, wonach alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen ist, als deutscher Beitrag für eine westeuropäische Streitmacht, die der „Verteidigung“ dienen soll.

Daß das deutsche Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs einer solchen Aktion des Bundeskanzlers in seiner Mehrheit zustimmen könnte, ist nach vorgenommenen, privaten Probeabstimmungen äußerst

fraglich. Eine offizielle Volksbefragung ist durch die Bundesverfassung nicht vorgesehen. Diese Verfassung ist ja so geschickt gearbeitet, daß das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingestürzt werden kann, ohne daß es zuvor überhaupt gefragt wird. Und diese Behandlung des deutschen Volkes ist nichts Neues, da es ja auch nicht gefragt wurde, ob es den Eisernen Vorhang und ob es einen westdeutschen und später einen ostdeutschen Staat haben wollte.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mehrfach und deutlich erklärt, daß die Kriegsgefahr zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland, als Vasallen der westlichen und östlichen Mächte, durch die Teilung Deutschlands heraufbeschworen worden ist. Die Kriegsgefahr ist nicht durch die Gründe bedingt, die dem deutschen Volk heute in der Presse aufgetischt werden, um in Ost und West seine Angst zu erhöhen und es williger zu machen, sich in neue Rüstungsabenteuer stürzen zu lassen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne — weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht wirklich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen ohne eine vorherige, echte Befragung der Bevölkerung des Bundesgebietes. Wenn diese Befragung auf Grund der Bundesverfassung nicht als Volksabstimmung geschehen kann, so müßten Neuwahlen vorgenommen werden. Diese Neuwahlen hätten aber so zu geschehen, daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, die von ihr zu wählenden Kandidaten eindeutig zu fragen, ob sie sich in ihrer Amtsführung für oder gegen diese „Wiederaufrüstung“ einsetzen werden.

Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheidet, so käme dies einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben.

Wenn die westlichen Alliierten von Westdeutschland einen Beitrag an Waffen und Soldaten verlangen, dann sollen sie das selbst offen befehlen und sich nicht hinter einer deutschen Demokratie verstecken.

4. Oktober 1950

D. Martin Niemöller

*Offener Brief von Vertretern der Bruderschaften  
der Bekennenden Kirche*

*Herr Bundeskanzler!*

*Angesichts der Wiederaufrüstung, die unter Ihrer Autorität allenthalben mit Hochdruck anläuft, müssen wir Sie fragen:*

*1. Sie haben als Bundeskanzler die Bereitschaft erklärt, im Rahmen einer europäischen Armee deutsche Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Wer hat Ihnen das Recht zu einer solchen Erklärung gegeben?*

*Als die Bevölkerung Westdeutschlands 1949 ihre Vertreter in den Bundestag wählte, der Ihnen das Kanzleramt übertrug, gab sie damit weder den Mitgliedern des Bundestages noch Ihnen den Auftrag, uns wieder-aufzurüsten. Wir stellen fest: Die Wiederaufrüstung geschieht nicht im Namen des deutschen Volkes, sondern in Ihrem eigenen Namen und im Auftrag Ihrer Befehlsgeber gegen den Willen eines großen Teiles unseres Volkes.*

*2. Wir haben zuverlässige Nachricht, daß am 1. Oktober d. J. Generale der alten deutschen Wehrmacht in einem Organisationsstabe die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingentes begonnen haben und die Rüstungsindustrie entsprechende Aufträge erhielt. Dies alles geschieht nach monatelanger Vorbereitung hinter dem Rücken des deutschen Volkes, das im unklaren gelassen wird, wie weit hier ohne seinen Willen Tatsachen geschaffen wurden, die nicht wieder rückgängig zu machen sind. Ist das die Demokratie, in der wir leben sollen und wollen? Dieses Verfahren bringt unser Volk wieder in die Gefahr, ohne gefragt zu werden, von seinen Politikern und von Generalen der alten deutschen Wehrmacht auf die Schlachtfelder geführt zu werden.*

*Wir fordern Sie daher auf, den Weg für Neuwahlen des Bundestages frei zu machen, in denen das deutsche Volk selbst entscheidet, ob es wieder-aufgerüstet werden will.*

*Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir die über den Kopf unseres Volkes hinweg geschaffenen Tatsachen nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären.*

*Darmstadt, 4. Oktober 1950*

Die Wirkung des Offenen Briefes Niemöllers war derartig, daß sich der Bundeskanzler veranlaßt sah, in einer Rundfunckerklärung dazu Stellung zu nehmen. Die Weise, wie dies nun wieder geschah, gab Anlaß zu neuen Auseinandersetzungen. Der Präses der westfälischen Kirche teilte seinen Pfarrern mit, daß er an den Kanzler am 15. Oktober folgenden Brief gesandt habe:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Heute mittag habe ich dem Herrn Bundespräsidenten, der bei der Weihe der Wiesenkirche in Soest anwesend war, in einer Tischrede gesagt, es sei für uns, die wir in unserem kirchlichen Dienst so lange und so erheblich in der Distanz zur Obrigkeit gelebt haben, einfach eine große Freude, daß der Herr Bundespräsident mit seiner Gattin unter uns im Gottesdienst gesessen und ihn mitgefeiert hat. Denn es sei uns, gerade auch im Blick auf die Vergangenheit und in der Blickrichtung dieses 15. Oktober nach unseren Brüdern und Schwestern im Osten, ein sehr ernstes und wichtiges Anliegen, daß wir in gutem Vertrauen zu unserer Obrigkeit stehen dürfen, und es sei uns bewußt, was die Fürbitte der Christen um ein „gutes Regiment“ sowohl für den Staat als auch für die Kirche bedeutet.

Aber meine Worte wären nur eine halbe Wahrheit, wenn ich nicht jetzt am gleichen Tage ausspräche, wie groß unsere Sorge ist, daß das Vertrauen zu unserer Obrigkeit einen schweren Riß bekommt.

Es geht nicht an, Herr Bundeskanzler, daß Sie die Anliegen, die Ihnen in den offenen Briefen von Martin Niemöller und von Pfarrern der Bekennenden Kirche vorgetragen worden sind, damit abtun, daß Sie „von den offenen Briefen einiger deutschen Stellen“ reden, zu denen Sie etwas sagen wollen, „nicht, weil sie etwa das Wichtigste für das deutsche Volk wären“. Wenn Sie sich wegen einiger Schärfen in diesen Briefen zu einer solchen Nichtachtung berechtigt halten — ich gebe zu, daß ich über diese Schärfen selbst erschrocken war —, so steht doch hinter den Briefen ein so ernstes Anliegen weiter Kreise unseres Volkes, daß eine verantwortungsbewußte Obrigkeit darüber nicht einfach hinweggehen kann. Diese Briefe sind ja nach einem wochenlangen Warten geschrieben worden. Nicht nur Martin Niemöller und nicht nur die Unterzeichner des anderen Briefes haben gewartet, sondern wir alle — und das sind sehr viele Männer und Frauen in Westdeutschland, auch sehr viele junge Menschen. Wir haben uns gefragt, ob denn die ungeheuren Entscheidungen über die Wiederaufrüstung gefällt werden, ohne daß die vom Volk gewählten Männer und Frauen im Bundestag dazu mit Klarheit und letzter Verantwortung ihre Stellungnahme gesagt haben, ja, sogar ohne daß die Männer Ihres Kabinetts sich wirklich und gründlich darüber aussprechen konnten. Wir haben uns gefragt, ob es denn nicht möglich ist, daß die Verfechter der einen und der anderen Meinung — sie stehen sich ja beide gegenüber in dem heißen Bemühen um den Frieden und um die Freiheit des deutschen Menschen — voreinander aushalten und miteinander um diese Fragen ringen müßten. Wir haben uns gefragt, ob wir dazu schweigen dürfen, wenn wir den Eindruck nicht loswerden, daß in dieser Frage der Wiederaufrüstung voreilig und nicht mit der uns gebotenen letzten Zurückhaltung entschieden oder doch zum mindesten vorentschieden wird.

Wir haben gewartet, Herr Bundeskanzler, wann endlich die außen-



politische Debatte im Bundestag käme. Wir haben gewartet, wann Sie die ernststen Bedenken Ihres Mitarbeiters Dr. Heinemann hören und prüfen und so ernst nehmen würden, wie sie einfach genommen werden müssen, weil es um Leben oder Tod unseres Volkes geht. Und dann lesen wir in der Zeitung, daß Sie auf die Frage, was Sie zu dem Interview von Dr. Heinemann sagen, in dem er kurz diese Bedenken vorgetragen hat, geantwortet haben sollen: „Ich werde das nicht einmal lesen!“ Mit dieser Haltung, Herr Bundeskanzler, stellen Sie unser Vertrauen auf eine sehr ernste Probe. Es geht uns ja nicht um die Person von Dr. Heinemann — und wenn Sie meinten, mit ihm nicht ersprißlich zusammenarbeiten zu können, so haben Sie nach der Verfassung gewiß die Möglichkeit, einen anderen Mitarbeiter in Ihr Kabinett zu rufen —; es geht auch nicht um den konfessionell-evangelischen Mann auf dem Platz des Bundesinnenministers, sondern es geht darum, daß hier ein Mann diese entscheidenden Fragen für den Weg unseres Volkes in letzter Verantwortung vor Gott geprüft und Ihnen vorgetragen hat, und daß Sie ihm das nicht abgenommen haben, jedenfalls nicht so, wie es nach unserer Meinung hätte geschehen müssen. Dr. Heinemann ist nicht nur der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, er hat auch die Entscheidung der Synode und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in seinem Amt als Minister vertreten, und hinter diesen Entschlüssen stehen sehr viele evangelische Christen.

Nun sagen Sie, alle Behauptungen, es seien in der Frage der Wiederaufrüstung schon Entscheidungen oder Vorentscheidungen getroffen, seien frei erfunden. Es stehen aber Ihrer Aussage andere Aussagen entgegen, und für diese anderen Aussagen sind Belege erbracht worden. Es ist unmöglich, daß diese Widersprüche so stehenbleiben, sonst zerbricht das Vertrauen. Hier liegt einfach unsere Not, und ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, nehmen Sie diese Not ganz ernst. Lesen Sie, was Dr. Heinemann in dem Interview gesagt hat, und setzen Sie sich damit auseinander. Lassen Sie sehr bald im Bundestag die Aussprache über die Frage der Wiederaufrüstung in Offenheit geschehen! Ich sehe, wie viele Menschen in unserem Volk diese Sache mit bangem Herzen verfolgen und wie unser Volk bis hin zur Jugend in dieser Frage eine sehr reife und sehr nüchterne Haltung einnimmt!

Ihr ergebener

gez.: Wilh

In denselben Tagen veröffentlichte Dr. Heinemann, der kurz vorher, am 6. Oktober, aus seinem Amt als Innenminister ausgeschieden war, seine bedeutungsvolle Erklärung über die Motive seines Weges unter dem Thema: „Deutsche Sicherheit“, die ursprünglich für die Presse bestimmt war, dort aber nur wenig Aufnahme fand und daher als Flugblatt verbreitet wurde. Dieses wichtige, überaus aufschlußreiche Dokument darf hier nicht fehlen:

## Deutsche Sicherheit

### I. Die Sicherheitsgarantie

Sicherheit gegen Umsturz im Inneren und gegen Angriff von außen ist ein Anliegen jeden Volkes. Für die Sicherheit gegen inneren Umsturz haben wir selbst zu sorgen. Die Sicherheit gegen Angriffe von außen liegt nicht in unserer Hand. Sie ist Sache der Besatzungsmächte. Seit dem Konflikt der Besatzungsmächte untereinander und dem Kampf um Berlin ist die Sicherheit der Bundesrepublik gegen einen Angriff von außen ein Gegenstand besonderer Sorge geworden. Auch sie kann heute nur von den Besatzungsmächten der Bundesrepublik, d. h. den Westmächten, gewährleistet werden. Die Westmächte haben sich im Kommuniqué der Außenminister vom 19. September 1950 zu ihrer Schutzpflicht bekannt und gesagt: „Sie werden jeglichen Angriff gegen die Bundesrepublik und Berlin, von welcher Seite er auch kommt, als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff behandeln.“ Damit ist das, was gegenwärtig zur psychologischen Beruhigung getan werden kann, getan. Nachzuholen bleibt die militärische Fundierung dieser Erklärung. Die Westmächte sagen darüber in dem gleichen Kommuniqué, daß sie ihre Streitkräfte in Westdeutschland „vermehren und verstärken“ werden.

Bleiben wir zunächst bei diesem Punkt stehen, so ist also festzustellen, daß die Westmächte der Bundesrepublik ein Sicherheitsversprechen gegeben haben und daß sie sich anschicken, dieses Versprechen durch Vermehrung ihrer Streitkräfte zu realisieren. Die Beurteilung dieses Vorganges muß von zwei Seiten erfolgen. Was er für uns in der Bundesrepublik bedeutet, liegt auf der Hand und ist bei der Bekanntgabe der Washingtoner Erklärung sowie erneut in der Rundfunkansprache des Bundeskanzlers vom 11. Oktober unterstrichen worden.

Keinen klaren Ausdruck hat dagegen die andere Seite des Vorganges gefunden. Ich sehe ihn darin, daß die Westmächte, zumal die kontinentalen, damit ihre eigene Verteidigung gegen einen Angriff vom Osten im Vorfeld ihrer Länder auf deutschem Boden aufzufangen gedenken. Die Westmächte erklären mit anderen Worten, uns schützen zu wollen, weil sie damit sich selber zu schützen gedenken. Sie wollen eine etwaige Auseinandersetzung mit dem Osten lieber auf unserem Boden vollziehen als auf dem Boden ihrer Heimatländer. Die Interpretation des Kommuniqués vom 19. September durch den französischen Verteidigungsminister Moch im Radio London am 22. September lautete: „Meine Aufgabe ist es, mit einer französischen Armee, die in Deutschland aufgebaut werden muß, die Russen im Falle eines Angriffes im Osten (!) aufzuhalten.“ Herr Moch erklärte einige Wochen früher: „Wir müssen den Schutz des Glacis sicherstellen, das der Sieg von 1945 uns zu besetzen erlaubt hat. Es ist die Schaffung eines Manövrierfeldes Elbe—Rhein; die ständig unsere (!) oberste

Sorge zu sein hat.“ Die anderen Westmächte, zumal die kontinentalen, sehen die Dinge ebenso.

Die Bundesrepublik hat somit durchaus nichts Unbilliges gefordert, wenn sie die Westmächte um ein Verteidigungsversprechen anging. Die Westmächte haben es gegeben, das sei in Anerkennung der darin bezeugten Solidarität unterstrichen. Sie haben es aber selbstverständlich nicht nur um unseretwillen, sondern auch um ihrer selbst willen gegeben. Werden wir zur Verwirklichung dieser Verteidigung militärisch selber beitragen? Das ist die Frage.

## II. Ungefragte Bereitwilligkeit

Vor der Frage, ob wir Deutsche in der Bundesrepublik einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten werden, steht die andere Frage, ob die Bundesregierung im voraus ungefragt ihre Bereitwilligkeit zur militärischen Beitragsleistung erklärt hat. Was ist geschehen?

In einem Interview des Bundeskanzlers vom 18. August in der „New York Times“ wird von der Notwendigkeit starker deutscher Verteidigungskräfte gesprochen. Am 29. August übergibt der Bundeskanzler dem amerikanischen Hohen Kommissar ein Sicherheitsmemorandum, das auf der Außenministerkonferenz am 12. September beraten werden soll. Im Presse-dienst der Bundesregierung vom 31. August wird eine Reutersmeldung aus London zitiert, wonach das Memorandum des Kanzlers u. a. den Vorschlag einer europäischen Armee enthält. Am selben 31. August tritt in Bonn die Bundesregierung zu einer Kabinettsitzung zusammen, die der Beschlußfassung über das Memorandum dienen soll. Da das Memorandum vom Bundeskanzler bereits ohne diese Beratung abgesandt war, erklärt der Bundesinnenminister seinen Rücktritt. Nach Verlesung des Memorandums stimmen die übrigen Kabinettsmitglieder zu. Am 19. September übergeben die Außenminister ihr Communiqué, in dem es heißt: „Die Minister haben . . . zur Kenntnis genommen, daß in jüngster Zeit in Deutschland . . . Stimmen laut geworden sind, die eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht zum Schutz der europäischen Freiheit befürworten.“ Am 9. Oktober erklärt der französische Hohe Kommissar, daß die Bundesregierung im Prinzip ihre Bereitwilligkeit zur Remilitarisierung gegeben habe. Deutsche Zeitungen berichten diese Erklärung in abschwächender Form, indem sie sagen, daß der französische Hohe Kommissar die „Möglichkeit“ einer solchen Bereitwilligkeits-erklärung ausgesprochen habe (so Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober). Der französische Informationsdienst sagt dagegen bündig: „Le gouvernement allemand a donné son accord de principe à cette rémilitarisation.“

Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist? Ist es vertretbar, daß das deutsche Volk



nur vom Ausland her oder durch einen Hohen Kommissar von einer Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet wird? In der Radioansprache am 11. Oktober erklärt der Bundeskanzler, daß keine „Verpflichtungen“ zu einer Beteiligung eingegangen seien. Das hatte niemand behauptet. Zur Erörterung steht lediglich eine Bereitwilligkeitserklärung. Darüber wird deutscherseits geschwiegen. Was also steht nun im Memorandum des Bundeskanzlers vom 29. August, dem die Bundesregierung am 31. August zugestimmt hat?

### III. Das Gebot der Zurückhaltung

Es ist nicht unsere Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. Wenn die Westmächte unserer Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei verbindlich sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen. Nachdem es eines der vornehmsten Kriegsziele der Alliierten gewesen ist, uns zu entwaffnen und auch für die Zukunft waffenlos zu halten, nachdem die Alliierten in fünfjähriger Besatzungszeit alles darauf angelegt haben, das deutsche Militär verächtlich zu machen, unsere Wehrmöglichkeiten unter Einschluß sogar von Luftschutzbunkern zu zerstören und das deutsche Volk zu einem jedem Militärwesen abholden Geisteshaltung zu erziehen, haben wir allen Anlaß, auf gegenteilige Aufforderungen so zurückhaltend wie nur möglich zu reagieren. Dies wird für unsere Nachbarvölker im Westen wie im Osten der eindrucklichste und immer noch notwendige Beweis für die doch unleugbare Gesinnungsänderung des deutschen Volkes sein. Wenn wir anders handeln, kann nur der alte Verdacht gegen unseren Militarismus und die aus ihm folgende Mißachtung unseres Volkes verhängnisvoll belebt werden.

Für diejenigen, die eine solche Zurückhaltung — vielleicht aus Unkenntnis dessen, was im Ausland über uns gedacht wird — nicht mehr für geboten erachten, sollte vielleicht erwogen werden, ob sie nicht im voraus die auf uns zukommende Frage der Westmächte nach unserer militärischen Beteiligung hinsichtlich der dann zu klärenden näheren Bedingungen ungünstig beeinflussen. Eilfertige deutsche Stimmen können nur dazu dienen, daß das, was diese selben Stimmen an Aufgeschlossenheit der Westmächte für deutsche Wünsche erwarten, anders ausfallen wird, als sie annehmen.

### IV. Die Gleichberechtigung

Erst dann, wenn eine Aufforderung der Westmächte an uns vorliegen wird, uns militärisch zu beteiligen, ist der Zeitpunkt der Entscheidung gekommen. Wir werden alsdann u. a. zu prüfen haben, welche Grundlagen die Westmächte anbieten und was unsere Verantwortung ist.



*Es wird von dem Grundsatz der Gleichberechtigung gesprochen. Uns fehlt die Souveränität. Wir haben also einen schwachen Stand. Angesichts dessen, was uns in den Augen der Welt noch wesentlich stärker als im Bewußtsein unseres eigenen Volkes aus der Hitlerzeit belastet (siehe z. B. den Osloer Beschluß vom 2. Oktober 1950 über unsere Nichteinladung zur Winter-Olympiade), haben wir auch nur schwache moralische Grundlagen für eine Forderung nach Gleichberechtigung. Man könnte uns brauchen wollen und ächten zugleich. Man könnte die alte Rechnung wieder präsentieren wollen, wenn die Not vorüber ist. Damit mache ich den Völkern, die unter dem Hitlerkrieg gelitten haben, keinen Vorwurf. Ich stelle lediglich eine Situation fest. Sie besagt, daß es ganz und gar freier Entschluß der Westmächte sein wird, ob sie Gleichberechtigung gewähren. Sie müßte echte Solidarität und Schicksalsgemeinschaft bedeuten. Sie müßte praktische Folgen haben, die hinsichtlich des Militärischen beispielsweise darin zu sehen wären, daß deutsche Menschen nicht als Kanonenfutter behandelt werden, und hinsichtlich des Politischen beispielsweise darin, daß die Bundesregierung von den Westmächten nicht nur in etwas platonischer Weise als Sprecherin auch für die russische und polnische Zone anerkannt wird, sondern auch darin, daß das Saargebiet als deutsches Gebiet, d. h. als Bestandteil der Deutschen Bundesrepublik behandelt wird. Eine Reihe weiterer Voraussetzungen (z. B. Bereinigung etlicher Gerichtsverfahren) möchte ich im Augenblick nur andeuten.*

#### *V. Annahme der Aufforderung?*

*Ich sagte, daß der Zeitpunkt der Entscheidung über eine militärische Beteiligung der Bundesrepublik an der westeuropäischen Verteidigung gegeben sein wird, wenn die Westmächte uns darum gehen. Niemand von uns sollte daher bei allem heutigen Durchdenken der Fragen schon jetzt diese Entscheidung vorweg nehmen. Wenn die Entscheidung vor uns steht, wird eine Fülle von Überlegungen geboten sein, die nach den dann gegebenen Umständen zu treffen sein werden.*

*Der einfache Satz: „Wir müssen uns verteidigen können“, genügt keinesfalls. Es gehört zu den simplen, biblischen Wahrheiten, daß man sich auf einen Krieg nicht einlassen soll, wenn keine Aussicht vorhanden ist, daß man ihn bestehen kann (Luk. 14, 31 f.). Wird eine Aussicht bestehen? Wird es darauf ankommen, daß deutsche Soldaten zur Verfügung stehen? Das wissen wir nicht, weil uns bis zur Stunde niemand gesagt hat, was die Westmächte denken oder planen.*

*Wenn es so liegen sollte, daß der deutsche Soldat entscheidend gefordert ist, wird noch manches Weitere vor uns stehen.*

*Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelangt hat, den Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und*

*Sozialrentnern, der Jugend und manchen anderen Gruppen unseres Volkes zu geben, was ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern. Wo ist die soziale Generalstabsarbeit, die hier eine Antwort vorbereitet?*

*Die andere Belastung erwächst unserer jungen Demokratie. Die militärische Macht wird nahezu unvermeidlich wieder eine eigene politische Willensbildung entfalten. Wenn wir diese Gefahr dadurch für gebannt halten, daß die deutschen Kontingente in einer internationalen Armee stehen, so bleibt zu fragen, ob unsere Abhängigkeit von einem internationalen Generalstab erträglicher sein wird und wer diesen internationalen Generalstab politisch in der Hand hat.*

*Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. Der Marxist glaubt ohnehin an kapitalistische Einkreisung. Er glaubt andererseits an den Endsieg des Kommunismus, den er dadurch heraufziehen sieht, daß der Kapitalismus sich in seinen Krisen selbst zerstören wird. Der Marxist ist geneigt, diese Krisenentwicklung zu fördern, d. h. er ist Revolutionär und nicht primär ein Krieger. Deshalb ist ihm gegenüber die innere Immunisierung durch beispielhafte Ordnung der Gerechtigkeit und Freiheit mindestens ebenso wichtig wie äußere Panzerung. Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den furor teutonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat?*

*Ich versuche nicht, auf diese Fragen heute eine Antwort zu geben. Sie werden aber vor uns stehen, wenn wir unseren Weg von der Parole bestimmen lassen wollen, daß wir uns doch zur Verteidigung bereit machen müssen.*

## *VI. Die deutsche Situation*

*Es gibt viele Überlegungen, die wir mit den Westmächten gemeinsam anzustellen haben, wenn man uns zur militärischen Beteiligung am Schutze Westeuropas auffordern wird. Es gibt darüber hinaus aber auch noch einige Überlegungen, die uns Deutschen besonders obliegen werden.*

*Ein europäischer Krieg unter unserer Beteiligung wird für uns nicht nur ein nationaler Krieg sein, wie für die anderen betroffenen Völker, sondern obendrein ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. Er wird sich, so wie die Dinge liegen, auf deutschem Boden abspielen. Wer auch immer die erste Schlacht gewinnt — der Stoß geht in deutsches Land, im Westen oder im Osten. Wenn der erste Stoß sich nicht zu einem endgültigen entwickelt, kann dasselbe deutsche Land im Westen oder im Osten abermals der Schauplatz des Krieges sein.*

*Angesichts dieser Situation haben wir wahrlich bis zum äußersten ein Lebensinteresse daran, daß eine friedliche Lösung gefunden wird. Was für Rußland und seine Satelliten auf der einen Seite und für die Westmächte*

auf der anderen Seite zwar ein todernstes Spiel um die Existenz ist, aber immerhin noch eine Chance des Gewinnens oder doch des Überlebens in sich schließt, ist für uns mit höchster Wahrscheinlichkeit der Tod, weil wir das Schlachtfeld eines beiderseitigen totalen Vernichtungswillens sind. Natürlich kann Deutschland jederzeit von den anderen zum Schlachtfeld gemacht werden. Aber wir legitimieren Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen. Ich weiß, daß es zur Zeit unreal ist, an eine Verständigung unter den Westmächten über Deutschland oder an eine UNO-Lösung für Deutschland zu denken. Wer aber vermöchte zu sagen, daß es auch morgen unreal sein wird? Es kommt darauf an, daß die Chance für eine friedliche Lösung nicht verlorengeht. Unsere Beteiligung an der Aufrüstung würde das Aufkommen einer solchen Chance kaum mehr offen lassen.

Was wird zu geschehen haben, um diesen Erwägungen gerecht zu werden? Auch diese Frage wird vor uns stehen, wenn es so weit ist.

## VII. Ghandi-Apostel?

Einige leichtfertige Leute haben mich einen Ghandi-Apostel genannt. Ich schmähe Ghandi durchaus nicht, wenn ich bündig sage, daß ich nicht sein Apostel bin. Es ist Gottes Wille, daß weltliche Obrigkeit regiert und daß sie das Schwert führt. Sie hat es auch gegen äußere Feinde zu führen — sofern sie überhaupt eins besitzt. Wir besitzen keins. Hier erhebt sich, zumal für Politiker, die aus christlicher Verantwortung zu handeln erklären, die Frage, ob es nicht etwa so ist, daß wir durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind um deswillen, was wir mit der Waffe angerichtet haben. Auch dann würden wir nicht für alle Zeit waffenlos bleiben müssen. Aber wir sollten uns gefragt wissen, ob es denn wirklich wieder so weit ist oder ob Gott uns heute nicht noch die Geduld und den Mut beibringen will, auch in gefährvollster Situation seinem von uns nicht vorher zu berechnenden Weltregiment zu vertrauen. Er hat Möglichkeiten die Fülle. Diese Frage kann indessen nur derjenige recht hören, der Gott nicht als Idee versteht, sondern in ihm den Schöpfer und Erhalter der Welt und ihrer Völker weiß. Ich bitte, diese Frage stehen zu lassen und nicht mit billigen Reden abzutun. Gott läßt sich nicht spotten. Das hat unser deutsches Volk wahrlich gerade erlebt. Wer nur aus Angst handelt, fällt erst recht in die Grube. Neben allem Aufruf zur Tat ist uns je und dann auch gesagt: „Wenn ihr umkehrtet und stille bliebet, so würde euch geholfen. Durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein, aber ihr wollt nicht“ (Jes. 30, 19).

Wiederum sage ich in diesem Augenblick nichts anderes, als daß diese Frage vor uns stehen wird.



### VIII. Wer hat zu entscheiden?

Der Bundeskanzler erklärte in der Radioansprache am 11. Oktober, daß der Bundestag zu entscheiden haben wird, wenn wir zur militärischen Beteiligung aufgefordert werden. McCloy sagte drei Tage zuvor: „Die westlichen Alliierten sind sich der Tatsache durchaus bewußt, daß ein deutscher Beitrag nur dann möglich und nur dann wünschenswert ist, wenn das Volk, die Volksvertretung und die Regierung der Bundesrepublik ihn wünschen und aktiv unterstützen.“ Auch McCloy kennt die Bundesverfassung und weiß, daß der Bundestag allmächtig ist.

„Die Neue Zeitung“ (die amtliche amerikanische Zeitung in Deutschland) unterstreicht im Leitartikel vom 10. Oktober: „Die Formulierung ‚das Volk, die Volksvertretungen und die Regierungen‘ ist nicht zufällig. Sie deutet darauf hin, daß man auf seiten der Alliierten nicht übersieht, daß eine so entscheidende Frage, wie die einer Teilnahme an der militärischen Sicherung der freien Welt nur auf wirklich freiwilliger Basis gelöst werden kann.“ McCloy denkt offensichtlich in den Traditionen amerikanischer Demokratie, in der sich der politische Wille aus den Staatsbürgern über das Parlament in die Regierung entwickelt. Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns. Streiten wir dabei nicht um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen. Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein. Angesichts dessen, was unser Volk durch Krieg erlebt und durch fünfjährige Besatzerziehung erfahren hat, wäre es eine Vermessenheit, jetzt so zu handeln, als ob nichts geschehen sei. Die Verwirrung ist heute schon groß genug. Wenn wir nicht die Geduld haben, sie zu klären, kann es unmöglich einen guten Weg geben.

Man sage nicht, daß keine Zeit sei, die Klärung abzuwarten und alle Fragen in Ruhe zu durchdenken, die ich in diesen Artikeln aufgeworfen habe. Es wird noch eine sehr respektable Zeit dauern, bis alle anderen westlichen Völker so weit gerüstet sind, daß auch wir an der Reihe sein würden.

### IX. Mein Rücktritt

Zum Schluß möchte ich ein persönliches Wort anfügen. Mein Rücktritt aus der Bundesregierung ist erfolgt, weil ich die Verantwortung nicht tragen kann, die einem Bundesminister zugemutet wird. Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet, und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.



*Mein Ausscheiden aus der Bundesregierung möge das deutsche Volk vor die Frage führen, wie es sich Demokratie denkt und was es von seinen Ministern erwartet. Es möge die deutschen Männer und Frauen insbesondere in der vor uns stehenden sachlichen Frage der Wiederaufrüstung veranlassen, selber nachzudenken und ihren Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen.*

Am 15. Oktober, dem Tag der Volkswahl in der Deutschen Demokratischen Republik, war zum üblichen „Männersonntag“ der evangelischen Kirche eine große Kundgebung in Frankfurt a. M. angesetzt, bei der Bischof Dibelius, Dr. Heinemann und M. Niemöller als Redner miteinander auftraten. Bei dieser Gelegenheit hielt Niemöller jene Aufsehen erregende Ansprache über die Freiheit, in der er sich wiederum eindringlich gegen die Remilitarisierung wandte. Auch diese Rede wurde von der Presse zum großen Teil mit starker Kritik und nicht ohne eine gewisse Feindseligkeit aufgegriffen. Es hatte den Anschein, als solle im Westen eine gegen Niemöller gerichtete christlich-nationale Stimmung gepflegt werden. Die Rede Niemöllers in Frankfurt lautete nach einem verbreiteten Flugblatt:

*Wenn wir deutschen Menschen zwischen Oder und Maas heute den Ruf nach Freiheit ausstoßen, dann klingt dieser Schrei für diejenigen, die ihn hören, zunächst wie eine leidenschaftliche Anklage!*

*Es ist uns ja nicht damit geholfen, daß man uns daran erinnert, daß die Kapitulation von 1945 uns die Befreiung von unmenschlicher Unterdrückung und die Freiheit einer neuen Demokratie gebracht hat. Was hilft uns denn diese Freiheit, wenn sie nur einem Bruchteil unseres Volkes gewährt wird; und der heutige Tag läßt uns mit Schmerzen unserer Brüder im Osten gedenken, die nun einmal unsere Brüder bleiben, auch wenn fremde Gewalten die Mauern höher und höher türmen, die uns von ihnen trennen sollen. Wir wissen es und wir sprechen es allen Gewalten zum Trotz auch aus, daß wir so lange diesen leidenschaftlichen Ruf nach Freiheit erheben werden, bis man es uns wieder gestattet, ein eigenes Leben miteinander zu führen, ein Leben, das uns die Freiheit gewährt, wieder wir selber zu sein, wieder mit unsern eigenen Gedanken zu denken und wieder unsere eigene Seele zu haben; denn: „was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, und verlöre sich selbst oder nähme Schaden an seiner Seele?“*

*Wir stehen als deutsche Menschen alle miteinander unter Gottes Gericht, und noch immer ist seine Zorneshand über uns ausgestreckt. Die Versuchung ist groß, diesem Gericht zu entfliehen und der Hand Gottes zu entweichen; die Gefahr ist da, daß wir dem Gericht trotzen und die Hand Gottes zurückstoßen.*

*„Freiheit!“ — Wir stoßen diesen Ruf aus als eine Anklage gegen Gott, gegen den Gott, der uns unter die Gewalt fremder Mächte verkauft*

hat; und in Angst und Trotz begehren wir auf und sinnern auf Mittel und Wege, wie wir entrinnen können! —

Wir wissen alle, wie gerade in diesen Tagen und Wochen an unsere Angst und an unsern Trotz appelliert wird, und wie man uns glauben machen will, wir könnten mit dem Griff nach der Waffe — in Angst und Trotz — wenigstens die Freiheit retten und sichern, die uns hier im Westen noch geblieben ist; freilich nicht absolut.

Wir haben allen Anlaß, von dieser Freiheit hoch zu denken und dankbar dafür zu sein; denn wir wissen es ja aus eigener bitterer Erfahrung, was es bedeutet, keine eigene Überzeugung haben zu dürfen, die eigene Überzeugung nicht offen aussprechen zu dürfen, der eigenen Überzeugung nicht leben zu dürfen! Unser Menschsein hängt daran, und unser Menschsein steht damit auf dem Spiel. —

Und wir haben allen Anlaß uns keinerlei Illusionen hinzugeben: was aus dem Osten auf uns zukommt und was als drückende und erdrückende Last auf unseren Brüdern und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhangs liegt, das ist mehr, als Menschen tragen und ertragen können, ohne schließlich in dumpfe Verzweiflung zu versinken, weil sie keinen Weg mehr wissen, die Freiheit ihrer persönlichen Verantwortung und damit ihr Menschentum festzuhalten. —

Es geht nicht an, diese Gefahr irgendwie zu verharmlosen; ja, sie ist viel bedrohlicher, als es aus irgendwelchen Zeitungsartikeln und Reden zu entnehmen ist; denn da geht es wahrhaftig nach dem Apostelwort: „Wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Fürsten und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis dieser Welt herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel!“

Nur, daß hier — wie immer — Angst und Trotz die denkbar schlechtesten Berater sind; sie machen blind, sie lähmen, sie nehmen uns gefangen, sie sind selber Feinde der Freiheit. —

Die Wiederbewaffnung unseres Volkes hat begonnen, auch bei uns im Westen. Man sollte endlich den törichten Versuch aufgeben, das zu bestreiten. Es genügt, wenn ich hier aus einem Brief eines deutschen Generalleutnants einen Abschnitt vorlese; er ist am 27. September 1950 aus Bad Kissingen geschrieben:

„Es wird Sie interessieren, daß ich ab 1. 10. d. J. die Führung eines Organisationsstabes übernehme, der deutsche Einheiten für die europäische Wehrmacht aufstellt. Mein Dienstsitz ist Würzburg, ich bleibe aber in Bad Kissingen wohnen. Einen vollen Monat habe ich mich geweigert, die Stelle anzunehmen. Man trat nämlich mit dem Angebot an mich heran, ohne daß ich mich beworben hätte, oder ohne daß ich überhaupt von solchen Vorbereitungen etwas ahnte. Nach reichlichem Abwägen aller Für und Wider und nachdem ich immer wieder bedrängt wurde, die Sache zu machen, habe ich zugesagt unter der Bedingung, daß mir bis 31. 12. der Rücktritt jederzeit freisteht . . .“

*Es geht um die Freiheit, und der Kampf um die Freiheit ist gut und notwendig um des Menschen und seines Menschseins willen. Aber dahinter steht hier die Angst, und die Angst ist ein schlechter Berater; denn die Angst macht blind! Wer sieht es denn eigentlich nicht, daß für jede der zehn Divisionen, die etwa bei uns im Westen aufgestellt werden, der entsprechende Zug im Osten folgen muß und wird? Wollen wir und dürfen wir so den Kampf für die Freiheit der Menschen unseres armen geschundenen Volkes führen? —*

*Ja: der Rat unserer Evangelischen Kirche in Deutschland wußte wohl, was er sagte und tat, als er auf dem Kirchentag in Essen erklärte: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt!“*

*Ich weiß wohl, daß sich nun der Trotz zu Worte meldet: Aber, wir müssen uns selber und die Freiheit, die wir gottlob noch haben, doch wenigstens schützen! — Und so mag's leidlich klingen. Aber, meine Brüder, dürfen wir mitbauen an der Mauer, die uns voneinander trennt? Schon hat ein Unvorsichtiger es ausgesprochen: „Der Vorhang muß endgültig zugemacht werden.“ „Kain, wo ist dein Bruder Abel?“ Abgeschrieben, verkauft, preisgegeben! Denn jeder ist sich selbst der Nächste; darum: Rette sich, wer kann! —*

*Wir armen Sklaven der Angst und des Trotzes! Bleibt unsere Freiheit denn noch Freiheit, wenn die Brüder dafür zahlen müssen? —*

*Es geht nicht mit Angst und Trotz; es geht nicht, solange wir die Brüder und damit Gott verleugnen, um uns selber zu sichern. Noch steht das Wort fest, und der es sprach, hat alle Gewalt in Händen im Himmel und auf Erden: „Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren!“*

*Aber der Ruf nach Freiheit brauchte ja nicht als eine Anklage in Angst und Trotz aus unsern Herzen und über unsere Lippen zu kommen. Könnte er nicht und sollte er nicht vielmehr ein Gebet sein, ein Gebet, das hüben und drüben vor Gott gebracht wird, ein Gebet, das uns über alle gewaltsame Zertrennung hinweg als Brüder zusammenschließt, ein Gebet, das der Erhöhung gewiß und froh werden dürfte, weil es aus der Liebe und nicht aus der Selbstsucht käme?! —*

*Solch ein Gebet würde freilich bedeuten, daß wir uns zu allererst und immer wieder unter das Gericht Gottes im Gehorsam beugen, daß wir's zugeben, daß es allein „Gottes Güte ist, daß wir nicht gar aus sind“, daß wir darauf verzichten, uns gewaltsam Wege zu öffnen, die Gott uns versperrt hat und die uns deshalb nur in tieferes Elend und schlimmere Knechtschaft führen müßten. Nicht umsonst begann der Weg der Evangelischen Kirche nach dem Zusammenbruch 1945 mit dem Schuldbekenntnis von Stuttgart: „Wir klagen uns — nicht andere — an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben!“ Und deshalb konnten wir's auf der Eisenacher Synode 1948, ohne Angst*



und ohne Trotz und ohne Gott oder Menschen anzuklagen, aussprechen: „Auf der Gewalt ruht kein Segen!“ —

Das aber war der Durchbruch zur Freiheit; und diese Freiheit war nicht ein Raub, den wir an uns gerissen hätten. Sie war das freie Geschenk dessen, der da spricht: „Welchen der Sohn frei macht, der ist recht frei!“ Denn der Gekreuzigte, der am Galgen starb mit dem Gebet: „Vater, vergib ihnen!“, der so für uns starb, der überwindet unsern Trotz; und der Auferstandene, dem Gott die Macht gegeben hat und der in Vollmacht spricht: „Fürchtet euch nicht!“, der befreit uns von der Angst, der macht uns recht frei, nicht frei von Gott, sondern frei für Gott zum Gehorsam, nicht frei vom Bruder, sondern frei für den Bruder zum Dienst.

Nun heißt es nicht mehr: „Rette sich, wer kann!“ Denn im Glauben an diesen Herrn wissen wir: wir sind gerettet und wir sind frei, weil wir ihm gehören. Wir können uns auf ihn verlassen, und wir dürfen ihn beim Wort nehmen, und er sagt es ja und verspricht es uns: „Niemand wird sie aus meiner Hand reißen!“ —

Das ist die Freiheit der Kirche Jesu Christi; und deshalb erkennen wir keinen Eisernen Vorhang als trennende Grenze an; deshalb rufen wir's den Brüdern drüben mahnend und tröstend zu: „So bestehet nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat!“; und deshalb beten wir für sie, daß ihr Glaube nicht aufhöre, und deshalb beten wir für uns selber, daß wir in der Anfechtung durch ihn im Glauben erhalten werden möchten, und damit auch in der Freiheit, die wahrhaft frei macht für den Bruder.

„Das Alte ist vergangen.“ Jetzt hören wir den Ruf nach Freiheit nicht mehr als unsern eigenen Ruf, mit dem wir Gott und Menschen anklagen; wir hören ihn als den Ruf der Brüder, in dem Christus uns ruft:

„Rettet den Menschen!“

Es ist die Frage, ob wir frei geworden sind von uns selber, von unserer Angst und von unserm Trotz, frei für Gott zum Dienst, zur Liebe, zum Opfer für den Bruder?!

Und da gilt der Einwand nicht, daß uns doch die Hände gebunden seien, weil ja der Griff nach der Gewalt und zu den Waffen uns heute von Gott selber verwehrt ist. Es bleibt genug zu tun übrig, wozu wir auch und gerade heute die Freiheit haben und was wir längst hätten tun sollen. Und die Evangelische Kirche ist nicht müde geworden, immer wieder darauf hinzuweisen: da sind die Entrechteten und Enterbten, die Vertriebenen und Heimatlosen, die Ungezählten, die unter uns und neben uns ihr Dasein fristen, ohne Anteil zu haben an der Freiheit, deren wir uns rühmen und dankbar freuen!

Fünf Jahre haben wir Zeit gehabt, den armen Lazarus vor unserer Tür zu erkennen und ihm beizustehen; und was ist alles nicht geschehen?! —

Noch ist Zeit zur Umkehr; aber Gottes Langmut und Geduld könnte auch sehr plötzlich zu Ende gehen, und wir hätten sein erneutes Gericht mehr als verdient!



*Hier aber sind wir deutlich gerufen, unsere Freiheit zu beweisen, die Christus uns nicht als Freiheit auf Kosten und zu Lasten unserer Brüder, sondern zu ihrem Dienst geschenkt hat!*

*Man sage auch nicht: das ist zu wenig, und wenn wir's auch täten, damit würde die Gefahr aus dem Osten für die menschliche Freiheit doch nicht behoben!*

*Es wäre damit sicherlich mehr getan, als mit irgendwelcher Rüstung, die doch nur eine Vorbereitung zum Bruderkrieg sein könnte; und Gott ist es nicht schwer, „durch viel oder wenig zu helfen“; er könnte es wohl fügen, daß so in Menschenherzen ein Wall aufgeworfen würde, an dem sich die Wogen brechen müßten!*

*Es wäre wahrlich nicht das erste Mal, daß die Klugen dieser Welt oder die sich selbst für klug halten, über den Glauben spotten und den Gehorsam lächerlich machen. Wir haben in Christus die Freiheit, das ohne Bitterkeit zu tragen und darüber weder mutlos noch müde zu werden.*

*Die Evangelische Kirche hat noch einen Auftrag für unser Volk. Bischof Dibelius hat vorhin gesagt: Die Evangelische Kirche in Deutschland ist der letzte Hort der Freiheit unseres Volkes. Ja, sie ist heute nach Gottes Fügung die letzte und einzige Größe, die noch für die Freiheit des ganzen Volkes ihre Stimme erheben kann und dann auch das Risiko ihres Eintretens selber trägt und weiter zu tragen bereit ist! Weder Herr Dr. Adenauer noch Herr Grotewohl können das tun, sie haben die Vollmacht nicht, und sie wissen, daß sie sie nicht haben. Und wenn heute das ganze deutsche Volk in Freiheit wählen könnte, dann stünde keiner von diesen beiden Männern an seiner Spitze.*

*Da niemand anders da ist, so muß die Evangelische Kirche diese Verantwortung tragen und wahrnehmen; sie will und sie wird es tun.*

*Brüder, ihr seid diese Kirche, ihr seid zur Freiheit berufen und ihr seid berufen, diese Freiheit zu bezeugen und zu leben; so werdet nicht der Menschen Knechte!*

*Herr, mach uns frei!*

Nicht nur in der politischen, teilweise auch in der kirchlichen Presse wurde mehr und mehr gegen Niemöller und sein Vorgehen von verschiedenen theologischen und kirchlichen Standpunkten Stellung genommen. Auch der Parteitag der CDU war stark durch die Auseinandersetzung bestimmt, die der Kanzler und Parteivorsitzende Adenauer mit Niemöller und Heinemann hatte. Es wurden sogar die evangelischen Delegierten des Parteitages veranlaßt, eine besondere Erklärung zu verfassen.

#### *Entschließung der evangelischen Delegierten*

*Wir evangelischen Delegierten und Abgeordneten zum ersten Parteitag der CDU bekennen uns erneut zur politischen Grundaufgabe der Christlich-*

*Demokratischen Union, die nichts anderes zum Inhalt hat als den Neubau unserer staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung aus dem Geist christlicher Verantwortung. Wir sind mehr denn je davon überzeugt, daß nur eine solche Politik, die uns mit den Christen anderer Konfessionen verbindet, unser Volk nach dem Irrweg des Nationalsozialismus aus den Nöten der Gegenwart herausführen kann.*

*Vornehmstes Ziel unserer politischen Arbeit ist die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa. Die gegenwärtige Spaltung, die unsere größte Not ist, ist entscheidend verursacht durch den Machtwillen des Bolschewismus, der auf das ganze Europa zielt und die Parolen von Einheit und Frieden nur als Mittel zur Unterwerfung mißbraucht. In dieser Lage führt der Weg zur Wiedervereinigung nur über die Erstarkung, die wirtschaftliche und soziale Gesundung des freien Deutschlands und seine Sicherung. Wenn wir daran einmütig arbeiten, leisten wir den wichtigsten stellvertretenden Dienst auch für die Deutschen in der Sowjetzone. Wir stellen uns daher hinter die Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung, die allein vom Volk legitimiert sind, für ganz Deutschland zu sprechen.*

*Wir sind von tiefer Sorge erfüllt über Erklärungen, die Männer der evangelischen Kirche, insbesondere Kirchenpräsident Niemöller, in letzter Zeit zu politischen Fragen unseres Volkes abgegeben haben. Sosehr wir die Pflicht der Kirche bejahen, die Verantwortung für die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens mit zu tragen, so sehr erwarten wir, daß solche Erklärungen nicht voreilig, sondern nur nach gewissenhafter Sachprüfung, nach brüderlicher Beratung und in gemeinsamer Verantwortung veröffentlicht werden.*

Die Wirkung des Parteitags der CDU, insbesondere der Entschliebung der evangelischen Delegierten, war durchaus zwiespältig. Die CDU als eine Partei der Gemeinsamkeit politischen Handelns evangelischer und katholischer Christen stand in diesem Augenblick geradezu auf dem Spiel. Überall war die Person und Sache M. Niemöllers der Stein des Anstoßes, durch den sich jedermann zur Entscheidung gerufen sah. Aus dem Für und Wider jener Tage sei auf der einen Seite der Beschluß eines westfälischens Presbyteriums für, und auf der anderen Seite die Stellungnahme der Hannoverschen Synode und des Bayrischen Landeskirchenamtes gegen Niemöller als Beispiel des „Widereinander“ in der evangelischen Kirche gebracht. Das Presbyterium der Petri-gemeinde in Dortmund erklärte:

*Mit tiefer Trauer haben wir in der gestrigen Ausgabe der „Ruhrnachrichten“ gelesen, mit welchen Worten der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer in Goslar auf dem Parteitag der CDU Martin Niemöller angegriffen hat. Niemand wird ihm das Recht bestreiten, seine Meinung über die Briefe und Äußerungen von Martin Niemöller zu sagen. Wenn er sie verurteilt, muß er sie aber auch begründen. Das hat er nicht getan.*

Statt dessen hat er erklärt, daß Niemöllers Angriffe auf „Unwahrheiten“ aufgebaut seien. Er hat ihm Verantwortungslosigkeit vorgeworfen und den Tadel ausgesprochen, daß er dem deutschen Volk im In- und Ausland schwersten Schaden zugefügt habe. Er hat zwar das Wort Landesverräter vermieden, aber wenn er sagt, daß Niemöllers Vorgehen in Frankreich Beachtung finden wird und bei der SED größten Beifall ausgelöst habe, so meint er damit, daß Niemöller sein Land an seine Feinde verraten habe.

Es sind jetzt 15 Jahre her, daß ein anderer Staatsmann im damaligen Deutschland genau die gleichen Beschuldigungen öffentlich gegen Martin Niemöller ausgesprochen hat. A. Hitler und seine Unterführer haben ihn einen Landesverräter genannt. Martin Niemöller hat dafür 8 Jahre im Gefängnis und KZ verbracht.

Jeder Christ sollte sich heute fragen, wer damals recht hatte oder nicht.

Dr. Adenauer hat mit seinen Worten nicht nur Martin Niemöller öffentlich verurteilt, sondern viele ernste evangelische und katholische Christen, u. a. den bisherigen Bundesinnenminister Dr. Heinemann und den Berliner Bischof D. Dibelius, angegriffen, die sich gerade in Frankfurt öffentlich auf die Seite Niemöllers gestellt haben und vor dem politischen Kurs des Kanzlers warnen, weil er uns in den Krieg führe. Was sollen wir evangelischen Christen von einem Kanzler denken, der Martin Niemöller und diejenigen, die seine Meinung teilen, beschimpft?

In derselben Rede hat nach dem CDU-Blatt „Die Ruhrnachrichten“ Dr. Adenauer wörtlich im Zusammenhang mit der Schaffung von deutschen Truppenkontingenten den Deutschen in der sowjetischen Zone zugerufen: „Harret aus und hoffet auf uns. Wir werden wiederkommen. Nichts kann uns abhalten, dieses Ziel zu erreichen.“

„Harret aus und hoffet auf uns.“

Was kann das anders heißen als: Hoffet auf unsere jetzt aufgestellten Truppen?

„Wir werden wiederkommen.“

Was kann das anders heißen als: Unsere Truppen werden nicht an der Grenze stehenbleiben, sondern marschieren?

„Nichts kann uns abhalten, dies Ziel zu erreichen.“

Was kann das anders heißen als: Wir werden mit Gewalt die sowjetische Zone befreien?

Und endlich fragen wir: Was kann das alles anderes heißen als: Wir wollen den Krieg und rüsten uns zum Krieg?

Martin Niemöller und viele andere Christen haben mit großem Ernst gewarnt vor dem Kurs des Bundeskanzlers, er führe uns in den Krieg. Jeder Christ, besonders die CDU-Mitglieder haben sich zu fragen, ob er recht hat oder nicht.

Das Presbyterium der Petri-Gemeinde  
in Dortmund

Dortmund, den 22. Oktober 1950

Der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern veröffentlichte am 24. Oktober eine offizielle Stellungnahme gegen Niemöllers „Erklärungen zur politischen Lage“:

*Erklärung des Landeskirchenrates der  
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*

Kirchenpräsident D. Niemöller hat sich in der letzten Zeit in verschiedenen Erklärungen zur politischen Lage geäußert. Wir müssen es vor unseren Gemeinden in aller Öffentlichkeit aussprechen, daß diese Äußerungen nicht im Auftrag und nicht im Sinn unserer Kirche geschehen sind.

Wir sehen uns genötigt, uns von der einseitigen Stellungnahme D. Niemöllers abzugrenzen. Wir sagen das mit Trauer; denn wir wissen, was D. Niemöller im Kirchenkampf bedeutet hat. Wir haben sein schweres Schicksal im Konzentrationslager mit innerer Anteilnahme mitgetragen. Aber hier müssen wir uns von ihm absetzen.

Die Kirche hat das Wort Gottes zu verkündigen in seinem ganzen Ernst und in seinem ganzen Trost. Es kann wohl in bestimmten Stunden die Kirche gezwungen sein, vom Wort Gottes her ein kritisches Wort zur Politik oder zur Staatsführung zu sagen. Aber dabei hat sie das Amt zu achten, das Gott der Obrigkeit gegeben hat.

Zum anderen: Es ist von Gott so gewollt, daß in politischen Tagesfragen der einzelne Christ aus dem in Gottes Wort gebundenen Gewissen heraus in Freiheit seine Entscheidung trifft. Die Kirche kann dem Christen weder die Entscheidung in politischen Fragen abnehmen noch darf sie ihm im Namen des Evangeliums politische Entscheidungen aufzwingen.

Die Kirche hat den Auftrag zu erfüllen, den ihr der Herr gegeben hat. Dieser Auftrag besteht auch heute darin, daß die Kirche einer verwirrten Welt das Gebot Gottes bezeugt, die trotzigsten Herzen zum Gehorsam ruft und die erschrockenen Gewissen tröstet.

München, den 24. Oktober 1950

D. Meiser

Am gleichen Tage wurde auf der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannovers von einigen Abgeordneten ein Antrag eingebracht, der die Feststellung der Untragbarkeit Niemöllers als Leiter des kirchlichen Außenamtes forderte:

*Die Synode wolle folgende EntschlieÙung fassen:*

Zu den Äußerungen, die der Kirchenpräsident der Landeskirche Nassau-Hessen Niemöller in Fragen der inneren und äußeren Politik der Öffentlichkeit übergeben hat, erklärt die Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers das Nachfolgende:

1. Sie bedauert tief, daß Kirchenpräsident Niemöller Behauptungen verbreitet hat, die sich bei näherer Prüfung offensichtlich als nicht stichhaltig erwiesen haben;



2. sie stellt fest, daß Kirchenpräsident Niemöller nicht berechtigt ist, im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu reden;

3. sie vertritt die Überzeugung, daß der evangelisch-lutherische Christ nicht nur berechtigt, sondern gegebenenfalls auch verpflichtet ist, Heimat, Freiheit und Menschenwürde mit allen Kräften zu verteidigen;

4. sie steht auf dem Standpunkt, daß Herr Niemöller als Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland untragbar ist;

5. sie spricht den evangelischen Christen, die es in der heutigen schweren Zeit wagen, eine politische Verantwortung zu übernehmen, Dank und Anerkennung aus und gedenkt ihrer in Fürbitte.

gez. Steinbömer

gez. Friedrichs

gez. Graf von Wedel

Nach einer ausgiebigen Debatte einigte sich die Synode am 25. Oktober in diesem Beschluß:

*Die Synode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers beschließt folgende Erklärung:*

„Die Äußerungen des Kirchenpräsidenten D. Niemöller haben in unseren Gemeinden Unruhe und Besorgnisse hervorgerufen.

Die Synode stellt dazu fest, daß Martin Niemöller hierbei nicht für die Evangelische Kirche in Deutschland gesprochen hat. Ohne zu der Frage der Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu nehmen, bedauert es die Synode, daß Martin Niemöller die Grenzen überschritten hat, die ihm durch sein hohes kirchliches Amt gezogen sind.

Sie hofft, daß es dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gelingen wird, weitere Verwirrung abzuwenden.

Die Synode gedenkt in Fürbitte aller Männer und Frauen, die sich in christlicher Verpflichtung bereitgefunden haben, Verantwortungen im Staate zu übernehmen. Sie bittet Gott, daß Er uns den Frieden erhalten und alle Deutschen in wahrer innerer und äußerer Freiheit wieder zusammenführen möge!“

Während der Landesbruderrat der Bekenntnisgemeinschaft Hannovers ausdrücklich diesen Beschluß der Synode bejahte, gab der Vorsitzende der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft für Niedersachsen eine öffentliche Erklärung dagegen ab:

Kirchlich-theologische  
Arbeitsgemeinschaft f. Niedersachsen

Reiffenhausen, den 15. Nov. 1950

### Öffentliche Erklärung

Namens der Kirchlich-theologischen Arbeitsgemeinschaft für Niedersachsen und als Mitglied der Landessynode Hannovers habe ich zu der Entschließung der Synode gegen Niemöller vom 25. 10. 1950 das Folgende zu erklären:

1. Die Kirchlich-theologische Arbeitsgemeinschaft hält die oben genannte Erklärung für tiefbedauerlich. Denn anstatt sich mit Niemöller in der Sorge verbunden zu zeigen, die uns alle bewegt, distanziert sie sich von ihm ohne Angabe von bestimmten, sachlichen Gründen.

2. Eine solche Distanzierung ohne Stellungnahme zur Wiederaufrüstung halten wir für zu billig. Wem ist damit gedient? Sie ist nicht gegen den Vorwurf gesichert, als solle sie nur denen gefallen, die die Aufrüstung im Sinne Adenauers bejahen und sich eilfertig den Gegengründen verschließen.

3. Die Erklärung ist ungeschützt gegen den Vorwurf, daß sie sich mit dem willkommenen Abrücken von Niemöller um die unabweisbare Wahrnehmung politischer Verantwortung herumdrückt, insgeheim aber doch gewisse kirchenpolitische und auch politische Ziele verfolgt. Es wäre besser gewesen, wenn einem solchen möglichen Vorwurf ausdrücklich und wirksam begegnet worden wäre.

4. Die Erklärung versagt offenbar den Christen in den Gemeinden den guten Rat und das hilfreiche Wort in einer politischen Existenzfrage ersten Ranges und ordnet ihr die Auseinandersetzung mit dem Verhalten einer prominenten, kirchlichen Persönlichkeit über. Ist das die Haltung und die Hilfe, die unsere Gemeinden brauchen?

Der Hinweis auf die „Grenzüberschreitungen“ Niemöllers scheint andeuten zu sollen, daß ein Christ in der Wahrnehmung seiner politischen Verantwortung von der Kirche her einen Rat und eine Hilfe grundsätzlich nicht erwarten darf. Kirchliche Stellen würden demnach ihre Grenzen überschreiten, wenn sie in politischen Dingen ein — ja immer anfechtbares — Wort wagen würden.

Diese Haltung der Kirche würde tatsächlich dem Christen das gute Gewissen dafür geben, in den Dingen der Politik nach dem Glaubensgehorsam, nach seiner Verantwortung gegenüber dem Gebot Gottes nicht zu fragen. Aber eine solche Haltung wäre auch ein politischer Rat, und zwar ein schlechter, verwerflicher! Er zerreißt die Einheit des Christen als des Menschen, für den auch das politische Handeln Gottesdienst sein soll.

Diese Haltung verführt auch zur kritiklosen, unterwürfigen Hinnahme eines jeden politischen Systems und einer jeden politischen Maßnahme einer Regierung, wie die Vergangenheit und die Gegenwart zeigen können.

5. Niemöller und Heinemann haben mit Recht und mit Erfolg sich für die Sache der politischen, freien Verantwortung des Christen eingesetzt angesichts einer Frage von unabsehbarer Tragweite.

Wer dies nicht bei aller Kritik, die er haben mag, anzuerkennen vermag, der hat kein Recht dazu, sich von ihnen zu distanzieren. Durch diese eilfertige Distanzierung von Niemöller und faktisch damit auch von Heinemann wird einer falschen Beruhigung der zu ihrem Besten wachgerufenen Gewissen Vorschub geleistet.

6. Die Kirche kann nicht in Sachen der Politik eine bestimmte Entscheidung für die unfehlbar richtige erklären und verbindlich machen. Sie darf darum aber ebensowenig es unterlassen, zu raten und zu helfen, wie der Seelsorger am Einzelnen es auch tut! Dieser Unterlassung ist die Erklärung schuldig.

Niemand soll den verachten oder schmähen, der jetzt redlich eine Aufrüstung zur Sicherung des Friedens für richtig hält.

Niemand aber hat ein Recht dazu, den Bruder im Stiche zu lassen, der mit guten Gründen jetzt gegen die Aufrüstung ist, solange er nicht die Gründe selbst geprüft hat.

7. Wer Niemöller angreift, weil er politische Verantwortung als Mann der Kirche konkret wahrnimmt, der wisse, daß auch Luther dies getan hat, ohne Rücksicht auf seine hohe Stellung und auf seinen großen Namen und auf den Widerspruch gegen seine Formen aus der eigenen Kirche heraus.

8. Die Distanzierung von Niemöller, ohne eine Stellungnahme zu der von ihm aufgeworfenen Frage, von der her sein Verhalten überhaupt erst begreiflich werden kann, ist nicht gegen den Vorwurf geschützt, selbst politisch schlechthin unverantwortlich zu sein.

9. Landesbischof Lilje hat wiederholt öffentlich erklärt, die Kirche könne sich niemals das Recht streitig machen lassen, sich zu politischen Fragen zu äußern. Niemöller hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die Erklärung nennt das Überschreiten einer Grenze. Es bleibt dem aufmerksamen und verantwortungsbewußten Leser überlassen, diesen Widerspruch zu verstehen und zu beurteilen.

gez. Götz Harbsmeier

Hier scheint mir nun der rechte Ort zu sein, die oben bereits erwähnte, im Auftrag der Bekenntnisgemeinschaft von Hannover durch ihren theologischen Konvent ausgearbeitete „Stellungnahme zu der Flugschrift: An die Gewehre? Nein!“ einzufügen, die in theologischer Besinnung vom Standpunkt des lutherischen Bekenntnisses zur Sache und zum Vorgehen des „Niemöllerkreises“ sich äußerte:

*Stellungnahme des Theologischen Konvents der Bekenntnisgemeinschaft der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zu der Flugschrift „An die Gewehre? Nein!“.*

Der Geschäftsführer des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in der ersten Hälfte des Monats Oktober d. J. unter der oben genannten Überschrift eine Flugschrift als „Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung“ herausgegeben. Diese Flugschrift enthält neben dem auch sonst bekannt gewordenen „Offenen Brief“ des Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller an den Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer vom 4. Oktober 1950 ein „Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Wiederaufrüstung“ vom 29. September 1950,

an dessen Abfassung nur ein Teil der Mitglieder des Bruderrates beteiligt gewesen ist. Außerdem enthält diese Zusammenstellung einen Aufruf vom 2. Bruderschaftstreffen der Bruderschaften der Bekennenden Kirche am 3.—4. Oktober 1950 in Darmstadt, sowie aus demselben Kreis einen „Offenen Brief“ an den Bundeskanzler vom 4. Oktober 1950.

Durch die Veröffentlichung dieser Flugschrift sowie anderweitige z. T. nur mündliche Äußerungen in der Öffentlichkeit haben neben einem der führenden Männer der Evangelischen Kirche in Deutschland und seinen Freunden verschiedene Organe der Bekennenden Kirche in der bisher wohl verbindlichsten Weise und mit dem bisher wohl stärksten Geltungsanspruch in das politische Tagesgespräch der Bundesrepublik Deutschland eingegriffen.

Dieses Eingreifen kirchlicher Stellen in eine politische Tagesfrage hat in anderen Kreisen der Evangelischen Kirche in Deutschland eine zum Teil recht heftige Abweisung erfahren. Neben dem bayrischen Landeskirchenrat und der Bischofskonferenz sowie der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche haben sich auch die Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover und der Landesbruderrat der Bekenntnisgemeinschaft der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover in dieser Angelegenheit von D. Niemöller ausdrücklich abgesetzt. Diese Stellungnahmen werden hier als bekannt vorausgesetzt.

Das Anliegen dieser Gegenäußerungen gegen D. Niemöller und seinen Freundeskreis ist dort nicht immer mit der notwendigen Unvoreingenommenheit erkannt und gewürdigt worden. In einem gewissen Übereifer des Einsatzes für eine allen Evangelischen in Deutschland gleich verehrungswürdige Persönlichkeit ist die hier bei den Kritikern vorliegende theologische Sachfrage weithin übersehen worden. Und was die Aufnahme gerade des diesbezüglichen Wortes der hannoverschen Landessynode angeht, so scheint das ihm entgegengebrachte Mißverständnis einem bedauerlichen Mißtrauen zu entspringen, das dem Bruder unterstellt, er meine in Wirklichkeit etwas anderes, als er sage.

Es ist das Ziel der folgenden Untersuchung, die Auseinandersetzung über die oben genannte Flugschrift aus der Ebene der verletzten Gefühle herauszulösen und zu den hier vorliegenden theologischen Sachfragen zu führen. Es wäre zudem ein ungutes Zeichen für die Evangelische Kirche in Deutschland, wenn lediglich Differenzen über eine Frage der Politik zu dieser Krise geführt hätten, an der die Gemeinschaft der Bekennenden Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland fast zerbrochen wäre. In der Tat wird es sich zeigen, daß die hier vorliegende verschiedene Beurteilung der Beteiligung der Kirche an der politischen Willensbildung und Gestaltung nur ein Symptom für eine tiefgreifende und in großer Breite sich auswirkende theologische Grundkontroverse darstellt.



## I. Der „Offene Brief“ D. Niemöllers

1. Für eine sachliche und unvoreingenommene Beurteilung des „Offenen Briefes“ D. Niemöllers an den Bundeskanzler ist die Feststellung unerlässlich, daß die Behandlung der Frage eines westdeutschen Beitrages zur Verteidigungsbereitschaft der Westmächte einer starken Undurchsichtigkeit unterlag. Das dürfte die Geschichte des Ausscheidens Dr. Dr. Heinemanns aus dem Bundeskabinett unwiderleglich deutlich gemacht haben.

2. Daß hier endlich einmal — wie Dr. Dr. Heinemann es ausdrückt — „zur Ordnung und zur Klarheit“ gerufen wurde, muß zunächst dankbar begrüßt werden. Denn bei allem Verständnis dafür, daß in den Dingen der Politik und besonders der Militärpolitik die Akte „Geheim“ eine große und berechtigte Rolle spielt, darf nach den Erfahrungen des deutschen Volkes mit seiner eigenen soldatischen Vergangenheit, aber auch mit den mancherlei Ehrabschneidungen und Umerziehungsmaßnahmen von seiten der Alliierten diese ganze Frage der deutschen Beteiligung an den ungeheuren Rüstungsmaßnahmen der Westmächte zur Vermeidung einer Gewissensvergewaltigung nicht mit dem Nimbus des Geheimnisses umgeben werden. Hier muß es zu einer klaren Willensbildung des Volkes selbst kommen, nach der allein dann seine Regierung zu verfahren hat. Dabei kann hier die Frage völlig offen bleiben, ob und wie etwa die Regierung selbst auf diese Willensbildung des Volkes Einfluß nehmen soll, und auf welche Weise das gewonnene Urteil des Volkes zur Äußerung gebracht werden kann.

3. Es hätte der Sache am meisten entsprochen, wenn dieser Ruf „zur Ordnung und zur Klarheit“ von seiten der berufenen politischen Organe ergangen wäre. Wenn aber schon wegen der Dringlichkeit dieser Angelegenheit und der immer größer werdenden Gefahr der Gewissensverletzung die Kirche handeln mußte, so wäre um eines geordneten Verhältnisses willen zwischen den Leitungsorganen von Staat und Kirche eine Anrede von seiten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland der gewiesene Weg gewesen. Daß ein so temperamentvoll durchgeführter Alleingang in einer Frage von solcher Öffentlichkeitsbedeutung zu Mißverständnissen und Kompetenzstreitigkeiten führen mußte, hätte mit einiger Sicherheit vorhergesagt werden können.

4. Die Art, wie D. Niemöller eine hier tatsächlich vorhandene Sachfrage aufgegriffen und behandelt hat, muß um der Würde der Evangelischen Kirche und um ihres weiteren Zugangs zur Obrigkeit willen tief bedauert werden. Die hier angewandte Form und das benutzte Vokabular dürfen nicht zum üblichen Verkehrsstil zwischen Kirche und Staat werden. Die aus den zwar tatsächlich vorhandenen Indizien abgeleitete superlativische Behauptung einer „mit allen Mitteln“ betriebenen „Remilitarisierung West-

deutschlands“ (vgl. auch die Behauptung einer unter der Autorität des Bundeskanzlers allenthalben „mit Hochdruck anlaufenden Wiederaufrüstung“ in dem „Offenen Brief von Vertretern der Bruderschaften der Bekenndenden Kirche“ vom 4. Oktober 1950), die Weitertragung eines Gerüchts von bereits bestehenden Abmachungen über die alsbaldige Aufstellung „einer ganzen Anzahl deutscher Divisionen“, die Unterstellung einer in der Frage nach Krieg und Frieden das deutsche Volk mundtot machenden Formulierung der Verfassung, die kaum verhüllte Androhung eines Aufrufes der Kirche zur Kriegsdienstverweigerung, in einer Frage also, die gerade erst wieder einer ernsthaften theologischen Debatte unterliegt, — diese Art der Anrede an den Bundeskanzler dürfte die der Kirche allein mögliche und aufgetragene Gewissensunterrichtung der Obrigkeit in unnötiger Weise erschweren. Zudem wird nicht gut bestritten werden können, daß in den Absätzen 4 und 5 dieses „Offenen Briefes“ D. Niemöllers der Eindruck nicht vermieden ist, als würde in all diesen Dingen nicht etwa eine Privatmeinung, sondern das Urteil der Evangelischen Kirche in Deutschland vertreten. Dieses Mißverständnis muß immer entstehen, wenn ein Mann von der Geltung D. Niemöllers zu politischen Tagesfragen Stellung nimmt, ohne eine solche Stellungnahme ausdrücklich als persönliches Urteil zu bezeichnen.

Diese bisherige Kritik an dem „Offenen Brief“ D. Niemöllers betreffen Formalia. Wegen dieser Formalia ist D. Niemöller mit Recht widersprochen worden. Aber hier liegt nicht der einzige und auch nicht der eigentliche Grund des Widerspruchs gegen ihn. Vielmehr ist das gesamte Auftreten D. Niemöllers und der meisten seiner Freunde in dieser Frage des Beitrags der Kirche zur Wiederaufrüstungsdebatte von einer verhängnisvollen theologischen Unklarheit hinsichtlich des Verhältnisses von Kirche und Politik getragen. Diese Unklarheit wird in den Äußerungen des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bruderschaften der Bekenndenden Kirche besonders deutlich.

## II. Das Anliegen des Niemöller-Kreises

1. Mit diesen Erklärungen wird der Anspruch erhoben, daß im Gewissen an Gott gebundene Christenmenschen die Vorgänge im politischen Leben des Volkes beobachten, beurteilen und beeinflussen dürfen. Dieses Recht, das in einer Demokratie ohnehin jedermann zusteht, darf keineswegs bestritten, geschmälert oder gar aufgegeben werden. Vielmehr ist die Entwicklung der letzten Jahre zu bejahen, daß Christen von diesem Recht in steigendem Maße Gebrauch machen. Es darf auf gar keinen Fall der Eindruck erweckt werden, als ob in dieser Tatsache allein schon eine illegitime Grenzüberschreitung von Christenmenschen läge. Diese Grenzüberschreitung, d. h. also eine Vermischung von Kirche und Politik, liegt auch dann nicht vor, wenn das christliche Gewissen im politischen Leben

ganz bewußt und erklärtermaßen zu einer entscheidenden Instanz gemacht wird. Und es ist keineswegs der Tatbestand „klerikaler Einmischung in ein fremdes Amt“ erfüllt, wenn die Kirche die Inhaber eines politischen Amtes immer wieder dahingehend unterrichtet, daß auch das politische Leben des Volkes dem Anspruch Gottes unterliegt. Vielmehr kann durch aktive Teilnahme von Christen am politischen Leben deutlich werden, daß nur durch die Beachtung dieses göttlichen Anspruchs das politische Leben des Volkes von einer kurzsichtigen Partei- und Interessenpolitik, von dem Machtstreben und dem Ehrgeiz Einzelner, von Ressentiments und unsachlicher Abneigung, von unguten Leidenschaften und böser Korruption befreit werden kann. So vermag ein Christ im politischen Amt, ohne daß er Glaube und Politik schon zu „vermischen“ braucht, als ein durch Jesus Christus von Angst und Sorge, von irdischem Sicherheitsverständnis und Menschenhörigkeit Befreiter, in einer politischen Frage sich leicht anders zu entscheiden als einer, der die Dinge der Politik nur der Autonomie der Vernunft zu unterstellen in der Lage ist. Hier liegt das Recht der Forderung, auch eine Politik aus Glauben zu betreiben. Und es geht wohl nicht an, das Politische eigenmächtig auszuklammern, wenn Paulus schreibt: „Was nicht aus dem Glauben geht, das ist Sünde“ (Röm. 14, 23).

Wir haben demgemäß als Kirche die Teilnahme von möglichst vielen Christen am politischen Leben zu befürworten und diesen dazu zu einem guten Gewissen zu verhelfen.

Dieses Recht zur inneren und äußeren Teilnahme von Christen am politischen Leben kann für diese geradezu zu einer Verpflichtung werden, wenn sie glauben, daß nur sie allein als Christen unabhängig genug sind, um den politischen Weg des Volkes vor Irrweg und Katastrophen zu bewahren. Diese Verpflichtung, in Sonderfällen auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluß zu nehmen, kann auch einem hohen Amtsträger der Kirche nicht gut bestritten werden (s. Bischof D. Eivind Berggrav in Norwegen während der deutschen Besatzungszeit). Darum soll hier ausdrücklich festgestellt werden, daß nicht schon darin „eine Grenzüberschreitung“ gesehen werden darf, daß etwa D. Niemöller überhaupt seine Stimme zu politischen Fragen erhebt (wenn mit „Grenzüberschreitung“ nicht etwa nur die obengenannte Inanspruchnahme allgemein kirchlicher Geltung für ein persönliches Urteil gemeint sein soll). Das ist schließlich eine Frage der Berufung und der eigenen persönlichen Entscheidung. Nicht das „Daß“, sondern das „Wie“ unterliegt hier der Beurteilung.

2. Diese Überzeugung, in dieser Stunde als Christen gerufen zu sein, und diese Sorge um einen gefährlichen Katastrophenweg unseres Volkes stehen hinter diesen Worten zur Wiederaufrüstung. Sie verleihen ihnen ein Pathos, dem sich niemand so leicht entziehen kann, dem sich auch niemand um des hier vertretenen Anliegens willen leichtfertig entziehen darf. Wir dürfen uns diesem hier vorgetragenen Anliegen, unserem Volke und der Welt den Frieden und nichts als den Frieden zu wahren, um so weniger entziehen, als dieses leidenschaftliche Verlangen nach dem Frieden als



Grundanliegen der Kirche zur politischen Entwicklung unserer Zeit von der Evangelischen Kirche in Deutschland in verschiedenen Verlautbarungen verschiedener Leitungsorgane mit Recht zum Ausdruck gebracht worden ist. Die These der Kirche zur weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, das A und O ihrer Warnungen und Mahnungen an die Machthaber der Welt, kann unter allen Umständen nur so lauten: Tut alles bis zuletzt für die Erhaltung des Friedens, betrachtet den Krieg nicht mehr als ein Mittel weltpolitischer Entscheidungen.

Hier machen Männer der Kirche den ernsthaften Versuch, den Politikern zu zeigen, wie diese grundsätzlichen Mahnungen und Warnungen der Kirche in einer konkreten Situation der Politik angewendet und realisiert werden können. Dieser Versuch ist und bleibt als solcher beachtenswert und darf von seiten der Kirche zu allerletzt mit einer spontanen Abwehrbewegung abgetan werden.

3. Dieser hier vorliegende Versuch praktischer Anwendung des Friedensanliegens der Kirche führt zu folgender These:

Die vernünftige Überlegung und auch die Beurteilung der Situation Deutschlands „im Glauben“ gebieten ein Heraushalten aus den uns fremden Händeln der Großen. Das bedeutet eine völlige Ablehnung jeglicher Remilitarisierung, d. h. jeglicher Teilnahme Deutschlands am Wettrüsten der Weltmächte. Eine Remilitarisierung Westdeutschlands würde nur das Kriegspotential beider Mächte vergrößern, denn die eine Rüstung fordert die andere heraus. Um so sicherer aber fordern wir den Krieg heraus, „denn ein Rüstungspotential ist keine ruhende Macht, sondern eine dynamische Kraft, die zur Anwendung drängt“. Ein kommender Krieg bringt auf jeden Fall Unheil und Vernichtung. Darum ist die einzige Chance der Erhaltung des Friedens durch Ablehnung einer Remilitarisierung Westdeutschlands unter allen Umständen zu nutzen, diese wenn nicht anders, durch Kriegsdienstverweigerung zu erzwingen. Demgegenüber steht die positive Arbeit an der Erhaltung des Friedens durch „Inangriffnahme der sozialen Fragen“ unserer Zeit.

Hier wird also ganz bewußt und konsequent aus der Beurteilung der Situation heraus alles auf die Karte des Friedens gesetzt und eine absolut einlinige Friedens- und Neutralitätspolitik Deutschlands gefordert.

4. Die hier vorgetragene Beurteilung der politischen Situation unseres Volkes, die hinter diesen Verlautbarungen offensichtlich auch stehende Beurteilung der strategischen Lage Westdeutschlands, ja auch die Überzeugung, jetzt gerade in einer besonderen Stunde der Versuchung und auch der zu bestehenden Bewährung vor Gott zu stehen, ist also unvoreingenommen anzuhören und zu prüfen. Durch eine so oder so notwendige Kritik an diesen Worten darf keineswegs der Eindruck erweckt werden, als könne man den hier vorgetragenen Standpunkt zu der uns alle bewegenden Frage der Erhaltung des Friedens und der Rüstung in gar keiner Weise für ein mög-



liches politisches Urteil halten. Auf keinen Fall darf diese Stimme, wenn auch mit einem einseitigen Urteil über die politische Lage und einem einseitigen Urteil über die Stellung des Christen von heute zu Krieg und Frieden, zum Verstummen gebracht werden. Sie darf es um so weniger, als von diesem schroff einseitigen Friedensruf her die Verantwortlichen im politischen Leben vor übereilten Beschlüssen am nachdrücklichsten gewarnt werden. Sie darf es auch deshalb nicht, als die hier vertretene These von einem tatsächlichen Gewicht ist. Dieses Gewicht tritt besonders dann hervor, wenn diese Konzeption so nüchtern und besonnen vorgetragen wird, wie es in der Erklärung Dr. Dr. Heinemanns über die „Hintergründe und Gründe für seinen Rücktritt vom Amt des Bundesinnenministers“ geschieht (s. Junge Kirche 1950, Heft 18, Spalte 633 ff.).

5. Es wird sich nicht gut bestreiten lassen, daß diese Friedensthese, die ja hinsichtlich der mit großer Sicherheit zum Kriege drängenden Tendenz jeglichen Rüstungspotentials durch die Erfahrung erhärtet ist, bei allen denen von großer Volkstümlichkeit und Überzeugungskraft ist, die durch einen Krieg nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren haben. Ihr Gewicht wird noch größer, wenn nun noch die auch von Karl Barth in seinem Brief „zur Wiederaufrüstung in Deutschland“ in Anspruch genommene strategische These hinzukommt, die eine Verteidigung Deutschlands zwischen Elbe und Rhein gar nicht für möglich oder erst gar nicht für beabsichtigt hält, und die einer deutschen Armee die Aufgabe, „sich als Nachhut zu opfern oder allenfalls (unter Hinterlassung von Weib und Kind) an den Pyrenäen zu fechten“ (Karl Barth), zuweist.

6. Diese Friedensthese, die eine Wiederaufrüstung Deutschlands zwar nicht aus einem erklärten Pazifismus, wohl aber auf Grund der gegenwärtigen Situation ablehnt, die also glaubt, Deutschland könne sich durch eine entschlossene Neutralität und eine bloße Ablehnung jeglicher Rüstung und Vorbereitung auf den kriegesischen Ernstfall, ja durch den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung aus dem Unheil heraushalten und so Wesentliches zum Frieden der Welt beitragen — diese Friedensthese D. Niemöllers und seiner Freunde dürfte auch nicht durch den Hinweis zu erschüttern sein, daß es doch eine reichlich romantische Vorstellung sei, Deutschland könne im Weltenbrand so etwas wie eine Oase des Friedens und des Heiles bilden. Denn hier könnte immerhin eingewandt werden, es sei immer noch besser und für das Schicksal unseres Volkes im Katastrophenfall vorteilhafter, das kommende Unheil dann in Gottes Namen über sich ergehen zu lassen, als es durch eigene aktive Teilnahme noch vergrößern zu helfen.

### III. Theologische Kritik am Niemöller-Kreis

1. Diese ausführliche Würdigung der Friedensthese des Niemöller-Kreises sollte zeigen, daß man sie durchaus für erwägenswert und ihre politischen Konsequenzen durchaus für gangbar halten kann. Und es wäre ein böses Mißverständnis, wollte man die nun folgende scharfe theologische

*Kritik lediglich auf eine an derepolitische Grundhaltung zurückführen und nur als Äußerung eines anderen „Wiederaufrüstungsstandpunktes“ verstehen. Die hier zur Debatte stehende theologische Sachfrage wird erst dann ganz deutlich, wenn man versteht, daß es unter den theologischen Gegnern D. Niemöllers durchaus politische Gesinnungsfreunde von ihm gibt, d. h. daß es unter uns Brüder gibt, die der politischen These Niemöllers wohl zustimmen, sich aber doch theologisch von ihm distanzieren.*

*2. Den Schlüssel zur theologischen Beurteilung finden wir im Hauptsatz der These 2, in deren Unterpunkt g) und in dem Schlußabsatz des Bruderschaftswortes:*

*Wir lehnen eine Remilitarisierung Deutschlands ab, weil wir im Glauben an Jesus Christus weder von fremden Militärmächten noch von irgendeiner militärischen Macht die Hilfe für unser Volk erhoffen (2);*

*Im Glauben erkennen wir, daß uns Deutschen jetzt der Weg der Machtpolitik von Gott verwehrt ist; Wiederaufrüstung aber wäre das Beschreiten dieses uns verbotenen Weges (g);*

*Nach dem Erfolg dürfen wir nicht fragen. Uns ist der Zeugendienst für das Evangelium von Jesus Christus aufgetragen. Man mag uns im Westen als Parteigänger der „Nationalen Front“ verdächtigen. Wir können getrost sein; denn wir sind es nicht! Man mag uns im Osten als Propagandisten des westlichen Kapitalismus bezeichnen. Wir können getrost sein; denn es ist nicht wahr! Wir bitten alle Brüder zu prüfen, ob sie nicht diesen Weg mit uns gehen müssen als den, der uns von Gott geboten ist (Schlußsatz).*

*3. Aus dem Glauben an Jesus Christus wird hier ein politisches Urteil gefolgert. Wer in dieser Stunde im Glauben an Gott handeln will, kann nach Meinung der „Bruderschaften“ nur eben diesen ihren Standpunkt in der Wiederaufrüstungsfrage annehmen. Ja, die Vertretung und Durchführung dieses bestimmten politischen Urteils erscheint geradezu als Teil der Ausrichtung des „Zeugendienstes des Evangeliums von Jesus Christus“.*

*Hier liegt der entscheidende Fehler der Thesen aus dem Niemöller-Kreis. Hier ist die Grenze nicht respektiert, wo das theologische Urteil in das politisch-vernünftige übergeht. Darum wird für ein politisch durchaus mögliches Urteil mit einem beinahe prophetischen Sendungsbewußtsein absolute Geltung beansprucht. Hier blieb also unbeachtet, daß nicht allein die Heilige Schrift und das auf sie gegründete Gewissen zu diesem politischen Standpunkt führten, sondern dazu die immer nur subjektive eigene Beurteilung der politischen und strategischen Situation Deutschlands. Es blieb unbeachtet, daß in dieser gerichteten Welt eine unmittelbare Anwendung der dem Reiche Gottes eigentümlichen Ordnungen des Friedens auf die politischen Dinge dieser Welt nicht möglich ist. Aber nur so ist es zu verstehen, wenn in diesem Zusammenhang vom „Zeugendienst für das Evangelium“ gesprochen wird.*

Diese hier bezeichnete Verwechslung zwischen einem politischen und einem theologischen Urteil und nur diese kann und darf recht eigentlich gemeint sein, wenn D. Niemöller und sein Kreis der „Grenzüberschreitung“ bezichtigt werden.

4. Es soll hier in keiner Weise bestritten werden, daß ein Christ nur eine „Politik aus Glauben“ (s. o. II, 1) kennt. Deshalb können solche Sätze wie die unter 2 und 2g des Bruderschaftswortes durchaus recht verstanden werden. Aber ihr Verständnis in diesem Zusammenhange ergibt sich aus der Gesamthaltung des Niemöller-Kreises. Wenn auch Sätze wie die

Wir wenden uns darum an alle Gemeinden mit der Bitte, aufrichtig nach Gottes Willen zu fragen, und dabei unsere Gründe und unsere Entscheidung zu hören (S. 1 der Flugschrift);

Wir bitten alle Brüder zu prüfen, ob sie nicht diesen Weg mit uns gehen müssen als den, der uns von Gott geboten ist

die Möglichkeit eines Gespräches nahelegen und die Behauptung eines absoluten Geltungsanspruches auf seiten des Niemöller-Kreises als Unterstellung erscheinen lassen, so werden diese Sätze doch überdeckt von dem sonst sehr stark hervortretenden Anspruch, diesem bestimmten Glaubensurteil in Sachen der Politik müsse eben jeder zustimmen, der gleichen Glaubens sei. Diese Gesamttendenz des Niemöller-Kreises wird u. a. deutlich:

a) an dem absolut apodiktisch gehaltenen, jedes Gespräch von vornherein ausschließenden „Offenen Brief“ D. Niemöllers („Volksbetrug“);

b) an der Androhung D. Niemöllers, einer Kriegsdienstverweigerung das Wort zu reden, um eine Bewaffnung Westdeutschlands zu verhindern;

c) an dem Aufruf des Bruderschaftswortes zur Kriegsdienstverweigerung (S. 3);

d) an der Bezeichnung der gegenteiligen Politik als „heimliche und offene Verführung“ (S. 1);

e) an der Unklarheit, mit der das Wort „wir“ in dem Bruderschaftswort gebraucht wird (vgl. These 1. 2. 5 und den Schlußsatz des Wortes, wo das „wir“ bald die Unterzeichner des Wortes, bald die ganze Kirche, bald das ganze deutsche Volk meint);

f) an der außerordentlich starken Empfindlichkeit dagegen, es könne der Ablehnung der D. Niemöllerschen Thesen eine Hinneigung zur Adenauerschen Politik zugrunde liegen (s. Stellungnahme der KTA Niedersachsen zum hannoverschen Synodalbeschluß vom 27. 10. 1950);

g) an der Forderung, die Kirche („wir“) dürfe D. Niemöller nicht — wie schon einmal — auf seinem Wege allein lassen (s. Prof. Iwand an den hannoverschen Bruderrat v. 11. 11. 1950).

5. D. Niemöller und seine Freunde erklären sich nun jedoch ausdrücklich gegen einen grundsätzlichen Pazifismus. Damit ist zugegeben, daß ihre Friedensthese durchaus als nur situationsbedingt anzusehen ist. Wie kann



man aber eine solche situationsbedingte, subjektive politische These als absolut gültiges und verbindliches Glaubensurteil und als Mittel zur Ausrichtung des Evangeliums ausgeben? Das alles wäre, wenn es ein Pazifist täte, immerhin noch einigermaßen verständlich. Seine Stellung zu Krieg und Frieden wäre als falsche Auslegung der Heiligen Schrift zu entlarven. Hier aber wird für ein absolutes Glaubensurteil schließlich kein Schriftgrund, sondern nur eine zeit- und personbedingte politische Konzeption in Anspruch genommen. Wir stehen hier vor zwei Möglichkeiten der Erklärung. Entweder haben wir hier einen Beleg für die „unsagbare Verwirrung in den elementarsten Fragen der politischen Betätigung des Christen“ (Fr. Hübner, *Ev.-luth. Kirchenzeitung* 1950, S. 339), die durch die reformierte Bestreitung der Lehre Luthers von den zwei Regimenten in die evangelische Kirche getragen wird. Oder aber es muß für diese als christlich verbindlich ausgegebene These für heute prophetische Geltung auf Grund unmittelbarer prophetischer Berufung beansprucht werden. Und das Letztere ist ja auch im Blick auf D. Niemöller in diesem Zusammenhang inzwischen geschehen (s. Rheinland). Im selben Zusammenhang steht auch wohl die hier beliebte Anwendung alttestamentlicher Prophetenworte und ihrer „politischen“ Weisungen an das Volk Israel auf die deutsche Situation. Eine solche Anwendung aber ist nicht möglich, seit „Kirche“ und „Volk“ sich nicht mehr wie beim Volk Israel decken. Es ist zweierlei, ob nun Prophetenworte und Prophetenweisungen auf die politische Situation von heute unmittelbar angewandt werden, oder ob sie als Gegenstand der Verkündigung der Kirche die Gläubigen vor Angst und Verzweiflung, falscher Hoffnung und Sicherheit bewahren. In diesem letzteren Sinne können diese Prophetenworte sicherlich durchaus auch politisch bedeutsam werden (s. II, 1).

6. Wer kein Pazifist sein will, muß zugeben, daß in dieser Welt der Gewalt und der Vergewaltigung die Obrigkeit eines Volkes unter Umständen gezwungen sein kann, um eines besseren Friedens und der Wiederherstellung einer vorläufigen Ordnung willen einen Krieg hinzunehmen und in der „Verantwortung vor Gott“ (Prof. Günther Dehn) zu führen. Dann aber muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß andere Beurteiler der Lage, die in derselben Gewissensbindung an Gott stehen, aus ihrer Sicht heraus die Überzeugung gewinnen, unser Volk könne sich dem Zwang zur Rüstung nicht entziehen, um gerade so durch eine möglichst große militärische Stärkung des Westens die Katastrophengefahr zu bannen oder doch wenigstens zu verringern.

Wir erkennen den Ernst der Freunde um D. Niemöller an und gestehen ihnen zu, ihre Entscheidung in dieser Frage in tiefer Verantwortung vor Gott getroffen zu haben; aber es muß möglich sein, daß man der These D. Niemöllers und seiner Freunde auch als ein Christ mit guten Gründen widersprechen kann.

7. Ein solches Wort von der „Notwendigkeit eines Krieges“ kann und darf nicht leichtfertig ausgesprochen werden. Kein Krieg ist als solcher



Gott angenehm, sondern er muß vergeben werden; kein Kriegermann lebt als solcher im seligen Stande, er ist auf Gottes vergebende Gnade angewiesen. Kein Krieg darf daher zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses „gerecht“ genannt werden. Schon gar nicht verdient ein möglicher kommender Krieg dieses auszeichnende und die Gewissen abstumpfende Prädikat; denn kein Volk hat einen Gewinn vom künftigen Kriege, kein Volk kann ihn mit einem unverletzten Gewissen führen, kein Volk ist an ihm schuldlos.

Die 4. Sektion der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 kam trotz verschiedener Grundhaltungen zu der Frage, ob der Krieg heute noch ein Akt der Gerechtigkeit sein könne, dennoch zu dem einmütigen Ergebnis:

Der Krieg bedeutet heute etwas völlig anderes als früher . . . Die herkömmliche Annahme, daß man für eine gerechte Sache einen gerechten Krieg mit rechten Waffen führen könne, ist unter solchen Umständen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Es mag sein, daß man auf Mittel der Gewalt nicht verzichten kann, wenn das Recht zur Geltung gebracht werden soll. Ist der Krieg erst einmal ausgebrochen, dann wird die Gewalt in einem Umfang angewandt, der dem Recht seine Grundlage zu zerstören droht.

8. Es ist als außerordentlich ernst anzusehen, daß wir als lutherische Theologen der Friedensthese D. Niemöllers hinsichtlich ihres theologischen Hintergrundes und des aus ihm resultierenden Geltungsanspruches widersprechen müssen. Dadurch gerät die Darlegung unserer Stellung zu der Frage „Krieg und Frieden“ in die Gefahr einer nicht beabsichtigten Akzentverschiebung nach der Seite der „Notwendigkeit von Kriegen“ und der „Erlaubnis zum Waffentragen“ für den Christen. Ein Volk, das sogar die Todesstrafe bis auf weiteres abgeschafft hat, um erst einmal Abstand von dem ungeheuren Mißbrauch zu gewinnen, der in dieser Hinsicht mit dem obrigkeitlichen Amt des Schwertes getrieben ist, muß ebenso sehr Abstand gewinnen von dem ungleich größeren Mißbrauch, der mit den Kriegswaffen getrieben worden ist. Es kann und darf von einem künftigen Kriege nur Unheil erwarten. Um so weniger sollte die Kirche in ihren Bemühungen nachlassen, alle nur möglichen Wege zur Erhaltung des Friedens zu suchen und — soweit sie dazu beitragen kann — gangbar zu machen.

9. Trotz allem bleibt die nüchterne Erkenntnis: Ein waffenloses Volk bietet den Anreiz zur Vergewaltigung durch andere. Aber auch ein Volk, das nach der Klugheit der Welt — *si vis pacem para bellum* — handelt, ist nicht vor der kriegerischen Verwicklung geschützt. Es ist die Erfahrung der Geschichte, daß eine um des Friedens willen oft für notwendig gehaltene Rüstung ebenso notwendig beim Kriege endet. Aus diesem *circulus vitiosus* rettet uns keine theologische und politische Klugheit, sondern allein der wiederkommende Herr. Wir halten es für außerordentlich bezeichnend, daß in allen hier zu beurteilenden Äußerungen aus dem Kreis um D. Niemöller

dieser eschatologische Aspekt völlig fehlt, und erinnern uns daran, daß das gleiche in dem „Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes“ vom 8. August 1947 der Fall war. Wir stehen hier weiterhin zu den Thesen unseres Theologischen Konvents zu „Kirche und Politik“ vom 6. Oktober 1949 mit den Sätzen:

Ihre „eigentliche“ Bestimmung erfüllt sie (d. h. die Kirche), indem sie durch die Predigt des Evangeliums der Welt das ewige Heil anbietet und ihr das kommende Ende aller Dinge bezeugt. Sie kann deshalb nicht zur Politik reden, ohne zugleich die Wiederkunft Jesu Christi und die Vollendung der Werke Gottes in seinem Reiche zu verkündigen.

10. Die Kirche als solche tut gut daran, sich nicht in Einzelheiten der politischen Argumente und Entscheidungen zu mischen. Da wo wir als Kirche sprechen, stehen uns die verschiedenen möglichen Wege in der Frage der Remilitarisierung gegenüber. Wir wissen, daß das Predigtamt der Kirche wohl die Gewissensunterrichtung der Obrigkeit wahrzunehmen hat, damit diese ihr Amt im Gehorsam gegen Gott und in der Liebe zum Nächsten führe. Aber die Entscheidung über zweckmäßige Mittel und Wege der Politik bleibt den verantwortlichen Politikern überlassen. Auch der christliche Staatsmann ist hier an sein fachliches Urteilsvermögen gewiesen, d. h. für die hier vorliegende Frage der Wiederaufrüstung, daß es der Kirche verwehrt ist, selbst die Auswahl zwischen den hier möglichen Standpunkten zu treffen und einen bestimmten als christlich verbindlich zu empfehlen. Nur daß wir nicht müde werden, die Politiker aller Schattierungen und aller Remilitarisierungsstandpunkte zu mahnen, daß, wie auch immer sie auf Grund ihrer Einsichten sich hier entscheiden zu müssen glauben, sie auf jeden Fall der Erhaltung des Friedens oder, wenn er von der gegnerischen Macht gebrochen wird, seiner Wiederherstellung im Rahmen der hier auf Erden möglichen Ordnung dienen sollen.

11. Solange solchem Frieden als vorläufigem Abglanz der künftigen himmlischen Ordnung das Bemühen der Obrigkeit erkennbar dient, kann die Kirche einer Kriegsdienstverweigerung als allgemeiner christlicher Verpflichtung nicht das Wort reden. Freilich sollen die bedankt und verteidigt werden, die sich berufen wissen, unter eigener Leidenbereitschaft durch Kriegsdienstverweigerung ein sichtbares Zeichen der bleibenden Unordnung dieser Welt auch da aufzurichten, wo diese der Ordnung dienen will. Sie sind denen gleich zu achten, „die sich selbst verschnitten haben um des Himmelreiches willen“ (Matth. 19, 12). Sie nehmen für ihre Person eine Ordnung vorweg, unter die alle erst in einer neuen Welt gestellt werden. Freilich, „im Falle eines offensichtlich ungerechten oder unsinnigen Krieges kann Kriegsdienstverweigerung Recht, ja Pflicht eines Christen werden. Die Schwierigkeit der Entscheidung, ob Angriffs- oder Notwehr-Krieg, hebt diese grundsätzliche Erkenntnis nicht auf. Es könnte vielmehr Aufgabe der Kirche sein, in solchen Situationen ein klärendes Wort zu sprechen“ (Prof. Günther Dehn).

#### IV. Unsere Anliegen und der weitere theologische Hintergrund der Kontroverse mit dem Niemöller-Kreis

1. Nach alledem dürfte deutlich sein, daß wir als lutherische Theologen dem Niemöller-Kreis keineswegs etwa auf Grund einer anderen politischen Grundanschauung widersprechen. Wir würden damit in den von uns gerügten Fehler der Verwechslung von theologischem und politischem Urteil selbst verfallen. Und es stellt eine böse Unterstellung dar, wenn seitens der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen die Erklärung der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover zu den „Äußerungen des Kirchenpräsidenten D. Niemöller“ vom 25. Oktober 1950, der sich auch der Landesbruderrat der Bekenntnisgemeinschaft der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers in seiner Sitzung vom 2. November 1950 angeschlossen hat, mit folgendem Kommentar versehen wird:

Sie (d. h. die Stellungnahme der Synode) ist aber auch m. E. irreführend, weil sie sicherlich gar nicht beschlossen worden wäre, wenn nicht die überwältigende Mehrheit der Synodalen die Politik Adenauers hinsichtlich der Remilitarisierung tatsächlich billigte! Und die Synode tut, auf die Wirkung gesehen, die die Stellungnahme haben wird, genau das, was sie Niemöller vorwirft: Sie gibt in Wirklichkeit als kirchliche Instanz der Remilitarisierungspolitik Adenauers — wenn auch ganz und gar nur unter Hinweis auf gewisse „Grenzüberschreitungen“ Niemöllers — ihr Placet. Hätte Niemöller die Politik Adenauers unterstützt, so hätte man ihm womöglich bescheinigt, er habe „im Namen der Kirche gesprochen“.

Wir wissen selbst, daß wir uns davor zu hüten haben, uns von solchen ins Schlepptau nehmen zu lassen, die noch allzusehr einer überwundenen Epoche angehören, als man noch unbeschwerter in nationalistischer Färbung die These von der Notwendigkeit und Billigkeit gerechter Kriege für Scholle und Heimat vertreten konnte.

Wir wissen auch selbst, daß wir in der lutherischen Kirche im Blick auf Luthers Lehre von den zwei Regimenten weithin immer noch einen Reinigungsprozeß durchzumachen haben. Wir wissen auch, daß die Vorwürfe Karl Barths und anderer nicht ganz unbegründet sind, die lutherische Kirche habe sich in der Vergangenheit auf Grund einer falsch gehandhabten Lehre von den „zwei Reichen“ allzu großer urteilsloser Staatshörigkeit schuldig gemacht.

Es sei gern zugegeben, daß sich in der hannoverschen Synode Befürworter der Politik Adenauers befinden. Diese Tatsache unterliegt keiner kirchlichen Beurteilung. Sie ist für die Arbeit einer Synode irrelevant. Wer es anders behauptet, muß es beweisen.

Die KTA und ihre Freunde, einschließlich unserer Kritiker im Reichsbruderrat, hätten es vielmehr mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen sollen,



daß die hannoversche Landessynode und der hannoversche Landesbruder-  
rat den Versuchungen, der oft perhorreszierten lutherischen Erbsünde  
einer allzu großen staatshörigen Gesinnung zu verfallen, eben nicht erlegen  
sind; daß die Landessynode durch die Auswahl unter den ihr vorliegenden  
diesbezüglichen Uranträgen mit Bedacht auch nur den geringsten Anschein  
hat vermeiden wollen, als widerspräche sie hier Niemöller nur wegen einer  
anderen Beurteilung der politischen Lage, als wolle sie ihrerseits die einer  
Remilitarisierung im westlichen Sinne zuneigende Politik der Bundes-  
regierung kirchlich sanktionieren. Der Satz „Ohne zu der Frage der Wieder-  
bewaffnung in der Bundesrepublik Deutschlands Stellung zu nehmen“  
war das einzig Mögliche, was die Synode zu der politischen Frage selbst  
sagen konnte. Daß die Kirche hier selbst z. Z. nicht mehr tun und sagen  
kann, genau das ist noch heute unsere Meinung.

2. Die Grenzüberschreitung D. Niemöllers, die Verwechslung zwischen  
den beiden Ebenen, der theologischen und der politischen, die Verwischung  
der Grenzen zwischen Kirche und Politik muß in dem größeren Rahmen  
der auf Grund seines prinzipiellen Christozentrismus vorhandenen Ten-  
denz zur perspektivischen Verkürzung der Lehre von Gesetz und Evan-  
gelium bei Karl Barth gesehen werden. Das Flugblatt der Bekennenden  
Kirche zur Frage der Wiederaufrüstung ist geradezu ein Schulbeispiel  
für die Verwischung der Grenzen zwischen den beiden Regimenten und  
ein Beleg für die hier vorhandene Vereinerleiung von Gesetz und Evan-  
gelium. Es wird auch deutlich, welcher Preis dann bei der Bestimmung  
des Verhältnisses der „Christengemeinde“ zur „Bürgergemeinde“ gezahlt  
werden muß. Die Wahrung und Herstellung des Friedens in der Bürger-  
gemeinde wird zur Teilaufgabe der Ausrichtung des Evangeliums. Hier  
besteht die große Gefahr, einer schwärmerischen Irrlehre von den Möglich-  
keiten oder gar Notwendigkeiten einer heilbringenden Einwirkung von  
seiten der Gemeinde Jesu Christi auf den Gang der Welt zu verfallen. Aus  
Neigung zu einem politischen Perfektionismus gerät man in die gefähr-  
liche Nachbarschaft des optimistischen Welt- und Menschenbildes des  
19. Jahrhunderts. Man macht nicht Ernst mit der Tatsache, daß die  
Sache des Friedens erst durch die Wiederkunft Jesu Christi gerettet ist.  
Bemerkenswert ist dabei nur dieses, daß dieselben Leute, die in ihrem  
Flugblatt „Kreuzzugsparen“ als „Verführung“ ablehnen, nicht mehr  
wissen, daß ihr theologischer Gewährsmann Karl Barth eben doch bei  
anderer politischer Lage zu einer Parole kommen kann, die einer Kreuz-  
zugspare aufs Haar gleicht (s. im Brief an Prof. Hromadka: „Jeder  
tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns —  
und ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu  
Christi tun“).

3. Die Kritik an diesen Worten zur Wiederaufrüstung kann und  
darf nur von der recht verstandenen Lehre Luthers von den „zwei Regi-  
menten“ her erfolgen. Wir haben als Kirche keinerlei Veranlassung, in  
eine Auseinandersetzung mit den politischen Argumenten D. Niemöllers



einzutreten oder sie gar zu widerlegen. Wir haben aber alle Veranlassung, um der Klarheit und Glaubwürdigkeit des Evangeliums willen auf eine saubere Unterscheidung der beiden Regimente zu drängen. Dabei ist es uns sehr interessant, hier festzustellen, daß Luthers biblisch-nüchternes Gesellschaftsbild im Rahmen der Regimenten-Lehre zunächst ganz und gar nicht im Dienst der Erhebung der Welt zur eigenständigen Würde, im Dienst der Autonomie von Staat und Obrigkeit steht. Wie könnte das auch sein bei einem Mann wie Martin Luther, dessen Reformation zutiefst eine eschatologische Bewegung war, worauf uns D. Hartenstein kürzlich wieder eindrucklich hingewiesen hat. Vielmehr lehrt uns Luther mit seiner Regimenten-Lehre, die Unzulänglichkeiten und Katastrophen dieser Welt ertragen. Diese uns heute wieder besonders zur Neuerwerbung aufgegebenen Lehre bewahrt uns vor Ungeduld und Zweifel im Blick auf das vergehende Wesen dieser Welt und hält in uns das Verlangen wach nach dem „lieben Jüngsten Tag“.

Pastor Erwin Wilkens  
Vöhrum über Peine

Wegen der die Einheit der Evangelischen Kirche Deutschlands bedrohenden Verwirrung in West und Ost ergriff auch der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Dibelius, öffentlich das Wort, um zur Klärung der Frage beizutragen, was es um die „Meinung der Kirche“ in politischen Dingen sei. Dadurch, daß Männer in führenden kirchlichen Ämtern im Bereich des politischen Lebens durch ihr Wort entscheidungsfordernd aufgetreten waren, mußte in der Öffentlichkeit die Frage nach einer „amtlichen“ Stellung der evangelischen Kirche aufkommen. Man wollte wissen, ob das, was diese Männer sagten, die Meinung der Kirche sei. Daß diese Frage aufkam, ist für die eigentümliche Existenz der evangelischen Kirche in der Welt charakteristisch, ebenso auch für die allenthalben auch in der evangelischen Christenheit tief eingewurzelte katholische Vorstellung von der Kirche.

Dibelius schrieb in der Berliner Kirchenzeitung „Die Kirche“ hierzu das folgende:

Die Vorgänge, die sich an die Namen von Dr. Heinemann und D. Niemöller anknüpfen, haben sehr viel Staub aufgewirbelt — am meisten vielleicht in Berlin und in der Ostzone. Der Brief D. Niemöllers an den Bundeskanzler Adenauer ist im Osten am Vorabend des 15. Oktober in ungeheuren Mengen verbreitet worden, und eine kommunistische Zeitung nach der anderen hat in großen Schlagzeilen den hessischen Kirchenpräsidenten als den „fortschrittlichen Kirchenführer“ gefeiert, der das echte Christentum verkörpere, während die übrigen Bischöfe, bis hin zu dem 82jährigen „Altbischof“ Wurm, als Kriegshetzer und Atombombenbischöfe bezeichnet werden. In den Gemeinden aber ist die Frage geradezu stürmisch laut geworden, was denn nun eigentlich die Meinung der evangelischen Kirche über die Frage einer Wiederaufrüstung Deutschlands sei.

Die evangelische Kirche spricht zu den Fragen des Tages niemals so, daß sie mit ihrem Wort die Gemeindeglieder oder auch nur ihre Pfarrer binden und verpflichten will. Sie lebt in einer Atmosphäre der Freiheit und respektiert jede Überzeugung, die aus christlichem Gewissensernst geboren ist. Wohl aber spricht ihre oberste Körperschaft, das ist der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland“, von Zeit zu Zeit ein Wort, mit dem sie bezeugen möchte, worin sich die Männer, denen man ein Amt oberster Leitung anvertraut hat, vor Gott einig wissen. So hat der Rat erst kürzlich in Essen folgendes gesagt:

Jedes geordnete Staatswesen bedarf eines ausreichenden Polizeischutzes gegen die, die Ordnung und Frieden zu untergraben versuchen, und wer sich als Christ in seiner Verantwortung vor Gott gedrungen weiß, in den Dienst dieser Aufgabe zu treten, darf sich dabei eines guten Gewissens trösten. Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen, noch was den Osten anlangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwergerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wetttrüben ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen.

Wenn man also überhaupt die Frage stellen darf, wie die „evangelische Kirche“ denke, dann ist hier die Antwort, und zwar eine Antwort, zu der sich auch Dr. Heinemann und D. Niemöller bekannt haben.

Dreierlei ist in dieser Antwort gesagt: zunächst das eine, daß die evangelische Kirche im Namen ihres Herrn Jesus Christus für den Frieden einsteht und alles tun wird, was in ihren Kräften ist, daß Friede bleibe und daß Friede werde, wo heute schon wieder die Waffen das Wort haben. So hat es auch die Synode vom April hier in Berlin gesagt. Und wenn man im Osten die große Friedensbotschaft der Synode von den Kirchentüren wieder abgerissen hat, weil der Friede, den wir als Christen suchen, nicht in das politische Programm bestimmter Machthaber paßt, so ändert das nichts daran, daß wir unbeirrt nach diesem Frieden trachten werden. Die Kirche steht für den Frieden!

Sodann ist gesagt, daß der westdeutsche Bundesstaat einer ausreichenden zentral geleiteten Polizeimacht bedarf, um dem von Osten her in aller Form proklamierten Widerstand gegen die Staatsgewalt zu begegnen. Daß so etwas nötig geworden ist, nachdem es jahrelang unnötig schien, ist gewiß nicht die Schuld der Christenheit.

Endlich ist gesagt, daß wir als Kirche jeglicher Remilitarisierung feind sind, im Westen und im Osten. Was heute im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik militärisch organisiert wird — ganz abgesehen von der sehr starken Besatzungsmacht —, geht über den Rahmen einer zivilen Polizei weit hinaus. Es hat, um es vorsichtig auszudrücken, mit einer Remilitarisierung des Ostens verzeufelte Ähnlichkeit. Die evangelische Kirche kann das nicht verhindern; aber sie beklagt es aufs tiefste

und wird nicht müde werden, vor der furchtbaren Entwicklung zu warnen, die sich hier anbahnt und die dazu führen muß, daß Deutsche auf Deutsche schießen.

Von entsprechenden Maßnahmen im Westen ist jahrelang nicht die Rede gewesen. Jetzt haben die Vorgänge in Korea der ganzen abendländischen Welt einen Ruck gegeben und haben es dahin gebracht, daß man sich überall, nicht zuletzt natürlich in Deutschland, fragt: was kann geschehen, damit sich nicht demnächst dasselbe in Mitteleuropa wiederholt, was sich jetzt im fernen Osten abspielt? Die Westmächte haben beschlossen, ihre Militärrüstung wieder aufzubauen, und haben zu erkennen gegeben, daß sie auch von Westdeutschland einen Beitrag zur Verteidigung des Westens erwarten.

Hier setzt nun die Frage ein, ob dem Vorgehen des Ostens ein ähnliches Vorgehen des Westens entgegengesetzt werden soll, zunächst ebenfalls in Form einer zentral geleiteten Polizei, später etwa in Form eines deutschen Kontingents innerhalb einer Europaarmee, falls einmal eine solche zustande kommen sollte.

Dr. Heinemann hat dazu keineswegs grundsätzlich nein gesagt; aber er hat die Art, in der der Bundeskanzler vorgegangen ist, für vor-schnell und allzu selbstherrlich gehalten. Deshalb ist er zurückgetreten. Dieser Rücktritt hat überall starken Eindruck gemacht. Sein persönliches Ansehen hat er nur vergrößert. Gerade aus dem Ausland hört man Stimmen des Respekts, daß mitten in den vielen Unerfreulichkeiten des politischen Alltags ein Mann sichtbar wird, dem seine gewissenhafte Überzeugung höher steht als alle Parteirücksichten. Die evangelische Kirche sieht mit unverändertem Vertrauen auf diesen Mann, der an der Spitze ihrer Synode steht. Und der politischen Partei, der er angehört, kann es nur zur Ehre gereichen, daß in ihrer Mitte solche gewissenhaften Entscheidungen möglich sind und weithin sichtbar werden.

D. Niemöller ist in seinen Äußerungen einen Schritt weitergegangen als sein Freund Heinemann. Ihn beherrscht die Sorge, daß das deutsche Volk, ohne gefragt zu werden, wieder in die Geleise des alten Militarismus zurückgelenkt werden könne, und sieht darin einen Ungehorsam gegen die Gerichte Gottes, die über diesen Militarismus ergangen sind. Er glaubt auch, daß westdeutsche Truppenkontingente militärisch nichts bedeuten und nur dazu dienen würden, daß der Hauptschauplatz eines kommenden Krieges Deutschland sein werde. Auch fürchtet er, daß die ungeheuren sozialen Aufgaben, die uns gestellt sind, unter den Kriegerrüstungen leiden müßten.

Über dies alles kann es unter evangelischen Christen verschiedene Meinungen geben. Als der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland sich gegen jede Remilitarisierung aussprach, hat er, wie gesagt, die Aufstellung eines ausreichenden Polizeischutzes ausdrücklich ausgenommen. Und ob er die Bildung militärischer Kontingente von Freiwilligen — denn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht steht überhaupt nicht zur



Debatte — als Remilitarisierung ansehen würde, ist zweifelhaft. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß D. Niemöllers schriftliche und mündliche Äußerungen die Meinung der „evangelischen Kirche“ wiedergäben. In ihm spricht ein Christ unter dem Zwang seines Gewissens. Und es muß einfach abgewartet werden, wie groß die Schar derer ist, über die sein Zeugnis Gewalt gewinnt. Im Westen hat es viel Zustimmung, aber auch viel, sehr viel Widerspruch gegeben. Daß der Widerspruch im Osten besonders lebhaft ist, wird niemanden wundernehmen.

Im übrigen hat durch Aufklärungen, die von verschiedenen Seiten erfolgt sind, manches, was Gegenstand seiner Anklagen war, ein anderes Gesicht bekommen.

Eins aber müssen die Gemeinden des Ostens zur Kenntnis nehmen: nämlich, daß sich D. Niemöller in letzter Zeit mit steigender Betonung den Brüdern und Schwestern des Ostens zugewandt und seiner Sorge um ihre Zukunft und seiner Teilnahme an ihren Leiden überaus warmen Ausdruck gegeben hat. Auch jetzt hat er in Frankfurt gesagt: die Zustände in der Ostzone seien um ein vieles schlimmer als im Westen (s. die Beilage zu dieser Nummer: „Auf der Gewalt ruht kein Segen.“ Schriftltg.). Daß die Presse das fast völlig mit Stillschweigen übergeht, ist nicht seine Schuld. Und jedenfalls ist es grotesk, ihn im Gegensatz zu den Kirchenleitungen des Ostens als den Mann zu feiern, bei dem kommunistische Ziele oder Gedankengänge irgendwelche Zustimmung finden würden oder dem es gleichgültig sein würde, wenn Deutschland ein zweites Korea würde.

Zum Schluß darf nur gesagt werden, daß der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche zu allen diesen Fragen neulich ein sehr besonnenes und ernstes Wort gesprochen hat, das freilich eben deshalb, weil es so besonnen und ernst war, wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Um so mehr Verbreitung ist dem Brief der „Bruderschaft“ der Bekennenden Kirche an den Bundeskanzler Adenauer zuteil geworden, der nach Form und Inhalt nur als eine bedauerliche Entgleisung bezeichnet werden kann. Diese „Bruderschaft“ ist ein privater Kreis von jüngeren Theologen, deren Stimme in gar keiner Weise als die Stimme der evangelischen Kirche gehört werden darf, auch nicht als die Stimme der Bekennenden Kirche.

Inzwischen war auch Karl Barth aufgerufen worden, zur westdeutschen Wiederaufrüstungsfrage sich zu äußern. Die Zeitschrift „Christ und Welt“ hatte einen heftigen Artikel gegen die Äußerungen aus der Bekennenden Kirche zu dieser Sache geschrieben und dabei an den berühmten Brief Karl Barths an Professor Hromadka vom 10. September 1938 erinnert, in dem Barth die Tschechen beschwört, sich dem Totalitarismus des Dritten Reiches mit allen Kräften zu widersetzen. „Es ist sonderbar“ — so heißt es wörtlich — „daß derselbe Professor Barth heute, da Deutschland in der gleichen Lage gegenüber Stalin ist wie vor zwölf Jahren die Tschechoslowakei gegenüber Hitler, sich nicht im gleichen Sinne an seine deutschen Freunde wendet, die jetzt das



Gegenteil von dem betreiben, was Barth seinerzeit den Tschechen anriet.“ Diese Frage legte der Herausgeber der Zeitschrift „Unterwegs“ Barth vor, und dieser antwortete in einem Brief, der am 1. November als Flugblatt in ganz Deutschland verbreitet wurde.

Basel, den 17. Oktober 1950

Lieber Herr Pfarrer!

Soso, nun ist also in Westdeutschland — und ausgerechnet in „Christ und Welt“ — mein Brief an Hromadka vom Herbst 1938 ausgegraben und gegen Heinemann und Niemöller ausgespielt worden. Ich staune. Damals wollte dieses Schriftstück nämlich niemandem in Deutschland gefallen — und den Leuten vom Schlage derer, die heute „Christ und Welt“ schreiben und lesen, schon gar nicht! —; sondern damals regneten die besorgten, betübten und vor allem entrüsteten Äußerungen auch von sachlich und persönlich befreundeter Seite (um von den anderen nicht zu reden!) nur so auf mich ein; nicht selten mit Belehrungen über meinen offenkundigen Abfall von Barmen I. Und unter einem förmlichen Verweisbrief — ausgehend von einem hohen Gremium der Bekennenden Kirche — stand damals der Name eben des Mannes, den Sie jetzt in Ihrem Brief als Kursleiter der gegen Heinemann und Niemöller aufgebotenen Dämonentheologie und politischen Antichrist-Lehre erwähnen. Heute aber scheint jenes Schriftstück als Zeugnis des „Vaters der Bekennenden Kirche“ für die deutsche Remilitarisierung gerade gut genug zu sein. O wunderliche Welt!

Aber Sie meinen, es sei gut, wenn ich Ihnen ausdrücklich sage, warum ich meinen Hromadka-Brief heute nicht auf den Osten angewendet wissen wollte? Warum ich heute nicht die Situation von 1938 gegeben sehe? Sie könnten die Frage ja auch noch schärfer stellen: warum ich heute nicht an einen meiner westdeutschen Freunde einen ähnlichen oder gleichen Brief mit der Applikation (Anwendung) auf die Russen schreibe? Ich will versuchen, Ihnen Antwort zu geben.

1. Der Hromadka-Brief von 1938 war mein Aufschrei in den Tagen des Münchner Vertrages. Er ging nach Prag; dorthin, wo damals die Entscheidung fallen mußte, ob nun auch die Welt außerhalb Deutschlands sich den Einbruch Hitlers gefallen lassen wolle oder nicht. Am 30. September jenes Jahres schrieb ich in meinen Kalender: „Katastrophe der europäischen Freiheit in München.“ Ich sah mich namenlos allein mit dieser Auffassung: Unter „Realismus“ verstand damals ungefähr Jeder mann: Anerkennung der von Hitler geschaffenen Tatsachen. In allen Kirchen — auch hier in der Schweiz — wurden Dankgottesdienste für die Erhaltung des Friedens gehalten. Ein halbes Jahr später hatte Hitler freilich auch jenen schmachvollen Vertrag schon gebrochen. Und ein Jahr später stand er schon in Polen — und das Weitere folgte. Wenn „der tschechische Soldat“ 1938 gestanden und wenn ihn der Westen damals nicht verraten hätte, würden auch die Russen heute nicht an der Elbe stehen. Damals fielen die Würfel. Damals wurde das Ost-West-Problem aufgerollt. Und

damals schiefen Europa und die Christenheit. Damals war es Zeit zu schreien.

Wir sind seither Zeugen unzähliger schrecklicher Konsequenzen der damals geschehenen Fehlentscheidung geworden. Wir hatten und haben ihnen gegenüber von Schritt zu Schritt konkret Stellung zu nehmen. Ich habe das nach meiner Einsicht und meinen Kräften auch getan. Ich weiß aber tatsächlich nicht, wann, wohin und an wen ich seither wieder einen Brief von der Art des damaligen hätte richten sollen. Eine solche Wende, Entscheidung und Katastrophe wie damals, in der bei „Ja“ oder „Nein“ alles auf dem Spiel stand, ist seither meines Wissens nicht wieder eingetreten. So habe ich jenen Aufschrei nicht wiederholt. Die (gut oder schlecht begründete) Entschlossenheit zur Abwehr des drohenden Stalinschen Kommunismus, um die es heute geht, ist im Westen Gemeingut. Ihre Verstärkung und Intensivierung durch ein christliches Wort ist überflüssig. In dieser Hinsicht schläft ja heute niemand. Im Gegenteil: in dieser Hinsicht herrscht heute eine allgemeine Überwachheit, Nervosität, Angst und Aufregung, ein allgemeines lautes Denken und Reden in großen Schlagwörtern, das der gebotenen und nötigen Entschlossenheit in dieser Sache bestimmt nicht zugute kommt.

Das christliche Wort heute muß dahin lauten, daß wir uns nicht fürchten sollen. Dieses Wort aber kann jedenfalls nicht geschrien werden; und mir scheint, daß es am besten damit gesprochen wird, daß man es zu leben versucht und schweigt, wo ohnehin so viel geredet — neben wenig Nützlichem so viel Unnützes und Gefährliches geredet wird. Ich habe es darum z. B. für meine Person vorgezogen, in diesen Jahren der Verwirrung, der Stockung und des Lärms, statt nun etwa alle Augenblicke weitere Hromadka-briefe zu schreiben, meine Dogmatik weiter zu treiben; und ich wollte eigentlich auch vielen anderen den Rat geben, ihre Entschlossenheit dadurch zu üben und unter Beweis zu stellen, daß sie — statt dauernd die Hände zu verwerfen — ihr Korn für den Frühling säen, ihr Vieh wintern, an ihrem Ort aufbauen und helfen, das Wort Gottes predigen und ihm trauen — kurz: westliche Menschen und Christen sein möchten, ohne zu viel Kraft an die Sorge zu wenden, ob sie es wegen Stalin übers Jahr auch noch sein könnten. Alles habe seine Zeit, meine ich in der Bibel gelesen zu haben.

2. Im Hromadka-Brief von 1938 habe ich — und das um des Glaubens willen — zum bewaffneten Widerstand gegen die eben stattfindende bewaffnete Drohung und Aggression Hitlers aufgerufen. Ich bin nicht Pazifist und würde heute in derselben Lage dasselbe wieder tun. Der damalige Feind der tschechoslowakischen und der europäischen Freiheit bewies es in jenen Tagen durch die Tat und hat es nachher immer wieder bewiesen, daß seiner Gewalt nur durch Gewalt zu begegnen war. Gab es außerhalb Deutschlands noch eine Staatsordnung, so mußte sie in dem Augenblick, wo Hitler über die Grenzen Deutschlands hinausgriff, so verteidigt werden, wie der Staat seine Ordnung im Notfall auch sonst zu verteidigen hat. Daß das geschehen müsse, war das, was damals gerade christlich zur

Sache zu sagen war. Der Friede um jeden Preis, den die Welt und auch die Kirche damals haben wollten, war eine tief unmenschliche, aber auch tief unchristliche Angelegenheit. Das ist es, was ich damals zu „schreien“ versuchte. Viel Unmenschliches und Unchristliches, was nachher geschah, hätte damals, wenn die Staatsordnung im Westen rechtzeitig verantwortlich verteidigt worden wäre, verhältnismäßig schmerzlos, vielleicht sogar ohne Blutvergießen, einfach durch den Beweis bewaffneter Festigkeit verhindert werden können.

Und nun ist das heutige Rußland bestimmt nicht die Friedensmacht, als die es sich ausgibt. Es fühlt sich nach den Aussagen seiner Wortführer speziell durch die angelsächsischen Staaten bedroht. Die Gründe dafür sind mir bei aller Offenheit für seine Sorgen in diesen Jahren nicht so einsichtig geworden, daß ich sie für notwendig halten könnte. Sicher ist, daß Rußland sofort nach Kriegsschluß seinerseits eine drohende Haltung einzunehmen begonnen hat. Es ist zuerst zu einer Blockbildung und zu wunderlichen Abgrenzungen geschritten. Die Unruhe im Blick auf einen weiteren Krieg ging von seinen Verhaltensweisen aus: nicht zuletzt von dem immer aggressiven Charakter seiner Propaganda in anderen Ländern und gegen deren Regierungen und Lebensformen. Ich gestehe darum offen, daß ich es, wenn ich verantwortlicher Staatsmann in Amerika oder in England wäre, auch nicht unterlassen könnte, auf eine möglicherweise notwendig werdende militärische Defensive bedacht zu sein. Und es fällt mir erst recht gar nicht ein, es nicht gutzuheißen, wenn die Schweiz ihre bescheidenen Abwehrmittel auf diese Perspektive hin aufs neue instand setzt und in Ordnung bringt. Aber eben: das Entsprechende geschieht ja heute im Westen auf der ganzen Linie ohnehin und wahrlich ohne daß eine besondere christliche Ermahnung dazu auch nur von ferne nötig wäre. Sie könnte eines Tages wieder sehr nötig werden: wenn es plötzlich darum gehen sollte, von all der jetzt vorbereiteten Rüstung unter Einsatz von Gut und Blut Gebrauch zu machen und also aus all den Aufregungen Taten werden zu lassen. Wir werden ja sehen, wer dann am klarsten und entschiedensten zu reden weiß.

Heute aber geht die christliche Aufgabe bestimmt in andere Richtung. Heute haben wir vor allem unermüdlich darauf hinzuweisen, daß der Krieg — er hat das mit dem Tode gemeinsam — erst unvermeidlich ist, wenn er da ist. In dem Ereignis von 1938 war er faktisch schon da und hätte damals durch kriegsgerische Entschlossenheit im Keim erstickt werden können und müssen. Ein solches Ereignis hat Rußland bis heute nicht herbeigeführt. Es hat bis jetzt niemandem ein Ultimatum gestellt oder sich — ich halte Korea nicht dafür — einer entsprechenden Aggression schuldig gemacht. Es gibt keinen Beweis dafür, sondern es spricht manches ernstlich dagegen, daß es den Krieg überhaupt will. Noch sind andere Mittel vorhanden, den bestehenden Konflikt auszutragen. Bevor sie erschöpft sind, wie sie im Herbst 1938 faktisch schon erschöpft waren, hat niemand im Westen das Recht, den Krieg zu erwarten oder gar an ihn zu glauben und also



Rußland so zu begegnen, wie man Hitler damals hätte begegnen müssen. Wir haben darum nicht nur aller heute da und dort auch im Westen schon wieder aufbrechenden natürlichen Kriegslust, Kriegsfreudigkeit und kriegerischen Herausforderung als solcher entgegenzuwirken, sondern wir haben energisch daran zu erinnern, daß die westliche Abwehrentschlossenheit gegen den östlichen Kommunismus auf gar keinen Fall den Charakter von Angst und also von Haß tragen, daß sie sich vorläufig auf gar keinen Fall in einem kriegerischen Reden, Denken und Verhalten ausleben darf. Krieg, der kein aufgezwungener Krieg, der etwas anderes ist als die „ultima ratio“ (der letzte Ausweg) der Staatsordnung, Krieg an sich ist Mord und Totschlag und also auch alles, was zum Ausbruch des Krieges treibt, statt ihm entgegenzuwirken. Alle voreilige Bejahung des Krieges, alle Gedanken, Worte und Maßnahmen, die im Grunde damit rechnen, daß er schon da sei, treiben aber zum Kriege. Aus diesem Grund ist es nötig, daß es jetzt in allen Ländern Menschen gibt, die sich an dem im Schwung befindlichen — ja doch nur oratorischen — Kreuzzug gegen Rußland und den Kommunismus, wie sehr man sie deswegen von allen Seiten anbrülle, in aller Ruhe nicht beteiligen.

Und endlich: wir werden nicht dringlich genug darauf aufmerksam machen können, daß es dem Kommunismus gegenüber letztlich und im Grunde nur die positive Abwehr gibt, die in der Schaffung gerechter, für alle Schichten der Bevölkerung tragbarer sozialer Verhältnisse besteht. Man sollte sich nicht verheimlichen oder ausreden wollen, daß wir es, wenn es zum Krieg kommen müßte, mit einer gegnerischen Armee von Millionen zu tun haben würden, die nicht nur tüchtige und gut ausgerüstete Soldaten, sondern die — sei es denn: nach unserer begründeten Ansicht mit Unrecht — von der Güte ihrer Sache tief überzeugt und von daher entschlossen sind, im Kampf gegen eine Welt von Verbrechern (das sind wir!) ihr Letztes dafür herzugeben. Würde Ähnliches von den Armeen der „Freien Welt“ auch gelten? Irgendeine Abneigung gegen Rußland und den Kommunismus würde dazu sicher nicht genügen, sondern nur dies, daß die westlichen Massen die Güte dessen, was wir im Westen Freiheit nennen, am eigenen Leib so erfahren haben, daß sie auch ihnen des Einsatzes ihres Lebens wert erscheinen wird. Der Kommunismus könnte aber auch ohne Krieg einfach dadurch triumphieren, daß sein schlechteres Angebot den westlichen Massen (wie es etwa in Frankreich heute schon der Fall zu sein scheint) immer noch besser erscheinen könnte als das, was man ihnen unter der Marke „Demokratie“ auf unserer Seite zu bieten wagt. Wer den Kommunismus nicht will — und wir wollen ihn alle nicht —, der trete gerade nicht gegen ihn in die Schranken, sondern stehe für einen ernsthaften Sozialismus! Das sind die heutigen Schläfer, die das immer noch nicht begriffen haben. Und ihnen das begreiflich zu machen, ist heute die christliche Aufgabe. Sie sieht wirklich anders aus als 1938.

3. Der Brief von 1938 war an einen tschechischen Freund gerichtet und handelte bekanntlich vom „tschechischen Soldaten“. In ähnlicher



Weise — nur eben in gemessenerem Ton und in größerer Genauigkeit — bin ich dann in den folgenden Jahren für die geistige, aber auch für die militärische Abwehrbereitschaft der Schweiz eingetreten. In der Frage, die Sie mir stellen, geht es aber um die Wiederaufrüstung, die „Remilitarisierung“ des deutschen bzw. des westdeutschen Volkes. Man sollte diese Frage weder mit dem allgemeinen Problem des Pazifismus verwirren, noch mit der Frage der sonstigen westlichen Abwehrbereitschaft. Die Logik kann durchaus nicht verlangen, daß, wer den Pazifismus ablehnt und die westliche Abwehrbereitschaft bejaht, darum auch der Aufstellung einer neuen deutschen Armee im Rahmen eines künftigen Westheeres zustimmen müsse. Auf der Linie dieses Trugschlusses schreibt heute auch die bürgerliche Presse in der Schweiz: Deutschland müsse zur „Verteidigung der freien Welt“ auch seinen Beitrag leisten (und wie das alles heißt); sie schreibt also im Sinn von Adenauer und gibt Niemöller und Heinemann fortwährend schlechte Noten. Ich will Ihnen in ein paar Punkten angeben, warum ich die Frage der deutschen Remilitarisierung für eine besondere halte, warum ich sie mit Niemöller und Heinemann negativ beantworte, warum ich mich also wohl hüte, heute einen dem Brief von 1938 formal entsprechenden Brief an einen deutschen Freund zu richten. Daß die Deutschen gewaltige Soldaten sind, ist mir bekannt. Daß es dem Westen darum technisch erwünscht sein kann, sie nun doch wieder „marschieren“ zu lassen, ist mir verständlich. Ich verstehe auch den einfachen Abwehrinstinkt, der auch einen Westdeutschen selbst angesichts dessen, was er in der Ostzone vor sich hat, dazu treiben könnte, doch wieder nach Waffen zu rufen. Dennoch denke ich, zu dieser Sache eindeutig „Nein“ sagen zu müssen.

Ich bringe nämlich erstens einfach die Unverfrorenheit nicht auf, dem deutschen Volk, dessen Jugend sich nun in zwei Kriegen weißgeblutet hat wie die keines anderen Volkes, dieses Opfer ein drittes Mal zuzumuten. Und ich meine, daß ein gesunder und berechtigter Selbsterhaltungstrieb auch das deutsche Volk selbst dazu anregen sollte, sich dieses Opfer zu verbitten.

Ich halte es zweitens für unmöglich, ihm zuzumuten, sich auf einen Krieg zu rüsten, der — so wie die Dinge liegen — für Deutschland notwendig den Charakter eines Bürgerkrieges, des Kampfes von Deutschen gegen Deutsche, haben müßte.

Es scheint mir drittens moralisch undurchführbar, ein Volk, dem man nun seit fünf Jahren alles militärische Wesen bis hin zu den Bleisoldaten seiner Bublein konsequent auszutreiben versucht hat, nun auf einmal doch wieder mit allen möglichen allgemeinen und besonderen, christlichen und politischen Argumenten dahin belehren zu wollen, daß es sein Heil in der Vorbereitung eines weiteren Krieges zu suchen habe.

Es scheint mir viertens klar zu sein, daß, wenn etwas, so gerade eine militärische Aufrüstung in Westdeutschland eine direkte Herausforderung der Sowjetunion bedeuten würde und den Funken ins Pulverfaß bedeuten

könnte, mit dem der Westen, und Deutschland insbesondere, nicht zu spielen allen Anlaß hätte.

Es ist mir (und nicht nur mir) fünftens völlig verborgen, ob und inwiefern eine ernsthafte Verteidigung Deutschlands zwischen Elbe und Rhein (die Sache also, die der Remilitarisierung allein einen allenfalls möglichen Sinn geben könnte) von den westlichen Strategen überhaupt beabsichtigt ist, oder ob eine deutsche Armee schließlich doch nur als Nachhut sich zu opfern oder allenfalls (unter Hinterlassung von Weib und Kind) an den Pyrenäen zu fechten hätte.

Ich denke sechstens, daß das vorhin über die positive Abwehr des Kommunismus allgemein Gesagte für Westdeutschland ganz besondere Bedeutung habe: Ist denn in Sachen der Ostflüchtlinge, der Arbeitslosen, des Lastenausgleichs, der Wohnungsbeschaffung, der Kriegsgefangenen-Heimkehrer in Westdeutschland schon so viel getan, daß man sicher davor ist, daß die dortige soziale Situation den Kommunismus nicht trotz aller jetzt bestehenden Abneigung endlich und zuletzt doch anziehen muß wie ein Schwamm die Feuchtigkeit? Ist es nun wirklich „realistisch“ gedacht, der Vorbereitung eines möglichen Ostkrieges auch nur einen Bruchteil der ohnehin geringen Kraft zuzuwenden, die man zur Bewältigung der durch den Krieg und seinen Ausgang gestellten, wie mir scheint, geradezu ungeheuerlich großen Aufgaben nötig hat? Als Deutscher würde ich sagen: non possumus (wir können das nicht), wir sind für lange hinaus anders beschäftigt.

Und nun frage ich — etwas zögernd, weil ich mir in Deutschland nicht gern neue Ungunst schaffen möchte — siebentens: Wäre es nun nicht doch allen Ernstes eine mißliche Sache, wenn heute ausgerechnet eine deutsche Armee mit allem, was dazu gehört, aufs neue entstünde und als angeblicher Faktor der europäischen Sicherheit ins Spiel träte? Es ist nun einmal, wie die Geschichte sattem gezeigt hat, zweierlei, ob ein Engländer oder ein Schweizer die Uniform anzieht und die Waffe in die Hand nimmt, oder ob ein Deutscher dasselbe tut. Der Deutsche wird dabei nachweislich allzu leicht und allzu allgemein zum totalen Soldaten. Ihn möchten wir anderen im europäischen Lebensraum lieber nicht mehr auftauchen sehen; auch nicht im Blick auf seinen an sich sicher sehr tüchtigen Beitrag zu einer gemeinsamen Verteidigung. Und auch — nein, gerade wenn ich selbst Deutscher wäre, würde ich nach seiner Auferstehung kein Verlangen haben: auch nicht im Blick auf die dem deutschen Westen drohende Ostgefahr. Dieser totale Soldat hat Deutschland selbst zu viel Unheil gebracht. Es muß in Deutschland zu Vieles radikal neu gelernt und zu Vieles radikal vergessen werden, was heute noch keineswegs vergessen und noch keineswegs gelernt scheint, bevor man an die Existenz von deutschen Soldaten wieder ohne Grauen denken kann.

Das also sind die Erwägungen, auf Grund derer ich mich als Verfasser des Hromadka-Briefes von einst heute im Ergebnis nur mit aller Bestimmtheit auf die Seite von Niemöller und Heinemann stellen kann.

*Sie fragen mich, ob man es wegen der in dieser Sache bestehenden Differenz innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands auf einen neuen Kirchenkampf ankommen lassen dürfe und solle? Ich kann von hier aus nicht beurteilen, ob es zu einem solchen kommen muß, wenn die evangelischen Gegner der Remilitarisierung in ihrer Haltung fest bleiben. Ich denke aber, daß sie darin, wenn sie die Sache theologisch und politisch gut durchgedacht haben und ihres Gewissens vor Gott sicher sind, auf alle Fälle, und komme und werde daraus, was da wolle, fest bleiben sollten. Der Fall des guten und darum notwendigen Bekenntnisses im Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde dürfte gegeben sein.*

*Sie haben mich gebeten, mich zu der Sache in „Unterwegs“ zu äußern, und nun habe ich Ihnen einen Privatbrief geschrieben. Aber wissen Sie was? Machen Sie es, wie es seinerzeit mein Freund Hromadka mit meiner Zustimmung gemacht hat: Drucken Sie diesen Brief, wenn er Ihnen dort lehrreich und brauchbar erscheint, als solchen und so, wie er lautet, in „Unterwegs“ ab! Vielleicht erregt er nicht einmal einen solchen Aufruhr wie jener andere Brief. Oder vielleicht doch?*

*Mit freundlichem Gruß!*

*Ihr Karl Barth*

Natürlich erregte der Brief in Deutschland einigen Aufruhr, freilich nicht so viel wie einst der Hromadka-Brief, zumal in den Tagen, da der Brief Barths bekannt wurde, eine andere Sache noch viel mehr Aufsehen hervorrief: Das Kommuniqué über ein Treffen von Vertretern der Bekennenden Kirche mit Vertretern der SPD:

*Am 30. Oktober haben sich in Darmstadt Repräsentanten aus der Bekennenden Kirche und aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getroffen, um sich über das Problem eines deutschen militärischen Beitrages zu besprechen. Dabei ist in wichtigen Punkten Übereinstimmung in den Anschauungen erzielt worden.*

*Einigkeit herrschte insbesondere darüber, daß nur ein neu gewählter Bundestag in dieser Frage für ein Volk sprechen kann, nicht dagegen der gegenwärtige Bundestag. Diese Frage bestand bei Schaffung des Grundgesetzes und im Zeitpunkt der ersten Bundestagswahl noch nicht.*

Es schien so, als sei hier eine gemeinsame Aktion von Niemöller und Schumacher in Gang gekommen, die nichts Geringeres im Auge habe als den Sturz der westdeutschen Regierung. In Wirklichkeit war es natürlich ganz anders. Es ging um eine Fortsetzung der Aussprache, die seit langem zwischen der Kirche und den Parteien begonnen hatte. Allerdings war der Augenblick und das Thema der Aussprache durch die Lage wesentlich mitbestimmt. So sind die Befürchtungen begreiflich. Dennoch waren sie unbegründet. Der Fortgang der Ereignisse hat es bestätigt. Was in Darmstadt an jenem 30. Oktober wirklich geschah, mag man aus dem Bericht eines Teilnehmers ersehen:



Die Tagung begann mit einer Andacht. Dr. Schumacher entwickelte dann eine Reihe von Grundgedanken zur politischen Lage, vor allem zur Frage der Remilitarisierung. Die sich anschließende siebenstündige Aussprache zeigte, daß in einer Reihe von wesentlichen Punkten zwischen den Gesprächspartnern Übereinstimmung bestand. So war man sich darüber einig, daß eine Volksbefragung nicht zu empfehlen sei. Dagegen wurde betont, daß das Grundgesetz, welches die Grundlage der Entschließung des Bundestages bildet, kein Wort über die Frage der Wehrmacht und die Remilitarisierung enthält. Der gegebene Weg, dem Volk Gelegenheit zu bieten, sich in aller Öffentlichkeit zu der Frage zu äußern, ist die Neuwahl des Bundestages. Sie entspricht einer demokratischen Grundhaltung und einer Loyalität gegenüber den Wählern.

Keiner der Anwesenden ist grundsätzlich Pazifist. Alle betonen, daß sie die Freiheit haben, sich unter gegebenen Umständen auch für eine Wiederaufrüstung zu entscheiden. Diese Frage darf aber nicht isoliert betrachtet werden, sie ist vielmehr an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Ein Krieg ist nicht nur ein technischer Vorgang, sondern ein ethischer. Zu den ethischen Voraussetzungen der Kriegsführung gehören die äußere und innere Freiheit unseres Volkes, ein gesundes soziales Fundament und die Wehrhoheit. Ohne diese sittlichen Voraussetzungen droht die Remilitarisierung zur Wiedererweckung des Militarismus zu führen. Das deutsche Volk ist noch nicht reif, Waffen zu tragen.

Das Fatale in unserer gegenwärtigen Lage besteht darin, daß jeder Krieg für uns Deutsche ein Bürgerkrieg sein würde. Solange unser Volk unter fremder Oberhoheit steht, besteht die Gefahr, daß die anderen Nationen auf deutschem Boden und mit deutschem Blut ihre eigene Sicherheit verteidigen, wobei wir die Rolle von Landsknechten spielen würden. Ein neuer Krieg würde zudem für Deutschland das Schicksal einer zweimal verbrannten Erde heraufführen. Beim Vormarsch der Russen würden der deutsche Boden und das deutsche Volk dem Zugriff des Ostens wehrlos ausgeliefert sein. Beim Akt der Rückeroberung würde dann Deutschland zum zweitenmal verheert und verbrannt werden. Unser wertvollster Beitrag zur Erhaltung des Friedens besteht darin, daß wir menschenwürdige Verhältnisse schaffen, d. h. die Wohnungsnot, die Flüchtlingsnot und die Arbeitslosigkeit beseitigen.

Was den Osten angeht, so müssen wir die Verbindung mit unseren Brüdern und die Verantwortung für sie unter allen Umständen aufrechterhalten. Eine Remilitarisierung würde aber die Gemeinschaft praktisch aufheben und die Trennung zwischen Ost und West zu einer absoluten machen. Wir müssen uns deshalb vor allem vor Reden und Maßnahmen hüten, die die Spannung zwischen West und Ost verschärfen, vor allem auch vor unverantwortlichen und unerfüllbaren Versprechungen („Wir kommen wieder“ usw.). Bei einem Rückschlag dieser Hoffnung würden die Verzweiflung und der Nihilismus unsere Brüder im Osten erfassen. Wir müssen den Osten zur Geduld und zum Ausharren mahnen. Weder die



*Kreuzzugs-idee noch die Parole „Betrügt die Betrüger!“ bedeuten eine echte Hilfe. An falschen Parolen zerbricht aller gewissensmäßige Widerstand. Aus allen diesen Gründen ist die Remilitarisierung in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes ein Unglück, das ein größeres Unglück heraufführt.*

*Die Verhandlungen drehten sich weder um das Parteiprogramm der SPD noch um eine politische Zusammenarbeit zwischen Kirche und Partei. Es ging den Vertretern der Kirche um die Klärung ihres politischen Urteils und den Vertretern der Partei darum, wie Vertreter der Kirche ihre politischen Argumente beurteilen. Die Vertreter der Kirche wünschen Gespräche dieser Art auch mit den Vertretern anderer Parteien zu führen und fortzusetzen.*

Alle diese Vorgänge des Monats Oktober, die begreiflicherweise nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern vor allem die evangelische Christenheit in einen Zustand starker Erregung versetzten, veranlaßten den Vorsitzenden des Rates dazu, auf den 17. November den Rat der EKD und die Kirchenkonferenz nach Berlin-Spandau einzuberufen. Hier sollte eine gründliche Aussprache im Kreise der für die EKD verantwortlichen Männer und, wenn möglich, auch eine öffentliche Stellungnahme zu den aufgeworfenen Problemen geschehen. Die Evangelische Kirche in Deutschland wartete mit Spannung auf das Ergebnis dieser Konferenz. Die Vertreter der Bekennenden Kirche in der Ostzone überreichten der Konferenz eine Erklärung:

*Die in Berlin versammelten Vertreter der Bruderräte aus den Landeskirchen Berlin-Brandenburg, Anhalt, Land Sachsen, Provinz Sachsen, Pommern, Mecklenburg, Thüringen sehen in tiefer Sorge den Verhandlungen auf der Kirchenkonferenz am 17. November 1950 entgegen. Sie bitten, der Kirchenkonferenz folgendes vorzutragen zu dürfen:*

*1. Wenn gegen Kirchenpräsident Niemöller der Vorwurf erhoben wird, daß er als Einzelner durch seinen Offenen Brief an den Bundeskanzler Adenauer in einer besonders verantwortlichen Angelegenheit das Wort genommen hat, so sind auch wir der Meinung, daß jeder, der in einem verantwortlichen Amte der Kirche steht, zuvor das Gespräch mit den ihm zugeordneten Brüdern suchen soll, ehe er einen eigenen Schritt von erheblicher Bedeutung tut.*

*Diese seelsorgerliche Mahnung kann jedoch nicht zu einem Gesetz erhoben werden. Es muß in der evangelischen Kirche Raum bleiben dafür, daß auch ein Einzelner die Freiheit zu einer unmittelbaren öffentlichen Äußerung behält.*

*2. Die in dem Schreiben an den Bundeskanzler Adenauer angeschnittene Sachfrage ist von so erheblicher Bedeutung, daß dahinter die Frage der Form des Schreibens zurücktritt. Auch uns sind einzelne Wendungen dieses Briefes beschwerlich.*

*3. Die Erörterung über das Verhalten unseres Bruders Niemöller darf in der Kirchenkonferenz auf keinen Fall zur Gefährdung oder zur Zer-*

störung der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland führen. Darum halten wir es auch für völlig untragbar, daß Bruder Niemöller etwa genötigt wird, von der Leitung des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland zurückzutreten.

Die Mitglieder der Kirchenkonferenz sollen wissen, daß wir ihrer Verhandlungen fürbittend gedenken. Möge Gottes Geist es ihnen schenken, daß sie für die in der Leitung der Kirche stehenden Brüder den rechten Weg zwischen Freiheit und Gebundenheit im Handeln der Einzelnen finden und die jetzt aufgebrochene Not in einer brüderlichen Weise überwinden!

Am späten Abend des Tages wurde vom Rat in Übereinstimmung mit der Kirchenkonferenz eine Entschließung verabschiedet, die das Ergebnis der Beratungen enthält:

Die am 17. November in Berlin-Spandau zusammengetretene Kirchenkonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland haben nach eingehender Beratung folgende Entschließung herausgegeben:

### I.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland stellt nach langer Aussprache mit den leitenden Amtsträgern der Landeskirchen dankbar fest, daß die Einheit unserer evangelischen Kirche trotz starker Spannungen außer Frage steht. Der Rat weiß, daß die Gemeinschaft im Glauben nicht die Einheitslichkeit der politischen Urteile einschließt. Auch die Frage, ob eine wie immer geartete Wiederaufrüstung unvermeidlich ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden.

Wir ermahnen alle, die im Osten oder im Westen Verantwortung tragen, in dieser Frage mit letztem Gewissensernst zu handeln und sie nicht gegen den Willen des Volkes zu entscheiden.

Die Kirche sagt Frieden und meint ihn auch. Sie ist entschlossen, dem Frieden in der Welt zu dienen, und hört darum nicht auf, zum Frieden zu mahnen und für den Frieden zu beten.

### II.

Kirchenpräsident D. Niemöller hat sich mehrfach zur Wiederaufrüstung in Deutschland geäußert. Der Rat erkennt den Ernst und das Gewicht seiner Fragestellung an. Er bedauert jedoch die Schärfen mancher seiner Äußerungen. Er bedauert aber auch die Form der Kritik durch den Bundeskanzler.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland achtet die gewissensmäßige Entscheidung, die Dr. Heinemann durch sein Ausscheiden aus der Bundesregierung vollzogen hat, und die Gründe, die ihn zu diesem Schritt geführt haben.

### III.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ruft die Glieder der Gemeinden erneut auf, ihre Verantwortung im öffentlichen Leben

*unseres Volkes überall wahrzunehmen. Der Rat erneuert seine Bitte an alle Amtsträger der Kirche, in ihren politischen Äußerungen um ihres Dienstes willen am Evangelium, der allen gilt, möglichste Zurückhaltung zu üben.*

Während die politische Presse mit dieser Erklärung nicht besonders zufrieden war, wurde sie in der evangelischen Kirche weithin mit Befriedigung und Zustimmung aufgenommen. Eine drohende Krise der EKD schien abgewendet. Die Gemeinschaft und die Gemeinsamkeit in der Beurteilung der entscheidenden Fragen trotz aller Spannungen und Gegensätze hatte sich erwiesen.

Wie stark eine solche Gemeinsamkeit auch auf großen Synoden sein konnte, zeigen die Beschlüsse der westfälischen und der rheinischen Landessynode, die Ende Oktober und Anfang November ihre Tagungen hielten. Als Beispiel bringen wir das am 18. November in großer Einmütigkeit verabschiedete

*Wort der Rheinischen Landessynode  
zum Frieden und zur Wiederaufrüstung*

*Die in Velbert vom 12. bis 18. November 1950 versammelte Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland tagt in einer Stunde, in der die menschliche Aussichtslosigkeit der Lage unseres Volkes für alle Sehenden offenkundig ist. Gottes Zorn hat uns zweimal geschlagen. Wir haben uns nicht gebeugt, sondern sind unsere eigenen Wege gegangen. Nun droht uns ein neuer vernichtender Schlag. Unser Herr Christus sagt: „Tut Buße und glaubet an das Evangelium.“ Wir stellen uns unter diesen Ruf und wenden uns darum mit einem Wort zum Frieden und zur Wiederaufrüstung an die Gemeinden.*

1. Die ganze Christenheit bittet in jedem Gottesdienst um den Frieden der Welt. Sie erblickt in der Herstellung und Erhaltung des Friedens die vornehmste Aufgabe der Staatsmänner aller Völker. Ihnen ist heute eine besonders schwere Verantwortung vor Gott auferlegt. Wir beten für sie und danken Gott, daß wir bis jetzt vor einem neuen Krieg bewahrt worden sind.

2. Wohl können Völker und Staatsmänner vor der Notwendigkeit stehen, Kriege führen zu müssen. Wir erfahren dann Gottes Zorn über unseren Unglauben und unseren Ungehorsam. Kommt solche Not wieder über uns, können wir nicht getrost in ihr bestehen, wenn wir nicht in Glauben und Geduld alles getan haben, was wir zur Erhaltung des Friedens zu tun schuldig sind.

3. Wir haben bis zur Stunde keinen wirklichen Frieden. Darum hat für uns Deutsche vor allen Rüstungsfragen in Ost und West die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern

und die Wiederaufrichtung der Einheit Deutschlands zu stehen. Wege, die dahin führen können, sollten mit ganzem Ernst gesucht werden.

4. Die Synode muß jeden fragen, ob eine deutsche Wiederaufrüstung oder ein deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung in der gegenwärtigen Lage dem Frieden dient. Das Wettrüsten aller Staaten, die Deutschland besetzt haben, reißt unser Vaterland immer mehr auseinander. Eine Beteiligung an dem Wettrüsten hindert uns an der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben, fördert das Wiedererwachen nationalistischer Bestrebungen und trennt Ost- und Westdeutschland in zwei feindliche bewaffnete Lager. Alles Wettrüsten steht zudem in der Gefahr, daß es gewollt oder ungewollt zum Kriege führt.

Das deutsche Volk hat in zwei Weltkriegen viele seiner besten Söhne verloren. Die Ordnung seines sozialen Lebens und seiner Sitte ist zerstört. Der Wille zu ihrem Wiederaufbau wird durch eine Wiederaufrüstung im Keime bedroht. Wir glauben nicht, daß unser Volk imstande ist, die äußeren und inneren Belastungen einer Wiederaufrüstung oder gar eines neuen Weltkrieges zu tragen.

5. Die Synode mahnt alle Glieder ihrer Gemeinden, sich nicht durch zweifelhafte Parolen irreführen und nicht durch einseitige und unvollständige Berichterstattung verwirren zu lassen. Weder der Ruf „Rettet das christliche Abendland“ noch Aktionen für den Weltfrieden, die offensichtlich propagandistischen Charakter tragen, dienen in Wirklichkeit dem Frieden der Völker.

Die Synode bittet alle Glieder der Gemeinden, miteinander um die rechte Erkenntnis zu ringen. Wir bleiben in der Gemeinschaft und im brüderlichen Gespräch mit denen, die aus Gründen des Gewissens sich anders entscheiden als wir.

6. Die Frage, vor die wir durch die Aufrüstung gestellt sind, ist so schwer, daß keine politische Entscheidung über sie gefällt werden darf, von deren Notwendigkeit das Volk nicht überzeugt ist. Wir bitten die deutschen Regierungen und Parteien, bei der Entscheidung über Fragen des Friedens und der Wiederaufrüstung zu bedenken, daß es sich dabei um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes handelt. Besondere Interessen der Parteien, der Wirtschaft, der Weltanschauungen und Kirchen dürfen auf diese Entscheidungen keinen Einfluß haben.

7. Krieg und Frieden stehen nicht in Menschenhand. Darum fürchten wir Gottes Gerichte. Alle Bemühungen um die Erhaltung des Friedens könnten vergebens sein. Dennoch hoffen wir, im Vertrauen auf seine Gnade, daß diese Bemühungen noch eine Verheißung haben. Wenn sie zum Ziele führen sollen, gilt es, im Gehorsam gegen Gottes Wort allen bösen Geistern des Unglaubens, der Angst, der Gleichgültigkeit und aller Leichtfertigkeit im Reden und Handeln zu widerstehen.

„Fürchte dich nicht, liebes Land, sondern sei fröhlich und getrost, denn der Herr kann auch große Dinge tun“ (Joel 2, 21).



Selbst auf der etwas später tagenden Kirchensynode von Hessen und Nassau kam es zu einem einmütigen Beschluß, obwohl hier die Auseinandersetzung der Synode mit ihrem Kirchenpräsidenten Niemöller besonders gründlich und leidenschaftlich bewegt war. Bei aller Schwere der Angriffe und Vorwürfe, die gegen das Vorgehen Niemöllers erhoben wurden, gelang es doch, in einer Diskussion über die Sache zu einer Verständigung in entscheidenden Punkten zu kommen: Die Synode bejaht die politische Verantwortung der Kirche, und zwar so, daß jeder Christ, ob Amtsträger oder Gemeindeglied, in solche Verantwortung gerufen ist. Die Synode distanziert sich nicht von dem Vorgehen ihres Kirchenpräsidenten, sie sieht darin vielmehr ein Durchhalten der Grundlinie, die von den Organen der EKD seit 1948 eingeschlagen ist. Diese Ergebnisse sind in den Beschlüssen der Synode vom 29. November zusammengefaßt:

## I.

*Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau erklärt, daß das Evangelium von Jesus Christus nicht nur ein Wort für das innere Leben des einzelnen Menschen ist, sondern auch unser soziales, wirtschaftliches und politisches Handeln unter die Verantwortung vor Gott stellt.*

*Deshalb hat jeder evangelische Christ die Freiheit und das Recht, zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen. In der evangelischen Christenheit ist in früherer Zeit diese Verantwortung oft nicht ernst genug genommen worden.*

*Die Synode erkennt an, daß Kirchenpräsident D. Niemöller aus dieser Verantwortung heraus eine für unser Volk lebenswichtige Frage, an der kein Christ vorübergehen kann, öffentlich zur Diskussion gestellt hat.*

*Die Synode weiß, daß die Gemeinschaft im christlichen Glauben nicht zu einer einheitlichen Entscheidung in einer bestimmten politischen Frage führen muß, daß darum auch die Frage einer Wiederaufrüstung im Glauben verschieden beantwortet werden kann.*

*Die Synode erwartet, daß alle Amtsträger der Kirche — je weiter ihre Stimme reicht, desto mehr — in politischen Äußerungen um ihres Dienstes am Evangelium willen, der allen gilt, in der Form möglichste Zurückhaltung üben, unnötige Schärfen vermeiden und sich des brüderlichen Rates bedienen.*

## II.

*Die Kirchensynode hat von dem Beschluß der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Hannover Kenntnis genommen. Die Kirchensynode weist es zurück, daß die Synode einer anderen Kirche darüber befinden will, wie ein von der Kirchensynode in Hessen-Nassau beauftragter Amtsträger diesen seinen Auftrag erfüllt.*

Bei der sich zum Jahresende hin langsam ändernden weltpolitischen Lage, die sich für die Frage einer deutschen Wiederaufrüstung dahin auswirkte, daß sie ihre Aktualität einbüßte, kam es auch in der kirchlichen Erörterung zu einem vorläufigen Ende. Das letzte Wort der Kirche war der erneute Ruf des Rates der EKD vom 6. Dezember (s. o.) an die Kirchen der Welt, angesichts der in der Teilung Deutschlands liegenden Bedrohung des Friedens der Welt das Äußerste zu tun, um diese Gefahrenquelle zu beseitigen.

# Der Weg der reformierten Kirchen und Gemeinden von 1933-1950<sup>1)</sup>

Von Pastor Robert Steiner, Barmen-Gemarke

Die reformierten Kirchen und Gemeinden boten bei Beginn des Kirchenkampfes kein wesentlich anderes Bild als alle anderen Kirchen und Gemeinden innerhalb des deutschen evangelischen Kirchenbundes. Allerdings hatte die theologische Erneuerung der zwanziger Jahre gerade unter reformierten Theologen Eingang gefunden. Sie führte zur Sammlung der reformierten Theologen auf den theologischen Wochen, die in Verbindung mit der seit 1927 begründeten Theologischen Schule in Elberfeld dort alle zwei Jahre stattfanden und neue Besinnung auf Lehre, Leben und Ordnung der Kirche unter dem Wort erbrachten.

Organisatorisch war der größte Teil der reformierten Gemeinden im Reformierten Bund zusammengefaßt, der 1884 gegründet worden war. Mit ihm war auch die Evangelisch-Reformierte Landeskirche der Provinz Hannover und die Lippische Landeskirche, deren Gemeinden mit wenigen Ausnahmen reformiert sind, verbunden. Daneben besteht noch der Bund freier reformierter Kirchen, der nur ein loses Verhältnis zum Reformierten Bund hat. So trat während des Kirchenkampfes neben den beiden Landeskirchen vor allem der Reformierte Bund als Zusammenfassung der Reformierten in Deutschland in Erscheinung.

## *I. Besinnung auf die Aufgabe der Reformierten beim Beginn des Kirchenkampfes*

### 1. Erste Erkenntnisse der Reformierten beim Beginn des Kirchenkampfes

Als Generalsuperintendent D. Zoellner am 13. April 1933 einen Aufruf erließ, in dem er forderte, daß „in Führung und Lehre, in Verkündigung und Unterricht die Gestaltung des kirchlichen Lebens vom

---

<sup>1)</sup> Bei der nachfolgenden Zusammenstellung bedeutsamer Dokumente der reformierten Kirchen und Gemeinden handelt es sich nur um eine Ergänzung zu den in dem Kirchlichen Jahrbuch 1933—1944 erschienenen Dokumenten: „Kirche im Dritten Reich“, und zu der im Jahrbuch 1945—1948 gebrachten Übersicht über „Neuordnung und Wiederaufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland“. Die in dem Kirchlichen Jahrbuch 1949 in der „Kirchlichen Zeitgeschichte“ veröffentlichte „Erklärung der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland“ u. a. sind hier nicht berücksichtigt.

Bekenntnis aus zu geschehen habe“, wurde darauf hingewiesen, daß es „auf dem Boden der deutschen Reformation auch die reformierte Kirche gibt, teils in geschlossenen Landeskirchen, teils als Gemeinden oder geschlossene Synoden. Der rechtliche Anspruch des reformierten Bekenntnisses auf diese Gebiete ist daher in vollem Umfang anzumelden, unbeschadet aller Verdunkelungen und Trübungen, die ein inzwischen in Politik und Kirche wohl endgültig überwundenes Zeitalter mit tendenziöser Zähigkeit hineingebracht hat.“ Damit war in dem kirchlichen Umsturz des Jahres 1933 ein Anspruch der Reformierten angemeldet, der durchaus berechtigt zu sein schien. Am 17. April 1933 hielt Pastor Otto Weber, damals Direktor der Theologischen Schule in Elberfeld, in einer großen Versammlung in Rheydt, die von mehr als 1200 Männern besucht war, einen Vortrag über „Das reformierte Bekenntnis und die kirchlichen Umbaupläne der Gegenwart“. Man glaubte, von dem „Aufbruch der Reformierten in der Schicksalsstunde der Evangelischen Kirche in Deutschland“ reden zu können. Damals wurden folgende Grundsätze aufgestellt (Rheydter Sätze):

*In der Wende der Zeiten sind auch wir Reformierte verpflichtet, ein Wort zur kirchlichen Lage zu sagen:*

1. *Wir bekennen uns freudig zum Aufbau der einen „Evangelischen Kirche deutscher Nation“ und vertrauen auf die feierliche Zusage des Reichskanzlers, die der Kirche für ihre Arbeit und ihren Dienst an unserem Volke volle Freiheit gewährleistet.*

2. *Aufbau und Dienst der Kirche können allein geschehen von ihrem Bekenntnis her, in welchem sie die Botschaft ihres himmlischen Herrn verkündigt.*

3. *Uns Reformierten liegt nichts ferner als Streit mit unseren lutherischen Brüdern. Wir wünschen mit ihnen zusammen eine das ganze evangelische Deutschland umfassende Kirchengemeinschaft ohne Vermengung der verschiedenen Bekenntnisse.*

4. *Die Verfassung der Kirche baut sich aus ihrem Bekenntnis auf. Es ist darum selbstverständlich, daß wir Reformierte uns nach unserer Eigenart ordnen und einrichten können.*

5. *Die Zeit des Liberalismus und der Herrschaft menschlicher Willkür in Lehre und Verkündigung der Kirche ist vorüber. Darum muß das reformierte Lehramt an Universitäten in geschlossenen Lehrkörperschaften wieder hergestellt werden.*

6. *Wo aus dem Geist jenes überwundenen Zeitalters der alte reformierte Bekenntnisstand getrübt oder verdunkelt worden ist, muß für dessen Wiederaufrichtung Sorge getragen werden.*

Diese Grundsätze sollten nicht ein Programm, sondern die „Markierung einer Marschroute, das Aufziehen einer Fahne“ sein. Wohl ist hier vom Bekenntnis die Rede, von dem her allein Aufbau und Dienst der Kirche geschehen kann, und als Ziel wird die Wiederaufrichtung



des alten reformierten Bekenntnisstandes angegeben, die man damals in der „Wende der Zeiten“, d. h. von einem rein weltlichen Ausgangspunkt aus zu erreichen hoffte. Von dem Worte Gottes aber war in diesen „Rheydter Sätzen“ nicht die Rede. Die reformierten Gemeinden waren gefragt, ob sie dieser Fahne folgen wollten.

Zunächst traten andere Ereignisse ein, die auch für die Reformierten den Blick auf die Vorgänge innerhalb der gesamten DEK lenkten. Pastor D. Hesse in Elberfeld, Studiendirektor des Predigerseminars in Elberfeld, wurde am 25. April 1933 von dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß in das sogenannte Dreimännerkollegium berufen, um zusammen mit D. Kappler und D. Marahrens den „Neubau der Kirche“ durch eine neue Kirchenverfassung vorzubereiten. Am 20. Mai 1933 trafen sich einige reformierte Theologen und Älteste, um ein Wort zur Mitarbeit an diesem Neubau der evangelischen Kirche zu beraten. Sie verfaßten „eine theologische Erklärung zur Gestalt der Kirche“, die sogenannten Düsseldorfer Thesen.

*Die Vorsehung Gottes hat uns in eine Stunde geführt, in der wir uns erneut die Frage vorzulegen haben: Was heißt evangelische Kirche?*

*1. Die heilige christliche Kirche, deren einiges Haupt Christus ist, ist aus dem Wort Gottes geboren; in demselben bleibt sie und hört nicht die Stimme eines Fremden.*

*2. Das Wort Gottes wird uns gesagt durch die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments.*

*3. Das uns gesagte Wort Gottes ist unser Herr Jesus Christus.*

*4. Jesus Christus ist der Heiland der Welt und der alleinige Herr der erwählten Kirche, die er aus allen Völkern beruft zum ewigen Leben.*

*5. Die Kirche lebt allein davon, daß sie täglich neu von ihrem Herrn berufen und getragen, getröstet und regiert wird.*

*6. Die Kirche lebt in allen ihren Gliedern durch die Ausrichtung des von Jesus Christus eingesetzten und geordneten Dienstes der Prediger, Lehrer, Ältesten und Diakonen.*

*7. Der Dienst der Prediger besteht vornehmlich in der an Kirche und Welt sich richtenden Verkündigung des Wortes Gottes durch Schriftauslegung, Taufe und Abendmahl.*

*8. Der Dienst der Lehrer besteht in der Unterweisung der Jugend, in der Heranbildung der künftigen Prediger und in der immer neu zu vollziehenden Erforschung und Prüfung der Reinheit und Gesundheit der kirchlichen Verkündigung, und das alles auf Grund der Heiligen Schrift.*

*9. Der Dienst der Ältesten besteht in einem gemeinsamen besonderen Achthaben auf die Ordnung, die Lehre und das Leben der Kirche.*

*10. Der Dienst der Diakonen besteht in der Fürsorge für die Notleidenden, Kranken, Verlassenen, wer sie auch seien.*

*11. Die Vollmacht und die Kraft dieses Dienstes gründet allein in der freien Gnade des Herrn der Kirche.*

*12. „Geistlicher Führer“ der Kirche ist allein Jesus Christus, ihr*

*himmlischer König, welcher auf Erden durch Seinen Geist in einem jeden lebt, der im Gehorsam gegen Seinen Auftrag in Seinem Dienst in der Kirche steht.*

*13. Die Ämter des Predigers, des Lehrers, des Ältesten und des Diakonen dienen gemeinsam dem Aufbau der Kirche. Sie haben bei aller Verschiedenheit des Dienstes und der Gaben ein jedes seine Verheißung und Vollmacht unmittelbar vom Herrn der Kirche.*

*14. Der Herrschaft des himmlischen Herrn über die einzelnen Gemeinden entspricht auf Erden nicht die Herrschaft einer einzelnen Gemeinde über die anderen oder die eines den anderen Ämtern übergeordneten Bischofsamtes, sondern der Dienst, den die einzelnen Gemeinden einander gegenseitig schuldig sind und den sie in der Form von Synoden ihrer berufenen Diener einander zu leisten versuchen.*

Obwohl die Verfasser dieser Thesen zum Teil auch bei der Abfassung der Rheydter Thesen mitgewirkt hatten, haben wir es hier mit ganz anderen Erkenntnissen zu tun. Diese Thesen sind ganz auf das Wort gegründet. Sie reden nicht vom Bekenntnis und Bekenntnisstand, sondern von der alleinigen Herrschaft Jesu Christi und dem durch ihn geordneten Dienst in der Kirche. Deshalb gibt es für sie keine Bedingungen von weltlichen Mächten her, denen sich die Kirche unterordnen müßte. Hier fängt der Weg an, der die Reformierten in die Bekenkende Kirche geführt hat, während die Rheydter Thesen für die weitere Entwicklung mehr und mehr ihre Bedeutung verloren.

Einige Tage später, am 4. Juni 1933, hat sich dann etwa derselbe Kreis von Theologen und Ältesten noch einmal in Elberfeld zusammengefunden, und dort „Forderungen zur Gestalt der Kirche“ erhoben, die auch nicht die Bedeutung der Düsseldorfer Thesen gewannen, weil die letzten von ihnen durch die damaligen Gedanken über die Gestaltung der Evangelischen Reichskirche bestimmt sind. Als Dokument der damaligen reformierten Meinung dürfen sie aber hier nicht fehlen (Elberfelder Thesen).

*1. Kirche als örtliche Gemeinde lebt nur in der Einen evangelischen Kirche. Wiederum lebt die Eine evangelische Kirche nur in den Kirchen als örtlichen Gemeinden.*

*2. Die Leitung des Dienstes, kraft dessen die Eine evangelische Kirche in den örtlichen Kirchen (Gemeinden) lebt, ist der besondere Auftrag des Presbyteriums.*

*3. Das Presbyterium setzt sich zusammen aus den Predigern und Ältesten. Ihre Berufung geschieht durch Zusammenwirken des bestehenden Presbyteriums und der Gemeinde.*

*4. Das Presbyterium leitet das Leben der Gemeinde hinsichtlich des Gottesdienstes, der kirchlichen Unterweisung und der Zucht in Lehre und Leben, überwacht den Dienst der Diakonen und besorgt die Verwaltung des kirchlichen Vermögens.*

5. Im Auftrage des Presbyteriums widmen sich die Diakonen der Fürsorge für die Notleidenden, Kranken und Verlassenen.

6. Die Leitung des Dienstes, kraft dessen die örtliche Kirche (Gemeinde) in der Einen evangelischen Kirche lebt, ist der besondere Auftrag der Synoden.

7. Die Kreissynode setzt sich zusammen aus Abordnungen von Predigern und Ältesten der örtlichen Kirchen.

8. Die Bezirkssynode setzt sich zusammen aus Abordnungen von je einem Prediger und Ältesten der Kreissynoden.

9. Die Gesamtsynode setzt sich zusammen aus Abordnungen von je einem Prediger und Ältesten der Bezirkssynoden.

10. Die Synoden leiten das Leben der örtlichen Kirchen hinsichtlich ihrer Einheit und ihres Zusammenhanges in Lehre, Gemeindeordnung und Liebesübung. Sie überwachen insbesondere die Ausbildung und Berufung der Prediger und Lehrer der Kirche.

11. Im Auftrage der Gesamtsynode widmen sich die in den theologischen Fakultäten vereinigten Hochschullehrer der wissenschaftlichen Pflege der kirchlichen Lehre.

12. Durch den Dienst der Presbyterien, Synoden und Theologischen Fakultäten ist das Leben der Kirche in den Kirchen und der Kirchen in der Kirche, soweit es durch die vom Herrn eingesetzten Ämter geschehen kann, geordnet.

13. Ein den örtlichen Kirchen (Gemeinden) übergeordnetes, angeblich mit besonderer geistlicher Vollmacht und Autorität ausgestattetes Amt der Kirche, heiße es, wie es wolle, hat weder Auftrag noch Verheißung.

14. Die hier geforderte, nach Gottes Wort reformierte Kirche bildet äußerlich einen Bestandteil der „Deutschen Evangelischen Kirche“, in der sie Kirchen lutherischen Bekenntnisses neben sich hat.

15. Der Reichsbischof lutherischen Bekenntnisses hat für die reformierte Kirche nur die Bedeutung eines Repräsentanten und Geschäftsführers der „Deutschen Evangelischen Kirche“.

16. Die reformierte Kirche ist im „Geistlichen Ministerium“ der „Deutschen Evangelischen Kirche“ vertreten durch ein von der Gesamtsynode zu bestimmendes Mitglied reformierten Bekenntnisses.

17. Zu der reformierten Kirche gehören neben den bisher schon zusammengeschlossenen reformierten Kirchen die reformierten Synoden und Gemeinden in den Unionskirchen unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Union.

18. Die „Evangelische Kirche der altpreußischen Union“ beruht auf einer Abrede über das Zusammenleben von Kirchen (Gemeinden) lutherischen und reformierten Bekenntnisses. Das Eigenleben der reformierten Kirche in Lehre und Ordnung bleibt nach dem Sinn dieser Union gänzlich unberührt.

## 2. Das Erwachen der Gemeinden

In den reformierten Gemeinden hatten die Deutschen Christen bis zum Sommer 1933 kaum Fuß fassen können. Als dann am 24. Juni 1933 die kirchlichen Vertretungen in der altpreußischen Union und den anderen innerhalb Preußens liegenden Landeskirchen aufgelöst wurden, erwachten die Gemeinden weithin. Viele ließen sich aber auch einschüchtern und gaben dem Druck der „Deutschen Christen“ nach. In der reformierten Gemeinde Barmen-Gemarkte fand am 15. Mai 1933 eine spontan einberufene Gebetsversammlung in der Gemarkter Kirche statt, um der Neuordnung der Kirche fürbittend zu gedenken, während in Berlin und im Reich häßliche Kämpfe um Macht und Positionen in der Kirche tobten. Wo mögen in jenen Tagen sonst solche Gebetsversammlungen stattgefunden haben? Für die reformierten Gemeinden ist es jedenfalls während des ganzen Kirchenkampfes bedeutsam geblieben, daß sie unter dem Worte Gottes und unter Gebet erwachten und sich zum Bekennen gerufen wußten. Damals fanden auch sonst Versammlungen reformierter Gemeinden statt, in denen gefordert wurde, daß die geistliche Leitung der Gemeinden in Lehre, Gottesdienst, Leben und kirchlicher Zucht durch das Presbyterium ausgeübt werden müsse, in das die Diener am Wort eingegliedert sind. Die Grundsätze des reformierten Bekenntnisses würden die Unterordnung unter einen Reichsbischof als geistlichen Führer und Träger des kirchlichen Lehramtes verbieten. Die künftige Reichskirche müsse den Charakter eines Bündnisses gleichberechtigter Bekenntnisse haben. Wo in den Gemeinden wie z. B. in Barmen-Gemarkte bei der Neuwahl der Gemeindevertretungen gewählt wurde, zeigte es sich, daß nur eine verschwindende Minderheit für die Deutschen Christen eintrat.

Von nicht geringer Bedeutung war damals das Erscheinen von Karl Barths „Theologische Existenz heute“. Man hatte auch in den Gemeinden sehr lange auf ein Wort von diesem Lehrer der Kirche gewartet. Das Heft erschien am 25. Juni 1933 und fand bald eine sehr weite Verbreitung. Obwohl nicht ausgesprochen reformiert, hat dieses Heft doch gerade in reformierten Gemeinden klärend gewirkt, weil es zu dem Worte Gottes zurückrief und den Gemeinden zeigte, daß es für sie nur darauf ankommt, bei dem Wort zu bleiben und nicht auf die Stimme eines Fremden zu hören.

Als die Verfassung der DEK erarbeitet wurde, hatte D. Hesse als Mitglied des Dreimännerkollegiums eine Erklärung über „das rechtliche Verhältnis der Reformierten zum Reichsbischof“ abgegeben, in der es hieß: „Insbesondere ist es für uns Reformierte völlig unmöglich, einen Bischof als geistlichen Führer und Träger des kirchlichen Lehramtes anzuerkennen. Wir müssen ihn vielmehr als solchen aus Gründen der Heiligen Schrift und aus unserem reformierten Bekenntnis heraus ablehnen.“ Allerdings wurde dem Satz von dem Reichsbischof in der Verfassung nicht der allerletzte grundsätzliche Widerstand entgegen-



gesetzt, weil die Lutheraner den Bischof von ihrem Bekenntnis aus forderten. So kam es zu einer partiellen Anerkennung des Reichsbischofs. Er wurde anerkannt als der Mann, „der die Deutsche Evangelische Kirche nach außen hin, insbesondere dem Staat und den außerdeutschen Kirchen gegenüber zu vertreten hat, und der die Geschäfte des Geistlichen Ministeriums leitet“. Eine ähnliche Erklärung wurde auf der Generalsynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union am 5. September 1933 von D. Hesse abgegeben. Es war jedoch dann verwunderlich, daß D. Hesse auf dieser Synode für das Bistumsgesetz stimmte. Er meinte, daß der Protest dagegen sachlich die Anmeldung des Austritts der reformierten Gemeinden aus der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union bedeutet hätte. Als aber dieses Gesetz immer mehr zur Vergewaltigung der Kirchen und Gemeinden führte, veröffentlichte D. Hesse eine Erklärung, in der es heißt:

*Meine Stellung auf der Generalsynode zum altpreußischen Bistumsgesetz ging von der Voraussetzung aus, daß die Linie der Loccumer Verhandlungen innegehalten sei. Inzwischen hat sich eindeutig herausgestellt, daß das altpreußische Bistumsgesetz den rein weltlichen Führergedanken in die Kirche einträgt. Wäre mir das bereits auf der Generalsynode klar geworden, so hätte ich aus diesem Grunde gegen das ganze Gesetz aufs schärfste protestieren müssen. Heute kann ich solchen Protest nur nachträglich anmelden. Ich tue das in aller Öffentlichkeit, weil sich die Versuche wiederholen, meinen Namen mit einem Gesetz zu verbinden, daß ich heute nur als ein kirchenfremdes ansehen kann und dessen Zurückziehung ich mit allem Nachdruck fordern muß.*

Die Nationalsynode berief dann für die Reformierten Pastor Otto Weber aus Elberfeld in das Geistliche Ministerium. Als dieses am 11. November 1933 infolge der berüchtigten Sportpalastkundgebung wieder zurücktrat, verwaltete Weber dieses Amt von da an nur noch kommissarisch.

In den reformierten Gemeinden verfolgte man die Entwicklung der DEK zu einer bischöflich regierten Kirche, in der die Deutschen Christen sich in die Ämter drängten, mit wachsender Sorge. So veröffentlichte das Presbyterium der reformierten Gemeinde Gemark zwei Entschließungen, die ein für die damalige Zeit sehr deutliches Wort gegen den Reichsbischof und die Deutschen Christen bedeuteten. In der einen Entschliebung heißt es:

*Presbyterium muß zu der durch das „Kirchengesetz über die Errichtung des Landesbischofsamtes und von Bistümern“ in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union geschaffenen Lage und der dadurch den reformierten Gemeinden aufgezwungenen Notlage darauf hinweisen, daß nach der bei der Schaffung der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche feierlich abgegebenen und angenommenen Erklärung des Sach-*

walters unserer reformierten Belange, die auf der Generalsynode ausdrücklich für die preußische Kirche wiederholt wurde, die reformierten Gemeinden der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union den Landesbischof und die Bischöfe der Kirche sowie die Amtsträger, die ihre Befugnisse von den Bischöfen ableiten, nur als Vertreter der Kirche nach außen und Führer der Geschäfte, nicht aber als Träger eines kirchlichen Lehramtes oder geistliche Führer ansehen können.

Über die Rechte und Vollmachten der Bischöfe in unserer Kirche sind im einzelnen noch keine näheren Bestimmungen herausgegeben worden. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, in diesem Augenblick unsere Stimme dagegen zu erheben, daß durch das genannte Gesetz der weltliche Führergedanke auf den Boden der Kirche übertragen und dem einzelnen eine Macht verliehen werde, die kein einzelner in der Kirche Jesu Christi haben darf.

Von der Heiligen Schrift her hat ein solches den anderen kirchlichen Ämtern übergeordnetes sogenanntes Bischofsamt weder Auftrag noch Verheißung und es kann einer Gemeinde der nach Gottes Wort reformierten Kirche auf keine rechtliche Weise aufgezungen werden, weil es ihrem Bekenntnis widerspricht.

Die andere Entschließung war ein Wort aus der Gemeinde, sie lautet:

1. Eine Versammlung von 453 Männern der Gemeinde Barmen-Gemarke am 20. November 1933 hat von den Schritten des Presbyteriums der Gemeinde Gemarke im Kampf für die presbyterial-synodale Ordnung unserer rheinischen Kirche dankbar Kenntnis genommen.

2. Die Versammlung ist entrüstet über die ihr mitgeteilten Richtlinien für die neue Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche und damit auch unserer rheinischen Kirche, durch die ein System einer Bischofsherrschaft eingeführt werden soll, bei dem den Gemeinden jede Selbständigkeit und Verantwortlichkeit genommen wird. Diese Richtlinien werden in allernächster Zeit veröffentlicht werden. Damit wir nicht durch eine allzu schnelle Entscheidung über die neue Verfassung überrascht werden, erheben wir jetzt schon unsere Stimme; denn wir haben gegen eine solche Verfassung nur ein einziges Wort, und rufen alle rheinischen Gemeinden auf, sich mit uns um das Wort zu scharen: Mit unserem Willen — nie mals!

3. Gerade wir, als Glieder der rheinischen Kirche, die wir aus unserer Geschichte wissen, was Rom bedeutet, kämpfen mit ganzer Entschlossenheit gegen alles, was nach Rom führen muß, und darum gegen das mit solchen Vollmachten ausgestattete bischöfliche Amt in jeder Gestalt. Wir tun dies um der gesamten evangelischen Kirche willen.

4. In solchem Willen wissen wir uns in herzlicher Übereinstimmung mit allen reformierten, lutherischen und uniteden Schwestergemeinden unserer rheinischen Kirche, die sich für die Verkündigung und Gestaltung der Kirche allein vom Worte Gottes leiten lassen wollen.

5. *Wir wenden uns mit ganzem Ernst gegen die Verbreitung von Irrlehren und gegen die Verfälschung des Evangeliums durch die Glaubensbewegung Deutsche Christen. Was in der Berliner Versammlung im Sportpalast vom 13. November 1933 hervorbrach, war das Offenbarwerden eines Geistes, der sich in dieser Bewegung so auswirkt, daß außer der Heiligen Schrift auch andere Kräfte, Volkstum, Blut, Boden, Rasse als Quelle der Offenbarung gelten sollen. Deshalb dürfen die Erklärungen des Reichsbischofs und des Bischofs Hossenfelder uns nicht sorglos machen gegenüber der Glaubensbewegung Deutsche Christen.*

6. *Wir kämpfen nicht für den alten Zustand unserer Kirche. In dem gegenwärtigen Geschehen sehen wir vielmehr ein Gericht Gottes über unsere Kirche, das vor allem auch uns selbst zur Buße ruft. Gottes Barmherzigkeit aber läßt uns bitten, daß er in der Macht seiner vergebenden Gnade seiner Kirche eine Erneuerung aus seinem Wort und Geist und damit die Ausrichtung des Dienstes für ihn in unserem geliebten deutschen Volke schenke.*

3. Von entscheidender Bedeutung war dann die Gründung des „Coetus reformierter Prediger“ auf einer Versammlung in Barmen am 13. Oktober 1933, die durch Pastor Karl Immer in Barmen-Gemarkte geschah. Pastor Immer knüpfte dabei an den Coetus reformierter Prediger in Ostfriesland an, den 1544 Johannes a Lasko in Emden ins Leben gerufen hatte. Dieser Bund hatte die Aufgabe, die Zucht der Sitten, die in den Gemeinden von den Presbyterien geübt wurde, im Bruderkreis der Pastoren zu pflegen. Neben anderen Aufgaben war es ihm vor allem wichtig, durch ernste theologische Arbeit die Pfarrerschaft zu innerer Übereinstimmung zu führen. So wußte sich der Coetus berufen, durch Fürbitte, Zucht und theologische Arbeit gegenseitige Hilfe zu leisten. Dieser Coetus, dem sich auch unierte, ja sogar lutherische Theologen anschlossen und dem auch Älteste beitraten, bildete neben dem Pfarrernotbund eine Gemeinschaft von Pastoren und Ältesten, die den Kirchenkampf mit allem Nachdruck führte.

Das Moderamen des Reformierten Bundes hatte während der umstürzenden Ereignisse des Jahres 1933 öfter getagt, vermochte jedoch nicht zu einer klaren Entscheidung darüber zu kommen, welcher Weg für die Reformierten geboten sei, da es in sich gespalten war. Ein Teil seiner Mitglieder meinte, auch den Reichsbischof zur Sicherung des reformierten Bekenntnisstandes gebrauchen zu können, während der andere Teil den Reichsbischof und seine Kirche mit aller Entschiedenheit ablehnte und den Weg der Bekennenden Kirche vorzubereiten gewillt war. Das zeigte sehr deutlich ein Artikel von Pastor Lic. W. Niesel, der unter der Überschrift „Bekenntnis oder Berechnung?“ in der Reformierten Kirchenzeitung Nr. 52, 1933 erschien und nicht geringes Aufsehen erregte:

*Sehr betrüblich ist das völlige Versagen des Reformierten Bundes oder doch wenigstens seiner Leitung in den gegenwärtigen schweren Kämpfen*



unserer Kirche. Einige matte, beruhigende Erklärungen; das war alles. Zu größeren Dingen konnte man sich nicht aufraffen. Hätten wir nicht die Reformierte Kirchenzeitung mit den deutlichen Aufsätzen und prächtigen Randbemerkungen des Herausgebers zur gegenwärtigen Lage der Kirche, man könnte meinen, der Reformierte Bund habe längst seinen Frieden mit der Welt geschlossen. Es ist bequem, wenn man es mit keinem verdirbt und sich aus allem Streite heraushält. Man sollte sich aber darüber klar sein, daß es in der Kirche des Herrn keine Neutralität gibt. Man bezieht immer Stellung, wie man sich auch verhalten mag. Und man kann Bekenntnis rufen und meint doch Berechnung!

Sehr betrüblich ist auch, daß manche einigermaßen „intakte“ Landeskirchen es bisher für richtig angesehen haben, dem kirchlichen Kampf gegenüber eine abwartende Haltung einzunehmen. Das mag klug sein; aber es ist nicht recht. Weiß man denn nicht, daß alle Gemeinden und Kirchen Glieder an einem Leibe sind? „Und so ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit“ (1. Kor. 12, 26). Das ist so nach Gottes Wort, und dem kann sich niemand entziehen. Jede „bekenntnistreue“ Kirche ist heute — ob sie will oder nicht — vor die Frage gestellt: Bekenntnis oder Berechnung?

Wo ist dann aber heute bekennende Kirche? Bei der kirchlichen Renitenz? Möchte sie doch dort zu finden sein! Aber wir können uns den Befürchtungen, die Karl Barth in seiner Flugschrift „Lutherfeier 1933“ ausgesprochen hat, nicht verschließen. Haben die lutherischen Bischöfe, der Pfarrernotbund und die hinter ihnen stehenden Gemeinden wirklich den Willen, ganz durchzustößen, um das Übel an der Wurzel auszurotten? Oder wird man es schließlich für ratsamer halten, sich mit taktischen, vielleicht sehr beachtlichen Teilerfolgen zu begnügen? Dann wäre aber gar nichts gewonnen. Man stände vielmehr im Lager des Gegners und würde auch berechnen, anstatt zu bekennen.

Was die Kirche heute wie zu allen Zeiten — und heute dringender denn je — braucht, ist Bekenntnis. Sie muß auf das Wort Gottes, das ihr in der Heiligen Schrift gesagt wird, hören, es nachsprechen, mit Wort und Tat bekennen. Dann gibt es eine Scheidung der Geister, dann werden die Irrlehre und die Werke der Finsternis aufgedeckt und zerstört, dann kommt es zu einer Erneuerung der Kirche durch Gottes Wort. Die Kirche kann das freilich nicht selbst herbeiführen, sie kann nicht von sich aus bekennen, sondern das Bekenntnis muß ihr geschenkt, in den Mund gelegt werden. „Fleisch und Blut hat dir das nicht offenbart, sondern mein Vater im Himmel“ (Matth. 16, 17).

Um so mehr dürfen wir uns freuen, daß in der Verwirrung und Verwüstung unserer Kirche Stimmen klaren Bekenntnisses laut werden. Es hieß neulich in einem Bericht, daß Karl Barth in dieser Zeit nicht mehr als Führer einer theologischen Gruppe, sondern als Lehrer der Kirche zu uns spreche. In der Tat, das braucht unsere Kirche heute, was er in seinen Flugschriften sagt und fordert: „Ein jeder sein Gesicht mit ganzer Wendung richte steif nach Jerusalem!“



Erfreulich weiter, daß mit dieser Stimme sich andere verbinden. Ein Ansatz zu der heute notwendigen Bekenntnisbildung war unsere Düsseldorf-er „Theologische Erklärung zur Gestalt der Kirche“. Leider fehlten ihr die zur Verdeutlichung wichtigen Negationen wider die herrschende Irrlehre. Die Erklärung hätte dann nicht so viel Unterschriften gefunden. Durch solche Verwerfung der Häresie zeichnen sich die Thesen von Heinrich Vogel aus: „Kreuz und Hakenkreuz“ und seine „Acht Artikel evangelischer Lehre“.

Verheißungsvoll ist vor allem, daß sich nicht nur Einzelne, sondern auch Gemeinden zum Bekenntnis aufgerufen wissen. Man höre etwa die Männerversammlung der Barmer Gemeinden vom 7. Dezember: „Im kirchlichen Kampf der Gegenwart geht es allein um das Fundament der Kirche. Für die Kirche gibt es kein anderes Fundament als die Offenbarung Gottes in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments. Wer in der Kirche neben dieses Fundament noch ein anderes setzt, zerstört die Kirche.“ Oder man lese die Kundgebung des Rheinisch-Westfälischen Gemeindetages vom 10. Dezember: „Eine neue Nationalsynode muß sich in ihrem Wort und ihrer Tat zur Heiligen Schrift als dem Zeugnis von der alleinigen Offenbarung Gottes in Jesus Christus bekennen und die jetzt in der Kirche weitverbreitete Irrlehre, als gäbe es noch andere Quellen der Offenbarung Gottes (Volkstum, Rasse, Blut, gegenwärtige Stunde) von der Schrift her verdammen“ (Reformierte Kirchenzeitung, S. 392).

Erstaunlich ist, wie bei diesem Bekennen Reformierte und Lutheraner zusammenkommen. Sie werden zusammengeführt durch Gottes Wort wider alles, was diesem Worte widerspricht. Solches Bekenntnis hat Verheißung; denn es ist Gehorsam. Alle Berechnung aber ist Ungehorsam.

## II. Von Barmen bis Siegen

(Bemühungen um gemeinsames Handeln der Reformierten)

### 1. Die erste freie reformierte Synode am 3.—4. Januar 1934 in Barmen-Gemarke

Zum Widerstand gegen die deutschchristliche Ideologie, Willkür und Gewaltherrschaft rief vor allem der Coetus reformierter Prediger. Er forderte die Einberufung einer freien reformierten Synode, die dann Anfang Januar 1934 zustande kam. Sie sollte zu einer Einheit unter den Reformierten „durch gemeinsame Besinnung auf das Wesen der Kirche und den Willen ihres Herrn führen“. Die Synode fand ein unerwartetes Echo. Aus ganz Deutschland kamen Abgeordnete der Gemeinden und hörten Karl Barths Vortrag über „Das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart“. Im Gegensatz zu den damaligen von den Deutschen Christen beherrschten Synoden konnte hier frei geredet und jede abweichende Meinung vorgetragen

werden. Die Beschlußfassung fand erst nach eingehender Beratung und Sammlung statt und führte zu der bekannten Erklärung dieser ersten freien reformierten Synode.

## *Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangel. Kirche der Gegenwart*

### *I. Die Kirche in der Gegenwart*

1. Angesichts der kirchlichen Ereignisse des Jahres 1933 gebietet uns das Wort Gottes, Buße zu tun und umzukehren. Denn in diesen Ereignissen ist ein die evangelische Kirche seit Jahrhunderten verwüstender Irrtum reif und sichtbar geworden. Er besteht in der Meinung, daß neben Gottes Offenbarung, Gottes Gnade und Gottes Ehre auch eine berechnete Eigenmächtigkeit des Menschen über die Botschaft und die Gestalt der Kirche, d. h. über den zeitlichen Weg zum ewigen Heil, zu bestimmen habe.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die kirchliche Entwicklung seit der Reformation sei eine normale gewesen und es handle sich in der heutigen Not unserer Kirche nur um eine vorübergehende Störung, nach deren Beseitigung jene Entwicklung geradlinig weitergehen dürfe.

2. Dieser Irrtum ist derselbe wie der Irrtum der Papstkirche und der Schwärmerei, gegen den sich das reformatorische Bekenntnis richtet. Wenn die evangelische Kirche ihm erliegt, so hat sie aufgehört, evangelische Kirche zu sein. Er muß heute, auch in seinen feinsten und reinsten Gestalten, als Irrtum festgestellt und bekämpft — dem alten Irrtum muß das alte Bekenntnis mit neuer Freudigkeit und Bestimmtheit entgegengestellt werden.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Der Irrtum von der Eigenmächtigkeit des Menschen in Sachen der Botschaft und Gestalt der Kirche sei eine Meinung neben anderen, die wenigstens in ihren edleren Formen in der evangelischen Kirche nach wie vor Heimatrecht haben könne.

3. Angesichts der Einheit, in der dieser Irrtum heute in die Erscheinung getreten ist, sind die in der einen Deutschen Evangelischen Kirche zusammengeschlossenen Gemeinden aufgerufen, unbeschadet ihrer lutherischen, reformierten oder unierten Herkunft und Verantwortung, aufs neue die Hoheit des einen Herrn der einen Kirche und darum die wesentliche Einheit ihres Glaubens, ihrer Liebe und ihrer Hoffnung, ihrer Verkündigung durch Predigt und Sakrament, ihres Bekenntnisses und ihrer Aufgabe zu erkennen.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Es dürfe oder müsse die berechnete Vertretung lutherischer, reformierter oder unierter „Belange“ noch immer den Erfordernissen des gemeinsamen evangelischen Bekennens und Handelns gegen den Irrtum und für die Wahrheit übergeordnet werden.

## II. Die Kirche unter der Heiligen Schrift

1. Die Kirche hat ihren Ursprung und ihr Dasein ausschließlich aus der Offenbarung, aus der Vollmacht, aus dem Trost und aus der Leitung des Wortes Gottes, das der ewige Vater durch Jesus Christus, seinen ewigen Sohn, in der Kraft des ewigen Geistes, als die Zeit erfüllt war, ein für allemal gesprochen hat.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne und müsse sich außer auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes auch noch auf eine dem Menschen trotz des Sündenfalls zugängliche Gottesoffenbarung in Natur und Geschichte begründen und beziehen.

2. Die Kirche hört das ein für allemal gesprochene Wort Gottes durch die freie Gnade des Heiligen Geistes in dem doppelten, aber einheitlichen und in seinen beiden Bestandteilen sich gegenseitig bedingenden Zeugnis des Alten und des Neuen Testaments, das heißt in dem Zeugnis des Mose und der Propheten von dem kommenden, und in dem Zeugnis der Evangelisten und Apostel von dem gekommenen Jesus Christus.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die biblischen Schriften seien zu verstehen als Zeugnisse aus der Geschichte menschlicher Frömmigkeit; maßgebend für die christliche Frömmigkeit sei aber vorwiegend oder ausschließlich das Neue Testament; es könne oder müsse darum das Alte Testament zuzunsten des Neuen abgewertet, zurückgedrängt oder gar ausgeschlossen werden.

3. Die Kirche lebt durch die freie Gnade des Heiligen Geistes davon und darin, daß sie, indem sie das Zeugnis der Heiligen Schrift im Glauben aufnimmt und im Gehorsam weitergibt, die Strenge und die Barmherzigkeit, die Ehre und die Menschenfreundlichkeit des dreieinigen Gottes erkennt und verkündigt.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse neben dem durch die Heilige Schrift bezeugten Handeln Gottes in Jesus Christus auch noch sein Wirken in den Ereignissen der jeweiligen Gegenwart feststellen und bekannt machen.

## III. Die Kirche in der Welt

1. Die Kirche ist in der Welt. Sie bekennet sich in der Nachfolge des fleischgewordenen Wortes Gottes rückhaltlos zu der ganzen Not des von Gott gut geschaffenen, aber in Sünde gefallenen und unter dem göttlichen Fluch stehenden Menschen. Sie vertraut und sie gehorcht allein der eben diesem Menschen in Jesus Christus widerfahrenen Barmherzigkeit. Sie wartet nach Gottes Verheißung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse außer der Barmherzigkeit Gottes in Christus auch noch einer dem Menschen erkennbaren Güte dieser Welt vorbehaltloses Vertrauen

schenken und einer dem Menschen erkennbaren Eigengesetzlichkeit dieser Welt vorbehaltlosen Gehorsam entgegenbringen.

2. Die Kirche anerkennt nach Weisung des Wortes Gottes dankbar, daß der Wandel der Menschheits- und Völkergeschichte, die politischen, philosophischen und kulturellen Versuche des Menschen unter der Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld stehen. Sie begleitet sie darum mit der ernstesten Anerkennung ihres zeitlichen, bestimmten und begrenzten Rechtes mit ihrer Fürbitte, aber auch mit der Erinnerung an Gottes Reich, Gesetz und Gericht, mit der Hoffnung auf ihn, der alles lenkt, um alles neu zu machen.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse in der Wirklichkeit dieses oder jenes Versuchs des Menschen nicht sowohl einen Erweis der göttlichen Geduld, als vielmehr eine Annäherung an die Wiederherstellung der göttlichen Schöpfungsordnung erblicken.

3. Die Kirche ist in der Welt unter der Heiligen Schrift. Sie dient dem Menschen und dem Volk, dem Staat und der Kultur, indem sie hinsichtlich ihrer Botschaft und ihrer Gestalt dem ihr vorgeschriebenen Worte Gottes und seinem Heiligen Geist gehorsam zu sein bemüht ist.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche habe dem Menschen damit zu dienen, daß sie, ihm mehr gehorchend als Gott, ihre Botschaft und ihre Gestalt seinen jeweiligen Überzeugungen, Wünschen und Zwecken anpasse und zur Verfügung stelle.

#### IV. Die Botschaft der Kirche

1. Der Auftrag der Kirche besteht darin, in Auslegung und nach Maßgabe des prophetisch-apostolischen Zeugnisses an Christi Statt und also seinem eigenen Wort und Werk dienend, durch Predigt und Sakrament die Botschaft von Gottes nahe herbeigekommenem Reich auszurichten: Gott der Schöpfer hat sich seiner Geschöpfe, Gott der Versöhner hat sich der Sünder, Gott der Erlöser hat sich seiner geliebten Kinder in freier Gnade angenommen.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse das Wort Gottes des Schöpfers, Versöhhners und Erlösers, statt ihm zu dienen, als ihr eigenes Wort aussprechen und also, statt die freie Gnade zu verkündigen, „dynamisch“ wirken.

2. Die freie Gnade, in der Gott sich unser annimmt, ist die in der Kraft des Heiligen Geistes sich erfüllende Verheißung der Gegenwart Jesu Christi als des Herrn, der für uns Knecht geworden, um unser altes Leben in den Tod zu geben und unser neues Leben an das Licht zu bringen.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Gnade Gottes bestehe in moralischen oder religiösen Vollkommenheiten, deren sich der Mensch nicht nur im Blick auf den, der den Gottlosen gerecht macht, sondern doch auch im Blick auf einen eigenen Besitz rühmen könnte.



3. Die Gabe der Gnade ist unsere Zugehörigkeit zu Jesus Christus: In ihm sind wir gerechtfertigt durch das Wunder des Glaubens, der immer wieder die in ihm geschehene Vergebung unserer Sünde annimmt. Und in ihm sind wir geheiligt durch das Wunder des Gehorsams, der sich immer wieder unter das Gericht und unter die Weisung des von ihm kommenden Gebotes stellt.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht:*

a) Als sei das „Evangelium“ und das „Gesetz“, unsere Rechtfertigung und unsere Heiligung, nicht die Offenbarung und das Werk der einen Gnade Jesu Christi.

b) Als vollziehe sich unsere Rechtfertigung als Sünder dadurch, daß wir plötzlich oder allmählich bessere Menschen werden.

c) Als sei die Gabe der freien Gnade nicht auch unsere Inanspruchnahme zum Gehorsam gegen Gottes Gebot oder als sei diese unsere Heiligung etwas anderes als eine Gabe der freien Gnade.

4. Unser durch den Heiligen Geist in Jesus Christus begründetes und von ihm jeden Tag neu zu erbittendes Leben im Glauben und im Gehorsam wartet auf seine Erlösung durch den kommenden Herrn: in der Auferstehung der Toten, durch das Gericht und zum ewigen Leben.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht:* Ein Leben im Glauben und im Gehorsam könne in irgendeiner Hinsicht ein in sich abgeschlossenes, sich selbst genügendes, dem Warten auf den kommenden Herrn und also der Hoffnung auf ihn und der Furcht vor ihm entzogenes Leben sein.

## V. Die Gestalt der Kirche

1. Die Kirche Jesu Christi ist die sichtbar und zeitlich gestaltete Wirklichkeit der durch den Dienst der Verkündigung vom Herrn selbst berufenen, versammelten und getragenen, getrösteten und regierten Gemeinde und die ebenso sichtbar und zeitlich gestaltete Wirklichkeit der Einheit solcher Gemeinden.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht:* Als empfange die Kirche ihre zeitliche und sichtbare Gestalt kraft ihrer eigenen Willkür oder äußerer Notwendigkeiten wie ein religiöser Verein, dessen Prinzip ebensogut in dieser wie in jener Form verwirklicht werden könne.

2. Die Gestalt der Kirche ist dadurch bestimmt, daß ihre äußere Ordnung ebenso wie ihr inneres Leben unter der Verheißung und unter dem Befehl Jesu Christi als des alleinigen Herrn der Kirche steht. Die Gemeinden tragen einzeln und in ihrer Gesamtheit vor ihm die Verantwortung dafür, daß der Dienst der Verkündigung, der Dienst der Aufsicht und die die Verkündigung begleitenden Dienste der Lehre und der Liebe in ihrer Mitte ihre berufenen Träger finde und von diesen recht ausgeübt werde.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht:* Als könne und dürfe den Gemeinden die Verantwortung für die Bestellung und Verwaltung des

*kirchlichen Dienstes von einem besonderen kirchlichen Führeramte abgenommen werden.*

3. Die Kirche Jesu Christi ist, was ihre Botschaft und ihre Gestalt betrifft, eine und dieselbe in den verschiedenen Zeiten, Rassen, Völkern, Staaten und Kulturen. Das Recht kirchlicher Verschiedenheiten da und dort steht und fällt damit, daß sie mit der Einheit ihrer Botschaft und Gestalt vereinbar sind.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht:*

a) Als sei das Recht zeitlicher, nationaler und lokaler Verschiedenheiten der kirchlichen Formen aus besonderen Offenbarungen Gottes in der Geschichte abzuleiten.

b) Als sei es mit der Einheit der Botschaft und Gestalt der Kirche vereinbar, die Gliedschaft und die Befähigung zum Dienst in ihr auf die Angehörigen einer bestimmten Rasse zu beschränken.

4. Die Kirche erkennt im Staate auf Grund der Weisung des Wortes Gottes die Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld, kraft welcher der Mensch es versuchen darf und soll, im Rahmen seines Verständnisses von Vernunft und Geschichte, verantwortlich dem Herrn aller Herren, Recht zu finden und mit Gewalt aufzurichten und aufrechtzuerhalten. Die Kirche kann dem Staate dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann sich aber auch ihr eigenes Amt nicht vom Staate abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre Gestalt nicht vom Staate her bestimmen lassen. Sie ist, gebunden an ihren Auftrag, grundsätzlich freie Kirche in dem in der Bindung an seinen Auftrag grundsätzlich ebenso freien Staate.

*Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als sei der Staat die höchste oder gar einzige („totale“) Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichtlicher Wirklichkeit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Botschaft und Gestalt „gleichzuschalten“, unter- oder gar einzuordnen habe.*

In dieser Erklärung zeigt sich schon, was auch später alle Erklärungen und Beschlüsse der reformierten Synoden und Konvente aufzuweisen haben, daß sie nicht exklusiv, sondern inklusiv verstanden werden müssen. Daher konnten auch dieser Erklärung ohne weiteres lutherische und unierte Gemeinden zustimmen. Die Synode war aber auch deshalb bedeutsam, weil man auf ihr nicht durch eine von oben her vorgenommene Änderung eine Besserung in der Kirche erwartete, sondern bereit war, der Erneuerung durch das Wort Gottes allein Raum zu gewähren. Und schließlich ging es nicht allein darum, daß der Bekenntnisstand festgehalten wurde, um daraus Rechte abzuleiten, sondern wirklich darum, daß in der gegenwärtigen Lage der Kirche bekannt wurde. So trat hier zum ersten Male „Bekennende Kirche“ in Erscheinung. Die Frage, wie weit der Bekenntnisstand maßgebend ist, und wie weit die Bekenntnishaltung entscheidet, ist damals noch nicht

beantwortet worden und hat zu vielen weiteren Auseinandersetzungen innerhalb des reformierten Lagers Anlaß gegeben.

Anschließend an diese freie Synode fand eine Hauptversammlung des Reformierten Bundes statt. „Wohl noch nie in der fast fünfzig-jährigen Geschichte des Reformierten Bundes haben wir eine so stark besuchte Mitgliederversammlung gehabt,“ heißt es in dem Bericht über diese Versammlung. Sie faßte einen Beschluß, der in jener Zeit ein nicht geringes Wagnis war:

*Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes hält die Zugehörigkeit zu den Deutschen Christen nicht für vereinbar mit den bekenntnis-mäßigen Grundlagen des Bundes. Mitglieder der Deutschen Christen haben sich damit außerhalb des Bundes gestellt.*

Dieser Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt. Außerdem stimmte die Hauptversammlung der Erklärung der freien reformierten Synode zu. Bedeutsam war es auch, daß jetzt in das Moderamen Männer wie Karl Barth, H. Obendiek und E. Baumann, Stettin gewählt wurden, die je an ihrem Orte in der Folgezeit in besonderer Weise der Bekennenden Kirche dienten. Damit war die Linie des Reformierten Bundes klar gezeichnet: „Unverkürztes Bekenntnis zum ganzen Worte Gottes; kompromißlose Abwehr der Versuchung, neben den Willen des Herrn Christus einen fremden Willen in der Kirche gelten zu lassen; Widerstand gegen alle Versuche, die Kirche zu leiten und zu gestalten nach weltlichen Methoden.“

Das Moderamen wandte sich dann sofort gegen die Verordnung des Reichsbischofs vom 4. Januar 1934.<sup>1)</sup> In diesem Worte heißt es:

*In Verantwortung gegenüber dem Worte Gottes müssen wir als Moderamen des Reformierten Bundes für Deutschland namens der mit uns verbundenen reformierten Kirchen, Gemeinden und Gemeindeglieder gegen die Verordnung des Reichsbischofs vom 4. Januar 1934 feierlich Verwahrung einlegen.*

*Wenn Maßnahmen des Kirchenregiments der Heiligen Schrift oder dem Bekenntnis widersprechen, so gehört es zu den Amtspflichten, die kirchlichen Amtsträgern obliegen, dagegen Stellung zu nehmen. Wird ihnen das verboten, so widerstreitet es wieder dem an Schrift und Bekenntnis allein orientierten Dienst der Kirche.*

*Es geht uns nicht um reformierte Sonderbelange. Es geht uns — und darin wissen wir uns mit allen Lutheranern und Unierten, die nur an Schrift und Bekenntnis gebunden sind, völlig eins — um die Erneuerung der ganzen unter der Heiligen Schrift stehenden Kirche. Gott allein kann diese Erneuerung geben. Jedes Abweichen auch nur vom Boden des Rechtes steht ihr aber hinderlich im Wege. Vollends wird sie durch Gefährdung des der Kirche aufgetragenen Dienstes aufgehalten. Wir können daher*

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 36.

*unseren Gott und Herrn nicht um die Erneuerung der Kirche Jesu Christi bitten, die heute nötiger denn je ist, ohne zugleich klar und deutlich gegen eine Verordnungsstellung zu nehmen, deren rechtmäßige Gültigkeit bestritten werden muß und deren Inhalt vom Worte Gottes her abzulehnen ist.*

Außerdem war man gewillt, die Entscheidungen über die Evangelische Kirche in Deutschland nicht einigen Kirchenführern zu überlassen, sondern die Gemeinden, die Jesus Christus allein als das Haupt seiner Kirche anerkannten, sollten auf Synoden über Verkündigung und Ordnung der Kirche beschließen. So wurde schon im Februar 1934 ein vorbereitender Ausschuß für die Berufung einer reformierten Gesamtsynode gebildet und beschlossen:

*Gebunden in unserem nach Gottes Wort reformierten Bekenntnis und in Ablehnung aller Irrtümer und Irrwege, die sich in der DEK seit Jahresfrist gezeigt haben, erklärt das Moderamen des Reformierten Bundes für Deutschland, daß es keinen reformierten Kirchenminister als für sein Amt geeignet anerkennen kann, der nicht vom Vertrauen einer reformierten deutschen Gesamtsynode getragen ist.*

Ferner wandte sich das Moderamen an alle Gemeinden mit dem reformierten Bekenntnis in Deutschland mit der dringenden Bitte, daß sie und ihre Presbyterien die auf der freien reformierten Synode beschlossene Erklärung ernsthaft durchberaten und einzeln auf ihre Verantwortung nehmen möchten.

## 2. Die Gemeinden im Kampf

Inzwischen wurde es aber auch immer deutlicher, daß nicht von den sogenannten Kirchenführern eine Erneuerung der Kirche zu erwarten sei, sondern allein von der unter dem Wort stehenden Gemeinde her. Reformierte Gemeinden traten im Jahre 1934 ganz besonders in den Vordergrund. Das galt vor allem von der Gemeinde Gemark, die schon im Jahre 1933 für die Aufgaben zugerüstet worden war, die ihrer in den nächsten Jahren warteten. Hier war der Ruf nach der Gemeinde gehört und beantwortet worden. Im Gegensatz dazu standen die Gemeinden, die ihr Heil vom dem Kirchenregiment erwarteten und sich daher selber preisgaben. Hin und her im Lande faßten die Presbyterien reformierter Gemeinden Beschlüsse, daß sie die „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse“ annahmen und sich dem reformierten Bund anschlossen, soweit es noch nicht geschehen war. Auch beschlossen sie, die Rechtsgültigkeit der Verordnungen des Reichsbischofs und der anderen bischöflichen Stellen nicht anzuerkennen. Die freie evangelische Synode im Rheinland, die am 18. und 19. Februar 1934 in der Gemark'schen Kirche tagte, hatte in ihrem Beschluß zur Ordnung der Kirche gesagt: „Ungehorsam gegen ein Kirchenregiment, das wider Gottes Wort regiert, ist Gehorsam gegen Gott.“ Daher verweigerte eine



große Anzahl reformierter Gemeinden, namentlich im Rheinland und in Westfalen, dem deutsch-christlichen Kirchenregiment den Gehorsam und schlossen sich der Bekenntnissynode an. Das geschah z. B. auch in dem Presbyterium der reformierten Gemeinde Elberfeld, das vorher in seiner Mehrheit aus Deutschen Christen bestanden hatte, in dem aber jetzt 40 von den 50 Mitgliedern jede fremde Bindung ablehnten und nur auf Gottes Wort hören wollten. Es wurde daraufhin von dem sogenannten durch Deutsche Christen beherrschten Rheinischen Provinzialkirchenrat Anfang März 1934 aufgelöst, ebenso das Presbyterium der Reformierten Gemeinde Barmen-Gemark. Die Pastoren, Lic. Klugkist Hesse in Elberfeld und Karl Immer in Barmen-Gemark wurden am 17. März 1934 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Als sich in Elberfeld das Presbyterium in seiner Mehrheit gegen den Auflösungsbeschluß wehrte und durch Bevollmächtigte des Kreis-synodalvorstandes seine Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Presbyteriums geführt werden sollten, entstand ein bekennendes Presbyterium. In Gemark dagegen stand das ganze Presbyterium, abgesehen von drei DC-Presbytern, geschlossen zu Pastor Karl Immer und faßte folgenden Beschluß:

*Das Presbyterium hat einstimmig gegen zwei Stimmen der Deutschen Christen am 19. März beschlossen: „Das Presbyterium ist tief erschüttert durch das Schreiben des Evangelischen Konsistoriums der Rheinprovinz vom 17. März, in dem ihm mitgeteilt wird, daß unser Pastor Karl Immer von dem Herrn Reichsbischof als Landesbischof durch den Erlaß vom 15. März 1934 auf Grund des § 1 der Verordnung vom 3. Februar 1934 mit sofortiger Wirkung aus seinem Pfarramt in den einstweiligen Ruhestand versetzt ist. Das Presbyterium stellt fest, daß ihm eine Begründung dieser Maßnahme, von der unsere Gemeinde aufs tiefste betroffen wird, nicht mitgeteilt worden ist. Diese Maßnahme muß deshalb vorläufig als Akt einer Willkür empfunden werden, die dem Wesen der Kirche widerspricht. Dem Presbyterium ist nicht bekannt, daß Pastor Immer in seiner Amtsführung gegen die ihm nach seiner Berufungsurkunde und gemäß § 66 der Kirchenordnung obliegenden Verpflichtungen verstoßen habe. Bei diesem Tatbestand muß Presbyterium Herrn Pastor Immer beauftragen, seinen Dienst in unserer Gemeinde nach wie vor gemäß dem Worte Gottes und seinem Amtsgelübde auszurichten.*

*Presbyterium begrüßt Herrn Pastor Immer in brüderlicher Verbundenheit und versichert ihm, daß es in unveränderter Treue in Kampf und Leid bei ihm stehen wird. Presbyterium ruft ihm das Wort der Verheißung zu (Josua 1, 9): „Siehe, ich habe dir geboten, daß du getrost und freudig sein sollst, laß dir nicht grauen und entsetze dich nicht; denn der Herr, dein Gott, ist mit dir in allem, was du tun wirst.“*

*Mit dem gleichen Wort begrüßt das Presbyterium Herrn Pastor Lic. Klugkist Hesse in Elberfeld, der auch in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist. Mit allen gegen zwei Stimmen wird dies beschlossen.*

Das Presbyterium wurde am 31. März 1934 aufgelöst, tat aber als Bekenntnispresbyterium seinen Dienst weiter. Erst am 16. Februar 1935 wurden die deutsch-christlichen Bevollmächtigten wieder zurückgezogen, so daß geordnete Zustände wiederhergestellt werden konnten. In Stettin war Konsistorialrat D. E. Baumann, Pastor der Reformierten Gemeinde, in den Ruhestand versetzt worden. Auch Superintendent Lic. Albertz in Berlin-Spandau wurde beurlaubt. Auf diese Weise glaubten die deutsch-christlichen Kirchenbehörden den Widerstand der reformierten Gemeinden zu schwächen. Dieser wurde aber immer größer. Auch kleinere Gemeinden wehrten sich. So hatten in der Synode Braunfels, die zur Evangelischen Kirche der Rheinprovinz gehört, eine Anzahl kleiner reformierter Gemeinden um Rechtsschutz gebeten. Der Superintendent versuchte diese Gemeinden unter Druck zu setzen, um die Zurücknahme ihrer Beschlüsse zu erreichen. Das war jedoch vergebens.

Als Anfang des Jahres 1934 der Reichsbischof die Eingliederung der evangelischen Jugendverbände in die Hitlerjugend anordnete, mußten sich die Gemeinden dagegen wehren. Das Presbyterium der Gemeinde Gemark sagte dazu:

*Bei dem Verhältnis der Gemeinde zu ihrer Jugend kann es sich nur um den Auftrag handeln, der Jugend das Evangelium zu verkündigen. Für diesen Auftrag ist in einer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde allein das Presbyterium zuständig und verantwortlich. Da nach der Fassung der Deutschen Evangelischen Kirche die reformierten Gemeinden nicht der geistlichen Führung und dem Lehramt des lutherischen Reichsbischofs unterstehen, lehnt Presbyterium es ab, von dem Bevollmächtigten des Reichsbischofs Anordnungen über die Arbeit an der Jugend der Gemeinde entgegenzunehmen. Unter Zustimmung und starker Förderung des Presbyteriums ist bisher dieser Dienst der Einführung unserer Jugend in das Wort Gottes in den dem Presbyterium verbundenen Vereinen durch erfahrene und erprobte Glieder aus seiner Mitte und durch bewährte Männer und Frauen aus der Gemeinde geleistet worden. Das Presbyterium wird diese Arbeit auch für die Zukunft als die ihm von Gott und nach der Kirchenordnung angewiesene Aufgabe zu erfüllen trachten, und zwar nach wie vor für die gesamte Jugend der Gemeinde.*

*Für die Zugehörigkeit der Jugend unserer Gemeinde zu Verbänden liegt die Entscheidung allein bei den Eltern und Erziehungsberechtigten.*

Damals ist die Gemeindejugend entstanden, die die Fortführung des Dienstes am Wort unter der Jugend auch in den Zeiten größter Bedrängnis sicherte. Das Presbyterium der Gemeinde Rheydt stellte eine ausführliche „Jugendordnung“ auf, in der es von der konfirmierten Jugend heißt:

*Die konfirmierte Jugend besucht zweimal im Monat in einem Raum ihres Pfarrbezirks die Christenlehre. Die bisher in der Gemeinde tätigen Jugendvereine und Kreise führen den Dienst an den Jugendlichen fort.*

So blieben auch in den schwersten Zeiten, als die Jugend immer stärker dem Druck der nationalsozialistischen Weltanschauung unterworfen wurde, die Jugendkreise den Gemeinden erhalten.

Gegen die beiden reformierten Gemeinen Elberfeld und Gemark wandte sich vor allem der „stellvertretende Landespfarrer des evangelischen Bistums Köln-Aachen“, Probst D. Dr. Forsthoff, der an Stelle von Dr. Oberheid das willkürliche und unrechtmäßige Kirchenregiment im Rheinland ausübte. Er sagte selbst, daß er reformierter Herkunft sei, sich aber dem Reformierten Bund nicht angeschlossen habe, weil dieser das Evangelium von der freien Gnade Gottes nicht vorbehaltlos, bedingungslos und zusatzlos vertrete, da er sich von dem Erbe des Pietismus nicht habe losmachen können. D. Forsthoff übte den maßgebenden Einfluß in dem Rheinischen Kirchenregiment aus. In Elberfeld konnten die von ihm eingesetzten Bevollmächtigten mehr Boden gewinnen als in Gemark, wo fast die ganze Gemeinde hinter dem rechtmäßigen Presbyterium stand, das Rechtsverwahrung gegen seine Auflösung einlegte und erklärte: „Wer eine Bestellung zum Bevollmächtigten annimmt, handelt wider die Rechtsordnung der Kirche.“ Am 17. Mai 1934 versammelte sich die Gemeinde zu Tausenden in der Barmer Stadthalle und stimmte nach der Wortauslegung der Pastoren der Gemeinde folgender Erklärung zu:

*In ernster Stunde der Entscheidung haben wir uns als Glieder der Gemeinde Gemark versammelt.*

*Wir danken dem Herrn, daß er sich unser in Christus erbarmt und durch die Jahrhunderte hindurch Unzähligen in unserer Gemeinde seine Gnade hat widerfahren lassen.*

*Diese Barmherzigkeit Gottes beugt uns tief im Blick auf unsere Schuld und unser Versäumnis. Wir haben durch unsere Trägheit und Lauheit viel dargebotenen Gottessegen aufgehalten.*

*Das im letzten Jahr über unsere Kirche ergangene Gericht nehmen auch wir für unsere Gemeinde ganz ernst und wissen doch, daß der Herr uns aufs neue zu Glauben und Gehorsam ruft, wenn er uns richtet.*

*Darum ist uns dies Anliegen über alles andere wichtig: daß Gottes richtendes und rettendes Wort unter uns ohne Verdunkelung und Abschwächung verkündigt werde, wirke und siege. Das hat uns in den Kampf gestellt, aller Irrlehre zu widerstehen, die, wie unsere ganze Kirche, so auch unsere Gemeinde bedroht und sie durch Gewalttat dem Geist ausliefern will, der das Geschöpf mehr ehrt als den Schöpfer.*

*Gewalttat ist es, wenn unser Presbyterium für aufgelöst erklärt wird und seine Rechte durch Bevollmächtigte wahrgenommen werden sollen.*

*Gewiß kann solche Gewalttat aus sich heraus das Werk des Herrn in unserer Gemeinde nur hindern und stören. Doch sind wir getrost in der Zuversicht, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen.*

*Gottes Wort ruft uns aus aller Zerstreung zu seiner Gemeinde, und so*



*gehen wir durch die Dunkelheit der gegenwärtigen Not unserer Kirche gemeinsam unseren Weg im Glauben an den Herrn, der da ist und der da war und der da kommt!*

Das Presbyterium durch Gewalttat seines Gemeindeamtes beraubt, hatte in einem gemieteten Raum ein eigenes Gemeindeamt eingerichtet, auf dem die Amtshandlungen angemeldet und die Kirchensteuern bezahlt wurden. Die Bevollmächtigten konnten nichts gegen die Gemeinde und ihr rechtmäßiges Presbyterium ausrichten. Sie hatten die Angestellten des Gemeindeamtes fristlos entlassen. Die Angestellten klagten aber beim Arbeitsgericht, das am 6. Oktober 1934 entschied, daß die Kündigung null und nichtig sei.

In Elberfeld sammelte das Bekenntnispresbyterium die Bekenntnisgemeinde, die in ihm die rechtmäßige Leitung der Gemeinde sah. Besonders bewegt wurde die Gemeinde durch das Verfahren gegen Pastor Lic. Klugkist Hesse, der beschuldigt wurde, gegen die Reichskirchenregierung und das bestehende Kirchenregiment in Wort und Schrift aufgefordert und diesen Ungehorsam in der evangelisch reformierten Kirchengemeinde Elberfeld selbst getätigt zu haben. Am 6. September fällt der unrechtmäßige Rechtsausschuß der Rheinischen Kirche das Urteil: Amtsenthebung, Verlust der Anstellungsfähigkeit in der altpreußischen Kirche für zwei Jahre, Streichung sämtlicher Bezüge. Pastor Klugkist Hesse hat aber seinen Dienst am Wort weiter versehen, trotz aller Bedrückungen und Schikanen, denen er durch die Bevollmächtigten ausgesetzt war, und diente vor allem durch das weitverbreitete Wochenblatt „Unter dem Wort“ einer durch ganz Deutschland verbreiteten Lesergemeinde.

In diesem Zusammenhang muß auch der Briefwechsel erwähnt werden, den der Moderator des Reformierten Bundes mit D. Forsthoff hatte. Das Moderamen stellte sich in einem Schreiben zu den bedrängten reformierten Gemeinden und Pastoren und sandte dieses Schreiben auch an das Konsistorium in Koblenz. Darauf antwortete D. Forsthoff sehr ausführlich und versuchte das Moderamen und die Bekennende Kirche politisch zu diffamieren, ging aber nicht auf die Gewaltmaßregelungen seines Kirchenregimentes ein. Dieser Briefwechsel hatte das Gute, daß er klar erkennen ließ, wie reformierte Herkunft und reformierter Bekenntnisstand keine Gewähr für wirkliches Bekennen bieten und wie tief der Riß war, der durch die reformierten Kreise selbst ging.

In seinem Briefe an das Moderamen hatte D. Forsthoff schon auf seinen Entwurf einer neuen Rhein.-Westf. Kirchenordnung hingewiesen, der beweisen solle, daß er an der presbyterial-synodalen Ordnung im Rheinland festhalten wolle. Der Entwurf übertraf aber alle Befürchtungen. Das Moderamen wandte sich daher an die Gemeinden mit reformierter Verantwortung im Rheinland mit einem Wort der Warnung und Mahnung und sagte darin:



*„Diesem groteskem Versuch gegenüber unter dem Schein einer presbyterial-synodalen Ordnung die absolute Bischofsherrschaft einzuführen und die Gemeinden völlig zu entrechten, darf es von Schrift und Bekenntnis her nur ein unerbittliches Nein geben.“*

Als der Forsthoffsche Entwurf dann erschien, wurde er nicht nur von den reformierten, sondern ebenso von lutherischen und unierten Gemeinden mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Er hatte aber dazu gedient, den Zögernden und Lauen zu zeigen, was von einem deutsch-christlichen Kirchenregiment zu erwarten war.

### 3. Der reformierte Kirchenkonvent in Osnabrück

Der freien reformierten Synode in Barmen sollte bald eine zweite folgen, von der man einen rechtlichen Zusammenschluß aller Reformierten in Deutschland erhoffte. „Es zeigte sich aber, daß eine Formel keine Kraft hat zu einigen, wenn die Gemeinschaft des Bekenntens fehlt.“ So ließ sich das Ziel nicht erreichen. Deshalb kam man zu dem Beschluß, nur einen Konvent einzuberufen, der sich aus einer vorher festgelegten Zahl von Abgeordneten der reformierten Kirchen, Synoden und freien Konferenzen zusammensetzen sollte. Dieser Konvent trat am 18. und 19. April 1934 in Osnabrück zusammen. Den Vorsitz führte der Präsident des Landeskirchenrates von reformiert Hannover, Pastor Horn aus Nordhorn. Nicht unwesentlich für den Konvent war die Schriftauslegung von Prof. Karl Barth über Joh. 10, 14—16. Prof. D. Dr. Bredt aus Marburg hielt einen Vortrag über den „Aufbau einer reformierten Kirchenverfassung“. Er glaubte verfassungsmäßig einen amtlichen Zusammenschluß aller reformierten Gemeinden und Kirchen in ganz Deutschland herbeiführen zu können in der Meinung, dadurch der Erhaltung des reformierten Bekenntnisses zu dienen. Es wurde ein Kirchenausschuß gebildet, dem auch der Moderator des Reformierten Bundes angehörte, während Kirchenpräsident Horn den Vorsitz innehatte. Dieser Ausschuß sollte das Organ sein, „das in den Angelegenheiten unseres Bekenntnisses zu handeln, zu raten und zu helfen berufen sein wird, dann aber auch dem künftigen reformierten Mitglied des Geistlichen Ministeriums die nötige Autorität und Stärkung bieten soll“. Der Konvent faßte zwei Beschlüsse, um dadurch den damals bedrängten Presbyterien und Predigern eine Hilfe zu bieten.

#### I.

1. *Der in Osnabrück versammelte Kirchenkonvent erklärt feierlich, daß er auf dem ungebrochenen Boden der Bekenntnisse der nach Gottes Wort reformierten Kirche steht, verstanden vom Ort der „Barmer Erklärung“ der Freien reformierten Synode aus.*

2. *Der Kirchenkonvent stellt sich brüderlich zu allen, die auf Grund der Bekenntnisse um die alleinige Geltung der Heiligen Schrift und des Willens ihres Herrn in der Kirche kämpfen und leiden müssen.*

3. *Der Kirchenkonvent ist entschlossen, gemäß dem reformierten Bekenntnis zu handeln; jedes Abweichen von der Linie des Bekenntnisses ist uns damit untersagt. Er fordert, daß der Rechtsboden der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche, den wir unsererseits nicht aufzugeben gesonnen sind, wiederhergestellt und in Zukunft innegehalten wird.*

## II.

*Der Kirchenkonvent weiß sich verpflichtet, Prediger und Presbyterien, die im Kampf um ihr Bekenntnis stehen, gegenüber jedem ungeistlichen Kirchenregiment zu schützen.*

*Er ermahnt demgemäß die widerrechtlich abgesetzten Presbyterien und Prediger, ihren Dienst getreu ihrem Ordinationsgelübde und Ältesten gelöbnis in den Gemeinden weiterhin zu tun.*

Der Kirchenausschuß hat die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Die Differenzen wurden bald so stark, daß es kaum zu einer wirklichen Zusammenarbeit kam. Er war in sich gespalten und schwieg zu allen Maßnahmen, durch die die Kirche bedrängt wurde. Er stand immer wieder vor der Frage, ob er mit der sich damals bildenden Bekennenden Kirche zusammengehen oder sich an der rechtlichen Sicherung des reformierten Bekenntnisses genügen lassen sollte. Als er bald nach der großen Tagung der ersten Bekenntnissynode der DEK in Barmen am 8. Juni 1934 in Kassel zusammentrat, faßte er nicht den Beschluß, sich der Bekennenden Kirche zuzuordnen, sondern suchte die in ihm wirkenden Gegensätze zu verschleiern, indem er beschloß:

*Der Reformierte Kirchenausschuß für Deutschland weiß sich im Kampf um Schrift und Bekenntnis brüderlich verbunden mit der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Er begrüßt es, daß sein stellvertretender Vorsitzender, Pastor D. Hesse, als Moderator des Reformierten Bundes für Deutschland sein Verbindungsmann mit der Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen evangelischen Kirche ist.*

### 4. Die Haltung der reformierten Landeskirchen

Die reformierten Landeskirchen, d. h. reformiert Hannover und Lippe traten jetzt, wie sich auf dem Kirchenkonvent in Osnabrück zeigte, mehr in den Vordergrund. Zwar hatte schon nach der Annahme der Verfassung der DEK im Jahre 1933 dem Fünfmännerausschuß, der zur Vorbereitung der Nationalsynode und zur vorläufigen Geschäftsführung bestimmt war, Konsistorialpräsident Koopmann in Aurich als „Fürsprecher der reformierten Belange“ angehört. Jetzt nahmen die reformierten Landeskirchen immer mehr dieselbe Haltung ein, wie die intakten Landeskirchen in der Bekennenden Kirche.

Die Lippische Landessynode hatte am 18. Mai 1933 eine EntschlieÙung angenommen, in der sie sich grundsätzlich und freudig zu dem Gedanken einer Reichskirche bekannte. Dann heiÙt es weiter:

*„Damit auch der Neubau der Verfassung vom Bekenntnis aus erfolgen kann, ist die Lippische Landeskirche willens, sich mit der Evangelisch-Reformierten Landeskirche der Provinz Hannover und dem Bunde der Evangelisch-Reformierten Kirche Deutschlands zu einer nach Gottes Wort reformierten Kirche innerhalb der deutschen Reichskirche zusammenzuschließen.“*

Als aber die Deutschen Christen in der Landessynode die Mehrheit erhielten, wurde auf Wunsch der Landesregierung und eines Teils der Deutschen Christen der Anschluß an die bischöfliche Kirche Westfalens betrieben. Die Verhandlungen mit der dem Bischof Adler hörigen westfälischen Kirchenbehörde fanden gerade zur Zeit des reformierten Kirchenkonventes in Osnabrück statt. Als diese Absichten dort bekannt wurden, gab es bei allen Abgeordneten einen Sturm der Entrüstung. Die Abgeordneten der Lippischen Kirche schenken den Vorstellungen des Konventes kein Gehör, zogen die Folgerung und verließen ihn. Der Konvent beschloß daraufhin:

*Der reformierte Kirchenkonvent stellt fest, daß die derzeitige Landeskirchenregierung in Lippe mit dem geplanten Anschluß an die bischöfliche Kirche Westfalens sich mit dem reformierten Bekenntnis und der Barmer Erklärung, die auch von den drei anwesenden Vertretern des Lippischen Landeskirchenrates angenommen war, in Widerspruch gesetzt hat. Der Kirchenkonvent beauftragt den Kirchenausschuß, diese Stellungnahme den lippischen Gemeinden kundzutun und nichts unversucht zu lassen, die leitenden lippischen Brüder zur Erkenntnis ihres Irrweges zu bringen.*

Die Abgeordneten der Bekennenden Gemeinde von Lippe, die auch auf dem Konvent anwesend waren, wurden jetzt als rechtmäßige Mitglieder anerkannt. Der durch die Lippische Landeskirche gehende Riß wurde offenbar, als die Landessynode am 16. Mai 1934 tagte und mit 16 gegen 8 Stimmen entgegen allen Warnungen ein Gesetz annahm, das den Landeskirchenrat ermächtigte, die Lippische Landeskirche der westfälischen Kirche einzugliedern. Dagegen erhob sich in vielen Gemeinden Widerstand. Es bildeten sich Bekennende Gemeinden. Prof. Dr. Schoen in Göttingen erstattete ein ausführliches Rechtsgutachten, in dem er zu dem Ergebnis kam, daß der Beschluß aus Gründen des reformierten Bekenntnisses ungesetzlich sei. Am 23.—27. Juni 1934 wurde dann eine Vereinbarung der Lippischen Landeskirche mit der Reichskirche abgeschlossen. Dies geschah im Zuge der damaligen Eingliederungsaktion des Rechtswalters Jäger. Nach dieser Vereinbarung sollte der Anschluß Lippes an die altpreußische Union am 1. August 1934 erfolgen, die Eingliederung in die Westfälische Landeskirche sollte jedoch erst 1935 nach Erlaß einer neuen Reichskirchenverfassung erfolgen. Bis dahin wollte sie selbständig bleiben. Zu dieser Eingliederung ist es jedoch niemals gekommen.

In der Evangelisch-Reformierten Landeskirche der Pro-



vinz Hannover drangen die Deutschen Christen ebenfalls bis in den Landeskirchenvorstand und den Landeskirchenrat vor. Sie wollten selbstverständlich zur bekennnismäßigen presbyterial-synodalen Kirchenordnung stehen, mußten aber immer deutlicher erkennen, daß dies nicht möglich war. Daher konnten sie der Entscheidung, ob sie sich der Führung der Deutschen Christen unterwerfen oder bei dem reformierten Bekenntnis bleiben wollten, nicht ausweichen. Am 12. Juni 1934 teilte der Landeskirchenrat dem Reichsbischof mit, daß er nicht mehr einen Vertreter zu der von dem Reichsbischof angesetzten Tagung der Landeskirchenführer entsenden würde. In dem Schreiben heißt es weiter:

*Wir glauben hervorheben zu müssen, daß durch die derzeitige Leitung der DEK die Grundlagen der Verfassung in solchem Maße verlassen worden sind, daß es uns unmöglich erscheint, an weiteren Aufgaben der Reichskirche mitzuarbeiten, ehe der klare Rechtsboden wieder betreten worden ist. Unser Standpunkt findet seine Stütze sowohl in den Erklärungen der allerwärts im evangelischen Deutschland zusammengetretenen sogenannten freien Synoden als auch in den inzwischen ergangenen Entscheidungen höchster Gerichte.*

Trotz dieser Absage an den Reichsbischof blieb der Landeskirchenrat in seiner schwankenden Haltung und schloß sich der Bekennenden Kirche nicht an. Dagegen stellte sich der Coetus reformierter Prediger Ostfrieslands, dem fast alle Pastoren Ostfrieslands angehörten, ganz auf die Seite der Bekennenden Kirche und veröffentlichte am 18. Juni 1934 ein Wort zur kirchlichen Lage:

*Der Coetus der reformierten Prediger Ostfrieslands, seit den Tagen der Reformation die Zusammenfassung der Pfarrerschaft zu freier, brüderlicher Gemeinschaft und zur Ausübung des Wächteramtes über Wandel und Lehre seiner Mitglieder, hat in seiner Sitzung vom 18. Juni d. J. sein unterzeichnetes Moderamen beauftragt, ein Wort zur kirchlichen Lage zu veröffentlichen. Dies Wort lautet:*

1. Wir stellen uns dankbar und im Vertrauen hinter die Entscheidung unserer Kirchenbehörde, durch welche sie sich zu den bedrängten reformierten Presbyterien und Pfarrern im Reich bekannt hat und zugleich ihre Beteiligung an einer Neugestaltung der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche davon abhängig macht, daß zuvor der Rechtsboden der bestehenden Verfassung, welcher ohne Zweifel verlassen worden ist, klar wiederhergestellt wird.

2. Wir danken der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Barmen für ihre klare Haltung in der Frage der Reinheit des Bekenntnisses und der Verbindlichkeit des Rechtes in der Verfassung der Kirche.

3. Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Bruderrat dieser Synode unseren ständigen Verbindungsmann mit dem Rheinischen Coetus und einen ostfriesischen Ältesten in die Synode berufen hat.



4. *Im Bewußtsein unserer Verantwortung gegen Kirche und Volk geben wir die Hoffnung nicht auf, daß es noch nicht zu spät ist, die drohende Auflösung einer evangelischen Volkskirche in Deutschland zu verhüten, wenn bestimmte, unerläßliche, durch das Wesen der Kirche geforderte Voraussetzungen erfüllt werden.*

In Bayern konnte sich die kleine reformierte Synode nicht schlüssig werden, wo sie sich anschließen oder eingliedern sollte. Man erwog 1934 sogar einen Anschluß an die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, selbstverständlich unter Wahrung des reformierten Bekenntnisses und der durch dasselbe gedeckten presbyterial-synodalen Ordnung.

Der Bund Evangelisch Reformierter Kirchen Deutschlands beschloß auf seiner Tagung am 7. und 8. Oktober 1933 in Hamburg daß für ihn nicht eine Eingliederung, sondern nur eine Angliederung an die Reichskirche in Frage komme.

#### 5. Sicherung des reformierten Bekenntnisses?

Wie unklar und schwankend die Haltung eines Teiles der Reformierten war, zeigte sich auf der zweiten Tagung der Nationalsynode am 9. August 1934 in Berlin. Drei reformierte Vertreter wurden zugelassen, die sich durch eine Erklärung von dem deutsch-christlichen Kirchenregiment zu distanzieren versuchten:

*Die reformierten Mitglieder der Nationalsynode sind zu der gegenwärtigen Tagung erschienen, um ihrem Willen Ausdruck zu geben, am Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche im Rahmen der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche und im Rahmen des reformierten Bekenntnisses, wie es durch die Verfassung geschützt ist, mitzuarbeiten.*

*Sie möchten jedoch nicht dahin mißverstanden werden, als ob sie durch diese ihre Mitarbeit die von dem Herrn Reichsbischof und der Reichskirchenregierung, insbesondere auch reformierten Presbyterien und Predigern gegenüber getroffenen Maßnahmen oder auch alle in der Zwischenzeit erlassenen Gesetze anerkennen könnten. Insofern sind sie auch selbstverständlich nicht in der Lage, dem der Nationalsynode vorgelegten „Kirchengesetz über die Rechtmäßigkeit von gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen“ ihre Zustimmung zu geben.*

*Sie möchten auch hier die dringende Forderung und Bitte wiederholen, den kirchlichen Rechtsboden in vollem Umfang wiederherzustellen. Der Erreichung dieses Zieles gilt vornehmlich ihre Mitarbeit.*

Für die Reformierten wurde diese „Nationalsynode“ bedeutsam durch das „Gesetz über die Rechtsstellung der reformierten Kirchen und Gemeinden“. Dieses Gesetz lautet:

*Die Deutsche Evangelische Nationalsynode hat im Zusammenwirken mit dem Geistlichen Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche folgendes Kirchengesetz beschlossen:*

## § 1

(1) Ein Kirchengesetz für das Gebiet der Evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover kann nur auf Antrag oder im sonstigen Einverständnis des Landeskirchentages dieser Landeskirche erlassen werden.

(2) Soweit nur Bekenntnis und Kultus in Frage kommen, ordnet die Landeskirche ihre Angelegenheit selbst.

## § 2

Macht das reformierte Mitglied im Geistlichen Ministerium geltend, daß ein deutsches evangelisches Kirchengesetz nicht mit den Erfordernissen des reformierten Bekenntnisses in Einklang stehe, so ist das Gutachten der beratenden reformierten Kammer der Deutschen Evangelischen Kirche als maßgeblich einzuholen. Das Kirchengesetz ist alsdann dem Geistlichen Ministerium zu Beschlußfassung vorzulegen.

## § 3

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche im Benehmen mit dem reformierten Mitglied des Geistlichen Ministeriums.

## § 4

Das Gesetz tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Dieses Gesetz wurde von den Reformierten in der Bekennenden Kirche mit aller Entschiedenheit abgelehnt. In einem Heft: „Eine Stunde der Versuchung“ wurde eine Reihe von Stimmen gegen dieses Gesetz zusammengetragen. Sollte und durfte man sich von dem Kirchenregiment Müller-Jäger eine Sicherung des Bekenntnisstandes geben lassen? Ganz abgesehen davon, daß dieses Gesetz nur für die Reformierte Kirche der Provinz Hannover gelten sollte. Der Landeskirchenvorstand von reformiert Hannover schrieb am 23. August 1934 an die Pastoren der Landeskirche eine Rechtfertigung und stimmte dem Gesetz zu, indem er sagte:

„Wenn uns heute im Rahmen der Gesetzgebung der Reichskirche ein Gesetz zur Sicherung des reformierten Bekenntnisstandes zugefallen ist, welches in Übereinstimmung mit der Reichskirchenverfassung von 1933 sich befindet und den für eine reformierte Landeskirche nach Gottes Wort notwendigen Ordnungen so weitgehend entspricht, ist es dann die gottgewollte Haltung, daß wir dies Gesetz verwerfen? Wäre nicht vielmehr in aller Furcht vor Gott Dankbarkeit am Platze, daß uns diese Möglichkeit und diese Hoffnung zur Erhaltung unserer reformierten Kirche geschenkt ist? Darum können wir die Folgen, die mit Ablehnung dieses Gesetzes heraufbeschworen würden, nicht verantworten, daß nämlich all die Unordnung auch über unsere Kirche komme, die so viele Kirchen unseres Vaterlandes verwüstet und ihren Bestand gefährdet hat.“

Schon der Coetus reformierter Prediger Ostfrieslands erklärte am 20. August dem in Leer tagenden Landeskirchenvorstand: „Der Coetus kann die letzte Nationalsynode nicht als kirchliche Synode anerkennen. Er hält infolgedessen die dort beschlossenen Gesetze für ungültig.“

Das Moderamen des Reformierten Bundes beschloß am 18. September folgende Erklärung:

1. *Der Reformierte Bund hat nach seinen Grundsätzen und seiner Geschichte seinen Platz bei der in der Deutschen Evangelischen Bekenntnissynode vereinigten evangelischen Gemeinde und wird nicht nachlassen, sowohl gegen die ungeistlichen Methoden des gegenwärtigen Kirchenregiments wie gegen die von ihm geduldeten Irrlehren vor den Gemeinden Einspruch zu erheben.*

2. *Wir verlangen daher, daß nicht nur der von uns wiederholt geforderte, der Reichskirchenverfassung von 1933 entsprechende Rechtszustand wiederhergestellt, sondern daß allen reformierten Kirchen und Gemeinden Deutschlands die Möglichkeit gesichert werde, in Lehre und Verfassung nach ihrem Bekenntnis zu leben und keiner ihrem Bekenntnis fremden Instanz unterworfen zu sein.*

3. *Die vor der Versammlung kirchlicher Notabeln am 9. August abgegebenen Erklärungen zur Sicherung des reformierten Bekenntnisstandes sind so lange ungenügend, als sie nicht die allen reformierten Kirchen und Gemeinden aus ihrem Bekenntnis zustehenden Rechte unzweideutig anerkennen und solange noch die über reformierte Gemeinden und Pastoren verhängten — ungesetzlichen — Maßregelungen fort dauern.*

Wahrscheinlich haben diesen Beschluß die Moderamensmitglieder nicht unterzeichnet, die auf der sog. Nationalsynode anders gehandelt haben.

Pastor D. Humburg schrieb zu diesem Gesetz:

*Sind die reformierten Brüder, die zur Nationalsynode gegangen sind, und diese Handlungsweise damit gutheißen, nicht in Gefahr, einen Verrat an der Front der Bekenennenden Gemeinde in Deutschland zu begehen? Können sie sich von diesem Kirchenregiment irgend etwas gewähren lassen an Vorrechten oder Sicherheiten, während ihre Brüder der Willkür dieser das Recht beugenden Männer überlassen bleiben?*

Und Pastor Immer fügte hinzu:

*Wir hier in der Zerstreuung tragen schwer an der Schande, die jetzt auf dem reformierten Namen lastet. Wir haben allerdings die Hoffnung, daß die Pastorenschaft wie auch der Landeskirchentag die Zumutung, sich selbst zu retten und die Brüder im Stich zu lassen, mit Entrüstung ablehnen wird.*

Ohne Zweifel hat gerade die verschiedene Stellung zu diesem Gesetz gezeigt, daß Einmütigkeit unter den Reformierten nicht mehr vorhanden

war, und die Wege mehr und mehr auseinander gingen. Das wurde noch deutlicher, als die „Erste Ausführungsverordnung zu dem Kirchengesetz zur Sicherung des reformierten Bekenntnisses“ am 20. September 1934 erschien. Der Moderator des Reformierten Bundes, Pastor D. Hesse, schrieb zu dieser Verordnung, nachdem er die Rechtswidrigkeit der Nationalsynode dargelegt hatte:

*Schon dieser Sachverhalt macht es nach meiner Überzeugung unmöglich, daß ein auf solchem Unrechtsboden erwachsenes Gesetz innerhalb der nach Gottes Wort reformierten Kirche Zustimmung findet, ohne daß sie sich damit selbst aufgibt. Sie würde dann ja gegen die Zehn Gebote verstoßen und sich „solcher schrecklichen Sünden teilhaftig machen“.*

*Der reformierte Kirchenminister hat durch dies Kirchengesetz und durch die erste Ausführungsverordnung eine Amtsgewalt bekommen, die ihn im Widerspruch zu den Verhandlungen vom Jahre 1933 zu einem reformierten Bischof macht, der über die Fragen des reformierten Bekenntnisses letztlich allein zu befinden hat.*

*Der reformierte Kirchenminister würde durch das vorliegende Kirchengesetz und seine erste Ausführungsbestimmung eine geistige Führerstellung bekommen, die all das aufhebt, was im Jahre 1933 zur Sicherung der Reformierten gegen bischöfliche Gewalt in die Loccumer Beschlüsse und in die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche eingebaut wurde.*

*Hoffentlich kommt der reformierte Kirchenkonvent zu einer klaren Ablehnung, und hoffentlich kann dann der reformierte Kirchenkonvent sich auf Richtlinien einer einzig und allein an Schrift und Bekenntnis orientierten reformierten Kirchenordnung einigen.*

Aus einem Aufsatz von Pastor Lic. Obendiek seien folgende Sätze erwähnt:

*An die Stelle der synodalen Ordnung ist das bischöfliche System, an die Stelle der Reformation das Papsttum, an die Stelle der Gemeinde des Herrn der aus sich selbst mächtige einzelne Mensch getreten.*

*Indem das Gesetz selbst seinem Inhalt nach bekenntniswidrig ist, kann es nur dazu dienen, den Bekenntnisstand der reformierten Gemeinden unvermerkt auszuhöhlen.*

*Gegen den Mißbrauch des Wortes „Synode“ sollten die Reformierten sich zur Wehr setzen, weil sie hier nach ihrem Bekenntnis für die gesamte DEK zu Wächtern bestellt sind. Die Reformierten sollten niemals ihr Jawort dazu geben, daß mit dem Klang und unter dem Schein des synodalen Wesens das Papstsystem zum Siege kommt.*

Der Landeskirchentag der reformierten Landeskirche der Provinz Hannover war anderer Meinung und meinte, durch ein Sowohl — als auch seiner Kirche und der gesamten Kirche in Deutschland am besten dienen zu können, wie seine Entschließung vom 17. Oktober 1934 zeigt:

*Der vollzählig versammelte Landeskirchentag hat den Bericht über die Entwicklung der kirchlichen Lage entgegengenommen und erklärt sich einmütig dazu wie folgt:*



1. Der Landeskirchentag hat aus dem ihm erstatteten Bericht die Überzeugung gewonnen, daß der Landeskirkenvorstand und insonderheit sein ausführendes Organ, die Herren Präsidenten Koopmann und Landessuperintendent Hollweg, die oft außerordentlich schwierigen Verhandlungen und Arbeiten zur Regelung des Verhältnisses unserer Reformierten Landeskirche zur Deutschen Evangelischen Kirche nach bestem Wissen und Gewissen, mit viel Selbstverleugnung und Mühewaltung und in dem redlichen Bestreben durchgeführt haben, die unserer Landeskirche nach der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche zustehenden Rechte zu wahren. Wir sprechen ihnen dafür den Dank der Kirche aus und versichern sie unseres Vertrauens auch für die verantwortungsschweren Aufgaben der nächsten Zukunft.

2. Der Landeskirchentag hat ferner mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Reichskirchenregierung die Bekenntnisgebundenheit der Verfassung für die Reformierte Kirche ausdrücklich anerkannt und ihre Willigkeit erklärt hat, die praktischen Folgerungen aus dieser Tatsache zu ziehen.

3. Der Landeskirchentag freut sich ferner, feststellen zu können, daß das Verhältnis unserer Landeskirche und ihrer Aufsichtsorgane zu der Reichskirchenregierung bis heute vor ernsten Störungen bewahrt geblieben ist. Er möchte an seinem Teile alles tun zur Wiederherstellung geordneter und friedlicher Verhältnisse in der ganzen Deutschen Evangelischen Kirche.

4. Der Landeskirchentag weiß sich gliedlich verbunden in erster Linie mit allen reformierten Gemeinden, dann aber auch mit der übrigen evangelischen Kirche, zunächst in Deutschland. Die Mitverantwortung, welche sich aus diesem gliedlichen Verbundensein unmittelbar ergibt, für alles, was gegenwärtig in der deutschen Gesamtkirche geschieht, müssen wir auf uns nehmen, wenn wir uns am Ganzen nicht versündigen wollen.

5. Der Landeskirchentag darf deshalb nicht achtlos daran vorübergehen, daß die Vorgänge innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche seit dem Sommer vorigen Jahres überhaupt und letztlich wieder seit dem August d. J. in den Herzen und Gewissen ungezählter treuer Christen — Gemeindeglieder wie Pfarrer — in reformierten Presbyterien, in ganzen Gemeinden und Landeskirchen schwerste Beunruhigung hervorgerufen haben. Die weitgehende, starke Verwirrung, die dadurch im ganzen Land Platz gegriffen hat, ist noch immer im Zunehmen begriffen und eine Klärung der Lage bis heute nicht abzusehen.

Indem wir diese tiefbetrübende Tatsache feststellen, machen wir uns nicht zum Richter über das, was geschehen ist, sondern es liegt uns aufrichtig am Herzen, an der Heilung des entstandenen, überaus ernsten Schadens mitzuhelfen.

6. Der Landeskirchentag beauftragt demgemäß hierdurch seine ausführenden Organe, Mittel und Wege für die Abstellung der oben berührten

*Schäden und zur Wiederherstellung geordneter kirchlicher Verhältnisse zu suchen.*

*Der Landeskirchentag macht es ihnen erneut zur Pflicht, im Vertrauen auf den Herrn der Kirche den Erfordernissen von Schrift und Bekenntnis entsprechend zu handeln, es komme, was wolle.*

*7. Der Landeskirchentag bittet die verantwortlichen reformierten Stellen außerhalb unserer Landeskirche, sich mit seinen ausführenden Organen erneut zusammenschließen und die Fühlung mit ihnen zu gemeinsamer Weiterarbeit an der Wiederherstellung normaler kirchlicher Verhältnisse wieder aufzunehmen.*

*8. Wir können als Vertreter der Kirche unserem Volk und seinem Führer keinen besseren und auf die Dauer wirksameren Dienst leisten als den, daß wir mit Einsatz unserer ganzen Person daran mitarbeiten, daß aus der Kirche alles, was ihrem eigentlichen, von Gott bestimmten Wesen fremd ist, ausgeschieden und von ihr ferngehalten wird.*

Dagegen wandte sich eine Reihe von Predigern, in reformiert Hannover, die mit schmerzlichem Bedauern den Inhalt dieser Entschließung zur Kenntnis nahmen und sich unter Achtung der in der Landeskirche gesetzten Ordnung zusammenschlossen, um sich mit der Bekennenden Kirche Deutschlands zu verbinden und das deutsch-christliche Reichskirchenregiment abzulehnen. So ist damals die Bekenntnisgemeinschaft in reformiert Hannover entstanden.

#### **6. Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Detmold**

Alle Versuche, das Moderamen des Bundes handlungsfähiger zu machen, schlugen fehl. Es war in sich selbst gespalten; daher mußte es zu einer Klärung der Verhältnisse im Reformierten Bunde kommen, die auf der Hauptversammlung in Detmold am 29. und 30. November 1934 herbeigeführt wurde. Daß der Bund damals gerade 50 Jahre bestand, wurde nur nebenbei erwähnt. Mit Spannung aber erwartete man die Entscheidung, die von der Hauptversammlung getroffen werden würde. Prof. Karl Barth predigte zum Beginn über Jer. 17, 5—10 und gab damit die Losung für die Versammlung aus. Pastor Lic. Obendiek hielt das Referat über „Die praktische Stellungnahme der Reformierten zur deutsch-christlichen Reichskirchenregierung“. Nach langen Beratungen wurde ein Beschluß gefaßt, der um seiner Bedeutung willen auch hier mit der Begründung, die Karl Barth jedem einzelnen Punkte hinzufügte, wiedergegeben wird (Detmolder Beschluß).

*Aufgerufen durch die Dahlemer Botschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche und in Ausführung des Beschlusses der Freien reformierten Synode zu Barmen vom 4. Januar 1934 erklärt die Hauptversammlung des Reformierten Bundes folgendes:*

1. Wir erkennen die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, wie sie auf den Tagungen von Barmen und Dahlem in die Erscheinung getreten ist, als die rechtmäßige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche an.

Satz 1 sagt das Entscheidende, was wir in dieser Stunde gemeinsam sagen sollten. Es genügt nicht, daß wir jetzt noch einmal unsere Sympathie mit der Bekenntnisfront ausdrücken. Wir müssen sagen, wo wir heute in Deutschland Kirche sehen. In unsrer reformierten Kirche werden wir sie sehen, wie sie in der Bekenntnissynode ihren Ort gefunden hat als eine Bundeskirche neben anderen in einem „Bund bekenntnisbestimmter Kirchen“. Die Bekenntnissynode ist darum auch für uns die rechtmäßige Kirche, weil sie im Bekenntnis nicht nur eine Fahne hatte, die zu Hause blieb, wenn das Regiment auszog, sondern weil sie auch in der Gegenwart bekannt, und zwar so bekannt hat, daß auch wir Reformierte darin unsern eigenen Glauben erkennen können.

Bei der Anerkennung der Bekenntnissynode als der rechtmäßigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche handelt es sich für unsern Bund nicht um den Beitritt zu einer Organisation und für den einzelnen nicht um das Unterschreiben der Bekenntniskarte. Wer die rote Karte nicht mag, soll das Unterschreiben bleiben lassen: wenn er nur faktisch die Bekenntnisfront hält, wenn er sich nur nicht mehr im Niemandsland herumtreibt und abwartet, wie der Hase läuft! Man unterscheide auch bei der „Bekenntnisfront“ die Sache und die Personen. Ihre Sache muß auch die unsrige sein, wie immer wir uns auch zu den Personen stellen mögen.

In der Klausel: „Wie sie auf den Tagungen von Barmen und Dahlem in die Erscheinung getreten ist“, haben wir einen Vorbehalt gemacht. Wir wissen nicht, wie eine dritte Tagung ausfallen wird. Es sind seit Dahlem bedenkliche Ereignisse eingetreten. Die Herausstellung des vorläufigen Kirchenregiments war eine mindestens zweideutige Angelegenheit. Man wollte einen dem Staat genehmen Mann haben. Man sprach von Verbreiterung der Bekenntnisfront durch aufbauwillige Kräfte. Man wollte eine lutherische Reichskirche. Das alles ist weltlich gedacht. Wir trübten uns damit das Große und Schöne, was uns in Barmen und Dahlem geschenkt war. Dazu nehmen wir Stellung mit unserm Vorbehalt für jeden erkennbar, der Augen hat, um zu lesen.

2. Wir fordern die dem Bund angeschlossenen Gemeinden und Einzelmitglieder auf, sich von jeder Zusammenarbeit mit dem falschen deutsch-christlichen Kirchenregiment zurückzuziehen.

Ein Ja ist nicht deutlich, wenn kein Nein folgt. Dies Nein darf kein neues grundsätzliches Wort sein. Dies Wort ist schon gesagt. Es muß nun etwas Praktisches ausgesprochen werden. Wir brauchen nicht den Ausdruck „jede Beziehung abbrechen“, Beziehung zu Müller hat jetzt noch fast jeder, und sei es auch nur durch den Gehalttempfang. Es muß aber durch



unser kirchliches Handeln klargestellt werden; wir sind mit den Deutschen Christen nicht in einer Kirche, so wenig wie mit den römischen Katholiken. Die Marschrouten heißt: die rechte Kirche ist die Bekenntniskirche, und dem durch Müller geschaffenen Zustand muß ein Ende gemacht werden.

3. Im Glauben an die eine, heilige, allgemeine Kirche Jesu Christi bejahen wir aufs neue die alte Aufgabe des Reformierten Bundes, die nach Gottes Wort reformierte Kirche in Deutschland zu sammeln und zu ihrer besonderen Verantwortung aufzurufen.

Unsere Verbundenheit mit Lutheranern und Unierten im Kirchenkampf soll uns nicht hindern, unsere reformierte Sache weiter zu verteidigen. Wir müssen aufs neue die alte Aufgabe des Reformierten Bundes bejahen. Die Sätze 2 und 3 passen nicht nur zueinander, sondern fordern einander. Dort wo man bekennt, weiß man auch, an welchem Ort man ein Christ ist. Die Aufgabe des Reformierten Bundes ist es aber nicht nur zu sammeln und zu konservieren, sondern auch die angeschlossenen Gemeinden zur Verantwortung aufzurufen. — Übrigens ist es nicht ratsam, in Satz 3 den vorgeschlagenen Zusatz zu machen: „reformierte Gemeinden, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Union“. Nur eine ganz unangebrachte Angst um die preußische Union könnte jemand veranlassen, einen solchen Zusatz zu machen. Wir reden mit unsrer Erklärung weder für noch gegen die Unionskirche, sondern verbunden mit der lutherischen und mit der unierten Kirche, bekennen wir uns zu unsrer Aufgabe in und an unsrer, der reformierten Kirche.

4. Wir halten es um der Arbeitsfähigkeit des Moderaments willen für nötig, daß ihm nur solche Männer angehören, die diese Beschlüsse billigen und durchzuführen bereit sind.

Nun müssen wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Wir haben ein Jahr lang versucht, das zu vermeiden. Das Moderament ist in seiner heutigen Zusammensetzung, in die ich mich in Barmen einzutreten bereitgefunden habe, nach meiner Einsicht nicht arbeitsfähig. Das ist nicht Vorwurf, Anklage, Gericht, sondern nur Feststellung. Die einen fragen nach der Kirche Jesu Christi, die reformiert ist, die andern fragen nach der reformierten Kirche, die auch die Kirche Jesu Christi ist. Das ist zweierlei. Wenn wir kirchlich handeln wollen, brauchen wir ein einheitlich kirchliches Moderament. In der Kirche darf es nicht parlamentarisch zugehen. In der Kirche Christi ist die Existenz von Parteien eine Unmöglichkeit. Mit den drei ersten Sätzen bekennt sich der Bund zu der ersten dieser beiden Auffassungen. Tut er das, dann muß sie die Voraussetzung der künftigen Arbeit seines Moderaments sein, und das wird dann auch in dessen personeller Zusammensetzung zum Ausdruck kommen müssen.

Damit hatte sich der Reformierte Bund ganz klar auf die Linie der Bekenntnenden Kirche festgelegt. Welche Folgen würden sich daraus



für die Zukunft ergeben? Sollte es jetzt zu einer Sammlung aller Reformierten kommen, nachdem diese vorher so oft vergebens versucht worden war? Jedenfalls war in Detmold ein Auseinanderbrechen des Bundes vermieden worden. Auch hatte er sich klar dafür entschieden, daß er Kirche Jesu Christi sein wollte.

## 7. Das Ülsener Protokoll

Würde aber auch die Reformierte Kirche der Provinz Hannover diesen Weg mitgehen? Auf diese Frage sollte das „Ülsener Protokoll“ eine Antwort geben, das am 21. Dezember 1934 im Pfarrhaus zu Ülsen zwischen Professor Karl Barth, Landessuperintendent D. Hollweg und den Pastoren Middendorf, Schumacher und Voget vereinbart worden war. Dieses Protokoll hat folgenden Wortlaut:

1. *Wir sind einig darin, daß das Leben der nach Gottes Wort reformierten Kirche allein im Gehorsam gegen den einen Herrn Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt ist, Grund und Bestand hat.*

2. *Wir sind einig darin, daß es der Evangelisch-reformierten Landeskirche von Hannover, ihrem reformierten Bekenntnis entsprechend, wesentlich notwendig ist, mit den anderen bekenntnisbestimmten und bekennenden evangelischen Kirchen in Deutschland gemeinsam zu glauben, zu lieben und zu hoffen.*

3. *Wir sind einig darin, daß sich der wirkliche Bekenntnisstand unserer reformierten Kirche nach Lehre und Ordnung in einer dem Bekenntnis entsprechenden praktischen, insbesondere auch kirchenpolitischen, Bekenntnishaltung beweisen und bewähren muß.*

4. *Wir sind einig darin, daß unsere reformierte Kirche mit den anderen evangelischen Kirchen in Deutschland in der heutigen Lage aufgerufen ist, in Erkenntnis und Leben sich in neuer Demut und mit neuem Mut unter das erste Gebot und unter die erste Frage des Heidelberger Katechismus zu stellen.*

5. *Wir sind einig darin, daß die den Pastoren unserer reformierten Kirche aufgetragene Arbeit für das Bekenntnis entscheidend in der Richtung eines neuen Ernstnehmens ihrer Aufgabe als Prediger, Lehrer und Seelsorger und der Notwendigkeit gründlichen theologischen Studiums zu suchen ist.*

Man hat sich später in reformiert Hannover sehr häufig auf dieses Protokoll berufen. Als im Juli 1935 ein Deutscher Christ die Einführung eines Pastors in Emden vornehmen wollte, fragte ihn dieser Pastor erst, ob er Deutscher Christ sei. Diese Frage wurde als eine Störung der Ordnung angesehen, es kam zu einem Verfahren gegen den Pastor Brunzema, das am 19. März 1936 vor dem obersten Gerichtshof der Landeskirche stattfand und mit einem Freispruch endete. Dabei war ein Gutachten von Karl Barth entscheidend, in dem er klare Antwort auf eine Reihe von Fragen gab. Dieses Gutachten lautet:

1. Vertreten die Deutschen Christen eine mit dem Bekenntnis der reformierten Kirche unvereinbare Irrlehre?

Antwort: Ja. Der entscheidende und beherrschende Satz der Lehre der Deutschen Christen besteht in der Behauptung, daß die Kirche außer auf das in der Heiligen Schrift bezeugte Wort Gottes in Jesus Christus auch noch auf eine dem deutschen Volk in seiner Geschichte, insbesondere im Jahre 1933 und seither, widerfahrene direkte Gottesoffenbarung zu hören habe, und jene erste nach Maßgabe dieser zweiten Offenbarung zu verstehen sei. Diese Behauptung ist mit Frage 1 des Heidelberger Katechismus mit den hinsichtlich des Wortes Gottes, der Offenbarung und der Heiligen Schrift abgegebenen ausdrücklichen Erklärungen aller reformierten Bekenntnisschriften, aber auch mit der ganzen Grundrichtung der Calvinischen (wie der lutherischen) Kirchenreformation unverträglich. In diesem Sinn hat sich denn auch die erste freie reformierte Synode (4. 1. 1934 in Barmen-Gemarke) in ihrer „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart“ (vgl. bes. die Abschnitte I. II. III. u. V., 3—4) entschieden und unzuweideutig ausgesprochen. Und es haben sich die Hauptversammlung des Reformierten Bundes für Deutschland (29.—30. November 1934 in Detmold) und die zweite freie reformierte Synode (26.—28. März 1935 in Siegen) ausdrücklich auf den Boden der auf der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (31. Mai 1934 in Barmen-Gemarke) beschlossenen, im gleichen Sinn gehaltenen theologischen Erklärung (vgl. bes. Satz I, 3 u. 6) gestellt. Die Vereinbarkeit der deutsch-christlichen Lehre mit den Bekenntnisschriften der reformierten Kirche ist m. W. von keiner reformiert kirchlichen Körperschaft oder Vereinigung öffentlich behauptet oder gar zu beweisen versucht worden.

2. Lag die Bejahung dieses Satzes auch im Sinn des sog. Ülsener Protokolls vom 21. Dezember 1934?

Antwort: Ja. Dieses Protokoll stammt in allen entscheidenden Bestandteilen aus meiner eigenen Feder, und ich würde nicht daran gedacht haben, es zu unterzeichnen, wenn ich nicht der Überzeugung gewesen wäre, daß sein Inhalt eben diesen Sinn habe. Satz 1 dieses Protokolls ist inhaltlich identisch mit den zweifellos gegen die Deutschen Christen gerichteten Sätzen II, 1 der Erklärung der 1. freien reformierten Synode und 1 der Erklärung der Barmer Bekenntnissynode der DEK, und es kann unter Voraussetzung der guten Treue aller Unterzeichner des Ülsener Protokolls auch darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß sie sich darüber einig waren, mit diesem Satz die Lehre der Deutschen Christen als Irrlehre zu bezeichnen.

3. Ist die Bejahung dieses Satzes durch das Ülsener Protokoll als eine kirchliche Entscheidung der reformierten Landeskirche Hannover anzusprechen?

Antwort: juristisch: nein; moralisch: ja. Wir gingen in Ülsen nach

meiner bestimmten Erinnerung auseinander im Bewußtsein eine für beide verhandelnden Teile, also auch für die reformierte Landeskirche Hannover gültige und bindende Verständigungsbasis geschaffen zu haben. P. Middelndorf als Vertreter der reformierten hannoverschen Bekenntnisgemeinschaft durfte — vorbehaltlich der späteren Ratifizierung durch die reformiert hannoverschen Kirchenbehörden — angesichts der Vertretung der Gegenseite durch die Persönlichkeiten des Landessuperintendenten Dr. D. Hollweg und des P. Voget des Glaubens sein, daß die reformierte Landeskirche sich inskünftig an das Ülsener Protokoll als an eine von ihr selbst vollzogene Entscheidung halten werde.

4. Unter welchen Umständen kann unter den Voraussetzungen von 1, 2 und 3 ein erklärter Deutscher Christ in der reformierten Landeskirche Hannover ein Aufsichtsamt bekleiden?

Antwort: unter keinen Umständen. Satz 3 des Ülsener Protokolls hat ausdrücklich erklärt: „daß sich der wirkliche Bekenntnisstand unserer reformierten Kirche nach Lehre und Ordnung in einer dem Bekenntnis der Väter entsprechenden praktischen, insbesondere auch kirchenpolitischen Bekenntnishaltung beweisen und bewähren muß“. Was heißt „praktische, insbesondere auch kirchenpolitische Bekenntnishaltung“, wenn darunter nicht auch und gerade eine bestimmte Haltung in allen Amtsbesetzungsfragen verstanden sein soll? Gab es zur Zeit des Ülsener Protokolls noch einen erklärten Deutschen Christen, der in der reformierten Landeskirche Hannover ein Aufsichtsamt bekleidete — was mir persönlich damals nicht bekannt war —, so mußte er, gutgläubige Auslegung des Ülsener Protokolls vorausgesetzt, am 22. Dezember 1934 aus diesem Amt entfernt werden. Wenn ich der durch die Herren D. Hollweg und P. Voget vertretenen reformiert hannoverschen Kirchenleitung zugetraut hätte, Maßnahmen in dieser Richtung nach wie vor zu unterlassen, so würde ich das Ülsener Protokoll nicht unterschrieben haben.

5. Hat die reformiert hannoversche Landeskirchenleitung, nachdem sie einen erklärten Deutschen Christen in seinem kirchlichen Aufsichtsamt belassen hat, das Recht und die Vollmacht, einen Prediger oder ein anderes Glied der Kirche der Verletzung der kirchlichen Ordnung zu bezichtigen, wenn diese ihren Grund in einem durch diese Unterlassung verursachten Gewissenskonflikt hat?

Antwort: Nein. Wenn die reformiert hannoversche Landeskirchenleitung tatsächlich einen erklärten Deutschen Christen in seinem kirchlichen Aufsichtsamt belassen oder ihm ein solches gegeben hat, dann hat sie ihre im Ülsener Protokoll von ihr selbst anerkannte kirchenregimentliche Pflicht in dieser Hinsicht nicht erfüllt. Es ging dann die kirchenregimentliche Entscheidungsbefugnis, d. h. die Befugnis der Entscheidung über die rechte Wahrnehmung der kirchlichen Ordnung in dieser Hinsicht,

*d. h. hinsichtlich des Verkehrs mit dem betreffenden deutsch-christlichen Aufsichtsbeamten von der ordentlich bestellten Kirchenleitung zurück auf die zu diesem Verkehr genötigten Prediger oder anderen Glieder der Kirche. Es konnte also eine scheinbare Verletzung der (durch die Kirchenleitung zuvor sicher verletzten!) Kirchenordnung tatsächlich eine rechte und pflichtmäßige Wahrnehmung dieser Ordnung sein. Es konnte und kann aber das Urteil darüber, ob es sich im konkreten Fall einer scheinbaren Verletzung der Ordnung nicht tatsächlich um deren rechte und pflichtgemäße Wahrnehmung handelte, in dieser Hinsicht nicht Sache der durch jene Unterlassung indirekt zur Partei gewordenen Landeskirchenleitung sein. Sie hat mit der in jener Unterlassung sicher vorliegenden Verletzung der Ordnung die Prediger und die anderen Glieder der Kirche geradezu dazu gezwungen, sich in allem mit der Existenz jenes deutsch-christlichen Aufsichtsbeamten zusammenhängenden Angelegenheiten nach bestem eigenem Wissen und Gewissen zu entscheiden.*

## 8. Das Verfahren gegen Karl Barth

Seit der Tagung des Reformierten Bundes in Detmold wurde das Moderamen besonders mit dem Verfahren gegen Professor Karl Barth in Bonn beschäftigt. Dieser war am 26. November 1934 von seinem Lehramt in Bonn enthoben worden, weil er erklärt hatte, daß er den durch Gesetz vom 20. August 1934 von staatlichen Beamten geforderten Eid auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler nur leisten könne mit dem Zusatz: „soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann“. Die Anklageschrift vom 7. Dezember 1934 erweiterte die Anklage gegen Barth. Am 13. Dezember gab die Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche eine Verlautbarung bekannt, in der es heißt:

1. Verlautbarung der „Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche“, am 13. Dezember 1934 bekanntgemacht:

*Der unter Anrufung Gottes dem Führer Adolf Hitler geleistete Eid gibt der Treue- und Gehorsamsverpflichtung den Ernst der Verantwortung vor Gott und damit ihre rechte Begründung. Er schließt durch die Berufung auf Gott ein Tun aus, das wider das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes wäre. Damit halten wir uns an das Wort des Herrn: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! Und an die apostolische Auslegung: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen! und: Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt hat über uns.*

2. Ein Schreiben (Brieftelegramm) des Moderators des Reformierten Bundes für Deutschland und des Vorsitzenden des Coetus reformierter Prediger in Deutschland an den Herrn Reichserziehungsminister folgenden Inhalts:

a) Die amtliche Verlautbarung der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche in der Eidesfrage, die Ihnen mitgeteilt wurde, stimmt



überein mit den Erklärungen, die Professor D. Karl Barth zum Beamten-eid abgegeben hat.

b) Gebunden an das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes hat Professor D. Karl Barth gehandelt in der Verantwortung eines evangelischen Lehrers an einer deutschen Hochschule.

c) Die Entscheidung eines jeden evangelischen Christen in Deutschland kann auf Grund der Bindung an Gottes Wort nicht anders ausfallen, als wie sie von Professor D. Karl Barth getroffen wurde.

Trotzdem wurde Karl Barth von dem Reichserziehungsminister in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er erhob Einspruch; das Verfahren zog sich aber noch lange hin. Erst am 14. Juni 1935 wurde das Urteil ausgesprochen, in dem die Amtsenthebung Barths aufgehoben wurde, jedoch eine Verurteilung wegen der übrigen Beschuldigungen erfolgte. Daraufhin versetzte ihn der Reichserziehungsminister endgültig in den Ruhestand, da der nationalsozialistische Staat verlange, daß jeder Beamte seinen Eid bedingungslos leiste. Barth nahm dann einen Ruf an die Universität in Basel an, obgleich man sich seitens des Reformierten Bundes und der Bekennenden Kirche bemüht hatte, ihn für die Theologische Schule in Elberfeld oder für eine noch zu gründende freie Hochschule für reformatorische Theologie zu gewinnen. Als es ihm auf eine legitime kirchliche Berufung ankam, zögerten die maßgebenden Stellen der Bekennenden Kirche. Es kann nicht geleugnet werden, daß nicht genug getan worden ist, um Karl Barth in Deutschland zu halten. Seine Verurteilung machte es aber zum ersten Male erschreckend deutlich, daß der Staat nur den bedingungslosen Eid auf den Führer anerkannte.

Von dem Presbyterium der Reformierten Gemeinde Barmen-Gemarkte erhielt Karl Barth am 11. Juli 1935 bei seinem Scheiden aus Deutschland einen Gruß, der ein beredtes Zeugnis der bleibenden Verbundenheit dieser Gemeinde mit dem Lehrer der Kirche darstellt, der so entschieden auf das Hören des Wortes allein hingewiesen hatte:

*Sehr geehrter Herr Professor!*

*Das Presbyterium der Ev. reformierten Gemeinde Barmen-Gemarkte fühlt sich gedrängt und weiß sich verpflichtet, Ihnen ein Wort zu sagen, nachdem — entgegen unseren Wünschen und Hoffnungen — Ihr Weg Sie gen Süden über die Grenze geführt hat. Wir wagen es zu bezeugen, daß solch ein Wort unserer Gemeinde an Sie wohlbegründet ist.*

*Wir gedenken in Dankbarkeit des Dienstes, den Sie unserer Gemeinde mehr als einmal mit der Verkündigung des göttlichen Wortes erwiesen haben. Sie standen auf der Kanzel, auf der Friedrich Wilhelm Krummacker seine in Redekunst und Phantasie glänzende Tätigkeit entfaltete.*

*Freilich, die Zeiten sind andere geworden, in denen wir es gelernt haben, von der Kunst der Rede und Phantasie in der Kirche bescheiden*

zu denken. Es sind ja auch die Zeiten vorbei, in denen ein Prediger von Gemarkte Hopprediger in Potsdam werden konnte. Aber dafür sind die Zeiten auch angebrochen, in denen Sie als Lehrer der Kirche unsere Gemeinde daran erinnern konnten, daß die Kirche im Neuen Testament sich immer auf Reisen befindet. Ein solcher Hinweis soll uns das Klagen verwehren, wenn wir Sie, nun selber als Glied dieser Kirche, auf Reisen sehen müssen, und wir selber nachdrücklich daran erinnert werden, daß wir Glieder der kämpfenden Kirche sind.

Sie wissen, daß unsere Gemeinde von Anfang an in den Kampf hineingestellt worden ist, der als Kirchenstreit in Deutschland durch die Lande geht und doch nur einen Ausschnitt aus dem Kampf darstellt, der der Kirche Gottes verordnet ist, bis der Herr wiederkommt. In diesem Kampf wußte unsere Gemeinde sich mit Ihnen verbunden. In solcher Verbundenheit danken wir es dem Herrn der Kirche, daß er uns durch Ihren Dienst aufgerufen hat, die anderen Schwerter der Welt zu überlassen und selber das Schwert des Geistes zu nehmen, welches ist das Wort Gottes.

Durch ihren Dienst sind in dem vergangenen Jahrzehnt die Diener am Wort aufgerufen worden, sich abzuwenden von den löcherichten Brunnen der Welt, die kein Wasser haben, und umzukehren zu der gesunden Lehre des Wortes Gottes. So gedenken wir nicht nur Ihrer Schriften, die in den letzten zwei Jahren uns zur theologischen Existenz gerufen haben. Wir wollen nicht vergessen, daß der Herr uns mit seiner Vorsehung freundlich geleitet hat, so daß Ihre Arbeit unter uns nicht erst im Jahre 1933 begann. Ihr Wächterruf, Quousque tandem, ließ uns im Presbyterium aufhorchen!

Wenn wir mit Ihnen sonderlich durch das Bekenntnis unserer Kirche verbunden waren, so ging es Ihnen wie unserer Gemeinde wahrlich nicht darum, ein Stück der kirchlichen Vergangenheit in eine neue Zeit hinüberzuretten. Wir dürfen es aus der Geschichte unserer nach Gottes Wort reformierten Gemeinde bezeugen, daß der Herr sie fort und fort durch das Bekenntnis zu seinem Wort gerufen hat. Und wenn Sie durch Ihren Dienst die reformierte Kirche in Deutschland und damit auch unsere Gemeinde mit Nachdruck in solche Verantwortung gerufen haben, so mag es dahin kommen, daß Ihr Wort, auch wenn Sie von uns geschieden sind, weiter klingt und weiter wirkt, damit die Kirche hier und aller Orten es lerne, nach dem Herrn und seinem Wort, nach seiner Gnade und nach seiner Macht zu fragen.

Wie sollte in allem Abschiednehmen dort, wo eine Verbundenheit geschenkt war und dankbar hingenommen wurde, nicht auch ein menschliches Bedauern und die Wehmut ihr Recht fordern! Eben damit drängt sich uns die Frage auf, ob nun alles so kommen mußte. Wir haben nicht die Vollmacht, heute zu sagen, daß es nicht anders ging und daß es so recht war, wir stehen vielmehr vor der Tatsache, daß wir in die Bewährung gestellt sind. Nun muß es noch an den Tag kommen, ob wir nur ein Jawort zu Ihrer Theologie gefunden hatten oder ob Ihre Theologie uns in der Tat den Dienst geleistet hat, daß wir auf das Wort Gottes zu hören und darum

zu beten bereit sind, daß in diesem Wort Jesus Christus uns durch den Heiligen Geist verklärt werde, auf daß unser Glaube nichts anderes sei als der Glaube an den Dreieinigen Gott. So wollen wir um die Last unserer Verantwortung wissen im Blick auf die Kirche in Deutschland, im Blick auf die theologische Jugend und im Blick auf uns selber.

Wir wissen es, daß die Sorge um die Bekennende Kirche in Deutschland Ihre Sorge war und daß unter all dem, was Sie an freundlichen oder auch weniger freundlichen Erinnerungen an die Kirche in Deutschland mitgenommen haben, die Sorge um diese Kirche nicht fehlt. Wo aber die Sorgen um die Kirche die Menschen bedrängen, da können es doch nur Sorgen derer sein, die den Herrn der Kirche kennen und bekennen. So werden die Sorgen um die Bekennende Kirche in Deutschland, der nicht nur durch Ihren Weggang immer mehr menschliche Stützen entzogen werden, zum Gebet, in dem wir mit allen Verlegenheiten und Enttäuschungen zu dem Herrn fliehen, dem es ein Kleines ist, durch viel oder wenig zu helfen.

So wissen wir uns mit solchem Gebet als Glieder der Kirche, die keine irdischen Grenzen kennt. In solcher Gliedschaft bitten wir den Herrn der Kirche, Er wolle Sie und uns erleuchten, Sie und uns gebrauchen in seinem Dienst und es dahin wenden, daß auch Ihr Weggang von uns nur zur Förderung des Evangeliums gereichen möchte. Wie das sein kann, befehlen wir dem, der da heißt „Wunderbar-Rat“. Wo wir meinen, daß die Berge weichen und die Hügel hinfallen, dürfen wir Sie und uns an das Siegel unserer Gemeinde erinnern. Wenn das Schiffelein der Kirche Jesu Christi, den Wogen preisgegeben, nur seinen Anker in den Felsen Christus geworfen hat, so wird in allem Wandel und Wechsel, in der Gemeinsamkeit und in der Einsamkeit, in Bedrückung und Bedrohung, in Sieg und Niederlage, im Leben und im Sterben das Wort gelten:

HAC NITOR IMMOTA

*In Dankbarkeit und ehrerbietiger Begrüßung  
das Presbyterium der evangelisch-reformierten Gemeinde Barmen-Gemarke*

## 9. Die zweite freie reformierte Synode in Siegen

Staat und Partei glaubten Anfang des Jahres 1935 durch Förderung des Neuheidentums den christlichen Kirchen Abbruch tun zu können. Dagegen wandte sich die zweite Synode der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union in einem Wort an die Gemeinden, das am 17. März verlesen werden sollte und zum erste Male zu einer Verhaftungswelle in großem Ausmaße führte. Der Staat lenkte ein und gestattete dann die Verlesung dieses Wortes. In dieser Zeit fand die zweite freie reformierte Synode in Siegen vom 26. bis 28. März 1935 statt. Auf ihr wurde ein deutliches Wort zu dem Neuheidentum nach einem Vortrag von Pastor Hermann Barth in Oberfischbach gesagt. In dem Beschluß macht sich die Synode das Wort der zweiten preussischen



Bekenntnissynode zu eigen, sagt aber darüber hinaus, was in den Gemeinden angesichts der von diesem Heidentum drohenden Gefahren zu tun ist:

*Die zweite freie reformierte Synode macht sich die Botschaft der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union vom 5. März 1935 zu eigen als ein notwendiges Zeugnis der Kirche Jesu Christi vor dem deutschen Volk und seiner Obrigkeit.*

*I. Auf Grund dieser Botschaft haben wir zu erklären:*

*1. Die durch führende Männer in ihren Büchern und Reden vertretene neuheidnische Religion ist aus einer Privatlehre die Grundlage einer planmäßigen weltanschaulichen Schulung des Volkes, insbesondere des heranwachsenden Geschlechtes geworden.*

*2. Für Kirche und Volk verantwortlich, fragen wir die Obrigkeit, ob sie diese Verführung des Volkes zur Empörung gegen Gott, den Herrn aller Herren, länger dulden will.*

*3. Auf Grund unseres Bekenntnisses erklären wir:*

*Die Kirche muß nach göttlichem Auftrag allem Volk das Wort Gottes verkündigen. Darum kann sie die Erfüllung dieses Auftrages von keiner menschlichen Macht einschränken lassen. Sie fordert:*

*Daß der Staat die Kirche in ihrer Verkündigung und ihrem sonstigen Dienste jorthin ungehindert lasse;*

*daß unsere Schulen von den Lehren des Neuheidentums bewahrt werden; daß der Staat, der den Schutz der christlichen Bekenntnisse gewährleistet hat, darüber wache, daß die Schulungen nicht zur Verbreitung des Neuheidentums mißbraucht werden. Andernfalls muß die Kirche um Heil und Seligkeit ihrer Glieder willen diese auffordern, sich solcher Schulung zu entziehen.*

*II. Auf Grund dieser Botschaft legt die freie reformierte Synode den Presbyterien (Kirchenräten) der ihr angeschlossenen Gemeinden folgendes auf die Verantwortung:*

*1. Die Presbyterien (Kirchenräte) müssen erkennen, daß das moderne Antichristentum als Empörung gegen den lebendigen Gott innerhalb und außerhalb der ihnen anvertrauten Gemeinden sein Zerstörungswerk treibt.*

*2. Die Presbyterien (Kirchenräte) müssen im Glaubensgehorsam gegen das Wort des lebendigen Gottes darüber wachen,*

*a) daß die Verkündigung in der Gemeinde dieser Gefahr entgegentritt;*

*b) daß die Erziehung der auf den Namen des dreieinigen Gottes getauften Kinder im Elternhaus in der Zucht und Vermahnung zum Herrn geschieht;*

*c) daß die christliche Erziehung in keiner Weise außerhalb des Elternhauses gefährdet wird. Gegebenenfalls dürfen die Eltern nicht davor zurückschrecken, ihre Kinder diesem widerchristlichen Einfluß zu entziehen.*



3. Die Presbyterien müssen die Kirchenzucht erneut als Auftrag der Reformierten Kirche erkennen und sich für ihre Erfüllung auch gegenüber der Irrlehre und Abgötterei unserer Zeit rüsten.

Vor allem aber hatte die Synode über die Frage zu entscheiden, wie die nach Gottes Wort reformierte Kirche in Deutschland gesammelt werden sollte, und zwar im Sinne des Detmolder Beschlusses Nr. 3. Der Moderator D. Hesse zeigte in seinem Vortrag, daß seit 1933 drei Versuche fehlgeschlagen seien, zu einer solchen Sammlung der Reformierten zu kommen:

1. der Weg der Flurbereinigung,
2. der Weg des Loccumer Bischofstraumes,
3. der Weg der intakten Landeskirche.

Er führte dann weiter aus, daß nur ein Weg bleibe, nämlich die Bekennenden Gemeinden mit dem Heidelberger Katechismus zu sammeln. Zu dem Zweck müßten die Düsseldorfer und Elberfelder Thesen von 1933 praktiziert werden. Nach langen Verhandlungen kam es zu einem Beschluß, der folgenden Wortlaut hat:

*In Ausführung des Beschlusses der Hauptversammlung des reformierten Bundes in Detmold vom 29. und 30. November 1934 beschließt die zweite freie reformierte Synode in Siegen vom 26.—28. März 1935, was folgt:*

1. Wir wenden uns an alle bekennenden reformierten Gemeinden Deutschlands.

2. Unter reformierten Gemeinden verstehen wir solche, die am Heidelberger Katechismus als an dem Glaubenszeugnis unserer Väter von der Heiligen Schrift her halten, oder die sich sonst in Besinnung auf ihre reformierte Herkunft und Verantwortung unter Gottes Wort stellen.

3. Unter bekennenden Gemeinden verstehen wir solche, die grundsätzlich und praktisch bejahen

a) die Barmer „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart“ vom 4. Januar 1934;

b) die Barmer „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 31. Mai 1934;

c) die „Dahlemer Botschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 20. Oktober 1934.

4. Es gilt den „Dienst, den die einzelnen Gemeinden einander gegenseitig schuldig sind und den sie in der Form von Synoden ihrer berufenen Diener einander zu leisten versuchen“ (14. der Düsseldorfer Thesen vom 20. Mai 1933).

5. Diese Synoden richten sich in ihrer Bildung, ihrer Begrenzung und ihrem Aufgabenkreis lediglich nach den Erfordernissen der auf sie angewiesenen Gemeinden.

6. Synoden verfaßter Kirchen bisheriger Ordnung sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden, soweit nicht eine bekenntniswidrige Zusammensetzung oder eine bekenntniswidrige Leitung die Mitarbeit verbietet.

7. Die „Freien Synoden der bekennenden reformierten Kirche Deutschlands“ müssen schnellstens zusammentreten.

8. Jede bekennende reformierte Gemeinde entsendet je einen Ältesten und Prediger in die Klassensynode.

9. Jede Klassensynode entsendet je einen Ältesten und Prediger in die Quartiersynode.

10. Jede Quartiersynode entsendet je einen Ältesten und Prediger in die Freie Gesamtsynode der bekennenden reformierten Kirche Deutschlands.

11. Den Synoden steht es frei, für ihren Bereich Prediger und Älteste in größerer Zahl zu ihren Beratungen heranzuziehen.

12. Zu den Aufgaben der genannten Gemeinden und Synoden gehört die Zuweisung vereinzelter bekennender Glieder der reformierten Kirche an eine nächstgelegene reformierte Gemeinde.

13. Im Glauben an die eine, heilige, allgemeine Kirche Christi bejahen wir so nach dem Detmolder Beschluß vom 30. November 1934 die Aufgabe, „die nach Gottes Wort reformierte Kirche in Deutschland zu sammeln und zu ihrer besonderen Verantwortung aufzurufen“.

14. Diesem Glauben gemäß sammelt sich die bekennende reformierte Kirche auf den Tagungen und Synoden der Bekennenden Deutschen Evangelischen Kirche in reformierten Konventen. So kommen die Gaben der nach Gottes Wort reformierten Kirche der gesamten bekennenden evangelischen Christenheit in Deutschland zugute im Sinne des Apostelwortes: „Dienet einander, ein jeglicher mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes.“

In den folgenden Jahren hat man sich oft um die Ausführung dieses Beschlusses bemüht, ohne jedoch über die Sammlung bekennender reformierter Gemeinden hinauszukommen. Nur die reformierten Gemeinden in Nassau-Hessen schlossen sich zu einer „freien Synode der Bekennenden reformierten Kirche in Nassau-Hessen“ zusammen, aber es kam praktisch nur zu einer Klassis in Frankfurt a. Main. Auch eine reformierte Gesamtsynode ist nicht mehr zusammengetreten. Die meisten Reformierten arbeiteten in der Bekennenden Kirche mit und wehrten auf diese Weise den in Siegen drohenden reformierten Konfessionalismus ab. Diese Abwehr ergab sich im Verlauf des Kirchenkampfes immer mehr von selbst. So wichtig die Sammlung der reformierten Gemeinden bleibt, so wenig werden sie den Weg einer selbständigen Konfessionskirche in der EKD gehen dürfen.

Die dritte Aufgabe der Synode war ihr dadurch gegeben, daß die Errichtung einer kirchlichen Hochschule für reformatorsche Theologie in die Wege geleitet werden sollte. Dazu hielt

Pastor Lic. Niesel das Referat, das seine Zusammenfassung in folgendem Beschluß der Synode fand:

*Die Kirche hat den Auftrag, das Wort Gottes lauter und unverkürzt zu verkündigen. Daraus erwächst ihr die Aufgabe, die künftigen Prediger heranzubilden und die Reinheit und Gesundheit der kirchlichen Verkündigung immer neu zu erforschen und zu prüfen. Die Ausübung ihres Lehrauftrages, die bisher an den theologischen Fakultäten der staatlichen Hochschule erfolgte, ist heute nahezu unmöglich gemacht. Wird aber die Lehre verfälscht oder läßt man sie verkümmern, so entartet die Verkündigung zur Menschenweisheit und die Gemeinde verfällt dem geistlichen Tod.*

*Darum beschließt die zweite freie reformierte Synode: Angesichts dieses Tatbestandes muß die Bekennende Kirche die Errichtung einer Hochschule für reformatorische Theologie in die Wege leiten. Diese kirchliche Hochschule für reformatorische Theologie hat die Aufgabe, die künftigen Prediger und Lehrer der Kirche für die Verkündigung des göttlichen Wortes in den Gemeinden des reformierten und lutherischen Bekenntnisses vorzubereiten. Die Erforschung und die Prüfung der kirchlichen Lehre soll durch gemeinsame Arbeit der Lehrer beider evangelischer Bekenntnisse gefördert werden.*

*Synode bestellt einen Ausschuß mit der Vollmacht, sofort alle geeigneten Schritte zur Errichtung der Hochschule zu tun. Insbesondere wird er beauftragt, mit dem Bruderrat der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union und anderen Stellen der Bekennenden Kirche zu gemeinsamer Erfüllung dieser Aufgabe in Verbindung zu treten.*

Dieser Beschluß bedeutete praktisch ein nicht geringes Opfer der reformierten Kirchen und Gemeinden, da sie auf die Weiterführung ihrer theologischen Schule in Elberfeld verzichteten und diese in der kirchlichen Hochschule für reformatorische Theologie aufgehen ließen. Eine zweite derartige Hochschule entstand sehr bald in Berlin. Sie wurden nach dem Weltkrieg wieder eröffnet.

Die Synode faßte noch einen weiteren Beschluß, der sich mit der Errichtung der staatlichen Finanzabteilung bei den kirchlichen Behörden befaßte<sup>1)</sup>.

*Die zweite freie reformierte Synode erklärt als Vertretung der reformierten Gemeinden Deutschlands zu dem Gesetz über Errichtung von staatlichen Finanzabteilungen bei den kirchlichen Behörden:*

*1. Nach dem Bekenntnis der reformierten Kirche hat das ganze Leben der Kirche und der Gemeinden unter dem Worte Gottes zu stehen. Wie die Lehre ist auch die Ordnung und Verwaltung bekenntnisgebunden. Darum ist es mit dem reformierten Bekenntnis unvereinbar, daß unbeschadet des bestehenden staatlichen Aufsichtsrechtes ein Gebiet der äußeren Ordnung nach anderen Maßstäben geordnet und verwaltet werde.*

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 94.

*Der Anspruch des Staates, die Finanzen der Kirche und der Gemeinden durch ihm verantwortliche Beamte verwalten zu lassen, verletzt das durch das Bekenntnis gebundene Recht der reformierten Gemeinden.*

*2. Wenn der Staat ein Gesetz zur Beaufsichtigung und Verwaltung der kirchlichen Finanzen mit seinen Leistungen zur Pfarrbesoldung begründet, so ist festzustellen, daß diese Leistungen alte Verpflichtungen darstellen, die der Staat der Kirche schuldet. Aus dieser Pflicht des Staates zur Zahlung läßt sich kein Recht zur Beaufsichtigung und Verwaltung dieser Leistungen ableiten.*

*3. Um die Gefahr abzuwenden, daß über die finanzielle Verwaltung die Kirche in eine ihrem Willen fremde Abhängigkeit vom Staate gerät, ist zu fordern, daß die reformierten Gemeinden ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit in ihrem gesamten Leben zuerkannt erhalten. Der Vorstand der freien Synode wird beauftragt, den staatlichen und kirchlichen Behörden zu eröffnen, daß eine solche Beschränkung der Selbständigkeit reformierter Gemeinden eine Verletzung ihres Bekenntnisses bedeutet.*

*4. Die reformierten Gemeinden haben die Vorbereitungen zu treffen, ihre gesamte Verwaltung selbständig zu machen, damit auch der letzte Vorwand, ihre Selbständigkeit zu beschränken, fortfällt.*

### *III. Die Stellung der Reformierten zu den Kirchenausschüssen*

#### *1. Die Spaltung der Reformierten durch die Kirchenausschüsse*

Im Laufe des Sommers 1935 gingen die staatlichen Stellen immer mehr dazu über, nicht mehr mit Gewalt und Willkür ihr Ziel zu erreichen, sondern der Bekennenden Kirche scheinbar entgegenzukommen, um sie auf diese Weise schließlich zu beseitigen. Dazu sollten die Kirchenausschüsse dienen, deren Berufung durch den Reichskirchenminister das Gesetz vom 24. September 1935 ermöglichte.<sup>1)</sup> In ihnen sollten Deutsche Christen und Männer der Bekennenden Kirche gemeinsam die Leitung der Kirche ausüben. Damit begannen auch für die Reformierten neue Anfechtungen, in denen es immer mehr offenbar wurde, daß es trotz aller bisherigen Versuche, einen gemeinsamen Weg zu finden, in Wirklichkeit doch zwei verschiedene Wege waren, die man gehen wollte. Die intakten reformierten Landeskirchen stellten sich auf die Seite der Kirchenausschüsse, wenn sie auch selbst keine erhielten. Präsident Koopmann in Aurich nahm die Berufung in den Reichskirchenausschuß an und beteiligte sich damit an seiner Arbeit und Verantwortung. Dagegen gab Präses D. Humburg eine Erklärung ab, in der er das Gesetz vom 3. Oktober 1935 ablehnte:

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 101.



*Nunmehr kann der einzige Dienst der Bekennenden Kirche für den zur Hilfe bereiten Staat nur dieser sein, um der Wahrheit der geschichtlichen Darstellung und um des Bekenntnisses willen, die Präambel und damit auch das Gesetz in dieser Form abzulehnen.*

Der Coetus reformierter Prediger beschäftigte sich auf seiner Hauptversammlung am 7. Oktober 1935 in Barmen ebenfalls mit den neuen Staatsgesetzen und warnte in einer Erklärung eindrücklich davon, sie anzunehmen.

*Der Coetus reformierter Prediger Deutschlands erklärt:*

1. *Der Versuch des Staates, die Ordnung der Kirche durch seine Maßnahmen zu gestalten, verletzt das reformierte Bekenntnis, nach dem auch die äußere Ordnung schriftgebunden ist. Wir stehen zu der grundsätzlichen Haltung des Beschlusses der Freien reformierten Synode in Siegen vom 28. März 1935 zum Gesetz über die Vermögensverwaltung vom 11. März 1935.*

2. *Zum Ermächtigungsgesetz vom 24. September 1935 mit seiner Präambel stimmen wir dem Votum von D. Humburg vollinhaltlich zu und bitten ihn, dabei zu beharren.*

3. *Die erste Verordnung vom 4. Oktober 1935 verletzt das reformierte Bekenntnis. Denn die Gemeinden und Synoden werden durch Einsetzung von Kirchenbehörden durch den Staat entrechtet. Auch die inneren Angelegenheiten der Kirche werden dem entscheidenden Einfluß einer außerkirchlichen, nicht an das Bekenntnis gebundenen Macht unterstellt.*

4. *Wir bitten den maßgeblichen Stellen zur Kenntnis zu geben, daß die Bindung an Christus, den Herrn der Kirche, und an sein Wort reformierte Gemeinden und Prediger verpflichtet, hier Widerstand zu leisten.*

Später beschloß der Coetus:

*Wir bitten den preußischen Bruderrat, keine Beschlüsse von Tragweite für die ganze Kirche der altpreußischen Union zu fassen, ohne daß diese vorher den Presbyterien, bzw. den Bruderräten, den Kreis- und Provinzialsynoden vorgelegen haben.*

*Der Coetus stimmt dem Beschluß des Moderaments über Einberufung der freien reformierten Synode zu und schlägt vor, die Synode für den 18. bis 20. Februar nach Barmen-Gemarke einzuberufen. Der Coetus richtet an die Synode folgende Anträge:*

a) *sofort ein Besuchsamt einzurichten und der Leitung des Besuchsamtes Richtlinien zu geben,*

b) *den Auftrag zu erteilen zur Erarbeitung einer Gemeindeordnung für reformierte Gemeinden.*

## 2. Die vierte Bekenntnissynode in Bad Oeynhausen

Die vorgesehene freie reformierte Synode konnte nicht stattfinden, da an dem Termin die vierte Bekenntnissynode der DEK in Bad Oeynhausen zusammentrat, um einen Beschluß über die Stellung der Bekenntenden Kirche zu den Kirchengremien herbeizuführen.<sup>1)</sup>

Wegen der zwiespältigen Haltung, die die vorläufige Leitung der DEK zu den Kirchengremien einnahm, war Pastor D. Humburg am 14. Januar 1936 aus dieser ausgetreten. In die neue vorläufige Leitung der DEK, die durch die Synode gewählt wurde, trat Superintendent Lic. Albertz in Berlin-Spandau als reformiertes Mitglied ein, während Pastor Middendorf in Schüttorf in den Rat der DEK gewählt wurde.

Die Stellung der Reformierten zu dem entscheidenden Beschluß der Bekenntnissynode, und damit auch zu den Kirchengremien, brachte der reformierte Konvent der Bekenntnissynode zum Ausdruck, indem er sich einmütig gegen eine Beteiligung an den staatlichen Kirchengremien aussprach. D. Hesse gab dazu eine Erklärung ab, in der es heißt:

*Zu dem Satz B 2 Schluß erklären wir, daß wir unsere Pfarrer und Gemeinden nur beraten können im Sinne folgender vom Reformierten Konvent bereits vorgestern angenommenen Feststellung, in der wir der Stellungnahme des Bruderrates der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union beipflichten:*

1. Die staatlichen Kirchengremien haben den Auftrag, die Befriedung der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen. Gemäß der Präambel des Gesetzes vom 24. September 1935 muß sich dieser Auftrag so auswirken, daß Lehre und Irrlehre in der Kirche als gleichberechtigt gelten. Das wird durch das bisherige Reden und Handeln der Kirchengremien bestätigt. Somit kann die Mitarbeit in den Kirchengremien nur eine Preisgabe des Bekenntnisses bedeuten.

2. Darum ist es den Gliedern der nach Gottes Wort reformierten Kirche verwehrt, in die Kirchengremien einzutreten oder einen Auftrag von ihnen anzunehmen (Provinzialkirchengremien, kirchenregimentliche Ämter, Kammern, Prüfungsämter, Rechtsausschüsse usw.).

Die Feststellung ist eine Interpretation der theologischen Erklärung „Von der Kirchenleitung“.

Sie geschieht nicht im Sinne aller Reformierten in Deutschland, auch wenn sie den Grundsätzen der Theologischen Erklärung zustimmen sollten.

Sie geschieht aber auf einmütigen Beschluß des Reformierten Konventes auf der Reichssynode zu Oeynhausen.

Sie geschieht nicht aus irgendwelchem reformierten Sonderkonfessionalismus, etwa aus reformierter Gesetzlichkeit gegenüber einem lutherisch verstandenen Evangelium.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 117 ff.

*Sie geschieht aber im Sinne des Amtes der Schlüssel oder der christlichen Bußzucht. Die Synode ist zu solchem Seelsorgerdienst aufgerufen als Organ der Bekennenden Kirche, die wir über alle Unterschiede des „Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen“ hinaus als Deutsche Evangelische Kirche, als ecclesia viatorum ganz ernst nehmen.*

*Wir wissen uns bei dieser Feststellung eins mit verschiedenen lutherischen Brüdern, die es von ihrem lutherischen Bekenntnis aus sachlich genau so sehen wie wir. Die unleugbare Verschiedenheit der Auffassungen auf der Synode darf nicht auf die Formel gebracht werden: Luther oder Calvin.*

*Wir bringen unsere Feststellung vor die Synode als ein Schlaglicht auf die kirchliche Gesamtlage und wollen damit unsere Zustimmung zur theologischen Erklärung der Synode eindeutig erklären.*

*Im Sinne dieser Feststellung beantragen wir, dem letzten Satz in B 3 folgende Fassung zu geben:*

*„Sobald den dargelegten kirchlichen Grundsätzen Rechnung getragen wird, sieht die Bekennende Kirche den Weg zu fruchtbaren Verhandlungen mit dem Staate frei.“*

*Der bisherigen Fassung dieses Absatzes vermögen wir nicht zuzustimmen.*

*Im Sinne unserer Feststellung beantragen wir endlich, den letzten Satz von B 4 zu streichen. So wird der Schluß des Abschnittes B klar und fest und das Ganze in die Eindeutigkeit gebracht, die um der Wahrheit willen geboten ist.*

Diese Erklärung ist später bei den Verhandlungen innerhalb des reformierten Konventes von Osnabrück von großer Bedeutung geworden.

### 3. Das Ende des reformierten Konventes in Hagen

Der auf dem Kirchenkonvent in Osnabrück gewählte Kirchenausschuß kam zu keiner Wirksamkeit, da er in sich selbst gespalten war. Er schwieg zu den Irrlehren der Deutschen Christen, er hatte nichts zu der Bedrohung der Freiheit der Verkündigung und der fortschreitenden Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens zu sagen und ließ daher die reformierten Gemeinden in ihrem Kampf um die Geltung des Wortes Gottes allein. Durch sein Schweigen bewies er, daß er nicht imstande war, die reformierten Kirchen und Gemeinden zu gemeinsamem Wirken, d. h. zum öffentlichen Zeugnis zusammenzuschließen. Es zeigte sich immer wieder, wie abhängig er von den intakten reformierten Landeskirchen war.

Die Lippische Landeskirche hatte sich zwar am 6. März 1935 der VKL zugeordnet, sie dachte aber nicht daran, sich damit auch der Bekennenden Kirche anzuschließen. Diese Zuordnung geschah nur, um die Bekenntnisgemeinschaft in Lippe von der Leitung der Landeskirche

fernzuhalten. Die Bekenntnisgemeinschaft mußte daher oft in Gegensatz zu ihrer Kirchenleitung treten und arbeitete als Bekenkende Kirche in Lippe.

In reformiert Hannover verbot der Landeskirchenrat am 17. Juli 1935 jede öffentliche Kritik an seinen Maßnahmen. Es erregte heftige Empörung, daß ausgerechnet eine reformierte Kirchenbehörde deutsch-christliche Methoden nachahmte. Der Landeskirchenrat mußte dann die Gemeinden und Pastoren wieder beruhigen und versicherte ihnen, daß er sie nicht knebeln wolle. In demselben Schreiben nahm er auch Stellung zur Vorläufigen Leitung der DEK und sagte, daß sich die Landeskirche ihr nicht zuordnen könne, solange nicht innerhalb der Landeskirche wirkliches Vertrauen, gegenseitige Achtung und ordnungsmäßiges Handeln, das sich allein an Gott gebunden weiß, wieder eingekehrt ist. In Wirklichkeit aber lag es allein an dem Landeskirchenrat, daß die Kirche nicht offen auf die Seite der Bekennden Kirche treten wollte. Die Bentheimer Klassis beschloß am 15. Juli 1935 ein Wort, in dem es heißt:

*daß unsere Landeskirche als Bekenntniskirche bekennende Kirche sein muß und so ihren Platz nur an der Seite der Bekennden Kirche Deutschlands haben kann, d. h. dieser Kirche und ihrer Synode sich praktisch zuzuordnen hat.*

Inzwischen gingen die Bemühungen weiter, die Reformierten, die sich in der Stellung zu den Kirchenausschüssen getrennt hatten, wieder zusammenzubringen. Beratungen des reformierten Kirchenausschusses in Hannover am 15. u. 16. April 1936 zeigten die ganze Schwierigkeit, zu einer Einigung zu kommen. Es wurde nach langen Beratungen beschlossen, den reformierten Kirchenkonvent zu einer freien Aussprache einzuberufen, obwohl 31 von 53 Mitgliedern des Konventes seine Einberufung selbst forderten.

Nach manchen Verhandlungen kam es dann doch noch zu einer zweiten Tagung des Konventes in Hagen am 22. u. 23. Juni 1936. Es sollte nach dem Antrag von Baumann-Hesse die Frage geklärt werden,

*mit welcher theologischen Begründung Mitglieder des Konventes die Beschlüsse der Bekenntnissynode der DEK und darum den durch diese Beschlüsse bestimmten Weg der Bekennden Kirche ablehnen.*

Der andere Antrag Horn-Hollweg u. a. lautete im Schlußabsatz:

*Die Stellung des reformierten Konventes zu den Kirchenausschüssen richtet sich nach deren Taten. Der reformierte Konvent kann trotz aller Bedenken die Kirchenausschüsse nur für tragbar befinden, in der Erwartung, daß sie als Treuhänder zur Herbeiführung einer nach Schrift und Bekenntnis gestalteten Ordnung der Kirche tätig sind.*

In den Verhandlungen ging es zum größten Teil um die Frage, ob es mit der Barmer Erklärung der ersten freien Synode vereinbar sei,



eine Kirchenleitung mitzubilden oder anzuerkennen, in der die Deutschen Christen vertreten sind. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Es wurden schließlich zwei Theologen bestimmt, die dafür Sorge tragen sollten, daß das theologische Gespräch weitergeführt werde. Da keine Lösung und Einigung zu erreichen war, erklärte sich der Konvent als aufgelöst. Das war ohne Zweifel ein sehr schmerzliches Ergebnis, aber es hätte nichts geholfen, die Gegensätze, die unter den Reformierten vorhanden waren, weiter zu verschleiern. Pastor Immer schrieb damals:

*Es bleibt also auch weiterhin in Deutschland so, daß nicht nur die Lutheraner, sondern auch die Reformierten in zwei Lager gespalten sind, und das wird auch sein Gutes haben. Wenigstens können nun weder Lutheraner noch Reformierte mit gutem Gewissen ihre Schritte aus ihrer Konfession begründen, wenn die andere Konfession in der gleichen Weise wie sie handelt.*

Anschließend an die Auflösung des reformierten Kirchenkonventes in Hagen fand vom 23.—25. Juli in Barmen-Gemarkung eine Hauptversammlung des Reformierten Bundes statt. Auf ihr versammelten sich allerdings nur die Reformierten, die gegen die Kirchenausschüsse den Weg der Bekennenden Kirche gingen. Aus den Verhandlungen ergab sich folgender Beschluß:

*Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes hält den Zusammentritt einer dritten Synode der reformierten Gemeinden in Deutschland für geboten. Durch die Synode und ihre zu bildenden Organe soll der Dienst der Gemeinden untereinander in Tröstung und Ermahnung ausgerichtet werden. Die Synode hat besonders die Aufgabe, das Wort Gottes über die Geltung der Gebote Gottes zu bezeugen.*

Die Hauptversammlung machte sich auch die Stellung des reformierten Konventes auf der Oeynhausener Synode zu eigen, indem sie beschloß, eine Anerkennung kirchlicher Leitung durch die staatlichen Kirchenausschüsse sei mit der grundsätzlichen Haltung des Bundes nicht zu vereinbaren.

#### 4. Gründung des Arbeitsausschusses der reformierten Kirchen

Diejenigen Reformierten, die ein Zusammenarbeiten mit den Kirchenausschüssen für möglich hielten, schlossen sich am 3. Juli 1936 zu einem Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen Deutschlands zusammen. Dieser Ausschuß gab seine Gründung mit folgender Notiz bekannt:

*Nach Beratung von Vertretern der reformierten Kirchen von Hannover, Lippe-Detmold, der Synode Freier reformierter Gemeinden und einzelner reformierter Gemeinden aus der Union hat sich ein Arbeitsausschuß der*

Reformierten Kirchen Deutschlands gebildet. Den Vorsitz führt der Abgesandte der Reformierten Kirche Hannovers. Bestimmung des Arbeitsausschusses ist, die gemeinsamen bekenntnismäßigen Anliegen der der Vereinbarung beitretenden Kirchen wahrzunehmen, sowie zugleich für die übrigen reformierten Gemeinden Deutschlands einzutreten.

Der Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen teilte dann in einem Schreiben dem Moderamen seine Gründe mit, die über die Wege und Ziele dieses Ausschusses Auskunft geben. Dieses Schreiben lautet:

Der Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen Deutschlands hat auf seiner Sitzung vom 3. Juli dieses Jahres beschlossen, Ihnen von seiner Einrichtung Mitteilung zu machen. Die Formulierung dieser Mitteilung wurde der am 27. und 28. Juli in Bad Oeynhausen abgehaltenen Sitzung vorbehalten.

Wir bitten Sie also, davon Kenntnis zu nehmen, daß die verfaßten reformierten Kirchen in Deutschland am 3. Juli 1936 einen „Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen Deutschlands“ eingerichtet haben. Der Ausschuß soll ein gemeinsames Vorgehen dieser Kirchen nach außen zu gewährleisten suchen. In die inneren Angelegenheiten der Kirchen hat er sich nicht einzumischen. Er hat also eine sehr begrenzte, aber heute unleugbar sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Die verfaßten Kirchen sind den Weg des Osnabrücker Konvents in der Überzeugung gegangen, daß ein nach dem reformierten Bekenntnis gestaltetes Leben der reformierten Gemeinden in Deutschland nur möglich ist, wenn sich diese Gemeinden zusammen mit den verfaßten Landeskirchen zu einer festen kirchlichen Gemeinsamkeit zusammenschließen. Dieser Weg ist indessen durch die Auflösung des Konvents vorerst versperrt. Er ist nach unserer Überzeugung vor allem auch darum versperrt, weil ein Teil der reformierten Gemeinden innerhalb der Union die durch die Union herbeigeführten Bindungen neuerdings stärkstens anerkannt und noch vertieft hat. Selbst die von der freien reformierten Synode in Siegen gefaßten Beschlüsse über die Bildung reformierter Klassen sind von diesen Gemeinden aus Gründen unierter Gebundenheit nachweislich bisher kaum durchgeführt worden. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der verfaßten reformierten Kirchen, ihren eigenen Bekenntnisstand nach außen zu wahren und zugleich auch den Gemeinden innerhalb unierter Landeskirchen im Rahmen des Möglichen zur Wahrung ihres Bekenntnisstandes behilflich zu sein, die auch in Zukunft reformiert bleiben wollen. Diese Aufgaben sind nicht Selbstzweck, und der reformierte Arbeitsausschuß ist nicht geneigt, die sog. „reformierten Belange“ über alles andere zu stellen. Er ist aber überzeugt, auf diese Weise den ihn berufenden Kirchen und auch verstreuten reformierten Gemeinden einen Dienst in dem ihnen je und je verordneten Kampf zu leisten. Alles Bekenntnis der Kirche ist nur lebendig, wenn es tatsächlich „bekannt“ wird, wenn Irrlehre abgewehrt und Irrtum verneint wird. Aber auf der anderen Seite ist solches gegenwärtige Bekennen, dessen Notwendigkeit der reformierte Ausschuß lebendig

bejaht, auf die Dauer unmöglich, wenn nicht Gemeinden da sind und leben, die eine klare Lehre haben und nach ihr gestaltet werden. Gerade der Kampf der Bekennenden Kirche hat das deutlich gemacht. Deshalb glauben wir nicht, daß unsere Bemühung um die Wahrung reformierter Lehre und reformierter Ordnung in unseren Kirchen und Gemeinden im Gegensatz zu dem wirklichen Willen der Bekennenden Kirche steht. Wir erklären unsererseits, daß wir einen solchen Gegensatz nicht wollen, sondern in lebendiger Kampfgemeinschaft mit den Lutheranern um die Erneuerung der Kirche auf dem Grunde der reformatorischen Bekenntnisse zu streiten bereit sind. Wir erklären weiter, daß wir auch mit dem Moderamen des Reformierten Bundes trotz der unleugbar vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nicht im Gegensatz stehen wollen, sondern den Tag herbeisehnen, da die Schwierigkeiten innerhalb des reformierten „Lagers“ behoben sind.

Diese grundsätzlichen Erklärungen mögen zugleich als Antwort auf das Rundschreiben des Moderamens vom 21. Juli 1936 an die Gemeinden und Einzelmitglieder des Bundes dienen.

Ein großer Teil der Pastoren und Gemeinden von reformiert Hannover stand nicht auf der Seite dieses Ausschusses und wollte den Anschluß an die Vorläufige Leitung der DEK. Dies geht aus einem Wort des Coetus reformierter Prediger Ostfrieslands hervor, in dem er sagt:

*Coetus fordert im Gehorsam gegen die Heilige Schrift, daß die Leitung der Evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover sich von der staatlichen Kirchenleitung der Kirchenausschüsse, die nach ihrem Auftrag Lehre und Irrlehre als gleichberechtigt behandeln muß, trennt und sich der rechtmäßigen Leitung der DEK zuordnet.*

Ebenso wurde der Reichskirchenausschuß ganz energisch von den in der Gemeinschaft der Bekennenden Kirche in reformiert Hannover stehenden Kirchenräten, Predigern und Ältesten abgelehnt.

*Zu den großen kirchlichen Entscheidungen unserer Zeit gehört auch die Frage, auf welchem Wege die reformierten Gemeinden Deutschlands gesammelt werden sollen zu einer „kirchlichen Gemeinsamkeit“.*

*Es gibt zwei Wege:*

## I.

*Der erste Weg ist der einer Sammlung der reformierten Gemeinden, die ihr Bekenntnis verstehen vom Boden der Barmer Erklärung aus, die auf der ersten freien reform. Synode in Barmen am 4. Januar 1934 gefaßt wurde. Es ist der Weg der Bekennenden Kirche in Deutschland. Diesen Weg geht der Reformierte Bund für Deutschland, diesen Weg gingen die beiden freien reformierten Synoden (Barmen und Siegen).*

## II.

*Der andere Weg ist der, den der nach Auflösung des Osnabrücker Konvents im Juni dieses Jahres gegründete „Arbeitsausschuß der*



reformierten Kirchen Deutschlands“ geht. Dieser Arbeitsausschuß soll nach der Erklärung seines Vorsitzenden die verfaßten reformierten Kirchen und reformierte Gemeinden innerhalb der unierten Landeskirchen umfassen. Obwohl der Arbeitsausschuß die Schriftgemäßheit der Barmer Erklärung hinsichtlich des Verständnisses der reformatorischen Bekenntnisse für unsere Zeit nicht hat widerlegen können, weigert er sich doch, die aus dieser Erklärung sich ergebenden praktischen Folgerungen für sein kirchliches Handeln zu ziehen. Das zeigt sich unter anderen an seiner Stellung zu dem Reichskirchenausschuß. Weil die Behörde unserer Landeskirche sowohl an der Arbeit des Reichskirchenausschusses als auch an der Bildung des Arbeitsausschusses der reformierten Kirchen Deutschlands maßgeblich beteiligt ist, sind wir den Gemeinden unserer Landeskirche, die zur Bekenntnisgemeinschaft gehören, ein Wort schuldig, weshalb wir diesen Weg nicht mitgehen können.

### III.

1. Der neugeschaffene Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen Deutschlands erkennt den Reichskirchenausschuß als Kirchenleitung an. Wir ersehen das aus der Tatsache, daß der Präsident unseres Landeskirchenrates, Herr Koopmann, dem Reichskirchenausschuß angehört, der sich selbst als Kirchenleitung ausgibt. Wir finden es bestätigt durch die Tatsache, daß Verlautbarungen des Reichskirchenausschusses von unserer Behörde an die Gemeinden weitergeleitet werden. Wir müssen aber den Reichskirchenausschuß als rechtmäßige Kirchenleitung vom Boden des Bekenntnisses aus ablehnen, weil ihm die kirchliche Berufung fehlt.

a) Der Reichskirchenausschuß ist nicht, wie es dem Bekenntnis entspricht, durch irgendeine kirchliche Stelle ordnungsgemäß berufen. Nach reformiertem Bekenntnis kann Kirchenleitung aber nur durch Synoden berufen werden.

b) Die mangelnde kirchliche Berufung kann nicht dadurch ersetzt werden, daß man durch Stillschweigen ihn anerkannt sieht. Ebenso wenig kann die rechtmäßige kirchliche Berufung dadurch ersetzt werden, daß Männer des Kirchenausschusses sich innerlich als berufen ansehen. Das wäre Schwärmerei. Auch können etwaige Erfolge die erforderliche kirchliche Berufung nicht ersetzen.

2. Mit der Anerkennung des Reichskirchenausschusses als Kirchenleitung erkennt der Arbeitsausschuß der reformierten Kirchen Deutschlands die Zusammengehörigkeit der Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche in einer Kirchengemeinschaft an. Wohl schreibt der Arbeitsausschuß in seiner Erklärung vom 28. 7. 36 (Reformierte Kirchenzeitung vom 2. August): Alles Bekenntnis der Kirche ist nur lebendig, wenn es tatsächlich „bekannt“ wird, wenn Irrlehre abgelehnt und Irrtum verneint wird.



*In der praktischen Haltung wird aber dieser Grundsatz aufgehoben durch folgende Tatsachen:*

a) Der Reichskirchenausschuß hat in seinem Abkommen mit der Reichsbewegung Deutsche Christen bezeugt, daß er die Deutschen Christen auf dem Boden der Rehmschen Erklärung als zur Deutschen Evangelischen Kirche zugehörig betrachte.

b) Die Leitung unserer reformierten Landeskirche in der Provinz Hannover hat Deutsche Christen in ihrem kirchlichen Aufsichtsamt belassen und gegen einen Prediger, der sich gegen solche Zerstörung der reformierten kirchlichen Ordnung wandte, das Disziplinarverfahren angestrengt.

c) Die Leitung unserer Landeskirche hat in den hinter uns liegenden Jahren jedes praktische Zusammengehen mit den Bekenntnissynoden abgelehnt, während sie keinen Widerspruch erhob, als der Präsident des Landeskirchenrats, Herr Koopmann, sich ohne kirchliche Beauftragung in den Reichskirchenausschuß begab und in ihm verantwortlich mitarbeitete.

Vom Bekenntnis her müssen wir aber den Reichskirchenausschuß ablehnen, weil er durch seine praktische Haltung gegenüber der deutsch-christlichen Bewegung Schriftlehre und Irrlehre in einer Kirchengemeinschaft zusammenschließen will.

3. Der Arbeitsausschuß der Reformierten Kirchen Deutschlands meint, die Sammlung der reformierten Gemeinden sei bisher vor allem deswegen versperrt, „weil ein Teil der reformierten Gemeinden innerhalb der Union die durch die Union herbeigeführten Bindungen neuerdings stärkstens anerkannt und noch vertieft hat“. Ohne die Notwendigkeit einer Klärung des Bekenntnisstandes der Unionsgebiete und die damit verbundenen Schwierigkeiten zu verkennen, müssen wir doch erklären:

a) Die dringendste kirchliche Frage der Gegenwart ist nicht die konfessionelle Aufgliederung und Auflösung der Unionskirche.

b) Sowohl unter den Lutheranern wie den Reformierten gibt es heute Kreise, die die Klärung der unerledigten theologischen Fragen zwischen den Reformierten und Lutheranern zum Anlaß nehmen, um von der grundsätzlichen Existenzfrage einer bekennenden Kirche abzulenken und den Kampf der Kirche auf Tod und Leben zu einer Frage der Konfessionszugehörigkeit zu verharmlosen, die von kirchlichen Behörden durch vertragliche Abmachungen geregelt werden könnte.

c) Nicht an der Frage des Schicksals der reformierten Gemeinden in der Union ist die Sammlung der reformierten Kirchengemeinden Deutschlands bisher gescheitert, sondern an der Tatsache, daß mitten hindurch durch die Reformierten, Lutheraner und Unierten die Scheidung geht, ob Verkündigung, Leitung und Ordnung der Kirche nur von Gottes Wort und dem Bekenntnis geschehen soll, oder ob die Gestaltung der Kirche

mitbestimmt wird durch Rücksichten auf außerkirchliche Stellen und Strömungen, wie es z. B. bei den staatlichen Kirchenausschüssen der Fall ist.

Wir müssen darum eine Sammlung der reformierten Gemeinden im Sinne des Arbeitsausschusses der Reformierten Kirchen Deutschlands ablehnen, der durch seine Stellung zu den staatlichen Kirchenausschüssen und den Deutschen Christen neben dem Gehorsam gegen Gottes Wort und das reformierte Bekenntnis noch andere Rücksichten und Gesichtspunkte für sein Handeln maßgebend sein lassen muß.

#### IV.

Aus allem ergeben sich nachstehende Folgerungen:

1. Die der Bekenntnisgemeinschaft der Reformierten Landeskirche der Provinz Hannover angehörenden Kirchenräte, Prediger und Ältesten wissen sich in den gesamtkirchlichen Fragen in die Gemeinschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche gestellt.

2. Hinsichtlich der Sammlung der reformierten Gemeinden Deutschlands wissen sie sich gebunden an die Entscheidungen des Reformierten Konventes der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche.

3. Gegenüber vertraglichen Bindungen, die etwa die Kirchenleitung unserer Landeskirche in der Frage der Sammlung der reformierten Gemeinden abschließen würde, wissen die in der Gemeinschaft der Bekenntnenden Kirche stehenden Kirchenräte, Prediger und Ältesten sich frei in ihren Entscheidungen.

4. In dem Augenblick, in dem die Leitung unserer Landeskirche Ernst machen würde mit der praktischen Verwirklichung des von ihr feierlich anerkannten Ülsener Protokolls („... Wir sind einig darin, daß es der evangelisch-reformierten Landeskirche von Hannover ihrem reformierten Bekenntnis entsprechend wesentlich notwendig ist, mit den anderen bekenntnisbestimmten und bekennenden evangelischen Kirchen Deutschlands gemeinsam zu glauben, zu lieben und zu hoffen. Wir sind einig darin, daß sich der wirkliche Bekenntnisstand unserer reformierten Kirche nach Lehre und Ordnung in einer dem Bekenntnis der Väter entsprechenden praktischen, insbesondere auch kirchenpolitischen Bekenntnishaltung bewähren und beweisen muß“), wäre der Weg frei, auf dem alle bekennenden reformierten Gemeinden innerhalb und außerhalb unserer Landeskirche jene „feste kirchliche Gemeinsamkeit“ finden würden, die dann auch leicht die rechte und rechtliche Gestaltung finden würde.

Es war klar, daß der Arbeitsausschuß nicht mit der Bekenntnenden Kirche zusammenarbeiten wollte. Man darf auch nicht verkennen, daß er das reformierte Gegenstück zu dem Lutherischen Rat bildete. Damit beschritt er einen Weg, der von dem Reformierten Bund seit

der ersten freien Synode in Barmen entschieden abgelehnt wurde. Während der Ausschuß den Weg des Konfessionalismus ging, gliederte sich der Reformierte Bund immer deutlicher in die Bekennende Kirche ein.

In reformiert Hannover war der Landeskirchentag, der vom 24. bis 27. November zusammentrat, von großer Bedeutung, weil es sich auf ihm wieder zeigte, daß man Worte fand, die dem Bekenntnis entsprachen, aber dann doch nicht die praktischen Folgerungen zog. Man faßte den Beschluß, „daß die Zugehörigkeit zu den Deutschen Christen mit dem Bekenntnis unserer reformierten Landeskirche unvereinbar ist“. Der Landeskirchenvorstand wurde beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen bald zu treffen. Auch wurde die Geltung des Ülsener Protokolles ausdrücklich bestätigt, aber die praktischen Folgerungen zog der Landeskirchentag nicht: er schloß sich nicht der Bekennenden Kirche an.

### 5. Arbeitstagung des Reformierten Konventes der Bekenntnissynode

Die mehrfach geforderte dritte freie reformierte Synode kam nicht zustande. An ihrer Stelle versammelte sich der reformierte Konvent der Bekenntnissynode vom 7.—9. Oktober 1936 in Barmen zu einer Arbeitstagung, die einer Synode gleichkam. Im Hintergrund der Beratungen stand die schmerzliche Tatsache, daß die Reformierten in verschiedenen Lagern standen. Es wurden daher zwei Beschlüsse gefaßt, von denen der eine ausdrücklich die weitere Mitarbeit in der Bekennenden Kirche bestätigte und der andere sagte, wie die reformierten Bekenntnisse heute zu gelten haben.

*1. In Gemeinschaft mit dem Reformierten Konvent der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche beschließt eine Versammlung von Predigern und Ältesten aus 88 reformierten Gemeinden Deutschlands in Fortsetzung der Arbeit der beiden freien reformierten Synoden von Barmen und Siegen folgendes:*

*Der Reformierte Konvent der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche hat auf den bisherigen Tagungen der Bekenntnissynoden die Vorlagen vom reformierten Bekenntnis her geprüft. Er bittet die Vertreter der Gemeinden, dem Auftrag, den er von der Bekenntnissynode empfangen hat, und der in Oeynhausen erfolgten Herausstellung von Superintendent Lic. Albertz zum reformierten Mitglied der Vorläufigen Kirchenleitung, zuzustimmen.*

*1. Von dieser Bitte nehmen die versammelten Diener und Ältesten der bekennenden reformierten Gemeinden zustimmend Kenntnis, indem sie dem Konvent und Superintendenten Lic. Albertz für die bisher geleistete Arbeit danken. Diese Zustimmung soll gelten, bis die in Augsburg vorgesehene Neuordnung der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche erfolgt.*

2. Mit diesem Dank verbinden die Gemeinden die Bitte, der Konvent wolle bei seiner Tätigkeit den Beschluß der zweiten freien reformierten Synode von Siegen „zur Sammlung der nach Gottes Wort reformierten Kirche in Deutschland“ im Auge behalten und für seine Arbeit, soweit erforderlich, sachverständige Mitarbeiter heranziehen.

II. Im Hinblick auf die Frage der Geltung der reformierten Bekenntnisse bezeugen wir in Einheit des Geistes mit unseren reformierten Vätern, daß bei Auslegung des Artikels 1 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. Juli 1933 nicht nur das Sonderbekenntnis der betreffenden reformierten Kirche bzw. des Kirchengebietes in seinen Aussagen zur Sache zu werten ist, diese vielmehr ihre authentische Erklärung von der Gesamtheit der reformierten Bekenntnisse her empfangen. Dabei sind jeweils die Bekenntnisse besonders zu beachten, mit denen die Väter des betreffenden Kirchengebietes den Herrn der Kirche bezeugt haben.

Mit dem Vortrag und den Thesen von Pastor Lic. de Quervain über „Die Bezeugung und Geltung der Gebote Gottes“ griff der Konvent in die damals viel verhandelte Debatte über „Evangelium und Gesetz“, „Kirche und Staat“ ein. Diese Thesen sollten das Gespräch mit den Reformierten fördern, die nicht den Weg der Bekennenden Kirche mitgehen und doch ihr Festhalten am Bekenntnis so stark betonen. Andererseits sollten sie auch eine Frage an die lutherischen Brüder in der Bekennenden Kirche sein, die vor denselben Fragen wie die Reformierten standen.

### *I. Vom souveränen Willen Gottes in seinen Geboten*

1. Nicht als sittlich Entrüstete, nicht als reformierte Aktivisten, nicht als Kämpfer für eine fromme Sache, sondern als Sünder, die Gottes Erbarmen preisen, sind wir aufgerufen, von dem Gehorsam Rechenschaft abzulegen, den wir Gottes Wort schuldig sind. Das Zeugnis von den Geboten aber ist ein Prüfstein, ob wir die Taten Gottes sehen und preisen, ob wir recht bekannt haben Gott Vater, Sohn und Heiligen Geist.

2. Von den Geboten reden, kann für uns nichts anderes heißen, als reden von dem guten Hirten, von dem, der sein Volk sammelt, leitet, bewahrt durch sein Wort. In seinen Geboten spricht Gott zu seinem Volk; er erweist sich als der, der es um Christi willen frei gemacht hat und als freies Volk leben läßt.

3. So wahr es ist, daß Gott sich in seinem Wort zum Menschen, der Fleisch ist, herabläßt, seiner sich annimmt, mit ihm redet, so souverän ist doch sein Gebot, nicht Menschengedanken, sondern Gottestat, Gotteshilfe, Tat, Hilfe, die ihn preist.

4. Wer Gottes Willen an seinen Geboten vorbei in Ordnungen und Gesetzen sucht, der kehrt zu der Knechtschaft zurück, aus der er befreit ist. Indem er den offenbaren Willen Gottes von sich weist, flieht er vor Gott und sieht auch seinen Nächsten nicht.



5. Der durch Christus Erlöste kennt keine andere Richtschnur seines Handelns als Gottes Gebote. Das menschliche Gewissen, die Stimme des Blutes, die bewährten Ordnungen, die Gesetze des Staates können neben ihnen keine Autorität beanspruchen.

## II. Von der Predigt der Gebote

1. Die Gebote werden uns gesagt, auf daß wir als Ungerechte, als unheilbar Kranke, als Götzendiener und Hasser unseres Nächsten uns erkennen. Daß Gott diesen Sündern als seinen Kindern die Treue hält, ist unsere gemeinsame Hoffnung, diese Treue zu preisen unser gemeinsames Ziel.

2. Die Gebote werden uns gepredigt zum Zeugnis, daß wir, Sünder, berufen sind, als Glieder am Leibe des Auferstandenen Gott zu dienen und unseren Nächsten als Miterben derselben Verheißung zu ehren und zu lieben. Dieselben Worte, die uns töten, jede Eigengerechtigkeit uns nehmen, verkündigen uns die neue Schöpfung, die wir in Christo sind.

3. Gottes Handeln durch seine Gebote wird uns bezeugt, wenn wir aufgefordert werden, Gottes Hilfe zu empfangen in der Gabe von Recht, Sitte, Ordnung. Es wird uns damit aber auch gesagt, daß wir diese Gabe nicht loslösen können von dem Geber und seiner eigentlichen Gabe, Christus, unserem Haupt.

4. Die Kirche kann in der Verkündigung sich nicht auf die Tröstung der Sünder beschränken, die Predigt der Gebote aber dem Staate und der Schule überlassen, d. h. die jeweils geltende Weltanschauung als die maßgebliche Auslegung der Gebote übernehmen. Tut sie das, dann ruft sie nicht mehr den Sünder zur Buße und läßt ihn ohne Tröstung. Sie verkündigt nicht mehr die Vergebung der Sünden, sondern sie richtet wie die Pharisäer und spricht los ohne Vollmacht.

5. Die Kirche schuldet diese dreifache Predigt der Gebote, diese Tröstung, Mahnung und Warnung einem jeden Gliede der Gemeinde, ob dieses Glied seine Zugehörigkeit ernst nimmt oder ob es sie gering schätzt. Noch haben wir es mit Getauften, mit Menschen, die ihre Taufe verleugnen, zu tun. Es gilt aber nicht minder das Wort: „Verkündigt das Evangelium — d. h. die Botschaft von der Herrschaft Christi — jeder Kreatur.“

## III. Von Recht und Sitte unter den Geboten

1. Als Gabe Gottes steht die bürgerliche Gerechtigkeit nicht eigenherrlich und eigenmächtig neben den Geboten, sondern unter den Geboten. Sie hat sich zu verantworten, nicht vor dem parteiischen Urteil der Menschen, sondern vor dem, der nach seinen Geboten alle Handlungen des Menschen richtet.

2. Steht die bürgerliche Gerechtigkeit unter den Geboten, so ist der Mensch nicht mehr der Willkür der Gebietenden, den Anschauungen der

Zeit, dem Zauber und der Gewalt der Mächte preisgegeben. Die Gebote schützen sein Recht, verschaffen ihm Recht gegenüber der Macht des Unrechts. Die letzte Verantwortung dafür ist aber nicht ihm, sondern den Wächtern über das Recht aufgetragen. Darum ist ihm die Möglichkeit genommen, im Kampf um sein Recht, Gott und seine Gebote für sich gegen die Gebietenden in Anspruch zu nehmen. Der Christ weiß, daß über seinem eigenen Recht, das er als Gabe Gottes nimmt, wofür er, ohne sich das Amt des Richters anzumaßen, kämpft, das Recht Gottes, die Gebote, als Unantastbares, Unvergängliches bleibt. Wovor er sich zu fürchten hat, ist nicht die Minderung oder der Verlust seines Rechtes, sondern die Verachtung der Gebote. Er handelt darum im Gehorsam gegenüber den Geboten, wenn er in der Liebe zu Gott und zu seinem Nächsten den widergöttlichen Anordnungen des Menschen sich widersetzt und für seines Nächsten Recht eintritt.

3. Wo dies verstanden wird, daß Recht, Gesetz, Sitte unter den Geboten stehen, darf und muß die Aussage getan werden, daß die bürgerliche Gerechtigkeit um des Nächsten, um des von Gott geliebten Menschen willen da ist und nicht der Mensch um der bürgerlichen Gerechtigkeit willen. Der in seinem Wort geoffenbarte Gott, der durch Christus gezeigte Nächste, sie sind die Krise und die Grenze der bürgerlichen Gerechtigkeit.

4. Hört die Kirche auf, von dieser Unterordnung der bürgerlichen Gerechtigkeit unter die Gebote zu zeugen, dann ist sie mitschuldig an der Verderbnis des Rechtes. Im totalen Staat und im totalen Volk wird aus der Unterordnung ein Nebeneinander und schließlich ein Aufgehen der Gebote in die durch weltgebundene Menschen geschaffenen Gesetze. Gott wird nicht mehr als Richter der Richtenden angerufen, sondern er wird zum Schutzgott der geltenden Ordnung gemacht. An die Stelle des Nächsten tritt der Mythos der Klasse oder des Imperiums oder des Volkes oder der Rasse.

5. Es kann nicht zum eigentlichen Amt der Kirche gehören, Recht zu schaffen und den von Gott dazu verordneten Stellen dieses Amt abzunehmen. Die Kirche hat lange Zeit um ihr eigentliches Amt nicht mehr gewußt, der Welt die Predigt des Evangeliums vorenthalten, darum sich selbst Lasten aufgeladen und in mancherlei Sorgen sich verzehrt. Wo die Kirche ihr eigentliches Amt wieder erkennt und Gottes Wort wieder unverkürzt verkündigt, wird sie es aber nicht wehren können, daß eine eigenmächtige Welt dies als Störung empfindet. Gegenüber der Auflehnung gegen die Gebote, gegenüber der Loslösung des geltenden Rechts von Gott, dem Hüter des Rechts, wird die Kirche in Zuspruch und Ermahnung Entscheidungen herbeiführen müssen. Durch das so verkündigte Wort wird — wenn Gottes Erbarmen das Gericht über Volk und Staat abwendet — Recht und Billigkeit von neuem geschenkt werden.

## 6. Ende der Kirchenausschüsse und Wahlerlaß des Führers

Am 12. Februar 1937 trat der Reichskirchenausschuß zurück,<sup>1)</sup> auch die Landeskirchlichen Ausschüsse fanden bald ihr Ende. Die Kirchenführerkonferenz versuchte eine neue Leitung herauszustellen, zu der Landessuperintendent D. Dr. Hollweg als Reformierter gehörte. Das geschah ohne Fühlungnahme mit der VKL. Dieses neue „Geistliche Ministerium“ hatte aber keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung. Als der Wahlerlaß des Führers erschien, verfaßten Vertreter reformierter Gemeinden am 8. März 1937 in Elberfeld ein Wort zu diesem Erlaß, in dem es u. a. heißt:

1. *Jedes Handeln der Obrigkeit an der Kirche muß der Auferbauung der Gemeinde Jesu Christi, d. h. der Herrschaft des Wortes Gottes dienen.*

2. *Die Rechtshilfe der Obrigkeit darf nicht zum Ziele haben, die Kirche dem Primat des Staates unterzuordnen, sondern sie hat dazu zu dienen, daß die an das Bekenntnis gebundene Kirche im Staat ihre öffentlich rechtliche Anerkennung erhält.*

3. *Ein solches Handeln der Obrigkeit an der Kirche ist vom Bekenntnis her nicht grundsätzlich abzulehnen.*

4. *Aktives Wahlrecht haben grundsätzlich alle mündigen Glieder der Gemeinde, die mit ihr in dieser Zeit den Namen Jesu Christi bekennen (Apg. 4, 12). Dieses Wahlrecht muß von dem allein an seinen Herrn gebundenen Presbyterium denen aberkannt werden, die durch Wort oder Tat das Bekenntnis der Gemeinde verachten (Frage 85 des Heidelberger Katechismus).*

5. *Die unter Gottes Wort versammelten wahlberechtigten Glieder der Gemeinde wählen unter Anrufung des dreieinigen Gottes als Älteste Männer, zu denen sie das Vertrauen haben, daß sie ihren besonderen Dienst allein gebunden an das Bekenntnis der Gemeinde ausrichten werden.*

6. *Zu den Synoden entsenden die Presbyterien ihre Vertreter, so daß in den Synoden die Gemeinde und nicht eine Wählerschar redet oder handelt.*

Für die Reformierten entstand damals eine etwas sonderbare Lage, als die VKL zusammen mit dem Lutherischen Rat einen Wahlausschuß bilden wollte. Da der Reformierte Kirchenausschuß mit dem Lutherischen Rat in einer Arbeitsgemeinschaft verbunden war, hatte er auch an diesem Wahlausschuß Interesse. Die Auricher Kirchenleitung wollte zwar nicht zur VKL gehören, war aber doch bereit, an diesem Wahlausschuß mitzuarbeiten. Für das reformierte Mitglied der VKL ergab sich daraus die Frage, ob er bei der Beteiligung von reformiert Hannover auch in den Wahlausschuß eintreten könne. Der Reformierte Konvent der Bekenntnissynode hatte Bedenken, die am 22. März 1937 in Hamm i. W. zusammen mit den Bekenntnisgemeinschaften von reformiert

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 151 ff.

Hannover und Lippe besprochen wurden. Sup. Lic. Albertz wurde erst ermächtigt, in dem Wahlausschuß mitzuarbeiten, wenn die in der „Hammer Entschliebung“ vorgelegten Fragen im Sinne der Bekenntnissynoden der DEK beantwortet seien. Es kam aber nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Wahlausschuß, da sich bald herausstellte, daß keine Kirchenwahlen stattfinden würden.

#### *IV. Die Reformierten unter dem neuen Druck des Staates bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges.*

##### *1. Die Terrorakte des Staates und das Verhalten der Reformierten*

Nach dem Scheitern der staatlichen Kirchenausschüsse versuchte der Staat wieder die Bekenkende Kirche durch Verhaftungen, Redeverbote und Ausweisungen zu schwächen und zu zermürben. Davon wurden die Reformierten, die in der Bekennden Kirche mitarbeiteten, sehr stark betroffen. Es sollen hier nur einige wenige Namen reformierter Prediger genannt werden, die im Laufe des Jahres aus verschiedenen Gründen ein oder mehrere Male verhaftet oder ausgewiesen wurden oder Redeverbot erhielten: D. Humburg, Barmen-Gemark; Immer, Barmen-Gemark; Niesel, Berlin; Albertz, Berlin-Spandau; Middendorf, Schütthorf; Kramer, Schütthorf; Schneider, Dickenschied; D. Hesse, Elberfeld; Lic. Th. Hesse; Steiner, Leun; Weißberg, Lennep, usw. Zur Stärkung der Gemeinden dienten die Briefe der Verhafteten aus den Gefängnissen. Die weiteste Verbreitung fand der „Strahlenbrief“ von Pastor Karl Immer an seine Kinder, geschrieben am 23. August 1937 aus dem Krankenhaus in Berlin-Grunewald, wohin er nach seinem körperlichen Zusammenbruch in dem Staatspolizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert worden war. Hinter diesem Brief war die Gestapo ganz besonders her, weil es ihr nicht verborgen blieb, welch ein Zeugnis der Treue und Barmherzigkeit Gottes dieser Brief war.

*Berlin-Grunewald, am 23. 8. 1937*

##### *Strahlenbrief an meine Kinder*

*Meine lieben Kinder!*

*Ihr habt ein Anrecht darauf, genau zu wissen, wie es mir in der letzten Zeit ergangen ist. Durch Mutter habt Ihr wenigstens in aller Kürze das Notwendigste erfahren. Ihr wißt, wie wichtig es mir ist, daß alle meine Kinder mitkommen und keines zurückbleibt, darum sollt Ihr auch Anteil haben an allem Schweren und an aller Herrlichkeit Gottes, die hinter mir liegt*

*Am Donnerstag, dem 5. August, wurde ich vormittags kurz nach 11 Uhr — ich war gerade bei Pastor Kuhlmann, um ihm zum Geburtstag zu*



gratulieren — von Herrn N. N. (Stapo-Barmen) ersucht, ihm zum Kleinen Werth zu folgen. Ihr wißt, liebe Kinder, daß ich mit der Verhaftung seit Anfang des Kirchenkampfes ständig gerechnet habe. Es war ja auch in nichts als in der Freundlichkeit Gottes begründet, daß ich 33/34/35/36 und bis zum August 1937 nie verhaftet gewesen bin. Ich sagte mir, du bist nicht besser als deine Brüder, die nun z. T. schon so lange gefangen sind. Zunächst gab es noch eine Vernehmung über meine Predigt am 30. 5. in Kaukehnen in Ostpreußen. Die Vernehmung schließt mit dem Wort: „Aber ich weiß, daß mein Erlöser lebt.“ Einige Sachen wurden mir zur Polizei geschickt, vor allem meine Bibel, Lösungs-, Gesang- und Psalmbuch. Kurze Zeit war ich noch im Gefängnis Barmen, (wo sich der registrierende Beamte als ein Glied unserer Gemarker Gemeinde bekannt gab. 3 Uhr 48 fuhr ich dann vom Hauptbahnhof Barmen ab, verabschiedet von einigen unserer treuen Ältesten und von Eurer tapferen Mutter. Bis Bielefeld hatte ich die gute Gesellschaft von Onkel Hermann van Senden, mit dem ich noch viel besprochen habe. Ich fand auch einen der Zeugen im Dibelius-Prozeß, der am nächsten Tage steigen sollte, Pastor Dr. Wilkens, Düsseldorf).<sup>1)</sup> Gegen 11 Uhr abends brachte mich Herr N. N. zur Staatspolizeistelle am Alexanderplatz Berlin. Nach Erledigung aller Formalitäten wurde mir die schwere Eisentür des Saales I, 10 geöffnet, meine Bücher durfte ich behalten. Da war ich nun im Gefängnis, richtig hinter Schloß und Riegel (wörtlich zu verstehen). In einem Saal, der mit 32 Betten, je 2 übereinander, besetzt war. Vorne an den Fenstern standen 3 Tische mit Bänken und Schemeln. Die beiden Toiletten waren vom Hauptraum gut abgeteilt, 2 Kräne sorgten für das nötige Wasch- und Trinkwasser. Ich nahm gleich das erste Bett für mich ein. 2 Wolldecken, ohne Überzug, sollten mich wärmen, das Handtuch wurde über das Keilkissen gebreitet, als Ersatz für einen Kissenbezug. Es mögen in jener Nacht 14 oder 15 Gefangene mit mir in diesem Saale gewesen sein. Manche von ihnen machten sich durch schweres Schnarchen bemerkbar.

Ich mußte an den alten D. Traugott denken, der im Gefängnis zu Petersburg wohl wußte, das er hier vor Menschen unschuldig war, aber vor Gott hatte er, und ebenso ich, den Kerker 1000mal verdient. So schenkte mir Gott die Gnade, mich unter seine gewaltige Hand zu demütigen.

Am nächsten Morgen wusch ich mich frühzeitig und wurde dann sehr bald mit den Gefangenen bekannt. Es mögen im Laufe der Tage etwa 50 gewesen sein, die ich ein wenig kennenlernte. Vormittags kamen hier und da die Entscheidungen: in das Untersuchungsgefängnis nach Moabit, in die Freiheit oder in eine andere Zelle, nachmittags und bis in die Nacht hinein gab es dann Neuauftnahmen aus den verschiedensten Lagern. Als ich meinen Knust trockenen Brotes und in meinem Napf die braune Brühe Kaffee vor mir hatte, durfte ich still für mich beten um den Segen Gottes auch für diese karge Mahlzeit. Im Gefängnis sind die Stunden sehr lang

---

<sup>1)</sup> Die eingeklammerten Sätze wurden bei der Verbreitung des Briefes ausgelassen.

und wollen gar nicht weichen. Da freut man sich dann, wenn man Menschen findet, mit denen man vernünftig sprechen kann. Durch den Wunsch vieler Mitgefangener ergab es sich mit der Zeit so, daß wir etwa 3mal täglich uns mit der ganzen Corona in einer Ecke des Saales versammelten, um etwas Gemeinsames zu erleben. Wir nannten es wohl scherzend: 2. Frühstück, Teestunde oder Tabakkollegium, natürlich ohne diese Herrlichkeiten. In diesen Stunden habe ich viel erzählt von meinen Reisen, Studenten-jahren, von Eltern und Großeltern. Ich hätte noch lange Stoff gehabt, aber mir lag es daran, daß auch die andern über dem Erzählen ihres Lebens ihre Lage vergäßen und den Kameraden einen Dienst taten. So hat an einem Tabakkollegium ein Sänger seinen Werdegang als Künstler uns in ergreifender Weise deutlich gemacht, ein anderer erzählte von seiner Italienreise, die er im Frühjahr gemacht hatte, und ein anderer berichtete von einem Besuch bei Weißenberg, einem Sektenhüuptling der Nachkriegszeit. Natürlich lernten wir uns auf diese Weise viel besser kennen und wuchsen immer mehr zusammen. Nach und nach wußte jeder über das Geschick des anderen Bescheid. Da bin ich erschrocken über das Denunziantentum, das sich überall breitmacht, erschrocken aber auch über die Abgründe der Sünde, wie sie sich in den Gesichtern einzelner Schutzhäftlinge bereits eingepägt hatten. Wir waren ein buntscheckiger Haufe. Unser Stubenältester, dessen Vater aus Israel stammte, er selbst einst Abteilungsleiter bei Tietz, dazu ein alter Israelit, der vor Jahr und Tag aus Deutschland ausgewandert war, nun aber in großem Heimweh noch einmal nach Deutschland zurückgekehrt war, um seine Kinder zu besuchen, seine Anmeldung hatte zur Verhaftung geführt. Da war der alte Bibelforscher, der früher einer Landeskirchlichen Gemeinschaft angehört hatte, ein liebes, stilles Gotteskind, mit dem ich mich gut verstand. Eines Tages, als seine Frau ihn hatte kurz sprechen dürfen, kam er sehr erregt zurück in unseren Saal. Da haben wir ihn gleich abgelenkt und ihn gebeten, uns von seinem schönen Garten in Reinickendorf zu erzählen, das hat er denn auch meisterhaft getan, aber am Nachmittag beim Umgang auf dem Gefängnishof mußte er doch im inneren Kreis gehen, weil sein Herz ihn zu sehr schmerzte. Einige Sänger, jeder mit seinem besonderen Lebensschicksal; ein Justizwachtmeister; ein schlichter Arbeiter, dem man vorgeworfen, kommunistischer Funktionär gewesen zu sein; ein katholischer Kaufmann, der sich immer wieder an mich klammerte, weil ihm sehr bange war (wie manchen Psalm hat er aus meinem Psalmbüchlein gebetet); ein Diplomvolkswirt, der nach Verbüßung von 2 politischen Strafen nun noch für unbestimmte Zeit ins Gemeinschaftslager wandern sollte; einer, der aus dreijähriger Zuchthausstrafe zu uns kam zur Überprüfung seiner politischen Persönlichkeit, ein tapferer Mann, der durch reichlich körperliche Übungen sich frisch zu erhalten suchte für die Rückkehr in die Öffentlichkeit; ein alter Feldwebel aus den Zeiten von August Bebel und Legien, der uns viel von seinen Kriegs- und Nachkriegserlebnissen erzählt hat, ein Mann, der durch unaussprechliche Enttäuschungen gegangen ist,

und in seinen alten Tagen, wie es scheint, seinen Mund nicht halten konnte. Ich habe diesen Alten geschätzt, es steckte so viel Urwüchsiges und Kerniges in ihm. Neben solchen Sozialdemokraten aus der alten Zeit standen Kommunisten, bei denen man den Eindruck hatte, sie wissen nicht, was Kommunismus ist, und dann das traurige Heer der Unzüchtigen, der 23jährige Fritz aus Elberfeld, der zuerst so ganz ungebärdig war und nachher weich und zugänglich wurde wie ein Kind. Aufs Ganze gesehen, ein Heer von Mühseligen und Beladenen. Schon am Freitagabend bat ich, ob wir nicht gemeinsam unser Abendbrot mit Gebet beginnen sollten. Es erhob sich kein Widerspruch. Als es dunkelte und der eine oder andere bereits zu Bett gehen wollte, las ich für alle den Abendsegen, einen Abschnitt aus dem Alten Testament und einen aus dem Neuen, dazu ein Lied Paul Gerhardts: „Gib dich zufrieden und sei stille in dem Gotte deines Lebens. In ihm ruht aller Freude Fülle, ohn ihn mühest du dich vergebens. Er ist dein Quell und deine Sonne, scheint täglich hell zu deiner Wonne, gib dich zufrieden.“ Auch gebetet habe ich mit den Traurigen, und es war eine große Stille. Von da ab haben wir es, solange ich in der Zelle war, so gehalten: vor dem Frühstück las ich Losung und Lehrtext der Brüdergemeinde und betete kurz, mittags und abends wurde auch zu Tisch gebetet, und der Abendsegen fand eine Schar von Hungernden und Dürstenden: Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit meine Seele, Gott, zu dir.

Am Samstagabend fragte ich beim Essenempfang, ob ich morgen zum Gottesdienst gehen könnte. Ich wurde auf das Kaffeeholen am andern Morgen vertröstet. Mein Vorschlag, daß wir gemeinsam an dem Gottesdienst teilnehmen möchten, fand keinen Widerhall, u. a. hieß es, wir wissen ja auch gar nicht, was wir da vorgesetzt bekommen, halten Sie uns doch morgen früh eine Predigt, Sie sind in gleicher Lage wie wir und werden da schon das rechte Wort finden. So habe ich denn am Sonntagmorgen Mark. 6, 45—52 ausgelegt: Er sah, daß sie Not litten. Der Herr sprach: Seid getrost, ich bin's, fürchtet euch nicht. — O wie lebendig wurde das Wort Gottes in dieser Abgeschlossenheit, wo alles, was man ist und hat, geprüft wird auf seine Wertbeständigkeit. Es war eine sehr stille und aufmerksame Zuhörerschaft an jenem Sonntagmorgen. Am Sonntagabend habe ich mir sogar das einzige Mal erlaubt, beim Abendsegen zu singen, sonst ist das Singen nicht gestattet, aber ich dachte, am Sonntagabend dürfte ich in aller Stille einmal eine Ausnahme machen. Da sang ich denn das Euch allen bekannte: Hirte deiner Schafe, der von keinem Schlafe etwas wissen mag, deine Güt' und Milde diene mir zum Schilde den vergangenen Tag. Sei die Nacht auch auf der Wacht und laß mich von deinen Scharen um und um bewahren. Ich sang das ganze Lied. In der Nacht von Sonntag auf Montag bekamen wir unerwarteten Zuwachs: zwei jüngere Pfarrer und ein Gemeindeglied, die bei der Annenkirche in Dahlem ergriffen waren, wurden uns zugesellt. Es war für mich eine rechte Erquickung, einige Männer der Bekennenden Kirche und gar noch Pastoren bei mir zu haben. Einer von den beiden Theologen soll im September das 2. Examen



machen, da haben wir denn in einer Vormittagsstunde eine Prüfungskommission gebildet und den Examinanden in Bibelkunde geprüft, und zwar so, daß die ganze Corona einen Gewinn davon haben konnte. Ich war Vorsitzender, einer der Pastoren sollte Beisitzer sein, wurde aber gerade zum Verhör abgerufen, der alte Bibelforscher wollte nicht für ihn einspringen: ich bin nur ein Laie. Der Diplomvolkswirt fungierte als juristischer Beirat. Wir haben uns dann gründlich unterhalten über die Bücher des Alten und Neuen Testaments, die im Gefängnis geschrieben sind, vor allem über Jeremia und den Philipperbrief. Das kleine Briefchen an Philemon haben wir noch ausgiebig besprochen. Es wurde allgemein willig zugehört. Der Examinand bestand mit 2/1, er wußte wirklich Bescheid. So sind die Tage dahingegangen. Einige Male wurden wir auf den Hof geführt, zur sog. Freistunde. Die Gesunden bildeten den äußeren Kreis, der in scharfem Tempo gehen mußte, die Alten und Schwachen gingen im inneren Kreis, oft ein Bild zum Erbarmen. Im Laufe der Tage kam es dann bei den Einzelnen zu den erwarteten Verhören. Ich wurde am Freitag gleich in meiner Sache vernommen: Beteiligung an der Bruderatssitzung am 3. 6. 1937, meine Stellung zu dem Kollektenerlaß des Ministers Kerrl. Die erste Vernehmung verlief anscheinend zufriedenstellend, so daß man mir sagte, ich könnte entlassen werden, wenn der betreffende Vorsitzende zur Stelle wäre. Aber mit der Entlassung wurde es nichts. Meine Hoffnung, an der preußischen Bruderratssitzung am Mittwoch, dem 11. 8., die ich selber noch vorbereitet hatte, teilzunehmen, ging nicht in Erfüllung. Dienstag kam es dann noch zum ausführlichen Verhör in den beiden genannten Fragen. Ich präzierte meine Stellung zu der Kollektenfrage etwa wie folgt: Die Verordnung des Ministers Kerrl ist ein unerlaubter Eingriff der Staatsgewalt in den Raum der Kirche, ich werde, wie auch bisher vor Ausgabe des Erlasses, nur den Kollektenplan der nach Schrift und Bekenntnis rechtmäßigen Kirchenleitung benutzen. Damit hatte ich deutlich gemacht, daß ich in der Kollektensache unbeugsam den Weg der Bekennenden Kirche gehen würde. Von Entlassung konnte nun nicht mehr die Rede sein. Dann bin ich noch einmal kurz am Mittwoch vom Untersuchungsrichter vernommen worden, der verfügte, ich sollte um 1 Uhr nach Moabit ins Untersuchungsgefängnis überführt werden. Aber damit greife ich bereits vor. Ich muß Euch noch kurz schildern, wie es zu meiner Erkrankung kam. In steigendem Maße spürte ich, wie die Haft auf mir lastete. Wenig gute Luft, keine Sonne, 4 Tage trocken Brot, zu dünne Suppen — nach 4 Tagen allerdings stieg ich zu bestrichenem Brot auf — die veränderte Lebensweise, der Mangel an Bewegung, die Unruhe Tag und Nacht, Mangel an Verdauung wohl 4 Tage, dazu das Geschick meiner armen Mitgefangenen, das schwer auf mir lastete. Da bedurfte es dann vielleicht nur noch eines besonderen Anstoßes, der etwa gegeben war nach der 2. Vernehmung, beim Photographieren und bei den Fingerabdrücken. Ich erinnerte mich an das Wort, das man bei meinem Herrn und Heiland wahrgemacht hat: Er ist unter die Übel-



täter gerechnet. Das sind schwere Wege, wenn man daran denkt, daß die eigene Staatsführung die Zeugen der göttlichen Wahrheit unter die Übeltäter rechnet. Als ich an jenem Dienstagnachmittag zu den Kameraden zurückkehrte, wunderten sie sich, wie rot ich im Gesicht wäre. In der Tat brauchte ich einige Zeit der Stille, bis ich den Mitgefangenen Rede und Antwort stehen konnte. An jenem Abend erlebte ich es zum erstenmal, daß ein neu hinzugekommener Freidenker, ein unangenehmer brutaler Mensch, nach dem Tischgebet rief: er wäre Freidenker, er könne sich so etwas nicht gefallen lassen. Zum ersten Male haben an jenem Abend nicht alle sich an dem Abendsegen beteiligt. Das war mir ein großer Schmerz. Ich legte mich früh hin. Es gesellten sich aber noch eine Anzahl Getreuer um mein Bett, und es gab noch lange ernsthafte Gespräche über das Wesen des gegenwärtigen Kirchenkampfes. Ein höherer Parteigenosse, der auch in Untersuchung war, beteiligte sich lebhaft an diesem ihm bis dahin völlig fremden Gebiet. Ich habe es auch an jenem Abend bezeugt: wenn das deutsche Volk den Sohn Gottes verwirft, ist es verloren. Darum kämpfen wir, die wir um die alleinige Geltung des Wortes Gottes Alten und Neuen Testaments ringen.

In der Nacht schlief ich mit einigen Unterbrechungen und freute mich, als ich kurz vor 6 aufstehen durfte zum Waschen. Aber als ich mich zum Waschen fertig machen wollte, versagten die Kräfte, so daß ich mich auf den Schemel setzen und den Kopf auf den Tisch legen mußte. Ein Kamerad wusch mir den Oberkörper, so daß ich nachher Gesicht und Mund selber besorgen konnte. Das Frühstück schmeckte mir gut. Ich beteiligte mich noch an der gemeinsamen Aussprache und wies darauf hin, daß alle die Bewegungen der letzten 150 Jahre, vom Idealismus an, an einer falschen Auffassung vom Menschen krankten. Sie alle nehmen von Jean Jacques Rousseau die falsche Meinung hin, der Mensch sei gut. Nur wo wir die biblische Betrachtungsweise des Menschen finden, bei Bismarck und auch bei dem Freigeist Friedrich dem Großen, daß der Mensch böse sei, finden wir wirkliche Realpolitik. Ich zog mich aber bald zurück, weil ich sehr matt war. Mein katholischer Kaufmann las mir aus der Leidensgeschichte nach Markus vor. Der Stubenälteste hatte mich bewegen wollen, daß ich mich krank meldete, aber davon wollte man in der Stube nicht viel wissen, so hatte ich nur um einige Abführpillen gebeten. Der Sanitätswachtmeister, der sie mir aushändigte, erregte mich durch die unangenehme Art und die hüßlichen Worte, mit denen er mir begegnete. Im übrigen muß ich sagen, daß der Ton und die Behandlungsweise durch die Beamten rauh, aber korrekt war. Auch bei den Vernehmungen bin ich durchaus zuvorkommend behandelt worden. Am frühen Vormittag des Mittwoch wurde ich dann mit einer Anzahl anderer Gefangener zum Untersuchungsrichter geführt. Mein Zustand hatte sich inzwischen so verändert, daß ich nicht mehr allein gehen konnte, ein Mitgefangener stützte mich bis zu dem Lokal der Untersuchungsgefangenen, aus dem wir dann einer nach dem anderen herausgerufen wurden. Als ich zum Untersuchungsrichter gerufen wurde, hielt

mich der Schupobeamte mit starker Hand, so daß ich nicht hinfiel. Es wurde mir eröffnet, daß ich um 1 Uhr ins Untersuchungsgefängnis nach Moabit überführt würde. Ich bat um Aufnahme in ein Lazarett und hörte, daß dieses auch in Moabit wäre. Zurückgebracht in den Untersuchungsgefangenenraum, erlebte ich, wie so manches Mal, die Fürsorge der Gefangenen. Sie machten eine ganze Bank frei, legten mir meine Jacke als Kopfkissen unter den Kopf, so habe ich dann eine Reihe von Stunden gelegen. Zwischenhinein kam der Wachtmeister und meldete mir, daß ich entlassen würde. Ich bat um eine Tragbahre und Überführung in ein Krankenhaus, da ich nicht gehen konnte. Nach wieder geraumer Zeit hatte man mich dann auf einer Bahre in meine Zelle zurückgebracht. Dort untersuchte mich ein Medizinalrat, den man aus der Stadt herbeigerufen hatte, und um 7 Uhr abends lag ich endlich auf dem Flur, wo unsere liebe Frau Rat und Pfarrer Kurtz auf mich warteten und mich in Begleitung eines Stapobeamten zum Martin-Luther-Krankenhaus brachten.

Der Abschied von den Gefangenen war beweglich. Einer las auf meinen Wunsch der ganzen Corona noch einmal das Lied: Gib dich zufrieden und sei stille, dann trat jeder einzelne an meine Bahre und ich konnte so manchem noch ein Wort des Trostes, ein Wort Gottes zuflüstern. Ich durfte ihnen allen noch die Hand drücken, wie gern hätte ich denen, die ich für unschuldig hielt, die Freiheit verschafft. —

Nun bin ich schon eine Woche in dem wundervollen Krankenhaus in Berlin-Grünwald, wo ich auf alle Weise die Güte Gottes erfahre, in der herzlichen Behandlung, in der Pflege der Schwestern, in der Fülle von Post, die z. T. noch vom Alexanderplatz mir nachgeschickt, zum großen Teil aber direkt nach hier gelangt, die Briefe von Onkel Udo und Pastor Bockemühl. Für Eure Briefe danke ich Euch herzlich. Aus allem spüre ich, daß Ihr mit Mutter und mir auch diese schwere Zeit tragt als vom Herrn. Am Donnerstagabend traf Mutter mit Herrn Kirchmeister Frowein ein. Sonntag war Herr Halstenbach hier, um vor seinem Urlaub sich über meinen Zustand zu vergewissern, und im Laufe der Tage kamen so viele Freunde aus Berlin und der Mark, ja sogar Herr Katz und Frau aus dem Presbyterium Gemark. Gestern war auch Herr Luft hier. Ihr seht, ich habe es sehr gut. Gestern habe ich zum ersten Male etwas aufgesessen und heute beginnt das Elektrisieren. Schwäche und Müdigkeit sind noch sehr groß, aber wir erleben täglich die Wunderhilfe ohnegleichen. Besonders wichtig ist es Mutter und mir, daß Frau Rat fast täglich zu uns kommt. Nun grüße ich meine lieben Kinder mit einem Wort, das ich einmal den Gefangenen sagte und das mich jetzt in meinem Krankenzimmer umgibt: Noch eine kurze Zeit, dann ist's gewonnen, dann ist der ganze Streit in Nichts zerronnen, dann darf ich laben mich an Lebensbächen und ewig, ewiglich mit Jesus sprechen.

Auf das Wiedersehen mit Euch im Klingeholl freut sich von ganzem Herzen

Euer Vater

Pastor Immer hatte schon vorher ein mahnendes Wort zu der Fürbitte für die Verhafteten geschrieben:

*Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen einmal sagen, wie ich über den Dienst der Fürbitte denke. Ich weiß, daß manche Brüder Hemmungen haben, sonntäglich die Liste der Ausgewiesenen, Verhafteten usw. zu verlesen. Sie haben die Sorge, es könne dies aufgefaßt werden als eine politische Demonstration. Ich habe alles Verständnis für solche Sorge und weiß um die Gefahr, in der wir allzeit stehen, daß unser Dienst am Wort befleckt werde mit unserem eigenen Eifer und der Altar des Herrn verunreinigt werde durch fremdes Feuer. Aber lauert nicht von allen Seiten auf uns die Gefahr? Nach dem Wort Heiliger Schrift ist uns die Fürbitte für die Brüder geboten. Wie soll aber die Gemeinde im Gottesdienst und daheim Fürbitte tun, wenn sie die Namen und die Leiden unserer bedrängten Brüder nicht kennt? Vielleicht denken Sie, liebe Brüder, ja wohl, wir wollen dann die Brüder, die der Freiheit beraubt sind, namentlich der Gemeinde mitteilen und für sie namentlich Fürbitte tun. Da möchte ich Sie aber bitten: halten Sie Ausweisungen für etwas Geringes? Ich habe ständig mit ausgewiesenen Brüdern zu tun. Ich merke es den Brüdern an, unter welcher seelischen Last sie einhergehen, getrennt von der Gemeinde, die ihren Dienst so nötig hat, da der Wolf sie umheult, getrennt von der Familie, die sich in der Ungewißheit über das Schicksal des Gatten und Vaters verzehrt, vielfach zur Untätigkeit verurteilt. Nicht anders geht es den Brüdern mit einem totalen Redeverbot, denen außerdem vielfach auch ihr normaler Dienst genommen wurde. Brüder, darüber dürfte kein Zweifel sein, daß alle auf der Fürbittenliste genannten Brüder und Schwestern mit ihren Familien und Gemeinden unsere Fürbitte nötig haben. Deshalb laßt uns darum ringen, in geistlicher, Gott wohlgefälliger Weise, die Namen unserer Brüder vor der Gemeinde zu nennen, aber nicht aus Sorge, wir könnten falsch verstanden werden, den Dienst der Fürbitte unterlassen.*

Auf der Arbeitstagung des Reformierten Bundes wurde dann ein Wort an die Frauen der Verhafteten und an ihre Gemeinden beschlossen:

*Den Angehörigen, insonderheit den Frauen unseres um des Herrn Christus und seiner Kirche willen durch Haft, Ausweisung und Redeverbot bedrängten Brüder senden wir, die wir als Vertreter reformierter Kirchen und Gemeinden in Barmen zu einer Arbeitstagung zusammengetreten sind, in der Verbundenheit des Glaubens und der Liebe und der Gemeinsamkeit des Mitkämpfens und Mitleidens einen herzlichen Gruß teilnehmenden Gedenkens. Wir wissen, wie schwer die Last ist, die gerade die Frauen unserer bedrängten Brüder äußerlich und innerlich zu tragen haben. Wir wissen aber auch, wie gerade sie, mehr als alle anderen, durch Fröhlichsein in Hoffnung, Geduldigsein in Trübsal und Anhalten am Gebet ihren Männern helfen können. Unsere Fürbitte geht dahin, daß der Herr, der ein Gott der Geduld und des Trostes ist, sie auch weiterhin mit einem freudigen Geist ausrüsten wolle.*



*Die Gemeinden unserer bedrängten Brüder bitten und ermahnen wir, sich nicht irremachen zu lassen, sich fester als je um das richtende und rettende Wort Gottes zu scharen und in der Fürbitte für ihre Hirten und Lehrer und für die ganze Kirche Jesu Christi nicht nachzulassen, damit aus der gegenwärtigen Trübsal, die nur eine kleine Zeit währt, Frucht erwachse für die Zukunft der Kirche Gottes in unserem Volke, ja für die Ewigkeit.*

In dieser Weise wurde der Gefangenen, Ausgewiesenen und sonst behinderten Brüder regelmäßig in den meisten Gottesdiensten der reformierten Gemeinden oder in besonderen Fürbittegottesdiensten gedacht.

Von tiefgreifender Bedeutung für die Gemeinden war das Sammlungsverbot.<sup>1)</sup> Die Gemeinden ließen sich aber durch dieses Verbot nicht abhalten, auch weiterhin für die Aufgaben und Nöte der Bekennenden Kirche Kollekten zu sammeln. Das hatte zur Folge, daß z. B. an einem Sonntag die eingesammelte Kollekte in der Immanuelskirche der Gemeinde Barmen-Gemarke von der Gestapo beschlagnahmt wurde. Das Moderamen des Reformierten Bundes richtete am 4. August 1937 ein Wort an die Gemeinden in dieser Sache:

*1. Die Ansetzung wie die Erhebung der gottesdienstlichen Kollekten ist grundsätzlich Sache der Gemeinden als des Leibes Christi und als Körperschaften öffentlichen Rechtes. Mit der Zerstörung der Synoden ist diese grundsätzliche Befugnis auch rechtlich-praktisch an die Gemeinden zurückgefallen.*

*2. Sowenig die Verwaltungsbehörden als solche sind auch einzelne kirchliche Personen, etwa der Pastor, befugt, den Gemeindekörperschaften ihre Verantwortung abzunehmen.*

*3. Die Presbyterien mögen darüber befinden, auf welchem Wege innerhalb wie außerhalb der Gottesdienste Mittel aufgebracht werden können, um die der Kirche von ihrem Haupte befohlene Gesamtarbeit allen Störungen zum Trotz zu fördern und aufrechtzuerhalten.*

*4. Alle Regelungen, die getroffen werden, haben in erster Linie dem Zweck zu dienen, daß die Kirche Jesu Christi für ihre wesentlichen Aufgaben instand gesetzt wird.*

## 2. Die Reformierten im Gespräch der Konfessionen

Inzwischen hatte die 4. Bekenntnissynode der altpreußischen Union in Halle getagt<sup>2)</sup> und in verschiedenen Beschlüssen zu den konfessionellen Verhältnissen in der Union das Wort genommen, da diese durch die Besinnung auf die Bekenntnisse zum Problem geworden war. Die reformierten Mitglieder der Synode hatten freudig mitgearbeitet und alles ge-

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 101 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—1944. S. 121 ff.



tan, daß die Einheit der Bekennenden Kirche erhalten blieb. Es wurde vom Reformierten Bunde aus dazu später noch ein Wort gesagt:

*Es ist für unsere Gemeinden unmöglich, sich über das gemeinsame Bekennen von Barmen bis Halle hinwegzusetzen. Es ist ihnen gerade darum auch verwehrt, über die an einem bestimmten Orte noch gelehrt und bekannten Bekenntnisse sich hinwegzusetzen. Wir haben uns zu hüten vor einer Verwandlung, ja Verfälschung der Barmer Erklärung in eine Lehre des Kampfes, so daß wir mit einigen zeitgemäßen Losungen Bekenntnis und Katechismus zu ersetzen versuchten. Wir haben dies ebensosehr zu fürchten wie den konfessionalistischen Irrweg. In Abschnitt B der Beschlüsse der Hallenser Synode ist das Wesentliche zusammengefaßt, was geeignet ist, sowohl im Blick auf Gottesdienst und Unterricht der Kinder, wie auch im Blick auf die Ausbildung der Theologen, die eben bezeichneten Gefahren abzuwehren. Der Schlußsatz von I. bedarf freilich der Erklärung. Wir verstehen ihn als Abwehr persönlicher Willkür; wir wissen aber, daß die Diener am Wort und die Ältesten verpflichtet sind, in der Schrift zu forschen, und darauf achtzuhaben, daß heute gelehrt und bekannt wird. Sie können also den Katechismus nicht neben die Heilige Schrift stellen; er ist der Weg der Gemeinde in die Heilige Schrift.*

Der „Einheit der Kirche Christi“ diene auch die theologische Arbeitstagung des Coetus reformierter Prediger, die vom 25.—27. Oktober 1937 in Barmen stattfand und auf der Prof. Ernst Wolff aus Halle über die Einheit der Kirche nach dem Zeugnis der Reformatoren und Pastor de Quervain, Elberfeld, über „Die Herrschaft Christi über seine Gemeinde und die Bezeugung dieser Herrschaft in der Gemeinde“ sprach. In diesem Vortrag wurde gesagt,

*daß das Bekenntnis nur Aufruf der Gemeinden an die Gemeinden sein will, beim Wort und unter dem Wort zu bleiben. Das Bekenntnis wird verleugnet, wo es verdrängt wird durch das ungebundene Wort des frommen Menschen, oder auch dort, wo es zum Selbstzweck wird und die Kirche festhält bei ihrem eigenen Besitz. Das gilt heute besonders für das gemeinsame Bekennen von Reformierten und Lutheranern. Sofern in ihm Christus bekannt wird, geht es nicht mehr um teilweises Einssein in einigen Lehrfragen, sondern um den ganzen Christus. Christus ist der Herr des Bekenntnisses, auch des zu Barmen ausgesprochenen Wortes. So verwehrt es uns die Christusherrschaft, daß wir unser altes oder neues Bekenntnis zu einem Fundament machen, auf dem wir unsere eigene Kirche bauen! Alles Bekennen soll nur bezeugen, daß die Gemeinde in Christo in ihm allein ihre Einheit hat.*

### 3. Der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums

Es wurde im Jahre 1937 immer offensichtlicher, daß die Verkündigung des Wortes Gottes völlig aus dem öffentlichen Leben ver-

schwinden sollte. Dazu dienten neben Verhaftungen und Redeverboten auch die Einschüchterungsversuche, die gegenüber den Pastoren immer offener betrieben wurden. Die Gemeinden und Pastoren hatten es daher nötig, von der Schrift her aufs neue die Bedeutung des Dienstes am Wort für die Öffentlichkeit herauszustellen. Das geschah auf einer Tagung des Moderaments des Reformierten Bundes und des Vorstandes des reformierten Konventes der Bekenntnissynode am 5. und 6. April 1938 in einem Vortrag von Pastor Lic. de Quervain in Elberfeld, der dazu folgende Thesen aufstellte:

### *I. Der Öffentlichkeitscharakter der Verkündigung des Evangeliums*

1. Weil Christus der Herr ist über alles Fleisch, weil in seinem Namen allein das Heil liegt, weil die Predigt Ausbreitung seiner ewigen Herrschaft ist, ist die Predigt die eigentliche öffentliche Handlung.

2. Der Öffentlichkeitscharakter der Predigt bedeutet nicht die Aufhebung der Öffentlichkeit im politischen Leben; sie lehrt uns vielmehr diese recht verstehen und Gott dafür danken.

3. Die Predigt als die Zusage unserer Errettung, als der Ruf zum Glauben, ist das Wort, das nicht verschwiegen werden darf, das jeden angeht, ohne Unterschied des Standes und des Berufes, es sei zu seiner Errettung oder zu seinem Gericht.

4. Die auftragsgemäße Verkündigung ist wirkliche Hilfe, Hilfe für einen jeden in den Anfechtungen seines Amtes und Berufes seines menschlichen Lebens. Weil die Verkündigung so Großes ausrichten darf, darum hütet sie sich, den Menschen die Last politischer, kultureller, religiöser, kirchlicher Satzungen aufzuerlegen.

5. Der Trost Gottes ist Gegenstand der Predigt und nicht die gegenwärtige Lage des Menschen. Da er aber dem sündigen, trostbedürftigen Menschen gesagt wird, gibt es nichts, wovon wir das Licht des Evangeliums in unserem Leben fernhalten könnten, keine eigenmächtige Scheidung von Evangelium und Politik.

6. Schafft das Wort Scheidung, ruft es zur Entscheidung auf, so greift es ein in das Leben der Völker und Staaten, den Völkern und Obrigkeiten zum Segen oder zum Gericht.

7. Während die Predigt des Evangeliums wahren Öffentlichkeitscharakter und politische Bedeutung hat, verletzt die Gelegenheitspredigt, die Themapredigt, die polemisierende Rede, ohne doch mit Vollmacht zu ermahnen und zu strafen; sie lobt den Menschen, ohne mit Vollmacht zu trösten und zu danken.

8. Während die auftragsgemäße Predigt sich an einen jeden wendet ohne Ansehen der Person, woher er politisch auch kommen mag, so bedeutet die rein religiöse Predigt, die Vertröstung auf ein Jenseits, eine

*Preisgabe des wirklichen Trostes und der wirklichen Hilfe für Sünder im Leben und im Sterben.*

## *II. Der Öffentlichkeitscharakter des christlichen Wandels*

1. Christus ist der eine Herr, der eine Kyrios über Leib und Seele, der Herr aller Herren, zu dessen Füßen alle Könige fallen müssen (Psalm 2, 12). Die Gemeinde, das Volk Gottes, das erkauft ist mit Christi Blut aus allerlei Geschlecht und Zungen und Nationen und Heiden, ist das eine Volk (Offb. 5, 9. 10). Das Jerusalem, das vom Himmel kommt, ist die wahre Polis, die Stadt, deren Baumeister Gott ist, deren Glieder Christi harren (Hebr. 10, 10. 13. 14). So ist des Christen Politeuma, des Christen Verfassung nicht in Rom, sondern im Himmel, in der Herrlichkeit Gottes, bei Christus (Phil. 3, 20). In solcher Freiheit arbeitet er in einem Reiche, das vergeht, ist er Bürger eines Staates, Glied eines Volkes. In solcher Freiheit beurteilt er alle Dinge, dankt er Gott für seine Gaben, arbeitet er mit im öffentlichen Leben.

2. Der Wandel des Gliedes der Gemeinde ist ein öffentlicher, nicht ein privater, nicht etwas, was in frommer Willkür geschieht und darum den Augen der Öffentlichkeit entzogen und in die fromme Häuslichkeit oder in einen Kreis Gleichgesinnter verlegt werden muß.

3. Die Öffentlichkeit des Wandels der Glieder der Gemeinde kann durch keine Staatsverfassung, durch kein Recht gesichert, aber auch durch kein Gesetz aufgehoben werden.

4. Handeln als Glied der Gemeinde heißt freibleiben, wo einer auch steht, für eine brüderliche Ermahnung, sich auf die Versuchung in einer besonderen Entscheidung hinweisen lassen.

5. Der Wandel des Gliedes der Gemeinde darf von dem Wort her verstanden werden: „Alles, was von Gott geboren ist, überwindet die Welt; und unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat“, oder besser: „Dieses ist der Sieg, der die Welt überwunden hat, unser Glaube“ (1. Joh. 5, 4).

### *4. Der Eid auf den Führer*

Am 20. April 1938 erschien eine Verordnung von Dr. Werner für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union,<sup>1)</sup> daß die Pfarrer und Beamten der Kirchen ihre Treuepflicht gegen den Führer durch einen Eid bekräftigen sollten. In der Folgezeit erließen faßt alle Kirchenbehörden eine ähnliche Verordnung für ihre Kirchen. Die einzigen evangelischen Kirchen Deutschlands, in denen keine Anweisung zur Vereidigung der Pfarrer erschien, waren reformiert Hannover und Lippe. Reformiert Hannover schrieb an den Reichskirchenminister, daß die

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 237 ff.

Kirchenleitung keine Vereidigung angeordnet habe, da keine Forderung des Staates an sie gelangt sei. Eine Antwort hat sie nicht erhalten.

Man verstand sich schließlich in allen Kirchen mit Ausnahme der beiden genannten dazu, den Eid mit mehr oder weniger Vorbehalten zu leisten, ohne zur Klarheit gekommen zu sein, ob der Staat diesen Eid der Pastoren wirklich fordere. Diese notvolle Frage hat in der Bekennenden Kirche bis in den Krieg hinein viel Verwirrung angerichtet. Der Vorstand des Reformierten Konventes hat bei seiner Tagung in Barmen am 9. Juni 1938 folgenden Beschluß zur Eidesfrage gefaßt:

#### A.

1. *Der Kirche ist es verwehrt, einen politischen Treueid zu fordern, da ihr das Amt der Obrigkeit nicht befohlen ist und sie das Gesetz des Staates nicht handhaben kann.*

2. *Gemäß dem Beamten-gesetz vom 26. Jan. 1937 § 174, gemäß der Verordnung vom 20. April 1938 und gemäß dem Schreiben des EOK vom 20. Mai 1938 versteht sich der EOK in der Eidesforderung als Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, die hier „selbst aus eigener Entschließung“ handelt.*

3. *Die vom EOK im Gesetzblatt der DEK veröffentlichte „Ansprache“ („Eidesbelehrung“), die bis heute im Gesetzblatt nicht zurückgenommen ist, fordert eine über das Neue Testament hinausgehende Bindung, lehnt also die alleinige Autorität des Wortes Gottes ab und anerkennt damit die wesentliche Forderung des Mythos an die Kirche.*

4. *Die Synode, als die verantwortliche Leitung der Kirche hat das Amt des Staates gemäß der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis in der Eidesache so zu achten, daß sie den von Dr. Werner geforderten Eid ablehnt und sich ihrerseits nicht darum bemüht, diesen Eid zu ermöglichen.*

#### B.

1. *Der Heidelberger Katechismus kennt nach Frage 102 nur einen rechtmäßigen Eid als eine Anrufung des einigen wahren Gottes, der sich in seinem Wort geoffenbart hat (Fr. 95), und demgemäß nur die Beschwörung einer Wahrheit, für die Gott selbst Zeugnis geben will.*

2. *Der Heidelberger Katechismus kennt nach Frage 101 ein gottseliges Schwören bei dem Namen Gottes nur, wo es die Obrigkeit von ihren Untertanen (also nicht die Kirche) oder sonst die Not (also nicht die Willkür) erfordert, Treue und Wahrheit (siehe Satz 1) zu Gottes Ehre (also nicht zu unserer Ehrenrettung) und des Nächsten Heil (also nicht zu seinem Unheil) dadurch zu erhalten und zu fördern. Des Nächsten Unheil aber wird gefördert, wenn durch den von Dr. Werner geforderten Eid das falsche Kirchenregiment gestützt wird, das der Verbreitung der Irrlehre Vorschub leistet.*

Daher blieben viele reformierte Pastoren, unterstützt durch ihre Gemeinden, dabei, den Eid abzulehnen. Das Moderamen des Refor-



mierten Bundes beschloß am 31. Oktober 1938 in Gronau an den alt-preußischen Bruderrat die Bitte zu richten, mit größter Beschleunigung eine Tagung der Bekenntnissynode der APU abzuhalten, um die Frage der Pfarrervereidigung zu klären. Die früheren Beschlüsse der Bekenntnissynoden der altpreußischen Union trafen nicht mehr zu, da die Partei hatte verlauten lassen, daß sie diese Vereidigung der Pastoren nicht wolle. Das Moderamen des Reformierten Bundes konnte sich auch in der Folgezeit nicht damit zufrieden geben, diese Frage einfach ruhen zu lassen, sondern richtete am 10. Mai 1939 an den Bruderrat der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union eine Erklärung, die sich mit der weiteren Aufgabe der Bekennenden Kirche in der Eidesfrage beschäftigte.

#### 5. Weitere Beschlüsse der Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Gronau

Ein weiterer Beschluß der Hauptversammlung betraf die Verordnung vom 6. Juli 1938 über die Vertretung der Kirchenkreise und Kirchengemeinden:

*Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes, in dem nach Gottes Wort reformierte Gemeinden zusammengeschlossen sind, erhebt auf Grund der Heiligen Schrift gegen die am 6. Juli d. J. erlassene Verordnung über die Vertretung der Kirchenkreise und Kirchengemeinden entschiedenen Einspruch.*

1. *Die Bestellung der Ältesten geschieht nach der Heiligen Schrift allein durch die Gemeinde. Wenn dabei die Apostel und ihre Schüler mitwirken, so wird dadurch bezeugt, daß dies im Gehorsam gegen das Haupt der Gemeinde, Jesus Christus, geschieht (Apg. 13, 1 ff.; 14, 23; 1. Tim. 4, 14; Tit. 1, 5).*

2. *Es gibt keinen Notstand in der Kirche, der die Gemeinde verpflichtete, von dieser biblischen Ordnung abzusehen und sich durch eine vom Staat bestellte Verwaltungsbehörde ihre Leitung bestimmen zu lassen.*

3. *Eine vom Staate für die Kirche bestellte Verwaltungsbehörde ist auch nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, ob die nach der Heiligen Schrift notwendigen Voraussetzungen für die Übernahme und Ausübung des Ältestenamtes (Apg. 6, 3; 1. Tim. 3, 1 ff.; Tit. 1, 6 ff.; 1. Petr. 5, 1 ff.) vorhanden sind.*

4. *Dementsprechend stellen auch die Bekenntnisschriften der lutherischen und reformierten Gemeinden fest, daß eine Gemeinde nur durch solche Älteste geleitet werden kann, die von ihr selbst bestellt worden sind (Schmalk. Artikel de potestate et jure episcoporum 67; Heidelb. Katechismus Fr. 85 u. a.).*

5. *Die Leitung der Gemeinde kann niemals von weltlichen Mächten, sondern allein von dem Haupt der Gemeinde Jesus Christus abhängig sein (Röm. 12, 1 ff.; Eph. 4, 15 ff.).*

6. Ein von den staatlichen Verwaltungsbehörden abhängiges Presbyterium verliert seine Vollmacht zum Dienst an der Gemeinde und kann nicht mehr gemäß der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen der Kirche handeln (z. B. bei Pfarrerwahlen, Angelegenheiten des Gottesdienstes, Kirchenzucht, Jugendunterweisung, Verwendung kirchlicher Gelder).

7. Da die Verordnung vom 6. Juli 1938 die Presbyterien von den Konsistorien, die nicht kraft kirchlichen, sondern kraft staatlichen Auftrages ihre Tätigkeit ausüben, abhängig machen und damit entmündigen will, ist sie wider die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Kirche, die auch durch Artikel 1 der Verfassung der DEK vom 11. 7. 1933 als die alleinige und vollkommene Grundlage der Kirche bezeugt und vom Staate anerkannt sind.

8. Die Hauptversammlung fordert daher die Beseitigung der Verordnung vom 6. 7. 1938.

9. Der Notstand der Kirche kann nur behoben werden, wenn die um Wort und Sakrament gesammelte Gemeinde die Möglichkeit hat, eine an Schrift und Bekenntnis gebundene Leitung der Gemeinde (Presbyterium) und der Kirche (Synoden) zu bestellen.

Mit diesem Beschluß wurde dem Staat und seinen die Kirche beherrschenden Organen bestritten, von sich aus die Vertretung in den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden zu regeln.

Außerdem bemühte man sich in jener Zeit um eine Einigung der verschiedenen im Gegensatz zu den Deutschen Christen stehenden Kreise auf einer Zusammenkunft, die in Essen vom 27.—30. April 1938 stattfand und zu den Fragen, die damals sehr dringend waren, Gutachten für die Kirche und die Vertretungen erarbeiten sollte, denen sie angehörten. Dazu sagte das Moderamen ebenfalls auf seiner Hauptversammlung:

In Essen fanden sich vom 27. bis zum 30. April 1938 Männer der Kirche zusammen, die es unternahmen, zu heute brennenden Fragen Entwürfe (Gutachten) für die Kirche und die Vertretungen zu erarbeiten, denen sie angehören.

Es arbeiteten 3 Ausschüsse,

der 1. Ausschuß über die Frage: Bedeutung der Theologischen Erklärung von Barmen (Essen I),

der 2. Ausschuß über die Frage: Ordnung und Gliederung der DEK (Essen II),

der 3. Ausschuß über die Frage: Ordnung zur Bestellung einer Kirchenleitung in Altpreußen (Essen III).

Zu der von diesen Ausschüssen geleisteten Arbeit nimmt die Hauptversammlung des Reformierten Bundes wie folgt Stellung und beschließt, diese Stellungnahme der VKL und dem Bruderrat der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union zuzuleiten:

1. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Zerspaltenheit und Zerrissenheit der Kirche Not und Schuld bedeutet, wissen wir uns verpflichtet, auf das Wort zu hören, das zur Einigung der Kirche ruft.

Darum bejahen wir grundsätzlich den in Essen gemachten Versuch, eine Übergangsordnung für die DEK (Essen II) und für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union (Essen III) zu schaffen, damit unter Ausscheidung der Vertreter der falschen Lehre (DC der verschiedenen Richtungen) eine einheitliche Leitung der Kirche für die geschaffen werde, bei denen die Predigt des Evangeliums erhalten blieb und die sich selbst zu solcher Predigt gerufen wissen.

2. Abgesehen von anderen Einzelheiten, die erörtert werden müssen, haben wir in zweifacher Hinsicht Bedenken anzumelden:

a) In begründeter Sorge müssen wir mit allem Ernst erklären, daß die Arbeit zur Einigung der Kirche nur Verheißung hat, wenn sie gemäß dem allein gültigen Zeugnis der Heiligen Schrift im Glauben an den einen Herrn der Kirche erfolgt.

Das heißt im Blick auf die gegenwärtige Lage der Kirche: Das Zeugnis, das in der Theologischen Erklärung von Barmen laut geworden ist, darf nicht abgeschwächt, nicht verschwiegen oder gar verachtet werden, denn es ist das schriftgemäße Zeugnis von Jesus Christus als dem einen Worte Gottes an uns und für uns.

Das heißt im Blick auf die in Essen geleistete Arbeit, daß Essen III und Essen II nicht ohne Essen I gelten und daß Essen I in seinen fünf Sätzen ein Ganzes bedeutet.

b) Um des Notstandes der Kirche willen ist in Essen III den Pastoren die der Gemeinde auferlegte Verpflichtung zur Bestellung einer neuen Kirchenleitung zugesprochen worden. Es darf aber um des Notstandes willen nicht verkannt werden, daß die Leitung der Gemeinde den Presbyterien bzw. den Bruderräten und daß damit die Leitung der Kirche der Synode obliegt.

Die in diesen Jahren bestellten Organe zur rechten Leitung der Kirche dürfen nicht aufgegeben werden, solange nicht eine neue, an Schrift und Bekenntnis gebundene Leitung der Kirche von der Gemeinde her bestellt ist.

3. Solange die obengenannten Bedenken noch nicht durch die synodalen Stellen der Kirche behoben worden sind, können wir den reformierten Predigern und Ältesten die Annahme des Entwurfes nicht empfehlen.

## 6. Das Wort des Moderaments zu dem „Gebetsgottesdienst“ vom 30. September 1938

Ende 1938 erschien bekanntlich zu dem drohenden Kriegausbruch ein Formular für einen Gebetsgottesdienst, auf Grund dessen auch das reformierte Mitglied der VKL, Sup. Lic. Albertz in Berlin-Spandau

verhaftet und vor Gericht gestellt wurde.<sup>1)</sup> Der Vorstand des reformierten Konventes der Bekenntnissynode der DEK hat damals ein Gutachten abgegeben:

*Zu dem von der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche am 27. September 1938 bei den Landeskirchenregierungen bzw. Landesbruderräten für Freitag, den 30. September 1938 angeregten Gebetsgottesdienst erklärt der Vorstand des Reformierten Konventes der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche auf Grund alter Formulare der nach Gottes Wort reformierten Kirche:*

1. Seit den Tagen der Reformation geht es in der nach Gottes Wort reformierten Kirche bei den im Blick auf einen bevorstehenden oder ausgebrochenen Krieg angeordneten Gebeten immer zunächst um die Erkenntnis der gemeinsamen Schuld. Das Gebet aus Anlaß eines Krieges ist nur als Bußgebet möglich („Allgemeiner Bet- und Fasttag“, von der Bergischen Synode zu Elberfeld 1596 „wegen allerlei Unheil, Trübseligkeit, Kriegsgefahr“ angesetzt. — Bettag und Fasttag, „wenn eine große Not drohet“, mit „Fasten bis zum Abend“ nach der Kirchenordnung der Niederländer in London von 1550).

2. Nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift (Krieg, Unglück und Pestilenz Jeremia 28, 8 oder Schwert, Hunger und Pestilenz Jeremia 14, 12 u. oft) wird in der nach Gottes Wort reformierten Kirche im Kriege wie in anderen Nöten eine Strafe oder ein Gericht Gottes gesehen, womit er uns züchtigen will zu unserer Besserung (Zürich 1616 u. 1628, Preussische reformierte Agende 1713). Dagegen wird der Gott des Friedens, „von dem allein alle Einigkeit zu uns kommt“, durch unsern Herrn Jesum Christum um den Frieden gebeten, der auf Vergebung der Sünden gegründet ist und einen Gottesdienst in Furcht und Zittern zu Lob und Preis des Namens Gottes ermöglicht (Pfalz 1554 u. 1563).

3. Nach der Gebetsanweisung 1. Tim. 2, 1. 2 hat die nach Gottes Wort reformierte Kirche die Fürbitte für alle Obrigkeiten auch auf die fremden erstreckt. Sie hat sich dabei entweder mit einer allgemeinen Fürbitte für alle Christen begnügt (so die Pfalz 1588, St. Gallen 1738 und die Basler Agende), oder sie ist von allen Obrigkeiten zu der eigenen Obrigkeit des Landes fortgeschritten (so ein Gebet Calvins und die Pfalz 1585).

Wir erklären, daß sich der von der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche angeregte Gebetsgottesdienst in diesen drei Stücken mit den alten Formularen der nach Gottes Wort reformierten Kirche in Übereinstimmung befindet. Diese Formulare ihrerseits sind aber in Gottes Wort wohl gegründet.

## 7. Ein Wort zur sogenannten Godesberger Erklärung

Die Godesberger Erklärung vom 4. April 1939<sup>2)</sup> erregte nicht geringes Aufsehen, weil ihr nicht nur die Nationalkirchler und gemäßigten

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 263 ff.

<sup>2)</sup> Ebd. S. 293 ff.



Deutschen Christen, sondern auch die übrigen Landeskirchenführer zustimmen sollten. Der Reichskirchenminister glaubte mit dieser Erklärung eine gemeinsame Grundlage für die DEK mit Ausnahme der extremen Bekenntnisleute erreichen zu können. Mit der ursprünglichen Fassung der Erklärung war das nicht möglich, daher wurde dem Minister am 26. Mai 1939 eine veränderte Fassung vorgelegt, die jedoch von den Kirchenführern wieder umformuliert und dann unterschrieben wurde. Auch die Namen der Kirchenführer von reformiert Hannover und Lippe stehen unter diesem Dokument vom 31. Mai 1939. Die Erklärung der Landeskirchenführer fand in der Bekennenden Kirche völlige Ablehnung. Auch die Reformierten mußten sie entschieden verneinen. Im Reformierten Bund nahm man durch folgendes Wort Stellung zu der Erklärung der Landeskirchenführer:

*In der Verfassung der DEK vom 11. Juni 1933 heißt es, daß die unantastbare Grundlage der DEK das Evangelium von Jesus Christus ist, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Daher ist nicht entscheidend, was wir von Martin Luther gelernt haben, sondern was Gott selbst uns in seinen Verheißungen und Geboten zu sagen hat.*

1a) *Die Heilige Schrift redet nirgends von einer Unterscheidung der „Bereiche der Vernunft und des Glaubens der Politik und der Religion“ usw.*

b) *Die evangelische Kirche bezeugt vielmehr, daß der Sohn Gottes Macht hat über alles Fleisch (Joh. 17, 2; Matth. 11, 27; 28, 18). Daher stehen alle Bereiche dieser Welt unter seiner Herrschaft und werden alle Menschen, auch die Staatsmänner, zur Buße gerufen.*

c) *Die evangelische Kirche ehrt allein Gott, den Vater unseres Herrn Jesu Christi und fügt sich darum in der Welt in die von Gott gegebene Ordnung des Staates (1. Petr. 2, 11—17).*

d) *Die evangelische Kirche hat zu voller Hingabe an ihren alleinigen Herrn Jesus Christus aufzurufen. Sie hat sich aber nicht in den Dienst des Staates zu stellen, für seine Aufgaben und Ziele zu werben und ihre Glieder außer an Christus auch an Menschen zu binden und ihnen untertan zu machen (Röm. 12, 2).*

2a) *Die Heilige Schrift redet nirgends von einer kraftvollen Entfaltung des kirchlich-christlichen Lebens innerhalb eines Volkstums.*

b) *Die evangelische Kirche bezeugt vielmehr, daß die Förderung des Evangeliums nicht von völkischen Gegebenheiten abhängig ist. Daher sammelt der Sohn Gottes sich seine auserwählte Gemeinde aus dem ganzen menschlichen Geschlecht (Joh. 10, 16) und stellt jedes Volkstum unter seine Herrschaft.*

c) *Die evangelische Kirche weiß, daß ihre ökumenische Arbeit nur im Glauben an den einen Herrn als das Haupt seiner christlichen Kirche, in seinem Auftrage und im Warten auf sein Kommen geschehen kann.*

(Eph. 1, 20—23; Tit. 2, 11—15). Von daher ist jede Vermengung seines Auftrages mit nationalen und internationalen Zielen gerichtet.

3a) Die Heilige Schrift redet nirgends davon, daß im Bereich des Glaubens ein scharfer Gegensatz zwischen der Botschaft Jesu Christi und der jüdischen Religion der Gesetzlichkeit und der politischen Messias-hoffnung bestehe.

b) Die evangelische Kirche bezeugt vielmehr, daß das auserwählte Volk sich nicht an die Verheißung und das Gebot Gottes gehalten hat, sondern seiner eigenen Gerechtigkeit und seines Volkstums leben wollte (Matth. 3, 9). Daher läßt Gott durch seine Offenbarung in Jesus Christus, von der die ganze Heilige Schrift redet, sein Heil und seine Gerechtigkeit sowohl den Juden als auch den Heiden verkündigen.

c) Die evangelische Kirche hat ihren Gliedern zu sagen, daß ihre Aufgaben und Pflichten auch in den Fragen der Rasse durch die Gebote Gottes bestimmt werden (Matth. 22, 36—40).

4a) Die Heilige Schrift redet nirgends davon, daß die Botschaft von der Offenbarung Gottes in Jesus Christus sich nach dem Verständnis eines Menschen zu richten habe (1. Kor. 3, 1—11).

b) Die evangelische Kirche hat vielmehr die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Erkenntnisse ihrer Glieder, auch der Reformatoren ständig an der Schrift geprüft und von ihr beurteilt werden (App. 17, 11).

c) Die evangelische Kirche hat die frohe Botschaft nicht nur den Gliedern eines Volkes, sondern auch anderen Völkern, an die sie der Auftrag ihres Herrn weist, zu verkündigen (Matth. 28, 19; App. 1, 8).

5a) Die Heilige Schrift redet nirgends davon, daß eine Ordnung sein müsse, die die Verkündigung des Evangeliums sichert, für eine Übergangszeit ein geordnetes Nebeneinander ermöglicht usw.

b) Die evangelische Kirche hat vielmehr die Aufgabe, das Wort vom Kreuz so zu bezeugen, daß die Menschen vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie für oder wider Christus sind (2. Kor. 6, 14 ff.; Eph. 5, 11; 1. Joh. 4, 1—6).

Tut sie das nicht und will sie allen Anschauungen gegenüber tolerant sein, so ist sie nicht mehr die Kirche Jesu Christi (Offb. 2, 12 ff.; 3, 14 ff.).

c) Die evangelische Kirche hat dem Staate zu bezeugen, daß ihre Ordnung nur durch die Heilige Schrift bestimmt und gestaltet sein kann, nicht aber durch Mächte, die der Kirche fremd sind (Matth. 20, 25—28).

Indem die Kirchenführerkonferenz sich wohl auf Martin Luther, aber nicht auf die Heilige Schrift beruft, verläßt sie die alleinige Grundlage der evangelischen Kirche und macht sich die Lehre der Deutschen Christen zu eigen.

Wer angesichts des Totalitätsanspruches der Mächte dieser Welt als verordneter Diener am Wort die alleinige Totalität des rettenden und richtenden Wortes Gottes verschweigt, steht nicht mehr im Dienste Jesu Christi.

## *V. Die Aufrechterhaltung des Dienstes während des Krieges*

### **1. Das Verhältnis der Reformierten untereinander**

Nach dem Ausbruch des Krieges mußte zunächst dafür gesorgt werden, daß der Dienst am Wort in den Gemeinden unter allen Umständen weiter geschehen konnte. Für die unter die Waffen beorderten Pastoren wurden daher Hilfskräfte eingesetzt. Die Lippische Landeskirche hat unter diesen Verhältnissen dafür gesorgt, daß in ihren verwaisten Gemeinden Männer der Bekennenden Kirche eingesetzt wurden, die auf diese Weise dem Zugriff des Staates entzogen werden konnten. Als immer mehr Pastoren eingezogen wurden, taten Lektoren oder Predigthelfer, oft auch Vikarinnen und Pfarrfrauen Dienst in verwaisten Gemeinden.

Die Synoden und sonstigen Zusammenkünfte konnten nicht mehr regelmäßig und zuletzt nur noch unter sehr erschwerten Umständen gehalten werden. Das Moderamen des Reformierten Bundes hat in den ersten Jahren des Krieges noch öfter getagt. Es fanden auch noch Hauptversammlungen statt, die aber nur geschäftliche Angelegenheiten erledigten. Der Coetus reformierter Prediger kam 1941 zum letzten Male während des Krieges in Loga in Ostfriesland zusammen und beschäftigte sich mit der Frage, ob die reformatorische Auffassung vom Eid schriftgemäß und ob die reformatorische Auslegung von Römer 13 haltbar sei.

Wenn auch die Wege der Reformierten in den Jahren vor dem Kriege immer mehr auseinander gegangen waren, so hatte das Gespräch doch nicht ganz aufgehört. In den beiden reformierten Landeskirchen hatten sich Bekenntnisgemeinschaften gebildet, als es immer offensichtlicher wurde, daß die Leitungen dieser beiden Kirchen im Gegensatz zu der Bekennenden Kirche handelten. Es muß jedoch gesagt werden, daß die beiden Kirchenleitungen zuweilen auch gegen Verordnungen von Dr. Werner Stellung nahmen. 1941 kam es wieder zu Annäherungsversuchen zwischen der Bekenntnisgemeinschaft und dem Landeskirchenrat in reformiert Hannover.

Am 10. Oktober 1939 konstituierte sich in Hannover der „Deutsche reformierte Kirchenausschuß“, bestehend aus der Evangelisch-Reformierten Landeskirche der Provinz Hannover und der Lippischen Landeskirche und stellte fest:

*Der Deutsche Reformierte Kirchenausschuß hat die Aufgabe, dafür tätig zu sein, daß in der Deutschen Evangelischen Kirche mit Bezug auf die reformierten Landeskirchen, Synodalverbände und Kirchengemeinden den Erfordernissen des reformierten Bekenntnisses Rechnung getragen wird, die geistliche Verbundenheit unter den reformierten Landeskirchen, Synodalverbänden und Kirchengemeinden zu stärken, das brüderliche Zusammenwirken mit den anderen, durch die Reformation geprägten*

*Gemeinden zu fördern. Der Landeskirchenvorstand der Evangelischen Reformierten Landeskirche der Provinz Hannover und der Landeskirchenrat der Lippischen Landeskirche entsenden in den Deutschen reformierten Kirchenausschuß die Vorsitzenden des Landeskirchentages bzw. der Landsynode und je zwei weitere Mitglieder.*

Damit war der reformierte Arbeitsausschuß von 1936 erledigt, weil er eine zu lockere und unverbindliche Form der Zusammenarbeit darstellte. Vor allem sah man es als einen Mangel an, daß ihm die organische Verbindung mit den Synoden fehlte. Der Deutsche reformierte Kirchenausschuß sollte jetzt ein von den rechtens bestehenden Landessynoden gegründetes und bevollmächtigtes Organ sein, um auf diese Weise eine einheitliche Stellungnahme der Reformierten gegenüber der Leitung der DEK zu ermöglichen. Es konnte sich dabei nicht um die in der Bekennenden Kirche stehenden Reformierten handeln, sondern um die leitenden Organe der intakten reformierten Landeskirchen. Damit auch reformierte Gemeinden der Unionskirchen in dem Kirchenausschuß vertreten seien, sollten Mitglieder aus reformierten Gemeinden in Unionskirchen kooptiert werden. Dadurch sollten auch diese Gemeinden in stand gesetzt werden, bei ihrem Bekenntnis und ihrer Ordnung zu bleiben, d. h. es sollte der Bekenntnisstand gewahrt werden. Man wollte auf diese Weise dafür sorgen, daß die Gemeinden, die reformiert sind und sein wollen, auch das Recht erhalten und behalten, es zu sein. Der Krieg und seine Auswirkungen in der Heimat brachten es mit sich, daß dieser Ausschuß nur noch eine sehr beschränkte Wirksamkeit haben konnte. Seine Aufgabe bestand im wesentlichen in der gemeinsamen Vertretung der reformierten Landeskirchen gegenüber der DEK.

## 2. Die Stellung zu den Neuordnungsplänen in der DEK

Während des Krieges bemühte man sich sowohl seitens der Behördenkirche als auch seitens der intakten Landeskirchen und der Bekennenden Kirche, zu einer Neuordnung und Befriedigung in der DEK zu gelangen. Das Moderamen und auch einzelne Gemeinden sahen sich öfter veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Im Jahre 1942 machte das Konsistorium der Evangelischen Kirche der Rheinprovinz den Versuch, die kirchlichen Körperschaften umzugestalten. Dagegen wandte sich das Presbyterium der reformierten Gemeinde Barmen-Gemarke in einem Schreiben, welches das Moderamen als Wächterdienst für die gesamte Kirche bezeichnete. In diesem längeren Schreiben heißt es u. a.:

*Unserer Kirche fehlt seit Jahren eine an das Bekenntnis der Kirche gebundene Leitung. Dieser Notstand ist fort und fort Gegenstand unserer Überlegungen und Eingaben gewesen. In den Versammlungen der Gemeinde hat dieser Notstand die Herzen der Gemeindeglieder immer wieder bewegt, zumal er eine ständige Belastung der Gewissen bedeutete. Die Bekennende Kirche hat in ihren Entschließungen und Vorschlägen darum gebeten,*



*daß der Kirche eine an das Bekenntnis gebundene Leitung in der Verwaltung ermöglicht werden möchte. Da diese Entschlüsse und Vorschläge, die die alleinige Geltung der Heiligen Schrift für die gesamte Leitung der Kirche bezeugten, nicht angenommen wurden, gab es bis in die Gegenwart hinein in der Kirche Unruhe und Kampf.*

*Die Erkenntnisse, die die Bekennende Kirche in dieser Hinsicht auf ihren Synoden bezeugt hat, haben für die Neuordnung der Kirche auch heute ihre Gültigkeit, da sie im Wesen und im Auftrag der Kirche begründet sind. Wir erinnern an den Satz, der in der Erklärung zur Rechtslage der Kirche von der Bekenntnissynode in Barmen 1934 ausgesprochen wurde: „In der Kirche ist eine Scheidung der äußeren Ordnung vom Bekenntnis nicht möglich.“ Wir halten solche Erinnerung für notwendig, damit der Schritt, der vielleicht bei uns möglich wird, nicht aus einem unkirchlichen Beweggrund unternommen und nicht mit einer unkirchlichen Zielsetzung belastet wird. Die aus dem Wesen und Auftrag der Kirche folgernden Erkenntnisse der Bekenntnissynoden müssen geachtet werden, sonst könnte der erste Schritt wiederum Nöte und Unruhen mit sich bringen, die von allen denen bedauert werden müßten, die für die Kirche nur einen Auftrag und eine Ordnung kennen: Predigt des Evangeliums von Jesus Christus auf Grund der Heiligen Schrift gemäß dem Bekenntnis, der auch die Ordnung der Kirche in ihrer Gesamtausrichtung wie in ihren einzelnen Maßnahmen zu dienen hat.*

Auf der Moderamensitzung am 27. Februar 1941 wurden auch die Pläne besprochen, die sich mit der in Wien angeregten Neuordnung innerhalb der DEK beschäftigten (Entwurf ABC). Es wurde festgestellt, daß diese Entwürfe die Schwierigkeiten nicht beheben, sondern wie in der ganzen DEK, so auch in reformiert Hannover und Lippe Auflösung schaffen würden. Wenn diese Entwürfe auch bald überholt waren, so hat doch das Moderamen und der Vorstand des reformierten Konventes damals ein Wort beschlossen, das die Aufgaben der Reformierten in klarer Weise herausstellt:

*Anstatt vordringlich an die kirchliche Organisation der Reformierten zu denken, gilt es, das Bekenntnis im echten und eigentlichen Sinne ernst zu nehmen.*

a) *Es wartet wieder die Versuchung auf uns, für die „Sache des Bekenntnisses“ etwas zu erben, zu erwerben oder zu erobern. In diese Versuchung werden wir gedrängt durch solche Vertreter des „Luthertums“, die immer an den Bestand der „Lutherischen“ Kirche und deren Ausweitung denken und gar noch eine „Lutherische Kirche deutscher Nation“ erhoffen. Wenn wir als Reformierte die gleiche Haltung für das reformierte Bekenntnis einnehmen, sind wir nicht mehr „nach Gottes Wort reformiert“.*

b) *Wir sollten aus der Geschichte der letzten Jahre gelernt haben und die uns geschenkte Erkenntnis gerade an entscheidenden Punkten des kirchlichen Geschehens festhalten. „Rheydt“ darf nicht wiederholt werden.*

Denn das Bekenntnis stellt uns nicht die Aufgabe, in konstruktiver Kirchenpolitik zu machen. Das von den Vätern überkommene Bekenntnis wartet vielmehr darauf, jeweils erneuert zu werden, wie dies in „Barmen“ geschehen ist. Diese Aufgabe steht immer erneut vor uns, damit das Bekenntnis uns nicht zur Schablone werde, sondern der Kirche helfe, Jesus Christus als das Haupt der Kirche zu bekennen. Von dieser Aufgabe her wäre wohl darüber nachzudenken, warum es nicht zur Organisation einer „Reformierten Kirche in Deutschland“ kam, wie es auch immer noch nicht eine „Lutherische Kirche deutscher Nation“ gibt.

c) Damit erwecken wir den Anschein, als gäben wir die Sache der Reformierten in Deutschland preis. Dieser Anschein darf und soll uns nicht beschweren. Wir geben das Bekenntnis der Reformierten Kirche auf diesem Wege nicht preis, sondern richten es auf! Denn für die Kirche gilt das Lebensgesetz: Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren. Also ist nicht die Erhaltung der Reformierten Kirche das Gesetz, das unser Handeln bestimmen soll.

Als der Landesbischof Wurm eine Einigung aller derer versuchte, die auf dem Boden von Schrift und Bekenntnis stehen wollten, und Ostern 1943 die 13 Sätze über „Auftrag und Dienst der Kirche“ veröffentlichte,<sup>1)</sup> gab das Moderamen in seiner Sitzung am 24. Januar 1944 in Detmold dazu seine Zustimmung:

I. Der Reformierte Bund für Deutschland, dem etwa 300 reformierte Gemeinden in Deutschland angeschlossen sind, ist in dem uns verordneten Kampf um die rechte Verkündigung und Ordnung der Kirche den Weg der Bekennenden Kirche gegangen. Dieser Weg ist von der ersten freien reformierten Synode in Barmen her u. a. durch die Aufsätze und die Berichterstattung der Reformierten Kirchenzeitung für die DEK fruchtbar gemacht worden.

II. Wir möchten in der Erkenntnis, durch die dieser Weg bestimmt war, mit allen denen zusammenstehen und zusammengehen, die „dem Herrn Christus dienen, die aber auch klare Grenzen ziehen wollen gegenüber aller Verdrehung oder Verkürzung der uns durch Schrift und Reformation aufgetragenen Botschaft“ (Landesbischof D. Wurm, Ostern 1943).

III. Das Bekenntnis der nach Gottes Wort reformierten Kirche ruft uns in gleicher Weise auf zur Weite und zum Dienst in der Bruderschaft (Frage 54 u. 55 des Heidelberger Katechismus) wie zur Ablehnung jeder „Säkularisierung und Neutralisierung der Kirche“ (Frage 95 u. 123 des Heidelberger Katechismus).

IV. Wir stimmen den vorgelegten Sätzen um so mehr zu, als wir erkennen, daß in ihnen der Ertrag des Kampfes der Kirche um ihre rechte Verkündigung (I, 3) und Ordnung (II, 5) zum Ausdruck kommt. Es geht nach wie vor darum, daß für die Verkündigung und Ordnung der

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1933—44, S. 442 ff.

*Kirche die Heilige Schrift Alten und Neuen Testamentes als alleinige Richtschnur gilt.*

*V. Durch die vorgelegten 13 Sätze über Auftrag und Dienst der Kirche wollen wir uns rufen lassen, in dem uns anvertrauten Arbeitsdienst nach einer Gemeinschaft derer zu streben, die für Lehre und Ordnung der Kirche die alleinige Bindung an die Heilige Schrift Alten und Neuen Testamentes bejahen und die darum auch gewillt sind, jede andere Bindung im Handeln der Kirche abzulehnen.*

### 3. Staatliche Bedrückungen der Reformierten während des Krieges

Der Staat hörte während des Krieges nicht auf, Redeverbote aufzuerlegen und Verhaftungen vorzunehmen. So wurden Pastor Lic. Niesel und Superintendent Lic. Albertz im Zusammenhang mit dem Prozeß wegen der Übertretung des sog. Himmler-Erlasses, der die Abhaltung von Prüfungen der Kandidaten der Bekennenden Kirche verbieten wollte, mit längerer Gefängnisstrafe belegt. Ostfriesische Pastoren kamen ins Konzentrationslager und im Juni 1943 wurden auch der Moderator des Reformierten Bundes, Pastor D. Hesse, und sein jüngster Sohn, Pastor Helmut Hesse, verhaftet und später in das Konzentrationslager in Dachau gebracht. Pastor D. Hesse hatte den Luftangriff auf Barmen am 30. Mai 1943 als ein Gericht Gottes bezeichnet und in einer Bekenntnisversammlung für die Bekehrung der Juden zu Jesus Christus gebetet. Pastor Helmut Hesse hatte Sätze aus dem Zeugnis zu den Judenverfolgungen verlesen, das Ostern 1943 von bayerischen Ältesten dem Landesbischof D. Meiser überreicht worden war. Pastor Helmut Hesse ist im Konzentrationslager in Dachau umgekommen. Sein Vater wurde Mitte April 1944 aus dem Konzentrationslager entlassen. Auch Pastor Ludwig Steil darf nicht vergessen werden. Er hatte im Sommer 1944 Vorträge „für Angefochtene“ in Herne und Wanne gehalten und wurde auf Grund dieser Vorträge am 11. September 1944 verhaftet, kam am 23. Dezember 1944 in das Konzentrationslager in Dachau, wo er am 17. Januar 1945 starb. Er hat während des ganzen Kirchenkampfes in der Leitung der Bekennenden Kirche Westfalens als Reformierter mitgearbeitet und dafür gesorgt, daß in allen Entscheidungen allein von der Schrift her gehandelt würde.

Während der Haft des Moderators wurde ein geschäftsführender Ausschuß mit der Führung der Geschäfte des Reformierten Bundes beauftragt, bestehend aus den Moderationsmitgliedern Pastor Lic. Obendiek, Dr. Mensing und Halstenbach. Dieser Ausschuß sollte so lange tätig sein, bis der Moderator sein Amt wieder ausüben könne. Er war dazu erst nach dem Kriege wieder in der Lage.

Während des Krieges, im Jahre 1941, erschien das „Kirchenbuch, Ordnungen für die Versammlungen der nach Gottes Wort reformierten Gemeinden deutscher Zunge“. Der eigentliche

Herausgeber, Sup. Lic. Albertz war z. Z. des Erscheinens wieder einmal im Gefängnis, daher hatte dankenswerterweise Prof. D. Ernst Wolff in Halle sich zur Verfügung gestellt, um als erster Herausgeber zu zeichnen, damit das Buch überhaupt erscheinen konnte. Das Moderamen des Reformierten Bundes und der Vorstand des reformierten Konventes der Bekenntnissynode nahmen das Buch mit auf ihre Verantwortung. Mit diesem Buche war den Gemeinden eine Anleitung für das Beten und den Vollzug der Amtshandlungen in ihren Versammlungen geschenkt, das gerade in jenen notvollen Zeiten von ganz besonderer Bedeutung war und die Gemeinden dazu aufrufen sollte, sich stets nach Gottes Wort reformieren d. h. erneuern zu lassen.

## *VI. Die Aufgaben der Reformierten nach dem Kriege*

### 1. Der Zusammenschluß der Reformierten

Nach dem Kriege galt es zunächst den Versuch zu machen, die Reformierten in Deutschland wieder zu einer einheitlichen Ausrichtung und zu gemeinsamem Handeln zu bringen. Es fand eine Aussprache des geschäftsführenden Moderators, Pastor Lic. Obendiek mit dem reformierten Kirchenausschuß in Detmold statt, bei dem ein gemeinsamer Ausschuß vorgesehen wurde, der durch das Moderamen des Reformierten Bundes und den deutschen reformierten Kirchenausschuß gebildet werden sollte. Von jeder Seite wurden je drei Vertreter für diesen Ausschuß, den sog. Sechserausschuß vorgesehen. Wenn dieser Sechserausschuß auch nur einmal getagt hat, so hat er doch dazu gedient, die getrennten Lager der Reformierten wieder einander näherzubringen. Sein weiteres Bestehen erübrigte sich, als die Kirchenleitung von reformiert Hannover und Lippe je eins ihrer Mitglieder in das Moderamen entsandten und dadurch ständig in diesem vertreten waren. Dadurch ergab sich schon 1946, daß das Moderamen wieder allein die Leitung und Vertretung aller reformierten Gemeinden und Kirchen in der EKD ausübte. Einer besonderen Vertretung der reformierten Landeskirchen bedurfte es nicht mehr. Dementsprechend wurde auf der Hauptversammlung in Detmold im Oktober 1946 das Moderamen neu gewählt und Pastor Lic. Niesel in Schöller zum Moderator bestimmt. Er war schon 1945 Mitglied des Rates der EKD geworden.

### 2. Die neue Form des Reformierten Bundes

Während des Kirchenkampfes hatte es sich immer deutlicher gezeigt, daß der Reformierte Bund nicht mehr nur ein loser Verein sein konnte, sondern kirchliche Aufgaben und Verantwortung übernehmen mußte. Das wurde schon 1934 auf der Hauptversammlung in Detmold durch Prof. Karl Barth besonders hervorgehoben. Auf dieser Linie der kirch-



lichen Funktionen hat er sich dann auch weiterhin gehalten. Eine neue Ordnung des Bundes mußte dem Rechnung tragen. Sie wurde 1948 auf der Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Frankfurt am Main einstimmig angenommen. Als Grundlage wird in dieser Ordnung festgestellt:

*Der Reformierte Bund bekennt sich zu Jesus Christus als dem einen Wort Gottes, wie es in der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments gegeben und wie es bezeugt ist in den altkirchlichen Glaubensbekenntnissen, in den reformierten Bekenntnisschriften, insbesondere im Heidelberger Katechismus, und wie es bekannt ist in der Barmer theologischen Erklärung von 1934.*

Als Aufgabe des Bundes wird bezeichnet:

*Der Reformierte Bund hat die Aufgabe, die nach Gottes Wort reformierten Gemeinden zu sammeln und darauf zu achten, daß sie einmütig ihre besondere Verantwortung wahrnehmen.*

*Demgemäß erkennt der Reformierte Bund vor allem folgendes als seine Aufgaben:*

*1. Er bemüht sich darum, daß alle Dienste, insbesondere der Dienst der Predigt, der Lehre, der Leitung und der Diakonie recht ausgerichtet werden.*

*2. Er fördert die Bemühungen um den rechten Gottesdienst, die Unterweisung in der Schrift nach dem Heidelberger Katechismus, die theologische Forschung und das reformierte Schrifttum. Er wird dem Psalmen-gesang besondere Aufmerksamkeit widmen.*

*3. Er fördert die Gemeinschaft der reformierten Kirchen und Gemeinden untereinander und bemüht sich in allen kirchlichen Fragen um eine gemeinsame Ausrichtung.*

*4. Er pflegt Gemeinschaft mit den in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zusammengeschlossenen Kirchen und arbeitet an den Aufgaben der EKD mit.*

*5. Er pflegt Gemeinschaft mit den reformierten Kirchen des Auslandes; er beteiligt sich an den Arbeiten des Reformierten Weltbundes und der Ökumene.*

Ganz neu ist die Zusammensetzung des Moderamens. Die Hauptversammlung wählt 8 Mitglieder, zu denen dann die Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland, die Lippische Landeskirche, die Evangelische Kirche von Westfalen und die Evangelische Kirche im Rheinland im Einvernehmen mit dem Moderamen je ein Mitglied ihrer Kirchenleitung entsenden können. Dieses Mitglied wirkt bei den Beschlüssen des Moderamens vollberechtigt mit. Hier wird es ganz besonders deutlich, daß der Bund sich als Kirche weiß. Da jetzt nur noch Kirchengemeinden, reformierte und unierte Kirchen, Synodal-

verbände und andere Zusammenschlüsse von Kirchengemeinden, kirchliche Vereinigungen und Werke der Inneren Mission, welche die Grundlagen und die Aufgaben des Bundes bejahen, Mitglieder des Bundes sein können, mußten die Einzelmitglieder zu einem Freundeskreis zusammengeschlossen werden. Bei den Abstimmungen der Hauptversammlung haben die Mitglieder des Freundeskreises für je angefangene 10 Erschienene eine Stimme. Nach dieser neuen Ordnung ist der Reformierte Bund organisatorisch nach wie vor ein eingetragener Verein; im Blick auf seine Funktionen muß er aber als Kirche gelten, die sich für alle reformierten Gemeinden und Kirchen in der EKD verantwortlich weiß.

### 3. Die Bemühungen der Reformierten um die Einheit der EKD

Der Reformierte Bund und die reformierten Kirchen und Gemeinden haben nach dem Kriege öfter Stellung gegen die Konfessionalisierung der EKD nehmen müssen. Gerade weil der Bund immer wieder als eine Einrichtung angesehen wird, die konfessionalistische Ziele erstrebe, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, wie häufig der Bund und seine Leitung sich um die Einheit der EKD bemüht haben. Der Moderator D. Niesel hat auf der Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Schüttorf vom 25.—27. September 1950 über das Verhältnis des Bundes zur Evangelischen Kirche in Deutschland gesagt:

*Die Evangelische Kirche in Deutschland wird es zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir eine Konfession sind, die keine Konfession sein will. Das ist nichts Neues. Jeder Kenner der Reformationgeschichte wird zugeben müssen, daß es ein Unding wäre, sich Calvin und seine Freunde als Vertreter einer Konfession vorstellen zu wollen.*

Schon das Presbyterium der evangelisch reformierten Gemeinde Barmen-Gemarkte hatte am 1. Juli 1946 eine Entschliebung zu den konfessionellen Bestrebungen in der EKD veröffentlicht:

*1. Wir sind im Blick auf die konfessionellen Bestrebungen in der EKD in der großen Sorge, daß die Kirche auf diesem Wege das verliert, was Gott ihr in Barmen geschenkt hat, nämlich die heilsame Erkenntnis, nur auf die Stimme des guten Hirten zu hören, wie diese allein in der Heiligen Schrift erklingt, und das gute Bekenntnis zu Jesus Christus, dem ewigen Seligmacher und den ewigen König.*

*In solcher Erkenntnis und mit solchem Bekenntnis, wie uns beides — trotz unserer verschiedenen Herkunft — miteinander geschenkt worden ist, ging es und geht es um das rechte Lob Gottes auf Erden, das zu verkündigen wie zu allen Zeiten so auch heute die wahre Aufgabe der Kirche ist.*

*2. Es kann nicht sein, daß heute — in einer vermeintlich „normalen“ Zeit — für die Kirche das nicht gelten soll, was in der Stunde der Be-*

*drängnis und der Anfechtung gegolten hat, als Lutheraner, Unierte und Reformierte miteinander bekannten: Jesus Christus allein, die Heilige Schrift allein, die Gnade allein.*

*Die Stunde der Bedrängnis und der Anfechtung, in der die Kirche in heilsamer Erkenntnis Jesus Christus bekennen darf und ihr damit die Gnade der Bewährung geschenkt wird, ist insofern die eigentliche Stunde der Kirche, als sich mit der Verpflichtung zum aktuellen Bekenntnis das Wesentliche vom Unwesentlichen scheidet. Was und wie in einer solchen Stunde bekannt wird, das ist Gabe und Verpflichtung für den weiteren Weg der Kirche.*

*3. So ist es uns verwehrt, hinter Barmen zurückzugehen und unter Absehung von Barmen die Kirche gemäß den im 16. Jahrhundert formulierten Bekenntnissen zu ordnen.*

*Eine solche Ordnung, gegenwärtig besonders von den im Lutherischen Rat zusammengeschlossenen lutherischen Kirchen in der EKD betrieben, entbehrt des Ernstes der in der Bedrängnis und Anfechtung aufgegebenen Entscheidung, wie diese in den Jahren 1933 bis 1945 — gegebenenfalls unter Einsatz des Lebens der einzelnen — von den Kirchen gefordert und weithin nicht getätigt wurde.*

*Eine solche Ordnung kann im Blick auf das Versagen in der Stunde der Bedrängnis und Anfechtung in der Gegenwart nur als Versuch einer nach menschlichen Maßstäben vorgenommenen Innenarchitektur der Kirche angesehen werden.*

*Eine solche Ordnung muß praktisch zur Spaltung der EKD führen, indem es lutherische, reformierte und unierte Kirchen oder auch in ihnen Gemeinden wie auch viele Einzelglieder der Kirche geben wird, die von der Heiligen Schrift her eine solche Ordnung ablehnen müssen und werden.*

*4. Wir ermahnen und rufen auf, von dem durch den Konfessionalismus bestimmten Wege abzusehen und alle Kraft und Zeit daran zu setzen, die in Barmen gefällte Entscheidung für den Weg, somit für die Verkündigung und Ordnung der Kirche ernst zu nehmen, damit auf diesem Wege die in den Bekenntnissen des 16. Jahrhunderts bezeugte Wahrheit angesichts der uns heute bedrängenden Fragen und Nöte zur rechten Geltung komme und die Menschen heute in ihren Sünden und Sorgen mit dem Lobpreis Gottes in Jesus Christus zum Glauben, zur Liebe, zur Hoffnung und damit in aller Trübsal zu dem einigen Trost und zur wahren Freude gerufen werden.*

*Ebenso warnte die Hauptversammlung des Reformierten Bundes für Deutschland, die vom 1.—3. Oktober 1946 in Detmold tagte, vor jedem eigenen oder fremden Konfessionalismus:*

*Die Hauptversammlung des Reformierten Bundes für Deutschland, zu Detmold vom 1. bis 3. Oktober 1946, ruft die nach Gottes Wort reformierten Gemeinden auf, ihre Verantwortung für sich selbst und für die gesamte Evangelische Kirche in Deutschland in steter Wachsamkeit wahr-*

zunehmen. Diese Verantwortung hat uns Gott dadurch neu aufgetragen, daß im Kampfe der Kirche um die Wahrheit und um die Freiheit des Evangeliums Lutheranern, Reformierten und Unionierten ein gemeinsames Hören auf das Wort Gottes und ein im Leiden bewährtes Bekenntnis geschenkt wurde. Es ist das Bekenntnis zu Christus, dem fleischgewordenen Wort Gottes, dem einigen Herrn seiner Gemeinde.

Wir rufen unsere reformierten Gemeinden auf, diese von Gott geschenkte Gemeinsamkeit nicht aufzugeben, sondern in Dankbarkeit festzuhalten. Wir bitten unsere lutherischen und unionierten Brüder, erneut unsere reformierten Bekenntnisschriften und Kirchenordnungen an der Heiligen Schrift zu prüfen, wie auch wir darauf achten, in welcher Weise die Väter der lutherischen Kirche das Wort Gottes gehört haben, und ihre Bekenntnisse an der Schrift prüfen. Das wechselseitige Gespräch, das die Bekenntnende Kirche im Mai 1937 in Halle aufgenommen hat, muß fortgeführt werden, bis der Herr einmal selbst die Einheit schenkt, die durch menschliche Unionsversuche nicht erzwungen werden kann. Wenn durch Gottes Fügung in der Not unseres Volkes Angehörige verschiedener evangelischer Kirchen gezwungen sind, zusammen zu leben, so soll uns diese Not nicht zu weiterer Spaltung, sondern gerade zur Einigung führen.

In dieser Verantwortung warnt der Reformierte Bund vor jedem eigenen oder fremden Konfessionalismus, der die eigene Sache bewahren oder retten will. Er bittet aber insbesondere unsere lutherischen Brüder, gemeinsam mit uns allen zu meiden, was die bisher geschenkte Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland zerreißt, und mit uns alles zu tun, was diese Einheit auch am Tisch des Herrn fördert. Wir haben weder Zeit noch Kräfte für Trennung, Streit und Entzweiung, wo uns im Gericht Gottes gerade heute geboten ist, allein den einen Herrn Christus in Buße, Bekehrung und Vergebung zu verkünden und in dieser Verkündigung eins zu sein.

In gleicher Verantwortung warnt der Reformierte Bund davor, die Erneuerung der Kirche von allerlei liturgischen oder sakralen Hilfsmitteln zu erhoffen, mit denen wir Christi Werk vorbereiten, fördern oder schmücken möchten. Wir erwarten die Erneuerung der Kirche nicht aus eigenen Werken. Denn Christus allein ist der Baumeister der Kirche. Wir bitten die Gemeinden, sich erneut und allein an das Wort, allein an Christus, allein an die Gnade zu halten, und erleben zu echter Erweckung und Erneuerung Gottes Heiligen Geist.

Daher mußten auch die Versuche abgelehnt werden, die Einheit der EKD auf die Augsburgische Konfession zu gründen. Dies geschah durch eine Entschließung des Moderamens am 14 März 1947:

Das Moderamen des Reformierten Bundes für Deutschland hat sich mit dem neuerlichen Bemühungen, die Einheit der EKD auf die Augsburgische Konfession zu gründen, in ernster Sorge befaßt und folgendes beschlossen:



1. In der Bekenntnisfrage steht die EKD in der Nachfolge der vom deutschchristlichen Irrtum sich lösenden DEK. Diese war ein „Bund bekenntnisbestimmter Kirchen“. Das Gemeinsame, das sie band, war im Art. 1 der Verfassung der DEK bezeugt. Dieser wurde in der theologischen Erklärung von Barmen vor Gott und der Welt ernst genommen und gegenüber den Irrtümern anderer Zeit ausgelegt. Die Barmer Erklärung wurde damit ein Zeugnis von der in der Anfechtung erfahrenen Einheit der Kirche. Ihre fortwirkende Geltung beruht nicht zum mindesten auf dieser Eigenschaft.

2. Die Einheit der Kirche ist danach von den jetzt in der EKD verbundenen Bekenntniskirchen verbindlich bezeugt worden. Diese Tatsache darf heute unter keinen Umständen verdunkelt werden. Der Umstand, daß jener verbindlichen Bezeugung der Einheit der Kirche eine entscheidende Überwindung der in den Einzelbekenntnissen zum Ausdruck kommenden Verschiedenheit des Verständnisses des Wortes Gottes noch nicht erfolgt ist, bereitet uns zwar tägliche Sorge und Betrübnis, hebt aber jene Bezeugung nicht auf.

3. Die Augsburgische Konfession ist in wichtigen Teilen der Reformierten Kirche in Deutschland nie gültig gewesen. Praktisch ist, von den reformierten Gemeinden Niederhessens abgesehen, die Augsburgische Konfession eine lutherische Bekenntnisschrift, die zwar (wie in Hessen) im reformierten Sinne interpretiert werden kann, aber in diesem Falle inhaltlichen Modifikationen unterworfen werden muß (Art. 10!). Sie ist also jedenfalls bisher keine die Bekenntnisgruppen der EKD verbindende Bekenntnisschrift.

4. Die Augsburgische Konfession jetzt zu einer gemeinverbindlichen Bekenntnisschrift nachträglich zu erheben, wie uns nahegelegt wird, ist den reformierten Gemeinden nicht nur wegen ihrer bekenntnismäßigen Abweichung von der C. A., sondern auch wegen der in ihrem Wesen durch ihre Entstehungsgeschichte von vorneherein gezogenen Grenzen nicht möglich.

Sie ist als Zeugnis der Väter, die auch wir für Väter im Glauben halten, ehrwürdig. Auch bot sie seit dem Augsburgischen Religionsfrieden den Rahmen für die staatskirchenrechtliche Behandlung der evangelischen Kirchen und Territorien. Aber innerkirchlich erwies sie sich nicht als hinlänglich. Die theologischen Auseinandersetzungen gingen schon sehr früh um ihre Interpretation, und sowohl die lutherischen als die reformierten Kirchen konnten ihr Verständnis des Wortes Gottes nur durch Schaffung weiterer, ergänzender Bekenntnisschriften bezeugen. Die ihnen nahegelegte Annahme der C. A. würde die Kirchen daher in die durch den Abstand der Jahrhunderte noch gesteigerte Verlegenheit ihrer Bekenner im 16. Jahrhundert hineinzingen.

Aus all diesen Gründen kann die Augsburgische Konfession nicht das Einheitsband der EKD werden.

Ferner beschloß das Moderamen ein Wort zu den konfessionellen Konventen, wie sie im Laufe des Kirchenkampfes auf Synoden und Kirchentagen üblich geworden waren und in der Grundordnung der EKD einer einheitlichen Beschlußbildung auf den Synoden gefährlich werden konnten:

*Zur Frage der Konvente hält das Moderamen des Reformierten Bundes für Deutschland nur eine Regelung in folgender Richtung für möglich:*

*Die Synoden beschließen als die Leitung der Kirche in allen Angelegenheiten mit den Synodalen aller Bekenntnisse.*

*Die Synodalen der einzelnen Bekenntnisse können während der Synodalberatungen zu besonderen Besprechungen zusammentreten (Konvente). Wird ein aus der Heiligen Schrift begründetes Bedenken geltend gemacht, so kann die Entscheidung nur auf die in brüderlicher Aussprache gewonnene gemeinsame Erkenntnis vom Worte Gottes her gestützt werden.*

*Eine bloße Berufung auf die Formulierung einer Bekenntnisschrift oder auf eine konfessionelle Tradition kann in der Kirche des Wortes nicht genügen.*

Als die VELKD gegründet wurde,<sup>1)</sup> veröffentlichte das Moderamen ein Wort zur Frage des Bekenntnisses heute, um dadurch jeder Aufspaltung der EKD entgegenzutreten. In diesem Worte wird ganz deutlich gesagt, daß der Reformierte Bund nicht ein der VELKD entsprechendes Kirchentum sein will:

1. Die Betheler Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sichtbar gemacht, daß die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in zunehmendem Maße von einem konfessionell bestimmten Gruppendenken beherrscht wird. Bis in die Unionskirche hinein ist die Neigung zu beobachten, sich auf überlieferte Lehrformeln zurückzuziehen und damit hergebrachte Kirchentümer zu verteidigen und auszubauen.

2. Die Versuchung, das mit der Existenz der EKD gestellte Problem, daß nämlich in ihr drei Bekenntnisse beieinander sind, durch eine Aufspaltung in drei konfessionelle Kirchentümer zu lösen, ist in der Tat groß, zumal dieser Ausweg sich als der scheinbar einfachste empfiehlt. Der Reformierte Bund steht deshalb vor der Frage, ob er der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) ein entsprechendes reformiertes Kirchentum gegenüberstellen soll.

3. Das Moderamen ist aber der Überzeugung, daß eine solche Lösung keine Verheißung hat. Die Kirche baut sich nicht aus hergebrachten Bekenntnissen auf. Sie hat ihren Grund nicht in geschichtlichen Entscheidungen von Menschen, mag solchen Entscheidungen auch noch so hohe Würde zukommen, denn „einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus“ (1. Kor. 3, 11).

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kirchl. Jahrb. 1945—48, S. 149 ff.

4. Das Bekenntnis bezeugt uns mit den Worten der Väter, wie die Schrift verstanden werden soll. Dabei ist die Schrift alleinige Meisterin auch über das Bekenntnis. Das Bekenntnis wird dadurch „wirksam“ (Artikel 1 der Grundordnung der EKD), daß es uns immer neu zu sorgfältigem Hören auf die Schrift und zu lebendiger Bezeugung des lebendigen Herrn aufruft. Jeder Versuch, aus dem Bekenntnis eine unwandelbare Autorität neben der Schrift zu machen, muß daher abgelehnt werden.

5. Die echte Geltung des Bekenntnisses in der Gegenwart hängt einzig von seiner Schriftgemäßheit ab. Sie hängt also nicht von Zeitströmungen, historischen oder pädagogischen Rücksichten, ebensowenig aber von kirchenregimentlichem Zwang oder pastoraler Willkür ab.

6. Eine Änderung des Bekenntnisstandes einer Gemeinde kann nur von der Schrift selbst herbeigeführt werden. Darum ist leichtfertiger Bekenntniswechsel den Gemeinden verwehrt und darf von keiner Kirchenleitung geduldet werden. Ungehorsam gegen die Schrift sind auch alle von der Schrift her nicht begründeten Änderungen im Gottesdienst oder kirchlicher Ordnung, die dem Bekenntnisstand einer Gemeinde Abbruch tun.

7. Darum gilt es gerade jetzt, nach der Betheler Synode dahin mitzuwirken, daß die Gemeinden ihr Bekenntnis im Sinne dieser Sätze verstehen und ernst nehmen, daß unechte Bekenntnisentscheidungen verhindert oder wiedergutmacht werden, und daß in der ganzen EKD Jesus Christus allein bezeugt wird, als das „eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben“.

Die Frage des Bekenntnisses in der EKD hat auch den Reformierten Bund immer wieder sehr stark beschäftigt. Daher hat er auf seiner Hauptversammlung in Schüttorf am 25.—27. September 1950 ein Wort dazu gesagt. Wir teilen hier die Thesen mit, die dem Vortrag von Prof. D. Otto Weber in Göttingen zugrunde lagen.

## I.

Bekenntnis ist stets ein Geschehen, ein „Akt“. Es ist ein antwortender und verantwortlicher Akt. Es ist der Akt, in dem die Gemeinde Jesu — und der Einzelne als ihr Glied — das Herrsein Jesu Christi, Jesus Christus als den Weg, die Wahrheit und das Leben bekennt. Es ist damit der Akt, in dem die Gemeinde bekennt, sich nicht selber leiten und lehren zu können. Dieser Akt ist stets Aussage, weil er stets Antwort ist. Er ist stets abhängige Aussage: gebunden an das Zeugnis der Apostel und Propheten. Er kann auch die Gestalt der formulierten Erklärung haben, in der die Kirche die alleinige Herrschaft und die alleinige Wahrheit Jesu Christi bekennt und damit zugleich ihre Freiheit von jeder anderen Herrschaft oder Wahrheit. Insofern kann gesagt werden, daß die Gemeinde ihre Verfaßtheit und ihre Ordnung im Bekenntnis hat. Ein solches deklaratives Bekenntnis (Symbol, Bekenntnisschrift) ist nicht die Wahrheit, die Jesus Christus selber und allein ist, sondern Antwort auf diese Wahrheit. Es ist daher ständig neu



zu verantworten, zu prüfen und nachzuvollziehen. Es hat nicht die Autorität Jesu Christi oder seiner ersten Zeugen, sondern die abhängige Autorität der Väter und Brüder.

## II.

*Im Bekenntnis scheidet sich die Kirche von der falschen Kirche. Falsche Kirche ist die unter dem Namen der Kirche auftretende Institution oder Gemeinschaft, in der die alleinige Herrschaft und die alleinige Wahrheit Jesu Christi nicht bekannt oder nicht respektiert wird, sondern andere Herrschaft oder andere Wahrheit an ihre Stelle oder ihr zur Seite tritt, so daß die Kirche insofern ihrer selbst mächtig ist.*

*Im Bekenntnis unterscheidet sich eine Kirche von einer anderen, ohne diese als falsche Kirche zu verwerfen, sofern sie mit ihr in der Anerkennung der alleinigen Herrschaft und Wahrheit Jesu Christi eins, aber in der Auslegung der Schrift nicht in allen Punkten eins ist. Diese mangelnde volle Einigkeit schließt die Einheit der Kirche nicht aus, sondern fordert sie vielmehr heraus, solange auf beiden Seiten die Herrschaft und Wahrheit des biblischen Christus allein anerkannt ist, die Gemeinsamkeit des Fragens nach dem Willen und der Wahrheit dieses Herrn besteht, die gegenseitige brüderliche Befragung also fortgeht und die Verschiedenheit als eine vorläufige ertragen, also nicht durch Machttübing künstlich und willkürlich beseitigt oder durch selbsterwählte Kompromisse verschleiert wird.*

## III.

*Reformiertes Bekenntnis will Bekenntnis der Kirche zum ganzen Evangelium, zur völligen Freiheit der Gnade Gottes in Jesus Christus und damit zur völligen Herrschaft dieser Gnade in der Kirche sein.*

*Darum ruft es die Kirche auf, dem in der Schrift bezeugten Wort allein zu trauen und ihm in ihrer Verkündigung, ihrem Gottesdienst und ihrer Ordnung ohne Schranken Raum zu geben. Es ruft die Kirche auf, Gemeinde zu sein, die in allen ihren Gliedern und Diensten aus dem Empfangen lebt, im Empfangen gehorsam ist und Gott preist.*

*Es ruft die Kirche auf, ihre in Gottes Gnade geschenkte Freiheit zum Dienst an der Welt zu betätigen.*

*Es ruft die Kirche auf, sich der jederzeitigen Erneuerung durch das Wort zu erschließen.*

## IV.

*Wenn die Evangelische Kirche in Deutschland als ein brüderlicher, kirchlicher Bund zu gemeinsamem Dienst der Glieder untereinander und an der Öffentlichkeit verstanden wird, d. h. als eine Gestalt der Kirche, so ist sie als solche vom reformierten Bekenntnis her zu fordern und zu fördern. Als säkularer oder abstrakt-religiöser Verband ist sie abzulehnen. Ein solcher ist sie, wenn die in ihr zusammengeschlossenen Kirchen und zueinander gewiesenen Bekenntnisse sich gegeneinander substantiell ver-*



schlossen zeigen oder gar kirchenregimentliche Macht zu ihrer gegenseitigen Bekämpfung anwenden.

Sofern in den konsensus-unierten Kirchen eine echte Überwindung der in den reformatorischen Bekenntnissen noch vorhandenen Gegensätze und in den Unionskirchen eine echte Gemeinsamkeit von Gemeinden verschiedener Bekenntnisse stattfindet, sind beide vom reformierten Bekenntnis her zu fordern und zu fördern. Sofern in ihnen jedoch tatsächlich die völlige oder teilweise Aufsaugung des einen Bekenntnisses durch das andere oder ihre angebliche Vereinigung in einem abstrakten oder modernistischen Sammelbegriff vorliegt, stellen sie keine unierten Kirchen oder Unionskirchen, sondern weltliche Verbände dar.

Die Wahrung des reformierten „Bekenntnisstandes“ einer Gemeinde oder der Zusammenfassung von solchen ist für die EKD oder die Unionskirchen, sofern sie sich rechtmäßig als Kirche begreifen, brüderliche und kirchliche Pflicht, im übrigen jedenfalls Rechtspflicht, für die betreffenden Gemeinden selber die Bekundung ihrer Verantwortung gegenüber dem Anspruch, den Gottes Werk an den Vätern für sie selbst bedeutet. Diese Verantwortung kann nur wahrgenommen werden, indem ihr die Verantwortung für das Bekenntnis selber vor- und übergeordnet wird.

Demgemäß sah es das Moderamen als notwendig an, noch einmal die Aufgabe des Reformierten Bundes herauszustellen. Das ist auf der Tagung des Moderamens am 16. Januar 1951 in Detmold geschehen:

Während der Hauptversammlung des Reformierten Bundes in Schüttorf und im Anschluß daran ist an das Moderamen mehrfach die Frage gerichtet worden, ob der Reformierte Bund über die Wahrung des reformierten Bekenntnisstandes hinaus eine wesentliche kirchliche Aufgabe hat. Dazu gibt das Moderamen folgende Antwort:

Jede kirchliche Tätigkeit kann nur von der einen Aufgabe her verstanden werden, die der Kirche durch ihren Herrn gestellt ist: der Welt das Wort Gottes zu seiner Ehre zu verkündigen. So kann es auch niemals um eine reformierte Kirche gehen, sondern nur um die Kirche Jesu Christi.

Auch die „Wahrung des reformierten Bekenntnisstandes“ kann nur in dieser Sicht richtig und wichtig sein. Die Kirche fängt nicht bei uns an, sondern wir treten in eine längst begonnene Arbeit ein. Wir bekennen uns mit unsern Vätern zu den Lehrzeugnissen der reformierten Kirche. Wir sind dankbar für die Gaben, die Gott uns im reformierten Bekenntnis verliehen hat, und glauben, daß dieses Bekenntnis uns zu rechter biblischer Verkündigung und zum Lobe Gottes aufruft und verhilft. Deshalb sind wir verpflichtet, das Erbe der Väter zu wahren und uns für alle reformierten Gemeinden einzusetzen.

Diese Aufgabe wäre jedoch falsch verstanden, wenn man sie aus ihrem Zusammenhang herauslösen würde. Sie führt ständig über sich selbst hinaus und nötigt uns zu immer neuem Hören auf die Schrift. Wir sind

überzeugt, daß zu diesem Hören auch alle anderen christlichen Bekenntnisse, besonders die in der EKD vereinten, mit uns gerufen sind. Die Frage nach dem rechten Verständnis der Heiligen Schrift und in Verbindung damit die Bemühung um die kirchliche Verkündigung in Predigt, Taufe und Abendmahl, um die Ordnung der Gemeinde und des Gottesdienstes, um das Lob des göttlichen Namens in Bekenntnis, Gebet und Lied sowie um die Einrichtung einer kirchlichen Diakonie ist uns — gerade von den reformatorisch recht verstandenen Bekenntnissen her — immer von neuem aufgegeben („ecclesia reformata et semper reformanda“).

Wir sind bekenntnisgebunden, aber zugleich durch Gottes Wort frei. Wir arbeiten mit dem Heidelberger Katechismus, aber suchen zugleich nach neuen Formen des Zeugnisses und der Unterweisung — dies um so mehr, damit auch die der Kirche Entfremdeten das Evangelium von Jesus Christus neu hören. Wir gehen in den Bahnen der alten Ordnungen, halten uns aber offen für biblisch begründete Neuansätze. Wir wissen um den Sinn von „Unterscheidungslehren“, freuen uns aber über jedes Gespräch mit Brüdern anderer Konfessionen. Wir möchten gern reformiert bleiben, müssen aber auch bereit sein, unsere Traditionen hinzugeben, damit die Kirche Jesu Christi lebe.

Wir glauben, daß wir nur so reformiert und evangelisch sein können. Sollte im Zuge der praktischen Arbeit das Schwergewicht unserer Tätigkeit sich stärker als gut scheinen könnte, der „Wahrung des Bekenntnisstandes“ zuneigen, so sind wir für brüderliche Kritik, für positive Vorschläge und jede Mitarbeit dankbar. Vor allem aber bitten wir die reformierten Gemeinden, Ältesten und Prediger, sich mit uns beharrlich immer wieder unter das Wort Gottes zu stellen und den Herrn durch seinen Geist nach seinem Willen unter uns ungehindert wirken zu lassen.

#### 4. Ein Beitrag zu dem Lehrgespräch in der EKD

Im Jahre 1948 hatte auf Veranlassung des Rates der EKD ein Abendmahlsgespräch einiger Theologen, die dazu vom Rat benannt worden waren, stattgefunden. Der theologische Beirat des Reformierten Bundes hatte sich auf seiner Sitzung vom 1.—3. März 1948 in Detmold mit dem damals im Gang befindlichen Abendmahlsgespräch befaßt und eine Stellungnahme erarbeitet. Diese erstreckt sich bewußt nur auf einen Teil der mit der Lehre vom Abendmahl zusammenhängenden Fragen. Diese Erwägungen sollten ein Beitrag zum schwebenden Gespräch sein. Sie sollten aber auch in Arbeitsgemeinschaften weiter durchdacht und an der Schrift geprüft werden. Sie sind von bleibender Bedeutung, daher ist es nötig, sie auch hier wiederzugeben:

#### *Erwägungen zur Lehre vom Heiligen Abendmahl*

##### *1. Abendmahl und Abendmahlslehre*

a) Eine gegenwärtige Besinnung über das Abendmahl darf an der Tatsache nicht vorübergehen, daß das Mahl heute nicht mehr den Mittel-

punkt oder einen Mittelpunkt des Lebens der Gemeinde bildet und seine Übung vielfach fast erstorben ist. Die Ursache dafür ist wohl vornehmlich darin zu suchen, daß fromme Empfindungen oder religiöse Erkenntnisse mehr und mehr das Eigentliche der christlichen Existenz auszumachen schienen. Es ist aber keine Frage, daß mit dieser Entwertung des Abendmahls eine gleiche Entwertung des Wortes eingetreten ist.

b) Indessen hat sich gleichzeitig ein anderer Prozeß vollzogen. Die fromme Innerlichkeit war zeitweilig ausgesprochen „geistlich“ gerichtet. Unter dem Einfluß säkularer Kräfte ist neuerdings ein Sinn für „Form“, „Gestalt“, „Kultus“, ja „Magie“ aufgekommen. Er hat bewirkt, daß sich die fromme Innerlichkeit nunmehr dem „Sakrament“ zuwendet und Neigung zeigt, alles und jedes „sakramental“ zu verstehen — Pan-Sakramentarismus. Kennzeichen dieser durchaus säkularen Sakramentsfreudigkeit ist die gleichzeitige Geringschätzung des Wortes. Das Wort gilt als das Mittelbare und Reflexive gegenüber der Unmittelbarkeit und Irrationalität des Sakraments und der Liturgie.

c) Die Lehre der Kirche hat sich heute gegen diese doppelte — eine pseudo-zwinglische wie eine pseudo-lutherische — Verirrung zur Wehr zu setzen. Daneben besteht die Notwendigkeit, die Meßanscharung der römischen Kirche abzuwehren, in unvermindertem Maße fort.

d) Die kirchliche Lehre kann ihrer Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie die unbedingte Vorgegebenheit des Abendmahls streng im Auge behält. Nicht wir befinden, im Rahmen unserer dogmatischen Arbeit, über das Abendmahl, sondern der Herr hat darüber befunden. Das Mahl ist Stiftung, einmalige Setzung, und als solche so einmalig wie die Inkarnation, die Kreuzigung, die Auferstehung.

e) Die Gemeinde Jesu Christi hat aber ihren Standort bei dem „einmaligen Ereignis“ nur dann und darin, daß sie ihren Herrn als den gegenwärtigen und den Kommenden weiß. Wo eine dieser drei Grundaussagen verkürzt wird, ist die christliche Lehre verdorben. Die (wohl durchweg durch Calvins Ansatz beeinflusste) Neigung unserer Bekenntnisschriften und der orthodoxen Theologen, die Lehre vom Abendmahl mit dem Blick auf die gegenwärtige Erhaltung und Ernährung der Erwählten beginnen zu lassen, ist daher berechtigt, zum mindesten als Abwehr eines etwa „Zwinglisch“ ansetzenden Historismus.

## 2. Wort und Abendmahl

a) Das Verständnis des Wortes und das Verständnis des Abendmahls bedingen sich gegenseitig. Das Verhältnis von Wort und Abendmahl jedoch ist kein einfaches Korrelatsverhältnis; die Tatsache und Stiftung des Mahles interpretiert das fleischgewordene und in der Schrift bezeugte Wort, aber schafft es nicht; das fleischgewordene Wort dagegen schafft das Abendmahl und interpretiert es in diesem Schaffen. Daher ist M. Barths Polemik gegen den Begriff der „Deuteworte“ berechtigt.



b) Sofern das „Wort“ als bloße Kundmachung oder Mitteilung begriffen wird, muß das Abendmahl entweder überhaupt beiseite bleiben oder zur Verdeutlichung bzw. zum Erinnerungsmittel werden oder endlich dem Worte als das Unmittelbare, Konkrete polar entgegengesetzt werden. Die Kirche kann das Wort so nicht verstehen und muß also auch die entsprechenden Formen des Abendmahlsverständnisses abwehren.

c) Es ist vielmehr zutreffend, wenn in der neueren Literatur vielfach erklärt wird, der Schlüssel zum Verständnis des Abendmahls liege in der Fleischwerdung des ewigen Wortes. Auf diese weist es voraus, daß im Alten Bunde mit dem Bund und der Verheißung die Zeichen des Bundes gegeben sind. Von ihr kommt es her, daß im Neuen Bunde, dem verkündeten Worte, das Zeichen zur Seite tritt. Die enge Verflechtung von Christologie und Abendmahlslehre ist daher sachlich begründet.

d) Das Abendmahl bewahrt daher durch seine Existenz die Gemeinde vor einer alles zerstörenden Spiritualisierung des Wortverständnisses und damit der christlichen Existenz.

e) Indessen nicht das Abendmahl gewährt, sondern die Inkarnation, sondern die Inkarnation gewährt das Abendmahl, besser: der Fleischgewordene tut es. Die neuerdings zu beobachtende Neigung, Inkarnation und Abendmahl als sich gegenseitig bedingende Tatsachen zu betrachten, raubt der Fleischwerdung des Wortes gerade ihre Einmaligkeit und damit ihre Echtheit und bewegt sich in der Nähe des falschen Gedankens vom Abendmahl als der sich fortsetzenden Inkarnation.

f) Die von Augustin herkommende Bezeichnung des Sakraments als *Verbum visibile* ist vom Vorstehenden aus mit großer Vorsicht aufzunehmen. Sie involviert die Vorstellung, als sei das Wort „an sich“ unsichtbar, und geht insofern an der Inkarnation vorüber. Sie hat ihre letzte Wurzel im griechischen, nicht im biblischen Denken. Ihr legitimer Sinn kann nur der sein: das Wort Gottes in seiner Gestalt als Verkündigung des fleischgewordenen Wortes hat nicht allein Form von Worten, sondern es hat — uns auf den Leib rückend — auch die Gestalt des „Zeichens“, der vom Fleischgewordenen gestifteten und allein aus dieser Stiftung ihren Zeichencharakter empfangenden Handlung.

g) Die Frage nach dem *proprium* des Abendmahls kann nur *a posteriori* gestellt werden. Sie ist dahin zu beantworten, daß uns der Herr im Mahle nicht mehr gewährt als im Wort: nämlich sich selber —, daß er sich im Mahle auch nicht als ein anderer gewährt als im Wort — nämlich als der Fleischgewordene, der Gekreuzigte, der Auferstandene —, daß er uns aber im Mahle in anderer Weise sich uns gewährt, nämlich eben in einem sichtbaren Geschehen und mittels sichtbarer Zeichen. Dieses Geschehen und diese Zeichen aber weisen auf ihn, den Fleischgewordenen und Erhöhten, dergestalt hin, daß der Auferstandene darin als der Gekreuzigte sich uns gewährt. Es ist das sichtbare Wort vom Kreuz, das uns hier begegnet, besser: die im Zeichen sich vollziehende Selbst-



gewährung des Gekreuzigten an die Seinen. Er ist der Christus praesens, aber der Christus praesens crucifixus. Viele Irrwege der Abendmahlslehre erklären sich daraus, daß das Letztere — eines der Hauptanliegen der reformierten Theologie — nicht streng festgehalten wurde.

### 3. Kreuz, Auferstehung und Abendmahl

a) Im Abendmahl hat Jesus seinen Jüngern „etwas“ offenbart: die Stiftung des Mahles zeigte ihnen — nicht nur, aber in erster Linie in den Einsetzungsworten — den Sinn seines Sterbens. Jede Feier des Mahles ist dementsprechend „Verkündigung“ des Todes des Christus (1. Kor. 11, 26). In den Abendmahlsworten bezeugt Jesus deutlicher als sonst je, das „für uns“ seines Sterbens; das sagen alle neutestamentlichen Abendmahlsberichte.

b) Aber es ist schon bedeutsam, daß das „Wort vom Kreuz“ eben nicht bloß mit Worten zu bezeugen ist, sondern in diesem Handeln. Wir „haben“ das Wort vom Kreuz nicht als ein Prinzip, sondern als schlechterdings unbegreifliche Tatsache; es könnte nicht gesagt werden, wenn es uns nicht auf den Leib rückte. „Zeichen“ der Inkarnation war die Jungfrauengeburt, „Zeichen“ der Auferstehung das leere Grab (Karl Barth). Aber beide sind für uns Zeichen, indem sie bezeugt werden. Das zum Kreuz gehörende Zeichen dagegen wird für uns und von uns nicht nur bezeugt, sondern in seiner ursprünglichen Zeichenhaftigkeit und Greifbarkeit erfahren und nachvollzogen: hier heißt es: „Solches tut . . .!“ Das Zeichen des Kreuzes wird uns also gleichsam auf den Leib gebrannt.

c) Was aber die Gemeinde „tun“ soll, das ist wirklich nur ein Nachvollzug. Es ist das Tun des Herrn, das ihrem Tun die Vollmacht gibt. Sein Tun aber ist hier nicht bloß Gegenstand der Predigt oder gar der „Deutung“, sondern es geht als wiederholtes „Tun“ bis zur Parusie in die Gemeinde ein. Schon am Wiederholungsbefehl zeigt sich die Unmöglichkeit eines rein „symbolischen“ Abendmahlsverständnisses.

d) Aber was „tut“ Jesus im Abendmahl? Er tut nach allen exegetischen Interpretationen etwas an sich nicht ganz Ungewöhnliches. Ist das Wesentliche, daß er, der nun in den Tod gehende, mit seinen Jüngern die Mahlgemeinschaft hält, sich zu ihnen bekennt und sie an sich bindet in seinem Sterben — die Mahlgemeinschaft hatte er wohl oft genug mit ihnen gehalten (der Zusammenhang von Joh. 6 weist in seiner Weise ebenfalls darauf; Joh. 13 nicht weniger). Ist das Wesentliche vom Passahritus her zu verstehen — das Passah war wahrlich nichts „Neues“. Weder der Vorgang noch erst gar die „Elemente“ sind an sich etwas. Das Besondere an dieser Mahlzeit ist Er selber. Er in dieser Stunde („In der Nacht, da er verraten ward . . .“), Er in diesen Worten, die das irgendwie Gewohnte und Überkommene zum schlechthin Einmaligen und auch in der Wiederholung zum niemals Jederzeitigen werden lassen.

e) Wir fragen erneut: Was „tut“ Jesus im Abendmahl? Kein Zweifel:

er ist hier selber der Gastgeber und selber die Gabe. Darüber besteht kein Dissensus. Wer an ihm teilhat, der empfängt nicht groß etwas, sondern Ihn. Aber sein Leib, den er hier gewährt, ist der „für“ die Seinen „gegebene“ (Luk. ähnlich Paulus), das Blut, das „für“ sie „vergossene“ (Luk.), das „Blut des Bundes, das für viele ausgegossen ist“ (Mark., Matth.); ja dies Blut ist selber der neue „Bund“ (Paulus). Die Abendmahlsberichte — soviel an ihnen Interpretament sein mag, weisen nur insofern auf etwas hin, was an den Empfangenden geschieht, als sie auf das hinweisen, was für sie, was vor Gott sich vollzieht. „Das Blut ist die Versöhnung“ (Lev. 17, 11). „Das Passah ist des Herrn Passah“ (Ex. 12, 11. 27), sein Vorübergehen und Verschonen. Wenn das Abendmahl in der Weise unserer Väter als geistliche Speise verstanden wird, so jedenfalls nicht in dem Sinne, als werde uns hier irgendeine himmlische Substanz dargereicht: von einem „verklärten“ Leib und Blut ist hier gerade keine Rede: es geht weder um eine *materia coelestis*, noch auch bloß um eine *virtus* oder *efficacia* des erhöhten Leibes, sondern um den irdischen Leib, der ans Kreuz geheftet wurde. Das haben die reformierten Orthodoxen unermüdlich eingeschärft (vgl. Heppe 511). Die ganze — mindestens seit Irenäus zu beobachtende — Blickrichtung auf ein himmlisches Etwas, es sei materiell oder geistig, geht daran vorbei, daß das Abendmahl (ob Passah oder nicht) der Versöhnung zugeordnet ist und alles Weitere — namentlich seine Bedeutung für die Heiligung — von da aus gesehen werden muß. Jesus ist selber, und zwar so, wie er zum Kreuze geht, die Speise der Seinen, aber diese seine Hingabe an sie hat zur Voraussetzung seine Hingabe für sie.

f) Die im Abendmahl wirksam den Jüngern zu eigen gegebene Zusage empfängt ihre Gültigkeit daher, daß der zum Kreuz Gehende auch der ist, über den der Tod keine Gewalt behält. Der Wiederholungsbefehl oder das Wort vom „Bund“ sind ohne die Auferstehung unbegreiflich. Es kommt aber nun alles darauf an, festzuhalten, daß die Auferstehung die Echtheit der Inkarnation nicht aufhebt, ebenso wenig wie die Himmelfahrt. Die Fleischwerdung ist nicht Episode. Auch darüber sind in *thesi* alle Reformatoren im Wesentlichen einig. Nur verschieben sich die Akzente. Auf der einen Seite will man sagen: der Erhöhte, der Christus *praesens* ist kein anderer als der Gekreuzigte und Auferstandene (reformiert). Auf der anderen: Der Gekreuzigte und Auferstandene ist kein anderer als der Erhöhte (lutherisch). Es kann kaum einer Frage unterliegen, daß der Vorgang und die Worte des Abendmahls den Akzent in der ersteren Weise zu setzen zwingen, während von den Voraussetzungen des Irenäus und aller seiner Gefolgsleute her die zweite Akzentsetzung vorzuziehen ist. In dem Maße, wie von den Abendmahls-elementen eine unmittelbare und in sich objektive Wirkung erwartet wird, muß die christologische Akzentsetzung vom Gekreuzigten zum Erhöhten führen. Die Entscheidung liegt in der Pneumatologie bzw. in der Trinitätslehre.

g) Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Ansicht, das Abendmahl sei „Totengedächtnismahl“, irrig sein muß. Andererseits ist das Mahl,

„eschatologisches Freudenmahl“ (M. Barth, Ed. Schweizer), so jedenfalls nicht anders als so, daß es das Mahl des gekreuzigten Messias ist.

#### 4. Leib und Blut

a) Die Ansicht, „mein Leib“ — „mein Blut“ besage lediglich: *das bin ich*, ist unzureichend (gegen Götz, Heitmüller, Lohmeyer, Dibelius). Es geht im Abendmahl um den Gekreuzigten, und zwar gerade insofern, als er den Tod erlitt. Auch würde (vgl. Jeremias) diese Auffassung dem Passahritus widersprechen.

b) Die Meinung, der Gemeinde (wie schon den Jüngern) werde der himmlische Leib und das himmlische Blut Christi dargeboten (*materia coelestis*), wurde schon abgelehnt. Sie führt auch zu Wunderlichkeiten christologischer Art, auf die Althaus mit Recht hinweist (luth. Abendmahlslehre 1931, S. 40; Dogm. II, 1947, S. 385).

c) Die Meinung, daß die natürliche Beschaffenheit (*Didache*) oder Wirkung (Calvin und andere) von Brot und Wein eine zeichenhafte Analogie zu ihrer „sakramentalen“ Funktion enthielten (Speisung, Stärkung, Erquickung), ist höchstens von sekundärer Bedeutung und kann, je nach dem, wie sie vorgebracht wird, auf den Gedanken der *analogia entis* zurückweisen.

d) Die „sakramentale“ Funktion von Brot und Wein, die *unio sacramentalis* von *res* und *signum* ist weder ontisch noch neotisch zu fassen: es kann nicht (ontisch) von einer Wandlung und nicht (neotisch) von einer bloßen Bedeutung gesprochen werden. Beide Ansichten lösen die „Elemente“ aus dem Zusammenhang des Mahles, innerhalb dessen sie Leib und Blut Christi „sind“. Sie „sind“ es, wie das Blut die Sühne „ist“ und das Passah das schonende Vorübergehen Jahves „ist“, aber nun so, daß (man bedenke die einschlägigen Vorbehalte des Hebräerbriefes) an die Stelle des Schattens die Wirklichkeit getreten ist: die einmalige Fleischwerdung des Wortes, die einmalige Selbsthingabe des Sohnes Gottes. Damit aber ist nun nicht geschehen, daß Brot und Wein nunmehr aufhörten, Brot und Wein zu sein (dann wäre die in Christus geschenkte Erfüllung die Verklärung und Vergottung der Kreatur), sondern dies ist geschehen, daß dieser, in diesem Mahle uns dargereichte Leib, daß dieses hier uns zu trinken gegebene Blut gültig und endgültig für uns dahingegeben sind. Das Abendmahl setzt, wie das ganze Werk Jesu, den Alten Bund in Kraft, indem es uns den Neuen Bund gewährt. In diesem Sinn will es verstanden sein, wenn man sagen darf: die *unio sacramentalis* ist „heilsgeschichtlich“ zu verstehen.

e) Die heilsgeschichtliche Begründung der *unio sacramentalis* weist nach rückwärts und nach vorwärts darauf hin, daß Gottes Werk nie bloß *factum* an sich ist, da es bezeugt wird, sondern *factum* — auf das Zeichen hin, das in der Gemeinde von Menschenhand vollzogen wird. Es ist seine unbegreifliche Gnade, daß das von ihm gesetzte *factum* in der Gemeinde



ein *faciendum* setzt. Dies aber weist auf das letzte Geheimnis zurück: daß Christi Leib (die *res sacramenti* im Sinne der alten Terminologie) nicht bloß sein geschichtlicher Körper ist, sondern auch (also als *res sacramenti*!) sein geistlicher Leib, der im *sigillum* des Abendmahls geschehens nicht allein bezeichnend wird, sondern damit zugleich Gestalt gewinnt. In der Gemeinde als *Corpus mysticum Christi* treten *sigillum* und *res* zueinander.

f) Im Mahle, insofern auch in Brot und Wein, gibt uns Christus teil an seinem „einigen Opfer am Kreuz“; das Abendmahl ist Opfermahl (M. Barth, W. Niesel). Das Opfer aber ist einmal, in der Zeit, in der Vergangenheit dargebracht. Die Abendmahlskirche ist mit dem, der seinen Leib und sein Blut für sie hingab, „gleichzeitig“. Hier sogleich von dem Erhöhten zu sprechen, ist bedenklich, wie schon mehrfach gezeigt wurde. Es ist der Geschichtliche, um den es im Mahle geht. Die Gleichzeitigkeit mit ihm aber gewährt uns nicht unser Erinnerungsvermögen (auch nicht das fromme oder gläubige) und uns ebensowenig eine von ihm (dann im strengen Gegensatz zur Inkarnation) auszusagenden Jederzeitigkeit (die etwas qualitativ anderes wäre als seine Ewigkeit) oder Allräumigkeit (die etwas qualitativ anderes wäre als seine Gegenwart), sondern Er selber im Heiligen Geist. Die *unio sacramentalis* kann nur pneumatologisch aufgefaßt werden.

g) Ist die „Gleichzeitigkeit“ der Abendmahlskirche mit dem leiblich für sie Dahingegebenen durch den vom Vater und vom Sohne ausgehenden Heiligen Geist gewirkt, so ist sie auch je in ihm beschlossen. Das *Est* Gottes, des Heiligen Geistes, ist für uns stets auch ein „*potest*“.

h) Es ist aber mit dem Vorstehenden gerade ausgeschaltet, daß also Leib und Blut des für uns Geopferten im Mahle bloß „geistig“, d. h. im Wege einer innerlichen, sozusagen subjektiven Gegenwärtigkeit bei unserer Seele von uns aufgenommen würden. Im Heiligen Geist ist die Verheißung Christi in seinen Einsetzungsworten gültig. In diesem Sinne hat Calvin selber (vgl. W. Niesel, Abendmahlskirche 1937, S. 66) die Reduktion auf Akt und Virtus abgewehrt, und die Orthodoxen sprechen durchaus auch von einer Wirkung des Abendmahls auf den Leib: *tota cuiusque fidelis persona anima et corpore cum tota persona Christi vere coniungitur* (Bucan; Heppe, S. 517, weitere Stellen dort).

### 5. „Realpräsenz“

a) Es geht, wenn wir vom Realpräsenz sprechen, nicht darum, daß Christus bei den Seinen ist „alle Tage bis an der Welt Ende“. Darüber hat kein Streit bestanden.

b) Es geht aber umgekehrt auch nicht um die Jederzeitigkeit und Allräumigkeit des erhöhten Leibes Christi.

c) Es geht um die spezifische Gegenwart Christi, in Fleisch und Blut, also des Gekreuzigten, bei der im Mahle versammelten Gemeinde (nicht



bei oder in den Elementen an sich). Diese Gegenwart des Herrn bei der Mahlgemeinde aber ist die Voraussetzung der Gemeinde in die Gleichzeitigkeit mit ihm, dem Gekreuzigten. Nicht daß er gleichsam aufhört, der einmalig Fleischgewordene und einmalig Gekreuzigte zu sein, sondern daß die im Mahle versammelte Gemeinde aufhört, ihrer „Zeit“ verhaftet zu sein, das ist der entscheidende Punkt, dies drückt Calvin nicht zeitlich, sondern räumlich aus: Christus ist uns räumlich entnommen, wir aber werden mit ihm, dem Leiblichen, vereint, indem wir durch den Geist unserer Räumlichkeit entnommen werden (der Geist als vehiculum). Diese räumliche Beziehung dürfte nicht ohne jene zeitliche ausgesagt werden, wobei natürlich zu beachten ist, daß unsere Vorstellung von Zeit und Raum das Geheimnis nur umschreiben kann. Zu beachten ist die zeitliche Klammer des paulinischen Berichtes (V. 23 b und 26 b).

d) Wenn man die vorstehenden Überlegungen anerkennt, so ist damit auch besagt: die „Gegenwart des Herrn im Mahle ist eine qualitativ andere als diejenige in der Parusie. Es ist der Gegenwärtige als der Gekreuzigte, der uns da als Gäste lädt und sich uns zu eigen gibt. Er ist (1. Kor. 11, 26) eben noch nicht „gekommen“ und das Abendmahl ist daher noch nicht das eschatologische Freudenmahl (insofern kommen Mark. 14, 25 und 1. Kor. 11, 26 doch überein).

Wenn man das Abendmahl mit den Mitteln der Ubiquitätslehre verstehen will, gerät man, wie schon im 16. Jahrhundert deutlich wurde, mit der Eschatologie in Konflikt — wie das bei jedem ontisch gerichteten Denken unvermeidlich ist. Das gleiche geschieht, wenn man das Abendmahl lediglich „geistig“, etwa unter Berufung auf Matth. 28, 20 zu verstehen sucht. Das „heilsgeschichtliche“ Verständnis sieht die Gemeinde an ihrem Platze: als Gemeinde unter dem Kreuz.

e) Sogleich muß freilich auch das andere gesagt werden: eben als Gemeinde unter dem Kreuz ist die Gemeinde in actu des Abendmahles dankbar und freudig. Die düstere Stimmung, die unsere Feiern leicht beherrscht, stellt für die Schriftgemäßheit der Kreuzespredigt kein gutes Zeugnis aus. „Des Herrn Tod verkündigen“, das heißt — im Lichte der Auferstehung — des Herrn Sieg verkündigen. Die Kreuzigung hat Johannes als „Erhöhung“ verstanden, als „Verherrlichung“, als das „Jetzt“, in dem der „Fürst dieser Welt ausgestoßen wird“ (Joh. 12, 31), und für Paulus ist das Wort vom Kreuz Kraft Gottes. Es ist das Hereinbrechen des Reiches, das mit dem Kreuze anhebt, und die Gemeinde unter dem Kreuz ist die Gemeinde des Neuen Bundes.

f) Diese spezifische Gegenwart des Christus bei seiner Gemeinde ist das unbegreifliche Werk des Geistes. Wenn man hier die Berufung auf den Geist als eine „Hilfshypothese“ (Calvins) bezeichnet, so verrät das keine gute Trinitätslehre, verrät vielleicht ein „spiritualistisches“ Mißverständnis des Geistes, das man dem „Gegner“ unterstellt, weil man es selber hat. Es versteht sich: wenn der Geist lediglich Inbegriff unserer christlichen Sub-

jektivität ist, dann führt uns die Berufung auf ihn auf die Bahnen der bloßen Erinnerung oder des edere = credere. Aber muß man nicht umgekehrt fragen, ob die Ubiquitätslehre, um dem „Spiritualismus“ der frommen Innerlichkeit aus dem Wege zu gehen, nun nicht den geschichtlichen Christus spiritualisiert? — Handelt es sich um eine wirkliche Gemeinschaft des wirklichen Menschen mit dem wirklichen (d. h. dem fleischgewordenen) Christus im Abendmahl, so ist solche Gemeinschaft nicht anders als im Heiligen Geiste zu denken. Nur Spiritualpräsenz ist Realpräsenz.

g) Die Realpräsenz in den „Elementen“ ist keine andere als diejenige im Mahle selbst. Es sind die zum „Nehmen“, zum „Essen“ und „Trinken“ bestimmten „Elemente“, denen das Wort Jesu gilt — wenn man nicht gar annehmen muß, daß dies Wort im Grunde das Passahlamm selber meint. Die Formel, daß die „Elemente“ dabei die Funktion des „Siegels“, des „Unterpandes“, des wirksamen Zeichens haben, ist zutreffend, wenn dabei das Vorstehende beachtet wird.

## 6. Die „Objektivität“ der Gabe Jesu Christi

a) Das Abendmahl ist der Kirche gegeben — „Tischgemeinschaft der Messiasgemeinde“ (J. Jeremias). Sie repräsentiert die „Vielen“, denen Jesu Versöhnungswerk gilt. Sie ist (vgl. doch auch Matth. 19, 28) das neue Gottesvolk, das Volk des Neuen Bundes. Dem entspricht, daß das Abendmahl ersichtlich nie im Dienste der Mission gestanden hat. Ist das Wort als Verkündigung darauf gerichtet, überall bekannt zu werden, so ist das Abendmahl auf die Geschlossenheit des Kreises der Mahlgenossen gerichtet, und manche (z. B. Jeremias und E. Gaugler) vermuten sehr frühe Wirksamkeit der Arkandisziplin für das Mahl.

b) Eine „Objektivität-an-sich“, d. h. unter Absehen von der Gemeinde kann dem Abendmahl nicht zugesprochen werden. Eine solche scheint auch die Konkordienformel ausschließen zu wollen, wenn sie die manductio impiorum auf die „ungläubigen und unbußfertigen bösen Christen“ bezieht (Sol. Decl. VII, 193), hierin einer schon in Marburg ausgesprochenen Restriktion Luthers folgend. Das Zugeständnis in der Wittenberger Konkordie, die von einer manductio indignorum, nicht impiorum redet, ist daher ernst zu nehmen. Das dort zugestandene Empfangen des Leibes und Blutes Christi durch die indigni kann dann nur so aufgefaßt werden, daß eine reale Begegnung mit Christus stattfindet, und, da es keine neutrale Begegnung mit ihm gibt, in dieser Begegnung die Entscheidung fällt, die auf Heil oder Gericht weist.

c) Indessen ist eine Restriktion für die lutherische Lehre eigentümlich unbedeutsam geblieben. Sie will mit der Behauptung der manductio impiorum einerseits die unbedingte Priorität des Sakraments gegenüber dem Glauben sichern, indem sie grundsätzlich eine Unabhängigkeit von ihm behauptet, andererseits die Parallelität von Sakrament und Wort festhalten, indem ja dieses ein Geruch des Lebens oder ein Geruch des Todes zum Tode ist, also keine Neutralisierung seines Wirkens erfährt.

d) Die Bestreitung der *manducatio impiorum* kann nicht so geführt werden, daß dabei die unbedingte Priorität des Abendmahls als der Selbst-Gabe des Herrn gegenüber dem Glauben bestritten wird. Die Wirksamkeit der Sakramente kann vom Glauben als einem menschlichen Verhalten nicht wohl abhängig gedacht werden. Aber in der Lehre von der *manducatio impiorum* steckt eine Voraussetzung, die nicht zutrifft: als ob auf der Seite des Empfangenden lediglich sein subjektives Verhalten in Betracht käme (dessen Bedeutung dann wirklich den zweiten Rang haben müßte). Ist aber nicht auf der Seite des Empfangenden die Wirkung des Geistes? Hier wird deutlich, daß die starre Objekt-Subjekt-Polarität, eine pneumatologische Unmöglichkeit, die Lehrbildung des 16. Jahrhunderts mitbestimmt. Lassen wir sie fahren, so werden wir sagen müssen: abhängig ist die Wirkung des Mahles von der Wirkung des Heiligen Geistes — weil sie durch sie, und zwar objektiv und subjektiv, erst zustande kommt. Sie ist damit nicht abhängig von dem subjektiven, vorfindlichen Zuständen, des Empfangenden. Die Teilnahme an dem „einigen Opfer Christi am Kreuz“ ist denen gewährt, die Glieder am Leibe Christi sind.

e) Ist das Heil in Christus, so besteht das Un-Heil darin, nicht in Christus zu sein. Die Gerichtswirkung des Mahles an dem, der es illegitim genießt, besteht darin, daß er in der auch ihm gewährten Begegnung mit dem Gekreuzigten sich dennoch gegen ihn verschließt, außerhalb seiner bleibt und also im Bereich der Sünde und des Todes. Die Echtheit der Gabe erleidet dadurch keinen Eintrag. Sie würde aber beeinträchtigt, wenn man eine Wirkung an sich behauptete und annähme, daß jemand Christi Fleisch und Blut in sich aufnähme (d. h. also Anteil hätte am Gekreuzigten), ohne darin wirklich zu ihm zu gehören. Es wäre dann Jesu Gabe notwendig ein Etwas, nicht Er selber.

# Evangelische Deutsche im Auslande

Von Gerhard Stratenwerth

Das Existenzrecht deutscher Fremdenkolonien im Auslande konnte in den letzten Jahren manchmal zweifelhaft erscheinen. Es gehörte zur Verwirrtheit unserer Zeit, daß man zwar britische, französische, schwedische usw. Fremdenkolonien als selbstverständlich betrachtete, deutsche aber grundsätzlich ablehnte und darum mancherorts zerstörte.

Mit den deutschen Fremdenkolonien ist aber gleichzeitig auch die Frage der deutschen Kirchengemeinden im Ausland gestellt. Denn immer nehmen die im Ausland lebenden Glieder eines Volkes ihren Kultus und ihren Glauben mit in die Fremde. So ist die Entstehung der deutschen Auslandsgemeinden ein ganz natürlicher Vorgang. Ebenso natürlich ist es, daß die Mutterkirche sich ihrer Kinder in der Fremde annimmt. Es ist das nichts anderes, als was die anderen Kirchen, die in diesem Sinne Mutterkirche sind, auch tun. Die Church of England hat eine Anzahl Auslandsdiözesen, die, von Bischöfen geleitet, unter einem in England residierenden Bischof zusammengefaßt sind. Die Hervormde Kerk der Niederlande unterstellt ihre Auslandsgemeinden dem erweiterten Moderamen der Synode. Die dänische Volkskirche leitet ihre Auslandsgemeinden im Rahmen eines Vereins, „Danske Kirke i Utlandet“ (Dänische Kirche im Ausland), der satzungsgemäß von einem Bischof geleitet wird. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Sie zeigen wie selbstverständlich die Mutterkirchen die Verantwortung für ihre Auslandsgemeinden wahrnehmen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat nicht nur ein Recht, sondern die z. Z. noch viel zu wenig wieder begriffene Pflicht, sich um ihre Auslandsgemeinden zu sorgen, ihnen zu helfen und sie zu fördern.

Unsere evangelischen Auslandsgemeinden sind weithin aus dem Bewußtsein unserer Gemeindeglieder geschwunden. Noch vorhandene Vorstellungen gehen größtenteils von Kenntnissen über Zustände aus, die der Vergangenheit angehören, oder nähren sich von Bildern, die der Wirklichkeit nicht entsprechen.

Der tiefe historische Einschnitt, den das verhängnisvolle Jahr 1933 in der Geschichte unseres Volkes bedeutet, leitet zugleich auch einen neuen Abschnitt für unsere Auslandsgemeinden ein. Die dadurch verursachten Strukturänderungen und die sich daraus ergebenden Aufgaben sind bisher kaum, weder in der Heimat noch draußen, in ihrer pastoraltheologischen Bedeutung begriffen worden.



Ursprünglich entstanden die Auslandsgemeinden aus einer doppelten Wurzel. Die ältesten Gemeinden waren Kaufmanns- und Handwerker-Gemeinden. Ihre Entstehung geht z. T. bis in das Jahrhundert nach der Reformation zurück. Den damaligen Zeitverhältnissen entsprechend wurden sie mit Stiftungen und Privilegien ausgestattet, die bis heute nicht erloschen sind. Hierher gehören z. B. Sta. Gertrud in Stockholm oder die Christinengemeinde in Göteborg. Sie sind Fremdgemeinden im Verband der schwedischen Staatskirche. Ihre Pfarrer kommen aus dem Mutterlande, werden aber Pfarrer der glaubensgleichen Gastkirche. Wo diese Konfessionsgleichheit nicht gegeben war, wie z. B. in Großbritannien, lebten die Gemeinden nach eigenem kirchlichen Recht, aber in einem gewissen (Rechts- und) Lebensverband mit der Kirche der Heimat.

Die im 19. Jahrhundert mit der Ausdehnung der Wirtschaft zur Weltwirtschaft entstandenen Gemeinden, die manchmal, wie etwa Rom und Istanbul, als Botschaftsgemeinden ins Leben traten, haben in ihrem Wesen und ihrer Ordnung bereits ein „modernes“ Gepräge. Immer aber wird der tragende Kern von den Kaufleuten, die dem sich ausbreitenden Handel folgen, gebildet. Doch treten bald Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler hinzu, zu denen sich dann Monteure, Werkmeister, Facharbeiter gesellen. Es ist verständlich, daß diese Art von Gemeinden vor allem in den großen Städten des Auslandes vertreten ist.

Das gleiche 19. Jahrhundert erzeugte aber auch den zweiten Typus der Auslandsgemeinden: die Kolonistengemeinde. Der wachsende Bevölkerungsüberschuß bewirkte im vergangenen Jahrhundert jene große Auswanderungsbewegung, die Millionen von Kindern unseres Volkes als Siedler vor allem nach Südamerika führte. Nicht der Kaufmann und der Techniker — Funktionäre der modernen Wirtschaft — prägte das Gesicht dieser Gemeinden, sondern der Auswanderer, der zum bauerlichen Kolonisten wurde. Diese Herkunft wird auch dann nicht verwischt, wenn es zur Bildung städtischer Gemeinschaften mit einer eigenen besitzenden Schicht kommt.

Ein dritter Gemeindetypus entstand durch die Kolonialgemeinden, die sich in den deutschen Kolonien bildeten. Sie stehen — in Südafrika — bis zum heutigen Tage teilweise in Verbindung mit der Eingeborenenmission; mancherorts versehen Missionare gleichzeitig den Pfarrdienst an der weißen Gemeinde.

Diese ganz grob skizzierten Typen zeigen selbstverständlich in der Wirklichkeit eine Vielzahl von Übergängen und Mischungen. Es ging uns nur darum, die Entstehungselemente der Auslandsgemeinden von heute in Erinnerung zu bringen. Unberücksichtigt blieben dabei die Volkstumskirchen wie z. B. in Siebenbürgen, der Batschka, Wolhynien, Sudetenland. Sie sind in den Jahrhunderten entstanden, als die staatlichen Gewalten im großen Ostraum aus dem Reich „Kolonisten“ ins

Land zogen, um so einen Schutzwall gegen Mongolen und Türken zu bauen und gleichzeitig die menschenleeren Gebiete zu erschließen. Was von diesen ehemaligen Volkstumskirchen für immer der Vergangenheit angehört, läßt sich zur Stunde nicht beurteilen. Ob es richtig war, wie es in den seit 1932 erscheinenden Jahrbüchern „Auslandsdeutschtum und Evangelische Kirche“ geschah, sie mit den Auslandsgemeinden in einem Atemzuge zu nennen, ist eine Frage, die heute nicht beantwortet werden sollte. Sicher ist, daß sie in den Sog einer Volkstumsarbeit gerieten, die sie nicht stärkte zum Dienst an Volk und Staat ihrer Wahl, sondern sie zunächst romantisch und dann auch machtpolitisch als Exponenten einer politischen Idee ansah und „zum Einsatz brachte“. Darum mußten sie mit dem zerbrechenden „Dritten Reich“ in den Untergangsstrudel geraten, der für so viele dieser Volksgruppen tödlich wurde. Wenn die Wasser der großen Flut sich einmal wieder verlaufen haben, werden wir erkennen können, welche Reste übriggeblieben sind. Schon jetzt ist deutlich, daß an manchen Orten Gemeinden überlebt haben, wo nur Untergang zu sein schien. Aber auch das ist sicher: die Art und Weise, wie kirchliche Hilfe und Betreuung in Zukunft geübt werden, wird von den alten Formen sehr verschieden sein. In dem Maße, wie wir wieder zur Selbstbesinnung kommen, sollten wir uns auch von der Kirche aus gründlich mit den Fragen beschäftigen, die uns aus einer neuen kritischen Betrachtung der Beziehung zwischen den ehemaligen „deutschen Volksgruppen“ und der Kirche in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwachsen. Es könnte sich dabei z. B. ergeben, daß man zu dem Urteil genötigt wird, daß das Schicksal mancher dieser Gruppen weniger furchtbar geworden wäre, wenn in den entscheidenden Jahren die Kirche in Deutschland sich nicht in eine Lage begeben hätte, die zwischen ihr und der staatlichen Volkstumsarbeit keinen Unterschied sichtbar werden ließ. Die selbstverständlich nachweisbaren Differenzen der Methode genügten nicht. Das notwendige Nein in der Sache wurde nicht gesprochen. Der Verfasser hat in Rumänien die für die Kirche Siebenbürgens entscheidenden Monate 1941 als Soldat an Ort und Stelle miterlebt. Es gab viele Bedenken und Fragen, sie wurden nicht geringer durch die Warnungen der Erfahrenen. Aber das eindeutige Nein, das nötig war, blieb die Kirche in Deutschland schuldig. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Das Volk der Siebenbürger Sachsen, das acht Jahrhunderte hindurch, geschützt durch die Burg seiner Kirche, die in einzigartiger Weise das ganze Leben des Volkes umfaßte, sich gegen Mongolen und Türken behauptet und auch alle späteren Stürme überstanden hatte, gab die Burg preis. Damit wurden die Siebenbürger erst wirklich zur „Volksgruppe“. Sie verloren die Besonderheit, durch die sie ihren Existenzkampf bis dahin bestanden hatten: sie hatten in den großen Jahrhunderten ihrer Geschichte immer zugleich für den Glauben und ihr Sachsentum gestritten. Beides war unlösbar miteinander verbunden gewesen. Nunmehr wurde diese Ver-

bindung gelöst. Das Kreuz stand nur noch auf den Kirchen. Über dem Volke aber wehte das Hakenkreuz. Mochten auch noch so viele Pfarrer — und es gab ihrer viele — und Gemeindeglieder diese Entwicklung mit Sorge oder Ablehnung betrachten, vom Hakenkreuz her wurde das kollektive Urteil gesprochen. Wenn ein großer Teil des Volkes 1945 die seit 800 Jahren bewohnten Gebiete räumte und aus dem Lande zog, das sein Fleiß zu einem blühenden Garten gemacht hatte, so geschah es, weil sie zweifelten — und wohl mit Recht — an ihrer Mission; sie war ins Politische umgebogen worden und hatte damit die Kraft ihrer Vollmacht verloren. Die innere Kraft des Siebenbürger Sachsenvolkes war gebrochen.

Was die tapfere Kirche dort heute, bekennd und leidend, für die Zukunft bedeutet, kann hier weder dargestellt noch beurteilt werden. Nur in Fürbitte und Ehrfurcht dürfen wir hoffen, daß alles aufrichtige und unerschrockene Zeugnis von Gott nicht ungesegnet bleiben wird.

Wenn im folgenden von den ehemaligen Kirchen, die aus der deutschen Ostwanderung hervorgegangen waren, nicht mehr gesprochen wird, so nicht darum, weil ihr Schicksal vergessen wäre, sondern darum, weil sie heute nicht zu den deutschen Auslandsgemeinden zählen, denen unsere amtliche Arbeit gilt, und weil es besser ist, in der Stille des Schweigens zu lassen, was durch Reden nur gefährdet werden könnte.

Das Jahr 1933, sagten wir oben, bedeutete auch für unsere Auslandsgemeinden einen tiefen Einschnitt. Denn damit begann auch hier eine Umschichtung, die noch nicht abgeschlossen ist.<sup>1)</sup>

Mit dem 30. Januar 1933 wurden auch die Auslandsgemeinden von den steigenden Wogen des „Aufbruchs der Nation“ mit erfaßt. Wovor noch kurz zuvor gewarnt worden war, das wurde nunmehr als vollzogene Tatsache hingenommen, dann verständlich gemacht und schließlich vor dem Forum der Ökumene verteidigt. Was in der Heimat wirklich vorging, blieb den Auslandsgemeinden verborgen. Was sie draußen sahen, war die glänzende Fassade: KDF-Schiffe, tadellos erzogene Besatzungen der Auslandskreuzer, Einladungen zu den Reichsparteitagen mit ihrem auf Rausch berechneten Eindrücken. So fehlten alle Voraussetzungen, um die alsbald auch im Ausland sichtbar werdenden alarmierenden Symptome in ihrer wirklichen Bedeutung wahrzunehmen und zu deuten.

---

<sup>1)</sup> Es läge nahe, das Folgende in ursächlichem Zusammenhang mit der Politik darzustellen, wie sie zwischen 1933 und 1945 durch das damalige Kirchliche Außenamt geführt wurde. Wir hätten hierzu manche kritische Frage anzumelden. Aber eine solche Untersuchung gehört in eine historische Abhandlung. Für die uns hier obliegende Aufgabe genügt es, festzustellen, was geschehen ist, ohne kritisch zu prüfen, was hätte geschehen können, wenn —, bzw. ob die Entwicklung anders verlaufen wäre, wenn —. Wir betrachten darum das, was geworden ist und heute als Aufgabe vor uns liegt.



Es erschien in dieser Form und in diesem Umfang zum ersten Male in der deutschen Geschichte die politische Emigration: Sozialisten aller Schattierungen, junge konservative Kräfte, nationale Revolutionäre die als Schismatiker verfolgt wurden, Politiker, Künstler, Wissenschaftler, Philosophen; es erschienen die Juden. Man sollte nicht vergessen, daß sie erst die zweite Welle darstellten, nachdem durch die „Machtübernahme“ und den Staatsstreich des 30. Juni 1934 eine erste ausschließlich politisch bestimmte Welle aus dem Vaterland hinausgespült worden war.

Damals mußte jede Weisung an die Auslandsgemeinden unterbleiben. Sie wurden nicht beraten, wie sie sich diesen aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschiedenen oder ausgestoßenen Gliedern der Kirche — denn weithin handelte es sich um Angehörige der Kirche — gegenüber verhalten, wie sie sie aufnehmen und sich ihrer annehmen sollten. Mehr noch: die geordnete und offene Verbindung zu diesen aussätzig — im nationalsozialistischen Sinne — Gewordenen bedeutete, wo sie doch geschah — und sie ist in manchen Gemeinden geschehen —, eine Belastung, die nur mit Unbehagen oder gar mit scharfem Widerspruch vermerkt werden konnte. In der Heimat war der Kirchenkampf an der Frage entbrannt, ob der Arierparagraph in die Kirche Eingang finden dürfte, d. h. ob eine bestimmte blutmäßige Herkunft irgendwelche Wirkungen in jener Gemeinschaft haben dürfe, die eben nicht mehr wie einst Israel durch das Blut, sondern durch die Taufe und den Heiligen Geist bestimmt war, — wenn anders sie überhaupt wagen durfte, sich Gemeinde Jesu Christi zu nennen. Nun aber richtete man in den Auslandsgemeinden eine Trennungswand denen gegenüber auf, die Vaterland und Freundschaft, Besitz und Ehre verloren hatten, jene Güter, die in dieser Welt gemeinhin als die höchsten gelten; man schuf einen Abstand zwischen sich und jenen, die Schreckliches gesehen und oftmals selbst Furchtbares erlebt hatten: in der Stunde, wo sich bewähren mußte, daß die christliche Gemeinde durch das Kreuz, von dem gepredigt wurde — und das geschah weiterhin —, den Heimatlosen Heimat wurde, versagte eben diese Gemeinde weiterhin. Eine in ihrer Bedeutung nicht überschätzbare evangelistische Stunde blieb ungenützt. So kam es, daß nicht nur neben der deutschen Kolonie in scharfer und unüberbrückbarer Geschiedenheit eine Emigrantenkolonie entstand; die kirchlich Gesinnten unter diesen suchten Verbindung zu Gemeinden der Denominationen des Gastlandes; die anderen blieben ohne die Erfahrung des Segens, der aus dem Leid erwächst. Es muß auch heute noch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß hier der Einwand gemacht wird: aber sie waren doch nun einmal Feinde Deutschlands. Darauf kann nur geantwortet werden, daß „die Stellung zu Deutschland“ — die Anführungsstriche sind hier notwendig, denn diese Formel war insofern verlogen, als Deutschland mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde —, daß also die Hal-



tung gegenüber dem Nationalsozialismus zum Maßstab für das kirchliche Verhalten gegenüber Menschen des eigenen Volkes gemacht wurde, das war Schuld. Ein anderer Einwand kommt von denen, die sich heute in der Tiefe ihres Herzens brennend schämen, aber unter Hinweis auf den damals immer stärker werdenden Druck durch die Auslandsorganisation der Partei, unter Hinweis auf das Nichtgewußthaben und was dann noch alles folgt, meinen: die Angehörigen anderer Völker hätten in dieser Lage auch nicht anders gehandelt als wir. Das ist möglich, nach manchen Erfahrungen in der Nachkriegszeit wahrscheinlich oder sogar sicher; — aber wir waren in jener Stunde gefragt und wir haben unsere Stunde nicht bestanden. So bleibt der schmerzvolle Tatbestand, daß die deutsche Emigration in sehr vielen Auslandsgemeinden keine Heimat fand und dadurch erst vielfach endgültig verlorenging. Selbst dort, wo Auslandsgemeinden gegen alle amtlichen Intentionen die Emigranten in ihre Betreuung und Fürsorge hineinzogen und sie damit in vollem Umfange als Glieder der Gemeinde gewannen, ist die kirchliche Preisgabe der Emigranten durch die Deutsche Evangelische Kirche nicht ohne Folgen geblieben. Die tiefe Bitterkeit über alles, was deutsch war, bestand auch der Kirche in Deutschland gegenüber. Es bedarf noch einer sorgfältigen und guten Arbeit, um die zerrissenen Fäden des Vertrauens neu zu knüpfen. So tief sind die noch nicht verarbeiteten Wunden, daß immer wieder die Frage aufgeworfen wird, ob es eine Sicherheit gibt, daß nicht mit Hilfe einfacher Personalveränderungen die gefürchteten Mächte der Vergangenheit erneut zum Zuge kommen können. — Die Abtragung dieser Schuld wird noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen. In vielen Gemeinden des Auslandes ist diese Aufgabe überhaupt noch nicht erkannt, geschweige denn in Angriff genommen worden.

Es ist verständlich, daß unter den oben beschriebenen Voraussetzungen der deutsche Zusammenbruch unsere Gemeinden, vor allem in Übersee, bestürzte und verstörte. Sie hatten nur die Geschichte unseres Volkes seit 1933 in Unbefangenheit miterlebt, eben nur als Deutsche, aber der Kampf und das Leiden der Christenheit beider Konfessionen war ihnen verborgen geblieben. So erlitten sie das ihnen verordnete Maß an Not nun nicht als Christen, sondern als Deutsche. Diejenigen Pfarrer und Gemeindeglieder, die in lebendiger Verbindung mit dem kirchlichen Leben der Heimat standen, wie das z. B. in Großbritannien in beachtlichem Umfang der Fall war, trugen ihre längere oder kürzere Internierung — von der übrigens die Emigranten ebenfalls betroffen wurden — als ein Schicksal, das sie verstanden. Dort aber, wo man den inneren Zusammenhängen fremd gegenüberstand, wurden die Monate oder Jahre der Internierung mit Verbitterung oder Trotz abgemacht. Man litt um des Deutschtums willen und stand damit, ohne es zu wissen, auf der falschen Seite. Die Not wäre vielleicht nicht geringer, der Segen aber sicherlich unendlich viel größer gewesen, wenn,

gegründet auf die Erkenntnisse, die in der Heimat gewonnen wurden, Haft oder Enteignung oder Ausbürgerung wegen einer Entscheidung, die um der Kirche Christi willen getroffen wurde, hätten erlitten werden müssen.

Die Ratlosigkeit gegenüber dem Zusammenbruch hat sich in Südamerika gelegentlich in einer Weise geäußert, die beweist, daß man das Geschehen wohl nach nationalsozialistischem Schema zu deuten vermochte, aber von dem, was wirklich war, nichts wußte. Solche gelegentlichen Äußerungen sind in Deutschland nicht unbekannt geblieben. Sie haben dabei aber eine Wertung erfahren, die der tatsächlichen Bedeutung nicht angemessen war.

Viel bedrückender ist die andere Sorge: Wie sollen Pfarrer und Gemeinden, die, in ganz grober Strichmanier gesprochen, kirchlich noch im Jahre 1932 stehen und die Zeit danach nur einseitig, gemäß der ins Ausland dringenden offiziellen Version der Goebbelschen Propaganda, erlebt haben, den inzwischen neu aufgetretenen Aufgaben gerecht werden?

Denn inzwischen ist eine neue Welle von Emigranten hinausgespült worden. In den Jahren, als die „Entnazifizierung“ in ihrer unvernünftigsten Blüte stand, haben sich viele, die befürchten mußten, in die Mühle zu geraten, zu deren Gerechtigkeit sie nun schlechterdings kein Vertrauen hatten, den Weg nach draußen gesucht und gefunden. Es handelt sich dabei keineswegs nur um belastete Nationalsozialisten, sondern in großem Umfang um Menschen, die während des Krieges in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft eine Arbeit verrichtet hatten, die von den Siegern als „Belastung“ angesehen wurde. Auch ehemalige Offiziere und Soldaten aus Spezialtruppenteilen oder Sonderformationen sowie Angehörige der Waffen-SS gehören dazu. Ist von diesen letzten auch ein erheblicher Teil in die Fremdenlegion eingetreten, so ist doch der Rest mit in den Strom der zweiten politischen Emigration eingegangen. Sie sind vor allem in den lateinamerikanischen Ländern aufgenommen worden.

Was vermögen Pfarrer und Gemeinden in diesen Ländern, die selbst noch nicht begriffen haben, was geschehen ist, diesen Neuankömmlingen zu sagen? Es wäre falsch, und auch kirchlich unerlaubt, diese „Entnazifizierungs-Emigranten“, um sie einmal kurz zu etikettieren, einfach als Nazis abzutun. Unter ihnen befinden sich wertvolle und vornehme Menschen. Aber sie leben, was niemanden verwundern sollte, in einer geistigen Verwirrung, weil das Koordinatensystem ihrer Begriffe nicht ausreicht, um mit dem Geschehen der letzten zwei Jahrzehnte fertig zu werden. Wer ihnen helfen will, muß selbst Leid und Not dieser Jahrzehnte erfahren und ihren Sinn und Zusammenhang begriffen haben. Bei Auslandsbesuchen wird es schon bei den ersten Begegnungen deutlich, ob man sich in einer Gemeinde befindet, die weiß, worum es heute geht, oder in einer Gemeinde, die aus Menschen besteht, die, in vergangenen

Vorstellungen befangen, geistig von der Krise der Jahre seit 1933 unberührt geblieben sind.

Die mangelhafte Zurüstung dieser Gemeinden für die Aufgaben der Gegenwart ist um so bedenklicher im Blick auf ihre kirchliche Verantwortung, als seit etwa 1948 ein dritter Typus von Deutschen im Auslande erscheint. Sie sind nicht eigentlich Emigranten, denn nur ein geringer Teil von ihnen beabsichtigt, ständig im Ausland zu bleiben. Es sind neben den sogenannten Fremdarbeitern, über die noch gesondert zu sprechen ist, Deutsche, die als Techniker, Ingenieure, Ärzte oder sonstige Spezialisten hinausgehen. Meistens haben sie dem Werberuf einer ausländischen Regierung Folge geleistet und sich vertraglich für mehrere Jahre verpflichtet.

Diese Gruppe ist nicht wie die Angehörigen der eigentlichen Emigration aus ihrer Lebensbahn geworfen worden. Die zu ihr Gehörigen handeln aus eigenem und freiem Entschluß. Sie haben das Schicksal ihres Volkes in echter Einordnung mit durchlebt, kommen als Menschen, die lebendig in den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit stehen und dabei ein neues Verhältnis zur Kirche gewonnen haben. Sie erwarten im Ausland die Kirche der Heimat wiederzufinden. Beglückend ist es, wenn man von solchen Auswanderern Berichte liest, in denen die tiefe Freude Ausdruck findet, daß sie draußen in der deutschen Gemeinde die geistliche Heimat, die sie verließen, wiederfanden. Aber es ist erschütternd und leider nicht selten, wenn ein solcher Bericht nur verzweifelt und enttäuscht zu erzählen weiß, daß man sich unter denen, zu denen man meinte als Bruder zu kommen, als Fremdling fühlen muß. „Die Menschen hier haben nichts erlebt. Sie haben keine Ahnung von dem, was passiert ist. Die Predigten sind unerträglich, als ob seit 30 Jahren nichts geschehen wäre. Die Kirche hier ist nichts anderes als ein deutscher Klub.“ So und ähnlich lauten solche Urteile. Die Folge: entweder Abwendung vom kirchlichen Leben und Versinken in geistliche Heimatlosigkeit oder — und das ist nicht einmal das Schlimmste — Anschluß an die Methodisten, Missouri-Lutheraner oder wo immer man hofft, einen Ersatz zu finden für die Steine, die statt des Brotes geboten wurden.

Gewiß hat die Kirche im Dritten Reich geschwiegen, weil sie sich selbst zur Stummheit verurteilt hatte oder weil sie am Reden gehindert wurde. In diesem Schweigen liegt das Versagen von Pfarrern und Gemeinden im Auslande großenteils begründet. Ob aber die Kirche nach 1945, die wieder reden konnte, getan hat, was sie zu tun schuldig war, um das Versäumte nachzuholen, das ist wohl eine Frage, der man nicht ausweichen sollte.

Es war gelungen, im wesentlichen den äußeren Bestand der Auslandsgemeinden über den Zusammenbruch hinwegzureretten. Wie hoch der Preis gewesen ist, der bezahlt werden mußte, um dies Ziel zu erreichen, dürfte zu ermessen sein.



Technisch hat die Erhaltung des Bestandes bei der Wiederaufnahme der Arbeit nach 1945 selbstverständlich ihre erhebliche Bedeutung gehabt. Die kommenden Jahre werden zeigen müssen, ob und wie schnell es möglich sein wird, die entstandenen schweren inneren Schäden wieder zu beseitigen.

Ehe wir uns der Gegenwart und ihren Aufgaben zuwenden, soll nunmehr ein allgemeiner Überblick über Bestand und Umfang der deutschen Auslandsgemeinden gegeben werden. Wenn der früher geläufige Begriff der deutschen Auslandsdiaspora nicht mehr verwandt wird, so geschieht das nicht ohne Grund. Der Begriff Diaspora, aus der Septuaginta stammend, wurde ursprünglich auf die außerhalb Palästinas lebenden Juden und im Neuen Testament (1. Petr. 1; Jak. 1, 1;) sinngemäß auf die Christen angewandt. Er wurde in der Zeit des Pietismus von den Herrnhutern auf die außerhalb der Gemeinde lebenden Geschwister übertragen und seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts — wenn auch schon mit einer Abwandlung — zum Sammelbegriff für die Evangelischen, die in überwiegend römisch-katholischen Gebieten wohnten. Durch die spätere Verkoppelung der beiden Worte deutsch und evangelisch (am populärsten in der Losung, die früher so oft auf Gustav-Adolf-Vereinsfesten verkündet wurde: „evangelisch bis zum Sterben, deutsch bis in den Tod“) erfolgte dann eine Verquickung, die im weiteren Verlauf den Ursinn des Begriffes, Gläubige verstreut unter Fremde, immer mehr ruinierte und das „deutsch“ zum zweiten konstitutiven Element werden ließ. Wie weit der Begriff Auslandsdiaspora schon vor 1933 noch kirchlich legitim war, soll hier nicht untersucht werden. Eine kritische Besinnung wird auch hier vielleicht zu dem Ergebnis kommen, daß späterer abusum nicht das Recht gibt, das ernste kirchliche Wollen, das die Väter bei der Verkoppelung der beiden Begriffe leitete, mit einer Handbewegung abzutun. Heute scheint mir der Begriff einer „deutsch-evangelischen Auslandsdiaspora“ jedenfalls unverwendbar geworden zu sein, vor allem auch, weil er der Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird. Wir werden vielleicht schon in einem Jahrzehnt vor der Tatsache stehen, daß es Gemeinden gibt, die in enger geistlicher Gemeinschaft mit der Evangelischen Kirche in Deutschland leben, aber sprachlich keine deutschen Gemeinden mehr sind. Darum berichten wir hier nicht von dem Bestand der deutschen evangelischen Auslandsdiaspora, sondern der deutschsprachigen Auslandsgemeinden. Daß auch dieser Begriff die Sache nicht mehr trifft und auf die Dauer geändert werden muß, wird am Ende dieses Aufsatzes deutlich sein.

Wir beginnen mit Europa.



## A. Europa

### Großbritannien

Das Gemeindeleben in Großbritannien zeigt eine erfreuliche Bewegtheit. Zwar sind z. Z. noch nicht alle Pfarrstellen wieder besetzt. Auch haben einige Gemeinden aus den oben erwähnten Gründen ihre rechtlichen Beziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland gelöst. An den tatsächlichen Verhältnissen hat sich dadurch jedoch wenig geändert. Die Gemeinden in London, Oxford, Leicester und Leeds haben sich vor einem Jahr in loser Form zusammengeschlossen und einen „Geistlichen Rat“ gebildet. Er hat eine wichtige Funktion bereits erfüllt: über die Verschiedenheiten der konfessionellen Ausprägungen und der inneren Ordnung hinweg werden hier die gemeinsamen Aufgaben besprochen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann sich für die Zukunft eine festere gemeinsame Form der deutschen Gemeinden in Großbritannien entwickeln. Das wird auch dadurch mit bestimmt werden, wie viele von den rund vierzigtausend Deutschen, die seit Kriegsende neu nach Großbritannien gekommen sind, auf längere Zeit oder gar auf die Dauer im Lande bleiben werden.

Im Gemeindepfarramt sind z. Z. tätig: Dekan Dr. Rieger (London), P. Dr. Kramm (London), P. Kurtz (Oxford), P. Baermann (Leicester und Leeds), P. Hansen (Bradford, Liverpool und Birmingham).

### Niederlande

Es sind besetzt: Den Haag (P. Kaetzke) und Rotterdam (P. Fischer). Die Gemeinden in Heerlen und Twente sind eingegangen. Die deutschsprachige Gemeinde der Hervormde Kerk in Amsterdam ist nach 1945 aufgehoben worden. Doch haben jetzt wieder deutsche Gottesdienste in Amsterdam begonnen.

### Belgien

Belgien hat z. Z. keine deutsche Gemeinde (1933 Antwerpen und Brüssel). Die seelsorgerliche Betreuung von Tausenden deutscher Mädchen in Belgien ist noch nicht befriedigend gelöst.

### Schweden

Die Gemeinde in Malmö wird z. Z. von Kopenhagen aus mitverwaltet. Es soll ein Vikar nach Malmö entsandt werden. Der letzte Pfarrer, Herbert Kühn, wurde 1946 von einer (westlichen) Militärregierung zu einer Rücksprache nach Deutschland gebeten und erhielt dann trotz schwedischer Einreiseerlaubnis nicht wieder die Erlaubnis, zu seiner Gemeinde zurückzukehren. Eine Begründung dieser Maßnahme, die in Schweden und Deutschland Verwunderung erregte, wurde niemals gegeben. Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen, auch kirchlicher und parlamentarischer Persönlichkeiten des betreffenden Landes, sah sich das Kirchliche Außenamt genötigt, Pfarrer Kühn den Rat zu geben, auf

seine Pfarrstelle zu verzichten. — Der Fall Malmö gehört zu den Besonderlichkeiten einer nunmehr hoffentlich überwundenen Zeit.

Die deutschen Gemeinden in Stockholm und Göteborg sind Gemeinden der schwedischen Staatskirche. Ihre Pfarrer Schiebe und Kiesow stammen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland, sind aber Pfarrer der Schwedischen Staatskirche und haben durch die Berufung schwedische Staatsangehörigkeit erworben.

### Dänemark

Die Nordschleswigsche Gemeinde mit rund 20 000 Seelen ist der Kirche von Schleswig-Holstein angeschlossen. Die Hälfte ihres Besitzes wurde vom dänischen Staat enteignet. Der Vorgang vollzog sich im Rahmen der dänischen Rechtsabrechnung auf Grund von Gesetzen mit rückwirkender Kraft. Die ursprünglich durch Rechtsspruch verhängte völlige Enteignung wurde in Verhandlungen mit der dänischen Regierung auf das jetzige Maß eingeschränkt. Alle Pfarrer der nordschleswigschen Gemeinde wurden im Rahmen der Rechtsabrechnung außer Landes gewiesen. Jetzt sind wieder zwei Pfarrer tätig: P. Jessen, früher Ratzeburg, und P. Petersen, ein gebürtiger Nordschleswiger. Der Fortgang des äußeren Wiederaufbaues wird wahrscheinlich beeinflußt werden durch die Form, in der endgültig die kirchlichen Verhältnisse der dänischen Gemeinden in Südschleswig geregelt werden. Es handelt sich dabei um dänische Gemeinden, die erst nach dem Kriege in Südschleswig, d. h. dem deutschen Teil von Schleswig, gebildet wurden. Die Verhandlungen darüber sind schwierig; da die kirchliche Beurteilung der Grenzlandprobleme nördlich und südlich der Grenze verschieden ist. Es wird Zeit kosten, um für dänisches staatskirchliches Denken und für ein Kirchen- und Gemeindeverständnis, wie es sich bei uns entwickelt hat, gemeinsame Formeln zu finden, die der Wirklichkeit beiderseits der Grenzen gerecht werden.

In Apenrade, Tondern, Sonderburg und Hadersleben bestehen auf Grund der Abtretungsbestimmungen von 1922 deutsche Gemeinden der dänischen Volkskirche. Ein königliches Reskript aus dem Jahre 1947 sieht jedoch vor, daß beim Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaber die Gemeinden entweder „niedergelegt“, d. h. aufgehoben, oder in Wahlgemeinden, d. h. Minderheitengemeinden verwandelt werden sollen. Ihre bisherige selbständige Existenz soll dann jedenfalls zu Ende gehen. Die Pfarrer dieser vier Gemeinden gehörten der Bekennenden Kirche an. Sie sind nach 1945 nicht gemäßregelt worden. Die entsprechende Voraussetzung bei den Pfarrern der Nordschleswigschen Gemeinde hat gefehlt.

Die deutsche Gemeinde in Kopenhagen gehört zur dänischen Volkskirche. Ihr Pfarrer, Hauptpastor D. Görnandt, ist daher königlicher Pfarrer. Doch wurde er auf Antrag des St. Petri-Kirchenkollegiums unter dem 15. 11. 1935 der Deutschen Evangelischen Kirche persönlich

angeschlossen. Wenn er also durch den König von Dänemark zur Ruhe gesetzt wird, so ist von diesem Augenblick ab die Evangelische Kirche in Deutschland verpflichtet, sein Ruhegehalt zu zahlen. — Ein Beispiel für die manchmal verwickelten Rechtsverhältnisse in der kirchlichen Auslandsarbeit.

#### Norwegen

In Oslo tut Pfarrer D. Dr. Guenther als Emeritus noch Dienst an einer kleinen Restgemeinde. Gleichzeitig betreut er die in norwegischer Haft befindlichen Deutschen, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, insgesamt vierzig.

#### Finnland

In Helsinki wirkt P. Sentzke. Bei der konfessionellen Verwandtschaft zur finnischen Kirche wird die Gemeinde auch von den inneren Fragen dieser Kirche mit bewegt.

#### Lettland

Die Gemeinde in Riga ist eingegangen.

#### Spanien

Auf der Iberischen Halbinsel sind fühlbare Reste von Nationalsozialisten zurückgeblieben. Während ein Teil von ihnen durch Eintritt in die römische Kirche Deckung suchte, stellen die übrigen kirchliche Aufgaben, die noch nicht befriedigend gelöst sind.

Besetzt sind Madrid (P. Mohr) und Barcelona (Lic. Karig). Von beiden Pfarrstellen aus müssen zahlreiche Außengemeinden einschließlich der Kanarischen Inseln und der Balearen betreut werden. Die Entsendung je eines Hilfspredigers wäre dringend notwendig, ist jedoch bei den unzureichenden Mitteln des Kirchlichen Außenamtes z. Z. unmöglich.

#### Portugal

Lissabon ist mit Pfarrer Dr. Thude besetzt. Von Lissabon aus erfolgt auch die Versorgung von Oporto.

#### Frankreich

In Frankreich gibt es noch keine deutsche Gemeinde wieder, die im Zusammenhang mit der Evangelischen Kirche in Deutschland steht. In Paris beginnt sich wieder eine deutsche Kolonie zu bilden. Damit dürfte in absehbarer Zeit auch die Neubildung der Gemeinde spruchreif werden. Auch über das endgültige Schicksal der deutschen Christuskirche dürfte dann die Entscheidung fallen.

#### Schweiz

Die Gemeinde in Genf ist mit Pfarrer Dr. Gellert, zuletzt Marburg, besetzt. Die Gemeinde ist zugleich die Heimat für die Lutheraner der

in Genf ansässigen ökumenischen Organisationen. Sie hat dadurch in besonderem Maße ein internationales Gepräge.

### Italien

Die Gemeinden in Bozen (Naumann), Genua, Florenz, Bologna, Mailand (Wabnitz), Neapel (Matthis), Rom (Dr. Dahlgrün), Triest (Kleinod) und Venedig haben sich 1948 zur „Evangelisch-lutherischen Kirche Italiens“ zusammengeschlossen. Nach ihrer Verfassung ist sie juristische Person des italienischen Rechts. Doch hat der italienische Staat diese nach dem Selbstverständnis der Evangelisch-lutherischen Kirche Italiens konstitutive Anerkennung noch nicht ausgesprochen. Wirtschaftlich wird diese Kirche mit ihren etwa dreitausend Gliedern vom Lutherischen Weltbund unterhalten, dem sie auch als Mitgliedskirche angehört. Die Beziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland sollen durch einen Vertrag geregelt werden. Die Gemeinden in Rom, Bozen, Florenz, Venedig und Triest haben von dem Zusammenschluß durch ihre Vorstände den Willen geäußert, ihr Anschlußverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland zu lösen. Das vermutete Unvermögen der Heimatkirche, die erheblichen Zuschußbedürfnisse der Pfarrer und Gemeinden zu befriedigen, war ein Grund, die Sorge, durch das Weiterbestehen des Anschlußverhältnisses in politische Schwierigkeiten mit dem Gastlande, das sich noch im Kriegszustand mit Deutschland befand, zu geraten, ein anderer Grund, der für diesen Schritt angeführt wurde. Nachdem der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 17. 7. 51 in einem Beschluß, der sich eng an eine Erklärung des Konsistoriums der Evangelisch-lutherischen Kirche anschließt, die Richtlinien für die Verhandlungen des Kirchlichen Außenamtes fixiert hat, ist zu hoffen, daß der künftige Vertrag auch eine Lösung der noch offenstehenden Rechtsfragen bringen wird.

Die Gemeinde in Meran ist nicht Mitglied der Lutherischen Kirche in Italien geworden; sie steht in enger Verbindung mit dem Kirchlichen Außenamt.

### Ungarn

Die Gemeinde in Budapest besteht nicht mehr.

### Bulgarien

Die Kirche in Sofia ist abgetragen worden. Die Gemeinde ist aufgelöst.

### Griechenland

Die Gemeinde von Athen wird z. Z. von einem schweizerischen Hilfsprediger verwaltet. Auch in Saloniki, das auch früher schon von Athen aus versorgt wurde, sind wieder regelmäßig Gottesdienste in deutscher Sprache vorgesehen.



## B. Asien

### Türkei

Die Gemeinde in Istanbul hat sich, seitdem der letzte Pfarrer beim Eintritt der Türkei in den Krieg wegging, unter Leitung von Emigranten, die der Bekennenden Kirche angehörten, selbst erhalten. Sie hat den dringenden Wunsch, wieder einen Pfarrer zu erhalten. Zur Klärung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse ist im März d. J. Pfarrer Friz, früher Beirut, für ein halbes Jahr entsandt worden. Wir hoffen, daß in dieser Zeit die Voraussetzungen geschaffen werden, um den Wunsch der Gemeinde nach einem ständigen Pfarrer erfüllen zu können.

### Palästina

Die Gemeinde in Haifa-Waldheim ist infolge der politischen Verhältnisse eingegangen. Das gleiche gilt für das mit Haifa verbundene Jaffa, ebenso für Jerusalem.

Das Eigentum der deutschen Palästinawerke, Syrisches Waisenhaus, Jerusalem-Verein, Jerusalemstiftung, Kaiserswerth, Karmelmission, Johanniterorden, ist dem Lutherischen Weltbund übertragen worden. Über die Eigentumsrechte verhandelt er sowohl mit der israelischen Regierung — für den israelischen Teil des Heiligen Landes — wie mit dem Königreich der Haschemiten (Transjordanien) für den arabischen Teil. Im arabischen Teil können sowohl Vertreter des Syrischen Waisenhauses als auch von Kaiserswerth sowie Propst Döring tätig sein. Es scheint sich hier eine arabische Kirche evangelisch-lutherischen Gepräges zu bilden. Damit würde eine hundertjährige Arbeit ihre Frucht tragen. Es ist heute noch nicht an der Zeit, ganz abgesehen davon, daß der Rahmen unseres Themas damit überschritten würde, über diese vielschichtigen Fragen eingehend zu berichten.

### Syrien

Beirut. Der noch bestehende Gemeinderest soll interimistisch durch Propst Döring betreut werden. Die Mehrzahl der Gemeindeglieder besteht aus Nichtdeutschen. Über die Wiederbesetzung der Pfarrstelle — durch einen Schweizer? — wurden die Verhandlungen eingeleitet.

### China

Die Gemeinden in Peking und Tientsin sind durch die Abwanderung der Deutschen eingegangen. In Peking blieben nur ein paar Alte und Schwache zurück. Sie wurden, wie auch die wenigen in Tientsin Zurückbleibenden, von noch ausharrenden Missionaren übernommen. In Shanghai und Tsingtau bestehen die Gemeinden zur Stunde noch. Die Berichte erzählen von mancherlei Schwierigkeiten, die die neue Herrschaft mit sich bringt; aber sie wissen auch von viel Treue zu sagen.

Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeit in China weitere starke Einschränkungen erleiden wird und möglicherweise überhaupt zu Ende geht.

Über Charbin und Kukong fehlen alle Nachrichten.

### Japan

In Tokio und Kobe haben die Gemeindereste sich durch die Nöte der Nachkriegszeit hindurch erhalten. Das beschlagnahmte Eigentum ist in den Gebrauch der Gemeinden zurückgelangt und der Tag wird kommen, wo auch zahlenmäßig wieder eine Zunahme zu verzeichnen sein wird. Die Gemeinde wird durch P. Jaeckel von der deutschen Ostasienmission betreut, die auch im persönlichen Anschlußverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland steht.

### C. Afrika

#### Ägypten

Die Kirche in Kairo ist zurückgegeben. Die Gemeinde hat, aufopfernd betreut durch die Kaiserswerther Diakonisse Schwester Hanna Freitag, die Nachkriegsschwierigkeiten überstanden. Im März dieses Jahres ist im Zusammenwirken zwischen Kirchlichem Außenamt und Evangelischer Mohammedaner-Mission Pf. Höpfner nach Kairo entsandt worden, um, zunächst für ein Jahr, kommissarisch das Gemeindepfarramt zu übernehmen. Es ist Wunsch und Hoffnung der Gemeinde, daß sie nach Ablauf des Kommissariats in der Lage ist, die Wahl eines Pfarrers auch wirtschaftlich zu verantworten.

#### Süd- und Südwestafrika

Mit einem Kirchenbundesrat als oberstem Organ, dessen Präses Landespropst Höflich ist, hat sich der „Deutsche Kirchenbund Süd- und Südwestafrikas“ gebildet.

Ihm haben sich folgende Synoden angeschlossen: Deutsche Evangelisch-Lutherische Synode Südafrikas (mit 14 Gemeinden), Deutsche Evangelisch-Lutherische Synode Transvaals (mit 11 Gemeinden) und die Deutsche Evangelisch-Lutherische Synode Südwestafrikas (mit 16 Gemeinden); in freundschaftlicher Beziehung zum Kirchenbunde stehen: zehn „Deutsche Gemeinden in Verbindung mit der Berliner Mission“, vier Gemeinden der „Freien Evangelisch-Lutherischen Synode in Südafrika“, zwanzig Gemeinden der „Hermannsburger Deutschen Evangelisch-Lutherischen Synode Südafrikas“.

### D. Amerika

#### Mexiko

Die Gemeinde in der Stadt Mexiko wird von P. Freustadt betreut. Sie war die letzte Gemeinde, mit der endlich Ende 1949 die Verbindung wiederhergestellt werden konnte.

## Venezuela

Die frühere Gemeinde in Caracas besteht zur Zeit nicht mehr. Doch finden gelegentlich Gottesdienste in deutscher Sprache statt.

## Bolivien

Nach La Paz hatte der Deutsche Schulverein einen Pfarrer und Lehrer berufen (P. Dr. Wolff). Doch hat P. Dr. Wolff inzwischen einen Ruf nach Indien angenommen, da er bei seinen Auftraggebern zuviel Erschwerung seiner geistlichen Aufgaben erfuhr.

## Columbien

Eine eigene Gemeinde in Bogota besteht z. Z. nicht. Ein früherer Deutscher, ursprünglich Reverend der Presbyterian Cumberland Mission, arbeitet jetzt unter den Deutschen.

Für die Lage in Südamerika war ein Rundschreiben an die Synoden kennzeichnend, das Propst Marczinski, der Ständige Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland in Südamerika, am 24. Januar 1947 an die Synoden ausgehen ließ. Es wird hier unverkürzt zum Abdruck gebracht, weil es ein Dokument der Treue in dunkelster Zeit ist, das verdient im Gedächtnis behalten zu werden:

*Durch die Wiederaufnahme der Postverbindung zwischen Südamerika und Deutschland ist der direkte Briefverkehr mit der Mutterkirche wiederhergestellt worden. Voller Sorge hatten sich unsere Gemeinden und Synoden mit der Frage beschäftigt, wie sich künftighin ihr Verhältnis zur Mutterkirche gestalten würde. Aus Zeitschriften, die ich bisher von der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland erhalten und die ich Ihnen z. T. bereits mitgeteilt habe, geht klar hervor, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland mit unseren Synoden aufs herzlichste verbunden weiß. Drei Punkte möchte ich aus diesen Äußerungen hervorheben:*

*1. Die EKD ist Rechtsnachfolgerin der DEK.*

*2. Das sogenannte Diasporagesetz vom 17. Juni 1924 hat nach wie vor seine Gültigkeit.*

*3. Wieweit die von der EKD damit übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden können, ergibt sich aus der jeweiligen finanziellen Situation und kann erst, wenn der Friede geschlossen ist, definitiv festgelegt werden.*

*Andererseits haben auch unsere Synoden ausdrücklich erklärt, daß sie sich nach wie vor mit der Heimatkirche verbunden wissen.*

*Auf der Präsidienkonferenz der vier östlichen Synoden vom 15.—17. Oktober 1946 ist offiziell erklärt worden, „daß die Pflege der Beziehungen zu anderen evangelischen Kirchengemeinschaften der Grundbeziehung zur Mutterkirche unterzuordnen ist.“*

*Die Deutsche Evangelische Kirche in Chile läßt durch ihren Leiter sagen, daß „es der einstimmige Wunsch und Beschluß unserer Synodal-*

tagung war und ist, daß wir weiterhin mit der EKD in Verbindung bleiben. Wir gehören zu ihr durch eine lange Geschichte, durch die innere Gemeinschaft“ (22. 1. 47).

Gesamtpfarrkonferenz und Synodaltagung der La Plata-Synode brachten ihre Verbundenheit mit der Mutterkirche mit Worten herzlichen Dankes zum Ausdruck (16.—20. 10. 46). Alle Synoden sind sich darin einig, daß sie keine opportunistische Kirchenpolitik treiben wollen. Sich von der Heimatkirche zu trennen, in einer Zeit, wo diese aus tausend Wunden blutet, würden sie als ein Zeichen von Untreue und Undankbarkeit ansehen. Alle Synoden betrachten es vielmehr als eine Pflicht der Dankbarkeit, sich mit allen Kräften, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen ihrer Länder zulassen, für das Hilfswerk der Heimatkirche einzusetzen.

M. Marczinski.

Diese Erklärungen der verschiedenen Synoden in Südamerika taten wohl. Denn nicht überall war der Dank an die Mutterkirche ein genügend festes Band, das auch dann noch hielt, als diese Mutterkirche ihre durch ein Jahrhundert hindurch geübte Fürsorgepflicht nicht mehr erfüllen konnte. Die Synoden in Südamerika waren damals, 1947, in einer verzweifelten Notlage und standen am Rande des Bankrotts, weil sie große Pensionsverpflichtungen, die die Heimatkirche schon seit Jahren nicht mehr erfüllen konnte, stellvertretend übernehmen mußten. Das konnte nur unzureichend geschehen. Wir sind es darum, die an dieser Stelle Dank sagen müssen für alle bewiesene Treue, die auch dann nicht zerbrach, als sie dem Einzelnen Entbehrung und Opfer auferlegte.

Diese Haltung der Brüder und Gemeinden in Südamerika bildete die Voraussetzung dafür, daß die in der Folge heranreifenden Entscheidungen in Brasilien in tiefem gegenseitigem Vertrauen miteinander beraten und getroffen werden konnten.

### Brasilien

Am 15. 1. 1948 richtete D. Niemöller als Leiter des Kirchlichen Außenamtes ein Schreiben an Propst Marczinski, in dem ausgeführt wird:

*Ich halte es für notwendig, daß die bereits seit mehreren Jahrzehnten vorhandenen Bestrebungen nunmehr zum Abschluß gebracht werden, welche die vier deutschen evangelischen Synoden in Brasilien zu einem eigenen Kirchenkörper zusammenschließen wollen. Auf diese Weise soll in Brasilien eine selbständige evangelische Kirche deutscher Herkunft und soweit angängig deutscher Sprache entstehen, die sich ihre eigene Ordnung gibt. Dabei geht mein Wunsch dahin, daß die Heimatkirche beratend diese Entwicklung weiterhin begleiten sollte, ohne daß dadurch die Freiheit und Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden und Synoden irgendwie beeinträchtigt wird.*

*Ist diese freie evangelische Kirche deutscher Abstammung in Brasilien gebildet, so wird sie die Möglichkeit haben, mit den anderen evangelischen*



*Kirchengemeinschaften in Brasilien nicht nur wie bisher in ökumenischer Gemeinschaft zu leben, sondern auch als ein beachtliches Glied in der ökumenischen Föderation ihren Dienst und Auftrag zu leisten und insbesondere die evangelistische Verantwortung, die ihr zufällt, zu tragen.*

*Sie wird ferner die Möglichkeit haben, mit der EKD in ein näher zu bestimmendes Vertragsverhältnis zu treten . . .*

Es heißt dann weiter:

*Ich bin mir darüber klar, daß damit ein neuer Abschnitt in den Beziehungen der EKD zu den dortigen Synoden und Gemeinden eingeleitet wird. Die Heimatkirche erkennt der Tochterkirche die Selbständigkeit zu. Sie tut dieses nicht ganz leichten Herzens, weil sie von der Sorge bewegt wird, ob und inwieweit die Tochterkirche bereits in der Lage ist, auf eigenen Füßen zu stehen. Nach menschlichen Wünschen hätte ich wohl gehofft, daß noch einige Jahrzehnte der bisherigen Verbindung möglich gewesen wären, aber in den über uns gekommenen Verhältnissen glaube ich die Hand Gottes zu sehen, welche uns dazu führen will, diesen Schritt schon jetzt zu tun.*

Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die im Jahre 1950 ihren formellen Abschluß fand: In Brasilien entstand eine evangelische Kirche, die, als eine Tochter der Evangelischen Kirche in Deutschland im fremden Lande herangereift, die geistlichen Züge der Mutterkirche trägt, auch wenn im Zuge der weiteren Entwicklung das Portugiesische vielleicht einmal ihre Sprache sein wird, z. T. ist das jetzt schon der Fall.

Im Anschluß an die Kirchenkonferenz in Amsterdam fand im September 1948 zwischen D. Dohms, dem Präses der Riograndenser Synode und Sprecher der Präsidienkonferenz, sowie Propst Marczinski einerseits und den zuständigen Vertretern des Kirchlichen Außenamtes sowie dem Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins andererseits in Den Haag eine mehrtägige Konferenz statt. Die beiden Brüder aus Südamerika informierten über den auf der Präsidienkonferenz der vier brasilianischen Synoden — übrigens ohne Kenntnis und Mitwirkung des Kirchlichen Außenamtes — fertiggestellten Entwurf einer Grundordnung für die werdende Kirche. In gemeinsamer Beratung wurden die Grundlinien eines künftigen Vertrages zwischen der neuen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland festgelegt. Es ging vor allem um die Sicherung des geistlichen Zusammenhangs mit der Mutterkirche, die nun einmal der Wurzelboden des Neuen bleibt. Sosehr es lockt, die damit gestellten Probleme hier auszubreiten, muß heute doch darauf verzichtet werden, in der Hoffnung daß in einem künftigen Jahrgang des Jahrbuches einmal Raum für eine zusammenhängende Darstellung des bedeutsamen Vorgangs dieser Kirchwerdung gegeben werden darf.

Dagegen erscheint es geboten, die Grundordnung, wie sie im Jahre 1949 von den vier Synoden ratifiziert worden und am 26. 10. 1949 in

Kraft getreten ist, unverkürzt wiederzugeben, weil ihr amtlicher Wortlaut in Deutschland kaum bekannt sein dürfte:

## *Grundordnung des Bundes der Synoden*

### *Artikel I*

#### *(Name, Aufgabe und Sitz des Bundes)*

Die Evangelische Synode von Sta. Catarina und Paraná, die Rio-grandenser Synode (Evangelische Kirche von Rio Grande do Sul), die Lutherische Kirche in Brasilien und die Evangelische Synode von Mittelbrasilien bilden eine Gemeinschaft, welche zum Ziel hat, auf der ihren Gliedern gemeinsamen Glaubensgrundlage Kirche Jesu Christi in Brasilien zu sein.

Die Gemeinschaft trägt den Namen „Federação Sinodal“ (Bund der Synoden). Der Bund unterhält an dem Wohnsitz des Präses des Bundes eine Verwaltungsstelle.

Sitz und Gerichtsstand des Bundes sind in Rio de Janeiro. Der Bund ist begründet auf unbegrenzte Dauer.

### *Artikel II*

#### *(Glaubensgrundlage)*

Grundlage der Gemeinschaft ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes gegeben ist. Indem sie diese Grundlage anerkennt, bekennt sich die Gemeinschaft zu dem Einen Herrn, der einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche.

Die Gemeinschaft bekennt ihren Glauben mit den altkirchlichen Bekenntnissen und der Augsburgischen Konfession als reformatorischem Bekenntnis und weiß sich mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (gemäß deren Grundordnung, Vorspruch und Artikel I) und den mit dieser in Glaubensgemeinschaft stehenden Kirchen in aller Welt im Glauben verbunden.

Luthers Kleiner Katechismus ist bei ihren Gliedern in Gebrauch und als reformatorisches Bekenntnis anerkannt.

### *Artikel III*

#### *Aufgaben*

1. Der Bund der Synoden wird um die Festigung und Vertiefung der Gemeinschaft bemüht sein, indem er seinen Gliedern zur Erfüllung ihres Dienstes hilft, den Austausch ihrer Kräfte und Mittel fördert und auf gemeinschaftliches kirchliches Leben und Handeln hinwirkt.

2. Er fördert und unterstützt Einrichtungen von gesamtkirchlicher Bedeutung, wie die Frauenhilfe, die Evangelische Jugend und die Arbeit der Äußeren und Inneren Mission (Evangelisation, Schriftenmission usw.). Insbesondere fördert und unterstützt er die von der Evangelischen Kirche

in Rio Grande do Sul begründeten und geleiteten Anstalten zur Ausbildung von Pfarrern, Lehrern, Diakonen und Diakonissen.

3. Der Bund kann Anregungen geben für die Grundordnung seiner Glieder sowie für deren Finanzgebarung und statistische Erhebungen.

Er kann Grundsätze aufstellen für die wissenschaftliche und praktische Ausbildung der Pfarrer, Lehrer, Diakone und Diakonissen und Einrichtungen treffen für die Ordnung ihrer Rechtsverhältnisse und ihrer wirtschaftlichen Versorgung im Amte und im Ruhestand.

4. Der Bund vertritt die gesamtkirchlichen Anliegen nach außen, u. a. bei den Organen der Bundesregierung und der Confederação Evangélica do Brasil, bei der Evangelischen Kirche in Deutschland und den ökumenischen Verbänden.

5. Die Glieder des Bundes können diesem mit Zustimmung des Rates Aufgaben übertragen oder die Entscheidung in Fragen überlassen, für welche sie selbst zuständig sind.

6. In Erfüllung seiner Aufgaben kann der Bund

a) Kundgebungen erlassen, die leitenden Stellen seiner Glieder zu Besprechungen versammeln und von ihnen Auskünfte und Stellungnahme anfordern,

b) zur Erfüllung bestimmter gesamtkirchlicher Aufgaben Beiträge erheben und Kirchenkollekten ausschreiben und für Werke, welche der Gesamtkirche dienen, Haussammlungen empfehlen.

#### Artikel IV

1. Organe und Dienststellen.

a) die Kirchenversammlung

b) der Rat

c) der Präses des Bundes.

2. a) Die Kirchenversammlung des Bundes besteht aus dem Rat des Bundes, aus 20 gewählten Mitgliedern, nämlich aus 10 Mitgliedern, welche vom Vorstande der Riograndenser Synode, aus je 4 Mitgliedern, welche von den Vorständen der Evangelischen Synode von Sta. Catarina und Parana und von der Lutherischen Kirche in Brasilien, aus 2 Mitgliedern, welche von dem Vorstande der Evangelischen Synode von Mittelbrasilien als solche legitimiert werden, und aus 4 vom Rate des Bundes berufenen Mitgliedern.

Je die Hälfte der von den Synodalvorständen legitimierten Mitgliedern der Kirchenversammlung sollen Laien sein.

b) Die Kirchenversammlung tritt alle 4 Jahre, in der Regel in den Monaten Januar oder Februar, zusammen. Sie wird von dem Rat des Bundes einberufen und geleitet.

Der Rat des Bundes kann außerordentliche Kirchenversammlungen einberufen.

c) Die Kirchenversammlung berät über alle unter Artikel III genannten Aufgaben und faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präses des Bundes.

Sie wählt mit einfacher Mehrheit für eine Amtsdauer von 4 Jahren den Präses und den Vizepräses des Bundes aus der Mitte der geistlichen Mitglieder des Rates.

d) Die Änderung dieser Grundordnung und die Auflösung des Bundes können nur von einer zu diesem Zweck einberufenen Kirchenversammlung und nur mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit ihrer Mitglieder beschlossen werden.

e) Bei Auflösung des Bundes beschließt die Kirchenversammlung mit einfacher Mehrheit über die Übergabe des Bundesvermögens an eine oder mehrere evangelische Kirchen, Synoden oder Vereinigungen.

3. Der Rat des Bundes der Synoden besteht aus elf Mitgliedern. Diese sind der Präses und der stellvertretende Präses der Riograndenser Synode und die geistlichen Leiter der Evangelischen Synode von Sta. Catarina und Paraná, der Lutherischen Kirche in Brasilien und der Evangelischen Synode von Mittelbrasilien; ein Geistlicher und zwei Gemeindeglieder, die, auf Vorschlag des Vorstandes der Riograndenser Synode, und je ein Gemeindeglied, das auf Vorschlag der Vorstände der drei anderen Synoden für vier Jahre von der Kirchenversammlung gewählt werden.

Der Rat hat für die Beachtung und Ausführung der Bestimmungen dieser Grundordnung und der Beschlüsse der Kirchenversammlung zu sorgen und die Rechte und Pflichten der Kirchenversammlung, wie sie in Artikel IV 2c bestimmt sind, bis zum Zusammentritt einer Kirchenversammlung wahrzunehmen. Der Präses des Bundes trifft im Fall der Stimmengleichheit bei Abstimmungen in den Ratssitzungen die Entscheidung.

4. Der Präses des Bundes vertritt den Bund nach innen und außen, aktiv und passiv, gerichtlich und außergerichtlich. Er beruft die Ratssitzungen ein, leitet sie und sorgt für die Durchführung ihrer Beschlüsse, im Falle seiner Behinderung übernimmt der Vizepräses diese Aufgaben.

## Artikel V

### (Allgemeine und Übergangsbestimmungen)

1. Die Glieder des Bundes sind subsidiarisch nicht haftbar für die im Namen des Bundes eingegangenen Verpflichtungen.

2. Das Vermögen des Bundes wird bestehen aus den eingehenden Beiträgen, Kollekten, Schenkungen und dem liegenden Eigentum, das etwa auf den Bund übertragen wird.

3. Bis zur 2. Ordentlichen Kirchenversammlung versehen der Präses und der Stellvertreter des Präses der Riograndenser Synode ex officio die Ämter des Präses und des Vizepräses des Bundes.

4. Die 2. Ordentliche Kirchenversammlung hat unter Berücksichtigung von bis dahin eingegangenen Vorschlägen der Synoden oder ihrer Organe eine Revision dieser Grundordnung des Bundes zu erwägen und gegebenenfalls gemäß Artikel IV, Absatz 2d zu beschließen.

Beschlüsse über die Änderung des Artikel IV können von der 2. Ordentlichen Kirchenversammlung mit einfacher Mehrheit gefaßt werden, be-



dürfen aber, falls sie mit einfacher Mehrheit gefaßt werden, der Ratifizierung durch die Gliedsynoden.

5. In allen in der vorliegenden Grundordnung nicht berücksichtigten Fragen entscheidet bis zur endgültigen Beschlußfassung der nächsten Kirchenversammlung der Rat des Bundes.

6. Die vorliegende Grundordnung ist mit der Ratifizierung durch die bevollmächtigten Organe der in Artikel I genannten Synoden in Kraft getreten.

Vom 14.—16. Mai 1950 fand dann in Sao Leopoldo die erste Kirchenversammlung des Bundes der Synoden statt. Dabei faßte der Präses des Bundes D. Dohms, in einem grundlegenden Vortrag<sup>1)</sup> die Bedeutung von Artikel I und II der Grundordnung in folgenden Sätzen zusammen:

1. *Der Bund der Synoden ist Kirche Jesu Christi in Brasilien mit allen Folgerungen, die sich hieraus ergeben für die Verkündigung des Evangeliums in diesem Land und die Mitverantwortung für die Gestaltung des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in seinem Volke.*

2. *Diese Kirche ist bekenntnismäßig bestimmt durch die Augsburgische Konfession, und Luthers Kleiner Katechismus gehört in die Familie der von der Reformation Martin Luthers geprägten Kirchen und wird das, wenn sie sich, wie wir hoffen, bald auch vereinsrechtlich nicht mehr „Federação Sinodal“, sondern Kirche nennt, in ihrem Namen zum Ausdruck bringen.*

3. *Als bekenntnismäßig so bestimmte Kirche steht der Synodalbund in der Gemeinschaft der im Ökumenischen Rat vertretenen Kirchen, welche das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift gegeben ist, als einzige Regel und Richtschnur ihres Dienstes am Evangelium und ihrer Lehre gelten lassen.*

4. *Der Synodalbund pflegt die Glaubensverbundenheit mit der Mutterkirche, der Evangelischen Kirche in Deutschland, die nach ihrer Grundordnung die Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland sichtbar werden läßt und in der Ordnung der Ökumene steht.*

Diese Sätze wurden von der Kirchenversammlung angenommen.

An dieser Tagung nahmen Kirchenpräsident D. Niemöller und Oberkirchenrat P. Bartelt teil. Die Kirchenversammlung beschloß einstimmig, dem Vorschlag von D. Niemöller folgend, den Rat des Bundes zu ermächtigen, die Aufnahme des Bundes der Synoden als Kirche in den Weltrat der Kirchen und in den Lutherischen Weltbund herbeizuführen. Die Aufnahme in beide Körperschaften ist noch im Herbst 1950 erfolgt.

Wenn demnächst auch der Vertrag zwischen dem Bund der Synoden

---

<sup>1)</sup> Erschienen in „Die Kirche in unseren Tagen“, Juni und August 1950, Impresso bei Rotermund, Sao Leopoldo.

und der Evangelischen Kirche in Deutschland abgeschlossen sein wird, stehen wir am Ende eines hundert Jahre langen Weges, der zum Anfang eines Neuen wurde. Gott hat das Werk der Väter in diesen hundert Jahren gesegnet. Er segne auch die junge Kirche, die nunmehr selbständig in eine Zukunft hineingeht, die ihr große Aufgaben stellt.

### Argentinien, Uruguay und Paraguay

Die Gemeinden dieser Länder sind zusammengeschlossen in der La Plata-Synode,<sup>1)</sup> die im Jahre 1949 ihr 50jähriges Bestehen feierte. In Buenos Aires, der ersten deutschen evangelischen Gemeinde am La Plata (gegründet 1843) waren 1899 acht Gemeinden zur Gründung der Synode zusammengetreten. Heute sind es achtzehn Gemeindebezirke mit 59 Filialen und über 50 Predigtplätzen, die von 18 Pfarrern versorgt werden. Der Vorsitzende der Synode ist Propst Marczinski.

Schon vor 1933 hat die Sprachenfrage die Synode immer wieder beschäftigt. Eine glatte Lösung ist bis heute noch nicht gefunden. Sie ist auch nicht zu erwarten, solange immer wieder Einwanderer aus Deutschland nachrücken.

Wollte man der Zweisprachigkeit mit allen dazugehörigen Schwierigkeiten entgehen, so stand man vor einem Entweder-oder: Entweder die Evangeliumsverkündigung wird an die deutsche Sprache gebunden. Wer nicht mehr deutsch versteht, kann nicht mehr zur Gemeinde gehören. Er muß irgendwo anders eine kirchliche Heimat suchen. — Oder die Verkündigung erfolgt auf spanisch ohne Rücksicht darauf, ob die noch Deutschsprechenden sie verstehen. Daß unter diesen Umständen die Zweisprachigkeit die einzige kirchlich legitime Lösung bedeutete, bedarf keines Beweises.

Praktisch aber bringt die Zweisprachigkeit sehr große Schwierigkeiten mit sich. Sie können hier nicht im einzelnen geschildert werden.

Das Problem wird hier deshalb überhaupt erwähnt, weil es eine für ganz Südamerika gestellte Frage ist. Gesangbuch und Katechismus, aber ebenso biblische Geschichte und Gebetsbücher, von sonstiger kirchlich-erbaulicher Literatur ganz zu schweigen, müssen noch in dieser Generation in gültigen spanischen und portugiesischen Übersetzungen den Gemeinden dargeboten werden. Hier können die Evangelische Kirche in Spanien und die werdende Evangelische Kirche in Portugal vielleicht gute brüderliche Hilfe leisten. Sie stehen vor den gleichen Aufgaben und haben sie, besonders in Spanien, entschlossen in Angriff genommen.

Über die Vorgänge während des Kirchenkampfes besaß die Synode kein Bild. Sie suchte „deshalb unter allen Verzerrungen in der Mutterkirche immer die sich gleichbleibende Grundlage und wußte sich ihr verbunden, wo sie die an ihr findet. So ist es wie eine Antwort auf die

---

<sup>1)</sup> Vgl. zum Folgenden: Deutsche La Plata-Synode 1899—1949, von H. Schmidt, Buenos Aires, 1949.

Zielsetzung der Heimatbehörde — nämlich,<sup>1)</sup> von ihnen den Kirchenstreit fernzuhalten, um sie in ihrer eigenen Entwicklung nicht zu stören' —, wenn die Pfarrer der Synode sich über ihre Stellung zu den Kämpfen innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche vor der Synodalversammlung und den Gemeinden wie folgt äußerten: „Wir haben mit tiefem Schmerz den heftigen Kampf verfolgt, von dem unsere Heimatkirche heimgesucht wird. Unsere Beunruhigung ist dadurch um so größer, daß wir über viele Vorgänge innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche durch eine zum Teil nicht freundlich eingestellte Auslandspresse unterrichtet worden und daher nicht in der Lage sind, ein klares Bild von dem Geschehen in der Heimat zu gewinnen. Wir stehen zu der Deutschen Evangelischen Kirche, die sich in ihren amtlichen Bekanntmachungen an die Heilige Schrift und die reformatorischen Bekenntnisse gebunden hat und damit im Einklang steht mit dem Auftrag, zu dem wir uns in unserem Ordinationsgelübde gebunden haben.“<sup>2)</sup>

Die Nachkriegszeit brachte die Synode im Zusammenhang mit den in allen kriegführenden Ländern erfolgenden Maßnahmen in große Gefahr. Doch wurden sämtliche Maßnahmen am 2. April 1947 durch die Regierung aufgehoben, da, wie es in der amtlichen Entscheidung heißt, „die vorgenommene Untersuchung erwiesen hat, daß die Deutsche Evangelische La Plata-Synode immer sich so verhalten hat, wie es in ihrer ausdrücklichen Zielsetzung festgesetzt ist, und da nichts davon bekannt geworden ist, daß sie sich gegen das Wohlergehen, den Frieden oder die Sicherheit der Vereinten Nationen betätigt habe“.

Der Vorsitzende gab diese Entscheidung den aufatmenden Gemeinden mit den Worten bekannt: „Der Synode ist eine neue Gnadenzeit geschenkt worden. Möchte deren Frucht darin bestehen, daß wir fester im Glauben, williger im Dienst, treuer im Gebet werden.“<sup>3)</sup>

Wenn die Synode von 1937 bei der Annahme der „Ordnung des kirchlichen Lebens“ die Hoffnung aussprach, „daß unsere vielen Gemeinden unserer deutschen Evangelischen La Plata-Synode zu einer starken und einigen Kirche zusammenwachsen“,<sup>4)</sup> so ist damit zugleich das Zukunftsziel angedeutet: „Sie befindet sich auf dem Weg zur Kirche und läßt sich nicht beirren durch die lange und beschwerliche Wanderung, die dazu nötig ist.“<sup>5)</sup>

### Chile

Die Chile-Synode, eine in sich gefestigte Gemeinschaft, ist durch die Ereignisse der letzten beiden Jahrzehnte wenig berührt worden. Nur in Chile als einzigem Lande Südamerikas hat die kirchliche Be-

---

<sup>1)</sup> Vom VI. eingeschobenes Wort.

<sup>2)</sup> Sämtliche Zitate dieses Abschnitts ebenda S. 60. Es scheint sich um die Synodalversammlung vom Oktober 1934 zu handeln.

<sup>3)</sup> Ebenda S. 65.

<sup>4)</sup> Ebenda S. 62.

<sup>5)</sup> Ebenda S. 60.

nutzung der deutschen Sprache keinen Beschränkungen unterlegen. Dadurch sind Gemeinden und Pfarrer vor viel innerer Not bewahrt geblieben. Denn das Evangelium in einer Sprache verkündigen müssen, die von manchem Prediger und vielen Gemeindegliedern nicht verstanden wird, ist eine Not.

### Peru

In Peru wurde Lima wieder besetzt. Pfr. Baasner wurde als neuer Geistlicher der Gemeinde durch den Präses der Chile-Synode P. Kern eingeführt.

### Columbien

In Columbien befindet sich zur Zeit keine Gemeinde.

### E. Australien

Die Gemeinden in Sidney (P. Wittmann) und Melbourne (P. Steiniger) konnten von Kirchenpräsident D. Niemöller auf seiner Australienreise 1949 besucht werden.

Damit beenden wir den flüchtigen Überblick. Er dürfte wenigstens gezeigt haben, daß wir Anlaß haben zu großem Dank, daß in dem Inferno des Untergangs, des Verbrechens und des Hasses, der Schuld und der Vergeltung so vieles erhalten geblieben ist.

Kaum eine dieser Gemeinden hat den Krieg ohne schwere Einbußen überstanden. Zahlenmäßig sind sie, soweit es sich nicht um Kolonistengemeinden handelt, durchweg zurückgegangen. Wirtschaftlich sind sie besonders durch die Beschlagnahme der deutschen Vermögenswerte im Auslande sehr geschwächt worden. Der Leser muß gebeten werden, sich diese beiden Tatsachen hier sorgsam zu vergegenwärtigen. Er muß sich vor allen Dingen von der Vorstellung frei machen, daß „Ausland“ gleichbedeutend ist mit materieller Fülle oder gar Überfluß. Das war berechtigt, solange eine Packung Lucky Strike oder ein Pfund Kaffee bei uns hochwertige Devisen darstellten, die in Fett, Schuhe oder Spinnstoffwaren umgesetzt werden konnten. Aber diese Zeiten sind vorbei. Der Lebensstandard im Ausland muß heute wieder mit gleichen Maßstäben wie unser eigener gemessen werden. —

Die Glieder unserer Auslandsgemeinden sind im allgemeinen, ähnlich wie das in unserem Lande auch der Fall ist, durch den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz stark beansprucht. Da die Gemeinden, vor allem in den Städten, zahlenmäßig vielfach sehr klein geworden sind, würden sie an unseren innerdeutschen Verhältnissen gemessen Zuschußgemeinden darstellen. Damit leiten wir zur Behandlung der Fragen über, die durch die heutige Lage der Auslandsgemeinden gestellt sind.



Die wichtigste dürfte die Regelung des Verhältnisses der Auslandsgemeinden zur Evangelischen Kirche in Deutschland sein. Rechtlich ist dafür bis zur Stunde noch das „Kirchenbundesgesetz betreffend den Anschluß deutscher evangelischer Kirchengemeinschaften, Gemeinden und Geistlichen außerhalb Deutschlands an den Kirchenbund“ vom 17. 6. 1924 gültig, für das im allgemeinen der Ausdruck Anschlußgesetz verwandt wird. Dieses Gesetz gab die Grundlage dazu, vor allem die bis dahin durch den Evangelischen Oberkirchenrat der Altpreußischen Union betreuten Gemeinden in die Obhut des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes zu nehmen. Weithin wurden in das Gesetz auch die bis dahin in der Altpreußischen Union gültigen Bestimmungen übernommen. Sein Grundgedanke liegt im Begriff der „Fürsorge“, zu der der Kirchenausschuß sich denjenigen Gemeinden gegenüber verpflichtete, die zu ihm in das „Anschlußverhältnis“ traten. Da die Glieder der Auslandsgemeinden aus allen Landeskirchen stammten, da die Daseinsmerkmale dieser Gemeinden durch ihre Existenz im Auslande in wesentlichen Punkten die gleichen waren und darum gleichartige Gesichtspunkte bei der „Ausübung der Fürsorge“ angewandt werden mußten, da die aufzuwendenden Mittel die Kraft einer einzelnen Landeskirche übersteigen und da schließlich mehrere Gemeinden in einem Lande, unbeschadet die unter ihnen bestehenden Unterschiede, der Heimat gegenüber ein gleichartiges Gepräge tragen, war es von der Sache her nicht nur sinnvoll und richtig, sondern notwendig, daß der Kirchenbund und nicht nur einzelne Landeskirchen diese Aufgabe übernahmen. Von 284 Gemeinden insgesamt standen 1933 noch 58 weiterhin mit dem Preußischen Evangelischen Oberkirchenrat „in Verbindung“, auch sie gingen 1936 in die Fürsorge der Deutschen Evangelischen Kirche über. 13, sämtlich in Südafrika, standen mit den evangelisch-lutherischen Landeskirchen „in Verbindung“; 3 Gemeinden in Chile waren der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche im Freistaat Sachsen „angeschlossen“; der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins war schließlich die „Nordschleswigsche Gemeinde“ mit 5 Pfarrstellen in dem am 15. Juni 1920 auf Grund der Volksabstimmung an Dänemark abgetretenen Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein „angeschlossen“. Den konfessionellen Charakter der überwältigenden Mehrheit der Gemeinden wird man als evangelisch-lutherisch im Sinne der Altpreußischen Union bezeichnen müssen, d. h. die Gemeinden tragen im allgemeinen lutherisches Gepräge, schließen aber reformierte Glieder nicht von der gleichberechtigten Mitgliedschaft aus. Ausgesprochen lutherisch in engerem Sinne war die „Deutsche Lutherische Kirche in Brasilien“ in den Provinzen Sta. Catarina, Paraná, Sao Paulo und Espirito Santo mit 29 Gemeinden und einem Reiseprediger-Bezirk. Entsprechendes gilt freilich auch mit Vorbehalt für die den lutherischen Kirchen von Hannover, Sachsen und Schleswig-Holstein verbundenen oder angeschlossenen

Gemeinden. Soweit mir bekannt, bestanden nur zwei Gemeinden mit der Bezeichnung evangelisch-reformiert, nämlich die Gemeinde in Riga und die St. Paulus-Gemeinde in London, die von London-Sydenham mitversorgt wurde. Entsprechend ihrer Entstehungszeit bezeichnen sich eine Anzahl von Gemeinden lediglich als evangelisch. Exklusiv lutherischen Charakter tragen nur vereinzelte Gemeinden. Exklusiv reformierten, wie soeben deutlich geworden, keine.

Wir nehmen nach diesem Exkurs den Faden wieder auf mit der Feststellung, daß das Anschlußgesetz dem Kirchenbund zwar erhebliche Pflichten auferlegte, ihm aber sehr wenig Rechte gab. Das geschah in der wohl begründeten Absicht, in die Selbständigkeit der Gemeinden möglichst wenig einzugreifen. Wer die Verhältnisse im Auslande kennt, weiß, daß ein derartiger Versuch im allgemeinen zerstörende Folgen nach sich ziehen würde. Stärkere Eingriffe verwaltungsmäßiger Art erfolgten nur dort, wo eine Gemeinde materiell überwiegend durch Mittel des Kirchenbundes erhalten wurde. In diesem Falle nahm der Kirchenbund naturgemäß Einfluß auf die Verwendung der Mittel, in erster Linie bei der Durchführung von Bauvorhaben. Der eigentliche Einfluß erfolgte dadurch, daß die Pfarrer aus Deutschland entsandt wurden. Für die Dauer ihres Auslandsdienstes traten sie naturgemäß unter die Dienstaufsicht und die Disziplinargewalt des Kirchenbundes. Durch regelmäßige Pfarrkonferenzen, vor allem der in Europa wirkenden Pfarrer, entstand ein Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Auslands-pfarrer, das seinen guten Grund in der Gleichartigkeit, wenn auch nicht Identität der pastoral-theologischen Probleme hatte. Der Dienst in einer Auslandsgemeinde erlaubt keine schematischen Übertragungen von den Verhältnissen in der Heimat her.

In der Anwendung des Anschlußgesetzes führte das Jahr 1933 zu einem tiefgreifenden Wandel. Oberkonsistorialrat D. Heckel, der Referent für die Auslandsarbeit im Kirchenbundesamt setzte es durch, daß dies Referat als „Kirchliches Amt für auswärtige Angelegenheiten bei der Deutschen Evangelischen Kirche“ dem Reichsbischof Ludwig Müller unmittelbar unterstellt wurde. D. Heckel selbst, als dem Leiter des nunmehrigen „Kirchlichen Außenamtes“ wurde der „Titel Bischof mit dem Recht zum Tragen eines bischöflichen Amtskreuzes verliehen“ (Verordnung betreffend die Kirchliche Auslandsarbeit vom 21. Februar 1934, abgedruckt: Junge Kirche, Jg. 1934, S. 208).

Dieser Vorgang, vor allem aber seine Hintergründe, enthält die ganze Problematik der damaligen Lage. Das mit dieser Ernennung und Neuordnung erstrebte Ziel wurde erreicht: das Kirchliche Außenamt wurde den Stürmen, die die zentrale Verwaltungsstelle der Deutschen Evangelischen Kirche immer wieder durchtobten, entnommen. Unter der Aufsicht des „Reichsbischofs“, der von den Aufgaben des Kirchlichen Außenamtes nichts verstand und sich nicht darum kümmerte, war eine ruhige und von außen ungestörte Arbeit gesichert;

sie war „intakt“ geworden. Damit war die Voraussetzung geschaffen, die es erst ermöglichen konnte, nun auch die Gemeinden im Auslande in kirchlicher Windstille zu halten. Sie waren dadurch auch geschützt vor der sonst drohenden Gefahr, daß das Hin und Her der Müller-Jäger-Kerrl'schen Gesetzgebungsmaschine auch sie berührte, aber zugleich wurde damit auch die Möglichkeit verschlossen, daß sie sich des kirchlichen Geschehens in Deutschland bewußt wurden.

Der neue Titularbischof ging alsbald daran, die neuen Vollmachten, die ihn zum Führer der Auslandsgemeinden machten, mit Inhalt zu füllen. Da er ein kirchlicher Mann war und blieb, faßte er sein Amt nicht cäsarisch wie die meisten seiner braunen Kollegen auf, sondern bischöflich. Es gibt nur wenige Auslandspfarrer, die das nicht bestätigen, und viele, die seiner in Dankbarkeit gedenken, weil er ihnen in großer Treue seelsorgerlich nachging.

Aber die Gefährlichkeit des neuen Weges wurde alsbald auch offenbar. In einem programmatischen Aufsatz (Auslandsdeutschtum und Kirche, Jahrbuch 1935) entwarf er unter der Überschrift „Neue Ziele“ seine Konzeption einer „Kirchlichen Außenpolitik“, „um eine Funktion der Kirche deutlich zu machen, die durch die nationale Revolution und die Umgestaltung der Evangelischen Kirche einsichtig wird“. Da wir hier nicht eine Polemik über Vergangenes führen wollen, verzichten wir auf eine Analyse dieses Aufsatzes. Wilhelm Menn hat in der „Jungen Kirche“ 1935, S. 1113 eine eingehende kritische Würdigung gebracht. Wichtig ist nur dies zum Verständnis für die Zeit nach 1945, daß nunmehr auch die Auslandsgemeinden Mittel dieser Außenpolitik wurden. Wohl wird mit zahlreichen guten Formulierungen die Eigenständigkeit dieser kirchlichen Außenpolitik begründet. Aber die Tatsache war nicht aus der Welt zu schaffen, daß diese Außenpolitik zugleich im positiven Zusammenhang mit den neuen völkischen Begriffen stand. Damit wurde sie für das Verständnis des Auslandes mehr und mehr zu einer Funktion eben der nationalen Revolution und ihrer Ziele.

Damit wurde der „Anschluß“ der Gemeinden im Zusammenhang mit anderen Anschlüssen, wie sie mit dem Anschluß Österreichs begannen, gesehen, gewertet und empfunden. Nicht ohne Berechtigung, denn nun mußte ständig in Fragen eingegriffen werden, die den Gemeinden nicht mehr allein überlassen bleiben durften. Es gab Reibungen und Zusammenstöße mit den Parteiorganisationen im Ausland. Ob der Pfarrer sich dabei in seinen Grenzen gehalten hatte und in dem durch die eingeschlagene Politik begrenzten Sinn kirchlich geblieben war oder ob er sich politisch im damaligen Sinne, das hieß aber häufig eben wirklich kirchlich verhalten hatte, entschied der Auslandsbischof. Ob ein Pfarrer bei ihm Schutz fand und gedeckt oder ob er fallengelassen wurde, konnte nicht mehr ausschließlich nach kirchlichen Gesichtspunkten entschieden werden.



Das Ergebnis wurde während des Krieges und nach seinem Ende offenbar. Entweder wurde den Gemeinden unmittelbar der Vorwurf gemacht, sie seien Exponenten des Dritten Reiches gewesen, und darauf gestützt Enteignungsmaßnahmen durchgeführt. So bei der Nord-schleswigschen Gemeinde. Oder es wurde von seiten ausländischer Regierungen der Versuch gemacht, Neubildungen von Gemeinden zu verhindern, eben durch das Verbot, daß Pfarrer aus Deutschland die im Lande arbeitenden Deutschen seelsorgerlich betreuten. Oder es geschah das Umgekehrte, daß Gemeinden von sich aus die alten Bindungen lösten, weil sie fürchteten, sonst im Gastlande Schwierigkeiten zu bekommen.

Soll man bei dieser Sachlage in Zukunft überhaupt noch von deutschen Auslandsgemeinden sprechen? Ist es legitim, eine nationale Eigenschaft — eben das Deutschsein — zu einem kirchlich differenzierenden Merkmal zu machen? Zunächst neigte man dazu, hier einen tiefgreifenden Wandel eintreten zu lassen. War es richtig, Menschen, die durch Auswanderung aus der staatlichen Zugehörigkeit zum deutschen Volke ausschieden, um eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, kirchlich festzuhalten? Wäre es nicht das Gegebene, die kirchliche Hilfe darauf abzustellen, daß diese Ausgewanderten möglichst rasch auch in das Kirchentum des neuen Landes, sofern es konfessionsgleich oder — in weitgefaßtem Sinn — konfessionsverwandt war, hineinwachsen zu lassen? Unter dem 30. Januar 1948 sagte D. Niemöller in einem Rundschreiben an die Geistlichen und Ältesten der Auslandsgemeinden:

*... Wir haben in der Vergangenheit je und dann unsere Aufgabe so aufgefaßt, daß wir deutsche Kultur und deutsches Volkstum zu pflegen und zu erhalten hätten. Diese Meinung fand gelegentlich ihren Ausdruck darin, daß wir die Worte deutsch und evangelisch mit einem Bindestrich nebeneinanderstellten, woraus dann oftmals eine Überordnung des „deutsch“ über das „evangelisch“ wurde. Dieser Auffassung unserer Aufgabe müssen wir entschlossen den Abschied geben. Darum möchte ich in Zukunft von den uns angeschlossenen Gemeinden im Ausland lieber als von evangelischen Gemeinden deutscher Herkunft oder deutscher Zunge sprechen.*

*Unsere abendländischen Kulturgüter deutscher Prägung, unser Volkstum, in dem die Wurzeln unseres Wesens ruhen, unsere Verbundenheit mit Glück und Unglück, mit Leistung und Schuld unseres Volkes sind wahrlich keine Größen geringen Wertes. Aber sie dürfen nicht gleichberechtigt neben die Herrschaft Jesu Christi treten. Dann wird alles falsch, dann werden sie zu Götzen, die das Leben zerstören. Die Ruinen unserer Städte, der sittliche Verfall unseres Volkes und die Verelendung des deutschen Menschen geben uns einen schrecklichen Anschauungsunterricht dafür. Aber wenn wir am ersten nach der Königsherrschaft Gottes in Jesus Christus trachten nach Matth. 6. 33, wird uns solches alles, wozu auch Kultur und Volkstum gehört, als eine Gabe zufallen ...*



Die in diesen Sätzen geforderte Wiederherstellung der rechten Rangordnung durfte innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland selbstverständliche Zustimmung finden. Die Abneigung, von deutschen Gemeinden zu sprechen, dürfte das Unbehagen darüber ausdrücken, daß die Bezeichnung der Nationalität als kirchliches Merkmal verstanden werden könnte; aber die Schwierigkeit wird durch die Bezeichnung der Herkunft oder der Sprache nicht geringer. Schließlich ist es ja auch eine Tatsache, daß z. B. die orthodoxen Kirchen sich nach der Nationalität oder Herkunft ihrer Glieder bezeichnen. Auf der anderen Seite nennen sich die Kirchen nach ihrem Territorium: Evangelische Kirche in Deutschland, Reformierte Kirche von Frankreich, Kirche von England.

Die Schwierigkeit bei den Auslandsgemeinden liegt einfach darin, daß ihr deutscher Charakter tatsächlich kirchlich etwas bedeutet, was man nicht anders als durch das Attribut-Adjektiv deutsch ausdrücken kann, weil ihre Existenz nicht wie bei den obengenannten Mutterkirchen durch die Angabe eines Territoriums umschrieben werden kann. So wird es in der Praxis wahrscheinlich doch beim alten Brauch bleiben, nach dem Satz: *abusus non tollit usum*. Aber wir werden uns darüber klar sein müssen, daß es sich um eine abgekürzte Redeweise handelt. Denn wir werden in absehbarer Zeit Gemeinden deutscher Herkunft haben, in denen das Deutsche nur noch Nebensprache ist, während die Sprache des Landes auch die gottesdienstliche Sprache sein wird. Es gibt ferner heute Gemeinden, in denen zwar die deutsche Sprache gebraucht wird, deren Glieder aber nur in der Minderheit aus Deutschland stammen oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist etwa die französische reformierte Gemeinde in Frankfurt a. M., in der seit dem ersten Weltkrieg kein Gottesdienst in französischer Sprache mehr stattfand. Aber sie bleibt eine eigenständige Gemeinde, die auch heute noch Beziehungen zum französischen Protestantismus pflegt.

Wichtiger als die Frage nach dem Etikett scheint uns die andere: Welches Recht haben wir überhaupt darauf, die Deutschen im Auslande, auch dort, wo sie im Gebiet konfessionsverwandter Kirchen leben, in eigenen Gemeinden zusammengefaßt in einer geordneten Form mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu verbinden? Der Hinweis, daß die „anderen“ ja das gleiche tun und unter Umständen sogar sehr kräftig nicht nur kulturpolitische, sondern sogar politische Ziele damit verbinden, ist ein Einwand, der kein Zeugnis guten Gewissens wäre. Aber dieser Einwand ist gar nicht notwendig. Wenn wir in der Einleitung sagten: immer nehmen die im Auslande lebenden Glieder eines Volkes ihren Kultus und ihren Glauben mit, so ist damit ein Faktum beschrieben, das die Kirche in ihrer seelsorgerlichen Verantwortung nicht übersehen darf. Doktrinäres Denken mag meinen, es komme nur darauf an, daß Gottes Wort recht verkündet werde.

Wie jeder Doktrinarismus ist auch der theologische im Grunde menschenfeindlich, weil er das Gesetz über die Liebe stellt. Wir haben in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, gerade zu dieser Frage wichtige Einsichten zu gewinnen. Die Erfahrungen mit unseren Vertriebenen haben gelehrt, daß die heimische Form des Gottesdienstes ebenso wichtig ist für das kirchliche Heimatgefühl wie die Verkündigung. Diejenigen Kirchenleitungen, in deren Gebiet Vertriebene in größerer Anzahl hereinströmten, haben es erfahren, wie sehr seelsorgerliche Notwendigkeiten theoretisch richtige Prinzipien auflösen. Es ist einfach eine Tatsache, daß die Kirchen der Reformation in Deutschland ein Gepräge tragen, das anders ist als das Gepräge der gleichen Kirchen in anderen Ländern. So untheologisch es klingt, es gibt eine kirchliche Atmosphäre oder, um mich noch bedenklicher auszudrücken, es gibt ein kirchliches Klima, das man vorsätzlich nicht zerstören kann, ohne Schaden anzurichten. Den besten Beweis für die Richtigkeit unserer Sätze liefern Auslandsgemeinden wie etwa Istanbul, Kairo, Athen, Barcelona und andere, die jahrelang ohne Pfarrer ihre Existenz durchgehalten haben. Wenn eine solche Gemeinde, nachdem die Verbindung wiederhergestellt ist, berichtet, daß in all diesen Jahren nicht ein Gottesdienst ausgefallen ist, daß sie Pfarrer anderer, nicht deutscher Denominationen zwar immer wieder zu sich bitten konnten, aber die Mehrzahl der Gottesdienste doch mit den eigenen Laienkräften abhalten mußten und abgehalten haben, wofür etwa die mitübersandten Liturgien, die jeweils neu zusammengestellt wurden, Zeugnis ablegten, so erfüllt ein solcher Bericht mit Dankbarkeit und Ehrerbietung. In diesem Zusammenhang ist es uns eine Herzenspflicht, den Geistlichen der uns ökumenisch verbundenen Kirchen unseren tiefen Dank auszusprechen für die Hilfe, die sie unseren zeitweilig verwaisten Gemeinden uneigennützig geleistet haben. Für sie war es keine Frage, ob es neben ihrer englischen, schwedischen, spanischen, anglikanischen, lutherischen oder presbyterianischen Gemeinde auch eine deutsche evangelische Gemeinde geben dürfe. Wer das Ausland kennt, weiß, wie gefährlich gerade die geistliche Entwurzelung für die Menschen im Ausland ist. So haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, uns der Gemeinden anzunehmen, die von den aus der Evangelischen Kirche in Deutschland stammenden Deutschen gebildet werden.

Diese Pflicht wird in der Heimat weithin überhaupt noch nicht wieder gesehen. Wenn man der naiven Frage begegnet, ob denn die Auslandsgemeinden nicht die Evangelische Kirche in Deutschland unterstützen könnten, statt auf Unterstützung von Deutschland zu warten, so zeigt eine solche Haltung nicht mehr Unverständnis als die Meinung, solange wir noch nicht wieder in der Lage seien, alle Pfarrstellen im Lande zu besetzen, sei es unverantwortlich, qualifizierte Pfarrer ins Ausland zu schicken.

Solchen Auffassungen begegnet man bei uns nicht selten. Erklärlich

und entschuldbar sind sie im Blick auf die Unkenntnis der Verhältnisse im Ausland, die bei uns infolge der fast 20jährigen Absperrung ein bedenkliches Maß erreicht hat. Der angebliche Reichtum unserer Auslandsgemeinden ist oben schon als trügerisch gekennzeichnet worden. Dabei sollte man aber nicht vergessen, daß die Angehörigen der Auslandsgemeinden teils in allgemeinen Spenden, teils in Sendungen an Verwandte und Freunde große Opfer um den Preis persönlicher Einschränkungen gebracht haben. Was aber den Dienst des Pfarrers im Auslande angeht, so sollte man sich vergegenwärtigen, daß die Verantwortung für die im Ausland lebenden Kinder unserer Kirche größer ist als im Inland. Denn da draußen gibt es nicht die Ausgleichsmöglichkeiten, die wir im Lande noch haben. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß es im Ausland zahlreiche Menschen gibt, die sagen: Wenn ich nicht einen Geistlichen meiner Heimatkirche haben kann, dann brauche ich gar keinen. Gewiß ist das falsch gedacht. Aber man kann solches Denken nicht ändern, wenn man entgegenen wollte: Dann mußt du eben kirchlich heimatlos werden. Den Mut zu dieser Antwort dürfte man kaum aus dem Evangelium herleiten können.

Die Auslandsgemeinden haben ein Gefühl dafür, daß die Heimat ihnen fremd oder gar zurückhaltend gegenübersteht: „Man meint, sie machen uns zu Hause einen Vorwurf daraus, daß wir im Ausland sind. — Die in der Heimat wissen offenbar gar nicht, daß unser Leben hier draußen auch nicht leicht war und ist.“ — Oder gar: „Wir haben den Eindruck, daß die Kirche in Deutschland uns abgeschrieben hat.“ — Das sind Sätze, denen man bei jedem Besuch in einer Auslandsgemeinde begegnet. Es ist wahrscheinlich, daß das Maß an Not und Elend, das den einzelnen getroffen hat, wenn es einen objektiven Maßstab für derartiges gäbe, in Deutschland größer war und vielfach ist als draußen. Aber — es gibt keinen objektiven Maßstab dafür: denn jedes Leid ist so schwer, wie es empfunden wird, und kein Leid ist so schwer wie das eigene. Denn fremdes Leid mit zu leiden, dazu bedarf es der Liebe. Sie allein ist auch imstande, fremde Not und fremde Sorge in ihrer Schwere mitzutragen, auch wenn sie „objektiv“ geringer ist als die eigene Not und Sorge. — Was aber die Entsendung von geeigneten Pfarrern angeht, so sollte es gerade nach den Ausführungen über die heute so schwierige Zusammensetzung der Gemeinden einleuchtend geworden sein, daß zum mindesten in den städtischen Gemeinden nur Pfarrer zum Dienst geeignet sind, deren Freigabe aus dem heimischen Dienst ein Opfer bedeutet. — Daß der Barmer Friedrich Engels, der aus pietistischem Hause stammte, sich „mit Karl Marx zuerst im Atheismus getroffen hat“, <sup>1)</sup> bleibt mir als Sohn des Wuppertals eine Anfechtung. Wer will ermessen, welche Anfechtungen unsere Enkel einmal zu tragen haben, wenn die Väter die heimatlosen Kinder unserer

---

<sup>1)</sup> R. Seeger, Friedrich Engels, Akad. Verlag Halle, 1935.



Kirche ohne gute Verkündigung ihrer Wege ziehen lassen, weil es unbequem war, geistlich für sie zu sorgen? — Aber auch eine Gemeinde am Rande des brasilianischen Urwaldes stellt für einen Theologen Aufgaben, die nicht ohne gutes Rüstzeug gelöst werden können.

Wir kehren nunmehr zum Ausgangspunkt dieses Abschnittes zurück. Er begann mit der Feststellung, es sei die Meinung verbreitet, materielle Hilfe durch die Mutterkirche an ihre Auslandsgemeinden sei eine ungerechtfertigte Ausgabe von Mitteln, die in der Heimat viel notwendiger seien. Auch in solcher Auffassung ist natürlich ein richtiger Kern versteckt. Aber man muß ihn erst herauschälen und wird dann erst auf die wirkliche Frage stoßen, auf die heute eine Antwort gefunden werden muß.

Es ist sicher, daß unsere Auslandsgemeinden in der Vergangenheit verwöhnt worden sind. Allein der Zuschuß, den das Auswärtige Amt früher — nicht nur in der Zeit des Nationalsozialismus — zahlte, übertraf nach dem Realwert die heutigen Mittel, die aus der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgebracht werden, um ein Mehrfaches. Auch hier sollte der Einwand, daß das bei ausländischen Kirchen, nicht bei allen, aber doch bei einigen, doch auch oder sogar in noch höherem Maße der Fall sei, nicht gemacht werden. Denn wir haben in einer harten Lektion einiges gelernt. Ob die Lektion gründlich genug war, mag man fragen. Aber wir sind jedenfalls gewarnt. Die Lehre aber, die wir erhielten, ist die, daß eine Kirche, die nicht ohne fremde, d. h. staatliche Hilfe bestehen kann, ihres Bestandes nicht gewiß ist und, wenn sie auf diese Hilfe nicht verzichten kann, ihre Freiheit verliert. Es liegt nahe, diesen Satz auf die Auslandsgemeinden zu übertragen. Aber auch daraus darf wiederum kein Schema gemacht werden. Eine Gemeinde, deren Glieder nicht bereit sind zu opfern, sondern damit rechnet, daß ihre Bedürfnisse von dritter Seite aufgebracht werden, wird in Wirklichkeit nicht nach Gottes Wort verlangen, sondern die Kirche als konventionelle Einrichtung betrachten, die „dazu gehört“. Hier werden Pfarrer und Gemeinde zu einer Institution, die man auch fahrenlassen kann, wenn man sie sich nicht mehr leisten kann: schöner, aber zur Not auch entbehrlicher Luxus. Aber es gibt Gemeinden, denen Gottes Wort wirklich teuer ist, die dafür ernste Opfer bringen; doch sind sie zu klein, um sich selbst unterhalten zu können. Sie dürfen zwar nicht auf die Hilfe des Staates rechnen, aber sie haben das Recht, von den Brüdern in der Heimat Gaben der Liebe zu erwarten. Schließlich ist ja der 2. Korintherbrief in erster Linie geschrieben worden, um Kollekten für die arme Gemeinde in Jerusalem zu erbitten, und die „Zuschußgemeinden“ in unseren Landeskirchen verdanken ihre Existenz dieser von der Gesamtkirche anerkannten Pflicht. Dort, wo wir in den letzten Jahren mit sehr kargen Mitteln unseren Auslandsgemeinden geholfen haben, handelte es sich um kleine, aber treue Gemeindekerne, in denen der durch Opfer bewiesene Wille lebendig war, wieder zu geordneter



Wortverkündigung zu gelangen. Solchen Gemeinden zu helfen, ist eine Pflicht der Mutterkirche. Wir hoffen von Herzen, diese Pflicht möge in dem Maße erkannt werden, als deutlich wird, daß es sich bei unseren Auslandsgemeinden nicht um Luxus oder Liebhaberei handelt, sondern um Glieder am Leibe Christi. Die Erwartung, daß die Gemeinden aus Eigenem aufbringen, was irgend billig von ihnen erwartet werden darf, wird dadurch nicht abgeschwächt. Ebenso wenig darf das Bemühen dadurch abgeschwächt werden, die Gemeinden zu nötigen, die wirtschaftliche Selbständigkeit zu erstreben. Die Unsicherheit der Zeitläufte ist zu groß. Es kann über Nacht geschehen, daß die Verbindungen zwischen uns und den Brüdern draußen plötzlich zerschnitten werden. Je besser eine Gemeinde auch auf solchen Augenblick gerüstet ist, desto fester ist die Grundlage ihres kirchlichen Daseins.

Das Kirchliche Außenamt hat dem in den letzten Jahren dadurch Rechnung getragen, daß Mittel nicht als laufende Zuschüsse gegeben wurden, sondern als eine Beihilfe für befristete Zeit, damit das Gemeindeleben erst einmal wieder in geregelten Gang gebracht werden kann. Schon jetzt wird aber sichtbar, daß nicht alle Gemeinden das erstrebte Ziel in absehbarer Zeit erreichen können. Wenn in künftigen Haushaltsverhandlungen hierfür Mittel angefordert werden, so ist dafür jedenfalls ein gutes Gewissen vorhanden.

Was hier gesagt wurde, gilt in erster Linie der Evangelischen Kirche in Deutschland als Mutterkirche: die Gemeinden draußen sind unsere Kinder. Wir tragen für sie eine große Verantwortung vor Gott und Menschen. Nicht daß unsere Mittel heute schwach sind, ist bedenklich. Der Wille, die Auslandsgemeinden in Liebe zu tragen, muß kräftiger werden. Dazu müssen wir Opfer bringen an Menschen, die wir zu ihnen senden, aber auch an Geld.

Diese Opfer hat die Heimatkirche bis zum Kriege in großem Umfange gebracht. Es wird der Ruhm der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union bleiben, daß sie durch ihren Oberkirchenrat in Fortführung und Erweiterung der seit 1819 durch das Königliche Konsistorium in Berlin begonnenen Arbeit das große Erbe schuf, das im Jahre 1924 der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß übernahm.<sup>1)</sup> Die Grundlage der bisherigen Arbeit des Evangelischen Oberkirchenrats blieb auch die Grundlage des Gesetzes von 1924:

*Eine Sorge, nicht ein Aufsichtsverhältnis war es, das die preußische Kirche durch Übernahme der Auslandstätigkeit einging . . . Keine Auslandsgemeinde hat je ein Aufsichtsrecht der Heimatkirche anerkannt, soweit es sich nicht auf die Dienstaufsicht über die Pfarrer beschränkte. Aber dieser Irrtum hat sich mit Zähigkeit bis in die allerjüngste Vergangenheit behauptet . . .<sup>2)</sup>*

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Oberkonsistorialrat i. R. Lic. A. Krieg in: Hundert Jahre Evangelischer Oberkirchenrat der Altpreussischen Union, Wichern-Verlag, 1950. <sup>2)</sup> Ebenda S. 116.

Wenn dieser Tatsache Beachtung geschenkt wird, werden zahlreiche polemische Äußerungen, wie sie in Deutschland immer wieder laut werden, in Zukunft nicht wiederholt werden. Sie sind nur möglich wegen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. In diesem Zusammenhang darf auch die Erwartung ausgesprochen werden, daß künftige Kritik — und wo sie sachkundig ist, sollte sie kräftig geübt werden — der Tatsache Rechnung trägt, daß die Mehrzahl unserer Auslandsgemeinden aus der opfervollen Arbeit des Preußischen Oberkirchenrates hervorgegangen sind. Und auch das sei hier vermerkt, daß an der Wiege dieser Arbeit eine Jüdin stand, „Henriette Herz, Schleiermachers geistvolle Freundin. Sie wies den preußischen Gesandten in Rom, Berthold Niebuhr, auf die von ihm bis dahin nicht bemerkte Tatsache der häufigen Konversion religiös angefaßter junger deutscher Künstler hin, und zwar mit solcher Energie, daß sie schon 1819 bei ihrer Rückkehr von Neapel den neu ernannten Botschaftsprediger vorfand“.<sup>1)</sup>

Es ist nicht ohne einen gewissen Reiz, daß dergestalt gerade die Gemeinde in Rom zur Wiege der Arbeit der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union in der Auslandsdiaspora und damit der heutigen Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland auf diesem Gebiet wurde.

Der Preußische Oberkirchenrat hat bei der Erfüllung seiner Aufgabe eine vorbildliche Weisheit bewiesen. Sie ist die vornehmste Tradition, die das Anschlußgesetz übernommen hat. Aus allem bisher Gesagten ist hoffentlich deutlich geworden, daß der Generalnenner, unter dem man die Auslandsgemeinden zusammenfassen kann, allein ihre Existenz im Auslande ist. Nach ihrer konfessionellen, geistigen und gesellschaftlichen Struktur, nach ihrer Herkunft, Ordnung und Tradition, nach ihren Rechtsverhältnissen, entsprechend den Ländern, in denen sie leben, zeigen sie eine Vielschichtigkeit, die jeden Versuch der Schematisierung scheitern läßt. Dem trägt das Anschlußgesetz, das auf das altpreußische Vorbild zurückgreifend bis in den Anfang des Jahrhunderts zurückreicht, in vorbildlicher Weise Rechnung. Die knappen Bestimmungen des nur 20 Paragraphen umfassenden Gesetzes berücksichtigen alle Formen und Möglichkeiten. Es ist heute, trotz aller inzwischen eingetretenen umwälzenden Veränderungen in Deutschland wie im Auslande, immer noch handlich und anwendbar. Ein höheres Lob hätte sich der Gesetzgeber nicht verdienen können.

Wenn gleichwohl heute eine Neufassung in Angriff genommen wird, so nicht, weil die weise Weite sich als überlebt erwiesen hätte. Wer hier ändern will, dürfte bald merken, daß er zerschlägt, statt aufzubauen. Die Autorität der Heimatkirche in den Auslandsgemeinden wird ihre Wurzel niemals in kodifizierten Rechten haben, mögen sie

---

<sup>1)</sup> Ebenda S. 115.

wie immer begründet sein. Diese Autorität ist unwägbarer Art und ihr Gewicht wird in genauer Entsprechung zum Umfang der Liebe, des Verstehens und der fürsorgenden Treue stehen, mit dem die Mutterkirche ihren Kindern im Auslande begegnet. Hierfür sollten uns die Väter ein beschämendes Vorbild sein.

Wir werden auch heute kaum den Versuch machen dürfen, enger zu werden als sie. „Aufsichtsrecht“ erkennen auch die heutigen Auslandsgemeinden nicht an. Aber geistliche Beratung nehmen sie nicht nur an, sondern sie erwarten sie.

Bei der Neufassung des Gesetzes wird vor allem das Wesen des bisherigen Anschlusses in seinem eindeutigen Charakter als ein auf Vertrag beruhendes Fürsorgeverhältnis, vor jedem Mißverständnis geschützt, neu zu formulieren sein. Es wird ferner die schon im alten Anschlußgesetz vorgesehene Möglichkeit, daß die Evangelische Kirche in Deutschland mit Kirchen oder selbständigen Synoden in geregelte Beziehungen tritt, ausführlicher bestimmt werden müssen. Denn die mit der Bildung des Bundes der Synoden in Brasilien so verheißungsvoll begonnene Entwicklung wird weitergehen. Es sind noch eine ganze Reihe weiterer Probleme, die bei der Neufassung zu berücksichtigen sind. Doch verbietet es der zur Verfügung stehende Raum leider, näher darauf einzugehen.

Sprachen wir oben von den Aufgaben, die den Auslandsgemeinden durch die politische Emigration vor 1945 und nach 1945 und durch neuerdings aus beruflichen Gründen wieder ins Ausland kommende evangelische Deutsche erwachsen, so handelte es sich immer um Glieder der regelrecht konstituierten Auslandsgemeinden. Sie werden sich mit der langsam beginnenden Auswanderung noch um eine Gruppe vermehren, die sich vor allem aus Vertriebenen der deutschen Siedlungskolonien in Osteuropa zusammensetzt, die zum großen Teil unbeschreibliche Schicksale erlebt haben.

In diesem letzten Abschnitt unserer Darstellung aber haben wir zu berichten von etwa hunderttausend evangelischen Deutschen, fast ausschließlich in Europa, die noch nicht in konstituierte Gemeinden eingeordnet sind.

Es begann damit, daß Frankreich und Großbritannien unter den Kriegsgefangenen um deutsche Arbeitskräfte warben, später wurde die Werbung auch in Deutschland betrieben.

So sind in Frankreich so viel deutsche Arbeiter, vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau tätig gewesen, daß ihre Zahl zeitweilig mit etwa 150 000 angegeben wurde. An der Aufgabe, sie seelsorgerlich zu betreuen, ist die Evangelische Kirche in Deutschland, wie schon erwähnt, nicht beteiligt. Da aber die Aufgabe sowohl personell als auch materiell die Kräfte des französischen Protestantismus weit übersteigt, wird sie unter Verantwortung der Fédération Protestante durch die



CLERATE<sup>1)</sup> mit ausländischen Kräften und ausländischen Mitteln, an deren Aufbringung vor allem der Lutherische Weltbund beteiligt ist, getan. Es muß damit gerechnet werden, daß beides nicht unbegrenzt lange möglich sein wird. Eines Tages wird, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der einmal eintretenden Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen beiden Völkern, die Evangelische Kirche in Deutschland nach ihrem Beitrag gefragt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn bis dahin die Zahl der zu Betreuenden — sie sinkt — und unsere Kraft in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. An manchen Orten sind diese in Frankreich arbeitenden Deutschen bereits zu kirchlich geordneten, wenn auch noch nicht rechtlich etablierten Gemeinden zusammengeschlossen worden.

In Großbritannien handelt es sich um 40 000 (davon mindestens 25 000 evangelische) Deutsche, die nach 1945 ins Land kamen. 15 000 etwa sind ehemalige Kriegsgefangene, rd. 20 000 sind Mädchen aus allen Gesellschaftsschichten, rd. 5000 sind „Kriegsbräute“, d. h. deutsche Mädchen, die Briten geheiratet haben. Die ehemaligen Kriegsgefangenen sind überwiegend in der Landwirtschaft tätig. Die Mädchen arbeiten in Fabriken, im Haushalt und — nur ein Bruchteil — als Krankenpflegerinnen oder Hilfsschwestern. Solange die Sonderbestimmungen für Deutsche in Kraft bleiben, ist eine Verschiebung dieser einseitigen Berufsschichtung nicht möglich. Fallen diese Bestimmungen aber, die früher auch für die ehemaligen DP galten, dann dürfte das berufliche Bild wesentlich differenzierter werden, weil dann berufliche und schulische Vorbildung sich auswirken werden. Unter den jungen Männern und Mädchen finden sich z. B. viele Abiturienten und Abiturientinnen. Diese deutschen Arbeitskräfte sind in weiter und dünner Streuung über das ganze Land verteilt. Organisatorisch ist ihre kirchliche Erfassung schwierig. Heute noch sind in Großbritannien die Schutzbestimmungen in Kraft, die seinerzeit erlassen wurden, um die Emigranten vor dem Zugriff des Heimatstaates zu bewahren. So dürfen die zuständigen Behörden, Polizei und Arbeitsämter, keine Auskünfte über Adressen geben. Darum wird den Ausreisenden noch auf deutschem Boden im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland ein gedruckter Abschiedsgruß mitgegeben, der die Anschriften und Namen nicht nur der Pfarrer der deutschen Gemeinden, sondern auch der Pfarrer deutscher Herkunft, die heute im Dienste britischer Kirchen stehen, und die Namen britischer, deutsch sprechender Pfarrer sowie von Familien enthält, die in Gebieten, in denen selten Gelegenheit zu deutschem Gottesdienst geboten werden kann, den Fremdlingen im Lande einen Ort der Begegnung bieten. Der Hinweis darauf, daß manche unserer jungen Männer und Mädchen Zeit und Geld opfern,

<sup>1)</sup> Comité Luthérien et Réformé d'Aide aux Travailleurs Etrangers. Im Frühjahr 1951 ist die Eglise Réformée aus dem Komitee ausgeschieden, so daß es sich vom 1. 4. 1951 ab um ein rein lutherisches Komitee — CLATE — handelt.



um auf einer Bahnfahrt bis zu 50 Meilen (über 90 km) zum Gottesdienst zu kommen, beantwortet vielleicht besser als jede ausführliche Schilderung die Frage, wie es denn mit der Kirchlichkeit dieser jungen Menschen steht. Finanziell wird die Arbeit durch das British Council of Churches und wiederum durch den Lutherischen Weltbund getragen. Doch sind die fünf Geistlichen, die aus diesen Mitteln unterhalten werden, nicht ausreichend; denn der Gesamt-„Bezirk“ hat eine Länge von über 650 km in der Nord—Süd- und eine Breite bis zu 400 km in der West—Ost-Richtung. Das Kirchliche Außenamt hat die Entsendung einer Vikarin und einer in der Jungmädchenarbeit erfahrenen Vertreterin des Evangelischen Frauenwerkes eingeleitet. Doch kann das nur ein Anfang sein. Erst die kommenden Jahre werden zeigen, wie groß der dauernde Umfang dieser großen und dankbaren Arbeit sein wird. Wird eines Tages auch diesen Deutschen die Freizügigkeit gewährt, so wird eine gewisse Gerinnung und damit Häufung an bestimmten Orten eintreten. Mit der dann erfolgenden Berufsdifferenzierung werden auch die Einkommensverhältnisse unterschiedlicher und dadurch die wirtschaftliche Kraft einzelner größer werden. Es ist möglich, daß es dabei zur Bildung existenzfähiger Gemeinden kommt. Bis dahin aber, und das ist die Lage, mit der für die nächsten Jahre gerechnet werden muß, handelt es sich um reine Gottesdienstgemeinden, deren Glieder infolge der verhältnismäßig nur kurzen Verträge so wechseln, daß z. B. in einer Industriestadt mit einer ständigen Zahl von etwa 120 Gottesdienstbesuchern Weihnachten 1950 nur zwölf auch Weihnachten 1949 schon da waren. Viele, die jetzt in der Fremde ständige Gottesdienstbesucher sind, waren in der Heimat der Kirche entfremdet. Sie ausreichend zu betreuen, ist darum eine Aufgabe, die sehr ernst genommen werden muß. Ebenso wichtig aber ist es, sie bei der Rückkehr in der heimischen Gemeinde zu empfangen und in ihr Leben einzufügen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Schweden. Hier ist mit etwa 15 000 Deutschen zu rechnen, die neu ins Land kamen. Die Mehrzahl stammt aus der russischen Zone. Auf oft abenteuerlichen Wegen flüchteten sie über die Ostsee nach Schweden. Diese Flüchtlinge kommen zunächst bis zur Klärung ihrer Verhältnisse und ihrer Zukunft in das Lager Landskrona. Hier finden regelmäßiger Gottesdienst, Bibelstunde und seelsorgerliche Betreuung statt. Dabei leisten deutsche Studenten der Universität Lund immer wieder wertvolle Mitarbeit.

Ungelöst ist leider immer noch die Pastorierung von etwa 800 Deutschen in der Cyrenaika (Bengasi). Das sind junge Männer aus den ehemaligen britischen Dienstgruppen. Die britische Rheinarmee hat zwar selbst den Wunsch, daß ein deutscher Geistlicher hinausgeht. Aber es ist bisher noch nicht gelungen, jemanden zu finden, bei dem die notwendigen Vorbedingungen erfüllt wären; außer der Eignung für diese besonders wichtige Aufgabe, unter nicht einfachen Bedingungen, muß der in Aussicht Genommene sowohl das Placet der bri-

tischen Rheinarmee erhalten als auch von seiner Kirchenleitung freigegeben werden. Welche Enttäuschung der Satz: „es ist bisher noch nicht gelungen,“ umschließt, vermag nur der zu ermessen, der die Not die dort in Nordafrika nach Hilfe ruft, kennt und der weiß, welche Fülle von Arbeit und Verhandlungen notwendig ist, bis dann schließlich doch am Nein der einen oder anderen letzten Instanz die schon vorbereitete Aussendung scheitert.

Vermerken wir schließlich noch, daß auch 600 Deutsche aus Island die im Lande verstreut leben, wenigstens für zwei bis drei Sommermonate um den Besuch eines Pfarrers aus Deutschland bitten, so haben wir damit den Überblick beendet, der von Gemeinden berichtet, die, flüchtig und fließend wie es schon die Lagergemeinden unserer Kriegsgefangenen waren, in ihrer eigentümlichen Form ein Kennzeichen unserer Zeit sind. Ob sie als Gemeinden einmal Dauer gewinnen werden, darüber läßt sich nicht einmal eine Vermutung anstellen. Daß auch diese Gemeinden und vielleicht gerade diese Gemeinden Weinberg Gottes sind, das bezeugen alle, die dort gearbeitet haben und noch arbeiten. Daß die Zahl der Arbeiter viel zu klein ist, gehört zur Not unserer Kirche, die hier wie auch auf anderen Gebieten die klaffenden Lücken spürt, die die letzten beiden Jahrzehnte gerade in die Reihen der jungen Theologen gerissen haben.

Mit Artikel 17 der Grundordnung hat die Evangelische Kirche in Deutschland die Verantwortung für die Auslandsgemeinden übernommen. Was das bedeutet, wird von Jahr zu Jahr deutlicher sichtbar werden. Daß diese Verantwortung in ihrem ganzen Umfang wirklich wahrgenommen werden kann, hat zur Voraussetzung, daß nicht nur die Kirchenleitungen, sondern auch und vor allem unsere Gemeinden wissen, was das Wort „unsere Auslandsgemeinden“ umschließt. Hierzu einen Dienst zu leisten, war die Absicht dieser Darstellung. Sie konnte nur einen allgemeinen Überblick über die vorliegenden Probleme und Aufgaben geben. Auf Vollständigkeit, wozu u. a. auch tabellarische Übersichten gehören, mußte wegen des beschränkten Raumes verzichtet werden.

# Schule und Kirche nach dem Zusammenbruch 1945

Von Edo Osterloh

## *I. Voraussetzungen für den Dienst der Kirche an der Schule und in der Schule nach 1945*

### 1. Die gestaltenden Kräfte in der Kirche nach dem Zusammenbruch

Was seit 1945 von der Kirche aus in Schulfragen gesagt und getan worden ist, das wird nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, was seit etwa 1920 die theologische Arbeit bewegt hat und welche Erfahrungen im Kirchenkampf seit 1933 gemacht werden mußten. Die Äußerungen der Männer und Frauen im Raum der Kirche, die 1945 das Wort zu Erziehungs- und Schulfragen genommen haben, sind ausnahmslos alle durch ein doppeltes Merkmal gekennzeichnet: Auf der einen Seite ist ihnen gemeinsam die Gewißheit, daß das Wort Gottes Richtschnur und Maßstab auch für die Schularbeit der Kirche sein muß. Diese Orientierung an der Bibel bedeutet zugleich Verwurzelung in der Gemeinde, in ihrem Gottesdienst, in ihrer Liebestätigkeit, in ihrem Zeugnis und in ihrem Lebenskampf. Auf der anderen Seite drücken diese 1945 laut werdenden Stimmen ein fast unheimliches Erstaunen darüber aus, daß überhaupt noch Leben erhalten geblieben ist, daß der Glaube noch am Werk ist, daß Kirche und Gemeinde noch existieren. Die Möglichkeit des Dienstes wird als ein unverdientes Wunder erfahren.<sup>1)</sup>

Die Glieder der Kirche, die 1945 und in den Jahren danach die Verantwortung für die Schularbeit der Kirche übernahmen, sind sich einig in der Erkenntnis, daß keineswegs ohne weiteres an den Zustand von 1933 angeknüpft werden kann. Die in der unmittelbaren Vergangenheit erfahrene Lebensbedrohung wird zu einem großen Teil als Auswirkung von Kräften empfunden, die die Entwicklung vor 1933 bereits wesentlich bestimmt hatten. In der Kirche ist die Vermessenheit des Menschen, sein Schicksal aus eigener Machtvollkommenheit in die

---

<sup>1)</sup> Vgl.: Treysa 1945. Heliand-Verlag, Lüneburg 1946, S. 49 ff. die Vorträge von D. Georg Merz und P. Dr. Kleßmann.

Hand nehmen und gestalten zu wollen, als die eigentliche Schuld und als die wirkliche Ursache für den Zusammenbruch erkannt worden. Er erscheint den Glaubenden als verdientes Strafgericht Gottes. Aber man ist weit davon entfernt, die Schuld bei den vordergründigen Gegnern des Christentums und der Kirche zu suchen. Innerhalb der Kirche vertieft sich die seit Jahren anwachsende Bußbewegung zu der ernstesten und praktischen Bemühung, die brüchige Grundlage vornationalsozialistischer Kulturarbeit zu verlassen und als Fundament für den Neubau nur den einzig tragfähigen Grund anzuerkennen, der sich der Gemeinde in der Offenbarung Gottes durch Jesus Christus anbietet.

In den bald nach 1945 kommenden Auseinandersetzungen mit der Lehrergewerkschaft, mit Parteien, staatlichen Instanzen und mit Vertretern der Besatzungsmächte wurde häufig auf zwei ganz verschiedenen Ebenen geredet, auf denen man einander nicht begegnen konnte, weil die kirchlichen Kreise bei ihren Überlegungen und Handlungen vom Gnadenhandeln Gottes in Wort und Sakrament ausgehen wollten, während ihre Gesprächspartner in bedrückender Einmütigkeit mehr oder weniger ungebrochen die Meinung vertraten, man könne bei dem Zustand von 1933 unmittelbar anknüpfen, um die geschlagenen Wunden zu heilen, das geschehene Unrecht wiedergutzumachen, das zerstörte Haus wieder aufzubauen. Es zeigte sich, daß das Anliegen der Kirche wirklich nur verständlich gemacht werden konnte, wenn zugleich für das lebendige Evangelium von Jesus Christus Verständnis gefunden wurde. Seitens staatlicher Stellen, seitens der politischen Parteien und auch seitens weiter Kreise der Lehrer wurde häufig mit Verwunderung und gelegentlich auch mit Mißbilligung festgestellt, daß man es nicht mehr mit der Kirche zu tun hatte, der man nach 1918/19 zu begegnen pflegte. Es treten früher unbekannte Begriffe und Vorstellungen in den Vordergrund. Die in den vergangenen Zeiten vorherrschende Vermutung, man sei sich in einer gewissen idealistischen Grundhaltung einig und habe weltanschauliche Gemeinsamkeit jenseits der Glaubensfrage, schien endgültig widerlegt zu sein.

Es zeigte sich sehr bald die ernste Frage, ob eine solche sich an Haupt und Gliedern von ihrer Botschaft her erneuernde Kirche überhaupt noch als Volkskirche im alten Sinn in ihren mannigfachen Verknüpfungen mit dem Staatswesen existieren könne, oder ob es nicht vielmehr an der Zeit sei, auch in Deutschland eine radikale Trennung von Staat und Kirche, wie zum Beispiel in Frankreich, durchzuführen. Jedenfalls wurde deutlich, daß die Kirche auch bei ihrem Reden und Handeln in Schuldingen nicht in der Lage war, ohne weiteres die Autorität des Staates oder die Maßgeblichkeit weltanschaulicher Instanzen jenseits des Evangeliums anzuerkennen. Sehr schnell konnte man 1945 die ernüchternde Feststellung machen, daß die Kirche als Glaubensgemeinschaft durch den Zusammenbruch nicht populärer geworden war. Das Bewußtsein der Träger kirchlicher Verantwortung, in der Voll-



macht und im Dienste Jesu Christi zu stehen, führte vielmehr zu der klaren Erkenntnis, daß die Kirche vor einer ungeheuren missionarischen Aufgabe auf allen Gebieten steht, und es fragte sich, wie diese missionarische Aufgabe konkret, insbesondere auf dem Gebiet der Schule und der Erziehung gelöst werden könne.

## 2. Geistesgeschichtliche, volkpsychologische und weltpolitische Gegebenheiten in Deutschland nach dem Zusammenbruch

Wollte die Kirche ihre Aufgabe in der Welt neu in Angriff nehmen und gehorsam an ihrer Lösung arbeiten, so mußte sie versuchen, die 1945 gegebene Situation richtig zu erkennen und zu beurteilen.

Die mit Hilfe von List, Terror und Überrumpelung weitgehend gelungene Entchristlichung der Schule vor 1945 war zugleich das zwar voreilig vorweggenommene, aber zwangsläufige Ergebnis einer bestimmten Entwicklung, die in einer Seite der Aufklärung ihre Ursachen hat. Vielleicht wird man einmal in einer Geschichte der Aufklärung sagen müssen, daß seit dem Eintritt des Christentums in die Weltgeschichte die Aufklärung die erste weltumspannende Gegenbewegung gegen das Evangelium darstellt. Jedenfalls hat sie dazu geführt — und das muß gerade die Kirche klar erkennen —, daß zahlreiche Menschen es als eine Befreiung empfinden, nicht mehr als Christen gelten zu müssen, daß sie sogar auf ihren Unglauben stolz sind. Die Emanzipation von allen Bindungen führte viele auch für die Schule verantwortliche Menschen in Deutschland zu der Überzeugung, daß es zur Reife des modernen Menschen gehöre, den christlichen Glauben als Wesensmerkmal einer unreifen Epoche der Geistesgeschichte zu verstehen. Diese antichristliche Grundhaltung, die ihre Vertreter unter Schöngeistern, Natur- und Geisteswissenschaftlern, aber auch unter Bauern und Arbeitern gefunden hatte, wurde natürlich durch den Zusammenbruch von 1945 nicht einfach überwunden. Man darf nicht vergessen, daß nach dem Zusammenbruch von 1945 viele Menschen die Katastrophe nur als mehr oder weniger zufälliges Unglück verstanden und auf Untreue, Unzulänglichkeiten und Bosheit der Gefolgschaft einer nach wie vor heimlich oder offen anerkannten Führung zurückführten.

Diese starke, in manchen Volkskreisen schon selbstverständliche und oft unbewußte Abwehrhaltung gegen Evangelium und lebendige Kirche ging Hand in Hand mit einer Einstellung, die für die Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des deutschen Menschen seit Menschenaltern eine ungeheure Belastung darstellt. Wir meinen die falsche innere Abhängigkeit von der Gewalt ausübenden Obrigkeit. So wie weite Kreise sich die Gleichschaltung hatten gefallen lassen, konnte an ihnen auch ohne große Schwierigkeit eine Umschaltung vorgenommen werden.

Diese Hörigkeit gegenüber der gewalthabenden Obrigkeit schaltet weitgehend die innere Beteiligung und damit eine Überprüfung eigener persönlicher Überzeugungen aus. So entzogen sich große Teile des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch 1945 jeder echten eigenen Besinnung und warteten in den wesentlichen Fragen auf die Entscheidung der Mächte, die die Verantwortung für das Schicksal von Staat und Volk übernommen hatten. Das waren nach der bedingungslosen Kapitulation die Besatzungsmächte, die damit für die seelische Grundhaltung der Deutschen eine Verantwortung übernahmen, von deren Umfang und Tiefenwirkung sie kaum eine genaue Vorstellung gehabt haben werden. Am krassesten kommt die geistige Abhängigkeit von den Besatzungsmächten zum Ausdruck in der jetzt diametral entgegengesetzten Prägung des kulturellen Lebens im Osten und im Westen. Im Westen muß man sehen, daß die hier getroffene Entscheidung für die Fortsetzung der Tradition eines christlich geprägten Abendlandes von den westlichen Großmächten verantwortet und daß sie nur zu einem Teil von der bewußten inneren Entwicklung deutscher Menschen getragen wird.

Überhaupt mußte die Kirche 1945 bei ihrer Arbeit in Deutschland von der Tatsache ausgehen, daß in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch die politischen Großmächte auch die sich praktisch auswirkenden Entscheidungen auf dem Gebiet der Kultur und insbesondere des Schulwesens an sich gezogen hatten. Die deutschen Regierungsstellen, die den Wiederaufbau des monatelang völlig daniederliegenden Schulwesens in Angriff nahmen, waren in wesentlichen Entschlüssen unmittelbar von den Weisungen der Besatzungsarmee abhängig.

So stand die Kirche — in ihrer Bindung an ihren eigenen Herrn und in grundsätzlicher Freiheit gegenüber den Mächten der Welt — doch einer Situation gegenüber, in der sie auf zahlreiche wesentliche Faktoren keinerlei Einfluß hatte.

## *II. Grundfragen der neuen Aufbauarbeit*

### *1. Die innere Ausrichtung des gesamten Schullebens*

Es ist erstaunlich, daß in dieser schwierigen Lage die Landeskirchen gemeinsam mit der Bekennenden Kirche bereits in Treysa vom 27. bis 31. 8. 1945 nicht nur eine erste vorläufige organisatorische Zusammenfassung der Evangelischen Kirche in Deutschland erreichten, sondern sich auch schon auf eine Art gemeinsames Schulprogramm einigten, das in dem Beschluß dieser Konferenz der evangelischen Kirchenführer zur Schulfrage vorliegt:<sup>1)</sup>

*1. Für die Neuordnung des Schulwesens fordern wir die christliche Schule. Es mag nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden werden,*

---

<sup>1)</sup> Treysa 1945, S. 104.

ob die christliche Gemeinschaftsschule oder die Bekenntnisschule eingerichtet werden soll. In jedem Fall aber muß die Evangelische Kirche darauf bedacht sein, einen Gewissenszwang für die Lehrer zu vermeiden und Wege zu einem neuen Vertrauen zu bahnen.

2. Die christliche Ausrichtung der Schule muß gewährleistet werden:

- a) durch evangelische Lehrerbildungsanstalten,
- b) durch Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern,
- c) durch die Bildung evangelischer Schulgemeinden.

3. Es besteht darüber Einmütigkeit, daß der evangelische Religionsunterricht (besser sollte statt dessen gesagt werden: christliche Unterweisung) auch innerhalb der Schule Sache der Kirche ist, die in der Verantwortung für ihre getauften Glieder handelt. Alle in der christlichen Unterweisung tätigen Lehrkräfte müssen einen kirchlichen Lehrauftrag haben. Die Unterweisung erfolgt nach kirchlichem Lehrplan. Die Aufsicht in der christlichen Unterweisung führen von der Kirche bestellte, fachlich vorgebildete Kräfte.

Dieser Beschluß zeigt, welch großes und geradezu entscheidendes Gewicht der Schulfrage in den führenden Gremien der Kirche unmittelbar nach dem Zusammenbruch zugemessen wurde. Das hatte sich auch auf den großen kirchlichen Tagungen gezeigt, die kurz vorher stattgefunden hatten, nämlich auf der Synode der Berliner Bekenntenden Kirche in Spandau vom 29.—31. 7. 45 und auf der Tagung des Reichsbruderrates der Bekenntenden Kirche in Frankfurt vom 21.—24. 8. 45. Die Tagung des Reichsbruderrates hatte zur Formulierung eines Beschlusses zur Schulfrage mit folgendem Wortlaut geführt:<sup>1)</sup>

## I.

1. Die evangelische Schule auf Grund von Bibel und Bekenntnis, getragen von einem im Glauben an Christus geeinten Lehrkörper, ist das Ziel einer für alle getauften Kinder verantwortlichen Kirche. Wo immer die Möglichkeit besteht, sollen solche Schulen errichtet werden.

2. Unter den gegebenen Verhältnissen ist jedoch als allgemeine Schulform die

### christliche Simultanschule

mit einem Religionsunterricht zu fordern, der gemäß dem Bekenntnis der Kirche und in deren Auftrag erteilt wird. Mit dieser Schulform ist ein Gewissenszwang der Lehrer vermieden und ihre loyale Mitarbeit gefordert.

3. Die christliche Ausrichtung der Schule muß gewährleistet werden

- a) durch evangelische Lehrerbildungsanstalten,
- b) durch Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern,
- c) durch die Bildung evangelischer Schulgemeinden.

---

<sup>1)</sup> Treysa 1945, S. 177 f.

## II.

*Richtlinien für die Gestaltung des evangelischen Religionsunterrichtes in der Schule.*

1. Der evangelische Religionsunterricht ist ein Amt der Kirche, die für die Unterweisung ihrer getauften Glieder verantwortlich ist. Daher kann er nur von Lehrenden als von Gemeindegliedern in kirchlichem Auftrag, nach kirchlichem Lehrplan und nach kirchlich anerkanntem Lehrbuch erteilt werden.

2. Er soll Unterweisung und Zeugnis sein von dem in Christus offenbaren Gott auf Grund des Zeugnisses der Propheten und Apostel. Er ist also nicht „historisch“ und auch nicht „moralisch“ gemeint.

3. Lehrer und katechetische Hilfskräfte der Kirche, die sich für den evangelischen Religionsunterricht zur Verfügung stellen wollen, geben eine entsprechende schriftliche Erklärung ab. Diese wird durch ihre Kirchengemeinde der Leitung des Kirchenkreises (Dekanat bzw. Superintendentur) weitergereicht. Über die Zulassung entscheidet ein Ausschuß für kirchliche Unterweisung nach Prüfung der kirchlichen und fachlichen Eignung. Er kann seine Entscheidung von einer Besprechung mit dem Bewerber abhängig machen.

Bei Zustimmung beauftragt die Kirchengemeinde die Lehrpersonen mit dem Unterweisungsdienst, gegebenenfalls nach Art der Ältesteneinführung. Die Beauftragung wird der Gemeinde von der Kanzel bekanntgegeben.

4. Alle an der kirchlichen Unterweisung Beteiligten sind in regelmäßigen Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern zusammenzufassen. Die Arbeitsgemeinschaft gilt vorwiegend gemeinsamer Bibelarbeit als Grundlage für alle Erörterung fachlicher und erzieherischer Fragen.

5. Der Ausschuß hat das Recht der Aufsicht über den Religionsunterricht und kann ihm beiwohnen.

6. Diese Richtlinien gelten für alle Schulgattungen.

## III.

Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland bevollmächtigt die „Kammer für Schule und Unterricht“ unter Leitung von Albertz, Hammelsbeck und Rott zur Vertretung aller seiner Anliegen in Schul- und Erziehungsfragen vor allen kirchlichen und staatlichen Behörden und den alliierten Militärregierungen.

Ein Vergleich des Frankfurter Beschlusses mit dem Beschluß von Treysa weist bereits alle entscheidenden Probleme der Arbeit auf, die sich in den dann folgenden Jahren entwickelt hat. Der Bruderrat der Bekennenden Kirche und die Konferenz in Treysa sind sich einig in der Erkenntnis, daß die Kirche nicht nur für ein einzelnes Schulfach:



Religion, oder etwa für die „Gesinnungsfächer“ verantwortlich ist, sondern daß sie die Pflicht hat, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die „Pluralität der Weltanschauungen“ in den verschiedenen Fächern für eine in sich geschlossene einheitliche Schule einzutreten. Getaufte Kinder sollen von christlichen Lehrern im Geist des Evangeliums erzogen werden. Gelegentlich taucht die Forderung eines bekenntnisbestimmten Unterrichtes in allen Fächern auf. Diese Forderung ist häufig mißverstanden worden. Sie ist von zahlreichen, kirchlich verantwortlichen Persönlichkeiten inzwischen häufig nach der Seite geklärt worden, daß jede pseudoreligiöse Verbrämung oder Verzerrung des Unterrichtsstoffes abgelehnt wird. „Die Schule unter dem Evangelium“ oder der „bekenntnisgebundene Unterricht“ sind inhaltlich gerade durch „Sachlichkeit“ gekennzeichnet. Christlicher Unterricht ist frei von der Vergötzung innerweltlicher Größen und Werte, er hat keine frömmelnde Phraseologie nötig, sondern verabscheut sie. Weil er vom Schöpfer weiß und den Herrn der Geschichte kennt, vermag er nüchtern die Tatbestände in ihrer irdischen Gegebenheit in den Blick zu nehmen und unterrichts- und bildungsmäßig zu vermitteln.

Die Forderung nach der Schule, die vom Geist des Evangeliums bestimmt wird, bedeutet eine klare Kampfansage gegen Schulsysteme, in denen in verschiedenen Fächern verschiedene letztlich metaphysisch begründete Weltanschauungen an die Kinder herangetragen werden, die sie innerlich zu zerreißen drohen. Die Einheit des Schullebens hat ihren Grund in der Einheit Gottes des Herrn und hat zur Folge, daß die Vielgestaltigkeit und Mannigfaltigkeit der Unterrichtsfächer und Bildungsgüter nicht zu einer Zerstörung der Lebenseinheit im Kinde führen. Unterricht und Erziehung stehen unter dem Gebot der Nächstenliebe und sind als ein bescheidenes Werk des Gesetzes nur fruchtbar, wenn die ganze Schularbeit unter der vergebenden Gnade des Evangeliums steht.

## 2. Christliche Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule oder neuer Schultyp

Der stärkste Unterschied zwischen der Frankfurter Erklärung des Reichsbruderrates und dem Beschluß von Treysa besteht in der Stellungnahme zur Frage des Schultyps. Der Reichsbruderrat spricht sich „unter den gegebenen Verhältnissen“ für die „christliche Simultanschule“ aus mit einem Unterricht, „der gemäß dem Bekenntnis der Kirche in deren Auftrag erteilt wird“. Die Kirchenkonferenz von Treysa dagegen erklärt, es möge „nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden werden, ob die christliche Gemeinschaftsschule oder die Bekenntnisschule eingerichtet werden soll.“

Hinter der Verschiedenheit dieser Formulierungen stehen zeitweise leidenschaftliche Auseinandersetzungen. In einigen Gegenden Deutschlands sind auf Veranlassung der Besatzungsmächte in den Gemeinden

Elternabstimmungen durchgeführt worden, die darüber zu entscheiden hatten, ob die Schule als christliche Gemeinschaftsschule oder als Bekenntnisschule eingerichtet werden sollte. Die Bekenntnisschule wurde besonders energisch in Bayern und in Nordrhein-Westfalen gefordert. Die lutherische Erziehungskonferenz in Bad Boll, vom 1. 6.—10. 6. 49, an der außer deutschen und amerikanischen Lutheranern auch Vertreter des nordischen Luthertums teilnahmen, hat sich in der eigentlichen Absicht ihrer Entschließung für die Konfessionsschule ausgesprochen. Wir bringen den Wortlaut dieses Beschlusses, weil er wiederum in gewisser Weise als Kontrapunkt wirkt zu einer neuen Verlautbarung des Reichsbruderrates aus Stuttgart vom 26./27. 4. 49.

## *Erklärung zum Elternrecht und zur Schulfrage*

### *I.*

*1. In dem Wort, das der Kirche anvertraut ist, stellt der lebendige Gott alle Welt unter sein Gebot und unter seine Verheißung. Gott der Herr will, daß alle Menschen ihr Leben nach seinen Geboten ordnen. Darum hat die Kirche den Auftrag, dies allen Menschen zu verkündigen, innerhalb und außerhalb der Gemeinde.*

*Die römisch-katholische Theologie sucht diese Verpflichtung und diese Vollmacht zu begründen, zu sichern und durchzusetzen durch die Lehre vom Naturrecht. Daraus leitet sie auch ihre Lehre vom Elternrecht ab, die sie im Kampf um die Schule verwendet.<sup>1)</sup> Sie kann diese Lehre vertreten, weil sie von der Voraussetzung bestimmt ist, der Mensch könne kraft seiner natürlichen Gaben das Gute erkennen und vollbringen. Die Kirche komme ihm dabei durch die Verleihung übernatürlicher Kräfte zur Hilfe. Die Bibel weiß nichts von dieser Lehre von Natur und Übernatur. Daher ist es der evangelischen Kirche verwehrt, die katholische Ideologie des Elternrechts im Kampf um die christliche Schule zu verwenden.*

*Es ist ihr aber ebenso verwehrt, das Elternrecht im Sinne der Aufklärung zu verstehen, wonach die Erziehung dem autonomen Menschen überlassen bleibt.*

*Im Unterschied zur katholischen Theologie finden wir in der lutherischen Lehre kein theologisches System vor, aus dem für den Einzelfall die Lösung einfach abzuleiten wäre.*

*2. Im Gehorsam gegen die Heilige Schrift lehren wir mit dem lutherischen Bekenntnis: Das Wort Gottes ist in Jesus Christus Fleisch geworden. Er ist unter uns gegenwärtig in Wort und Sakrament. Wir können dieses Wort nur hören in seiner geschichtlichen Gestalt. Im Hören auf das Wort fordert Luther die Schule, die wiederum dem Hören auf das Wort dient.*

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu: Stellungnahme Roms und des deutschen Episkopats zu den Schulfragen in der Zeit vor 1933, Köln 1949 und: Elternrecht und Schule, Köln 1949, Heft 1 u. 2, der Reihe „Mit Kelle und Schwert“. Beiträge zum Aufbau und zur Verteidigung des katholischen Erziehungswesens.

Gott hat die Menschen nicht nur als biologische Lebewesen, sondern zu seinem Bilde geschaffen. Er will, daß sie durch sein Wort zu wahrhaften Menschen nach seinem Bilde werden, die ihn über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen.

Es ist die Aufgabe aller Erziehung, an dieser Menschwerdung des Menschen dienend und gehorchend mitzuwirken.

3. Zu diesem Dienst sind alle berufen, denen die Sorge für die Kinder aufgetragen ist, in erster Linie also die Eltern und die christliche Gemeinde. In bestimmten Grenzen hat auch die weltliche Obrigkeit eine Verantwortung für die Erziehung ihrer Staatsbürger.

Nach Gottes Verordnung kann sich das menschliche Leben nur in diesen Ständen vollziehen, wenn es nicht der Auflösung verfallen soll. Sie haben ihren göttlichen Auftrag und damit ihre Vollmacht nur, indem sie ihre gegenseitigen Pflichten und Rechte anerkennen. Die Eltern können daher ihre Verantwortung für die Erziehung nicht an eine andere Instanz abgeben, ohne an ihrem gottgegebenen Amt schuldig zu werden. Die christliche Gemeinde kann ebensowenig ihren Auftrag an eine andere Instanz abgeben, ohne ihr Wesen zu verleugnen. Auch der Staat kann sich seiner Verantwortung in dieser Sache nicht entziehen. Daher sind Eltern, christliche Gemeinden und Staat vor Gott verpflichtet, ihre Verantwortung für die Schulen an ihrem Teil wahrzunehmen.

4. Wo sie alle ihre Aufgaben recht erfüllen, herrscht unter ihnen Friede. Wo aber einer von ihnen dem Gebot Gottes entgegenhandelt, sind die anderen verpflichtet, ihren Dienst mit desto größerer Treue zu tun und der Zerstörung und Verfälschung zu wehren.

Es gehört zu den Pflichten der Kirche, daß sie die Eltern und den Staat davor warnt, ihre Rechte und Ansprüche absolut zu setzen und damit der gefährlichen Täuschung zu verfallen, als ob der Mensch sich nach seinem eigenen Bild formen könne und dürfe. Sie hat zugleich die Schule davor zu warnen, sich als eine autonome Instanz der Erziehung zu verstehen und sich dadurch an den Geschöpfen Gottes zu versündigen.

Die christliche Gemeinde muß in jedem Falle ihre Glieder zur Erfüllung ihrer Pflichten anleiten und zum Gehorsam gegen Gottes Gebot rufen.

Wo der Staat die Kinder in einer nichtchristlichen oder antichristlichen Weltanschauung erziehen will, sind in erster Linie die Eltern als Staatsbürger und Christenmenschen dafür verantwortlich, daß alle dem christlichen Gewissen erlaubten Mittel eingesetzt werden, um auch gegen den Willen der Regierung die Kinder christlich erziehen zu lassen. Dies ist das evangelische Verständnis der Elternpflicht und des Elternrechts.

## II.

1. Die Kirche hat der Schule eine Gabe anzubieten, die ihr allein anvertraut ist: das Evangelium von der Erlösung durch Christus. Sie

muß verlangen, daß die Schule für diese Botschaft offen ist. Sie ist verpflichtet, zu verhindern, daß die Schule von einer nichtchristlichen Propaganda mißbraucht wird. Das Evangelium darf auch nicht verfälscht werden zu einer scheinchristlichen Religiosität. Die Kirche muß dafür sorgen, daß das Evangelium den Kindern wenigstens in der christlichen Unterweisung begegnen kann, auch wenn die Schule säkularisiert ist.

Die christliche Unterweisung kann nur von einem Lehrer erteilt werden, der bereit ist, mit den Kindern auf das Evangelium zu hören und in der christlichen Gemeinde zu leben.

2. Es wäre eine Illusion, zu meinen, die Schule entspreche den Forderungen der christlichen Gemeinde schon dadurch, daß in ihr „Religionsunterricht“ als „Lehrfach“ erteilt wird. Vielmehr verlangt die Gemeinde eine Schule, an der das gesamte Schulleben sowie der Unterricht in sämtlichen Fächern unter Wahrung einer sachgerechten Pädagogik vom Evangelium bestimmt ist (Bekenntnisschule). Die Bekenntnisschule setzt voraus, daß sie von einer lebendigen Gemeinde und einer christlichen Lehrerschaft getragen wird. Wo die Voraussetzungen für die Bekenntnisschule fehlen, muß die Kirche nach anderen Schulformen suchen.

3. Die Kirche hat unter allen Umständen die Aufgabe, die Eltern unter dem Wort zu sammeln und ihnen zu helfen, daß sie die bei der Taufe ihrer Kinder übernommene Verpflichtung erkennen und wahrnehmen. Durch das Sakrament der Heiligen Taufe nimmt Christus die Kinder in seine Gemeinde auf. Daraus erwächst den Eltern die Pflicht, ihre Kinder „in der Zucht und Vermahnung zum Herrn“ zu erziehen.

4. Die Kirche muß die Lehrer einladen, sich unter dem Evangelium zu sammeln, in der Gemeinschaft mit anderen Christen ihre Sorgen, Schwierigkeiten und Zweifel in Freiheit auszusprechen und sich neue Kraft schenken zu lassen. Die Lehrer begegnen so der lebendigen Gemeinde und der neugeschenkten biblischen Botschaft.

5. Die Jugendarbeit der Gemeinde hat für die Schule eine besondere Bedeutung.

### III.

In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Schulfragen haben Elternschaft und Kirchenleitungen die Pflicht, von ihren staatsbürgerlichen Rechten in vollem Umfang Gebrauch zu machen. Daher erwarten wir von einer wahrhaft demokratischen Regierung, daß sie alles Streben nach einem Erziehungsmonopol, das nur einen Rückfall in ein totalitäres System darstellen würde, aufgibt und der christlichen Eltern- und Lehrerschaft Raum gibt, die Kinder ihrem Glauben gemäß zu erziehen. In solchem Ringen um Gestalt und Geist der Schule dient die Kirche nicht nur der Verkündigung des Evangeliums, sondern auch der Erhaltung und dem Frieden der Welt.



In der Erklärung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche zur Schulfrage auf seiner Sitzung in Stuttgart vom 26./27. 4. 49 lautete die zweite These:

*Für die Kirche besteht — womit sie sich ausdrücklich gegen heute vertretene parteipolitische Forderungen abgrenzt — nicht die Alternative: Bekenntnisschule oder Gemeinschaftsschule. Die von ihr bezeugte Freiheit im Evangelium gebietet ihr, niemanden mit institutionellen Mitteln zu einem Christen zu machen. Wahrhaftige evangelische Schulen und wahrhaftige evangelische Lehrer jeder Schulform können nur in einer vorurteilsfreien Sachlichkeit und in der Achtung vor der persönlichen Würde jedes Schülers und Mitarbeiters unterrichten und erziehen.*

Der Gegensatz zwischen den kirchlichen Verfechtern der Bekenntnisschule und denen der christlichen Gemeinschaftsschule würde falsch verstanden werden, wenn man ihm prinzipielle Bedeutung beimessen würde. Beide Gruppen sind sich in dem Ziel einer christlich geprägten und auch bekenntnisgebundenen Schule einig. Sie unterscheiden sich in der Beurteilung der Lage besonders im Blick auf die Haltung der evangelischen Lehrerschaft. Die Vertreter der Bekenntnisschule können sich zu einem großen Teil auf eine ungebrochene christliche Tradition und auf eine große Zahl wirklich überzeugt evangelischer Lehrer in ihren Kirchengebieten stützen. Die Verfechter der christlichen Simultanschule oder Gemeinschaftsschule weisen entsprechend auf ein landschaftlich bedingtes langjähriges Herkommen dieser Schulart hin, die häufig Ausdruck einer besonderen christlichen Prägung des gesamten Volkslebens ist, oder aber sie argumentieren mit dem Mangel an überzeugt evangelischen Lehrkräften und machen darauf aufmerksam, daß Gewissenszwang und Heuchelei für die Schule und für die Erziehung unerträglich sind. Besonders Professor Hammelsbeck fühlt sich als überzeugt evangelischer Christ in seiner Verbundenheit mit einer teilweise sehr entkirchlichten evangelischen Lehrerschaft verpflichtet, durch das Eintreten für die christliche Gemeinschaftsschule die Tore offenzuhalten für echte Begegnungen zwischen Lehrern verschiedener religiöser Überzeugungen. Die christliche Gemeinschaftsschule erscheint diesen Kreisen als der wahrhafte Ausdruck der tatsächlichen religiösen Lage in weiten Teilen unseres Volkes und in ganzen Landeskirchen.

Prof. Kittel und andere haben sich sehr dafür eingesetzt, daß die Typenbezeichnung „Gemeinschaftsschule, Konfessionsschule, Simultanschule“ als Schlagwörter überhaupt aus der Diskussion herausgenommen würden.<sup>1)</sup> Diese Kreise bemühen sich um einen neuen Ansatz in der Erörterung der Schulfrage. Sie möchten einen allgemeinen Schultyp herausstellen, an dem die verantwortungsbewußten produktiven pädagogischen Kräfte mit gutem Gewissen mitarbeiten und in dessen Rah-

---

<sup>1)</sup> Vgl. Helmut Kittel, Schule unter dem Evangelium, Braunschweig, Berlin, Hamburg 1949.

men zugleich alle berechtigten Anliegen der Kirchen berücksichtigt werden könnten. Innerhalb dieser allgemeinen Schulform kämpfen sie für die Freiheit, daß sich entsprechend der vorhandenen Lehrerschaft, der Elternschaft, des „kirchlichen und weltanschaulichen Klimas“ Schulen besonderer Prägung entwickeln können. Diese Schulen sollten dann gekennzeichnet sein etwa durch die Namen der Erzieherpersönlichkeit, deren Wirken ihnen das eigentümliche pädagogische Gepräge gäbe.

Man muß bedauern, daß diese Bestrebungen, frei von abgebrauchten Schlagwörtern, in ein Neuland ursprünglicher pädagogischer, kirchlicher und theologischer Besinnung vorzustößen, auf dem schulpolitischen Feld bisher kaum sichtbare Erfolge gehabt haben. Man muß auch nüchtern feststellen, daß das Privatschulwesen im Raum der evangelischen Kirche im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche und auch im Gegensatz zur Christengemeinschaft bisher über verhältnismäßig kleine Neuansätze und über die Wiederaufnahme früherer Traditionen nicht hinausgekommen ist.

### 3. Inhaltliche Reform des Religionsunterrichts

(Christliche Unterweisung, Christenlehre, evangelische Unterweisung)

Darin waren sich nach 1945 alle kirchlichen und auch die lebendigen religionspädagogischen Kreise einig, daß ein grundsätzlich bloß religionskundlich ausgerichteter Unterricht, der den Kindern mehr oder weniger interessante Kenntnisse verschiedener Religionsformen vermittelt und sie vor keine Entscheidungsfrage stellt, überwunden werden müsse durch eine inhaltliche Reform des Religionsunterrichts, die aus den Quellen der reformatorischen Glaubenserkenntnis schöpft. Die Bestrebungen auf diesem Gebiet haben ihren zusammenfassenden und vorläufig abschließenden Ausdruck gefunden in dem Buch von Helmut Kittel, *Vom Religionsunterricht zur evangelischen Unterweisung*.<sup>1)</sup> Vielfach ist das Programm, das mit der Ersetzung des Begriffs Religionsunterricht durch die Begriffe „Christliche Unterweisung“, „Evangelische Unterweisung“ oder „Christenlehre“ gekennzeichnet ist, falsch verstanden worden. Es geht nicht darum, die wissenschaftliche Arbeit an der Bibel zu diskreditieren oder geschichtliche Wahrheitsfragen zu vernachlässigen. Man versucht auch nicht, eine bestimmte, etwa die sogenannte dialektische Theologie als für den neuen Unterricht maßgeblich zu erklären, sondern das Ziel ist, die Kinder mit der lebendigen Botschaft des Evangeliums im gegenwärtigen Bekenntnis der Kirche vertraut zu machen. So wie jedes Unterrichtsfach einen ganz bestimmten Bezug zu einem Lebensgebiet hat, so soll die christliche Unterweisung den Kontakt mit dem Glaubensleben der Christenheit und der wirk-

---

<sup>1)</sup> Wolfenbüttel 1947. Vgl. dazu Oskar Hammelsbeck, *Kirche, Schule, Lehrerschaft*, Gütersloh 1946; *Der kirchliche Unterricht*, München 1936—1946; *Die kulturpolitische Verantwortung der Kirche*, München 1946; *Evangelische Lehre von der Erziehung*, München 1950.

lichen Gestalt der Kirche herstellen. Der Religionsunterricht war besonders in der Zeit des Dritten Reiches, wenn er überhaupt erteilt wurde, häufig entartet zu einer Beschäftigung mit musealen Gegebenheiten. Das Kind erfuhr, daß es früher irgendwann äußerst merkwürdige, heute selbstverständlich überholte, religiöse Vorstellungen gegeben habe, in der Völker und Menschen jahrhundertlang befangen gewesen seien. Jetzt soll im Religionsunterricht der Schulen ein Teil dessen geschehen, wozu die Kirche durch die Taufe und durch den Missionsbefehl verpflichtet ist. Das Kind soll erfahren, was die Handlung der Taufe und was die Botschaft des Evangeliums für sein Leben, für die Existenz des Volkes und für die ganze Welt heute bedeutet. Es soll durch den Unterricht hineingeführt werden in das kirchliche Leben, so wie es auf seiner Altersstufe davon erfaßt werden kann. In der christlichen Unterweisung ereignet sich ein Stück des kirchlichen Lebens selbst. Es ist darum selbstverständlich, daß für diese Unterweisung nicht der grundsätzlich religiös neutrale Staat, sondern nur die Kirche verantwortlich sein kann. Auch wenn die Schulen sich der Aufgabe solcher christlichen Unterweisung entziehen würden, wäre die Kirche, solange sie Kinder tauft und solange sie dem Missionsbefehl ihres Herrn gehorsam ist, verpflichtet, sich darum zu bemühen.

#### 4. Vocatio und Visitatio

Arbeit und Leben der Kirche werden getragen von Menschen, die innerhalb der Gemeinde einen bestimmten öffentlichen Auftrag erhalten. Alle geordneten Dienste der Kirche werden dadurch ins Werk gesetzt, daß die Gemeinde einzelne Glieder unter Beachtung gewisser Voraussetzungen mit bestimmten Aufgaben betraut. Das ist der Sinn der Forderung nach der Vokation für den evangelischen Religionsunterricht. Sie bringt zum Ausdruck, daß nicht nur die Predigt des Evangeliums, sondern auch der der Predigt vorausgehende, sie begleitende und nachfolgende Unterricht keine Privatangelegenheit, sondern die Betätigung eines Auftrages ist, der der Kirche von ihrem Herrn gegeben und durch sie auf eines ihrer Glieder übertragen ist. Die Beauftragung durch die Kirche mit dem Religionsunterricht bringt zum Ausdruck, daß diese Erziehungsarbeit an den Kindern nicht aus menschlicher Vollmacht geschieht, sondern sich rechtfertigen muß vor dem Herrn der Kirche.

In allen Lebensäußerungen und in der Verschiedenheit ihres gegliederten Dienstes ist die Kirche dennoch eine Einheit. Sie lebt überall und immer aus dem gleichen Geist, von derselben Vollmacht, unter dem gleichen Befehl und unter der gleichen Verheißung. Diese unlösliche Verbundenheit aller kirchlichen Dienste und aller kirchlichen Amtsträger untereinander findet seit Anbeginn der Kirchengeschichte ihren gemäßen Ausdruck in dem Besuchsdienst der kirchlichen Amtsträger untereinander. Die Visitation ist der geordnete Ausdruck brüder-



licher Verbundenheit und innerster Solidarität gegenüber der Welt und im Angesicht des Herrn. In der Visitation ereignet sich die gegenseitige Erinnerung an die der Kirche geschenkte Gabe und an die von ihr erwartete Frucht.

#### 5. Arbeitsgemeinschaft zwischen Pfarrern und Lehrern

Im Jahre 1945 war es den verantwortlichen evangelischen Kirchenführern und auch den überzeugten evangelischen Lehrern klar, daß die vielerorts im Kirchenkampf entstandene enge Lebensgemeinschaft zwischen Pfarrern und Lehrern in der Gemeinde doch im großen und ganzen gesehen die Ausnahme war. Die ursprünglich enge Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit zwischen Pfarrern und Lehrern war geschichtlich belastet durch den Kampf um die sogenannte geistliche Schulaufsicht und dann 1945 und in den folgenden Jahren durch manche peinlichen Vorgänge bei den Entnazifizierungsverfahren. Das Gefühl für den gemeinsamen Auftrag und für die gleiche Würde im Dienst an der Jugend mußte neu geweckt werden. Zwar hatte sich im Krieg ein großer Teil der jüngeren Generation in der Pfarrer- und Lehrerschaft zu einer selbstverständlichen Kameradschaft zusammengeschlossen; aber die ältere Generation strebte in der Mehrheit auseinander und war teilweise von Mißtrauen gegeneinander erfüllt.

Es entstand die von beiden Seiten angesichts der Not der Jugend und der allgemeinen Ratlosigkeit anerkannte Notwendigkeit, Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern einzurichten. Diese Arbeitsgemeinschaften sind zunächst ganz einfach Ausdruck der Tatsache, daß die Gemeinsamkeit der Aufgabe gesehen und anerkannt wird. Darüber hinaus zeigt sich in ihnen der Wille, Belastungen der Vergangenheit zu überwinden und für die Zukunft neue gemeinsame Wege zu suchen. In den Arbeitsgemeinschaften wird die Pfarrerschaft häufig auf die tatsächliche Situation ihrer Gemeinden gestoßen, während die Lehrerschaft hineinwächst in die neue Geschichte der Theologie und der Kirche.

#### 6. Freiheit für das Evangelium gegen den Gewissenszwang

Nur durch die sich immer wiederholenden Begegnungen von Pfarrern und Lehrern kann der verheerende Verdacht widerlegt werden, als suche die evangelische Kirche in der neuesten Zeit einen falschen Gewissenszwang auf Lehrer auszuüben, deren Überzeugung durch den religiösen Liberalismus und den Kulturprotestantismus inhaltlich bestimmt ist. In dem gemeinsamen Ringen um die Wahrheit, in der Erfahrung, daß auf beiden Seiten offenbleibende Fragen und Verlegenheiten bestehen, in dem Zugeständnis, daß bereits bezogene Positionen aufgegeben werden dürfen und können, in dem Teilnehmen an Erfolgen und Mißerfolgen in Probeunterricht und Vorträgen, in den mannigfachen Begegnungen von Mann zu Mann entsteht erst die neue Bereit-



schaft, auf das Evangelium als auf die viva vox Gottes in unserer Zeit zu hören. Und unter diesem Hören auf die Botschaft, die weder von den Pfarrern noch von den Lehrern beherrscht wird, die vielmehr sowohl den Pfarrern als auch den Lehrern zwar jeglichen Hochmut nimmt, aber zugleich Mut und Kraft zu ihrer Bildungsarbeit geben kann, erwächst erst die echte Achtung gegenseitiger, auch entgegengesetzter Überzeugungen. So können sich treuer Gehorsam gegen die biblische Botschaft und radikales Fragen nach der Wahrheit miteinander verbinden. In dieser Weise kann die Kirche erlebt werden als Hort der Freiheit, in der auch der Zweifel ohne Angst und Furcht vor Berufsnachteilen geäußert werden darf.

Mit diesen Arbeitsgemeinschaften steht und fällt die nach 1945 begonnene neue Besinnung über Nachbarschaft in Arbeit und Leben zwischen Pfarrern und Lehrern.

### 7. Die Erziehungsarbeit in den Gemeinden und in den Elternhäusern

In beiden Entschlüssen (Frankfurt und Treysa) wird der Ruf nach der Bildung evangelischer Schulgemeinden laut. Darin liegt der Wille, in den Einzelgemeinden und in den Elternhäusern die biblische Botschaft wieder zur Geltung zu bringen. Man glaubte 1945 nicht an die Kraft einer Organisation, die von oben nach unten geht, sondern man bejahte die Pflicht, von der Grundlage aus, in den Familien und lokalen Gemeinden, aufzubauen. Eine christliche Schule ist entweder das ganz vereinzelte Werk einer Lehrergemeinschaft, die vom Geiste der Mission erfüllt ist, oder aber sie muß getragen sein von dem christlichen Geist in den Elternhäusern und in den Gemeinden, aus denen die Kinder kommen. Lehrer und Schule können gerade in entscheidenden Erziehungs- und Bildungsfragen nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag liefern. Auch wenn das Elternhaus noch so sehr versagt, so erfolgt die entscheidende Prägung des Kindes doch auf seinem Boden. Viele Dinge, die das Kind in der Familie entbehren muß, können ihm eben beim besten Willen nicht von der Schule und auch nicht von der Kirche gegeben werden. Darum haben Kirche und Schule das Anliegen, Gemeinden und Elternhäuser in ihre Arbeit hineinzuziehen. Besonders die religiöse Erziehung schwebt gewöhnlich im leeren Raum und ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn sie bei den Vätern und Müttern und in den öffentlichen Gemeindevertretungen kein Echo findet.

Pfarrer und Lehrer müssen um der Kinder willen in den Familien und in den Gemeinden arbeiten, damit für ihre Saat der Boden bereitet wird und damit es zu einem Zusammenwirken aller an der Bildung und Erziehung der Jugend beteiligten Kräfte kommt.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. Edo Osterloh, Das Elternrecht in theologischer Sicht. Evangelische Welt 1950, S. 295 f. und Christen und Nichtchristen in der Rechtsordnung. Vorträge der 5. Plenartagung der Evangelischen Akademie, 19.—22. 4. 1950 in Bad Boll. Stuttgart 1950, S. 84 ff.

### III. Die Entwicklung in der Sowjetzone

Die Abhängigkeit der deutschen Kulturpolitik von dem Willen und der Haltung der Besatzungsmächte wird besonders deutlich durch die Tatsache, daß in der staatlichen Schulpolitik des Ostens eine prinzipielle Entscheidung getroffen worden ist, die im völligen Gegensatz zu der schulpolitischen Haltung des Westens steht. Dabei wirkt sich der sowjetische Einfluß im Osten innerhalb der Kulturpolitik so aus, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen deutschen Ländern praktisch überhaupt keine Rolle mehr spielen. Für die evangelische Kirche ist die Situation im Osten gegenüber der des Westens erheblich klarer und übersichtlicher.

Die christliche Prägung des öffentlichen Schulwesens wird im gesamten Osten ersetzt durch eine scheinbare, in Wirklichkeit negativ bestimmte religiöse Neutralität. Wir werden später sehen, daß diese „Neutralität“ sich in der Praxis der Schulverwaltung und der Schulgestaltung sehr bald als aktive antichristliche und antikirchliche Bildungsarbeit enthüllt.

#### 1. Die staatliche Schulgesetzgebung und Schulpraxis

Die rechtliche Ordnung des Schulwesens im Osten wird in ihrer grundsätzlichen Bedeutung am klarsten erkannt, wenn man sie konfrontiert mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919 (Weimar). Der erste entscheidende Satz des Artikels 149 dieser Verfassung lautet:

*Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.*

Nach dem Zusammenbruch von 1945 werden, wenn man es mit den Begriffen der Verfassung von Weimar ausdrückt, im gesamten Osten die „bekenntnisfreien“ (weltlichen) Schulen als einzige Schulform zugelassen. Das Vorgehen der Schulverwaltung in der gesamten Zone wird charakterisiert durch einen Erlaß des Präsidenten der Provinz Sachsen vom 10. 10. 45.

*1. Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften.*

*2. Für den Religionsunterricht werden Schulräume nicht zur Verfügung gestellt.*

*3. In den Orten, in denen geeignete Räume nicht vorhanden sind, kann der Bezirkspräsident auf Antrag der Religionsgemeinschaft durch die Hand des Bürgermeisters Schulräume zeitweise zur Verfügung stellen.*

4. Die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht muß freiwillig sein und in einer schriftlichen Erklärung von den Eltern gewünscht werden.

5. Falls die Kirchen Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts heranzuziehen wünschen, kann der Bezirkspräsident eine entsprechende Genehmigung dieser Nebenbeschäftigung im Rahmen der Bestimmungen über Nebenbeschäftigung erteilen. Eine Anrechnung dieser Religionsunterrichtsstunden auf die Pflichtstundenzahl des Lehrers findet nicht statt.

Dieser Erlaß ist symptomatisch für die Grundhaltung der Schulverwaltung. In Einzelfragen herrschen freilich in den verschiedenen Ländern und Provinzen des Ostens Unterschiede. So gibt es von vornherein weite Gebiete, in denen die Schulräume doch zur Verfügung gestellt werden. Verschieden ist auch die Handhabung der Genehmigung, daß Lehrer, die im staatlichen Dienst stehen, den Religionsunterricht im Auftrag der Kirche erteilen. Lehrer, die solche Anträge stellen, merken bald, daß sie bevorzugt zu zusätzlichen Leistungen für die Staatsschulen herangezogen werden, daß sie mit Versetzungen rechnen müssen und daß sie für Beförderungen praktisch ausscheiden. Ihre Zahl geht rasch zurück.

Die Schule wird rechtlich und tatsächlich ein Instrument der politischen Umschulung der Bevölkerung. Die Sowjetische Militärverwaltung drängt auf entsprechende Beeinflussung der Lehrerschaft. Eine umfassende Schulungsarbeit merzt rücksichtslos große Teile der älteren Lehrerschaft aus, die sich nicht rasch und vollständig genug umzustellen vermögen. Es wird mit allen möglichen Mitteln ein neuer Lehrerstand herangezogen, der die Gewähr dafür zu bieten scheint, daß die Kinder in den Schulen nach dem Bild des sowjetisch verstandenen Menschen geprägt werden. Ein Bericht der Zeitung „Neue Zeit“ vom 6. 3. 47 beleuchtet die Energie, mit der der eigentliche Sinn der staatlichen Schulgesetzgebung durch Beeinflussung der staatlichen Lehrkräfte verwirklicht werden soll.

### *88 Lehrkurse mit 9000 Teilnehmern*

*Vorbereitung demokratischen Lehr-Stammpersonals in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*

Berlin, 5. März (SNB). In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde eine umfangreiche Arbeit zur Ausbildung von Lehr-Stammpersonal aus demokratischen Schichten der deutschen Bevölkerung geleistet. Im Schuljahr 1945/46 erhielten mehr als 10 000 Lehrer in kurzfristigen Kursen, im Sommer 1946 mehr als 25 000, Ausbildung. Das neue Lehr-Stammpersonal ist in der Mehrheit in deutschen Grundschulen beschäftigt.

Die Aufgaben weiterer durchgreifender Demokratisierung der deutschen Schule erfordern zusätzliche Vorbereitung von Lehrern für Mittel- und

berufstechnische Schulen auf verschiedenen Fachgebieten. Von dieser Notwendigkeit ausgehend hat der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung einen Befehl über Maßnahmen zur Ausbildung von Lehrern für Grund-, Mittel- und berufstechnische Schulen und Umschulung von Lehrern und Schulräten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erlassen.

Gemäß diesem Befehl werden im Laufe des Jahres 1947 im gesamten Gebiet der Sowjetischen Zone Deutschlands 88 Lehrerkurse eröffnet, die mehr als 9000 Kursusteilnehmer umfassen werden. Die meisten der abzuhaltenden Kurse dienen der Ausbildung von Lehrern für Geschichte, für die russische Sprache, für Mathematik, Physik, Biologie, für die deutsche Sprache, für Handarbeit, Zeichnen, Musik und Gesang. Außer der Vorbereitung von Fachlehrern werden Kurse zur Ausbildung von Grundschullehrern, Lehrern für landwirtschaftliche Berufsschulen und Umschulungskurse für Schulräte und zur Steigerung der Qualifikation der Lehrer abgehalten.

Die Teilnehmer dieser Lehrerkurse werden nur den demokratischen Schichten der Bevölkerung entnommen.

Die Lehrerkursusteilnehmer und die Teilnehmer an Umschulungskursen für Lehrer und Schulräte erhalten für die gesamte Periode des Lehrgangs Lebensmittel und andere Versorgung laut Arbeiterkarte. Leitendes und unterrichtendes Personal der Kurse wird nach dem Verpflegungssatz für Schwerstarbeiter versorgt. 50 Prozent der Kursusteilnehmer sollen ein monatliches Stipendium von 150.— Mark empfangen.

Die Ausbildung neuer demokratischer Stamm-Lehrkräfte ist als wichtige Maßnahme zur Fortsetzung der Demokratisierung der deutschen Schule anzusehen. Darum verdient jeder Kursus gebührende Beachtung und die erforderliche Fürsorge sowohl von seiten der Regierungen in Provinzen und Ländern als auch von seiten der örtlichen Selbstverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Anfang 1947 gaben sich die einzelnen Länder der Sowjetischen Besatzungszone Verfassungen, die in ihren wesentlichen Bestimmungen völlig miteinander übereinstimmen. Die für unseren Zusammenhang entscheidenden Formulierungen der hier als Beispiel gewählten Verfassung des Landes Sachsen vom 28. 2. 47 stehen in den Artikeln 88 und 93.

Art. 88 (1): Die Schule soll die Jugendlichen zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen.

(2): Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und echter Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen.

Art. 93: Die religiöse Unterweisung ist Angelegenheit der Religionsgesellschaften. Diese Unterweisung ist nur von Personen zu erteilen, die



*dazu bereit sind und die von den Religionsgesellschaften damit beauftragt sind. Die Religionsgesellschaften können dafür Schulräume in Anspruch nehmen, soweit dadurch der Klassenunterricht nicht beeinträchtigt wird.*

Einzelne Länder geben nicht die Zusage, daß Schulräume zur Verfügung gestellt werden, sondern nur, daß der Religionsunterricht die für seine Erteilung erforderlichen Räume beanspruchen könne. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.49 beschreibt in ihrem Artikel 37 das Schulziel genau so, wie die Verfassung der einzelnen Länder in der Zone. Im Artikel 40 dieser Verfassung heißt es:

*(1): Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. Die Ausübung des Rechtes wird gewährleistet.*

Die Wirklichkeit der staatlichen Schulpraxis spiegelt sich eindrucksvoll wider in einigen Sätzen eines Briefes, den D. Dr. Dibelius als Bischof von Berlin zum Pfingstfest 1949 an die Gemeinden in Berlin-Brandenburg gerichtet hat:

*Dem Religionsunterricht in den Schulen werden dauernd Schwierigkeiten bereitet, von Schulräten und von anderen, so daß allen Zusicherungen zum Trotz an vielen Orten die Kinder, die die Kirche getauft hat, ohne jeglichen christlichen Unterricht heranwachsen, gleichzeitig aber im Schulunterricht dauernd im antichristlichen Sinn beeinflusst werden.*

(Ev. Welt, Bethel b. Bielefeld 1949, S. 338)

Das Schulfach, das innerhalb der staatlichen Schulerziehung den christlichen Religionsunterricht ersetzen und die katechetische Arbeit der Kirche unwirksam machen soll, heißt im Osten „Gegenwartskunde“. Wir bringen die Hauptthemen für die Gegenwartskunde der Schule im Osten im III. Schuljahrs-Drittel 1950/51, um dokumentarisch zu belegen, wie stark die öffentlichen Schulen im Osten im Dienst einer einseitigen politischen Propaganda stehen.

*1. Wie das ganze deutsche Volk im Kampf gegen die Remilitarisierung und für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes den Frieden erzwingen wird.*

*2. Der Fünfjahresplan. Die Landwirtschaft im Kampf um den friedlichen Aufbau aus eigener Kraft.*

*3. Ernst Thälmann, unser Vorbild im Kampf um den Frieden.*

*4. Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Der Weltbund der demokratischen Jugend im Kampf um den Frieden.*

*5. Der 1. Mai — Weltkampftag der Werktätigen für Frieden und nationale Befreiung.*

*6. Die Bedeutung des Sieges der Roten Armee über den Faschismus für den Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands.*

7. *Der Fünfjahresplan. Die Bedeutung der Aktivistenpläne im Fünfjahresplan (mit jedem Gramm, mit jedem Pfennig, jeder Sekunde).*

8. *Die Bedeutung der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft im Kampf um Einheit und Frieden.*

9. *Die Lage der Kinder in der Welt (in den kapitalistischen Staaten und demokratischen Staaten).*

10. *Der Fünfjahresplan. Die Kulturaufgaben und ihre Bedeutung im Kampf um Frieden, Einheit und Aufbau.*

11. *Von der Arbeit und Bedeutung unseres Friedenskomitees.*

12. *Der große Vaterländische Krieg der Sowjetunion, das Beispiel eines gerechten Krieges.*

13. *Der Fünfjahresplan. Die Rolle und Bedeutung der Wissenschaften im Fünfjahresplan.*

14. *Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Ein Fest des Friedens und der Völkerfreundschaft.*

## 2. Die katechetische Arbeit der Kirche

Angesichts dieser staatlichen Schulgesetzgebung und Schulpraxis stand die Kirche seit 1945 vor der Aufgabe, ein ihr in dieser Form völlig neues Arbeitsgebiet von Grund aus aufzubauen. Sie mußte den bis 1933 und teilweise doch auch bis 1945 von staatlichen Schul-Lehrkräften erteilten evangelischen Religionsunterricht mit eigenen Kräften und eigenen Mitteln durchführen. Es mußten Menschen für diese katechetische Arbeit gewonnen und ausgebildet werden. Es mußten auch finanzielle Mittel aufgebracht werden, um diese Arbeit bezahlen zu können. Die Zahl der im staatlichen Dienst stehenden Lehrer, die sich freiwillig für eine Beauftragung durch die Kirche zur Verfügung stellten, war von Anfang an verschwindend klein gegenüber der erforderlichen Anzahl von Katecheten. Sie hat im Laufe der Jahre immer mehr abgenommen und spielt für die eigentliche Zone heute schon keine Rolle mehr. Nur in Berlin und besonders in West-Berlin tun diese staatlichen Lehrer auch heute noch, in manchen Fällen unter großen persönlichen Opfern, einen wesentlichen Teil der kirchlichen Erziehungsarbeit an der Jugend.

Seit 1945 mußten zunächst in Kurzlehrgängen und dann bald in länger dauernden Ausbildungskursen und schließlich in regelrechten mehrjährigen Lehrgängen Katecheten und Katechetinnen für diesen Dienst ausgebildet werden. Gegenwärtig gibt es in der Ostzone 40 Ausbildungsstätten für Katecheten und Katechetinnen. Es arbeiten im gesamten Osten augenblicklich 12 000 katechetische Kräfte. Sie erreichen 70% der getauften schulpflichtigen Kinder. Die Hälfte dieser Kinder erhält aber nur 1 Wochenstunde Christenlehre. 60% der Unterrichtsstunden werden noch in Schulräumen erteilt.

Die Arbeit hat mit mannigfaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht überall hat die Ausbildung der katechetischen Kräfte ihr Ziel voll erreichen können. Einem vorbildlichen missionarischen Einsatzwillen fehlt gelegentlich die ausreichende pädagogische und katechetische Fachausbildung. Die Katecheten und Katechetinnen müssen sich mit einer kaum ausreichenden Entlohnung begnügen. Die ihnen zugewilligten Unterrichtsstunden liegen in der Regel im Tageslauf des Kindes außerordentlich ungünstig. Die Kinder sind häufig ermüdet und abgespannt. Die Arbeit als solche wird von den einseitig politisch orientierten Kreisen beargwöhnt. Die Tatsache, daß der Unterricht auf reiner Freiwilligkeit der teilnehmenden Kinder und ihrer Eltern beruht, führt dazu, daß die Aufrechterhaltung eines geregelten Unterrichts erschwert ist.

In der Mehrzahl machen die Lehrkräfte im Religionsunterricht die Erfahrung, daß die Schule als Ganzes ihnen diametral entgegen arbeitet.

Trotz aller Unzulänglichkeiten und lähmenden Schwierigkeiten muß gesagt werden, daß der Kirche im Osten durch den katechetischen Dienst eine große Bereicherung in der Aufgliederung ihres Amtes geschenkt worden ist. Der mit dem Tauf- und Missionsbefehl gegebene Auftrag zur katechetischen Arbeit wird hier eben nicht nur grundsätzlich von der Kirche bejaht, sondern auch praktisch ausgeübt. Es entsteht eine neue unmittelbare Berührung zwischen den Elternhäusern und der alltäglichen kirchlichen Arbeit. Die Dienste der Kirche sind gezwungen, volksnah zu bleiben und sich um die konkreten Nöte in den Häusern und Familien zu kümmern. Katecheten und Pfarrer sind auf Gedeih und Verderb in ihrer gesamten Arbeit miteinander verbunden.

Die Kirche wird zu einer nüchternen Beurteilung ihrer Verwurzelung im Volk gezwungen. Sie sieht in ihrer praktischen Arbeit, daß alle ihre Lebenserscheinungen eine untrennbare Einheit bilden. Die Kindertaufe verlangt die kirchliche Bemühung um die Elternhäuser, daß in ihnen gebetet und biblische Geschichte erzählt werden kann. Die Vorbereitung auf die Konfirmation und das Heilige Abendmahl gebietet den geordneten katechetischen Dienst, in dem die Jugend die Lebensformen der Kirche verstehen lernt und sich in lebendiger Entwicklung Lehre und Bekenntnis des christlichen Glaubens aneignet. Die konfirmierte Jugend muß in der Jungen Gemeinde gesammelt und zusammengehalten werden, damit sie in den auf sie wartenden Auseinandersetzungen mit Gleichaltrigen die Bewährungsprobe besteht. Die Teilnahme am gottesdienstlichen Leben, an der Liebesarbeit der Kirche und an der Wahrnehmung ihres Wächteramtes über Wahrheit, Freiheit und Gottesfurcht verlangt im Urteil mündige Christen. Die aber müssen heranwachsen unter der Verantwortung von Elternhaus und Gemeinde.

Die Kirche erfährt als ein lebendiger Organismus, daß sie auch ohne staatliche Unterstützung und im Notfall gegen den Willen der staat-

lichen Mächte aus den Lebenskräften, die ihr in Wort und Sakrament gegeben worden sind, in dieser Zeit zu existieren vermag.

### 3. Die Sonderstellung Berlins

Die Stadt Berlin nimmt in vielfacher Beziehung eine Sonderstellung ein. Sie ist die Stadt des Viermächte-Kontrollrats und hat in wesentlichen Dingen diesen Charakter auch behalten, obwohl diese alliierte Instanz wegen der Spannungen zwischen Ost und West kaum noch praktische Funktionen ausübt. Es besteht heute nicht nur ein in die Augen fallender Unterschied zwischen West-Berlin und dem Ost-Sektor von Berlin, sondern genau so zwischen dem Ost-Sektor Berlins und der eigentlichen Zone. Sowohl für die Westmächte als auch für den Osten ist der jeweils von ihnen beeinflusste Teil von Berlin eine Art Aushängeschild.

Die Möglichkeiten der kirchlichen Arbeit sind in dieser Situation in Berlin größer als in der Ostzone.

In ganz Berlin wird der Religionsunterricht in den Schulräumen und während der Schulzeit erteilt. Dadurch kommt in Berlin die Erziehungskammer der Kirche zu einem ständigen Kontakt mit den Schulbehörden. Gegen Schwierigkeiten, die im Religionsunterricht durch Schulräte oder Schulleiter entstehen, kann unverzüglich Einspruch erhoben werden. Die Hauptschulämter zeigen in den meisten Fällen für die kirchlichen Anliegen ein größeres Entgegenkommen als manche untergeordneten Stellen. Das Hauptschulamt Ost ist in den Fällen, in denen kirchenfeindliche Äußerungen von Lehrern vorlagen oder berechnete Forderungen auf Widerstände stießen (z. B. der Reformationsschulgottesdienst) in korrekter Weise für die Kirche eingetreten. Das ändert freilich doch nichts an der Tatsache, daß sich die Schulen in Ostberlin im Widerspruch zur Berliner Schulgesetzgebung mehr und mehr zu einer Weltanschauungsschule des dialektischen Materialismus entwickeln. Es ist bisher auch nicht gelungen, die Zustimmung des Hauptschulamtes Ost für die Erteilung des Religionsunterrichts an den Berufsschulen und an den 9. Klassen während des sogenannten „Berufsfindungsjahres“ zu erhalten. Dagegen ist den Religionslehrern gestattet worden, während der allwöchentlichen Schulung sämtlicher Schulangestellten an jedem Mittwoch früh ihre Religionsstunde zu geben. Nach längeren Verhandlungen wurde auch von einem ausdrücklichen Verbot abgesehen, daß schuleigene Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichts in der eigenen Klasse übernehmen. Allerdings behält sich das Hauptschulamt vor, zu überprüfen, ob diese Lehrer auch die Gewähr dafür bieten, daß ihre Bereitschaft, den Religionsunterricht in ihrer eigenen Klasse zu geben, nicht zu Konflikten unter den Schülern führt.

Im katechetischen Dienst in Berlin stehen gegenwärtig 762 hauptberufliche Katecheten. Davon sind 254 in Ostberlin und 508 in Westberlin tätig. Ferner geben noch 399 schuleigene Lehrer Religionsstunden



(je 2 bis 4 Wochenstunden), 59 in Ostberlin und 340 in Westberlin. Außerdem sind am katechetischen Dienst auch noch Pfarrer, Diakone, Organisten und andere kirchliche Kräfte mit einigen Wochenstunden beteiligt, zusammen 299 (davon 128 in Ostberlin und 171 in Westberlin).

Insgesamt werden monatlich in Ostberlin 23 000 Stunden und in Westberlin 45 000 Stunden Christenlehre erteilt. Davon entfallen auf die Katecheten insgesamt 57 000 Stunden, auf alle anderen Lehrkräfte insgesamt 10 200 Stunden.

Es sind 5 Schulen in Ostberlin und 7 Schulen in Westberlin noch ganz ohne Religionsunterricht. Außerdem sind in Ostberlin rund 150 einzelne Klassen in verschiedenen Schulen und in Westberlin etwa 50 Klassen ohne Religionsunterricht.

In 25% aller Klassen wird nur eine Wochenstunde Religionsunterricht erteilt.

Die Gründe dafür, daß ganze Schulen und Klassen noch keine christliche Unterweisung haben, sind in Ost- und Westberlin verschieden. In Ostberlin besteht ein Mangel an Lehrkräften, in Westberlin sind dagegen Anwärter ausreichend vorhanden; es fehlt hier aber an Geld, um neue Kräfte einzustellen.

In West- und Ostberlin sind insgesamt 350 000 schulpflichtige Kinder, davon sind 287 000 evangelisch, von diesen sind erreicht 251 000. Hinzu kommen noch 60 000 Schulpflichtige in den Oberschulen, von diesen sind 80% evangelisch, von ihnen werden 50% durch die Christenlehre erreicht.

Als geradezu vorbildlich muß eine besondere Seite der kirchlichen Schularbeit in Westberlin bezeichnet werden, die zur Gründung von evangelischen Schulen und Schülerheimen geführt hat. Auf Grund der kultur- und schulpolitischen Lage in Berlin faßte die Kirchenleitung den Beschluß, 5 evangelische Grundschulen und 1 evangelisches Gymnasium als „Beispielschulen“ zu gründen. Rechtsträger ist die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg. Als Schulverwaltung wurde der Kirchlichen Erziehungskammer für Berlin eine neue Abteilung „Schulkanzlei“ angegliedert, der alle 6 evangelischen Privatschulen unterstehen.

Die 5 Grundschulen umfassen jetzt das erste bis dritte Schuljahr mit 22 Klassen, 19 Lehrkräften und 760 Schülern.

Untergebracht sind die Schulen in Charlottenburg, Neukölln und Steglitz in Gemeindehäusern, die Schule in Spandau im Johannesstift, die Schule in Frohnau in gemieteten Räumen einer Villa. Die Raumfrage wird mit dem Wachsen der Schulen immer schwieriger und ist am brennendsten in Spandau-Johannesstift und Charlottenburg.

Das Evangelische Gymnasium ist am 10. Oktober 1949 eröffnet worden und befindet sich ebenfalls im Aufbau. Es besteht z. Z. aus 7 Klassen (2 Sexten, 2 Quinten, 2 Quarten und 1 Untertertia) mit insgesamt 231 Schülern und 9 Lehrkräften.

Gegenwärtig kämpft die kirchliche Schularbeit in Berlin um die staatliche Anerkennung folgender Einsichten und Ziele:

Auf Grund des Berliner Schulgesetzes wird der Religionsunterricht in der Schule und während der Schulzeit gegeben, doch getrennt vom Gesamtunterricht und vom Leben in der Schule. Diese Randstellung des Religionsunterrichts macht es ihm unmöglich, sich für die Erziehung in der Schule fruchtbar auszuwirken. Darum hat die Erziehungskammer in Verhandlungen mit dem Hauptschulamt den Religionsunterricht stärker in die Schule einzubauen versucht. Das ist der Sinn des Antrages, den die Erziehungskammer auf Grund einer Beschlußfassung im Erziehungsausschuß der Provinzialsynode vom 14. 9. 1949 und im Kuratorium der Erziehungskammer am 24. 11. 1949 an das Hauptschulamt West gestellt hat. (Die katholische Kirche reichte einen fast gleichlautenden Antrag gemeinsam mit der evangelischen Kirche ein): Der Religionsunterricht wird ausschließlich im Auftrage der Kirche gegeben, aber als ein allen Unterrichtsfächern gleichgestelltes schulplanmäßiges Lehrfach behandelt. Er erscheint in der Stundentafel der Klassen und darf auch in den Zwischenstunden gegeben werden, wenn keine schultechnischen Schwierigkeiten dem entgegenstehen. Die Katecheten sollen zu den Beratungen des Lehrerkollegiums hinzugezogen werden. Den schuleigenen Lehrern werden die von ihnen erteilten Religionsstunden auf die Zahl ihrer Pflichtstunden angerechnet. Es muß die Möglichkeit bestehen, in der Schule dort, wo es gewünscht wird, christliche Schulandachten und Schulfeiern abzuhalten. Bei der Anmeldung zum Religionsunterricht muß den Katecheten die Einsichtnahme in die Schulkartei gestattet sein. Die für die Genehmigung von Privatschulen bestehenden Beschränkungen müssen fallen. In dem im Berliner Schulgesetz vorgesehenen Erziehungsbeirat muß die Kirche als solche vertreten sein. An der Pädagogischen Hochschule wird eine Dozentur für Religionspädagogik eingerichtet.

#### 4. Gegenwärtige Probleme der kirchlichen Erziehungsarbeit im Osten

Die Hauptschwierigkeiten der kirchlichen Erziehungsarbeit im Osten liegen in folgenden Aufgaben:

a) Mehr noch als bisher müssen die kirchlichen Gemeinden ihre Aufgabe darin sehen, die Elternhäuser fähig zu machen, einen wesentlichen Teil der Mitverantwortung für die religiöse Erziehung der Kinder selbst wahrzunehmen. Die Mütter und Väter müssen willig gemacht werden, ihre Kinder in eine lebendige christlich geprägte Sitte hineinwachsen zu lassen und müssen die nötigen Handreichungen dazu erhalten. Die Aufgabe, die einmal der Kleine Katechismus von Martin Luther für das deutsche Haus gelöst hat, muß neu aufgegriffen werden.

b) Pfarrer, Katecheten, Gemeindehelferinnen, Diakone und alle Träger des kirchlichen Dienstes müssen eine unzerreißbare innere und

äußere Gemeinschaft bilden. Gerade in Zeiten der Bedrohung und des Kampfes um die nackte Existenz sollten sie immer wieder in der Gemeinschaft im Gebet, unter der Verkündigung und in der Sakramentsfeier ihre Zuflucht und ihre Kraftquelle finden.

c) Die Gesamtkirche muß mit allen ihren Gemeinden die katechetische Arbeit als eine Lebenserscheinung der Glaubensgemeinschaft verstehen und tragen, auf die unter gar keinen Umständen verzichtet werden kann. Die Verantwortung für die Zukunft und die Liebe zu den Kindern muß hier auch die schwersten Opfer ermöglichen.

d) Die Ausbildung der Katecheten darf sich nicht in ein geistiges Ghetto abdrängen lassen. Der Katechet muß auch während seines Dienstes in den Dörfern und Städten mit Literatur versorgt werden und immer wieder zu Tagungen und Rüstzeiten geholt werden, damit er sich der Tatsache bewußt bleibt, daß das Evangelium von Jesus Christus eine Kraft Gottes ist, ohne die der Mensch und seine Welt zugrunde gehen. Die Beziehung des christlichen Glaubens zu allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens, auch zur wissenschaftlichen Forschung und zur weltanschaulichen Auseinandersetzung sollte den Trägern des katechetischen Dienstes so bewußt sein, daß sie in den intellektuellen Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden und Andersgläubigen ihren Mann stehen können und Wankelmütigen eine Hilfe bedeuten. Kein Katechet darf sich durch die ihm von außen aufgezwungene Begrenzung auf eine sogenannte religiöse Domäne zurückziehen, sondern muß sich verpflichtet wissen, die Wahrheit der Offenbarung Gottes in Christus überall, auf jedem Lebensgebiet und gegen jedes Argument zu bezeugen.

#### *IV. Die Entwicklung in West-Deutschland*

##### **1. Die Schulbestimmungen des Bonner Grundgesetzes, ihre Voraussetzungen und ihre Auswirkungen**

Die westlichen Besatzungsmächte haben im allgemeinen die Kräfte unterstützt, die in Deutschland für eine christliche Prägung der Kultur und besonders des Schulwesens eintraten. Allerdings hatten die Amerikaner auch Tendenzen, die in Amerika durchgeführte Trennung von Staat und Kirche auch auf dem Gebiet des deutschen Erziehungswesens zur Geltung zu bringen. Vor allen Dingen aber sind von den Besatzungsmächten Versuche unternommen worden, die Schulformen ihrer Länder und die in ihnen geübten pädagogischen Praktiken als Maßstäbe für den pädagogischen Neuaufbau in Westdeutschland wirksam zu machen. Schwere innere Auseinandersetzungen sind dann schließlich zu einem gewissen Abschluß gekommen durch die Bestimmungen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949, von denen uns besonders die folgenden Artikel interessieren:

## Artikel 6

*(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*

## Artikel 7

*(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.*

*(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.*

*(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.*

*(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.*

*(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.*

## Artikel 141

*Artikel 7 Absatz 3 Seite 1 findet keine Anwendung in einem Land, in dem am 1. 1. 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.*

Die Beratungen gerade über diese Materie haben dem Parlamentarischen Rat die größten Schwierigkeiten bereitet. Wiederholt drohte die Bildung der erforderlichen Mehrheit an den hier aufbrechenden Gegensätzen zu scheitern. Es ist bezeichnend, daß die Beratung der Schulfrage zu den Verhandlungen im Parlamentarischen Rat gehört, auf die man auch von außen wiederholt starken Einfluß auszuüben versuchte. Gewerkschaften, Lehrervereinigungen und auch kirchliche Kreise wandten sich mit Eingaben an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates und erwirkten sogar die Möglichkeit, ihre Anliegen und Bedenken persönlich vortragen zu können. Der Streit wurde im wesentlichen um folgende Probleme geführt:



a) Sollte praktisch das staatliche Schulmonopol aufrechterhalten bleiben oder sollten neben dem Staat auch andere Gemeinschaftsbildungen das Recht und die tatsächliche Möglichkeit bekommen, öffentliche Schulen einzurichten, auf denen der Schulpflicht genügt werden kann? Sollten die Privatschulen gefördert oder gehemmt werden?

b) Eng damit verbunden war die Frage, welchen Einfluß die Eltern auf die Gestaltung des Schulwesens ausüben sollten. In den Auseinandersetzungen darüber wurden Begriffe wie „großes“ und „kleines“ Elternrecht<sup>1)</sup> geprägt.

c) Sollte ein Erziehungsziel umschrieben werden, und welchen Inhalt sollte es haben?<sup>2)</sup> Konnte man einen bestimmten Schultyp bevorzugen und welchen? Wie sollte die schon in der Verfassung von Weimar geforderte Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften gesichert werden? Mußte den Religionsgemeinschaften nicht das Recht der Aufsicht zugesprochen werden? Sollte die Bestimmung des Grundrechtes nicht der Forderung der Kirche nach Vokation und Visitation Rechnung tragen?

d) Die Bremer Klausel, der Artikel 141, zeigt, daß auch der lapidare Satz Art. 7 (3) „Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen, ordentliches Lehrfach“, nicht unbestritten gewesen ist. In Bremen gab es zwar am 1. 1. 1949 auch Religionsunterricht an öffentlichen Schulen; die Verfassung des Landes Bremen enthielt aber keine Bestimmung über die Notwendigkeit, daß dieser Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden müsse. Vielmehr unternahm diese Verfassung es, den Inhalt des Religionsunterrichts mit eigenen Worten zu umschreiben:

*Die allgemein bildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in biblischer Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage (Art. 32 der bremischen Verfassung von 1947).*

Nicht lange nach der Beschlußfassung über das Grundgesetz für die Bundesrepublik fanden in Hamburg scharfe Auseinandersetzungen über die dortige Schulgesetzgebung statt. Gewisse politische Kreise verfolgten zunächst die Absicht, den Artikel 141 auch auf Hamburg anzuwenden. Schließlich wurde dann aber der Artikel 7 des Grundgesetzes Abs. 3, Satz 2 in die Hamburger Schulgesetzgebung übernommen. Dieser Vorgang beweist, welche tatsächliche Bedeutung den Bestimmungen des Grundgesetzes vom 23. 3. 1949 zukommt. In den letzten Jahren hat sich außerdem die Erkenntnis durchgesetzt, daß in

---

<sup>1)</sup> Zur Diskussion über das Elternrecht vgl. Forsthoff und Osterloh in „Christen und Nichtchristen“ in der Rechtsordnung, S. 63 ff. Stuttgart 1950.

<sup>2)</sup> Vgl.: Die katholische Kirche und ihr Schul- und Erziehungsideal, Köln 1949 „Das Elternrecht juristisch und theologisch beleuchtet“.

allen deutschen Ländern ebenfalls mit Ausnahme von Bremen auch die Berufsschulen zu den öffentlichen Schulen gehören, an denen unter den Voraussetzungen von Art. 7 Abs. 3 Religion ordentliches Lehrfach ist. Das Grundgesetz hat den Wiederaufbau des Religionsunterrichts an den Berufsschulen in vielen Ländern erleichtert.

Die Bestimmung, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird, kommt für die Kirche erst zur Geltung, wenn entweder durch die Verfassung der einzelnen Länder oder durch deren Schulgesetzgebung geklärt ist, in welcher Weise diese Übereinstimmung hergestellt und überprüft wird. Immerhin wirkt sich das Grundgesetz für die rechtliche Situation in den einzelnen Ländern als allgemeine Richtlinie aus, die, loyal gehandhabt, den Kirchen eine Mitarbeit wenigstens auf dem Gebiet des Religionsunterrichts an den Schulen sichert.

## 2. Die Kämpfe um die Schulartikel in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen als Symptom für die kulturpolitische Situation im Westen

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedete Anfang 1950 die Verfassung des Landes, deren 3. Abschnitt unter der Überschrift „Schule, Kunst und Wissenschaft, Religion und Religionsgemeinschaften“ in den Artikeln 7—17 die für uns bedeutsamen Bestimmungen enthält:

### Artikel 7

1. Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.

2. Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.

### Artikel 8

1. Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung. Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. Die staatliche Gemeinschaft hat Sorge zu tragen, daß das Schulwesen den kulturellen und sozialen Bedürfnissen des Landes entspricht.

4. Für die Privatschulen gelten die Bestimmungen des Artikels 7 Abs. 4 und 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 zugleich als Bestandteil dieser Verfassung. Die hiernach genehmigten Privatschulen haben die gleichen Berechtigungen wie die entsprechenden öffentlichen Schulen. Sie haben Anspruch auf die zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erfüllung ihrer Pflichten erforderlichen öffentlichen Zuschüsse.

## Artikel 9

1. Der Unterricht in den Volks- und Berufsschulen ist unentgeltlich.
2. Einführung und Durchführung der Schulgeldfreiheit für die weiterführenden Schulen sowie der Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle Schulen sind gesetzlich zu regeln. Zum Zwecke des Studiums sind im Bedarfsfalle besondere Unterhaltsbeihilfen zu gewähren. Soweit der Staat für die öffentlichen Schulen Schulgeldfreiheit gewährt, sind auch die in Artikel 8 Abs. 4 genannten Privatschulen berechtigt, zu Lasten des Staates auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten; soweit er Lehr- und Lernmittelfreiheit gewährt, sind Lehr- und Lernmittel in gleicher Weise für diese Privatschulen zur Verfügung zu stellen wie für die öffentlichen Schulen.

## Artikel 12

1. Die Volksschulen sind Bekenntnisschulen, Gemeinschaftsschulen oder Weltanschauungsschulen.

2. In Bekenntnisschulen werden Kinder des katholischen oder Kinder des evangelischen Glaubens im Geiste ihres Bekenntnisses erzogen und unterrichtet.

In Gemeinschaftsschulen werden Kinder verschiedener Religionszugehörigkeit auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte erzogen und unterrichtet.

In Weltanschauungsschulen, zu denen auch die bekenntnisfreien Schulen gehören, werden die Kinder im Geiste der betreffenden Weltanschauung erzogen und unterrichtet.

3. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten zu. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten sind, soweit ein geordneter Schulbetrieb gewährleistet ist, in einem durch Gesetz festzulegenden Verfahren Schulen nach Absatz 2 einzurichten. Auch die wenig gegliederte und ungeteilte Schule gilt grundsätzlich als geordneter Schulbetrieb.

4. Die Lehrer müssen die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen erfüllen, die sich aus dem Charakter der einzelnen Schulart ergeben.

## Artikel 13

Wegen des religiösen Bekenntnisses darf im Einzelfall keinem Kinde die Aufnahme in eine öffentliche Schule verweigert werden, falls keine entsprechende Schule vorhanden ist.

## Artikel 14

1. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in allen Schulen mit Ausnahme der Weltanschauungsschulen (bekenntnisfreien Schulen). Für die religiöse Unterweisung bedarf der Lehrer der Bevollmächtigung durch die Kirche oder durch die Religionsgemeinschaft. Kein Lehrer darf gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen.

2. Lehrpläne und Lehrbücher für den Religionsunterricht sind im Einvernehmen mit der Kirche oder Religionsgemeinschaft zu bestimmen.

3. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts haben die Kirchen oder die Religionsgemeinschaften das Recht, nach einem mit der Unterrichtsverwaltung vereinbarten Verfahren sich durch Einsichtnahme zu vergewissern, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit ihren Lehren und Anforderungen erteilt wird.

4. Die Befreiung vom Religionsunterricht ist abhängig von einer schriftlichen Willenserklärung der Erziehungsberechtigten oder des religionsmündigen Schülers.

#### Artikel 15

1. Die berufliche Ausbildung der Lehrenden aller Schulen ist hochschulmäßig zu gestalten.

2. Die Ausbildung hat dem Charakter, der Eigenart und den Bedürfnissen der verschiedenen Schularten und Schulformen zu entsprechen.

Die Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen erfolgt in der Regel auf bekenntnismäßiger Grundlage.

#### Artikel 16

2. Zur Ausbildung ihrer Geistlichen haben die Kirchen und zur Ausbildung ihrer Religionslehrer die Religionsgemeinschaften das Recht, eigene Anstalten mit Hochschulcharakter zu errichten und zu unterhalten.

#### Artikel 17

Die Erwachsenenbildung ist zu fördern. Als Träger von Einrichtungen der Erwachsenenbildung werden neben Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden auch andere Träger, wie die Kirchen und freien Vereinigungen, anerkannt.

Diese Verfassung ist in einer bemerkenswerten Volksabstimmung am 18. 6. 1950 bestätigt worden. Sie fand im gleichen Wahlgang mit den Wahlen für den Landtag statt und gibt ein ungewöhnlich aufschlußreiches Bild von der kultur-politischen Situation in Nordrhein-Westfalen.

Bei den Landtagswahlen am 18. 6. 1950 erhielten die führenden Parteien folgende Stimmenzahlen:

CDU	2 286 644
SPD	2 500 312
FDP	748 926
Zentrum	466 497
KPD	338 862

Von diesen Parteien haben nur die CDU und das Zentrum ihre Wähler aufgefordert, für die Verfassung zu stimmen. Die SPD, FDP und die KPD hatten ihre Wähler dagegen aufgerufen. Die römisch-katholische Kirche und die evangelischen Kirchenleitungen vom Rheinland und in Westfalen forderten ihre Glieder in gelegentlich heftig



umstrittenen Kanzelerklärungen auf, ihre Stimmen wegen der Schulartikel für die Verfassung abzugeben.

Das Ergebnis der Volksabstimmung über die Verfassung war eine Bejahung der Verfassung durch 3 625 054, eine Verneinung durch 2 448 674 Stimmen. Mehr als dreiviertel Millionen Wähler der Parteien, die die Verfassung ablehnten, haben trotz der gegenteiligen Anweisungen der Parteileitungen für die Verfassung gestimmt. Dieser Vorgang hat bewiesen, daß große Teile der Bevölkerung kultur-politisch entschieden konservativer empfinden und denken, als ihre parteipolitischen Vertreter das voraussetzen und gewöhnlich berücksichtigen.

Die Bestimmungen der Verfassung in Nordrhein-Westfalen bringen eine beachtliche Konkretisierung und Weiterführung der allgemeinen Linie des Bonner Grundgesetzes.

a) Das Ziel der Erziehung wird näher bezeichnet und steht unter dem Gebot der Ehrfurcht vor Gott, die als die Voraussetzung für die Achtung vor der Würde des Menschen und für die Bereitschaft zum sozialen Handeln verstanden wird.

b) Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder wird als Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens bezeichnet.

c) Die Existenz der Privatschulen wird gefördert und geschützt durch die Bestimmungen Artikel 8 Abs. 4 und Artikel 9 Abs. 2 am Ende.

d) Drei Schultypen erscheinen gesetzlich als gleichberechtigt nebeneinander: Bekenntnisschule, Gemeinschaftsschule und Weltanschauungsschule. Dabei wird das Wesen der Gemeinschaftsschule genau bestimmt und an die Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte gebunden.

e) Die wenig gegliederte und ungeteilte Schule wird ausdrücklich als geordneter Schulbetrieb anerkannt.

f) Der Religionslehrer bedarf der Bevollmächtigung durch die Kirche oder die Religionsgemeinschaft. Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht müssen im Einvernehmen mit der Kirche oder Religionsgemeinschaft ausgearbeitet werden. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben das Recht, sich durch Einsichtnahme zu vergewissern, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit ihren Lehren und Anforderungen erteilt wird.

g) Die Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen soll in der Regel auf bekenntnismäßiger Grundlage erfolgen.

h) Die Kirchen haben das Recht, für die Ausbildung ihrer Geistlichen und ihrer Religionsdiener eigene Anstalten mit Hochschulcharakter zu errichten und zu unterhalten. Der Artikel 17 zeigt, daß grundsätzlich das Schulmonopol des Staates durch andere Bildungsträger aufgelockert werden soll.

### 3. Die allgemeine Grundhaltung der kirchlichen Schularbeit

Die für Nordrhein-Westfalen in der Verfassung getroffene verfassungsrechtliche Regelung entspricht in ihren Grundzügen der Ausrichtung der gesamten kirchlichen Schularbeit im Bereich der Bundesrepublik. Trotz aller geschichtlich und landschaftlich bedingten Verschiedenheiten und auch gelegentlicher Gegensätzlichkeiten besonders in der Frage des Schultyps haben die Schulreferenten aller Landeskirchen doch in zunehmendem Maße einmütig gemeinsame Grundsätze für die kirchliche Mitarbeit im Erziehungswesen herausgestellt. Am 15./16. 10. 1946 einigten sich die Schulreferenten der Landeskirchen unter dem Vorsitz des damaligen Leiters der Kanzlei der EKD D. Asmussen auf folgende Feststellungen, die dem Rat der EKD vorgetragen wurden:

*Es besteht Einverständnis darüber, daß sich Gottes Wort in Gericht und Verheißung an den ganzen Menschen wendet. Demgemäß müßte alle Bildungsarbeit den Menschen in allen Lebensbereichen umfassen. Eine Schule, die auf der Grundlage des christlichen Glaubens eine echte innere Einheit des Welt- und Menschenverständnisses darstellen würde, könnte allein die Gewähr für eine vollgültige Erziehungsarbeit darbieten.*

*Die inneren Voraussetzungen für eine solche wahrhaft christliche Schule, in der Lehrer und Kinder im gesamten Unterricht und in der gesamten Erziehungsarbeit unter Gottes Wort stehen, sind heute in Deutschland vielfach nicht gegeben und lassen sich auch mit menschlichen Mitteln nicht schaffen. Es bedarf auf lange Sicht hinaus ernsthafter Bemühungen und eines guten Willens auf allen Seiten, um Mißverständnisse auszuräumen, die in der Vergangenheit begangenen Versäumnisse und Fehler wieder gutzumachen und ein neues Verständnis für Wesen und Aufgabe der Kirche zu wecken. Dieses neue Verständnis der Kirche in Lehre und gottesdienstlicher Gestaltung muß gemeinsam von Pfarrern und Lehrern erarbeitet werden. Dann werden die Lehrer erkennen, daß sie als Glieder der Gemeinde im Religionsunterricht oder, wie wir lieber sagen: in der evangelischen Unterweisung unbeschadet ihres staatlichen Bildungsauftrages ein Amt der Kirche wahrnehmen.*

*Die inneren Voraussetzungen für eine wahrhaft christliche Schule fehlen zur Zeit auch deshalb in weiten Teilen der EKD, weil viele evangelische Eltern ihre Verantwortung für die christliche Erziehung ihrer Kinder nicht erkennen. Evangelische Elternrechte kann aber nur der mit innerem Recht wahrnehmen, der sich auch seiner evangelischen Elternpflichten bewußt ist. Hier liegt die Aufgabe der Kirche, ihre Gemeinden zu bauen und die Gemeindeglieder, insbesondere die Hausväter und Mütter, ständig an ihre Verantwortung für die getauften Kinder zu erinnern und sie darin zu stärken.*

*Das Bestreben der Kirche, auf dem Wege der Politik und des Rechts eine christliche Schulform durchzusetzen, darf nicht dahin führen, daß*

*die Schule nach außen eine christliche Fassade zeigt, ohne wirklich christlich zu sein.*

Im Oktober 1947 gibt der Vorsitzende des Rates der EKD eine Denkschrift über die Neuordnung des Erziehungswesens heraus, die in seinem Auftrag von einem sachkundigen Schulmann erarbeitet worden ist. Diese Denkschrift (erschienen im Quell-Verlag der Ev. Gesellschaft Stuttgart, 1947) befaßt sich im wesentlichen mit den amerikanischen Schulreformplänen und vertritt gegenüber den Forderungen der amerikanischen Besatzungsmacht vom Januar und vom Juli 1947 eine deutsche Auffassung, die in ihren wesentlichen Grundsätzen von den beteiligten Landeskirchen gebilligt war. Die Bemühungen um eine einheitliche Zielsetzung der landeskirchlichen Schulpolitik fanden auf den Beratungen der Schulreferenten der westlichen Landeskirchen in Fulda vom 13.—16. 2. 1950 einen gewissen Abschluß in der Zustimmung aller Schulreferenten zu einem Interview, das der Schulreferent der EKD am 1. 3. 1950 in dem Informationsblatt für die Evangelische Kirche in Deutschland (Evangelische Welt, Bethel b. Bielefeld) auf Seite 129/130 veröffentlichen ließ:

*1. Frage: Es fällt auf, daß die evangelische Kirche heute vielfach nicht von Religionsunterricht spricht, sondern von evangelischer Unterweisung. Was bedeutet das nach Ihrer Auffassung?*

*Der Religionsunterricht ist nach dem Bonner Grundgesetz Art. 7 in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche erfüllt der Religionsunterricht in der Schule an seinem Teil den der Kirche von ihrem Herrn gewordenen Auftrag, das Evangelium zu verkündigen und zu lehren. Diese evangelische Unterweisung ist darum keine bloße Religionskunde und auch nicht bloße Wissensvermittlung; sie ist Zeugnis von dem lebendigen Herrn, der seine Gemeinde erhält und regiert. Dieser Sachverhalt soll zum Ausdruck gebracht werden, wenn jetzt in der Kirche weithin von evangelischer Unterweisung und nicht von Religions-Unterricht gesprochen wird.*

*2. Frage: Welche Grundsätze ergeben sich aus diesem Sachverhalt für die Regelung der äußeren Beziehungen zwischen Kirche und Religionsunterricht?*

*Da die evangelische Unterweisung nur als eine Funktion der Kirche zu verstehen ist, ergeben sich sinngemäß folgende Grundsätze:*

*a) Wie die Theologie-Professoren an den Universitäten, werden auch die Religionsprofessoren an den Pädagogischen Hochschulen nicht ohne Beteiligung der zuständigen Kirchenleitungen berufen.*

b) Die Kirche gibt den Religionslehrern aller Schulen die Bevollmächtigung zur Erteilung der evangelischen Unterweisung.

c) Die Kirche beauftragt Schulmänner und Theologen mit einem brüderlichen Besuchsdienst, durch den die Kirche den Lehrern, Pfarrern und Katecheten helfen will, ihre Aufgaben an den Kindern in lebendiger Beziehung zur Gemeinde zu erfüllen und die evangelische Unterweisung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirche zu erteilen.

3. Frage: Es wird vielfach angenommen, daß das Interesse der Kirche für die Schule sich auf die evangelische Unterweisung beschränke. Aber offenbar sieht die Kirche ihre Mitverantwortung für die Schule doch in einem weiteren Rahmen?

Das ergibt sich notwendig aus dem Wesen der evangelischen Unterweisung. Sie kann nicht isoliert werden. Der christliche Glaube beansprucht den ganzen Menschen. Dies bedeutet, daß die Schulgemeinschaft in christlicher Lebensordnung steht (Gebet, Feier usw.) und daß evangelische Kinder, wo es irgend möglich ist, von evangelischen Lehrern unterrichtet und erzogen werden.

4. Frage: Welche Stellung nimmt nun die evangelische Kirche zu den Fragen der christlichen Gemeinschaftsschule (der christlichen Simultanschule) und der evangelischen Bekenntnisschule ein?

Die christliche Gemeinschaftsschule wird in den Ländern anerkannt, wo sie im geschichtlichen Herkommen begründet ist oder die besondere Lage sie notwendig macht. Ihr christlicher Charakter muß durch klare Bestimmungen über ihre Wesensart, ihre Lehrkräfte, Lehrpläne usw. festgelegt werden. — Die evangelische Bekenntnisschule sucht in besonderer Weise die innere Einheit der Erziehungsgemeinschaft von Schule, Haus und Kirche darzustellen. Sie ist überall da die gegebene Schulform, wo sie geschichtlich herkömmlich ist oder die besondere Lage sie notwendig macht oder sonst die Voraussetzungen für sie vorliegen. Bei der Entscheidung über die Schulform muß der Elternwille berücksichtigt werden.

#### 4. Der ADLLV, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Professor Dr. Gerhard Bohne, Kiel, schreibt in der Monatszeitschrift „Elternhaus, Schule und Gemeinde“, Gladbeck in der Januar-Nummer 1951, S. 2:

Man kann die innere Lage der evangelischen Pädagogik heute nicht wie sonst an den erscheinenden Büchern ablesen. In ihnen kommt das Entscheidende nicht zum Ausdruck.

Was die Lage heute bestimmt, ist die Stellungnahme der Lehrerschaft. Der Nationalsozialismus hat mit innerer Folgerichtigkeit den Kampf gegen die christliche Unterweisung der Schule geführt. Es ging dabei im Grunde um die eine Frage: Wer hat die höchste Autorität, Christus oder



*der Führer? Der Kampf gegen den christlichen Glauben wurde vor allem mit dem Argument geführt: Religion ist ein Erzeugnis der menschlichen Seele, d. h. also jeweils der Volks- oder Rassenseele. Das Christentum ist im wesentlichen ein Erzeugnis der jüdischen Rassenseele, also uns artfremd. Diesen Ideen, die ja bis in den innersten Raum der Kirche vordringen und im Reichsbischof ihren Vertreter fanden, hat auch die Lehrerschaft nachgegeben, keineswegs nur unter dem Druck von Terror, sondern vielfach in Überzeugung.*

Mit diesen Sätzen ist sowohl die entscheidende Rolle der Lehrerschaft richtig herausgestellt als auch nüchtern die schwierige innere weltanschauliche Situation gekennzeichnet. So ist es verständlich, daß sowohl die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ Frankfurt/Main als auch die „Neue Deutsche Schule“, das Organ des ADLLV von Nordrhein-Westfalen-Lippe, das Fulda-Interview der landeskirchlichen Schulreferenten leidenschaftlich ablehnen. Das ist um so weniger verwunderlich, als doch beträchtliche Kreise der Lehrerschaft ihre Gedanken in folgenden Sätzen ausgedrückt finden, die anlässlich der Vereinigung des ADLLV mit den allgemeinen Gewerkschaften geprägt wurden und in der „Allg. Dtsch. Lehrerzeitung“ Juli 1949, Nr. 12, S. 114 erschienen:

*Der Arbeit des Lehrers, seiner Bereitschaft zu einer inneren und äußeren Schulreform liegt ein gleiches Bild vom Menschen und von der Zukunft zugrunde, das gewonnen ist aus einer Analyse des Zeitgeistes und einem gläubigen Bekenntnis zu den Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung. Und nun finden sich zwei Ströme zusammen, der Lehrer nimmt teil an der Neuordnung, indem er sich zu der gestaltenden Kraft und dem geschichtlichen Auftrag der Gewerkschaften bekennt und seine besonderen Fähigkeiten und seine Leistung als Träger und Vermittler des Kultur- und Bildungsgutes zur Verfügung stellt...*

Gegenüber solchen Stimmen muß aber anerkannt werden, daß gerade die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ auch anderen, kirchlich positiv eingestellten Lehrern das Wort zur freien Meinungsäußerung gibt. In ihrer Nummer vom 1. August 1950 (Nr. 14) bringt sie auf Seite 195 f. unter der Rubrik „Theologen und Pädagogen im Gespräch“ Lehrerstimmen, die für das kirchliche Anliegen eintreten. Auch gibt sie dem Schulreferenten der EKD Gelegenheit, seine eigenen Ansichten in ihren Spalten darzulegen. Als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zu einer echten Gesprächsführung müssen die Rengsdorfer Thesen angesehen werden, über die die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ am 15. 11. 1950, S. 307 f. berichtet:

#### *Aussprache zwischen evangelischer Kirche und Lehrergewerkschaft*

*Mitglieder und Beauftragte der Kirchenleitungen von Hessen und Nassau, Lippe, Pfalz, Rheinland, Westfalen und Mitglieder des Haupt-*

vorstandes und von Landesverbänden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (ADLLV) trafen sich vom 22. bis 24. September im Hermann-vom-Wied-Haus in Rengsdorf zur Aussprache schwebender Fragen hinsichtlich der Stellung des evangelischen Lehrers im Religionsunterricht. Auf Grund eines Referates von Prof. Dr. Hammelsbeck, Wuppertal, über „Begegnung von Kirche und Schule in der evangelischen Unterweisung“ erbrachte die zweitägige Aussprache einen einmütig bejahten Vorschlag in 10 Thesen als Grundlage für die künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Versammlung beschloß, die Aussprache nach einigen Monaten fortzusetzen und benannte als Vertrauensausschuß: Prof. Dr. Hammelsbeck (Kammer für Erziehung und Unterweisung beim Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland), Studienrat Dr. Ringshausen (Katechetisches Amt Frankfurt am Main) und Schulrat a. D. Thiele (Hauptvorst. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (ADLLV) Celle).

Ergebnis der Besprechung zwischen kirchlichen Vertretern und Vertretern der Lehrerschaft am 22. und 23. September 1950 in Rengsdorf:

1. Jede evangelische Unterweisung (Religionsunterricht) ist der Sache nach gebunden an das biblische Evangelium.

2. Sie kann nur erteilt werden von Lehrern, die selber Ja sagen zum Evangelium, also dienend und nicht nach persönlicher Willkür.

3. Lehrende, die dieses Ja nicht sagen können oder wollen, dürfen nicht gezwungen und nicht beauftragt werden, weder vom Staat noch von der Kirche.

4. Die Kirche wehrt sich dagegen, daß staatliche und kommunale Behörden Anstellungen im Schuldienst davon abhängig machen, daß die Bewerber auch den Religionsunterricht erteilen. Keinem Lehrer darf beamtenrechtlich ein Nachteil erwachsen, wenn er aus Gewissensbedenken die Erteilung des Religionsunterrichtes ablehnt.

5. Die Kirche kann, Vertrauen gegen Vertrauen, der Beauftragung jedes Lehrers zustimmen, der sich aufrichtig bemüht, im Zusammenhang mit der der Gemeinde Jesu Christi geschenkten Erkenntnis des biblischen Wortes dem Evangelium in der Schule zu dienen.

6. Der Staat erteilt für den Religionsunterricht der Lehrer den Lehrauftrag, die Kirche spricht die Bevollmächtigung aus.

7. Die kirchliche Bevollmächtigung begründet kein Vorgesetzten- oder Aufsichtsverhältnis und legt nicht auf eine bestimmte Lehrmeinung fest. Der Lehrer ist als Glied der Gemeinde ebenbürtiger Partner im Lehrdienst. Die Arbeitsgemeinschaften von Pfarrern und Lehrern leisten im gemeinsamen Bemühen um ihre theologische und katechetische Erkenntnis Förderung im gegenseitigen Austausch.

8. Ein aus dem Geiste gliedhafter Verbundenheit geübter Besuchsdienst erstreckt sich gleicherweise auf die schulische und innerkirchliche Unterweisung. Dabei gilt die freiwillige Bereitschaft für brüderlichen Zuspruch

*und Austausch als wahrhaft evangelische Norm für die gegenseitige Öffnung der Kirchen- und Schultüren. Die in den Arbeitsgemeinschaften aktiv mitwirkenden Pfarrer und Lehrer sind vor allem Träger solcher Fühlungnahme und Bemühungen.*

9. Zur Behandlung von Beschwerdefällen werden Ausschüsse gebildet, die zur Hälfte aus Beauftragten der Kirchenleitungen und aus den von den Arbeitsgemeinschaften gewählten Lehrern bestehen. Sie sind etwa auf der Ebene eines Regierungsbezirkes zu bilden. Ein Vertreter der örtlichen Arbeitsgemeinschaften ist bei den Verhandlungen zuzuziehen.

10. Auch die Mitwirkung der Kirche bei der Gestaltung der sachlichen Grundlagen des evangelischen Religionsunterrichts (Schaffung und Zulassung von Lehrplänen, von Lehr- und Lernbüchern) soll von der Mitverantwortung der evangelischen Lehrerschaft getragen sein.

*(Die hier wiedergegebenen Leitsätze sind als Vorschläge für die oben genannten, an der Aussprache beteiligten Kirchen und die entsprechenden Zweig- bzw. Landesverbände der GEW als Diskussionsgrundlage für die Mitglieder gedacht.)*

Es ist das Ziel der Bemühungen von Prof. Hammelsbeck, in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (ADLLV) die echte weltanschauliche und religiöse Neutralität in dem Sinne zu erhalten, daß innerhalb dieser Gewerkschaft christliche und evangelische Motive in wirklicher Gewissensfreiheit wirksam werden können.

## 5. Vereinigungen evangelischer Lehrer und Sammlung der Eltern

Der Ruf der Kirche an ihre evangelischen Glieder unter den Lehrern bleibt nicht ohne Echo. Es kommt an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Formen zur Sammlung bewußt evangelischer Lehrer, die häufig gleichzeitig Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bleiben. Sie bejahen aber den Auftrag, als Glieder der evangelischen Kirche am Neuaufbau der Gemeinden auch durch ihre Wirksamkeit in der Schule mitzuarbeiten. Unter Führung von Prof. Dr. Hammelsbeck entsteht eine „Gemeinschaft evangelischer Erzieher“, die besonders im Gebiet des Rheinlandes aber auch in anderen Teilen der Bundesrepublik ständig wächst. In Westfalen arbeitet die „Vereinigung evangelischer Lehrer und Erzieher“ unter Leitung von Rektor Rese, Oberstudiendirektor Bruns führt den „Bund evangelischer Religionslehrer an Höheren Schulen“. Auch in anderen Landeskirchen (Württemberg) schließen sich die bewußt evangelischen Lehrer enger zusammen. Im Sommer 1950 wurde während einer pädagogischen Woche in Rummelsberg eine „Gemeinschaft evangelischer Erzieher“ für Bayern gegründet, die in allen Teilen des Landes unter der evangelischen Erzieherschaft rasch zur Bildung zahlreicher örtlicher Arbeitskreise führte. Diese Gemeinschaft evangelischer Erzieher verfolgt das Ziel, ihre Arbeit

durch Freizeiten, Aussprachen, Vorträge und Arbeitskreise zu vertiefen, die verantwortliche pädagogische Mitarbeit ihrer Glieder innerhalb der Kirche und Gemeinde zu fördern und ihren Mitgliedern auch in persönlichen und sachlichen Fragen Rückhalt und Hilfe zu gewähren. Die Gemeinschaft evangelischer Erzieher ist keine Organisation mit berufsständischen Sonderinteressen und stellt die Mitgliedschaft in den Berufsorganisationen ihren Mitgliedern völlig frei. Sie sammelt neben den im Staatsdienst stehenden Erziehern auch die Lehrkräfte der Heim-, Berufs- und Privatschulen. Als Gemeinschaftsorgan wird allen Mitgliedern in Bayern die Zeitschrift „Schule und Leben“ empfohlen, während sich die Gemeinschaft evangelischer Erzieher im Westen Deutschlands um die Zeitschrift „Der evangelische Erzieher“ von Prof. Hammelsbeck schart. Hand in Hand mit der Sammlung der evangelischen Lehrer und Erzieher gehen die Bemühungen um eine echte evangelische Elternbewegung, die ihren wesentlichen organisatorischen Antrieb erhält von der „Freien Vereinigung evangelischer Eltern und Erzieher“ (Elternhaus und Schule). Das führende Organ dieser Elternbewegung ist die Monatszeitschrift „Elternhaus, Schule und Gemeinde“ (Gladbeck). Die erste große Tagung auf Bundesebene konnte in Gladbeck unter überraschend starker Beteiligung der Elternschaft aus vielen Landeskirchen im Jahre 1950 stattfinden. Die zweite Tagung findet im Juni 1951 in Duisburg-Hamborn statt unter dem Thema „Unsere Kinder — Unsere Schule — Vor Gott“. Auf dieser Tagung wird der stellvertretende Vorsitzende des Rates Bischof D. Dr. Lilje den Hauptvortrag halten.

## 6. Charakteristische Besonderheiten in einzelnen Ländern und Landeskirchen

Das wirkliche Schulleben innerhalb der Bundesrepublik kann man nur in den einzelnen Ländern kennenlernen. Es zeigt sich ein buntes Bild. Das trifft auch für die Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche auf dem Gebiet der Schule zu.

Ganz allgemein kann man sagen, daß die unmittelbare Mitwirkung der evangelischen Kirche an der Schularbeit in Süddeutschland am lebendigsten und stärksten ist. Sie beruht dort auf einer alten Tradition und wird getragen von dem selbstverständlichen Willen, in einer lebendigen Volkskirche mitzuwirken.

Auch in Nordwestdeutschland hat die Kirche nie aufgehört, unmittelbare Mitverantwortung für die christliche Erziehung der Schuljugend zur Tat werden zu lassen. Freilich sind die gesetzlichen Formen mehr umstritten als im Süden Deutschlands und warten auch jetzt noch auf eine wirklich verbindliche Regelung der Einzelheiten.

Dagegen muß man vom Nordosten der Bundesrepublik allgemein sagen, daß die evangelische Lehrerschaft weitgehend die organische Verbundenheit mit der Kirche verloren hat. In den nordöstlichen



Landeskirchen der Bundesrepublik stehen einer echten Mitwirkung der Kirche an den Erziehungsaufgaben nach wie vor große Schwierigkeiten entgegen.

Die folgenden Beispiele einzelner Länder scheinen uns typisch zu sein für die wesentlichen Formen der Zusammenarbeit, die sich inzwischen herausgestellt haben. Die übrigen Länder haben mehr oder weniger Mischformen der von uns dargestellten Verhältnisse.

#### a) Bayern

Bayern ist das Land der Bekenntnisschulen. Die evangelische Kirche ist weitgehend Diasporakirche. Evangelische Pfarrer und evangelische Lehrer haben nie aufgehört, sich als eine eng verbundene und gelegentlich auch verschworene Gemeinschaft zu empfinden, die denselben Mittelpunkt hat und mit den gleichen Nöten kämpfen muß. Es erregt keinen Anstoß, sondern es ist eine alte gute Ordnung, daß Theologen zum Lehrkörper der Schule gehören. Sie geben nicht nur bestimmte Unterrichtsstunden, sondern sie sind ein mitwirkender Faktor im ganzen Schulleben. Rechtlich sind heute die Verhältnisse in Bayern durch die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. 12. 1946 geregelt. Dort heißt es im Artikel 135:

*(1) Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschulen. Die Wahl der Schularart steht den Erziehungsberechtigten frei. Gemeinschaftsschulen sind jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten.*

*(2) In den Bekenntnisschulen werden nur solche Lehrer verwendet, die geeignet und bereit sind, die Schüler nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.*

#### Artikel 136

*(2) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Volksschulen, Berufsschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft.*

*(4) Die Lehrer bedürfen der Bevollmächtigung der Religionsgemeinschaft zur Erteilung des Religionsunterrichtes.*

Der Artikel 182 der Verfassung bestimmt ausdrücklich, daß die früher geschlossenen Staatsverträge, insbesondere die Verträge mit den christlichen Kirchen, in Kraft bleiben. Danach richten sich die Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat auf dem Gebiet der Schule nach dem „Vertrag zwischen dem Bayerischen Staat und der evangelisch-lutherischen Kirche rechts des Rheins vom 15. 11. 1924“. In diesem Vertrag lautet Artikel 12:

*Die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten werden der Kirche gewährleistet.*

Dem Prüfungsausschuß über das Lehrverfahren im Religionsunterricht gehört außer der Lehrkraft für den Religionsunterricht auch ein Vertreter der kirchlichen Oberbehörde als ordentliches Mitglied an. Es ist in Bayern alte Übung, daß die Lehrpläne und die Lehr- und Lernmittel für den Religionsunterricht von der Kirche bestimmt werden.

In den letzten Jahren hat das Katechetische Amt der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern in wachsendem Maße Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern eingerichtet, Ausbildungskurse für Katecheten veranstaltet, religionspädagogische Lehrgänge zusammengerufen und in enger Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Schule und Leben“ (München) den Unterricht erteilenden Pfarrern und Lehrern die nötigen praktischen Hilfen zur Verfügung gestellt.

#### b) Württemberg

Württemberg ist das Land der christlichen Gemeinschaftsschulen; allerdings hat Südwürttemberg neben den christlichen Gemeinschaftsschulen auch evangelische und katholische Bekenntnisschulen. Darüber hat am 12. 12. 1948 eine wegen ihres für die Bekenntnisschule positiven Ergebnisses in ganz Deutschland stark beachtete Abstimmung der Elternschaft stattgefunden. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen finden sich in der Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. 11. 1946 wesentlich in den Artikeln 35—39, in der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 20. 5. 1947 in den Artikeln 106—114. Der Artikel 39 der Verfassung von Württemberg-Baden lautet:

*Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an den Schulen und wird nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften und unbeschadet des allgemeinen Aufsichtsrechts des Staates von deren Beauftragten erteilt und beaufsichtigt . . .*

Er ist ordentliches Lehrfach an den Volks-, Mittel-, Ober- und Berufsschulen und wird im Bereich der evangelisch-lutherischen Kirche Württembergs im Jahre 1948 erteilt von

- 1149 Parochialgeistlichen
- 39 hauptamtlichen Religionslehrern (Theologen)
- 28 hauptamtlichen Religionslehrern (Lehrern)
- 1687 staatlichen Lehrkräften
- 566 kirchlichen Hilfskräften.

Alle diese Lehrkräfte bedürfen einer Beauftragung durch die Kirche, die hauptamtlichen Lehrkräfte durch die Kirchenleitung, die nebenamtlichen Kräfte und Hilfskräfte durch das zuständige Dekanatsamt. Eine feierliche Einführung in einem Gottesdienst ist freigestellt.

Die Aufsicht über den Religionsunterricht wird ausgeübt

a) *durch den Berichterstatter des Oberkirchenrates bei den hauptamtlichen staatlichen Religionslehrern,*

b) durch den Prälaten bei den Geistlichen am Dekanatssitz,

c) durch den Dekan bei den Geistlichen außerhalb des Dekanatssitzes, bei den Staatslehrern und -lehrerinnen, bei den landeskirchlichen Katecheten und Hilfskräften (zur Entlastung der Dekanate besonders arbeitsreicher Bezirke wurde 1948 die Bestellung von Schuldekanen beschlossen, die bisher in 8 Bezirken ihre Arbeit aufgenommen haben),

d) durch die Geistlichen gegenüber den Hilfskräften, die in ihrer eigenen Pfarrei durch die kirchliche Gemeinde angestellt sind.

Die Finanzierung erfolgt in der Weise, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes bei den Geistlichen zu den Amtsobliegenheiten zählt; nur für die Erteilung von Religionsunterricht an den Klassen 5—9 der größeren höheren Schulen erhalten sie je zur Hälfte von der Staatskasse und von der Kasse der bürgerlichen Gemeinde eine bescheidene Entschädigung. Die hauptamtlichen Studienräte für Religion erhalten ihr Gehalt vom Staat bzw. von der Kirche. Bei den kirchlichen hauptamtlichen Lehrern zahlt die Gemeinde 40% des Gehalts und das Wohnungsgeld, bei den landeskirchlichen Katecheten 60% des Gehalts und das Wohnungsgeld, bei den Hilfskräften 50%, während das restliche Gehalt aus der Kasse des Oberkirchenrates zuzugeben ist. Die Zahl der staatlichen Lehrer und Lehrerinnen, die sich für den Religionsunterricht zur Verfügung stellen, schwankt, ist aufs ganze gesehen aber im Ansteigen begriffen. Die allgemeine Haltung des Kultministeriums, der Schulräte und Schulleiter sowie der Lehrerschaft gegenüber der Kirche und ihrer Arbeit ist zumeist freundlich. Weithin ist eine wirkliche Zusammenarbeit zu beobachten.

Am 17. 6. 1946 teilte das Württembergische Kultministerium dem Oberkirchenrat mit:

*Das Kultministerium ist gern bereit, die Schülergottesdienste dadurch zu ermöglichen, daß der örtliche Lehrplan darauf Rücksicht nimmt. Die Bezirksschulämter werden angewiesen, überall dort, wo ein Schülergottesdienst besteht oder eingerichtet werden soll, die erste halbe Stunde am Montag dafür frei zu halten. Da die Schülergottesdienste von der evangelischen Kirche im Rahmen der evangelischen Unterweisung, also außerhalb des lehrplanmäßigen Unterrichts, durchgeführt werden, kann die Unterrichtsverwaltung von sich aus keinen Zwang zur Teilnahme auf Lehrer und Schüler ausüben.*

Der evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart hat am 12. 10. 1946 eine eigene Ordnung für diese Schülergottesdienste in der ersten Montagsstunde herausgegeben, die sich an die Ordnung des täglichen Morgengebets der Kirche anlehnt:

1. Eingangswort
2. Morgenlied
3. Eingangsgebet

4. Jahreslosung
5. Psalmgebet im Wechsel
6. Monatsspruch
7. Wöchenspruch und Schriftlesung
8. Lied
9. Gebet der Woche, Fürbittegebet, Stilles Gebet
10. Vaterunser (gemeinsam)
11. Lobpreisung und Segen
12. Schlußvers.

Diese Ordnung bemüht sich bewußt, die jugendliche Gemeinde zur Teilnahme am Gebet der Kirche hinzuführen.

Der Württemberger Oberkirchenrat holt jedes Jahr genaue Schulberichte ein und gibt im Beiblatt zum Amtsblatt einen ausführlichen Bescheid auf diese Schulberichte. Diese Jahresbescheide zeigen, daß in Württemberg eine ganz ungewöhnlich enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche auf dem Schulgebiet herrscht. Die Kirchenleitung hat Einblick in die Einzelheiten der Schularbeit. Sie übersieht genau die Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Landes und fördert die kirchliche Mitarbeit auf dem Schulgebiet als eines der wichtigsten Arbeitsgebiete der Kirche überhaupt. Die christliche Gemeinschaftsschule ist in diesem Lande ein Ausdruck der noch vorhandenen lebendigen Volkskirche und des Ansehens, das die christliche Botschaft im Lande genießt.

#### c) Hessen-Nassau

Hessen-Nassau hat die christlich geprägte Simultanschule als allgemeinen Schultyp. Das Besondere in diesem Lande ist der in Artikel 54 der Kirchenordnung der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 17. 3. 1949 verankerte „Gesamtkirchliche Ausschuß für den evangelischen Religionsunterricht“. Dieser Gesamtkirchliche Ausschuß ist das zuständige kirchliche Organ „zur Erledigung aller die staatlichen Verfassungen und Gesetze berührenden Fragen, die mit dem Religionsunterricht der Schulen zusammenhängen“. Die Ordnung des Gesamtkirchlichen Ausschusses, seine Zusammensetzung und seine Arbeitsweise werden geregelt durch ein Kirchengesetz vom 17. 3. 1949. Danach besteht dieser Gesamtkirchliche Ausschuß unter dem Vorsitz des Kirchenpräsidenten aus 16 Mitgliedern, von denen 8 Lehrer sein müssen. Diese Lehrer werden der Kirchensynode von der Gesamtheit der Religionslehrer vorgeschlagen und von dieser gewählt.

Auf diese Weise haben die evangelischen Lehrer als Glieder der Kirche den entscheidenden Einfluß auf die kirchliche Mitarbeit im Erziehungswesen. Der Gesamtkirchliche Ausschuß bearbeitet alle Aufgaben, die sich aus der Mitwirkung der Kirche bei der Beauftragung der Lehrer, bei der Erteilung des Religionsunterrichtes und aus der kirchlichen Einsicht in den Religionsunterricht ergeben. Er wirkt bei



der Gestaltung der Studien- und Ausbildungspläne für den evangelischen Religionslehrer sowie der Lehrpläne, der Lern- und Lehrbücher für den evangelischen Religionsunterricht aller Schulen mit. Er sorgt für die notwendige Anpassung von kirchlicher Unterweisung und evangelischem Religionsunterricht. Er trägt auch die Verantwortung für die kirchliche Einsicht in den evangelischen Religionsunterricht, die dazu beitragen soll, daß er den Staatsverfassungen entsprechend nach Lehre und Ordnung der Kirche erteilt wird.

Die kirchliche Einsicht wird im Auftrage des Gesamtkirchlichen Ausschusses vorgenommen durch den Sachreferenten der Kirchenleitung oder ein anderes Mitglied des Gesamtkirchlichen Ausschusses, durch die Präpöste, durch den Leiter des Katechetischen Amtes und durch einen evangelischen Regierungs- bzw. Schulrat oder durch einen Vertrauensmann der Religionslehrer.

Hessen-Nassau hat insgesamt 6 Katechetische Ämter, die mit 5 hauptamtlichen Kräften, nämlich 4 Pfarrern und einem ehemaligen Schulrat und 2 Studienräten mit je  $\frac{1}{2}$  Stelle besetzt sind.

#### d) Rheinland-Westfalen

Für die Evangelische Kirche von Westfalen sind besonders bezeichnend die zahlreichen und regelmäßig tagenden Arbeitsgemeinschaften „Kirche und Schule“. Es bestehen in dieser Landeskirche insgesamt 125 Arbeitskreise, über deren intensive Tätigkeit das kirchliche Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Westfalen 1949, Nr. 4, Seite 22 f. einen eingehenden Bericht bietet. Das Katechetische Amt der Landeskirche ist mit 6 Akademikern (davon 5 hauptamtlich) besetzt, unter ihnen 3 Theologen, 3 Pädagogen. Es arbeitet unter Aufsicht des Landeskirchenamtes, die Mitglieder werden durch die Kirchenleitung berufen. Die Arbeit wird in der Synode durch den Leiter des Katechetischen Amtes vertreten.

Zu den Aufgaben des Katechetischen Amtes gehören die Ausbildung von Katecheten, religionspädagogische Lehrgänge, Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern, Freizeiten, die Erarbeitung von Gutachten zur Schulreform, von Lehrplänen usw. Es ist beteiligt an der pädagogischen Ausbildung von Vikaren und Pfarrern. Dem Katechetischen Amt ist eine Schulkammer angegliedert. Außerdem besteht ein katechetischer Ausschuß der Synode und ein Ausschuß für evangelische Unterweisung. Der Haushaltsplan der Landeskirche sieht für diese Arbeit einen jährlichen Betrag von 75 000 DM vor.

In einzelnen Gebieten Westfalens gibt es noch Schulen, die im Wochenstundenplan 4 und mehr Stunden für die evangelische Unterweisung vorsehen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat erreicht, daß an jeder Schule in jeder Woche ein Schulgottesdienst gefeiert wird. In vielen Gebieten sind besondere Schulpastoren beauftragt mit der seelsorger-

lichen Zusammenarbeit mit Gemeinden und Schulen. Die ständige Berührung mit einem lebenskräftigen Katholizismus hat große Teile der Lehrerschaft immer wieder an ihre Mitverantwortung für die evangelische Kirche und ihre Verpflichtung gegenüber der Jugend erinnert.

#### e) Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 13. 12. 1949 die Landesatzung beschlossen, in der es im Artikel 6 heißt:

1. ... *Es besteht allgemeine Schulpflicht. Die für alle gemeinsame Grundstufe umfaßt mindestens 6 Schuljahre. Für das Aufrücken in die weiterführenden Schulen sind in der Regel die Aufnahmefähigkeit der Schule und außer dem Wunsch der Erziehungsberechtigten nur Leistung und Begabung maßgebend.*

5. ... *Die öffentlichen Schulen fassen als Gemeinschaftsschulen die Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung zusammen.*

Am 20. 11. 1950 hat der inzwischen neu gewählte Landtag beschlossen, den 2. Punkt dieses Artikels 6 der Landessatzung, die 6jährige Grundschulpflicht und damit die schleswig-holsteinische Art der Schulreform, aufzuheben. Am 3. 2. 1951 hat der Landtag ein Gesetz beschlossen, daß im § 1 ausdrücklich bestimmt:

*Die ersten 4 Jahre der Volksschule bilden die für alle Kinder gemeinsame Grundschule.*

Das Katechetische Amt der Landeskirche ist mit einer hauptamtlichen Kraft besetzt. Nebenamtlich arbeiten 5 Theologen und 10 Pädagogen mit. Die wesentliche Arbeit wird getragen von einer Kammer für Erziehung und Unterricht, die in 3 Gruppen, eine für Theologie, eine für Pädagogik und eine für allgemeine Aufgaben arbeitet. In Breklum werden jährlich 20 Katecheten ausgebildet. Mitgearbeitet wird an den Jahrestagungen der allgemeinen Religionslehrerkonferenz. Die kirchliche Arbeit an den Berufsschulen steckt in den ersten Anfängen.

Die Beteiligung der Kirche an den in den Schulen praktizierten Lehrplänen für den Religionsunterricht kann nicht als befriedigend gelten. Auch die Frage der für den Religionsunterricht zugelassenen Lehr- und Lernbücher ist gesetzlich noch nicht so geregelt, daß dabei wirklich zum Ausdruck kommt, daß dieser Unterricht seinem Wesen nach eine Lebenserscheinung der Kirche ist.<sup>1)</sup>

In weiten Teilen Schleswig-Holsteins fehlt es an Menschen, die die nötige Ausbildung besitzen, um die christliche Unterweisung an den Schulen zu erteilen. Es scheint notwendig zu sein, daß die Kirche weitere

---

<sup>1)</sup> Vgl. Der evangelische Religionsunterricht. Gutachten der Theologischen Fakultät Kiel in „Die Sammlung“, Heft 1, 1951, Göttingen.

Kräfte für die evangelische Unterweisung ausbildet. Es ist aber keineswegs gesichert, daß die Landesregierung solchen katechetischen Unterricht in öffentlichen Schulen gestattet. Es gibt auch heute in Schleswig-Holstein noch eine Anzahl von Schulen ohne geordneten evangelischen Religionsunterricht, und es gibt sehr viele Schulen, in denen wöchentlich nur eine einzige Stunde evangelischer Religionsunterricht erteilt wird.

#### f) Bremen

Bremen ist das einzige Land im Bundesgebiet, das durch den Artikel 141 des Bonner Grundgesetzes von der Durchführung der Bestimmungen des Artikels 7 des Grundgesetzes befreit ist. Der Artikel 32 der Bremischen Verfassung 1947 enthält die Bestimmung:

*Die allgemein bildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht geordnetem Unterricht in biblischer Geschichte auf allgemeiner christlicher Grundlage.*

Man kann nicht einfach sagen, daß die Bremer öffentlichen Schulen weltliche Schulen ohne jeden Religionsunterricht sind. Man muß aber feststellen, daß hier der einzigartige Fall vorliegt, daß ein Staat an seinen Schulen einen Religionsunterricht erteilen läßt, der grundsätzlich nicht in Übereinstimmung mit den Religionsgemeinschaften zu stehen braucht. So hat die Kirche in Bremen auch keinerlei rechtlichen Einfluß auf Lehrplan, Lehrbücher und Beauftragung der Lehrer. Es kann juristisch nicht als ausgeschlossen gelten, daß ein aus der Kirche ausgetretener Lehrer an einer Bremer Schule den in der Bremischen Verfassung von 1947 vorgeschriebenen Religionsunterricht erteilt. Die Kirche wird zu der nüchternen Feststellung gezwungen sein, daß unter solchen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nicht die Gewähr dafür geboten ist, daß die getauften Kinder in den Schulen die Unterweisung erhalten, zu der die Kirche durch die Kindertaufe verpflichtet ist. Trotzdem gibt es natürlich auch in Bremen evangelische Lehrer, die sich um eine echt evangelische Unterweisung bemühen. Die Kirche versucht diesen Lehrerkreisen in freien Arbeitsgemeinschaften zu helfen. Es ist aber bisher nicht möglich gewesen, in Bremen auch nur eine einzige evangelische Schule zu gründen, obwohl eine Waldorf-Schule besteht und obwohl in der Schulpraxis die römisch-katholischen Belange besser zur Wirkung kommen als die evangelischen. Eine tatsächliche Berührung der Schüler mit dem Leben der evangelischen Gemeinde erfolgt wesentlich durch die Arbeit des evangelischen Jugendpfarramtes in Bremen. Von der evangelischen Kirche aus kann die rechtliche Ordnung des Religionsunterrichtes an den Schulen in Bremen nur als eine große Not bezeichnet werden.

## *V. Gegenwärtige Möglichkeiten und Gefahren der kirchlichen Erziehungsarbeit im Gesamtbereich der EKD*

### 1a) Einheit und Gliederung der kirchlichen Dienste im lebendigen Aufbau der Einzelgemeinde und der Gesamtkirche

Die materielle, geistige und geistliche Lage des deutschen Volkes unmittelbar nach dem Zusammenbruch hat in den entscheidenden Kreisen der Kirche zu der Erkenntnis geführt, daß die Lebenserscheinungen und Dienste der Gesamtkirche und der einzelnen Gemeinden eine Einheit darstellen, in der alle Einzelheiten, Unternehmungen und Leistungen voneinander abhängig sind. Die Entwicklung gerade der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat im Schulwesen hat gezeigt, daß die wesentliche kirchliche Erziehungsarbeit innerhalb der Gemeinde vor sich geht und von den Gliedern der Gemeinde in den Häusern und Schulen, Werkstätten und anderen Lebenseinheiten getragen werden muß. Wirkliche christliche Unterweisung kann nur von Lehrern erteilt werden, die lebendige Glieder der Gottesdienstgemeinde sind, zu der sie gehören. Diese wird ihren gegenwärtigen Aufgaben nur gerecht, wenn sie ihren Teil auch der sozialen und materiellen Not der Zeit mitträgt. Der Glaube verdorrt, wenn er nicht in der Liebestat wirksam wird; aber der Glaube kann sich auch verflüchtigen und die Gewißheit seines klaren Inhaltes verlieren, wenn er nicht der Anfechtung durch moderne Ideen und christusfremde und kirchenfeindliche Anschauungen standhält. Anbetung im Gottesdienst, diakonische Tat der Nächstenliebe und Wächteramt gegen Verführung und Irrlehre müssen Hand in Hand gehen, wenn Gemeinde und Kirche verstehbare Zeichen für Gottes Handeln in unserer Zeit bleiben sollen.

Die Geschichte der kirchlichen Erziehungsarbeit seit 1945 zeigt verheißungsvolle Ansätze zu einer Aufgliederung des gesamtkirchlichen Dienstes, der um eine zentrale Mitte herum geschieht. Was bei der Form des evangelischen „Staatskirchentums“ seit der Reformation bis 1918 als Selbstverständlichkeit erscheinen konnte, nämlich die Bereitwilligkeit staatlicher und öffentlicher Einrichtungen, sich an der christlichen und kirchlichen Erziehung der getauften Jugend zu beteiligen, das ist nach der Epoche von 1933—1945 zur bisher noch nicht gelösten, aber doch bewußt übernommenen Aufgabe der kirchlichen Ämter geworden. Gesamtkirche und Einzelgemeinde haben eingesehen, daß sie es der heranwachsenden Generation schuldig sind, ihr die Begegnung mit dem Evangelium zu ermöglichen. In diesem Sinn muß es als ein ermutigendes Geschenk Gottes angesehen werden, daß überall in der Kirche die Mitarbeit auf dem Gebiet der Schule als eine der Hauptaufgaben angesehen wird.



## 1b) Die Bedrohung durch die Aufspaltung in Ost und West

Dabei besteht in der Evangelischen Kirche in Deutschland die große und unmittelbare Gefahr einer Aufspaltung in Ost und West. Im Westen haben viele Anstrengungen das Ziel, eine echte Aufgeschlossenheit staatlicher und öffentlicher Instanzen für die Notwendigkeit kirchlichen Lebens zu wecken und zu pflegen. Die Mitarbeit der Kirche wird auf vielen Gebieten erkannt und begrüßt. Die Kirche ihrerseits kann sich unmittelbar und vertrauensvoll mit der Bitte um Beratung und Kritik an die Vertreter „der bürgerlichen Gemeinden“ wenden. Auch die politischen Parteien mit Einschluß der SPD halten weithin auf eine gute Nachbarschaft zur Kirche. Das „Gespräch“ ist symptomatisch für die geistige Grundhaltung im Westen. Es geht um eine wirkliche Freiheit in der Entscheidung.

Im Osten dagegen sind die staatlichen und öffentlichen Instanzen mehr oder weniger Propagandaorgane für eine christusfeindliche und antikirchliche Weltanschauung. Der historische Materialismus wirkt sich offen und versteckt als eine Ersatzreligion aus, für die auch die öffentlichen Schulen mit ihrer Erziehungsarbeit eintreten müssen. Teils sehr geschickt getarnt, aber teils auch in brutaler Offenheit wird von der offiziellen Führung des Staates und des Volkes ein totaler Angriff gegen Evangelium und Kirche vorgetragen. Dadurch wird die kirchliche Erziehungsarbeit in eine Abwehrstellung hinein gezwungen. Sie gerät in Gefahr, den Blick für das Ganze und für die Weite geistiger Probleme zu verlieren. Innere Freiheit gibt es nur im Verborgenen. Es entstehen im Osten zwei geistige Grundhaltungen, die aneinander vorbeileben und keine gemeinsame Sprache mehr kennen. Es fragt sich, ob auf die Dauer das Bewußtsein der inneren Einheit in der evangelischen Erziehungsarbeit in Ost und West so festgehalten werden kann, daß sie auch zur Erhaltung einer tatsächlichen Gemeinschaft ausreicht.

## 2a) Das Evangelium als die verborgene Mitte des geistlichen Lebens

Die große Chance der Kirche im Westen besteht in der Möglichkeit, daß sie das Evangelium als die zwar verborgene, aber tatsächliche, maßsetzende Mitte alles Lebens überhaupt bezeugen kann. Alle Arbeit der Kirche lebt von dem gleichen Zentrum. Und dieses Zentrum ist zugleich, auch da, wo es gar nicht mehr bekannt ist, der wirkliche Orientierungspunkt für die Regionen des geistigen, des politischen und des wirtschaftlichen Lebens, die scheinbar mit der Religion gar nichts zu tun haben. Die Entstehung und die wachsende Bedeutung der evangelischen Akademien in allen Teilen Westdeutschlands beweisen, daß die Zahl derer zunimmt, die wenigstens eine Ahnung davon haben,

daß der christliche Glaube keine private Angelegenheit besonders religiöser Typen ist, sondern eine Heilsmöglichkeit für unsere Zeit und die ganze moderne Welt in sich birgt. Es geht ein starkes Suchen durch unsere Zeit, und die neue Erziehungsarbeit der Kirche im weitesten Sinn könnte dazu beitragen, diesem Suchen den Weg und in der Ferne das einzige Ziel zu zeigen.

## 2b) Ghetto-Religion und pseudochristliche Reaktion als Flucht und Versuchung

Auf der anderen Seite darf nicht verschwiegen werden, daß in der Abwehr gegen weltanschauliche Angriffe und in der Furcht vor terroristischer Verfolgung alle Gefahren einer Ghetto-Religion schlummern. Der christliche Glaube befreit tatsächlich von der Gewissensangst vor den Mächten dieser Welt, die den Leib töten können, aber er kann auch zur Versuchung werden, ihn als Vorwand für politische Reaktion zu nehmen. Der Christ muß seinen Glauben in der Lage bewähren, in der er sich vorfindet. Das Evangelium dispensiert ihn nicht von den Pflichten und Aufgaben, die ihm geschichtlich, politisch und sozial durch seine Zeit gestellt werden. Als Christen haben wir nicht die Vollmacht, eine Scheinwelt aufzubauen oder „christliche Lebensverhältnisse“ zu schaffen, vielmehr stehen wir unter der Frage, ob wir tatsächlich als „Gefangene“ frei sein können.

## 3a) Kirche für Welt und Volk

Im Westen spielt der Ausdruck „Kirche für die Welt“ eine große Rolle. Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche ist weithin anerkannt und wird von vielen Christen bejaht. Der große Kirchentag von Essen 1950 war ein unübersehbares Zeichen für die Tatsache, daß die evangelische Kirche nicht in erster Linie mit ihrer Selbsterhaltung beschäftigt ist, sondern sich gerufen weiß, die Nöte und Schwierigkeiten der Welt und des Volkes zu sehen und nach Kräften anzupacken. Verlegenheit und Ohnmacht werden eingestanden. Männer der Kirche riskieren Ansehen, Stand und bürgerliche Existenz in ihrem Dienst an der Öffentlichkeit. Namen wie Dibelius, Lilje, Niemöller und Ehlers verbinden sich in der Vorstellung auch der breiten entkirchlichten Massen auf der einen Seite mit dem Evangelium und auf der anderen Seite mit irgendeinem Gebiet unserer gegenwärtigen Notlage. Es ist gleichgültig, in welcher Stadt und in welchem Raum sie reden, die Menschen strömen zusammen und erwarten von ihnen das lösende Wort und die weiterführende Weisung. Organe wie „Christ und Welt“ oder das „Sonntagsblatt“ von Lilje waren vor Jahrzehnten in der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht vorstellbar.

Die Kirche hat in den letzten fünf Jahren eine ungeheure volkspädagogische Verantwortung dadurch auf sich genommen, daß sie im

Westen ein mitentscheidender Bildungsfaktor geworden ist, auch wenn nicht von ihr gesprochen und wenn nicht an sie gedacht wird.

### 3b) Die Illusion einer Volks- und Staatskirche

Das führt allerdings leicht — und dies ist eine im Westen heute bereits akute Gefahr — zu der verhängnisvollen Illusion, als ob die evangelische Kirche wieder wie in früheren Jahrhunderten zu einer Volks- und Staatskirche werden könne.

Die evangelische Kirche hat einen bisher nicht ersetzten Verlust erlitten, als Fritz v. Bodelschwingh 1946 starb. In seiner Gestalt verkörperte sich die evangelische Liebe zum Einzelnen. Er verwirklichte die unermüdliche Arbeit in der kleinsten Zelle, das „Du- und Ich-Verhältnis“, den Weg in die Tiefe — nicht umsonst hatte er sich „Reichsdiakon“ genannt. Von ihm strahlte eine ungemein bildende und formende Kraft aus, die Mut machte, in kleinen Verhältnissen, unbeachtet von der Öffentlichkeit im Verborgenen auf den zu trauen, der in den Schwachen mächtig ist und der sein Licht in die Dunkelheit scheinen läßt.

Unsere hervorragenden Kirchenführer der Gegenwart weisen fast ausnahmslos große umfassende Zusammenhänge auf, sie wirken übergemeindlich, sie stellen Linien der Weltpolitik in das Blickfeld der Christenheit. Sie wirken als Wächter auf hohen Zinnen.

Es fehlt uns an begnadeten Seelsorgern. Wir laufen Gefahr, in der großgeplanten und sich weit auswirkenden Erziehungsarbeit den Einzelnen aus dem Auge zu verlieren. Gerade im Westen könnten wir uns in der Bemühung um grundsätzliche Entscheidungen und verfassungsrechtliche Mitarbeit bei beachtlichen Erfolgen doch eines Tages so weit verirrt haben, daß die Fühlung mit der „Menge“, die ist, als ob sie keinen Hirten hätte, verlorengeht.

### 4a) Der Kampf zwischen echter Gewißheit und falscher

Sicherung auf dem Gebiet der Schulpolitik, der Religionspädagogik und des kirchlichen Katechumenats

Bei allen christlichen Erwägungen über Schulpolitik, Religionspädagogik und kirchliches Katechumenat geht es immer um die Gewinnung des echten Fundaments aller Erziehungsarbeit und um die Abwehr irreführender Selbsttäuschungen. Auf der einen Seite lebt die Mitarbeit der Kirche im Werk der Erziehung von der Gewißheit, daß Jesus Christus auch für die Kinder gekommen ist, und daß es ohne das Evangelium von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden keine Tat der Nächstenliebe und keine fruchtbare Erziehungsarbeit geben kann. Wo diese Gewißheit, im Auftrag Gottes und unter dem Licht seiner Offenbarung für das heranwachsende Geschlecht mitverantwortlich zu sein, verlorengeht, da kann keine evangelische Erziehungsarbeit gedeihen. Die Gewißheit, es mit den werdenden Menschen

zu tun zu haben, so wie er sein Leben unter den Augen Gottes in dieser Zeit und auf dieser Erde gestalten muß, und mit seinen tatsächlichen Möglichkeiten, Gefährdungen und Grenzen gibt der kirchlichen Schularbeit erst ihren Schwung. Sie ist der ständige Antrieb für die Kirche, sich um die Schule als Ganzes zu kümmern und die Pädagogik nicht sich selbst zu überlassen.

Zugleich aber muß der evangelische Pädagoge sich leidenschaftlich gegen die Versuchung wehren, die ihn aus der Solidarität mit allen anderen Erziehern und Menschen, die nicht im Glauben stehen, herauslösen will. Kein noch so starker Glaube ersetzt eine pädagogische Fachausbildung, keine Kirchentreue befreit von der Erprobung und Übung im Unterrichts- und Bildungsgeschehen der Schulstube. Evangelische Lehrer haben keine Patentlösung, und die evangelische Kirche besitzt kein geheiligtetes Erziehungsprogramm. Zudem hat der evangelische Religionsunterricht weniger als jeder andere Unterricht sein Ziel in der Hand. Kein Kirchenmann und kein evangelischer Lehrer verfügt über die lebenspendende Kraft des Evangeliums, kein Mensch kann einen anderen zum Christen machen, keine Methode verbürgt die Übereignung des lebendigen Glaubens.

Was geschehen kann, das ist gegenseitiger Dienst aneinander, Mitarbeit, Hören und Bezeugen. Ein wenig Salz zum Ganzen.

#### 4b) Die Grenzen und Möglichkeiten kirchlicher Erziehung und das Ende ihrer Gefährdung

Evangelische Erziehung kann nur mit Lebensformen, Lebenserscheinungen und Vorstellungen des Glaubenslebens vertraut machen. Sie vermittelt nicht nur das Wissen, sondern sie führt zugleich in das gottesdienstliche Geschehen hinein. Sie vermittelt Erlebniseindrücke und führt zur Schau geistiger Gegebenheiten. Im besten Falle, wenn sie ihr Ziel erreicht, führt sie zu einer Begegnung der Erziehungsgemeinschaft mit dem erhöhten Herrn in seinem Wort und in seinem Sakrament.

Erziehung aber schafft keine Gemeinde und wirkt keine Neugeburt. Sie ist überfordert und verfälscht, wenn sie als Bekehrungsversuch verstanden und geübt wird. Aber zugleich muß gesehen werden, daß keine staatliche und öffentliche Gesetzgebung die kirchliche Erziehung wirklich ausmerzen kann, solange überhaupt noch Christengemeinden und evangelische Kirche bestehen. Die stärkste erzieherische und bildende Wirkung im christlichen Sinne geht einfach von der Existenz der Gemeinden und der Kirche aus. Die Tatsache, daß Menschen beten, daß Menschen unter der Verkündigung des Wortes Gottes, zur Feier des Sakraments zusammenkommen, die Tatsache, daß Menschen einander im Namen Jesu Christi helfen, also das Vorhandensein menschlicher Gemeinschaft unter der Anrede Gottes, ist der eigentlich tragende Grund aller kirchlichen Erziehungsarbeit. Es hat sich geschichtlich



gezeigt, daß staatliche und weltliche Macht trotz großer Vervollkommnung aller nur erdenklichen Terrormaßnahmen nicht in der Lage sind, das Auftreten und Wiederaufleben, das Bestehen lebendiger Christengemeinden zu verhindern. Darum können am Ende eines Überblicks über die Entwicklung von Kirche und Schule seit 1945 alle Sorgen und Bedenken, alle kritischen Feststellungen und Fragezeichen doch zuletzt relativiert werden durch den Hinweis, daß der erhöhte Herr der Gemeinde sich sein Regiment auch über die heranwachsenden Geschlechter nicht aus der Hand nehmen lassen wird. Evangelische Erziehung lebt aber in ihrem Kern davon, daß dieser Herr sich ihrer für sein Ziel mit der Menschenwelt bedient.

(Abgeschlossen am 31. 3. 1951.)

# Kirchliche Statistik

## *Vorbemerkung*

Wenn das Kirchliche Jahrbuch seit dem Jahrgang 1949 wieder einen Abschnitt „Kirchliche Statistik“ enthält, so darf dafür dem Herausgeber und dem Verlag herzlich gedankt werden. Wird es dadurch doch möglich, in Fortführung und im Anschluß an die früheren Untersuchungen für das kirchliche Leben bedeutsame Zahlen im Zusammenhang zu geben und auszuwerten. In den ersten Jahren muß sich die Darstellung bemühen, den Anschluß an die 1934 abgebrochenen Veröffentlichungen zu gewinnen und die Zahlenreihen in ihrer Entwicklung an die Gegenwart heranzuführen. Erst nach und nach werden in steigendem Umfange neuere Ergebnisse, insbesondere der innerkirchlichen Statistik, gebracht werden können.

Die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung sind nicht gering. Immerhin kann in diesem Band im Anschluß an die letzten Ergebnisse (Jahrbuch 1934) die Erhebung über Äußerungen des kirchlichen Lebens (Tabelle II) für die Jahre 1934 bis 1940 ausgewertet werden, da diese Zahlen seinerzeit noch — soweit vorhanden — veröffentlicht werden konnten. Im nächsten Jahrbuch soll versucht werden, die Angaben zur Tabelle II für die Zeit von 1941 ab zu erläutern, soweit sie vom Kirchenstatistischen Amt der Evangelischen Kirche in Deutschland noch beschafft werden können.

Im vorliegenden Band sind weiterhin die ersten Ergebnisse der Volkszählung 1950 ausgewertet; es wird über Bevölkerungsbewegung, über Kriminal- und Moralstatistik berichtet.

Während es früher üblich war, daß der Abschnitt „Kirchliche Statistik“ jeweils von einem Verfasser behandelt wurde, was zweifellos der Geschlossenheit der Darstellung zugute kam, sind in diesem Jahrgang erstmals mehrere Verfasser an der Abfassung beteiligt. Das hat seinen Grund darin, daß die Schwierigkeiten, das Material zu beschaffen, größer sind als früher und daß die amtliche Belastung der Mitarbeiter größer geworden ist (durch die Notwendigkeit, im statistischen Dienst für eine längere Reihe von Jahren Unterlagen zu beschaffen und zur Entlastung der Landeskirchen bzw. der Aufsichtsbezirke innerhalb der Landeskirchen Arbeiten zu zentralisieren). Wir hoffen jedoch, daß die Aufteilung des Stoffes zu der erwünschten Gründlichkeit der Darstellung und Auswertung beitragen möchte.

Abschließend darf betont werden, daß die kirchliche Statistik, die durch ihre leider nun einmal notwendigen Anforderungen an den einzelnen Pfarrer keineswegs beliebt ist und oft als eins der äußersten Randgebiete des kirchlichen Lebens angesehen wird, lediglich helfen will, aus den Äußerungen bestimmter Teile des Lebens in der staatlichen Gemeinschaft und in der Kirche Schlüsse über Entwicklung oder Zustände zu ziehen. Diese Schlüsse können Hilfen sein zur Erkenntnis oder zum Entschluß, nicht nur in Fragen der kirchlichen Verwaltung, sondern auch für Seelsorge und Verkündigung.

Dr. Paul Zieger

# *I. Statistik der kirchlichen Lebensäußerungen*

Von Pfr. Dr. Ernst Eberhard

## Allgemeine Anmerkungen zu den Tabellen

Die Reihenfolge der Kirchengebiete schließt sich der Darstellung der kirchlichen Lebensäußerungen in den früheren Kirchlichen Jahrbüchern an. Die volks-deutschen Grenzgebiete (einschließlich Danzig) blieben unberücksichtigt, weil sie in die Gesamtsummen doch nicht einbezogen werden können; ein Rückblick auf ihr kirchliches Leben wird sich in der nächsten Übersicht empfehlen, die die Zeitspanne ihrer Zugehörigkeit zum Reich umfassen wird. Die Zahlen des Saargebiets sind (wie die von Hohenzollern) in denen des Rheinlands enthalten. Außerdem wurde Eutin zu Oldenburg und Schaumburg-Lippe zu Lippe<sup>1)</sup> hinzugenommen. Die seit 1934 bestehenden Militär- und Marinegemeinden wurden außer acht gelassen, weil für die dort vollzogenen kirchlichen Handlungen keine „bürgerlichen“ Vergleichszahlen vorliegen und deshalb keine Prozentzahlen, die mit den Kirchlichkeitsziffern bleichbedeutend sind, errechnet werden können. Daraus erklären sich auch evtl. Differenzen beim Aufrechnen der einzelnen Summen.

Die Auswahl der Jahre wurde nach sachlichen Gesichtspunkten vorgenommen und wird jeweils in der Auswertung begründet; wo das nicht eigens geschieht, liegt die statistische Methode der Repräsentation zugrunde. Bei den Prozentzahlen wurde im allgemeinen auf Dezimalstellen verzichtet, einmal, weil dadurch eine bessere Übersichtlichkeit erreicht wird, und zum anderen, weil diese eine größere Genauigkeit nur vortäuschen, sofern im Erhebungsverfahren mit geringen Fehlerquellen gerechnet werden muß. Auf kleinere Abweichungen, Einschränkungen und räumliche Veränderungen wurde nicht eingegangen, weil sie sich im Rahmen der großen und übergeordneten Zahlen wieder ausgleichen; sie sind aus den der Auswertung zugrunde liegenden statistischen Tabellen (dort zumeist in den Fußnoten) zu ersehen. Diese kirchenamtlichen Zusammenstellungen der kirchlichen Lebensäußerungen sind nachzuschlagen: für 1933 im Allgm. Kirchenblatt für das Evang. Deutschland 1935, Beil. zu Heft 6; für 1934 im Gesetzblatt der DEK 1938 Ausgabe B, S. 91 ff.; für 1935 ebenda S. 99 ff.; für 1936 ebenda S. 107 ff.; für 1937 Gesetzblatt 1940, S. 69 ff.; für 1938 Gesetzblatt 1942 S. 28 ff.; für 1939 Gesetzblatt 1943, S. 6 ff. und für 1940 Gesetzblatt 1944, S. 42 ff.

Nachdem es vom Jahre 1934 ab im nationalsozialistischen Staat verboten war, kirchenstatistische Tabellen zu veröffentlichen und auszuwerten, erfordert es nicht nur die kirchliche Chronistenpflicht, eine solche klaffende Lücke so gut wie möglich zu schließen. Es ist vielmehr eine innere Verpflichtung der Kirche, sich selbst sowie ihrer Mit- und Nachwelt Rechenschaft zu geben über die Erfüllung des ihr vom Herrn der Kirche erteilten Auftrages in einer Zeit, in der sie in vielfältiger Weise offen und versteckt, brutal und raffiniert, aus Überlegung und Willkür an der Ausübung ihres Amtes zu hindern versucht wurde. Allein die Tatsache, daß jener Staat die kirchenstatistischen Veröffentlichungen, die sich auf das objektivste Mittel der Berichterstattung überhaupt gründen, nämlich auf die Zahl, schon im zweiten Jahr seines Bestehens nicht mehr geduldet hat, ist Beweis genug für seine wahre Einstellung der Kirche und dem christlichen Glauben gegenüber. Um

---

<sup>1)</sup> Diese territorial naheliegende Lösung entspricht allerdings nicht dem unterschiedlichen Bekenntnisstand beider Kirchen. Eine gesonderte Darstellung ist im nächsten Jahrgang des Kirchl. Jahrbuches vorgesehen.



so notwendiger erscheint eine zusammenhängende Darstellung der kirchlichen Lebensäußerungen während der Dauer des nationalsozialistischen Regimes, um daraus zu erkennen, wie weit sich das kirchliche Leben in dem Kampf mit dem Nationalsozialismus behauptet oder darunter gelitten hat. Leider kann sich der Überblick über die innerkirchlichen Lebensäußerungen noch nicht auf die ganze Zeitspanne der nationalsozialistischen Herrschaft erstrecken, sondern nur auf die Jahre von 1933 bis 1940. Die Kriegsjahre 1941—1945 haben auch in kirchlichen Archiven und Verwaltungsstellen so viel zerstört, daß für diese Zeit noch keine vollständigen Unterlagen in allen Landeskirchen beschafft werden konnten. Gleichwohl läßt sich aus den Zahlen der Friedensjahre die Tendenz wie das Ergebnis des staatlich-kirchlichen Ringens völlig klar erkennen, während in den Kriegsjahren so viele andere Einflüsse und Hemmungen mit hereinspielen, daß schon aus diesem Grunde eine gesonderte Betrachtung ratsam erscheint. Im übrigen hat ein solcher Rückblick nicht nur eine historische, sondern auch eine höchst aktuelle Bedeutung, insofern als wir noch dabei sind, auch im kirchlichen Raum die Schäden jener Zeit zu heilen, und andererseits daraus lernen können, den neuen, drohenden Gefahren in dieser Richtung wirksam zu begegnen.

Nachdem nunmehr die größeren und zusammenhängenden kirchenstatistischen Darstellungen<sup>1)</sup> schon fast zwanzig Jahre zurückliegen und auch sie zum Teil vernichtet oder vergriffen sind, erscheint es gerechtfertigt, den einzelnen auszuwertenden Zahlenreihen der kirchlichen Lebensäußerungen einige grundsätzliche Bemerkungen zur Kirchenstatistik im Sinne ihrer verdienstvollen Förderer Johannes Schneider und Paul Troschke voranzustellen. Dabei wird es sich als zweckmäßig erweisen, unseren Aufgabenbereich in dem umfassenden Rahmen der Kirchenstatistik abzugrenzen. Während dieser die systematische, durch Zahlen ausgedrückte Erfassung aller Äußerungen der im christlichen Glauben wurzelnden soziologischen und organisatorischen Gebilde obliegt, die wir Kirchen nennen, geht es in unserem Aufgabenkreis um die Berücksichtigung und Auswertung derjenigen kirchlichen Lebensäußerungen, die als Ausdruck der Intensität des kirchlichen Lebens gelten können. Wir werden hier sachgemäß von einer Kirchlichkeitsstatistik reden und als ihre wesentliche Aufgabe die Verhältnisbestimmung von bloß äußerlicher (passiver) Zugehörigkeit zu einer Kirche und persönlicher (aktiver) Beteiligung an ihrem Leben bezeichnen. Damit bekommen wir durch sie eine Frage beantwortet, die gerade für den von uns im folgenden zu überschauenden Zeitraum eine bedeutsame Rolle gespielt hat: Wie weit hielt das Kirchenvolk — zahlenmäßig betrachtet — zu seiner Kirche?

---

<sup>1)</sup> Johannes Schneider, *Kirchliche Jahrbücher bis 1933*; Paul Troschke, *Evang. Kirchenstatistik Deutschlands*, Heft 1—9, 1929—1932; dazu vom Verfasser: „*Kirchenvolk und Kirchlichkeit*“, Erlangen 1938.

Abgesehen von den üblichen Einwänden, denen die Statistik überhaupt ausgesetzt ist, werden einer Kirchlichkeitsstatistik gegenüber noch zwei besondere Bedenken geltend gemacht: einmal die Empfindung, daß hier innerste, ja fast sakrale Dinge allzusehr profanisiert würden, zum anderen die grundsätzliche Frage, ob mit dem Maß der Zahl überhaupt ein Gegenstand des geistlichen Lebens erfaßt werden kann. Allerdings ist die als kirchliche Pflichterfüllung und Betätigung umschriebene Kirchlichkeit nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit dem Ausfluß persönlicher Religiosität oder Gläubigkeit, und auch über den Glaubensstand eines bewußten Christen oder gar einer ganzen Kirche sagt die Statistik nichts Endgültiges aus. Nun ist aber die Kirche als „Versammlung aller Gläubigen“ (Aug. VII) eine sichtbare und darum in ihrem Umfang und ihren Handlungen auch zählbare Größe. Deshalb läßt sich in der Tat die Kirchlichkeit des einzelnen Christen sowohl wie der Gemeinde mit dem Maß der Zahl darstellen, wenn wir uns darüber klar sind, damit zwar nicht das geistliche oder seelische Leben, wohl aber den kirchlichen Sinn, die kirchliche Anteilnahme und Betätigung, das Ernstnehmen der kirchlichen Verpflichtungen zahlenmäßig veranschaulichen zu können, wobei immer noch die Frage offen bleibt, ob diese Kirchlichkeit eine echte, eine positiv zu bewertende ist, oder ob nicht noch andere Einflüsse und Beweggründe zu berücksichtigen sind. Wenn wir nach einer letzten theologischen Begründung für die Berechtigung einer Kirchlichkeitsstatistik fragen, dann finden wir sie in der dem Johannes geschenkten Offenbarung: „Das Wort ward Fleisch“ (Joh. 1, 14) und in der Erkenntnis Martin Luthers: „Gottes Wort kann nicht ohn Gottes Volk sein“ (Weim. 50, S. 629).

Der Hauptgrund für die Berechtigung einer evangelischen Kirchlichkeitsstatistik liegt jedoch nicht in ihrer psychologischen oder theologischen Rechtfertigung, sondern in ihrer eminent praktischen Bedeutung. Wie von der Statistik im allgemeinen so gilt auch von der des kirchlichen Lebens, daß sie keinen Selbstzweck hat, nicht um ihrer selbst willen betrieben wird, sondern daß sie nur Hilfsdienste zu leisten hat, indem sie auf Grund der Durchforschung der bisherigen kirchlichen Arbeit an Hand objektiver Zahlen und Ziffern Fingerzeige und Richtlinien für die Gestaltung des zukünftigen Handelns der Kirche gibt. Dabei kommt den Ergebnissen einer speziellen Kirchlichkeitsstatistik geradezu eine diagnostische Bedeutung für das gemeindliche wie gesamtkirchliche Leben zu. Ihr praktischer Zweck aber ist (nach Paul Troschke) ein dreifacher:

1. Ein instruktiver für die Träger des geistlichen Amtes. Die statistischen Zahlen vermitteln den objektiven Befund des kirchlichen Lebens, sie geben Tatsachen wieder und schildern Zustände ohne Rücksicht darauf, ob sie gut oder schlecht sind, ob sie gefallen oder nicht. Weil das Objekt einer Kirchlichkeitsstatistik der Mensch in seinem zeit- und umweltbedingten Verhältnis zur Kirche ist, wie es sich nach

außen hin sicht- und feststellbar zu erkennen gibt, darum zeichnet sie kein Ideal, sondern öffnet die Augen für die Wirklichkeit, für das, was positiv wie negativ in Erscheinung tritt. Auf Grund der dadurch gewonnenen Kenntnisse und Erkenntnisse, unter Zuhilfenahme des Vergleiches mit parallelen und übergreifenden Ergebnissen, werden sich dem verantwortlichen Pfarrer wie der Kirchenleitung neue Wege und Anregungen für Amtsführung und Verwaltung zeigen. Das setzt freilich voraus, daß wir die in kirchlichen Kreisen übliche Hilflosigkeit der Zahl gegenüber verlieren, um dadurch frei zu werden von Illusionen und Vorurteilen, Stimmungen und Trugschlüssen, optimistischen und pessimistischen Vorstellungen.

2. Im Blick auf die Gemeinde können wir vom seelsorgerlichen Wert einer Kirchlichkeitsstatistik reden. Ihr Inhalt geht nicht nur die Organe der Kirche an, sondern in nicht geringerem Maße auch ihre Glieder. Und darum ist es geradezu eine seelsorgerliche Pflicht, die Gemeinde teilnehmen zu lassen an den schmerzlichen wie an den erfreulichen Ergebnissen dieser Arbeit, deren Bekanntgabe somit ein dankbares Zeugnis für kirchliche Bewährung oder eine aufrüttelnde Mahnung zu größerer Treue und Einsatzbereitschaft sein kann.

3. Im Blick auf die am Rande oder vor den Toren der Kirche oder gar im Lager der Feinde Stehenden wird ihr apologetischer Wert offenkundig. Weil die Gegner der Kirche immer auch die Zahl als Waffe in ihrem Kampf benutzt haben und benutzen werden, und dies nicht selten in entstellender und irreführender Weise (wie gewissenlose Statistik auch getrieben werden kann), deshalb kann die Kirche in der stets sich vollziehenden geistigen Auseinandersetzung auch nicht auf die gerade der Zahl innewohnende werbende Kraft verzichten, zumal die Öffentlichkeit auf sie mehr hört als auf das bloße gesprochene oder gedruckte Wort.

Wenn wir nun noch den Gegenstand einer evangelischen Kirchlichkeitsstatistik ins Auge fassen, dann müssen wir dabei von den beiden grundlegenden Funktionen des geistlichen Amtes, der Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung, ausgehen, denn diese schließen auch die übrigen kirchlichen Handlungen, die Kasualien, wie Konfirmation, kirchliche Trauung und Beerdigung ein, in denen das Wort Gottes in eine besonders geartete Situation des persönlichen Lebens hineingesprochen wird. Alle diese Handlungen, ob sie sich nun auf eine versammelte Gemeinde oder auf Einzelpersonen beziehen, können statistisch erfaßt und damit in Vergleich mit anderen gegebenen Größen gesetzt werden. Der Einwand, daß sich Statistik und Wortverkündigung bzw. Sakrament unter allen Umständen inkommensurabel gegenüberstehen, ist deshalb nicht stichhaltig, weil wir es hier lediglich mit den zählbaren Erscheinungen dieser Handlungen, ihrer Häufigkeit, ihres erfaßten Personenkreises und ihres Verhältnisses zu anderen statistischen Daten zu tun haben.



Für die Beurteilung der Kirchlichkeit sind freilich die so erfaßten Äußerungen des kirchlichen Lebens durchaus nicht gleichwertig. Wie weit dabei, aufs ganze gesehen, das religiöse Verlangen und das persönliche Bekenntnis im Vordergrund stehen oder aber die herrschende Sitte oder überhaupt außerkirchliche Motive mitbestimmend sind, kann nur bei den einzelnen kirchlichen Handlungen erwogen werden. Von vornherein steht wohl fest, daß der Gottesdienstbesuch und die Abendmahlsbeteiligung für die Charakterisierung des kirchlichen Lebens ein zuverlässigeres Kriterium darstellen als Taufe, Trauung und kirchliches Begräbnis. Danach könnte man unterscheiden zwischen einer Kirchlichkeit ersten Grades und einer solchen zweiten Grades, oder auch zwischen einer mehr aktiven und einer mehr passiven bzw. rezeptiven Kirchlichkeit. Allerdings sind die Grenzen zwischen beiden Arten fließende — je nach den kirchlichen, zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten. In der folgenden Darstellung der kirchlichen Lebensäußerungen in dem Zeitraum von 1933 bis 1940 soll diese Unterscheidung zwar nicht streng durchgeführt werden, dem Sinne nach aber doch der Reihenfolge der kirchlichen Handlungen zugrunde liegen.

### 1. Das Verhältnis der Taufen und Geburten

Im Gegensatz zu den statistischen Übersichten in den Kirchlichen Jahrbüchern bis 1932, die sich immer nur auf ein Jahr erstreckten, obliegt uns diesmal die Aufgabe, einen Zeitraum von 8—10 Jahren der vergleichenden Betrachtung zu unterziehen. Das bedeutet technisch, daß wir uns in der Auswahl der Tabellen und Zusammenstellungen beschränken müssen. Dabei lassen wir uns, wie es jede statistische Auswertung erfordert, von den beiden Gesichtspunkten einer möglichst umfassenden Vollständigkeit einerseits und einer leicht faßlichen Übersichtlichkeit andererseits leiten.

Die Taufstatistik unterscheidet gewöhnlich drei Kategorien von Kindern: solche aus rein evangelischen Ehen, aus konfessionell gemischten Ehen, und von unehelichen evangelischen Müttern geborene. Das prozentuale Verhältnis der Taufen zu den Geburten zeigt bei evangelischen Elternpaaren und bei evangelischen unehelichen Müttern den Grad der Wertschätzung des Sakraments an, in Mischehen darüber hinaus auch die Stärke des evangelischen Konfessionsbewußtseins. Zweifellos sind die daraus resultierenden Taufziffern für die Beurteilung des kirchlichen Lebens von Bedeutung, doch dürfen sie nicht überschätzt werden, weil — aufs Volksganze gesehen — für das Begehren der Taufe die Sitte immer noch als beherrschendes Motiv betrachtet werden muß.

In Tabelle 1<sup>1)</sup> wird die Gesamtzahl der Taufen und ihr Verhältnis zu den Geburten in den Jahren von 1930 bis 1940 dargestellt. Die Zahlen und Ziffern von 1930 und 1932 sind hinzugenommen, um die

---

<sup>1)</sup> Siehe die „Allgem. Anmerkungen zu den Tabellen“ auf S. 425.



Tabelle 1

## Das Verhältnis der Taufen und Geburten

Kirchengebiete:	Gesamtzahl der T a u f e n						Das sind .....% der Geburten							
	1930 <sup>1)</sup>	1932 <sup>1)</sup>	1933 <sup>2)</sup>	1934	1937 <sup>2)</sup>	1939	1940 <sup>2)</sup>	1930	1932	1933	1934	1937	1939	1940
Ostpreußen	37635	35942	35606 (708)	41429	42536 (645)	48558	42478 (807)	94	94	93	91	90	92	92
Berlin	28571	25961	37442 (14290) +1385	45320	44692 (6423) +1100	41908	.	89	97	122	98	85	76	.
Brandenburg	36296	32524	35783 (2833)	41086	43014 (1693)	44272	.	94	97	100	90	89	84	.
Pommern	32649	30259	30624 (537)	35726	36665 (558)	37139	36436 (913)	94	95	96	93	96	92	90
Grenzmark Posen- Westpreußen	4008	3690	3689 (11)	4249	4508 (24)	4582	4365	96	96	93	89	92	95	88
Schlesien	41218	36213	37520 (1694)	45493	44283 (671)	45949	48554 (627)	96	97	91	88	88	83	86
Sachsen (Prov.)	47775	42767	48648 (7338)	54230	50989 (2365)	51682	49719 (1377)	91	97	108	97	89	87	88
Westfalen	40053	31258	32365 (1220)	40851	41781 (684)	41764	.	97	98	94	89	95	83	.
Rheinland	35650	29189	30570 (2851)	39471	39852 (602)	39454	.	96	97	89	82	77	71	.
Altpreußische Union	303855	267803	292247 (31482) +2622	347855	348320 (13660) +2100	359254	[206184] <sup>1)</sup> (4287)	94	97	99	91	87	83	[89] <sup>1)</sup>
Schleswig-Holstein	22707	20572	22329 (3611)	26928	26904 (2043)	25794	26648 (2443)	94	96	104	92	91	84	89
Hannover luth.	42200	37975	37831 (1200)	45178	48154 (812)	50782	50598 (762)	100	101	97	93	92	91	89
Hannover reform.	3044	2799	2706 (150)	3261	3254 (108)	3344	3341 (95)	78	84			87	83	82
Hessen-Nassau	26539	22592	22656 (1672)	27111	28053 (145)	28782	29073 (352)	97	97	92	88	91	89	86
Kurhessen-Waldeck	15128	12847	13725 (290)	16298	16777	18190	18222 (33)	100,5	100	94	92	94	94	93

Bayern	26476	23915	22797 (?)	27009	28470 (109)	31806	32201 (237)	101	101	92	92	89	86	87
Pfalz	10365	9012	8896 (79)	10369	10776 (45)	9108	10527 (50)	102	103	91	88	88	87	90
Sachsen	61911	50425	67151 (14092)	72801	67098 (3791)	66420	70001 (3553)	96	99	123	104	92	87	90
Württemberg	28690	24660	24430 (363)	29053	32534 (145)	35911	35710	98	98	94	93	90	87	87
Baden	15732	13327	13104 (94)	15993	17448	.	.	99	99	93	88	87	.	.
Thüringen	23802	20176	23628 (3290)	27913	25689 (1456)	26428	26329 (953)	96	98	113	106	93	87	86
Mecklenburg	12774	12260	11941 (50)	13895	14929 (104)	.	.	95	97	97	94	85	.	.
Oldenburg	7779	7042	6871 (190)	7417	8007 (147)	7905	8364 (230)	97	97	100	89	83	78	81
Braunschweig	6710	5927	6669 (1357)	6183	6989 (343)	6925	7460 (250)	95	100	107	80	78	70	70
Anhalt	5023	4328	6919 (2078)	6651	6453 (122)	6853	7056 (191)	94	95	150	108	80	78	85
Lippe	3489	3051	2991 (16)	3560	3745	8078	3952 (60)	100	99	101	94	93	92	96
Lübeck	1639	1391	1515 (?)	1781	1927 (116)	2101	2294 (260)	88	92	99	87	78	77	80
Bremen	3720	3624	5073 (1592)	5867	6087 (274)	6107	5945 (419)	72	81	107	94	78	71	70
Hamburg	10696	9934	13883 (6446)	16627	14774	.	.	76	88	112	103	85	.	.
DEK	632279	553660	607396 (68550) + 4050	716887	725932 (23480) + 4070	704678*	[572683] <sup>1)</sup> (16970) + 1860	96,5	97,5	101	94	89	87 <sup>2)</sup>	[90] <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> In diesen Jahren ist bei den Zahlen der Geburten noch die Hälfte der Kinder aus Mischehen abgezogen; in den folgenden Jahren nicht mehr.

<sup>2)</sup> In Klammern ( ) sind die Zahlen der Taufnachholungen beigefügt, die in den Gesamtzahlen enthalten sind; die mit + hinzugefügten Zahlen sind zusätzliche Taufen von Kindern, deren beide Eltern nicht evangelisch sind, und von Erwachsenen.

<sup>3)</sup> Die Gesamtsummen der Altpreuß. Union für das Jahr 1940 und die der DEK für 1939 und 1940 stimmen wegen der fehlenden Kirchengebiete nicht mit den wirklichen Verhältnissen überein; ebenso ist es mit den entsprechenden Prozentzahlen.

Entwicklung in einem Jahrzehnt zu veranschaulichen, das nicht nur in politischer, sondern ebenso in kirchlicher Hinsicht von entscheidender Bedeutung war. Daran kann auch schon der Einfluß des Nationalsozialismus auf das kirchliche Leben im Ganzen abgelesen werden. Er hat es zweifellos verstanden, durch geschickte Propaganda zunächst den Anschein zu erwecken, als ob er zu Kirche und Christentum positiv eingestellt wäre. Und wir wollen auch nicht verschweigen, daß dies — äußerlich gesehen — einen merklichen Aufschwung des kirchlichen Lebens im Jahr der sogenannten Machtergreifung mit sich brachte. Nur so erklären sich die hohen Taufziffern im Jahre 1933, die zum Teil 100% beträchtlich übersteigen und ihren Grund in den zahlreichen Taufnachholungen haben. Solche waren freilich in diesem Ausmaß nur dort möglich, wo die Taufversäumnisse und damit die völlige Absage an den christlichen Glauben in dem Jahrzehnt zuvor ein so erschreckend hohes Maß angenommen hatten, wie etwa in Berlin, Sachsen (Provinz und Freistaat), Schleswig-Holstein, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Hamburg. Die Tendenz der Taufnachholungen in den unkirchlichen Gebieten der DEK hält 1934 noch an. Doch wird auch von diesem Jahr an schon die ablehnende Einstellung des Nationalsozialismus der christlichen Kirche gegenüber erkennbar, was sich im Sinken der Taufziffern bis zu 10% unter den Reichsdurchschnitt der Jahre 1930/32 auswirkt.

An Einzelheiten sind bemerkenswert: Die Zahl der Taufnachholungen in Berlin 1933, die fast 40% der Gesamtzahl der Taufen dieses Jahres beträgt; in der Provinz Sachsen 15%, im Land Sachsen über 20%, in Thüringen 14%, in dem kleinen Anhalt 30%, in Hamburg gar über 45%! (und im Jahre 1935 noch 28%!), während z. B. als gutkirchlich bekannte Gebiete wie Bayern 1933 1,2%, die Pfalz 0,9%, Württemberg 1,6%, Hannover luth. 3%, Pommern 1,7% Nachtaufen melden. Ein Blick auf die Berliner Zahlen zeigt allerdings, daß dort die Taufnachholungen selbst im Jahre 1939 noch 11% der gesamten Taufen betragen, während die Taufziffer sogar auf 76% zurückging. Eine Erklärung hierfür liegt wohl in der Annahme, daß die Tauffristen häufig auch aus Gleichgültigkeit oder welchen Gründen immer ein Jahr überschreiten (denn erst die Taufen, die später als ein Jahr nach der Geburt vollzogen werden, zählen als Taufnachholungen).

In Tabelle 2 werden die Taufziffern nach den erwähnten Geburtenkategorien aufgegliedert. Um die Entwicklungstendenz erkennen zu lassen, wurden die Jahre 1933, 1936 und 1939 jeweils nebeneinander dargestellt. In der Spalte der rein evangelischen Ehen fallen wiederum die Taufziffern ins Auge, die 100% übersteigen: Bedenkliche Zeichen dafür, wie weit die Loslösung von Kirche und Sitte schon fortgeschritten war in Ehen, von denen beide Teile im evangelischen Glauben erzogen worden waren — womit allerdings auch die Schuld der Kirche in ein sehr grelles Licht gerückt wird. Nehmen wir den

Tabelle 2 Die Taufen nach der Konfessionszugehörigkeit

Kirchengebiete:	Die Taufen betragen .....% der Geburten										Von allen Taufen sind in ....%						
	In rein ev. Ehen			In ev.-kath. Ehen			In ev.-nichtchr. Ehen				bei unehel. Kindern ev. Mütter		aus Mischehen		von unehel. ev. Müttern		
	1933	1936	1939	1933	1936	1939	1933	1936	1939	1933	1936	1939	1933	1936	1939	1933	1939
Ostpreußen	95	93	98	42	37	37	180	138	35	82	98	89	2	2,5	10	7,5	
Berlin	130	90	83	66	53	50	228	116	70	86	71	66	18	19	10	9,5	
Brandenburg	105	93	90	63	55	47	215	130	53	68	63	58	6,5	6	8	6	
Pommern	99	96	94	54	51	68	140	114	53	83	80	83	2	2,5	11	7	
Grenzmark Posen-Westpreußen	99	95	100	40	43	45	156	200	40	81	83	98	4	4,5	8	5,5	
Schlesien	99	95	93	55	53	52	214	140	65	85	87	85	15	16	13	8	
Sachsen (Prov.)	112	93	92	62	76	58	263	179	65	77	70	76	8	7	10	7,5	
Westfalen	102	96	96	45	47	40	174	123	60	80	71	66	13	14	3	3	
Rheinland	104	92	87	50	50	44	194	132	65	77	71	61	25	27	3,5	4	
Altpreußische Union	104	94	92	53	52	47	213	130	63	80	75	74	11	11,2	9	6,5	
Schleswig-Holstein	107	90	90	61	45	50	124	105	32	86	64	60	4	4	7	5	
Hannover luth.	100	96	97	53	51	48	145	145	50	84	75	73	4,5	6	6,5	2,5	
Hannover ref.		97	99	58	60	59	140	105	60	90	89	92	15	16	6	5	
Hessen-Nassau	101	97	99	54	52	52	141	172	35	83	87	88	3,5	5	3,5	4	
Kurbessen-Waldeck	97	96	100	59	61	60	117	93	67	97	95	84	13	17	13	8	
Bayern	99	96	95	61	63	63	108	115	63	96	96	93	20	21	7	6	
Pfalz	99	99	96	65	63	71	260	148	73	99	91	77	18	14	15	8	
Sachsen	117	99	92	98	83	83	122	83	55	97	91	91	8	11	10	6	
Württemberg	98	97	95	57	57	53	122	83	55	97	91	91	16	(20)	11	(7)	
Baden <sup>1)</sup>	99	97	(96)	68	72	(58)	186	155	(84)	90	97	(98)	9	7	10	(7)	
Thüringen	115	98	92	74	67	57	193	184	59	88	78	73	2	(2)	13	(8)	
Mecklenburg <sup>1)</sup>	99	93	(90)	92	47	(37)	150	50 <sup>(?)</sup>	(90)	89	83	(91)	9	4	5	3	
Oldenburg	103	92	87	53	50	32	83	(?)	20	83	86	53	3	4	5	3	
Braunschweig	117	89	79	46	61	39	61	20	32	89	69	59	5	6	10	6	
Anhalt	156	94	84	79	59	53	288	84	39	89	64	67	15	6	8	7	
Lippe	100	97	97	88	53	43	188	35	26	104	80	83	2	3	4	3	
Lübeck	106	89	83	72	52	42	89	69	35	77	69	62	6	5	9	7	
Bremen	117	85	73	36	56	51	145	225	82	65	67	51	3	11	5	4	
Hamburg <sup>1)</sup>	112	90	(82)	110	80	(62)	206	177	(90)	73	65	(55)	13	(12)	6,5	(6)	
DEK	105	96	94	58	57	52	200	132	61	86	79	75	11	11	9	6	

<sup>1)</sup> An Stelle der fehlenden Ziffern des Jahres 1939 sind diejenigen von 1938 in Klammern () eingesetzt.



Durchschnitt der DEK — beginnend mit 1932 —, dann machen die Ziffern 98—105—96—94 doch schon deutlich, wie sich unter der national-sozialistischen Beeinflussung die Wertschätzung des Sakraments und der kirchlichen Sitte wieder gewandelt hat.

Einer besonderen Erklärung bedürfen die Taufziffern in Mischehen. Wir wenden uns zuerst den evangelisch-katholischen Ehen zu und müssen überraschenderweise feststellen, daß in ihnen — von einigen Ausnahmen in den ausgesprochen unkirchlichen Gebieten abgesehen, die 100% nur in einem einzigen Fall (Hamburg) überschreiten — Taufnachholungen kaum vollzogen werden mußten, weil sich in ihnen wenigstens ein Elternteil noch so kirchlich gebunden fühlte, daß er für sein Kind den Segen der christlichen Taufe begehrte. Im übrigen sind gerade diese Ziffern ein wertvoller Gradmesser für das konfessionelle Bewußtsein der evangelischen Christen. Sie können freilich nur dann richtig beurteilt werden, wenn wir sie in Vergleich setzen zu den Anteilziffern der evangelischen Bevölkerung an den Gesamteinwohnerzahlen. Es wäre naheliegend und verständlich, wenn der Anteil der evangelischen Taufen in evangelisch-katholischen Ehen dem zahlenmäßigen Verhältnis der beiden Konfessionen in den jeweiligen Kirchengebieten entsprechen würde. Wenn wir aber die Tabelle 3, die darüber Aufschluß gibt, mit der Tabelle 2 (Spalte 2) vergleichen, dann erkennen wir, daß es nicht nach dieser vernunftgemäßen Überlegung geht. Es ist eher das Gegenteil richtig: Je höher der Anteil der Evangelischen an der Gesamtbevölkerung ist, um so niedriger sind die Taufziffern in den konfessionell gemischten Ehen. Zum Beweis dienen auf der einen Seite die Ziffern von Rheinland, Bayern, Baden, wo sich die Evangelischen in der Minderheit befinden, aber kirchlich gesehen sich prozentual stärker als die Mehrheitskonfession durchsetzen, und auf der anderen Seite könnten wir praktisch alle Kirchenbezirke nennen, insbesondere die norddeutschen, in denen das evangelische Bekenntnis die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung darstellt. In der Mitte halten sich in beider Hinsicht Schlesien, Westfalen, Hessen-Nassau, Pfalz, Württemberg und der Reichsdurchschnitt. Wo Abweichungen von diesem geradezu gesetzmäßigen Befund vorliegen, sind sie auf kirchliche oder außerkirchliche Besonderheiten der Provinzen oder Länder zurückzuführen. Dem widerspricht auch nicht die praktische Erfahrung in den Einzelgemeinden, in denen sich die Mehrheitskonfession anscheinend fast ausnahmslos durchsetzt. Denn wo das der Fall ist, handelt es sich im allgemeinen doch nur um konfessionell mehr oder weniger geschlossene dörfliche Gemeinden mit nur einem Gotteshaus bzw. Pfarramt.

Zu den Mischehen sind nun aber auch noch die zwischen evangelischen und nichtchristlichen Ehegatten zu rechnen. (Die zwischen evangelischen und sonstchristlichen können außer Betracht bleiben, weil sie zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen.) Die auffallendste

Erscheinung in dieser Spalte sind die ungewöhnlich hohen Taufziffern im Jahre 1933, die fast ausschließlich als Taufnachholungen zu werten sind. In nur drei Gebieten liegt diese Ziffer unter 100% (Oldenburg, Braunschweig und Lübeck, deren gemeldete Zahlen im Zusammenhang des Ganzen allerdings nicht erklärt werden können, sondern höchstens auf Grund der örtlichen Verhältnisse). Sieben Provinzen bzw. Landeskirchen weisen Ziffern zwischen 200 und 300% auf. Das sind naturgemäß die, in denen das Freidenkertum, die organisierte und nichtorganisierte Gottlosigkeit im Weimarer Reich besonders blühte, nämlich in den Gebieten mit großen Massenzusammenballungen und ausgedehnten Industriebezirken, an der Spitze die beiden Sachsen, Berlin, Schlesien, Hamburg. Als auffallend unkirchlich erscheint — nicht nur in diesem Zusammenhang — auch Anhalt. Diese hoffnungsvolle Nebenwirkung des Dritten Reiches verkehrte sich freilich bald ins Gegenteil: während nämlich der Reichsdurchschnitt der Taufen in evangelisch-nichtchristlichen Ehen 1932 fast 90% betrug, sank er im Jahre 1939 auf etwa 60% der Geburten. Dabei ist noch zu bedenken, daß die absolute Zahl der 1932 in evangelisch-religionslosen Ehen getauften Kinder rund 13 000 betrug, die der 1939 in evangelisch-nichtchristlichen Ehen getauften aber 26 000! Das bedeutet, daß in diesen Ehen vor dem Dritten Reich in Deutschland rund 1600 Kinder ungetauft blieben, auf dem Höhepunkt des Dritten Reiches dagegen 16 000! Nur daß an die Stelle des offiziellen und praktizierten Freidenkertums inzwischen eine andere Art der unchristlichen und antichristlichen Einstellung getreten war: die sogenannte Gottgläubigkeit. Einen Eindruck von ihrem zahlenmäßigen Umfang vermittelt die der Tabelle 3 anhangsweise hinzugefügte Spalte über den prozentualen Anteil der Gottgläubigen an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1939. — Jene 40% oder 16 000 im Jahre 1939 ungetauft gebliebenen Kinder sind aber nicht nur ein kirchenstatistischer Tatbestand. Sie stellten vielmehr eine ernste seelsorgerliche Frage an die ganze Kirche dar, — eine Frage, von deren gewissensmäßigen Belastung die Kirche im Jahre 1945 und danach zum Teil entlastet worden ist.

Die Taufen bzw. Geburten in Mischehen müssen auch im Zusammenhang mit ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Taufen bzw. Geburten gesehen werden, wie es aus der vorletzten Spalte der Tabelle 2 hervorgeht. Auch hier führt ein Vergleich mit dem Mischungsverhältnis der Konfessionen (Tabelle 3) zu der Erkenntnis, daß die Mischehentaufen in dem Verhältnis zunehmen, wie die Anteilsziffern der Evangelischen abnehmen. Dabei ist allerdings auch die Intensität der Bevölkerungsmischung von Bedeutung, was ein Vergleich von Berlin und Bayern etwa erkennen läßt, wo sich auf der einen Seite durcheinander gewürfelte Bevölkerungsschichten und auf der anderen Seite zum großen Teil doch konfessionell verhältnismäßig geschlossene Landstriche gegenüberstehen. Im übrigen ist aus den Durchschnittsziffern der Mischehen-

Tabelle 3

## Einwohnerzahlen 1939

auf Grund der Volkszählung von 1939. (Vergl. Gesetzblatt der DEK 1943, Nr. 3, S. 28.)

	Gesamtbevölk.	Evangel.	in ‰	Gottgl. in ‰ (+ Gottlose in ‰)
Ostpreußen	2 119 879	1 751 591	82,6	1,2
Berlin	4 321 521	3 026 436	70,0	10,2+6
Brandenburg	2 915 040	2 521 443	86,5	3,3
Pommern	2 350 597	2 092 549	89,8	2,1
Schlesien	4 780 846	2 289 093	47,9	1,9
Sachsen (Prov.)	3 533 239	3 036 211	85,9	3,3
Westfalen	5 188 653	2 316 290	44,6	3,6
Rheinland	8 667 632	2 455 742	28,3	4,0
Altpreußen	33 857 407	19 491 037	57,6	4,0
Schleswig-Holstein	1 716 067	1 501 239	87,5	5,2
Hannover	3 527 095	2 812 310	79,7	2,7
Hessen-Nassau	2 807 810	1 685 001	60,0	3,2
Kurhessen-Waldeck	1 179 355	927 732	78,7	2,0
Bayern	7 037 034	1 709 446	24,3	1,1
Pfalz	1 126 216	592 075	52,6	1,4
Sachsen	5 197 623	4 484 070	86,3	5,3
Württemberg	2 849 997	1 814 476	63,7	2,2
Baden	2 457 633	936 281	38,1	1,8
Thüringen	1 713 136	1 500 530	87,6	5,8
Mecklenburg	883 710	792 906	90,0	3,1
Oldenburg	609 366	431 720	71,0	4,0
Braunschweig	572 078	464 175	81,1	5,5
Anhalt	417 929	365 453	87,4	3,5
Lippe	236 597	217 333	92,0	1,5
Lübeck	150 850	134 111	88,9	2,8
Bremen	445 067	373 821	84,0	3,9
Hamburg	1 195 989	950 932	79,5	7,2+6
DEK bzw. DR	67 980 959	41 184 648	60,6	3,6+1,5

taufen zu ersehen, daß sie in der Altpreußischen Union und in der DEK sowohl 1933 wie 1939 11% betragen, also durchaus konstant geblieben sind, entgegen der Erwartung, daß die im Zeichen der „Entkonfessionalisierung“ gestandene Religions- und Kirchenpolitik des Dritten Reiches eine fortschreitende Konfessionsmischung der Bevölkerung hätte begünstigen müssen. In einzelnen Kirchengebieten freilich läßt sich diese Tendenz nicht verkennen.

Die letzte Kategorie der Taufen sind die der unehelichen Kinder von evangelischen Müttern. Die erste auffallende Erscheinung bei diesen Ziffern ist die, daß im Jahre 1933 sehr viel weniger Taufnachholungen zu verzeichnen sind als in den anderen Gruppen. Im Reichsdurchschnitt wurden von 100 unehelichen Kindern evan-

gelischer Mütter 1932 80 getauft, 1933 86. Die Erklärung hierfür liegt in der Tatsache, daß ein freilich nicht feststellbarer Prozentsatz der unehelich Geborenen auf Grund späterer Legitimation unter den ehelich Getauften (bzw. Nachgetauften) wiedererscheint. Damit ist zum Teil auch die Antwort gegeben auf die Frage, ob die 1939 im Reichsdurchschnitt 25% der unehelichen Kinder von evangelischen Müttern wirklich ungetauft geblieben sind. Von einem erheblichen Teil wird das zweifellos gesagt werden müssen, nachdem die uneheliche Mutter in jener Zeit gerade von den unkirchlichen und antikirchlichen Vertretern der Partei und des Staates in Schutz genommen — um nicht zu sagen: glorifiziert — worden ist.

Darüber hinaus sind diese Zahlen noch von bevölkerungspolitischem und moralstatistischem Interesse. Die letzte Spalte der Tabelle 2 zeigt den Anteil der unehelichen Taufen an der Gesamtzahl der Taufen. Hier ist die erfreuliche Feststellung zu treffen, daß diese Ziffer im Reichsdurchschnitt von 9 auf 6 zurückgegangen ist, d. h. wenn 1933 jedes 11. evangelisch getaufte Kind unehelich war, dann 1939 nur noch jedes 17.; oder: wenn wir die Geburtenzahlen betrachten, bei denen besondere kirchliche Tatbestände wie Taufnachholungen u. a. wegfallen, dann jedes 9. bzw. 14. Kind. Dieser Rückgang der unehelichen Taufen bzw. Geburten ist zweifellos den bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus zuzuschreiben, der Gewährung von Ehestandsdarlehen und der Förderung der Frühehen, sowie dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung. Demgegenüber wirkte sich die schon erwähnte ideologische Apologie der unehelichen Mutter durch die nationalsozialistische Weltanschauung aufs Ganze gesehen zahlenmäßig offensichtlich nicht aus, es sei denn in der Zunahme der ungetauft gebliebenen Kinder. Für die Kirche war natürlich die Abgrenzung gegen diese parteiamtliche Einstellung kein Hinderungsgrund zur Fürsorge und Seelsorge am unehelichen Kind und dessen Mutter.

Die Ziffern der unehelichen Geburten (bzw. als Parallele dazu die der Taufen) werden gewöhnlich auch — neben denen der Ehescheidungen und Selbstmorde — als Bestandteil der Moralstatistik gewertet. Dem kann aber nur noch mit großen Einschränkungen zugestimmt werden. Wie ein Vergleich der einzelnen Länder und Provinzen zeigt, können diese Ziffern doch nur sehr bedingt als Gradmesser ihrer (negativen) Sittlichkeit gelten. Danach würde z. B. die Moral Hamburgs derjenigen der Pfalz entsprechen, nachdem beide gleich niedrige Unehelichenziffern aufweisen, oder wesentlich besser sein als die Bayerns und Württembergs und Schlesiens und vieler anderer Gebiete. Es liegt jedoch auf der Hand, daß diese außerordentlich niedrige Ziffer Hamburgs keinen Schluß auf eine besonders gute Moral dieser Weltstadt zuläßt, sondern ihren Grund nur in der bei weitem unsittlicheren Verwendung von Präventiv- und Abortivmitteln im Sexualleben hat. — Im übrigen spielen gerade auf dem Gebiet der unehelichen Progenitur die ver-



schiedenen Volksanschauungen und -sitten, insbesondere auf dem flachen Land, eine große Rolle. Um aus dem zahlenmäßigen Befund jeweils gerechte Urteile fällen zu können, müßte man endlich auch noch unterscheiden zwischen den eigentlichen unehelichen Geburten und den vorehelichen, die im Blick auf die folgende Eingehung der Ehe doch schon auf ein höheres Verantwortungsbewußtsein schließen lassen. So sind also die Ziffern der unehelichen Geburten und Taufen nur mit Vorsicht als Ausdruck der Volkssittlichkeit zu bewerten.

## 2. Die Konfirmandenzahlen

Die Teilnahme an der Konfirmation, die nach vorausgegangenem Unterricht mit abschließender Prüfung in feierlicher Form die Abendmahlsmündigkeit erklärt, kann wohl kaum als ein Gradmesser bewußt kirchlichen Sinnes betrachtet werden, da sie zu sehr festgeprägte kirchliche Sitte ist, die in festlich-ernster Weise die Volksschulzeit würdig abschließen soll, auch dort, wo das Band der Eltern mit der Kirche schon lange gelockert oder gar zerrissen ist. Von einer ergiebigen Auswertung einer Konfirmandenstatistik muß auch deshalb abgesehen werden, weil dafür keine „bürgerliche“ Zahlenreihe zum Vergleich herangezogen werden kann wie bei den Taufen, Trauungen und Beerdigungen; denn es ist praktisch nicht durchführbar, jederzeit die Zahl für eine bestimmte Altersgruppe des Volkes anzugeben, noch dazu in konfessioneller Aufteilung. Allerdings ist die jährliche Zahl der Konfirmanden wesentlich abhängig von der Zahl der 14 Jahre vorher getauften evangelischen Kinder, wobei aber wiederum zu berücksichtigen ist, daß auch das Konfirmationsalter nicht überall einheitlich ist.

Wir beschränken uns in Tabelle 4 auf die Mitteilung der Gesamtsummen der Konfirmanden in der DEK im Zeitraum zwischen 1930 und 1940, aufgegliedert nach den verschiedenen Arten der Ehen, aus denen sie kommen, und fügen dieser Zusammenstellung die Zahlen des Konfirmandenjahrgangs 1939 in landeskirchlicher Aufteilung an (um daraus später auch den Zusammenhang mit den Abendmahlsziffern darzutun). Zunächst ist bevölkerungspolitisch beachtenswert, wie unterschiedlich die Jahrgänge der 14 Jahre zuvor Getauften sind. Das Jahr 1918 stellt — erklärlicherweise — den Tiefpunkt der Geburtenzahl dar, somit auch das Jahr 1932 den der Konfirmandenzahl. Auffallend stark ist der Anstieg der Geburten- bzw. Taufzahl 1919/20, um dann wieder stetig zu sinken bis zum Jahr 1932/33, in dem allerdings der Tiefstand von 1918 nicht mehr erreicht wird.

Ein kirchliches Interesse beanspruchen wiederum die Prozentzahlen, mit denen die Konfirmandenzahl eines Jahrgangs auf die Taufzahl des entsprechenden Jahrgangs bezogen wird. Freilich spielen hier auch bevölkerungsstatistische Daten eine Rolle wie z. B. die verschieden hohe Säuglingssterblichkeit. Damit wird wohl zum Teil erklärt werden

Tabelle 4a Konfirmandenzahlen der DEK 1930/40

Jahrg.	im ganzen (Konf.- Nachho- lungen)	das sind % der vor 14 J. Ge- tauften	V. d. Konf. sind in % d. Ges. Summe			V. d. Misch- ehen betr. i. %		Konfirm.- Versagungen		Außerd. wurden konfirm.	
			a. rein ev. Ehen	aus Misch. ehen	v. un- ehel. Müt- tern	die ev.- kath.	die ev.- nicht- chr.	abs.	in %	Kinder v. nicht- ev. Eltern	Er- wach- sene
1930	447695	80		6							
1932	358263	73		6							
1933	420062	65	90	7	3	68	28	209	0,5	4013	1025
1934	769020 (1936)	84	91	7	2	61	36	378	0,4	4350	2046
1936	729187 (1232)	93	91	7	2	63	33	360	0,5	3275	1480
1938	630360 (525)	90	91	7	2	62	33	666	1,0	4742	500
1939	604189 (493)	82	90	7	3	60	36	759	1,3	4114	241
1940	532360 (381)	74	90	7	3	60	36	1030	2,0	2666	72

können, daß 1933 nur 65% von den 14 Jahre vorher getauften evangelischen Kindern konfirmiert wurden. Andererseits aber wirkt sich hier doch offensichtlich die Gottlosen- und Freidenkerpropaganda der zwanziger Jahre aus. Im Gegensatz zu den Tauf- und Trauziffern dieses Jahres, die infolge der Nachholungen dieser kirchlichen Handlungen so enorm ansteigen, können Nachkonfirmationen 1933 noch nicht in Erscheinung treten, weil das zeitlich und unterrichtsmäßig nicht mehr möglich war. Dagegen zeigt das Jahr 1934 zwar einen um 20% höheren Anteil der Konfirmandenzahl an der vergleichbaren Taufzahl, aber auch eine auffallend niedrige Zahl von Konfirmationsnachholungen (rund 2000, d. i. nicht einmal ein Drittel Prozent — 0,3% — der Gesamtzahl), was wohl im wesentlichen nur psychologisch mit dem Jugendalter zu erklären ist. In den von 1936 an sinkenden Prozentzahlen spiegeln sich wiederum recht deutlich die Zeichen der Zeit, die ihr Augenmerk gerade auf die Jugend richtet und die ihren Niederschlag auch in den zunehmenden Konfirmationsversagungen findet.

### 3. Das Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen

Auch die kirchliche Trauung ist sehr viel stärker von festgeformter christlicher Sitte als von betont kirchlichem Handeln bestimmt. Wer aber zur standesamtlichen auch noch die kirchliche Trauung wünscht, der bekundet damit doch, daß er den Anfang seiner Ehe unter Gottes

Tabelle 4b

1939 wurden konfirmiert

Kirchengebiete:	Kinder von evang. oder teilw. evang. Eltern	Kinder von nicht evang. Eltern und Erwachsene	das sind insges. ‰ der Abendm.- Gäste ds. Jahres
Ostpreußen	37586	1	12
Berlin	31813	1279	15
Brandenburg	38824	94	10,5
Pommern	31967	30	9
Grenzmark Posen- Westpreußen	3512	—	5,5
Schlesien	41170	358	8
Sachsen (Prov.)	49835	127	14,5
Westfalen	37123	184	9
Rheinland	35646	342	11,5
Altpreußische Union	311331	2415	11
Schleswig-Holstein	24739	142	24
Hannover luth.	41594	120	6,5
Hannover ref.	3037	—	16
Hessen-Nassau	26274	54	6
Kurhessen-Waldeck	15238	8	4
Bayern	24548	3	3
Pfalz	7320	34	6,5
Sachsen	68503	895	10
Württemberg	25004	—	5
Baden	(15330) <sup>1)</sup>	(—) <sup>1)</sup>	(5) <sup>1)</sup>
Thüringen	25888	354	15
Mecklenburg	(11532) <sup>1)</sup>	(2) <sup>1)</sup>	(13) <sup>1)</sup>
Oldenburg	6170	19	29,5
Braunschweig	6862	21	14
Anhalt	5803	10	16
Lippe	3694	—	7
Lübeck	1897	2	24
Bremen	4266	36	29
Hamburg	(11551) <sup>1)</sup>	(223) <sup>1)</sup>	(25) <sup>1)</sup>
DEK	604189	4114	9

<sup>1)</sup> Als Ersatz für die nichtgemeldeten Zahlen von 1939 dienen diejenigen von 1938.

Wort und Segen stellen will. Gewiß kann nach evangelischer Auffassung auch eine vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe eine christliche sein und werden, und eine kirchlich getraute dagegen eine recht unchristliche. Eine bewußt kirchliche Gesinnung der Eheschließenden aber wird sich immer auch in dem Begehren der kirchlichen Trauung und damit der Fürbitte der Gemeinde äußern.

Die Tabelle 5 gibt einen allgemeinen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der standesamtlichen wie der kirchlichen

Trauungen (bei denen ein oder beide Eheleute evangelisch sind) in der ersten Hälfte der nationalsozialistischen Herrschaft (1933/40), der deutlich erkennen läßt, wie sich während dieser Zeit die kirchliche Sitte zusehends ändert.

Zunächst geben die Zahlen der Eheschließungen, für sich betrachtet, wieder einige bevölkerungspolitische Aufschlüsse. Nach dem Tiefstand von 1932 (mit 365 000 Eheschließungen) nimmt die Ehefreudigkeit 1933 um rund 25% zu (450 000), und im folgenden Jahr noch einmal annähernd um die gleiche Zahl (530 000). Als Gründe hierfür sind neben dem ideellen Auftrieb, der sich durch die nationalsozialistische Bewegung zweifellos vielen Lebensgebieten mitteilte, vor allem die schon erwähnten materiellen Maßnahmen zu nennen, die die Familiengründung wesentlich erleichtert haben. Die Eheschließungskurve sinkt dann allerdings in den folgenden Jahren wieder ab, um 1939 noch einmal in die Höhe zu gehen und — soweit evangelische Christen daran beteiligt sind — 500 000 zu überschreiten (unter Berücksichtigung der fehlenden Angaben für Baden, Mecklenburg und Hamburg). Durchaus parallel mit dieser Entwicklung geht in den ersten Jahren die der Trauungen. Das Jahr 1933 weist im Reichsdurchschnitt 1932 und 1930 gegenüber eine Steigerung der Trauziffer um rund 10% auf (von 70,5 auf 80), die auch noch 1934 anhält, um dann — 1939/40 — auf annähernd 50% zu sinken, ein Rückgang, der allerdings zu denken geben muß. (Eine Berücksichtigung der fehlenden Landeskirchen würde jedenfalls 1939 eine niedrigere Ziffer als 54% zur Folge haben; das gleiche gilt in verstärktem Maße von 1940.) Dabei sind in der Zahl von 1933 7% Nachtrauungen enthalten (Nachtaufen 1933 über 11%), während diese in den folgenden Jahren um 2% herum betragen. Im einzelnen schwanken diese 1933 zwischen 0,3 und 30%! Wenn diese Ziffern einen Schluß auf die Kirchlichkeit der entsprechenden Gebiete zulassen, dann nur im umgekehrten Verhältnis: je höher sie ist, um so niedriger die Kirchlichkeit. Das Kriegsjahr 1940 wirkt sich im Blick auf die Eheschließungsfreudigkeit und -möglichkeit schon sehr einschneidend aus: die vorliegenden Zahlen gehen durchweg zurück, zum großen Teil bis zu 25%.

Die Kirchlichkeit der einzelnen Kirchengebiete auf Grund der Trauungsziffern läßt sich besser beurteilen, wenn wir diese nach der Art der geschlossenen Ehen, d. h. hinsichtlich ihrer konfessionellen Zusammensetzung aufgliedern (Tabelle 6). Von den rein evangelischen Ehen bekehrten 1932 82% die kirchliche Trauung, 1933 aber 92% (worin etwa 5% Nachtrauungen enthalten sind), während es 1939 nur noch zwei Drittel der Brautpaare waren! Immerhin beträgt die Trauziffer auf dem Höhepunkt der nationalsozialistischen Macht in fast der Hälfte der evangelischen Kirchengebiete noch zwischen 70 und 80%, in den ausgesprochenen Stadtbezirken dagegen (Hansestädte, Berlin) unter 50%; aber auch Braunschweig, Anhalt, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen bewegen sich unter 60%.



Tabelle 5 Eheschließungen und Trauungen evangelischer Christen

Kirchengebiete:	Gesamt- zahlen 1933	davon Nachtr. = %	Gesamtzahlen				das sind .....% der Ehe- schließungen				
			1934	1936	1939	1940	1933	1934	1936	1939	1940
Ostpreußen	20 194	318	20 594	17 210	20 527	16 475	85	92	86	65	65
Berlin	17 182	2%	18 983	14 918	13 356	10 742	54	55	47	21	.
Brandenburg	39 902	4978	50 866	37 501	50 846	.	92	83	85	52	.
Pommern	21 692	23%	27 995	17 696	10 891	.	91	92	90	70	65
Grenzmark Posen- Westpreußen	24 830	2314	30 043	23 628	27 729	14 332	85	84	85	67	67
Schlesien	22 907	10%	24 500	20 093	14 349	9 344	85	83	85	67	50
Sachsen (Prov.)	18 241	215	20 667	16 879	17 180	1 600	81	83	78	51	49
Westfalen	16 488	1,3%	19 082	15 223	11 910	1 077	78	79	77	53	.
Rheinland	2 100	10	2 385	21 892	1 826	1 600	70	69	67	40	.
Altpreussische Union	226 556	13606	260 775	206 761	249 615	.	77	78	74	46	.
Schleswig-Holstein	175 220	= 8%	202 493	152 994	115 725	.	84	89	79	45	42
Hannover luth.	14 910	652	18 020	15 106	17 251	13 249	83	87	86	60	58
Hannover ref.	12 445	= 5%	16 032	11 890	30 465	5 633	83	87	86	65	70
	27 753	602	32 260	28 322	18 231	23 256					
	22 965	= 3%	28 032	24 341	1 970	1 464					
					1 278	1 026					

Hessen-Nassau	19 726	430	22 362	17 948	20 474	16 819	77	79	79	58	54
	15 192	= 3%	17 563	14 211	11 768	9 171					
Kurhessen-Waldeck	10 217	175	10 947	9 541	10 944	8 428	90	91	90	71	70
	9 160	= 2%	9 967	8 626	7 726	5 930					
Bayern	16 545	ca. 500	19 177	17 092	21 332	16 199	81	83	79	59	60
	13 281	= 4%	15 932	13 420	12 480	9 696					
Pfalz	6 618	15	7 402	6 007	5 882	4 657	77	80	81	56	63
	5 081	= 0,3%	5 899	4 880	3 317	2 965					
Sachsen	45 487	3743	58 901	46 415	57 737	44 519	85	86	80	47	46
	38 837	= 10%	50 645	37 054	26 910	20 411					
Württemberg	15 775	842	20 308	19 555	22 820	17 635	79	78	78	49	48
	12 404	= 7%	15 901	15 314	11 158	8 502					
Baden	10 036	39	12 348	9 849	.	.	73	74	76	.	.
	7 297	= 0,5%	9 111	7 464	.	.					
Thüringen	14 820	1005	18 535	14 460	17 264	13 700	91	93	87	50	45
	13 534	= 7%	17 298	12 575	8 618	6 237					
Mecklenburg	7 459	21	8 623	7 715	.	.	93	92	90	.	.
	6 972	= 0,3%	7 904	6 909	.	.					
Oldenburg	4 321	52	4 758	4 232	4 100	3 524	89	87	86	52	49
	3 842	= 1,5%	4 139	3 643	2 134	1 734					
Braunschweig	4 559	240	5 698	4 541	5 975	4 573	81	72	72	38	37
	3 720	= 6,5%	4 074	3 271	2 256	1 676					
Anhalt	3 680	1507	4 315	3 543	4 056	3 043	136	12	85	47	53
	5 003	= 30%	5 381	3 017	1 930	1 625					
Lippe	2 120	16	2 375	2 240	2 302	1 690	98	98	96	82	86
	2 081	= 1%	2 324	2 150	1 900	1 455					
Lübeck	1 310		1 599	1 379	1 922	1 534	79	88	77	42	37
	1 041		1 402	1 073	798	568					
Bremen	3 834	210	4 404	3 929	5 049	4 458	74	79	74	38	34
	2 835	= 7%	3 466	2 925	1 900	1 525					
Hamburg	13 334	1180	15 899	10 951	.	11 376	54	60	54	.	25
	7 218	= 16%	9 595	5 970	.	2 893					
DEK	44 9060	24891	528 706	429 586	479 158	279 731	80	82	79	54	(59)
	35 8128	= 7%	431 781	340 010	256 962	164 541					

Tabelle 6

Die konfessionelle Zusammensetzung der evang. geschl. Ehen

Kirchengebiete:	Trauungsziffern										% Anteil an der Gesamtzahl						
	der rein ev. Ehen				der ev.-kath. Ehen				der ev. nichtchr. Ehen		bel rein ev. Ehen		bel ev.-kath. Ehen		b. ev.-nichtchr. Ehen		
	1932	1933	1936	1939	1932	1933	1936	1939	1933	1936	1939	1933	1939	1933	1939	1933	1939
Ostpreußen	87	90	92	73	33	31	34	24	4	—	0,3	92	85	7	10	1	3,5
Berlin	42	70	59	32	14	24	23	10	1	0,02	0,7	72	62	15	17	10	20
Brandenburg	81	98	91	61	35	56	48	24	5	0,2	1	89	80	7	13	3	7
Pommern	88	94	93	74	39	44	45	42	4	—	0,3	95	90	3	4	1	4
Grenzmark Posen-Westpreußen	94	94	94	81	37	36	34	29	—	—	—	84	79	15	16	0,3	4
Schlesien	87	99	93	66	38	46	45	30	1	3	1,4	69	63	28	30	2	5,6
Sachsen	79	92	89	61	32	44	45	26	2	1	0,05	90	82	7	10	3	7,3
Westfalen	97	99	96	76	31	34	36	21	12	0,2	1	68	60	28	30	3	8,5
Rheinland	92	100	93	68	39	40	39	21	20	3	3	50	44	45	45	3	10,5
Altpreußische Union	80	92	86	61	33	38	38	21	5	1	1	76	68	19	21	4	9,8
Schleswig-Holstein	77	89	83	54	28	40	41	21	3	1	1	91	80	5	8	3	12
Hannover	90	89	93	72	32	37	32	24	5	4	0,3	89	79	9	11	2	6,5
Hessen-Nassau	88	93	94	71	41	44	48	37	10	10	0,5	69	67	27	25	3	7,2
Kurhessen-Waldeck	93	93	94	80	41	55	58	37	15	0,5	1	92	83	7	12	0,5	4,8
Bayern	96	95	94	73	45	49	49	38	17	20	5	66	63	30	33	1	3,3
Pfalz	93	92	96	74	46	49	54	31	19	0,3	6	66	61	31	34	2	4
Sachsen (Land)	80	97	88	58	41	53	54	29	29	0,3	84	84	76	6	7	9	15,5
Württemberg	87	89	89	61	39	40	42	23	29	35	12	80	71	17	23	2	4,7
Baden	90	93	94	59	41	42	49	29	26	84	8	61	51	35	23	2	11,3
Thüringen	87	99	94	59	38	50	51	29	15	17	8	89	81	4	7	6	11,3
Mecklenburg	92	96	93	63	58	60	60	51	—	—	—	94	87	5	12	1	7,5
Odenburg	89	94	91	63	40	45	50	21	—	—	—	91	78	7	14	2	7,5
Braunschweig	79	90	81	49	34	43	41	17	3	—	—	87	72	7	12	5	12,5
Anhalt	78	150	90	54	32	66	54	29	2	—	—	88	80	6	10	5	7,3
Lippe	99	99	103	91	75	81	57	35	7	—	—	96	85	4	10	0,2	3,8
Lübbeck	80	88	83	50	32	34	43	17	9	—	5	88	78	6	14	6	7
Bremen	68	82	82	45	25	25	24	15	9	10	—	86	77	10	13	3	9,5
Hamburg	52	66	64	·	19	25	26	·	·	0,1	—	78	·	10	10	10	·
DEK	82	92	90	68	36	41	42	27	5	3	1,5	79	71	16	18,5	4	9,5

Welches sind nun die Gründe für den häufigen Trauenausfall? Dafür werden — insbesondere vor 1933 — wirtschaftliche Verhältnisse, zu geringes Einkommen oder Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, geltend gemacht, wobei mit dem ebenso verbreiteten wie unbegründeten Vorurteil argumentiert wird, daß zur kirchlichen Trauung auch ein mehr oder weniger kostspieliges Fest, besondere Festgewänder und dergleichen gehören, dagegen nicht zur standesamtlichen. Der tiefere Grund aber ist weithin die oberflächliche Auffassung von der Ehe überhaupt, in der man eben einen zwischen zwei gleichberechtigten Partnern geschlossenen Vertrag, aber keine gottgewollte und darum durch sein Wort zu heiligende Lebensform erblickt. Dazu kommt im nationalsozialistischen Reich in zunehmendem Maße die rein völkisch-biologische Begründung der Ehe, die zwangsläufig eine antikirchliche Propaganda zur Folge haben mußte, während in dieser Zeit das wirtschaftliche Motiv — auf Grund der Erhöhung des Lebensstandards — mehr und mehr zurücktritt.

Ein besonderes Problem stellen die konfessionell gemischten Ehen dar. Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen evangelisch-katholischen oder evangelisch-sonstchristlichen Ehen und evangelisch-nichtchristlichen Ehen. Wir lenken unser Augenmerk zunächst auf die evangelisch-katholischen Mischehen. (Die evangelisch-sonstchristlichen können wir wiederum unberücksichtigt lassen, weil sie nie mehr als 0,7% der gesamten Eheschließungszahlen ausmachen.) Daß diese Ziffern sehr viel niedriger sein müssen als die entsprechenden der rein evangelischen Ehen, ist ganz natürlich; daß sie aber so niedrig sind, daß also 1939 nur noch jedes 4. Brautpaar dieser Kategorie evangelisch getraut wird, ist doch erschütternd, wenn man nur bedenkt, daß gleichzeitig 60% aller Deutschen der evangelischen Kirche angehörten. Heißt das aber nun, daß die übrigen 3 Paare die katholische Trauung begehrt haben? Natürlich nicht. Ein großer Teil derer, die eine Mischehe eingehen, betrachtet vielmehr die nur standesamtliche Trauung als eine Art Kompromiß, wobei kein Ehepart hinsichtlich seiner kirchlichen Treue nachgeben will. Für einen vermutlich noch größeren Teil aber bedeutet das Eingehen einer glaubensverschiedenen Ehe die Bekundung einer völlig gleichgültigen Einstellung der eigenen Konfession gegenüber, die sich dann in der Ablehnung einer kirchlichen Trauung äußert. Wo eine solche aber noch gewünscht wird, hängt es gewöhnlich von der konfessionellen Umgebung ab, in welcher Konfession sie erfolgt, bzw. davon, welcher Ehepart mit größerer Beständigkeit an seinem Bekenntnis festhält. Also sind die Trauungen konfessioneller Mischehen im Blick auf die darin sich ausdrückende Kirchlichkeit einerseits negativ, andererseits durchaus positiv zu werten; eine praktische Aufteilung in diese Kategorien ist natürlich unmöglich.

Eine richtige Würdigung dieser Ziffern erfordert aber noch deren Vergleich mit dem Evangelischen-Anteil an der Gesamtbevölkerung



(s. Tabelle 3). Naturgemäß müßte die Trauziffer in evangelisch-katholischen Ehen um so höher sein, je größer der Prozentanteil der Evangelischen in der betreffenden Landeskirche ist. Es ist aber — von Ausnahmen wie Pommern und dem kleinen Lippe abgesehen — auch hier wieder eher umgekehrt: wo die evangelische Bevölkerung etwa die gleiche zahlenmäßige Stärke aufweist wie die katholische oder eine ansehnliche Minderheit darstellt, liegen verhältnismäßig hohe Trauziffern vor (zwischen 30 und 40%), so in Schlesien, Hessen-Nassau, Pfalz, Baden, Bayern. Damit wird wiederum die Erkenntnis erhärtet, daß eine gesunde konfessionelle Mischung der Kirchlichkeit durchaus förderlich ist.

Einer besonderen Erklärung bedürfen noch die Trauziffern der evangelisch-nichtchristlichen Ehen, die ungewöhnlich niedrige sind. Man würde nach den bisherigen Erfahrungen vor allem erwarten, daß gerade 1933 eine große Anzahl Nachholungen der kirchlichen Trauungen begehrt worden wäre in den Ehen, in denen ein Teil freireligiös oder religionslos war. Dabei ist aber der Reichsdurchschnitt in diesem Jahr nur 5%, während nur zwei Landeskirchen eine Ziffer zwischen 20 und 30% aufweisen (Baden und Württemberg). Der Hauptgrund für diese abnorme Erscheinung liegt in der kirchlichen Gesetzgebung, die die kirchliche Trauung mit einem Nichtchristen im allgemeinen verweigert, wie das z. B. die Kirchliche Lebensordnung der Bayerischen Landeskirche in ihrem 2. Teil ausdrücklich tut. Wenn aber schließlich diese Ziffer im Jahre 1939 vollends auf 1,5% absinkt, dann kommt darin nicht nur die Durchführung von Kirchenzuchtmaßnahmen zum Ausdruck, sondern weitaus stärker die Durchsetzung des nichtchristlichen bzw. antikirchlichen Einflusses von seiten des (in den meisten Fällen) gottgläubigen Eheteils.

Die letzten Spalten der Tabelle 6 gestatten noch einen Einblick in das zahlenmäßige Verhältnis der einzelnen Ehekategorien zueinander (abgesehen von der kirchlichen Trauung), und wie es sich von 1933 bis 1939 gewandelt hat. Der Anteil der rein evangelischen Ehen an der Gesamtzahl der Eheschließungen hält sich bis 1936 auf 80% und sinkt dann bis 1939 auf 71%, während die evangelisch-katholischen Eheschließungen in der gleichen Zeit prozentual im Zunehmen begriffen sind, von 16 auf 18,5%, und die evangelisch-nichtchristlichen Eheschließungen sogar von 4 auf fast 10% — worin wieder die Tendenz der Entkirchlichung unverkennbar zum Ausdruck kommt. Auffallend hohe Differenzen haben im Blick auf die konfessionellen Mischehen: Brandenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lübeck; im Blick auf die evangelisch-nichtchristlichen Ehen: Berlin, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Braunschweig, Bremen und vermutlich Hamburg.

Aufs ganze gesehen erhellt aus den betrachteten Zahlen und Ziffern, daß die kirchliche Trauung mehr und mehr zu einem durchaus beachtenswerten Gradmesser der Kirchlichkeit in den einzelnen Kirchengebieten geworden ist.

#### 4. Das Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen

Das kirchliche Geleit bei Begräbnissen ist in erster Linie als Ausfluß einer Volkssitte anzusprechen. Deshalb ist auch die kirchliche Begräbnisziffer weniger ein Gradmesser für die Beurteilung des kirchlichen Lebens als vielmehr „dafür, wie weit die Entchristlichung, die Loslösung von christlicher Sitte, schon fortgeschritten ist“ (Joh. Schneider). In diesem Sinn sind auch die Beerdigungsziffern des Jahrzehnts von 1930 bis 1939 zu werten (Tabelle 7), die im Gegensatz zu den bisher betrachteten Reihen eine deutliche Konstanz aufweisen. Gleichwohl erhebt sich die für die Kirche nicht gleichgültige Frage, wie sich die Beisetzung der 7 bis 8% evangelischen Verstorbenen vollzog, die oder deren Angehörige keine kirchliche Feier wünschten. Es gibt dafür nur die Erklärung, daß das zunächst noch von den freireligiösen Verbänden besorgt wurde, an deren Stelle dann sog. gottgläubige oder reine Parteibeerdigungen (ohne kirchliche Mitwirkung) traten. Unter 90% liegen die Ziffern nur in großstädtischen Kirchengebieten, in Berlin (68%!) und den drei Hansestädten, sowie in Braunschweig, während die beiden Sachsen, Thüringen und Anhalt, die bisher ausgesprochen niedrige Kirchlichkeitsziffern aufwiesen, einen auffallend hohen Prozentsatz an kirchlich Bestatteten haben.

Einer besonderen Erwähnung bedürfen die Feuerbestattungen. Der Grund für diese Form der Beisetzung ist häufig wirtschaftlicher Natur, also die Ersparnis eines Grabes. Diejenigen, die diese Form der Bestattung, die sog. Einäscherung, bevorzugen, von vornherein als unkirchlich zu bezeichnen, ist nicht berechtigt, wenngleich in der Propaganda hierfür eine deutliche antichristliche Tendenz nicht zu verkennen war. Bei den Katholiken schließt die Feuerbestattung eine kirchliche Beteiligung grundsätzlich aus, während die evangelische Kirche dabei ihr Geleit nicht versagt, das allerdings in einfacherer Form stattfindet, womit grundsätzlich der christlichen Sitte des Erdbegräbnisses der Vorzug gegeben wird.

Der Anteil der kirchlichen Einäscherungen an der Gesamtzahl der Bestattungen mit kirchlichem Geleit ist — wie auch die zahlenmäßige Entwicklung — in stetem Ansteigen begriffen: von 7,7% 1933 auf 10,2% 1939; in Berlin und Land Sachsen wurde 1939 jeder 5. Evangelische, in Thüringen, Bremen und Hamburg sogar jeder 3. Evangelische mit kirchlichen Ehren verbrannt. Abgesehen von dem Wandel der inneren Einstellung zur Form der Feuerbestattung ist deren Zunahme vor allem auf das Anwachsen der Krematorien zurückzuführen, die in den Jahren nach dem Weltkrieg auch in unbedeutenden Mittelstädten entstanden sind.

Tabelle 7

## Die evangelischen Beerdigungen

Kirchengebiete:	Sterbefälle darunter Beerdigungen rechte Spalte Feuerbestattungen = .....%, der Beerdigungen		Von den Verstorbenen wurden kirchlich beerdigt in %						
	1933		1939		1930	1932	1933	1936	1939
Ostpreußen	23 336	347 = 1,6	26 335	423 = 1,6	91	90	92	91	101
Berlin	21 440	4279 = 15	26 594	6347 = 20	83	70	79	83	68
Brandenburg	28 878	537 = 2	31 037	948 = 3	88	91	93	90	90
Pommern	30 668	411 = 2	34 638	940 = 4	91	92	92	96	97
Grenzmark Posen- Westpreußen	28 460	2 =	22 389	21 725	92	96	97	91	96
Schlesien	21 378	2 =	21 725	2 632	93	94	95	96	96
Sachsen (Prov.)	19 759	— = 954	2 632	1 = 1481	87	94	90	90	95
Westfalen	2 474	3,5 = 2736	30 684	5 = 4361	91	93	93	91	92
Rheinland	28 639	8,5 = 32 009	34 956	12,5 = 348	91	93	96	91	92
	35 523	210 = 1	26 643	348 = 1,4	91	93	96	91	92
	32 009	275 = 1,2	24 619	622 = 2,2	91	93	96	91	92
	22 918		30 585						
	21 418		28 055						
	24 510								
	23 387								
Altpreußische Union	226 034	9749 = 4,7	259 281	16075 = 7	89	89	91	90	90
	205 005		233 010						
Schleswig-Holstein	16 375	364 = 2,5	17 943	795 = 4,5	90	91	89	87	95
Hannover	14 619	729 = 2,5	17 100	1495 = 4,5	91	96	90	88	98
Hessen-Nassau	30 889	1285 = 7,5	33 507	2365 = 12	91	95	92	95	96
	28 988		32 877						
	18 770		20 730						
	17 341		19 912						

Kurhessen-Waldeck	10 420	84	11 098	391	95	96	93	95	95
	9 654	= 0,9	10 496	= 3,7					
Bayern	19 561	1771	22 631	2571	99	99	100	98	98
	19 485	= 9	22 070	= 12					
Pfalz	5 748	48	5 363	= 168	95	97	96	100	98
	5 539	= 0,9	5 278	= 3,2					
Sachsen (Land)	50 022	6726	56 092	11135	95	96	96	95	97
	47 982	= 14	54 534	= 20					
Württemberg	18 730	1601	22 339	= 2177	95	96	96	97	95
	17 946	= 9	21 254	= 10					
Baden	10 776	956	(12 279) <sup>1)</sup>	(1223)	97	91	91	94	(91)
	9 825	= 10	(11 224)	= (11)					
Thüringen	16 073	3756	18 402	= 5782	94	99	101	100	97
	16 299	= 23	17 834	= 32					
Mecklenburg	9 427	254	(9 832) <sup>1)</sup>	(330)	97	99	97	95	(90)
	9 184	= 3	(8 878)	= (4)					
Oldenburg	4 535	86	4 773	= 137	90	92	93	96	95
	4 229	= 2	4 631	= 3					
Braunschweig	5 369	721	6 713	= 1120	89	96	96	82	88
	5 155	= 14	5 928	= 19					
Anhalt	4 012	634	3 956	= 916	91	90	90	92	98
	3 699	= 18	3 877	= 24					
Lippe	2 336	5	2 585	= 9	99	94	97	92	94
	2 259	= 0,2	2 439	= 0,4					
Lübeck	1 376	124	1 694	= 203	84	87	81	88	91
	1 117	= 11	1 539	= 13					
Bremen	3 691	1047	4 659	= 1253	76	77	83	76	70
	3 051	= 34	3 244	= 39					
Hamburg	11 741	3144	(11 629) <sup>2)</sup>	(3497)	77	79	84	90	(94)
	9 896	= 32	(10 950)	= (32)					
DEK	465 885	33084	491 766	46901	91	90	92,5	92,3	93,4
	431 173	= 7,7	459 271	= 10,2					

<sup>1)</sup> Als Ersatz für die nichtgemeldeten Zahlen von 1939 dienen die von 1938.



## 5. Die Abendmahlsbeteiligung

Neben dem Gottesdienstbesuch kann die Teilnahme am heiligen Abendmahl als wichtigste Äußerung der kirchlichen Einstellung bezeichnet werden. Während die Zahlen und Ziffern der bisher untersuchten kirchlichen Handlungen (Taufe, Konfirmation, Trauung, Beerdigung) als einmalige Ereignisse im Leben des Christen eine mehr passive bzw. rezeptive Kirchlichkeit der einzelnen Gebiete und Landeskirchen ausdrücken, sind Gottesdienst und Abendmahl beliebig oft zu erlebende kirchliche Veranstaltungen, die grundsätzlich unabhängig sind von äußeren, zeitlich bestimmten Daten im Christenleben und darum viel stärker in den freien Willen des Einzelnen gestellt sind, so daß wir bei dem Besuch dieser beiden gottesdienstlichen Handlungen von einer Äußerung aktiver Kirchlichkeit reden können.

Das Sakrament des Altars ist der tiefste Ausdruck der Gemeinschaft mit dem Herrn der Kirche sowohl wie der Gläubigen untereinander (*communio Christi* und *communio sanctorum*) und ist als Höhepunkt des gottesdienstlichen Lebens der Gemeinde anzusprechen. Das macht diese Feier zugleich zum wertvollsten Maßstab für die Intensität des kirchlichen Lebens. Gewisse Bedenken gegen eine solche Betrachtungsweise mögen zu Recht bestehen — nichtsdestoweniger müssen wir die Abendmahlsziffer als den beweiskräftigsten Gradmesser des kirchlichen, wenn auch nicht des geistlichen Lebens bezeichnen.

Als Vergleichszahl für die Zahl der Abendmahlsgäste gilt von jeher die Seelenzahl der Gemeinde. Richtiger wäre jedoch, zum Vergleich die Zahl der abendmahlsmündigen Gemeindeglieder zu nehmen. Eine solche Auszählung ist aber technisch nicht möglich. Um dem wahren Tatbestand gerecht zu werden, müßte man die übliche Abendmahlsziffer um nicht ganz die Hälfte erhöhen (d. h. mathematisch exakt: mit dem reziproken Wert des Mündigenanteils multiplizieren). Für die praktische kirchenstatistische Arbeit muß es freilich trotz der vorhandenen Mängel beim Vergleich mit der Gesamtseelenzahl der Gemeinde bleiben.

Wie Paul Troschke bei der letzten Auswertung der innerkirchlichen Statistik darlegt (Kirchliches Jahrbuch 1934, S. 79 f.), ist seit 1889 unter geringfügigen Schwankungen ein dauerndes Absinken der Abendmahlsziffer festzustellen: von 44,6 (auf 100 Evangelische) bis auf 25,2 im Jahre 1932. Welche Momente erklären nun den bedenklichen Rückgang des Abendmahlsbesuches? Abgesehen von den Hemmungen, die ihren Grund in hygienischen und sozialen Vorurteilen haben, ist hier vor allem die geringschätzige, zum Teil überhaupt negative Einstellung der höheren Stände und sogenannten Gebildeten dem Sakrament gegenüber zu nennen, deren Wurzeln vornehmlich im Rationalismus der Aufklärung liegen, für dessen blühende Entwicklung die Theologie jener Zeit nicht unschuldig ist. Diese geistesgeschichtliche

Erscheinung blieb aber nicht auf die oberen Stände beschränkt, sondern wirkte sich in kirchlicher und anderer Hinsicht im Laufe der Jahrzehnte allmählich auch auf die unteren Schichten aus. Eine Folge dieser von oben herabflutenden rationalistischen Einflüsse, aber auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturänderungen, haben wir ganz allgemein vor uns im Zerbrechen der Sitte als einer das häusliche und öffentliche ebenso wie das kirchliche Leben ordnenden Macht, und im besonderen in der Geringachtung des Altarsakraments, so daß der Gang zum Abendmahl in der Gegenwart immer mehr ein Akt des öffentlichen Bekennens geworden ist, womit an die Stelle der Sitte als Motiv kirchlicher Aktivität weithin das innere Verlangen danach getreten ist.

Eine exakte Deutung der Abendmahlsziffer ist freilich nur dem möglich, der nicht nur die landeskirchlichen, sondern die gemeindlichen Verhältnisse, etwa hinsichtlich der Häufigkeit des Abendmahlsbesuches, genau kennt. Gleichwohl lassen sie um so gültigere Urteile und Rückschlüsse auf das allgemeine kirchliche Leben zu, je mehr dem statistischen „Grundgesetz der großen Zahl“ Genüge getan ist. Und das ist für unsere Übersicht räumlich wie zeitlich der Fall.

Der erste Eindruck, den uns die Abendmahlsziffern der DEK (Tabelle 8) in der Berichtszeit vermitteln, ist der Rückgang von 25% auf etwa 15% (höher dürfte die Ziffer von 1940 bei einer Berücksichtigung der fehlenden Gebiete nicht liegen); d. h. also: während zu Beginn des nationalsozialistischen Regimes noch jeder 4. Evangelische zum Abendmahl gegangen ist, gilt das auf dem Höhepunkt des Dritten Reiches (1940) nur noch von jedem 7. Evangelischen. Die geringfügige Steigerung im Jahre 1934 (um 1%) kann zwei Ursachen haben: einmal die aus taktischen Gründen anfänglich zur Schau getragene Kirchenfreundlichkeit des Nationalsozialismus, dann aber den ersten Gipfelpunkt des Kirchenkampfes im Herbst 1934, in dem sich die Bekennenden Gemeinden zur Stärkung in ihrem Abwehrkampf nicht selten in der Feier des hl. Abendmahles zusammenschlossen. Für das Jahr 1940 ist zu fragen, ob die sinkende Tendenz auf die Kriegereignisse zurückzuführen ist, oder ob sie auch ohne Krieg angehalten hätte. Es wird wohl beides zusammenwirken.

Im einzelnen ist wiederum die Unterschiedlichkeit der Ziffern beachtenswert. Einen auffallend starken Rückgang der Abendmahlsziffer um rund die Hälfte (auf 1932 bezogen) weisen auf: Pommern, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover luth., Thüringen, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Bremen, wobei alle Gebiete (außer Hannover) zum Teil sehr beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt liegen. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß dort, wo weniger kirchliche Substanz vorhanden ist, der Prozeß der Entkirchlichung, der inneren Loslösung von Christus, wofür die Abendmahlsziffer zweifellos ein empfindliches Barometer ist, sehr viel schneller vor sich geht

Tabelle 8 Abendmahlsbeteiligung

Kirchengebiete	Kommunikanten-Zahl (dav. Privatkomm. i. %) 1933	Verhältnis Männer zu Frauen 1939	p. -% Anteil d. Komm.	Abendmahlsziffern in den Jahren						
				1932	1933	1934	1936	1939	1940	
Ostpreußen	394 473 (3,2)	43,5 : 56,5	302 996 (2,5)	40 : 60	23	21	23	21	18 (15,7)	14
Berlin	301 975 (3,6)	32,5 : 67,5	217 175 (3,1)	29 : 71	9	10	11	10	7 (6,2)	.
Brandenburg	545 392 (3,0)	41,5 : 58,5	381 639 (1,9)	38,5 : 61,5	23	22	21	21	16 (13,7)	.
Pommern	490 896 (3,5)	44,5 : 55,5	357 669 (2,5)	42 : 58	29	27	28	26	17 (15,7)	14
Grenzmark Posen- Westpreußen	96 681 (3,0)	45 : 55	62 506 (2,6)	43 : 57	47	46	44	43	30 (28,5)	26
Schlesien	736 471 (4,2)	38,5 : 61,5	516 575 (4,0)	36 : 64	32	32	33	31	23 (21)	21
Sachsen (Prov.)	563 401 (1,8)	40 : 60	345 279 (0,7)	36 : 64	19	19	21	18	11 (9,7)	10
Westfalen	541 766 (4,5)	41 : 59	407 293 (4,1)	34 : 66	23	24	25	22	18 (16,2)	16
Rheinland	431 865 (4,7)	39,5 : 60,5	310 380 (5,7)	36 : 64	18	18	19	17	13 (11,3)	11
Altpreußische Union	4 102 920 (3,5)	40,5 : 59,5	2 935 163 (3,1)	37 : 63	21,4	21,3	22,2	20,5	15,1 (13,5)	15,4
Schleswig-Holstein	149 907 (5,5)	40 : 60	105 413	38 : 62	11	10	11	10	7 (5,3)	6
Hannover luth.	924 882 (2,2)	45 : 55	639 316 (2,5)	43 : 57	40	36	36	34	25 (23)	22
Hannover ref.	23 251 (0,2)	41 : 59	18 998 (0,6)	37 : 63	11	14	14	13	11 (9,4)	10

Hessen-Nassau	573 260 (2,9)	44 : 56	446 078 (2,7)	39 : 61	6	41	34	36	34	27 (25)	24
Kurhessen-Waldeck	491 504 (2)	44 : 56	358 106 (2,1)	43 : 57	4	41	51	51	48	39 (37,5)	35
Bayern	924 194 (2,4)	43 : 57	782 104 (2,5)	40,5 : 59,5	3	58	56	59	55	46 (44,9)	45
Pfalz	193 085 (3,3)	39,5 : 60,5	112 053 (3,0)	35,5 : 64,5	7	35	34	34	33	19 (17,8)	21
Sachsen (Freistaat)	1 105 778 (2,6)	39 : 61	683 133 (2,2)	34 : 66	10	22	25	26	23	15 (13,8)	15
Württemberg	620 344 (6,5)	39 : 61	523 694 (7,0)	36 : 64	5	35	35	37	35	29 (27,9)	25
Baden	338 322 (3,8)	38,5 : 61,5	.	.	.	38	37	39	39	.	.
Thüringen	289 756 (2,6)	40 : 60	172 041 (2,3)	37 : 63	15	19	20	22	19	12 (9,7)	10
Mecklenburg	130 337 (4,7)	44 : 56	.	.	.	19	17	16	15	.	.
Oldenburg	35 848 (3,8)	39 : 61	21 466 (2,5)	40 : 60	29	9	8	9	9	5 (3,5)	4
Braunschweig	71 337 (1,5)	38 : 62	48 459 (0,5)	34 : 66	14	16	16	13	14	11 (9,0)	8
Anhalt	55 097 (1,5)	35 : 65	35 467 (0,7)	32,5 : 67,5	16	15	17	20	16	10 (8,1)	9
Lippe	71 917 (3,2)	44,5 : 55,5	51 224 (3,1)	42 : 58	7	37	35	36	34	26 (24)	25
Lübeck	9 282 (3,7)	36 : 64	7 929 (1,4)	34,5 : 65,5	24	8	8	9	9	6 (45)	5
Bremen	16 593 (1,9)	36 : 64	15 037 (1,1)	33 : 67	29	6	5	7	7	4 (2,8)	3,5
Hamburg	54 203 (7,3)	32 : 68	.	.	.	5	6	7	7	.	4
DEK	10 181 627 (3,3)	41,0 : 59,0	6 974 481 (3,0)	38,0 : 62,0	9	25,2	25,2	26,3	24,3	17,0 15,5	17,1



als in Gebieten mit einer noch einigermaßen gefestigten Kirchlichkeit. Erschütternd ist hier insbesondere der statistische Befund, daß in Berlin, Schleswig-Holstein, Oldenburg und in den drei Hansestädten 1940 höchstens noch jeder 20. evangelische Christ das hl. Abendmahl begehrt. So verschieden die bisher erwähnten Kirchengebiete mit niedrigen Abendmahlsziffern (wobei noch Anhalt zu nennen wäre) in bezug auf ihre soziale, wirtschaftliche und landschaftliche Struktur auch sind — gemeinsam ist ihnen der hohe Anteil der Evangelischen an der Zahl der Gesamtbevölkerung. Auch daran wird wieder ersichtlich, welch offener Zusammenhang zwischen der Kirchlichkeit und der Konfessionsmischung eines Landes besteht. Im entgegengesetzten Sinn wird das vor allem von Bayern unter Beweis gestellt, dessen Abendmahlsziffer alle anderen weit überragt, 1940 sogar um das Dreifache des Reichsdurchschnitts. In die gleiche Richtung gehen die Ziffern von Schlesien, Hessen-Nassau, Pfalz, Württemberg und Baden, deren Abendmahlsziffern über dem Durchschnitt und deren Evangelischen-Anteil zwischen 35 und 65% liegen. Rheinland und Westfalen widersprechen offensichtlich diesem Erklärungsversuch. Doch ist hier als hemmender Faktor die starke Industrialisierung des Landes zu bedenken. Außerdem dürfte dabei noch ein kirchlicher, ja dogmatischer Gesichtspunkt zu berücksichtigen sein, den uns auch ein Vergleich zwischen Hannover luth. und Hannover reform. nahelegt. Der in die Augen springende Unterschied dieser beiden Reihen läßt sich bei sonst gleichen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Verhältnissen kaum anders erklären als mit der verschiedenen dogmatischen Lehre vom Sakrament. Und eben dieser Einfluß muß hinter den Abendmahlsziffern von Rheinland-Westfalen, auch von der Pfalz, vermutet werden, nachdem die Frömmigkeit dieser Gebiete sehr stark von reformierter Lehre geprägt worden ist; wo hingegen die hohe Kommunikanten-ziffer Bayerns nicht zuletzt auf seine streng lutherische Bekenntnis-grundlage zurückzuführen ist.

Wenn wir die Entwicklung der Abendmahlsziffern nach 1933 in den einzelnen Gebieten richtig beurteilen wollen, dürfen wir den kirchenpolitischen Hintergrund, der für das zahlenmäßige Bild der übrigen kirchlichen Handlungen nur eine unwesentliche Rolle gespielt haben wird, nicht unberücksichtigt lassen. Es war nicht von ungefähr, daß die Länder mit niedrigeren Kirchlichkeitsziffern, insbesondere im Norden, in der Altpreußischen Union, dem Regiment der Deutschen Christen sehr schnell zum Opfer fielen, während die süddeutschen Landeskirchen z. B., denen eine ausgeprägtere Kirchlichkeit eigen ist, bis zuletzt mehr oder weniger erfolgreich widerstanden haben. Die Folgen der Parteiherrschaft in der Kirche können nun aber auch unmißverständlich an den Kirchlichkeitsziffern, besonders an den Abendmahlsziffern abgelesen werden.

Die Frage, die uns angesichts der zahlenmäßigen Entwicklung des

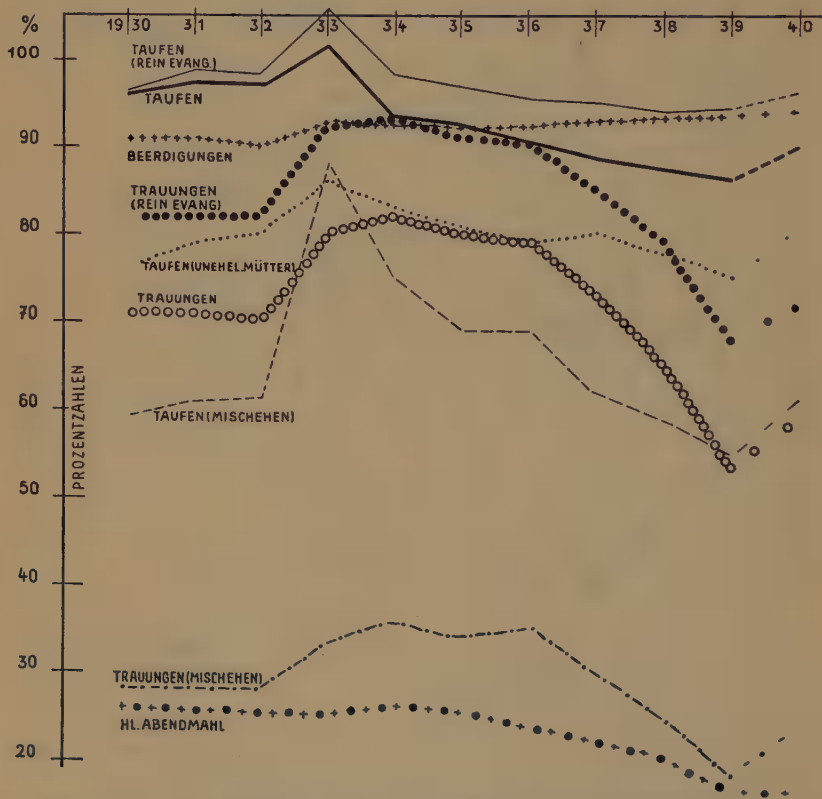
Abendmahlsbesuches nicht in Ruhe lassen darf, muß wohl lauten: Wo liegt die Schuld an dem steten Absinken? Außerhalb oder innerhalb der Kirche? Die Motive gehen offensichtlich ineinander über, die Gründe sind da und dort zu suchen. Wo das Schwergewicht liegt, wird nur in der Einzelgemeinde entschieden werden können. In jedem Fall und aufs ganze gesehen ist gerade das Bild der Abendmahlsbeteiligung ein ernster Anlaß zu gewissenhafter Selbstprüfung, nicht nur für den Seelsorger, sondern auch für die übrigen Gemeindeorgane, und darüber hinaus für die Kirchenleitung wie für die theologische Wissenschaft.

Die Diskussion der Abendmahlsziffern erstreckt sich auch immer auf den Zusammenhang der Kommunikantenzahl mit der darin enthaltenen Zahl der Konfirmanden des gleichen Jahres. Um ein möglichst genaues Bild vom Umfang der Freiwilligkeit des Abendmahlsbesuches zu bekommen, müssen wir diese von jener abziehen. Die so „bereinigten“ Abendmahlsziffern, sind auf diese Weise in der vorletzten Spalte der Tabelle 8 für 1939 errechnet worden, und lassen erkennen, daß die Konfirmandenzahlen bei niedrigen Abendmahlsziffern besonders ins Gewicht fallen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Kommunikanten beträgt zwischen 3% (Bayern) und fast 30% (Oldenburg und Bremen), im Reichsdurchschnitt 9%, und geht aus der Spalte der Abendmahlsgäste 1939 hervor. Berücksichtigt man ferner, daß in vielen Kirchengebieten mit dem Konfirmandenabendmahl auch der Abendmahlsgang ihrer Angehörigen üblich ist, daß aber zu diesem Personenkreis viele gehören, die ohne diese Sitte nicht zum Tisch des Herrn kommen würden, dann wird allerdings die Abendmahlsziffer in den ohnedies unkirchlichen Gebieten eine erschreckend niedrige.

Die kirchenamtlichen Statistiken des Abendmahlsbesuches lassen nun noch zwei Untersuchungen zu, zunächst die über den Anteil der Privatkommunionen an der Zahl der Abendmahlsgäste. Dieser bewegte sich 1933 zwischen 1,5 und 6,5% — wenn wir von den ungewöhnlichen Grenzfällen Hannover reform. (0,2%) und Hamburg (7,3% — 1934 schon 6,5% und 1935 4%! ) absehen. Die Durchschnittsziffer ist 3,3%. Bemerkenswert ist an diesem im wesentlichen seelsorgerlichen Tatbestand nur das durchweg zu beobachtende Absinken bis zum Jahre 1939.

Bedeutsamer für das kirchliche Leben ist das ebenfalls registrierte zahlenmäßige Verhältnis der Männer und Frauen beim Abendmahlsbesuch. Nach Gefühl und Erfahrung überwiegen die Frauen in der Beteiligung am kirchlichen Leben. Aber war es wirklich so, daß im Dritten Reich „nur noch Frauen“ in der Kirche zu finden waren? Darüber gibt wenigstens die Abendmahlsstatistik Auskunft. Danach waren 1933 im Reichsdurchschnitt von 100 Abendmahlsgästen 41 Männer und 59 Frauen. Das günstigste Verhältnis weisen auf Hannover luth., Posen-Westpreußen (45:55), Pommern, Hessen, Mecklenburg, Lippe (44:56); das ungünstigste: Berlin und Hamburg (32:68). Natur-

gemäß verschiebt sich bis 1939 dieses Verhältnis zuungunsten der Männer, freilich nur um 3%, so daß auf 38 Männer 62 Frauen treffen. Das ist in den einzelnen Kirchengebieten ganz ähnlich, eine geradezu auffallende Parallelität! Der Zusammenhang mit der Kirchlichkeit ist wiederum offensichtlich: in gutkirchlichen Gebieten ist die Beteiligung der Männer eine höhere, und umgekehrt. Als positives Ergebnis dieser Untersuchung wird man vermerken dürfen, daß im Ganzen der DEK der Anteil der Männer am Altarsakrament, dem innerlichsten kirchlichen Geschehen, angesichts des Druckes, dem gerade sie in Partei und Beruf ausgesetzt waren, ein erfreulich hoher geblieben ist.



Graphische Darstellung der Kirchlichkeitsziffern der DEK von 1930 — 1940

## 6. Der Gottesdienstbesuch

Eine fortlaufende zahlenmäßige Erfassung des Gottesdienstbesuches würde den wertvollsten Maßstab für die Beurteilung der Kirchlichkeit einer Gemeinde wie einer Landeskirche darstellen, weil es sich dabei um einen Akt freiwilliger Beteiligung am regelmäßigen kirchlichen Leben handelt, der von der Sitte noch unabhängiger ist als die Teilnahme am hl. Abendmahl. Leider liegt eine amtliche, in allen deutschen evangelischen Landeskirchen einheitliche Zählung der Gottesdienstbesucher nicht vor, so daß wir auf dieses hervorragende und brauchbarste Merkmal aktiver Kirchlichkeit verzichten müssen. Eben weil wir das als eine Lücke empfinden, soll auch in diesem Zusammenhang die Anregung gegeben werden, dieses Barometer des kirchlichen Lebens nicht länger außer acht zu lassen. Das Ideale wäre eine regelmäßige Zählung der Gottesdienstbesucher. Wo dem aber zu große Schwierigkeiten oder Widerstände entgegenstehen, bleibt als Behelf die sogenannte repräsentative Methode übrig, an etwa 4 Stichsonntagen jährlich zu zählen, darunter an einem größeren Feiertag, wie es in einzelnen Landeskirchen und Gemeinden auch schon geschieht. Gerade der zahlenmäßige Umfang des Gottesdienstbesuches kann uns — noch mehr als die bisher betrachteten Kirchlichkeitskriterien — die Augen öffnen für das tatsächliche Ausmaß des kirchlichen Einflusses durch die Predigt des Wortes Gottes. Und erst wenn wir hier klare und nüchterne Unterlagen haben, werden wir auch die Gründe für den mehr oder weniger guten Gottesdienstbesuch einigermaßen zutreffend abwägen können, wobei auch hier wieder äußere und innere, kirchliche und außerkirchliche Ursachen ineinander übergehen: die Entfernung vom Gotteshaus, die Größe der Gemeinde, die Vorliebe für bestimmte Prediger und Kirchen, die fortschreitende Lockerung der christlichen Sonntagsheiligung durch Arbeit und Zerstreuung, durch Politik und Sport, bis hin zu Wetter und Jahreszeit. Der Sinn der Zählung liegt auch hier im Vergleich; jedoch nicht mit der Plätzezahl der Kirche — wie der Kirchgänger zu tun pflegt, sondern wiederum mit der Zahl der Gemeindeglieder, wobei die gleichen Einschränkungen wie bei der Abendmahlsziffer zu machen und insbesondere der Unsicherheitsfaktor zu bedenken wäre, wieviel verschiedene Personen regelmäßig oder sporadisch zum Gottesdienst kommen. Eine weitere Ungenauigkeit bringt vor allem in den Städten die unbestimmte Zahl der orts- oder gemeindefremden Kirchengäste mit sich. Auch wird man für die Gottesdienstbesuchsziffer gewöhnlich nicht die Jahressumme, sondern den Sonntags- bzw. Wochendurchschnitt in Prozent errechnen, um den Kirchenbesuch als Äußerung des Gemeindelebens ziffernmäßig zu veranschaulichen.

Die unserer Auswertung zugrunde liegenden kirchenamtlichen Statistiken gestatten es, wenigstens einen Ausschnitt aus dem spezifisch gottesdienstlichen Leben der Landeskirchen zur Darstellung zu bringen: die Kinder- und Jugendgottesdienste (Tabelle 9). Die vor-



Tabelle 9 Kindergottesdienste und Jugendgottesdienste

Kirchengebiete:	wurden regelmäßig gehalten								
	in .... Ge- meinden		mit durchschnittlich ..... Teilnehmern			in ..... Gemeinden als Christen- lehre		als besondere Gottesdienste	
	1933	1939	1933	1939	%	1933	1939	1933	1939
Ostpreußen	471	563	35 708	31 109	1,8	190	424	238	279
Berlin	199	228	27 743	12 434	0,4	5	10	46	14
Brandenburg	1152	1219	49 497	30 009	1,2	130	69	213	78
Pommern	752	825	15 030	27 190	1,3	247	132	150	146
Grenzmark Posen- Westpreußen	102	96	5 784	3 150	.	65	35	74	41
Schlesien	795	797	60 912	33 547	1,5	233	109	403	131
Sachsen (Prov.)	1061	1092	60 569	21 732	0,7	184	90	349	144
Westfalen	400	510	103 617	68 186	3,0	61	126	136	123
Rheinland	481	557	113 039	71 010	3,0	161	154	124	78
Altpreußische Union	5413	5953	501 899	301 272	1,5	1276	1161	1733	1083
Schleswig-Holstein	322	301	20 236	10 402	0,7	—	—	5	24
Hannover luth.	1198	1247	71 998	66 400	2,5	285	205	212	63
Hannover ref.	62	91	6 313	55 655	2,5	8	10	8	12
Hessen-Nassau	687	881	49 197	40 246	2,4	826	665	72	59
Kurhessen-Waldeck	536	676	38 720	29 098	3,1	510	481	126	151
Bayern	290	607	38 084	36 849	2,2	790	546	424	182
Pfalz	81	107	7 473	6 132	1,0	399	304	68	42
Sachsen (Freistaat)	1198	1150	120 587	58 710	1,3	736	318	173	310
Württemberg	1100	1335	120 006	109 076	6,0	1067	1155	28	28
Baden <sup>1)</sup>	480	(503)	59 014	(57 798)	5,5	472	(492)	213	(287)
Thüringen	513	480	28 764	15 141	1,0	3	18	3	11
Thüringen-Reuß	27		2 087			10		6	
Mecklenburg <sup>1)</sup>	221	(285)	6 369	(6 834)	0,6	8	(25)	31	(38)
Oldenburg	110	96	7 853	3 708	0,8	4	6	30	6
Braunschweig	318	265	11 992	6 952	1,5	37	15	49	29
Anhalt	126	140	6 441	2 407	0,7	23	17	65	42
Lippe	64	71	7 624	5 587	2,5	13	8	8	3
Lübeck	15	16	2 843	1 228	0,9	—	—	—	2
Bremen	28	34	4 325	2 243	0,6	2	—	11	9
Hamburg <sup>1)</sup>	45	(44)	7 790	(3 269)	0,3	1	(3)	2	(2)
DEK	12834	13479	1119 627	701 928	1,8	6470	4911	3267	2057

<sup>1)</sup> An Stelle der fehlenden Zahlen für 1939 sind diejenigen von 1938 eingesetzt.

liegenden Zahlen geben darüber Auskunft, in wieviel Kirchengemeinden regelmäßig solche Gottesdienste gehalten worden sind. Die altersmäßige Grenze zwischen beiden Kategorien ist die Konfirmation. Für unseren Zusammenhang unwesentlich ist die Unterscheidung in Kindergottesdienste „ohne Gruppensystem“ und „mit Gruppensystem“, ebenso die der Jugendgottesdienste in solche „von der Gemeinde“ und „von der Inneren Mission oder anderen Seiten“ veranstaltete; diese Spalten werden deshalb zusammengefaßt. Wir greifen wiederum die Jahre 1933 und 1939 heraus, um daran die Entwicklung bzw. Tendenz zu

veranschaulichen, die dieser zahlenmäßig erkennbare Zweig des gottesdienstlichen Lebens in den Friedensjahren des Nationalsozialismus aufweist.

Da fällt zuerst als erfreuliche Tatsache ins Auge, daß die Zahl der Gemeinden, in denen ein eigener Kindergottesdienst gehalten wird, zugenommen hat, im Reichsdurchschnitt um etwa 12% (bei annähernder Berücksichtigung der fehlenden Kirchengebiete). Eine Abnahme über 10% liegt nur in Oldenburg und Braunschweig vor, eine Steigerung um mehr als das Doppelte in Bayern. Die übrigen Zahlen freilich zeigen eine fallende Tendenz: die durchschnittliche Besucherzahl der Kindergottesdienste sinkt von 1 120 000 auf 760 000, also um 32%; die Zahl der Christenlehren (der mehr oder weniger obligatorischen Unterredungen mit zwei bis drei Jahrgängen der Konfirmierten) auf 82%, die der (durchweg fakultativen) Jugendgottesdienste auf 70%, wobei einzelne Landeskirchen auch wieder zum Teil in die Augen springende Ausnahmen machen.

Wie erklärt sich diese Entwicklung? Sie ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der nationalsozialistischen antikirchlichen Jugendbeeinflussung, die sich dokumentierte in Maßnahmen wie: Zerschlagung der christlichen Jugendbewegung, Pflichtzugehörigkeit zur Staatsjugend mit vorzugsweisem Sonntagsdienst, Beschränkung der evangelischen Gemeindejugendkreise auf „rein religiöse Betätigung“, Kürzung und Verdrängung des Religionsunterrichtes in den Schulen, Verbot zur Erteilung des Religionsunterrichtes durch die Lehrer, der Druck der Partei auf Mitglieder und Beamte hinsichtlich der religiösen Erziehung ihrer Kinder. Das hat auf der einen Seite eine Intensivierung der noch nicht verbotenen kirchlichen Bemühungen um die schulpflichtige Jugend zur Folge, wie sie sich in der Zunahme der Kindergottesdienste äußerte; auf der anderen Seite aber einen recht spürbaren Rückgang der Kindergottesdienstbesucher. Daß die schulentlassene Jugend dem Prozeß der Entkirchlichung noch mehr zum Opfer fiel, läßt sich zwar in unserem Fall zahlenmäßig nicht belegen, geht aber doch aus der Abnahme der Gottesdienste für die Jugend hervor.

Eine Auswertung unserer Zahlen wäre dann noch ergiebiger, wenn wir geeignete Vergleichszahlen zur Verfügung hätten. Dadurch wären wir nicht nur auf den Vertikalvergleich angewiesen, sondern könnten auch in bezug auf die Kirchlichkeit der Landeskirchen untereinander wertvolle Schlüsse ziehen. Solche Vergleichszahlen wären etwa für die Zahlen der Kinder- und Jugendgottesdienste die Gesamtzahlen der Gottesdienste oder die Zahlen der Pfarrstellen und geistlichen Kräfte; für die Durchschnittszahl der Kindergottesdienstbesucher müßte man auf die entsprechenden Schülerstatistiken in konfessioneller Aufgliederung zurückgreifen, um ein hinreichend genaues Bild von der kirchlichen Durchdringung unserer Schuljugend zu bekommen. Zur Not kann man sich auch mit der evangelischen Bevölkerung als Ver-

gleichszahl behelfen (s. Tabelle 3). Die den Kindergottesdienstbesuchern von 1939 angefügten Prozentzahlen beziehen sich auf 100 der evangelischen Bevölkerung und sind am höchsten in Württemberg und Baden (5—6%); über 2% haben Westfalen, Rheinland, Hannover, Hessen, Bayern und Lippe; unter 1%: Berlin, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt und die Hansestädte. Wir werden den tatsächlichen Verhältnissen wohl sehr nahekommen, wenn wir die errechneten Prozentzahlen mit 10 multiplizieren, nachdem die Jahrgänge des Kindergottesdienstalters etwa den 10. Teil der evangelischen Bevölkerung umfassen. Das würde dann bedeuten, daß in Württemberg-Baden jedes 2. evangelische Kind, in Hannover, Hessen und Bayern etwa jedes 4., in Brandenburg, Thüringen und der Pfalz jedes 10., in Berlin und Hamburg jedes 25. Kind den Kindergottesdienst besucht. So runden auch die Kindergottesdienstbesuchsziffern das Bild ab, das schon die bisherigen Kirchlichkeitsziffern vermittelt haben.

## 7. Die Aus- und Übertrittsbewegung

Während wir das Begehren bzw. die Ausübung der bisher besprochenen kirchlichen Akte zusammenfassend als Ausfluß positiver Kirchlichkeit bezeichnen können, stellen die Kirchengaus- und übertritte ein statistisch erfaßbares Symptom negativer Kirchlichkeit dar, denn sie bedeuten in jedem Fall das Aufheben einer, wenn auch nur äußerlichen, kirchlichen Bindung, der die innere Loslösung von der betreffenden Konfession meist schon vorausgegangen ist. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die sogenannten Rücktritte zur ursprünglichen kirchlichen Gemeinschaft, die jeweils einer besonderen Beurteilung bedürfen. Die Skala der Motive für den Konfessions- oder Religionswechsel ist bekanntlich eine sehr differenzierte und reicht von der angeblich zu hohen Kirchensteuer über eheliche und politische und berufliche Gründe bis hin zum ernststen Wahrheitsstreben und religiösen Suchen.

In der praktischen Statistik können mit absoluter Genauigkeit jeweils nur die Zugänge der Zahl und Herkunft nach angegeben werden; dagegen werden die Zahlen und das Ziel der Austritte nie ganz erfaßt werden, trotzdem die rechtlichen Bestimmungen klar und eindeutig sind.

In der Aus- und Übertrittsbewegung während der nationalsozialistischen Ära kommen die geistigen Strömungen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen und religiösen Kämpfe dieser gärenden Zeit am sinnfälligsten zum Ausdruck. Das beginnt im Jahre 1933 zunächst mit einer mächtig anschwellenden Rücktrittsbewegung — in der gesamten DEK über 230 000 (das ist annähernd die Hälfte der in diesem Jahr aus rein evangelischen Ehen Getauften) —, die naturgemäß in den Kirchengebieten mit hohen Austrittszahlen zur Gottlosigkeit und zum Freidenkertum (Tabelle 10, letzte Spalte von 1932)

besonders stark in Erscheinung trat (in Berlin allein 60 000, im Land Sachsen fast 48 000, in Thüringen 17 000, in dem kleinen Anhalt sogar 16 000, in Hamburg aber nur 8 000). Es ist leicht erklärlich, daß die Zahl der Rücktritte rapid absinkt; 1934 auf ein Drittel, d. s. 76 000 — die Gesamtzahl der Übertritte beträgt noch das Doppelte: rund 150 000; bis 1939 aber auf ein Dreißigstel, das sind 7600 — die Übertritte im ganzen sind dreimal soviel: 21 500. Wie weit die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung erfreulicherweise wieder in die Kirche zurückgekehrten Glaubensgenossen nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich zurückgefunden haben — diese Frage kann natürlich nicht die Statistik, sondern nur die Seelsorge beantworten.

Die Ein- und Austrittsbewegung von 1933 bis 1939 gleicht einer Waage, deren Schalen sich ziemlich gleichmäßig heben bzw. senken: ungefähr in demselben Maße, in dem die Eintrittszahlen abnehmen, nehmen die Austrittszahlen zu; die eine Kurve fällt von 323 000 bis auf 21 500, die andere Kurve steigt von 29 000 (1934) auf 378 000. Zwischen 1935 und 1936 liegt der Schnittpunkt beider Kurven, bzw. der Augenblick, in dem sich beide Schalen die Waage halten. Hinter dieser Entwicklung steht scheinbar die Wandlung, in Wirklichkeit aber die Enttölpelung der wahren nationalsozialistischen Kirchenpolitik, steht der leidenschaftliche Kampf der Bekennenden Kirche gegen den ständig wachsenden Terror von Partei und Staat und DK-Kirchenregiment, steht die sogenannte „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens,“ die gleichbedeutend sein sollte mit Entkirchlichung und Entchristlichung.

Vom Umfang sowohl wie von der Unterschiedlichkeit der Austritte im Jahre 1939 können wir uns erst ein Bild machen, wenn wir diese Zahlen in Beziehung bringen zu einer geläufigen Größe des kirchlichen Lebens. Dafür eignen sich am besten die Zahlen der Taufen, nachdem diese ja das eigentliche Wachstum der Kirche veranschaulichen. Deshalb sind der Spalte „Austritte“ des Jahres 1939 die Prozentsätze beigelegt, die das Verhältnis der Austrittszahlen zu den Taufzahlen des gleichen Jahres zum Ausdruck bringen. Diese Ziffern sind zum Teil allerdings erschütternd! Sie besagen, daß in der DEK genau halb soviel evangelische Christen die Kirche verlassen haben wie zu ihr im gleichen Jahr durch die Taufen hinzugekommen sind! In Berlin z. B. ist es das  $1\frac{1}{2}$ -fache: auf zwei getaufte Kinder treffen drei Ausgetretene! An 100% kommen nahe heran: Rheinland, Schleswig-Holstein, Land Sachsen, Thüringen (zwischen 80 und 90%). Die relativ günstigsten Austrittszahlen, unter  $\frac{1}{4}$  der Getauften, haben Ostpreußen (nur 10%), Brandenburg, Posen-Westpreußen, Hannover reform., Kurhessen-Waldeck, Bayern, Pfalz, Lippe und Lübeck. Dabei sind die dem Einfluß, insbesondere dem Unterricht der Kirche entzogenen religionsunmündigen Kinder (unter 14 Jahren) noch nicht einmal mitgerechnet, die ebenso wie die Gesamtzahl der Austritte von 1934 an ständig im Steigen begriffen sind



Tabelle 10

## Übertritte zur Evang. Kirche und Austritte aus der Evang. Kirche

Kirchengebiete:	1932				1933				1934			1939		
	Übertr. v. d. Kath. zur Ev. Kirche	Übertr. v. Reli- g. zur Ev. Kirche	Austritte v. d. Evang. zur Kath. Reli- giosität	Übertr. im ganzen (Rücktr.)	Übertr. v. Kath.	Übertr. v. Rel. losen	Austr. im ganzen	Übertr. im ganzen (Rücktr.)	Übertr. v. Kath.	Übertr. v. Nicht- chr.	Austr. im ganzen	Übertr. im ganzen (Rücktr.)	Übertr. v. Kath.	Übertr. v. Nicht- chr.
Ostpreußen	484	278	64	2 953	2 510 (1 553)	586	1672	1641	1 970 (773)	720	1047	562 (109)	317	156
Berlin	842	3300	15	48 058	63 647 (59 711)	3328	59888	7661	20 647 (18 069)	2212	18290	2714 (1567)	505	2144
Brandenburg	625	1366	18	7 303	14 607 (12 838)	1011	13403	2155	6 483 (5 440)	829	5562	886 (366)	342	526
Pommern	229	439	20	4 298	2 656 (2 062)	286	2255	1394	1 703 (732)	290	1281	761 (123)	185	180
Grenzmark Posen- Westpreußen	97	29	7	159	258 (79)	136	119	130	239 (7)	210	22	47	50	8
Schlesien	3212	1182	238	7 106	11 823 (6 003)	4206	7401	3984	8 847 (3 254)	4059	4700	1 361 (339)	1122	424
Sachsen (Prov.)	522	2040	39	10 060	18 259 (14 207)	824	17180	2363	12 095	748	11132	860 (189)	364	522
Westfalen	2601	2510	308	9 520	14 847 (9 701)	4253	10156	3114	10 244 (5 608)	3739	6256	1 799 (541)	1021	782
Rheinland	3688	2775	231	12 112	15 612 (6 893)	5776	9477	3916	12 342 (4 424)	5313	6749	3 434 (793)	1086	1205
Altpreußische Union	12300	13919	940	101 569	144 219 (113 034)	20406	120551	26358	74 570 (38 307)	18120	55039	13 248	5184	5993
Schleswig-Holstein	227	788	6	8 237	5 312 (4 942)	302	4959	2052	3 254 (2 804)	364	2847	1 224	515	356
Hannover luth.	581	980	21	6 638	6 371 (3 905)	1022	5104	2235	3 268 (2 132)	781	2379	1 363	938	453
Hannover reform.	29	22	1	204	264 (164)	37	167	98	119 (48)	36	53	68	31	3

Hessen-Nassau	716	374	70	5 638	5 357 (1 822)	1522	3554	2465	3 148 (957)	1303	1713	1 131	705 (189)	379	269	18 549 (65)
Kurhessen-Waldeck	422	273	45	2 651	991 (614)	188	716	645	860 (156)	168	639	333	194 (34)	86	80	4 234 (23)
Bayern	1521	308	398	1 467	3 401 (843)	1839	1367	1161	2 879 (247)	2046	708	955	149 (819)	556	217	7 033 (22)
Pfalz	591	157	37	1 093	1 265 (328)	650	566	550	1 186 (248)	677	476	192	218 (41)	154	63	1 817 (20)
Sachsen (Land)	806	5393	37	28 070	92 413 (47 799)	2528	88557	8011	29 792 (6 995)	1980	27246	2 201	2758 (1189)	465	2051	58 721 (88)
Württemberg	371	275	208	3 563	1 739 (978)	351	1024	3016	1 776 (1 032)	416	1107	1 109	515 (224)	187	183	13 721 (38)
Baden	620	141	282	2 516	1 526 (334)	785	645	1367	1 492 (331)	799	580	973	410 (47)	262	119	4 391 (24)
Thüringen	147	2456	27	5 509	18 735 (17 232)	296	18375	1824	12 672 (10 684)	283	12279	684	706 (334)	105	546	22 688 (86)
Mecklenburg	117	141	10	1 023	871 (663)	146	702	407	773 (472)	214	525	207	37 (30)	36	—	4 118 (30)
Oldenburg	95	136	4	1 257	1 388 (1 224)	101	1251	363	456 (370)	56	393	274	76 (30)	33	37	4 542 (58)
Braunschweig	84	633	5	1 529	5 334 (5 036)	124	5199	478	1 974 (1 346)	119	1845	245	202 (103)	51	143	4 925 (71)
Anhalt	31	630	1	2 628	16 705 (15 975)	152	16501	286	3 252 (3 086)	93	3131	73	103 (23)	34	63	3 189 (47)
Lippe	30	21	1	127	163 (81)	47	100	103	166 (61)	49	94	72	58 (14)	32	18	591 (15)
Lübeck	15	74	—	803	552 (531)	20	531	256	466 (433)	30	435	96	56 (34)	22	32	503 (24)
Bremen	76	367	—	1 656	8 381 (7 909)	452	7909	322	2 710 (2 407)	277	2419	2 288	378 (287)	91	287	1 615 (26)
Hamburg	112	1253	—	26 482	8 632 (8 061)	233	8284	4868	4 658 (4 076)	198	4450	4 269	664 (540)	90	570	6 924 (50)
DEK	18891	28341	2093	202 660	323 618 (231 573)	31201	287060	56849	149 761 (76 207)	28209	118437	29 036	21482 (7658)	8626	11520	378 525 (50)
Zu den Austritten zählen noch: Religionsunmünd. Kinder:												695				18484 2.5

(von 700 bis 18 000) und 1939 etwa 2,5% der Getauften ausmachen. Im übrigen weist die auf die Taufzahlen bezogene Prozentreihe eine weitgehende Parallelität mit den aus Tabelle 3 ersichtlichen Anteilswerten der Gottgläubigkeit (plus Glaubenslosen) in den einzelnen Landeskirchen auf; der äußere und innere Zusammenhang dieser beiden Reihen liegt in der Natur der Sache begründet und überrascht nicht weiter.

In den Jahren 1933—1939 haben insgesamt über 1 300 000 Gemeindeglieder (einschließlich der religionsunmündigen Kinder) der Kirche den Rücken gekehrt! Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Zahlen der Austritte nur die amtlich bekannt gewordenen sind, in Wirklichkeit aber noch viel höher in Rechnung gestellt werden müßten. Das ist dann nicht beängstigend, wenn man diese amtliche Zahl auf die Gesamtheit der Evangelischen bezieht — es sind nur 3%! Wer aber um die missionarische Verantwortung allen Getauften gegenüber weiß (1. Tim. 2, 4), den mußte dieser Sachverhalt doch mit ernster Sorge erfüllen. Und die Frage, die uns angesichts dieser Entwicklung heute noch beschäftigen muß, ist die: Wie wäre die Austrittsbewegung ohne Krieg und Niederlage weitergegangen? — eine Frage, die unter evangelischen Deutschen heute wahrhaftig keine historische Reminiszenz ist, sondern für nicht wenige Brüder und Schwestern eine Frage von existentieller Aktualität. Für unsere Berichtszeit hat sie zum mindesten so viel bedeutet, daß es nicht mehr selbstverständlich war, einer kirchlichen Gemeinschaft anzugehören, und daß die Gegnerschaft gegen die Kirche sehr spürbar im Wachsen begriffen war. Die Welle der Kirchenfeindschaft hat aber auch zur Folge gehabt, daß sich die positiv kirchlichen Kreise ihrer kirchlichen Verantwortung mehr und mehr bewußt wurden, so daß der Kirche das, was sie an Einfluß auf die Breite des Volkslebens eingebüßt hat, durch ihre Wirkung in die Tiefe weithin wieder zugute gekommen ist.

Unsere bisherigen Überlegungen bezogen sich im wesentlichen auf die Übertritte bzw. Rücktritte von der Gottlosigkeit zur Evangelischen Kirche und auf die Austritte aus der Evangelischen Kirche zur sog. Gottgläubigkeit nach 1933. Wie sieht demgegenüber der Austausch mit dem Katholizismus zahlenmäßig aus? Nach einem Ansteigen des Übertritts von Katholiken zur Evangelischen Kirche im Reich von 19 000 auf 31 000 im Jahre 1932 auf 1933 (wofür die größere Anfälligkeit des Protestantismus dem Nationalsozialismus gegenüber nicht ganz unschuldig sein dürfte) ist ein stetiges Absinken dieser Zahl bis auf 8600 im Jahr 1939 zu beobachten. Als Gründe kommen dafür wohl in Betracht: die für den urteilslosen Außenstehenden wenig anziehende Zerrissenheit der Evangelischen Kirche auf der einen und die imponierende Geschlossenheit der Katholischen Kirche auf der anderen Seite, die zunehmende Gleichgültigkeit der Randchristen dem kirchlichen Leben gegenüber und — in der Hauptsache sicherlich — der „Ausweg“ des gemeinsamen Austritts zur Gottgläubigkeit für alle eine

Mischehe eingehenden Brautleute, soweit sie sich in der konfessionellen Frage nicht einigen konnten.

Der Anteil der katholischen Konversion an der Gesamtzahl der Übertritte (ohne Rücktritte!) beträgt 1933 und 1934 rund ein Drittel, von 1935 bis 1939 durchweg zwei Drittel. Daß hierbei die Kirchengebiete mit starker Konfessionsmischung relativ mehr zu verzeichnen haben als die mit dominierenden evangelischen Majoritäten, ist eine ganz natürliche Erscheinung, die nicht weiter untersucht zu werden braucht.

Eine notwendige Ergänzung dieses Bildes wäre eine Übersicht über die Konversion Evangelischer zur Katholischen Kirche. Leider ist diese nicht möglich, weil die Austritte aus der Evangelischen Kirche von 1934 an in den statistischen Tabellen nur im ganzen, aber nicht mehr aufgeschlüsselt mitgeteilt werden. Die für 1932 und 1933 bekannt gewordenen Zahlen (beide Male rund 2000) sind so niedrig, daß sie unmöglich den wahren Tatbestand wiedergeben. Im übrigen geht aus dem Kirchlichen Jahrbuch 1934 (S. 94 ff.) hervor, daß für 1932 z. B. die Zahl der Übertritte zur Katholischen Kirche von der „Zentralstelle für (kath.) kirchliche Statistik“ in Köln mit 10 000 angegeben wird. Trotzdem bleibt ein evangelischer Überschuß von 8500; so etwa dürften mit mehr oder weniger großen Abweichungen die Verhältnisse auch in den folgenden Jahren liegen.

Die Übertritts-Statistik gibt auch immer Aufschluß über den Umfang des Personenkreises, der aus sonstigen christlichen Gemeinschaften (Freikirchen, Sekten u. a.) zur Evangelischen Kirche findet. Wir lassen ihn auch hier unberücksichtigt, weil er zahlenmäßig nicht ins Gewicht fällt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Übertritte vom Jahr 1933 an beträgt lediglich zwischen 1 und 6%; die absoluten Zahlen dieser Spalte fallen für das Reichsgebiet von 4300 im Jahre 1933 bis auf 1300. Die Zahlen der von der Kirche zu Sekten oder anderen christlichen Gemeinschaften übertretenden Gemeindeglieder standen nur für die Jahre 1932 und 1933 zur Verfügung und lassen die zu denkende Tatsache erkennen, daß sie die Kircheneintritte von dieser Seite bei weitem übersteigen, das eine Mal um das Fünffache, das andere Mal um das Doppelte. Wir werden hier nicht anders urteilen können, als daß diejenigen evangelischen Christen, die die Bindung mit ihrer Kirche lösen um einer anderen, jedenfalls kleineren, christlichen Gemeinschaft beizutreten, wenn auch nicht zahlenmäßig, so doch dem inneren Wert nach zum großen Teil als wirklicher Verlust zu betrachten sind; vielfach ist wohl ihr Verlangen nach innerer Gemeinschaft in der Kirche nicht zu seinem Recht gekommen. Auf welcher Seite freilich die Schuld daran liegt, kann nur im Einzelfall, zum mindesten nur in der Einzelgemeinde entschieden werden. Eine Mahnung an die Kirche bleiben selbst diese im ganzen geringfügigen Austrittszahlen auch heute noch.



## Zusammenfassung

Wenn wir abschließend die wichtigsten Äußerungen des kirchlichen Lebens, die ziffernmäßig, d. h. in Prozentzahlen ausgedrückt werden können, graphisch darstellen und im Schaubild (nach Tabelle 11) betrachten, dann lassen sich die gewonnenen Erkenntnisse in einigen wenigen Sätzen zusammenfassen:

1. Die Tendenz eines leichten Absinkens der Kirchlichkeitsziffern im Weimarer Reich wird 1933/34 im offensichtlichen Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtergreifung unterbrochen; die Kurven schnellen mehr oder weniger stark empor. Dabei spielt insbesondere bei der Taufziffer das Nachholen unterlassener Taufen eine nicht unbedeutende Rolle, so daß dieses Kurvenstück eine unnatürliche Überhöhung erfährt.

2. Im nationalsozialistischen Reich zeigt sich sehr bald ein stetiges Fallen der Kurven (mit Ausnahme der Beerdigungen), und zwar sehr beträchtlich unter den Stand von 1932. Die graphisch angedeutete Entwicklung 1939/40 kann wegen der mangelhaften Berichterstattung (gerade die unkirchlichen Gebiete und Großstädte fehlen!) und wegen der einsetzenden Kriegsverhältnisse nicht als gültig angesehen werden.

3. In dem Verlauf der Kirchlichkeitskurven ist unmißverständlich die wahre Einstellung des Nationalsozialismus der Kirche gegenüber erkennbar. Sie sind ein Spiegelbild für das Trommelfeuer der nationalsozialistischen Propaganda, für die „weltanschauliche Ausrichtung“ der Jugend, für die unablässige „Schulung“ in sämtlichen Organisationen, für die offene und getarnte Förderung der sog. Gottgläubigkeit, für den äußeren und inneren Druck der hohen und niedrigen Parteistellen,

Tabelle 11 Zusammenstellung der Kirchlichkeitsziffern 1930-1940

	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
	Von 100 Geborenen wurden getauft:										
Taufen											
im ganzen	96	97,5	97	102	93,5	92,5	91	89	88	86,5	(90)
rein evang.	96	98,5	98	105,5	98	97	95,5	95	94	94,5	(96,5)
Mischehen	59	61	61,5	88	75	69	69	62	59	55	(61)
v. unehel. Müttern	78,5	79	80	86	83	81	79	80	78	75	(81)
	Von 100 Eheschließungen wurden getraut:										
Trauungen											
im ganzen	71	71	70	80	82	80	79	73	65,5	54	(59)
rein evang.	82		82	92	93	91	90	85	79	68	(72)
Mischehen	28		28	33	33,5	34	35	30	25	19	(24)
	Von 100 Verstorbenen wurden kirchlich beerdigt:										
Beerdigungen	91	91	90	92,5	92,5	92	92	92,5	93	93,4	(94)
	Von 100 Evangelischen begehrten das hl. Abendmahl										
hl. Abendmahl	26	25,5	25,2	25,2	26,3	25,5	24,3	22,4	20,5	17,0	(17)

und nicht selten auch für den Einsatz staatlicher Machtmittel — das alles immer offensichtlicher mit dem Ziel, den Einfluß der Kirche so weit wie möglich zurückzudrängen. Ein solches systematisches, ideologisches Einrichten unchristlicher und antichristlicher Lehren und Praktiken konnte vor allem im Blick auf die heranwachsende Jugend nicht ohne die Wirkung bleiben, die unsere Darstellung aufzeigt. Insbesondere ist bei der Beteiligung am hl. Abendmahl die Aushöhlungsarbeit der Partei unverkennbar.

4. Aber trotz dieser Anstrengungen ist es nicht gelungen, den Bestand wie die Lebensäußerungen der Kirche in ihrer Gesamtheit ernsthaft zu gefährden. Auch nicht der Charakter der Volkskirche ist ihr verlorengegangen. Das gilt sowohl im Blick auf die zahlenmäßige Zugehörigkeit zu ihr als auch im Blick auf den mannigfaltigen Dienst durch Wort und Sakrament, der von ihr begehrt und angenommen wurde. Gleichwohl richtet diese Entwicklung an die Kirche selbst die ernste Frage nach ihren Versäumnissen und Unterlassungen, nach ihrem schuldhaften Versagen. Wo aber dennoch Bekennende Kirche geworden und lebendige Gemeinden gewachsen sind, in der Auseinandersetzung im Inneren, insbesondere mit den Deutschen Christen, und im Kampf nach außen, gegen die alten und neuen Feinde des Christentums, da war es am Ende nicht Menschenwerk, sondern Frucht des Heiligen Geistes.

Welche grundsätzlichen Urteile lassen schließlich die Zahlen und Ziffern des kirchlichen Lebens während eines schicksalsschweren Jahrzehnts unserer Volks- und Kirchengeschichte noch zu angesichts der Unterschiedlichkeit der statistisch feststellbaren Kirchlichkeit? Da sind zunächst die zwar nicht prinzipiellen, aber graduellen Unterschiede hinsichtlich der rezeptiven und aktiven Kirchlichkeit bemerkenswert. Es ist eine durchgängige Tatsache, daß ungleich mehr Glieder der Kirche die kirchliche Trauung, die Taufe und Konfirmation ihrer Kinder und ein kirchliches Grabgeleite begehren als sich am übrigen gottesdienstlichen Leben beteiligen. Mit der Macht der Sitte allein läßt sich dieser Tatbestand nicht erklären. Die meisten wohl fühlen in den Ereignissen der Geburt, der Eheschließung und des Todes — bewußt oder unbewußt — eine unsichtbare Hand walten, die auch über dem Kommenden segnend stehen soll. Ist es für kirchliches Denken und Handeln auch nicht ideal, wenn man sich der Kirche erst oder nur erinnert zur Weihe eines bedeutsamen Augenblicks, so lassen doch niedrige Ziffern aktiver Kirchlichkeit (von Abendmahls- und Gottesdienstbesuch) noch keine generellen Schlüsse zu über die Auflösung der kirchlichen Bindung überhaupt.

Der zweite auffallende Zug, die verschieden starke Beteiligung der einzelnen Landeskirchen am kirchlichen Leben innerhalb der DEK, ist sowohl mit außer- wie innerkirchlichen Gegebenheiten zu begrün-

den. Auf das kirchliche Leben wirken befruchtend und fördernd ein: die ländliche Siedlungsform (und damit die ursprünglichen Bindungen menschlicher Gemeinschaft) — eine intensive Konfessionsmischung der Bevölkerung — ein klares, verpflichtendes Bekenntnis als Lehr- und Glaubensgrundlage — dazu natürlich eine gute kirchliche Versorgung der Gemeinden. — In negativer Hinsicht beeinflussen die Kirchlichkeit die Verstädterung und Industrialisierung (und damit die Auflösung der Gemeinschaftsbindungen) — die konfessionelle Geschlossenheit der Gebiete — die Vereinigung verschiedener Bekenntnisse (Union) — kirchengeschichtliche Besonderheiten wie Blütezeiten des Rationalismus und Liberalismus in Theologie und Frömmigkeit.

Die Kirchlichkeit als solche stellt immer eine komplexe Erscheinung dar, auf die diese und andere Ursachen in verschieden hohem Grade einwirken. Bei einer erschöpfenden Beurteilung der Äußerungen kirchlichen Lebens wird man daher die Vielheit der Erklärungsgründe, die untereinander wieder in einem bestimmten Rangverhältnis stehen, in ihrem äußeren und inneren Zusammenhang sehen müssen.

Bei allem Auswerten und Abwerten wollen wir freilich nicht vergessen, daß sowohl die innersten Gründe als auch die tiefsten Wirkungen positiver Kirchlichkeit nicht verstandesmäßig oder gar statistisch erfaßt werden können, sondern im Irrationalen liegen, in der Kraft des in der Kirche verkündigten göttlichen Wortes selbst.

## II. Aus der Bevölkerungsstatistik

Von Pfarrer Dr. Walter Dielhenn

(Abgeschlossen am 30. 4. 51)

### A. Bevölkerungsstand

#### 1. Volkszählung 1950

Am 13. September 1950 fand im Deutschen Bundesgebiet und in Berlin-West eine Volks- und Berufszählung im Rahmen einer Weltzählung statt. Eine solche hatten die „Vereinten Nationen“ für die Jahre 1950 bis 1951 in allen Ländern der Welt vorgesehen. Innerhalb Deutschlands fand abweichend vom obigen Termin in der Deutschen Demokratischen Republik eine Volkszählung am 31. August 1950 statt, wohingegen sie im Saarland für 1951 geplant ist.

Während in den Ergebnissen der Volkszählung von 1946 sich die gewaltigen Umwälzungen widerspiegeln, die durch die unheilvollen Folgen des zweiten Weltkrieges mit ihren ungeheuren Völkerwanderungen verursacht worden waren, findet in der Volkszählung von 1950 die nach 1946 noch weiter andauernde Umschichtung der Bevölkerung, sowie die Eingliederung der großen Masse der Heimkehrer ihren zahlenmäßigen Niederschlag. Man kann sagen, daß die Bevölkerungsbewegung zu diesem Zeitpunkt schon etwas mehr zur Ruhe gekommen ist, so daß die Ergebnisse der Volkszählung von 1950 für einige Jahre ein einigermaßen getreues Bild der Bevölkerungsstruktur ergeben.

Als erstes Ergebnis ist nach wenigen Monaten auf Grund von Schnellmeldungen die Größe der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Hiernach ist es möglich, die Bevölkerungsdichte und die Geschlechterrelation, sowie die Verteilung der Bevölkerung





auf Stadt und Land zu errechnen. Auf Grund der Sonderauszählung der Flüchtlinge ist auch deren Zahl und Anteil an der Gesamtbevölkerung festzustellen. Über die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung können jedoch vorerst noch keine Aussagen gemacht werden. Eine „repräsentative Vorauswertung“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 524) wird zunächst einmal vorläufige Ergebnisse bringen; sie waren aber bis zur Drucklegung noch nicht greifbar. Ebenso lagen noch keinerlei Angaben aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vor, mit Ausnahme des Sowjetischen Sektors von Berlin, so daß wir uns auf das Deutsche Bundesgebiet und Berlin beschränken müssen. Für das Saarland wurden jedoch die Zahlen der „fortgeschriebenen Bevölkerung“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1949, S. 524) hinzugefügt, die nur unwesentlich (im Bundesgebiet nach den Volkszählungsergebnissen nur 1 v. H.) von den tatsächlichen Zahlen abweichen.

## 2. Bevölkerungsgröße

Nach Tabelle 1 betrug am 13. September 1950 die Einwohnerzahl des Bundesgebietes 47 584 460 Personen. Gegenüber der Volkszählung von 1946 hat demnach in den zurückliegenden vier Jahren die Bevölkerung des Bundesgebietes um 3 878 653 Personen, d. s. 8,9 v. H. zugenommen. Eine Zunahme weisen sämtliche Länder des Bundesgebietes auf, jedoch ist sie im einzelnen unterschiedlich. An der Spitze stehen die Stadtstaaten Bremen mit 17,3 v. H. und Hamburg mit 14,3 v. H. An nächster Stelle rangieren Baden mit 13,0 v. H., Württemberg-Hohenzollern und Nordrhein-Westfalen mit je 12,4 v. H. Zunahme. Unterdurchschnittliche Bevölkerungszunahme weisen Hessen (8,3 v. H.) und Württemberg-Baden (8,4 v. H.) auf, an letzter Stelle stehen Bayern mit 4,4 v. H. und Schleswig-Holstein mit 0,6 v. H. Zunahme. Außerhalb des Bundesgebietes finden wir in Groß-Berlin eine Zunahme von 4,2 v. H. Auch im Saarland hat die Bevölkerung seit 1946 zugenommen, wenn auch — da uns für 1950 nur die fortgeschriebene Bevölkerungszahl zur Verfügung steht — der angegebene Vomhundertsatz nur als annähernd bezeichnet werden kann.

Ursachen des Bevölkerungswachstums sind in den einzelnen Ländern 1. der Geburtenüberschuß, 2. der Wanderungsgewinn infolge a) zurückgekehrter Kriegsgefangener und b) weiterer zugewanderter, bzw. umgesiedelter Heimatvertriebener und Flüchtlinge. Das letztere ist infolge des gesteuerten Flüchtlingsausgleichs vor allem der Fall in den Ländern der Französischen Besatzungszone Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern, von denen die beiden ersteren Länder bei der Volkszählung von 1946 gegenüber 1939 eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen hatten. Auch die ehemals in besonderem Maße kriegs- und bombengefährdeten Länder mit vielen Großstädten (Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hamburg, Bremen) hatten durch die

Tabelle 1

Die Bevölkerung im Bundesgebiet,  
in Berlin und im Saarland 1939, 1946 und 1950

Land	Wohnbevölkerung			Zunahme (+), bzw. Abnahme (—) 1946 gegenüber 1939		Wohnbevölkerung am 13. 9. 1950	Zunahme 1950 gegenüber 1946	
	a. 17. 5. 1939 <sup>2)</sup>	2	3	absolut	v. H.		absolut	v. H.
1				4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	1 588 994		2 573 180	+ 984 186	+ 61,9	2 593 617	20 437	0,6
Hamburg	1 711 877		1 403 300	— 308 577	— 18,0	1 604 600	201 300	14,3
Niedersachsen	4 539 432		6 227 831	+ 1 688 339	+ 37,2	6 795 128	567 297	9,1
Nordrhein-Westfalen	11 945 097		11 692 306	— 252 791	— 2,1	13 147 066	1 454 760	12,4
Bremen	562 915		484 474	— 78 441	— 13,9	568 335	83 861	17,3
Hessen	3 479 126		3 973 871	+ 494 745	+ 14,2	4 303 920	330 049	8,3
Württemberg-Baden	3 217 341		3 583 091	+ 365 750	+ 11,4	3 884 462	301 371	8,4
Bayern	7 037 592		8 738 412	+ 1 700 820	+ 24,2	9 118 635	380 223	4,4
Rheinland-Pfalz	2 962 110		2 742 751	— 219 359	— 7,4	2 993 652	250 901	9,1
Baden	1 229 696		1 182 042	— 47 654	— 3,9	1 335 458	153 416	13,0
Württ.-Hohenzollern	1 075 853		1 104 549	+ 28 696	+ 2,7	1 240 999	136 450	12,4
Bundesgebiet	39 350 033		43 705 807	+ 4 355 774	+ 11,1	47 584 460	3 878 653	8,9
Berlin-West Berlin, Sowj. Sektor <sup>1)</sup>	.	.	2 012 532 1 174 582	.	.	2 142 391 1 179 336	129 859 4 754	6,5 0,4
Groß-Berlin Saarland	4 338 756 908 281		3 187 114 851 615	— 1 151 642 — 56 666	— 26,5 — 6,2	3 321 727 945 521 <sup>2)</sup>	134 613 93 906	4,2 11,0

<sup>1)</sup> Volkszählung am 31. 8. 1950.<sup>2)</sup> Auf die jetzigen Länder umgerechnete Zahlen.  
<sup>3)</sup> Fortgeschriebene Bevölkerung am 1. 10. 1950.

Zunahme bzw. Abnahme der Bevölkerung in den Ländern des Bundesgebietes,  
in Groß-Berlin und im Saarland von 1939—1950

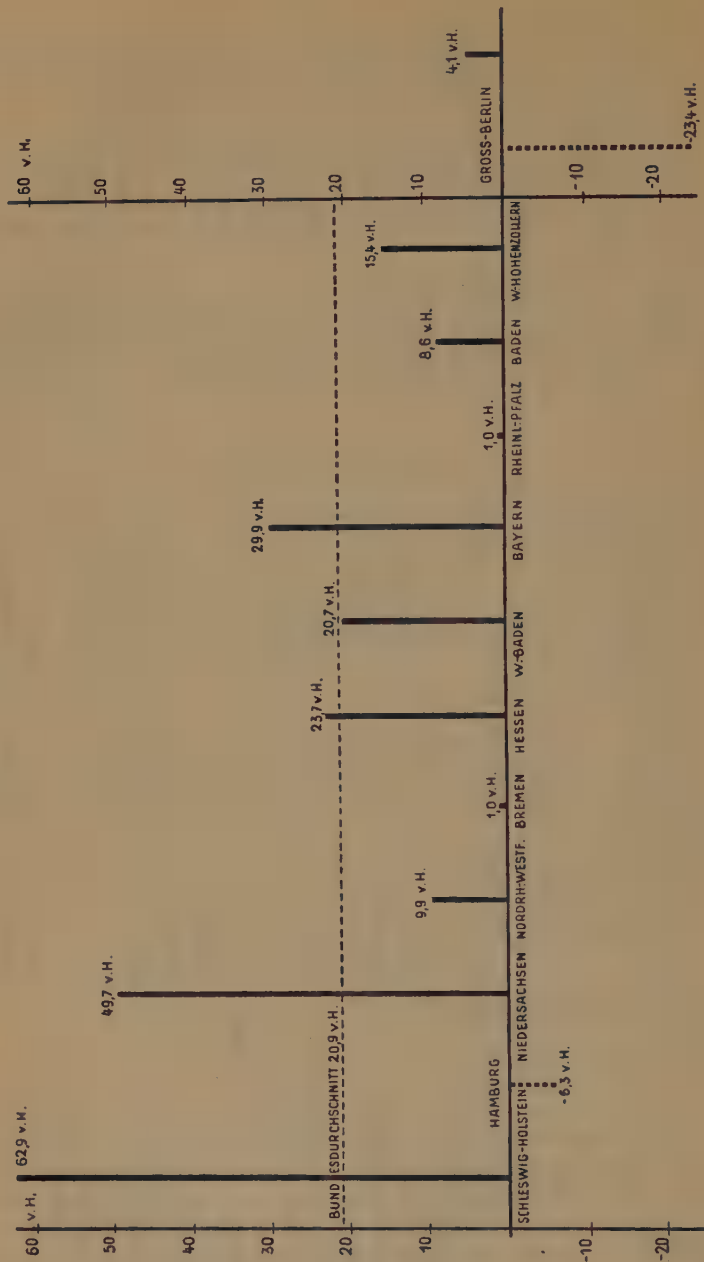


Tabelle 2 Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet,  
in Groß-Berlin und im Saarland 1939, 1946 und 1950.

Land	Fläche in qkm	Wohnbevölkerung auf 1 qkm		
		1939	1946	1950
1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein	15 666,16	101,5	164,25	165,24
Hamburg	746,62	2 292,8	1 879,53	■ 149,15
Niedersachsen	47 269,59	96,1	131,75	143,75
Nordrhein-Westfalen	33 955,53	350,5	344,34	386,55
Bremen	403,77	1 394,1	1 199,87	1 407,57
Hessen	21 116,31	164,8	188,18	203,81
Württemberg-Baden	15 700,12	204,9	228,22	247,39
Bayern	70 237,90	100,2	124,41	129,82
Rheinland-Pfalz	19 837,14	149,3	138,26	150,91
Baden	9 952,44	123,6	118,76	134,18
Württ.-Hohenzollern	10 405,99	103,4	106,14	119,25
Bundesgebiet	245 291,57	160,42	178,17	193,88
Berlin-West	480,95	.	4 131,74	4 454,55
Berlin, Sowj. Sektor	402,81	.	2 915,97	2 927,77
Groß-Berlin	883,76	4 875,5	3 581,40	3 758,67
Saarland	2 435,80	357,1	349,62	370,00

Ausweichungen eines großen Teils der Einwohner an Bevölkerungszahl abgenommen, was ein Vergleich zwischen 1939 mit 1946 zeigt, während sie durch Rückkehr der Evakuierten in die Großstädte oder Zuwanderung dorthin infolge besserer Verdienstmöglichkeiten ihre ursprüngliche Bevölkerungszahl im Jahre 1950 fast wieder erreicht (Hamburg) oder sogar überschritten haben. Die nur geringe Zunahme in Bayern und Schleswig-Holstein ist auf die Umsiedlung der Heimatvertriebenen vor allem in die Länder der Französischen Besatzungszone zurückzuführen. Den Vornhundertatz der Bevölkerungszunahme in den einzelnen Ländern von 1939 bis 1946 läßt das Diagramm auf Seite 4 erkennen.

### 3. Bevölkerungsdichte

Die immer weiterschreitende Zusammenballung der Bevölkerung spiegelt sich in der Zahl der Einwohner wider, die auf 1 qkm wohnen, der Bevölkerungsdichte. Diese hat entsprechend der Bevölkerungszunahme in allen Ländern des Bundesgebietes zugenommen. An der Spitze stehen Hamburg, Bremen und Berlin-West, während die geringste Steigerung seit 1946 Bayern und Schleswig-Holstein aufweisen, und zwar aus den in Abschnitt 2 aufgeführten Gründen. Die Einwohner der Stadtstaaten wohnen selbstverständlich am dichtesten zusammen, es folgt das Land mit den weitaus meisten Großstädten, Nordrhein-West-



falen, während Württemberg-Hohenzollern mit seiner vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur auch die geringste Bevölkerungsdichte hat. Im ehemaligen Reichsgebiet war 1910 die Bevölkerungsdichte 120,0, 1922 in dem nach dem ersten Weltkrieg verkleinerten Deutschland 126,8, 1937 waren es 147,3 Personen auf 1 qkm. Die Steigerung der Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet ist: 1939: 160,42, 1946: 178,17, und 1950: 193,88 Personen auf 1 qkm.

Diese Konzentration der Bevölkerung, mit der die des evangelischen Volksteils Schritt für Schritt geht, stellt an die seelsorgerliche Betreuung besonders große Anforderungen, zumal die Großstadtbevölkerung bisher überwiegend aus Evangelischen bestand. Im Jahre 1946 setzte sich die Großstadtbevölkerung aus 51,1 v. H. Evangelischen, 36,0 v. H. Katholiken und 12,9 v. H. Andersgläubigen zusammen.

#### 4. Geschlechterrelation

Das Verhältnis der Geschlechter war in Deutschland wie folgt: Im Jahre 1910 kamen auf 1000 Männer 1030 Frauen, im Jahre 1919 waren es 1100. Wenn so schon das Jahr 1919 eine Steigerung des Frauenüberschusses infolge des Männerausfalls des ersten Weltkrieges brachte, so ist die weibliche Bevölkerung durch die gewaltigen Blutverluste im zweiten Weltkrieg noch weiter angewachsen, so daß im Jahre 1946 auf 1000 Männer im Bundesgebiet 1229 Frauen entfielen. Dieses Zahlenverhältnis beginnt sich im Jahre 1950 etwas auszugleichen, so daß es

Tabelle 3 Geschlechterrelation 1939, 1946 und 1950.

Land	Zahl der weiblichen Personen auf 1000 männliche		
	1939	1946	1950
Schleswig-Holstein	946	1 228	1 143
Hamburg	1 087	1 188	1 134
Niedersachsen	969	1 214	1 124
Nordrhein-Westfalen	1 052	1 211	1 110
Bremen	980	1 154	1 061
Hessen	1 054	1 224	1 133
Württemberg-Baden	1 064	1 253	1 150
Bayern	1 043	1 237	1 154
Rheinland-Pfalz	1 011	1 261	1 142
Baden	1 042	1 308	1 165
Württ.-Hohenzollern	1 063	1 294	1 169
Bundesgebiet	1 132	1 229	1 133
Berlin-West	.	1 476	1 352
Berlin, Sowj. Sektor	.	1 447	1 346
Groß-Berlin	1 189	1 465	1 350
Saarland	1 009	1 215	1 105

nur noch 1133 Frauen gegenüber 1000 Männern sind, und somit der Stand des Reiches von 1919 fast erreicht ist. Ursache dieses Ausgleichs ist die Rückkehr zahlreicher Kriegsgefangener zwischen 1946 und 1950 und der nach Kriegen stets beobachtete Überschuß an Knabengeburten.

Der Ausgleich ist in den einzelnen Ländern etwas verschieden. Er ist am weitesten wiederhergestellt im Lande Bremen, wo 1950 auf 1000 Männer nur 1061 Frauen entfielen, während das Verhältnis in Württemberg-Hohenzollern (1169 Frauen auf 1000 Männer) am höchsten über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Auch jetzt ist der Frauenüberschuß noch erhöht, da sich die Kriegsverluste noch immer bemerkbar machen und die Überalterung der Bevölkerung weiter fortschreitet (die Frauen leben durchschnittlich länger als die Männer). In Zukunft wird für den Ausgleich der Geschlechter nur noch ein erhöhter Überschuß an Knabengeburten in Frage kommen, da die Zahl der zurückzuerwartenden Kriegsgefangenen verhältnismäßig gering ist.

### 5. Vertriebene und Flüchtlinge

Auf die Bevölkerungsstruktur nehmen die Vertriebenen und Flüchtlinge maßgeblichen Einfluß.<sup>1)</sup> Hat eine weitere Zuwanderung beider Gruppen zur Vermehrung der Gesamtbevölkerung beigetragen, so hat durch die seit 1. Juli 1949 organisierte Umsiedlung aus den Ländern

Tabelle 4 Heimatvertriebene und Flüchtlinge

Land	Zahl am 29. 10. 1946	von 100 der Gesamtbevöl- kerung am 29. 10. 1946	Zahl am 13. 9. 1950	von 100 der Gesamtbevöl- kerung am 29. 10. 1950
Schleswig-Holstein	961 073	37,1	997 925	38,5
Hamburg	91 050	6,4	182 671	11,4
Niedersachsen	1 759 224	28,0	2 099 710	30,9
Nordrhein-Westfalen	851 766	7,3	1 647 827	12,5
Bremen	36 456	7,5	55 540	10,0
Hessen	651 137	16,3	816 543	19,0
Württemberg-Baden	564 319	15,6	818 743	21,1
Bayern	1 860 555	21,2	2 185 203	23,9
Rheinland-Pfalz	46 999	1,7	176 246	5,9
Baden	34 662	2,9	129 748	9,8
Württ.-Hohenzollern	42 262	3,8	139 964	11,3
Bundesgebiet	6 899 503	15,7	9 250 120 <sup>2)</sup>	19,4

<sup>1)</sup> Nach der herrschenden Definition bezeichnet man die aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und dem Ausland Ausgewiesenen als „Vertriebene“, während die Bezeichnung „Flüchtlinge“ auf die aus der Sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetischen Sektor von Berlin „geflüchteten“ Personen angewandt wird.

<sup>2)</sup> = 7 875 143 Heimatvertriebene plus 1 374 977 Flüchtlinge.

Schleswig-Holstein und Bayern in die Länder der Französischen Besatzungszone ein Flüchtlingsausgleich in großem Maße stattgefunden. Durch eine Verordnung der Bundesregierung sind außerdem die Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden zu Aufnahmелändern erklärt worden. Hatte die Ansiedlung der Vertriebenen und Flüchtlinge bereits 1946 die konfessionelle Struktur der einzelnen Länder mehr oder weniger geändert, so wird diese nach der Volkszählung von 1950 wieder ein anderes Gesicht zeigen.

In Tabelle 4 sind die Zahlen der Vertriebenen und Flüchtlingen in den Jahren 1946 und 1950 gegenübergestellt, sowie deren Anteil an der Gesamtbevölkerung, die sog. Flüchtlingsdichte.

## 6. Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land

Bereits im Kirchlichen Jahrbuch 1949 wurde auf Seite 547 darauf hingewiesen, daß schon vor 1946 der Zug aus den bombardierten und zerstörten Großstädten im Kriege aufs Land sich umgekehrt hatte und die Zahl der Großstädte fast den Stand von 1925 wieder erreicht hat. Zu den dort aufgeführten 36 Großstädten des Bundesgebietes sind weitere 10 hinzugekommen, und zwar, nach der Größe geordnet: Münster i. W., Bremerhaven, Bonn, Herne, Freiburg i. Br., Osnabrück, Recklinghausen, Remscheid, Wilhelmshaven, Watenstedt-Salzgitter. Trotz der beschränkten Wohnverhältnisse übt die Großstadt ihre frühere Anziehungskraft wieder aus, zumal sich dort weit günstigere Arbeitsverhältnisse bieten als auf dem mit Flüchtlingen überbesetzten flachen Land.

Tabelle 5 Die Wohnbevölkerung des Bundesgebietes nach Gemeindegrößenklassen.

Land	Wohnbevölkerung in den					
	20914 Gemeinden unter 2000 Einwohner		3194 Klein- und Mittelstädten von 2000 - 100 000 Einwohnern		46 Großstädten über 100 000 Einwohner	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7
Schleswig-Holstein	815 590	31,4	1 184 265	45,7	593 762	22,9
Hamburg	—	—	—	—	1 604 600	100,0
Niedersachsen	2 530 315	37,3	3 162 841	46,6	1 096 977	16,1
Nordrhein-Westfalen	1 263 105	9,6	6 547 110	49,8	5 336 851	40,6
Bremen	—	—	—	—	568 335	100,0
Hessen	1 531 628	35,6	1 868 792	43,4	903 500	21,0
Württemberg-Baden	990 015	25,5	1 854 838	47,8	1 039 609	26,7
Bayern	4 047 746	44,4	3 578 146	39,2	1 492 743	16,4
Rheinland-Pfalz	1 410 729	47,1	1 460 594	48,8	122 329	4,1
Baden	583 302	44,4	642 334	48,1	109 822	7,5
Württ.-Hohenzollern	576 799	46,5	664 200	53,5	—	—
Bundesgebiet	13 749 229	28,9	20 963 120	44,1	12 868 528	27,0

Nach Tabelle 5 wohnen in den 46 Großstädten des Bundesgebietes 12 868 528 Personen, d. s. 27,0 v. H. der Gesamtbevölkerung. Diese Zahl reicht nahe an die Zahl der Einwohner in den Gemeinden unter 2000 Personen mit 13 749 229, d. s. 28,9 v. H. der Gesamtbevölkerung heran. Faßt man die Städte von 2000 bis 100 000 Einwohner als Klein- und Mittelstädte zusammen, so ergeben sich hierfür 20 963 120 Personen, d. s. 44,1 v. H. der Gesamtbevölkerung. In einem Diagramm dargestellt, sähe somit die Verteilung der Bevölkerung des Bundesgebietes nach „Gemeindegrößenklassen“ wie folgt aus:

Neben Groß-Berlin, das aber außerhalb des Bundesgebietes liegt, gibt es zur Zeit in Deutschland nur noch eine Millionenstadt: Hamburg mit 1 604 600 Einwohnern. Die Einhalbe-Millionen-Grenze haben überschritten: München mit 831 017, Essen mit 605 125, Köln mit 590 825, Frankfurt a. M. mit 523 923 und Dortmund mit 500 150 Einwohnern. Von den 46 Großstädten liegen fast die Hälfte (21) in Nordrhein-Westfalen, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit zusammen 5 336 851 Einwohnern, d. s. 41,5 v. H. der Großstädte des Bundesgebietes. In diesem Lande sind fast die Hälfte Klein- und Mittelstädte (49,8 v. H.) mit 6 547 110 Einwohnern, während die Landgemeinden unter 2000 Einwohnern (9,6 v. H.) eine untergeordnete Rolle spielen. Nur je eine Großstadt haben Rheinland-Pfalz (Ludwigshafen) und Baden (Freiburg i. Br.), überhaupt keine Großstadt hat Württemberg-Hohenzollern.

## B. Bevölkerungsbewegung

### 1. Eheschließungen

Tabelle 6 und das Diagramm auf S. 478 zeigen, daß die Zahl der Eheschließungen in den Nachkriegsjahren anstieg, hauptsächlich verursacht durch im Kriege unterbliebene und danach nachzuholende Eheschließungen. Dies ist insbesondere auch aus der Eheschließungsziffer (auf 1000 Einwohner) zu erkennen. Diese betrug im Jahre 1913 im Deutschen Reich 7,8; 1930 war sie 8,7 und im Gebiet des Deutschen Bundes 1938: 9,5; 1946: 8,8; 1947: 10,0; 1948: 10,6; 1949: 10,0; 1950: 10,6.

Eine besonders hohe Eheschließungsziffer hat Nordrhein-Westfalen, wohl eine Folge der zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten in der rheinisch-westfälischen Industrie, während umgekehrt die niedrigste Eheschließungsziffer in Schleswig-Holstein auf ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse schließen läßt.

### 2. Geburten

Im Zusammenhang mit den Zahlen der Eheschließungen stehen die Zahlen der Geburten, da bei der Beschränkung der Kinderzahl pro Ehe die Erstgeburten eine größere Rolle spielen. Auch hier ist eine all-



# Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich (1913) und im Deutschen Bundesgebiet (1946—1950). Vierteljahrsangaben auf 1000 Einwohner und 1 Jahr

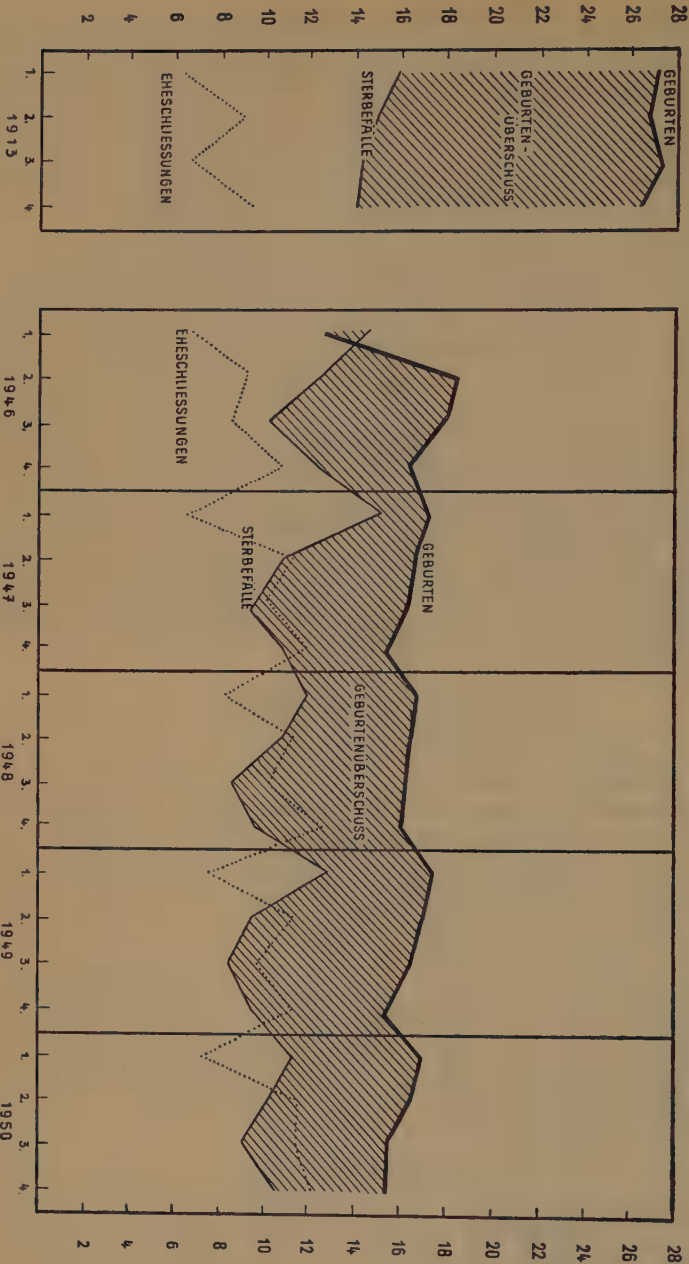


Tabelle 6 Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle  
im Bundesgebiet in den Jahren 1938, 1946 bis 1950

Jahr	Ehe- schließun- gen	Lebendgeborene		Gestorbene			Geburten- überschuß
		insgesamt	darunter unehelich	insgesamt	im 1. Lebens- jahr	in den ersten 28 Lebens- tagen	
1	2	3	4	5	6	7	8
1938	367863	769306	49641	443166	45580	.	326140
1946	380575	708659	116310	534678	63917	31577	173981
1947	454398	748975	88897	525719	62781	29527	223256
1948	493606	769111	78806	476808	52189	27610	292303
1949	476399	791878	73587	478106	46065	26347	313772
1950	505632	770635	74154	492097	42675	26302	278538

Jahr	Auf 1000 Einw. entfallen			Geburten- überschuß	auf 100 Lebendgeb. entfallen		
	Ehe- schließun- gen	Lebend- geborene	Gestor- bene		unehelich Geborene	im 1. Le- bensjahr Gestorb.	i. d. ersten 28 Lebens- tagen Ge- storbene
9	10	11	12	13	14	15	16
1938	9,5	19,8	11,4	8,4	6,5	5,9	.
1946	8,8	16,3	12,3	4,0	16,4	9,5	4,5
1947	10,0	16,5	11,6	4,9	11,9	8,5	3,9
1948	10,6	16,5	10,2	6,3	10,2	6,8	3,6
1949	10,0	16,6	10,1	6,5	9,3	5,9	3,3
1950	10,6	16,2	10,3	5,9	9,6	5,5	3,4

männlich steigende Tendenz zu beobachten. Die Geburtenziffer (auf 1000 Einwohner) betrug im Deutschen Reich im Jahre 1913: 26,9, im Jahre 1930: 17,5. Im Gebiet des Deutschen Bundes war sie 1938: 19,8; 1946: 16,3; 1947: 16,5; 1948: 16,5; 1949: 16,6; 1950: 16,2. Auf 100 Mädchen Geburten kamen 107 Knaben Geburten (gegenüber 105 bis 106 Knaben Geburten in den Vorkriegsjahren). Diese erhöhte Geburtenhäufigkeit des männlichen Geschlechts ist eine nach allen Kriegen beobachtete Erscheinung.

Beachtenswert ist die höhere Geburtenziffer der Heimatvertriebenen. Sie ist — ebenso wie deren niedrigere Sterbeziffer — durch die günstigere Alterszusammensetzung der Heimatvertriebenen bedingt.

### 3. Sterbefälle

Die Sterblichkeitsziffer (auf 1000 Einwohner) betrug im Deutschen Reich 1913: 14,8, im Jahre 1930: 11,1, im Bundesgebiet 1938: 11,4. Sie ist nach dem letzten Krieg zurückgegangen und betrug 1946: 12,3;

1947: 11,6; 1948: 10,2; 1949: 10,1; 1950: 10,3. Wenn diese Ziffer seit 1949 wieder etwas im Ansteigen begriffen ist, so hat dies — wie aus der Todesursachen-Statistik zu entnehmen ist — seinen Grund in der außergewöhnlichen Zunahme der Sterbefälle an Krebs, Krankheiten des Herzens, Altersschwäche und an Verkehrsunfällen.

Die Säuglingssterblichkeit, die in den ersten Nachkriegsjahren infolge der mangelhaften Ernährung eine erschreckende Höhe erreicht hatte, ist — wie aus Spalte 6/7 und 15/16 der Tabelle 7 ersichtlich ist — seitdem im Sinken begriffen.

#### 4. Geburtenüberschuß

Aus der Gegenüberstellung der Zahlen der Geborenen und Gestorbenen ergibt sich der „Geburtenüberschuß“, bzw. der „Sterbeüberschuß“. Ersterer ist für die Bevölkerungsvermehrung von maßgeblicher Bedeutung. Zu Vergleichszwecken wird er am besten „ziffernmäßig“ dargestellt. Die „Geburtenüberschuß-Ziffer“ ergibt sich aus der Differenz zwischen „Geburtenziffer“ und „Sterbeziffer“. Die Geburtenüberschuß-Ziffer betrug im Deutschen Reich 1913: 12,1 und 1930: 6,5. Im Gebiet des Deutschen Bundes war sie 1938: 8,4; 1946: 4,0; 1947: 4,9; 1948: 6,3; 1949: 6,4; 1950: 5,9.

### C. Aus der Kriminal- und Moralstatistik

#### 1. Kriminalstatistik

Über die Entwicklung der Kriminalität seit dem Jahre 1882 wurde im vorjährigen Kirchlichen Jahrbuch berichtet. Die in jenem Jahre begonnene Reichskriminalstatistik fand mit dem Zusammenbruch 1945 ein Ende. In den ersten Nachkriegsmonaten kam es zu einem „Stillstand der Rechtspflege“. Nach der Wiederaufnahme der Rechtssprechung und der Errichtung neuer Länder begannen zunächst die Statistischen Landesämter langsam wieder mit kriminalstatistischen Zusammenstellungen. Da jedoch in den Jahren 1945 bis 1947 in den einzelnen Ländern die Unterschiede in der Erfassung und Gruppierung zu erheblich waren, ist eine Zusammenstellung der Länderergebnisse für diese Zeit nicht möglich. Auch für die Jahre 1948 und 1949 liegen noch keine exakten Zahlen für das ganze Bundesgebiet vor, so daß wir uns im allgemeinen auf die Angaben einiger Länder beschränken müssen.

Nach einer Zusammenstellung des Jahres 1948, in der jedoch die Länder Baden und Bremen fehlen, betrug die Kriminalitätsziffer (d. i. das Verhältnis der Zahl der Verurteilten zu 100 000 der strafmündigen Bevölkerung) in diesem Jahre 1342. Sie hält sich durchaus im Rahmen der Kriminalitätsziffern der Jahre nach dem ersten Weltkrieg (1921: 1353, 1922: 1326, 1923: 1693, 1924: 1494). Dagegen zeigt die Kriminalität der Jugendlichen mit einer Kriminalitätsziffer von

1 038 Verurteilten auf 100 000 der Gesamt-Jugendlichen von 14—18 Jahren in diesem Jahre eine enorme Höhe, indem sie fast an die der Erwachsenen (1 368) heranreicht. Betrug 1933 der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Verurteilten 3,3 v. H., so ist ihr Anteil 1948 auf 6,1 v. H. gestiegen, immerhin ein beachtlicher Prozentsatz, wenn man bedenkt, daß die Jugendkriminalität nur die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahr, also vier Jahre umfaßt!

Auch die Frauenkriminalität war nach dem Krieg im Anwachsen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtkriminalität ist seit 1933 mit 11,9 v. H. auf 22,0 v. H. im Jahre 1948, d. i. auf fast das Doppelte gestiegen. Dies hat nicht nur seine Ursache in der Umschichtung der Bevölkerung durch den erheblich hohen Frauenüberschuß (s. o. unter A 4.!), sondern beruht auf einer tatsächlichen Zunahme der Kriminalität des weiblichen Geschlechts.

So betäublich dieses Bild als Folgeerscheinung des Krieges ist, so kann erfreulicherweise nach 1948 ein Absinken der Kriminalität beobachtet werden, seitdem durch die Währungsreform allmählich wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Nordrhein-Westfalen berichtet von einem Rückgang der Verurteilten vom Jahre 1948 zum Jahre 1949 um rund 11 v. H., die Kriminalitätsziffer ist von 1 454 (1948) auf 1 251 (1949) gesunken. Daß diese Ziffer dort 1948 über dem Bundesdurchschnitt (1 342) lag, ist aus der übergroßen Zahl der Großstädte erklärlich, die bekanntlich für die Kriminalität weit anfälliger sind als das platte Land. In Hessen ist die Kriminalitätsziffer von 1 376 (1948) auf 1 162 (1949), d. i. 12,1 v. H. gesunken, darunter die der Frauen von 512 (1948) auf 422 (1949) und die der Jugendlichen von 1 199 (1948) auf 996 (1949). Auch in Württemberg-Baden liegt die Kriminalitätsziffer 1949 um 16,7 v. H. niedriger als im Jahre 1948. Sie sank bei den männlichen Erwachsenen von 2 355 (1948) auf 1 973 (1949), bei den weiblichen Erwachsenen von 536 (1948) auf 430 (1949), bei den männlichen Jugendlichen von 1 881 (1948) auf 1 461 (1949) und bei den weiblichen Jugendlichen von 366 (1948) auf 242 (1949). Das Saarland, das die niedrigste Kriminalität aufweist, meldet ebenfalls ein Sinken der Kriminalitätsziffer, und zwar bei den Erwachsenen von 648 (1949) auf 525 (1950) und bei den Jugendlichen von 241 (1949) auf 186 (1950). Rheinland-Pfalz dagegen hat eine geringe Zunahme der Kriminalitätsziffer von 805 (1948) auf 829 (1949) zu verzeichnen.

Nach wie vor steht an der Spitze der Delikte „Diebstahl und Unterschlagung“, wonach die andern Delikte, voran „Begünstigung und Hehlerei“, sowie „Betrug und Untreue“, erst in weitem Abstand folgen. Während sich die Abnahme der Kriminalität insbesondere auch bei diesen Deliktsarten auswirkte, nahmen in fast allen Ländern die „Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit“ zu. Deren Anteil an der Gesamtkriminalität war ja in den ersten drei Nachkriegsjahren, verglichen mit den Jahren vor dem Krieg, merkwürdigerweise



gering. In Hessen ist nunmehr die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit Verurteilten „um ein beträchtliches gestiegen“, in Nordrhein-Westfalen hat sie sich verdoppelt und nähert sich dem Reichsdurchschnitt von 1936, Niedersachsen berichtet sogar von einem 60prozentigen Anstieg 1949 gegenüber 1948. In Württemberg-Baden beträgt die Zunahme in fast allen in Frage kommenden Altersgruppen durchschnittlich ein Drittel. Eine besonders hohe Zunahme weisen dort die Altersgruppen der 18- bis 21jährigen und der 30- bis 40jährigen auf, vor allem wegen Übertretung des § 176 St. G. B.

## 2. Ehescheidungen

Das heutige Ehescheidungsrecht beruht auf dem vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Ehegesetz vom 20. 2. 1946, in dem die Lösung der Ehe in den §§ 16 bis 76 geregelt ist. Danach kann eine Ehe für nichtig erklärt werden, wenn bei der Eheschließung nicht die vorgeschriebene Form eingehalten ist oder wenn die nach dem Ehegesetz erforderlichen Voraussetzungen für die Eheschließung nicht gegeben sind. Eine Ehe kann aufgehoben werden, wenn ein Ehepartner in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt war und der gesetzliche Vertreter die Einwilligung zur Eheschließung nicht erteilt hatte; ferner wenn bei der Eheschließung ein Irrtum über die Eheschließung, über die Person oder die persönlichen Eigenschaften des andern Ehegatten vorgelegen hat; schließlich kann die Ehe aufgehoben werden, die durch arglistige Täuschung oder Drohung geschlossen war. Die Gründe der eigentlichen Ehescheidung, die den weitaus größten Teil der Ehelösungen ausmacht, siehe unten! Aus der bisherigen Gesetzgebung sind „Unfruchtbarkeit“ und „Verweigerung der Fortpflanzung“ als Scheidungsgründe gestrichen. Tabelle 7 zeigt die Zahl der Ehescheidungen (Spalte 2—5) in den Jahren 1946 bis 1949 in den Ländern des Bundesgebietes. In diesen vier Jahren sind etwa 291 000 Ehen geschieden, 2414 Ehen aufgehoben und 1967 Ehen für nichtig erklärt worden. Den Höhepunkt bildet das Jahr 1948. Nach 1948 ist die Zahl der Ehescheidungen im Sinken begriffen. Noch deutlicher zeigen diese Entwicklung die Ehescheidungsziffern (Spalte 6—9) der betreffenden Jahre.

Auch wenn die Ehescheidungsziffer 1949 im Bundesgebiet auf 166,8 gesunken war, so beträgt sie noch über das Doppelte der Vorkriegszeit (1938 im Reichsgebiet: 72,4). Am auffälligsten ist die hohe Ziffer in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Auch in Groß-Berlin war 1947 und 1948 die Scheidungshäufigkeit, einer Großstadt entsprechend, außerordentlich hoch. Es kamen dort auf je 100 Eheschließungen 48,6 (1947), bzw. 50,9 (1948) Ehelösungen!

Als Scheidungsgründe werden 1948 und 1949 in drei Viertel der Fälle „andere Eheverfehlungen“ nach § 43 des Ehe-Gesetzes angegeben; dann folgt „Ehebruch“ (§ 42 d. Ehe-Ges.) und „Aufhebung

der häuslichen Gemeinschaft“ (§ 48 d. Ehe-Ges.) und an letzter Stelle „geistige Störung und Geisteskrankheit“ (§ 44—45 d. Ehe-Ges.), sowie „ansteckende und ekelerregende Krankheiten“ (§ 46 d. Ehe-Ges.).

Nach dem Alter wurden 1949 die meisten Männer im Alter von 35 bis 40 Jahren, die meisten Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren geschieden. Die Zahl der durch die Ehescheidungen im Jahre 1949 in Mitleidenschaft gezogenen Kinder betrug im Bundesgebiet rund 80 000!

Tabelle 7      Ehescheidungen im Bundesgebiet  
1946 bis 1949.

Land	Zahl der Ehescheidungen				Auf 100 000 d. Bevölkerung kamen Ehescheidungen			
	1946	1947	1948	1949	1946	1947	1948	1949
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Schleswig-Holstein	4 837	6 173	6 290	5 755	183,5	229,5	229,5	210,5
Hamburg	8 478	6 173	6 413	5 318	598,0	427,6	428,3	344,1
Niedersachsen	4 500	9 431	11 852	11 256	72,2	143,8	174,6	162,4
Nordrhein-Westfalen	12 120	21 965	24 048	21 143	104,6	181,8	191,8	163,8
Bremen	1 294	1 651	1 646	1 353	344,2	333,3	314,5	249,0
Hessen	5 609	7 480	8 917	7 491	145,7	180,7	210,1	173,7
Württemberg-Baden	3 757	5 706	6 723	6 001	109,8	152,7	175,4	153,6
Bayern	4 300	12 249	15 202	15 381	49,1	133,8	163,5	164,4
Rheinland-Pfalz	1 511	2 652	3 270	3 353	55,9	95,7	115,7	116,1
Baden	1 113	1 459	1 448	1 366	93,5	120,6	116,0	106,1
Württ.-Hohenzollern	903	1 152	1 204	992	80,4	102,8	104,6	83,1
Bundesgebiet	48 422	76 091	87 013	79 409	111,8	167,6	185,4	166,8

### 3. Selbstmorde

Die Selbstmordstatistik ist in der amtlichen deutschen Statistik Gegenstand der Todesursachen-Statistik. Über das Absinken der Selbstmordhäufigkeit nach dem Kriege und die wahrscheinliche Ursache wurde im letzten Kirchlichen Jahrbuch (S. 591) eingehend berichtet. Nunmehr liegen die Ziffern für das Bundesgebiet vor.

Von 100 000 Personen starben danach an Selbstmord: 1946: 17; 1947: 16; 1948: 16; 1949: 19 Personen. Nach dem Geschlecht aufgeteilt betrug die Selbstmordziffer 1946: 24 (männlich), 12 (weiblich), 1947: 21 (männlich), 11 (weiblich), 1948: 21 (männlich), 11 (weiblich).

Hessen veröffentlicht die Selbstmordziffern der Jahre 1946 bis 1949 wie folgt:

	männlich	weiblich	allgemeine Selbstmordziffer
1946	30	13	20
1947	25	12	18
1948	20	13	16
1949	27	13	19

Bayern			
	männlich	weiblich	allgemeine Selbstmordziffer
1947	.	.	14,0
1948	.	.	14,9
1949	.	.	19,6

Württemberg-Baden			
1946	26,0	10,0	.
1947	21,0	9,0	.
1948	22,0	11,0	.

Danach scheinen die Selbstmorde seit 1947 wieder im Steigen begriffen zu sein. Allerdings ist in Berlin mit seiner übermäßig hohen Selbstmordziffer auch bis 1949 noch ein Rückgang zu beobachten: Die Selbstmordziffer betrug dort 1946: 60 (m.: 79, w.: 46), 1947: 50 (m.: 67, w.: 39), 1948: 39 (m.: 49, w.: 31), 1949: 38 (m.: 45, w.: 35). Desgleichen zeigt das Saarland mit seiner niedrigen Selbstmordziffer ein weiteres Sinken, nämlich 1947: 10,1; 1949: 10,6 und 1950: 9,2.

#### 4. Uneheliche Geburten

In das Gebiet der Moralstatistik werden von nun an wieder die „unehelichen Geburten“ mit einbezogen, wenn sie auch diesmal nur kurz gestreift werden können. In früheren Kirchlichen Jahrbüchern wurden die unehelichen Geburten aufs Tausend der Bevölkerung bezogen, jetzt auf je 100 Lebendgeborene. Aus Tabelle 6, Spalte 4 und 14 ist ersichtlich, daß die Zahl der unehelich Geborenen seit 1946 zurückgegangen ist und 1950 wieder eine leichte Steigerung aufweist. Auf 100 Lebendgeborene kamen im Jahre 1946: 16,4; 1947: 11,9; 1948: 10,2; 1949: 9,3; 1950: 9,6. Vor dem Kriege kamen im jetzigen Bundesgebiet 1938: 6,5 unehelich Geborene auf 100 Lebendgeborene.

# Personalstand

## der Kirchenleitungen, Theologischen Fakultäten, Kirchlichen Hochschulen und Akademien

### *A. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen (EKD)*

#### **1. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)**

##### *a) Rat der EKD*

*Vorsitzender:* D. Dr. Dibelius, DD., Bischof, Berlin-Dahlem.

*Stellvertretender Vorsitzender:* D. Dr. Lilje, DD., Landesbischof, Hannover.

*Weitere Mitglieder:*

D. Niemöller, DD., Kirchenpräsident, Wiesbaden,  
D. Meiser, Landesbischof, München,  
D. Hahn, Landesbischof, Dresden,  
D. Niesel, Moderator, Schöller-Dornap,  
Dr. Dr. Heinemann, Bundesminister a. D., Essen,  
D. Dr. Hertrich, Oberkirchenrat, Hamburg,  
Dr. Kreyssig, Präses, Magdeburg,  
Mager, Präsident der Landessynode, Dresden,  
Dr. Hartenstein, Prälat, Stuttgart,  
D. Dr. Smend, Universitätsprofessor, Göttingen.

##### *b) Kirchenkanzlei der EKD*

Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 7; Fernruf 20246—48; Postscheckkonto:

Hannover 8930; Bankkonto: Nr. 17433 bei der Nordwestbank, Hannover.

*Präsident:* Dr. Brunotte.

*Referenten:* Dr. Merzyn, ObKirchR.; Ranke, ObKirchR.; Osterloh, ObKirchR.;

Dibelius, ObKirchR.; v. Harling, ObKirchR.

##### *c) Kirchenkanzlei der EKD — Berliner Stelle*

Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstr. 3; Fernruf 323991.

Vizepräsident: Dr. Benn.

##### *d) Kirchliches Außenamt*

Frankfurt a. M., Schaumainkai 23; Fernruf 63653

D. Niemöller, Präsident.

Stratenwerth, Vizepräsident.

*Referenten:* Dr. Schwarzhaupt, ObKirchRätin; Bartelt, ObKirchR.; Dr. Harms  
ObKirchR.; Dr. Hildegard Schaefer.



*e) Archivamt der EKD*

Hannover, Militärstr. 9; Fernruf 23635  
Dr. Lampe, Oberlandeskirchenrat.

*f) Kirchenstatistisches Amt der EKD*

Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 7, Fernruf 20246—48  
Referent: Dr. Zieger.

*g) Kirchenrechtliches Institut der EKD*

Göttingen, Am Goldgraben 13; Fernsprecher Göttingen 3607  
Leiter: Professor D. Dr. R. Smend, Göttingen.  
Hauptamtlicher Mitarbeiter: z. Z. unbesetzt.

**2. Evangelische Kirche der altpreußischen Union<sup>1)</sup>**

*a) Kirchenleitung*

Vorsitzender: D. Dr. Dibelius, DD., Bischof, Berlin-Dahlem.

*Vertreter der Berlin-Brandenburgischen Provinzialkirche:*

Lic. Borrmann, Sup., Propst, Angermünde.  
D. Knak, Missionsdirektor a. D., Berlin NO,  
Stoeßinger, Oberingenieur, Berlin-Siemensstadt,  
D. Vogel, Professor, Berlin-Zehlendorf.

*Vertreter der Sächsischen Provinzialkirche:*

D. Müller, Bischof, Magdeburg,  
Hofmann, Kons.-Präs., Magdeburg,  
Dr. Kreyssig, Präses, Magdeburg.

*Vertreter der Pommerschen Provinzialkirche:*

D. von Scheven, Bischof, Greifswald,  
Dr. Rautenberg, Präses, Greifswald.

*Vertreter der Schlesischen Provinzialkirche:*

Hornig, Bischof, Görlitz.

Je drei Vertreter der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland.

*Von der altpreußischen Kirchenleitung berufen:*

P. Lic. Dilschneider, Berlin-Zehlendorf,  
Dr. von der Gablentz, Berlin-Frohnau.

*Zwei Vertreter der Kirchenkanzlei*

---

<sup>1)</sup> Zur Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gehören die unter Nr. 3—8 aufgeführten Kirchen, die zugleich selbständige Gliedkirchen der EKD sind.

*Vertreter des Bruderrats der Bekennenden Kirche der altpreußischen Union:*

Dr. Böhm, Oberkonsistorialrat, Propst, Berlin-Zehlendorf,

D. Niesel, Moderator, Schöller.

#### *b) Kirchenkanzlei*

Berlin-Charlottenburg, Jebensstr. 3; Fernruf 323991 (Sammelnummer).

*Präsident:* D. Dr. Dibelius, DD., Bischof, Berlin-Dahlem.

#### *Mitglieder und Referenten:*

Lic. Dr. Söhngen, ObKonsR.; Heyer, ObKonsR.; Dr. Böhm, ObKonsR., Propst; Schwartzkopff, ObKonsR.; Dr. Gefaeller, KonsPräs.; Dr. Granzow, ObKonsR.; Dr. Krakker von Schwarzenfeldt, ObKonsR.

### **3. Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg**

#### *a) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. Dr. Dibelius, DD. Ev. Bischof von Berlin.

*1. Vertreter des Vorsitzenden:* Dr. Moeller, Präses der Prov. Synode.

*2. Vertreter des Vorsitzenden:* Dr. v. Arnim, Konsistorialpräsident.

*Mitglieder:* Dr. Böhm, Propst, ObKonsR., Geistlicher Leiter der Abt. Berlin. — Scharf, Präses, Propst, geistl. Leiter der Abt. Brandenburg. — Jacobi, DD., Gen.-Sup. von Berlin, Sprengel I. — Dr. Krummacher, Gen.-Sup. v. Berlin, Sprengel II. — Braun, Gen.-Sup. der Kurmark. — Lic. Jacob, Gen.-Sup. der Neumark u. Niederlausitz. — D. Albertz, Moderator, Professor, Superintendent. — Lic. Borrmann, Propst, Superintendent. — D. Braune, Pfarrer. — D. Grüber, Propst. — Forck, Superintendent. — Lic. Richter, Pfarrer. — Kaldewey, Kaufmann. — Lic. Paetzold, Superintendent. — Steffani, Superintendent. — Stößinger, Ober-Ingenieur..

Zu ständigen Sachberatern, die mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kirchenleitung teilnehmen, wurden auf der Prov.-Synode (5.—8. 2. 1951) ernannt:

Kirchenrat Lokies für Erziehungsfragen,

Kirchenrat D. Dr. Wenzel für die Diakonie,

Prof. Lic. Dr. Harder für die theol. Ausbildung u. den Nachwuchs.

#### *b) Evangelisches Konsistorium Berlin-Brandenburg*

Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstr. 3; Fernruf 323991.

*Vorsitzender:* D. Dr. Dibelius, DD., Bischof.

*Kons.-Präsident:* Dr. v. Arnim.

*Geistl. Abteilungsleiter:* Dr. Böhm, Propst (Berlin). — Präses Scharf, Propst (Brandenburg).

*Geistl. Mitglieder:* Lic. Dr. Kegel, ObKonsR. — Andler, ObKonsR. — Block, KonsR. — Dr. Wiese, KonsR. im Nebenamt. — Dr. Dr. Fichtner, ObKonsR. im Nebenamt.

*Juristische Mitglieder:* Wendtlandt, ObKonsR., Vertreter des Kons.-Präsidenten. — Siebert, ObKonsR. — Redlich, ObKonsR. — Dr. Brauer, KonsR. — Dr. Rudloff, KonsR. — Jeschke, KonsR. — Vogel, Justitiar. Kehr, Pfarrer, Geistl. Hilfsarbeiter im Nebenamt.

v. Bredow, Landwirtschaftlicher Sachverständiger. — Dr. Lerche, Landeskirchenarchivar. — Dr. Steinberg, Kirchenoberbaurat, Leiter des Kirchlichen Bauamtes.

#### **4. Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen**

##### *a) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. Müller, Bischof, Magdeburg.

*Mitglieder:* Dr. Kreyssig, Präses der Provinzialsynode, Magdeburg; Hofmann, Konsistorialpräsident, Magdeburg; Zuckschwerdt, Propst; Schapper, Propst; Staemmler, Propst; zwei Mitglieder des Konsistoriums abwechselnd (ein Jurist, ein Theologe); Barbe, Sup.; Borchert, Bauer; Dr. Dryander, Regierungsrat a. D.; D. Dr. Heinzelmann, Professor; Dr. jur. Koch; Martius, Bürgermeister a. D.; Hübsen, Sup.; Elisabeth Meyer geb. Müller, Leiterin der Evang. Frauenhilfe der Kirchenprovinz Sachsen; P. Peukert; Lic. Rohkohl, Sup.; Goedecke, Direktor.

##### *b) Evangelisches Konsistorium*

Magdeburg, Am Dom 2; Fernruf 31878/31880/31881

*Vorsitzender:* Hofmann, Konsistorialpräsident.

*Mitglieder:* a) Juristen: Dr. Siebert, ObKonsR.; Schaeper, KonsR., beide Vertreter d. Konsistorialpräsidenten; Meyer, ObKonsR.; Dr. Klewitz, ObKonsR. (Finanzreferent); Dr. Sternsdorff, ObKonsR.; Grenzendörfer, KonsR.; Dr. Grauheding, KonsR.; Dr. Hemprich, KonsR.; Dr. Holdefleiß, KonsR.

b) Theologen: Zippel, ObKonsR.; Hage, ObKonsR.; Anz, ObKonsR.; Schaper, KonsR.; Lic. Hein, KonsR.; Ingeborg Zippel geb. Koch, Konsistorialrätin; Förster, KonsR.; D. Dr. Gabriel, KonsR. i. N.; Rössing, KonsR. i. N.; P. Guhr, theol. Hilfsarbeiter; D. Dr. Eißfeld, Professor, KonsR. i. N.

##### *c) Evangelisches Predigerseminar*

Lutherstadt-Wittenberg

*Studiendirektor:* P. Ruff.

#### **5. Pommersche Evangelische Kirche**

##### *a) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. von Scheven, Bischof, Greifswald.

1. Stellv. *Vorsitzender:* Dr. Rautenberg, Präses, Greifswald.

2. Stellv. *Vorsitzender:* Lic. Scheel, Superintendent, Anklam.

*Mitglieder:* P. Fischer; D. Hermann, Professor; Krause, Sup. a. D.; Kussin, Bauer und Fleischermeister; Dr. Rautenberg, Präses der Landessynode; Voelger, Propst; Schulz, Propst; Schumacher, Sup.; D. Wahn, Kons-Präs. i. R.

*b) Evangelisches Konsistorium*

Greifswald, Stalinstr. 35-36; Fernruf 286

*Mitglieder:* Woelke, ObKonsR., ständiger Vertreter des Vors.; Pettelkau, ObKonsR.; Faißt, KonsR.; Noeske, KonsR.; P. Labs, KonsR. im Nebenamt.

*c) Pommersche Landessynode*

Greifswald, Stalinstr. 35-36

Dr. Rautenberg, Präses, Greifswald,  
Lic. Scheel, Superintendent, Anklam, 1. Stellvertreter,  
Krause, Superintendent a. D., Spantekow, 2. Stellvertreter.

**6. Evangelische Kirche von Schlesien**

*a) Kirchenleitung*

Hornig, Bischof, Görlitz; Bartos, Kaufmann; Böer, Sup.; Ehrlich, Hauptgeschäftsführer; Fränkel, ObKonsR.; König, Sup.; Lintzel, ObKonsR.; Paeschke, Sup.; Dr. Schwidtal, Rechtsanwalt; Schulz, Pfarrer.

*b) Evangelisches Konsistorium*

Görlitz, Berliner Str. 62; Fernruf 2485

*Hauptamtliche Mitglieder:* Hornig, Bischof, Görlitz; Fränkel, ObKonsR., (Theologe); Lintzel, ObKonsR. (Jurist).

*Nebenamtliche Mitglieder:* Leder, Pfarrer, komm. KonsR.; Reese, Pfarrer, komm. KonsR.

*c) Provinzialsynode*

*Präses:* Dr. Schwidtal, Rechtsanwalt, Görlitz;

*Stellvertreter:* 1. Lic. Kunze, Pfarrer, Klein-Biesnitz über Görlitz; 2. Böer, Sup., Reichenbach O/L.; Schriftführer: Kulke, Pfarrer, Ebersbach bei Görlitz; Zippel, Verwaltungsangestellter, Rothenburg O/L.

**7. Evangelische Kirche von Westfalen**

*a) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. Wilm, Präses, Bielefeld.

*Hauptamtliche Mitglieder:* a) Theologen: Lücking, ObKirchR., Theol. Vizepräsident; Niemann, ObKirchR.; Brandes, ObKirchR.; Lic. van Randenborgh, ObKirchR.



b) Juristen: Dr. Thümmel, Juristischer Vizepräsident; Dr. Steckelmann, ObKirchR.

*Nebenamtliche Mitglieder:* Dahlkötter, Sup.; Heuner, Sup.; Dr. Thimme, Ephorus; Achenbach, Fabrikant; Beckers, Direktor; Henning, Steuerhelfer; Dr. Krueger, Bergwerksdirektor; v. Lüpke, Regierungsvizepräsident a. D.; Dr. med. habil. Schlaaff, Chefarzt.

*b) Landeskirchenamt*

Bielefeld, Güterloher Str. 29 ; Fernruf 64711—13

*Vorsitzender:* D. Wilm, Präses.

*Theologische Mitglieder:* Lücking, ObKirchR., Theol. Vizepräsident; Niemann, ObKirchR.; Brandes, ObKirchR.; Lic. van Randenborgh, ObKirchR.; Nockemann, LandeskirchR.; Dr. Rahe, LandeskirchR.; Lic. Dedeke, LandeskirchR.

*Rechtskundige Mitglieder:* Dr. Thümmel, Juristischer Vizepräsident; Dr. Steckelmann, ObKirchR.; Dr. Kupsch, ObKirchR.; Franke, LandeskirchR.; Winter, LandeskirchR.; Dr. Tech, LandeskirchR.

*c) Evangelisches Predigerseminar*

Brackwede, Auf dem Kupferhammer 26; Fernruf Bielefeld 1407

*Leiter:* Dr. Thimme, Ephorus.

**8. Evangelische Kirche im Rheinland**

*a) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. Held, Präses.

*Hauptamtliche Mitglieder:* a) Theologen: Lic. Dr. Beckmann, ObKirchR., Theol-Dirigent; Schlingensiepen, ObKirchR.; Rößler, ObKirchR.; Boué, ObKirchR.

b) Juristen: Ulrich, ObKirchR., Juristischer Dirigent; Dr. Pabst, ObKirchR.

*Nebenamtliche Mitglieder:* Lic. Sachsse, KirchR.; Wehr, KirchR.; Himmelbach, Sup.; D. Dr. Mensing; Müller, Versicherungskaufmann, Kirchmeister; Dr. Dr. Heinemann, Bundesminister a. D.; Stodt, Juwelier, Kirchmeister; Theill, Kaufmann; Dr. Völker, Chemiker.

*b) Landeskirchenamt*

Düsseldorf, Inselstr. 10; Fernruf 44057—59

*Vorsitzender:* D. Held, Präses.

*Theologischer Dirigent:* Lic. Dr. Beckmann, ObKirchR., ständiger Vertreter des Vorsitzenden.

*Juristischer Dirigent:* Ulrich, Oberkirchenrat.

*Hauptamtliche theologische Mitglieder:* Schlingensiepen, ObKirchR.; Rößler, ObKirchR.; Boué, ObKirchR.; Ebersbach, LandeskirchR., Quaaas, LandeskirchenR.

*Hauptamtliche juristische Mitglieder:* Dr. Pabst, ObKirchR.; Dr. Dalhoff, LandeskirchR.; Dr. Löhr, LandeskirchR.; Dr. Muhs, LandeskirchR.; Dr. Glaser, LandeskirchR.; Dr. Haferkamp, LandeskirchR.

*Theologischer Hilfsarbeiter:* Engelbert, LandeskirchR.

*Juristischer Hilfsarbeiter:* D. Dr. Mensing.

*c) Predigerseminar*

W.-Barmen, Missionsstr. 11

*Studiendirektor:* Dr. Seeger.

**9. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands<sup>1)</sup>**

*a) Kirchenleitung*

*Mitglieder:* D. Meiser, Landesbischof, München, Leitender Bischof; D. Hahn, LBischof, Dresden; D. Dr. Herntrich, ObKirchR., Hamburg-Fuhlsbüttel; Dr. Blötz, Landesgerichtsdirektor, Volksdorf b. Hamburg; Lotz, ObKirchR. Eisenach.

*Stellvertreter:* D. Dr. Lilje, LBischof, Hannover; D. Dr. Beste, LBischof, Schwerin; Dr. Schanze, ObKirchR., Weimar; D. Kotte, Geheimrat, Dresden; Dr. Lerche, Landgerichtsdirektor, Braunschweig.

*b) Bischofskonferenz*

*Vorsitzender:* D. Meiser, Landesbischof.

*c) Generalsynode*

ist in Verbindung mit der Bischofskonferenz die gesetzgebende Körperschaft.

*Präsident:* Dr. Blötz, Landgerichtsdirektor, Volksdorf b. Hamburg.

*d) Lutherisches Kirchenamt*

Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 7; Fernruf 20246

*Leiter:* D. Brunotte, Präsident, Berlin-Schlachtensee, Terrassenstr. 16; Fernruf 847401.

*Leiter:* Zimmermann, Vizepräsident.

**10. Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens**

*a) Landesbischof*

D. Hahn, Radebeul.

*Stellvertreter:* Lic. Kleemann, ObLK KirchR.

---

<sup>1)</sup> Zur VEKLD gehören die unter 10-19 aufgeführten Kirchen, die alle selbständige Gliedkirchen der EKD sind.

*b) Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsen*

Dresden A 20, Caspar-David-Friedrich-Str. 5; Fernruf 46539

*Präsident:* D. Kotte, Dresden.

*Mitglieder:* Lic. Kleemann, ObLK KirchR.; Knospe, ObLK KirchR.; Lic. Noth, ObLK KirchR.; Kandler, ObLK KirchR.; Kretzschmar, ObLK KirchR.; Dr. Müller, ObLK KirchR.

*c) Kirchenleitung*

*Vorsitzender:* D. Hahn, Landesbischof.

*Mitglieder:* D. Kotte, Präsident des Landeskirchenamts; Mager, Präsident der Landessynode; Kandler, ObLK KirchR.; Lic. Kleemann, ObLK KirchR.; Knospe, ObLK KirchR.; Kretzschmar, ObLK KirchR.; Dr. Müller, ObLK KirchR.; Lic. Noth, ObLK KirchR.; P. Forberger; Frau Hultsch; Dr. Klemm, Sup.; Kreissig, Kaufmann und Fabrikant; P. Martin; Mütze, Landesinspektor; Richter, Bürgermeister a. D.; Reißmann, Sup.; Dr. med. Weber.

*d) Predigerseminar in Lückendorf*

*Studiendirektor:* Lic. Voigt.

**11. Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers**

*a) Landesbischof*

D. Dr. Lilje, DD., Hannover.

*Ständiger Vertreter:* Stalman, Oberlandeskirchenrat, bei dessen Verhinderung die übrigen geistlichen Mitglieder des Landeskirchenamtes in der unten angegebenen Reihenfolge.

*b) Kirchensenat*

*Vorsitzender:* D. Dr. Lilje, DD., Hannover.

*Stellvertretender Vorsitzender:* Dr. h. c. Hagemann, Landeshauptmann i. R., Celle.

*Mitglieder:* Ahlhorn, Präsident; Stalman, ObLK KirchR.; Feltrup, LSup.; Dr. Fricke, Syndikus; Schulze, Sup.; Dr. Tuckermann; Schütt, Sup.; Siebke, Bauer.

*c) Landessynode*

*Präsident:* D. Wolff, Pastor.

*Vorsitzender des Ständigen Ausschusses:* Schulze, Superintendent.

*Weitere geistliche Mitglieder:* P. Wischmann, Studienleiter, stellvertretender Vorsitzender; Klein, Sup.

*Stellvertreter:* Schaaf, Sup; Hoyer, LSup.; Lüderwaldt, Sup.

*Nichtgeistliche Mitglieder:* Dr. Friedrichs, Rechtsanwalt; Müller, Landrat; Zeymer, Ingenieur; Pape, Landwirt.

*Stellvertreter:* von der Groeben, Oberamtsrichter; Dröge, Tischler; Meyberg, Bankbevollmächtigter; Warnecke, Bürgermeister.

*d) Landeskirchenamt*

Hannover, Am Markt 4-5; Fernruf 21751-55

*Vorsitzender:* D. Dr. Lilje, DD., Landesbischof.

*Präsident:* Ahlhorn.

*Geistliche Mitglieder:* Stalman, ObLK KirchR.; Meyer, ObLK KirchR. i. N.; D. Dr. Mahrenholz, Univ.-Professor, ObLK KirchR.; Bartels, ObLK KirchR.; Mahner, ObLK KirchR.; Klügel, L KirchR.; Ködderitz, L KirchR.

*Nichtgeistliche Mitglieder:* Dr. Brüel, ObLK KirchR.; Dr. Lampe, ObLK KirchR.; Niemann, ObLK KirchR.; Dr. Wagenmann, ObLK KirchR.; Dr. Lübbing, ObLK KirchR.

*Ständige Hilfsarbeiter:* Bunnemann, KR.; Utermöhlen, KR., Landeskirchenmusikwart; Ruppel, ObLK KirchR.; Dr. Fritsch, ObLK KirchR.; Dr. Wiese, KR.

*Außerordentliches Mitglied:* Cillien, ObLK KirchR.

*e) Kloster Loccum*

(Das Kloster unterhält ein Hospiz (Predigerseminar) für die Landeskirche.)

*Abt:* D. Dr. Lilje, DD., Landesbischof.

*Prior:* D. Fleisch, Vizepräsident i. R.

*Konventualen:* Schnelle, Präsident i. R.; Feltrup, L Sup.; Laasch, L Sup.; Ködderitz, L KirchR.; Dr. Cordes, Studiendirektor für das Hospiz.

*f) Predigerseminar auf der Erichsburg*

*Kuratorium:* D. Dr. Mahrenholz, Univ.-Professor, ObLK KirchR. (Vorsitzender); Niemann, ObLK KirchR.; Bartels, ObLK KirchR.

*Studiendirektor:* Heinze.

*g) Predigerseminar Imbshausen*

*Kuratorium:* Dr. Brüel, ObLK KirchR.; Klügel, L KirchR.; Ködderitz, L KirchR.; *Studiendirektor:* Krause.

*h) Pastoralkolleg*

(z. Zt. in der Evangelischen Akademie Hermannsburg)

*Konvent:* D. Dr. Lilje, DD., Landesbischof (Vorsitzender); Stalman, ObLK KirchR.; Dr. Wagenmann, ObLK KirchR.; Feltrup, L Sup.; D. Dr. Trillhaas, Prof.; Dr. Bartels, Oberstudiendirektor.

*Rektor:* Lic. Hoffmann, Sup.

**12. Evangelisch-Lutherische Kirche Schleswig-Holsteins**

*a) Die Landessynode*

*Präsident:* Dr. Christians, Rechtsanwalt, Flensburg.

*Vizepräsidenten:* Juhl, Propst; Siemonsen, Propst.

*b) Die Kirchenleitung*

Kiel, Körnerstr. 3; Fernruf 24442/43

*Vorsitzender:* D. Halfmann, Bischof für Holstein.

*Stellvertretender Vorsitzender:* D. Wester, Bischof für Schleswig.



*Mitglieder:* Bührke, Landeskirchenamtspräsident; Hasselmann, Propst; Hansen-Petersen, Propst; P. Schröder; Thomsen, Hofbesitzer; Hahn, Oberstudiendirektor; Dr. Blötz, Landgerichtsdirektor; Dr. med. Schulz; Miberg, Gutsbesitzer.

*Beratende Mitglieder:* Dr. Christians, Rechtsanwalt, Präsident der Landessynode; Matthiessen, LSup.

*c) Der Bischof für Schleswig*

Bischof D. Wester, Schleswig, Callisenstr. 22; Fernruf 2691

*d) Der Bischof für Holstein*

Bischof D. Halfmann, Kiel, Forstweg 26; Fernruf 21859

*e) Der Landessuperintendent für Lauenburg*

Landessuperintendent Matthiessen, Ratzeburg.

*f) Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt*

Kiel, Körnerstr. 3; Fernruf 24442-43

D. Halfmann, Bischof; D. Wester, Bischof; Bührke, Landeskirchenamtspräsident; Dr. Epha, ObKonsR.; Brummack, ObKonsR.; Ebsen, KonsR.; Mertens, KonsR.; Dr. Freytag, KonsR.; P. Schmidt, KonsR.; D. Völkel, Bischof i R.; Matthiessen, LSup.; Siemonsen, KonsR., Propst; Schetelig, KonsR., Propst; P. Tonnesen, KonsR., Prof.; Hildebrand, KonsR., Propst; Adolphsen, KonsR., Propst.

*g) Predigerseminar*

Preetz, Kieler Str. 30

*Studiendirektor:* Dr. Gerhard Kunze.

**13. Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern**

*a) Evangelisch-Lutherischer Landeskirchenrat*

München 2 BS, Arcistr. 13; Fernruf 36096

*Landesbischof:* D. Meiser DD., München.

*Kollegialmitglieder:*

1. Theologen: Bezzel, ObKirchR., Vorstand der geistl. Abteilung, Vertreter des Landesbischofs; Daumiller, ObKirchR., Kreisdekan; D. Schieder, ObKirchR., Kreisdekan; H. Schmidt, ObKirchR.; Lic. Schmidt, ObKirchR.; Riedel, ObKirchR.; Burkert, ObKirchR., Kreisdekan; Koch, ObKirchR., Kreisdekan.
2. Juristen: Dr. jur. Schattenmann, ObKirchR., Vorstand der weltl. Abt.; Dr. jur. Karg, ObKirchR.; Müller, ObKirchR.; Dr. jur. Vischer, ObKirchR.

*b) Landessynode*

*1. Präsidium:*

- Präsident: Dr. Meinzolt, Staatsrat und Honorarprof., 1. Stellvertreter;  
2. Stellvertreter: Dietzfelbinger, Rektor; 1. Schriftführer: Haas, Hauptlehrer; 2. Schriftführer: Lindenmeyer, Dekan.

## 2. Landessynodalausschuß:

*Vorsitzender:* Dr. Meinzolt, Staatsrat und Honorarprofessor.

*Geistliche Mitglieder:* D. Merz, Rektor; Nicol, Rektor, KirchR.; D. Dr. Küneth, Dekan und Honorarprof., KirchR.; Dr. Giegler, Dekan, KirchR.

*Stellvertreter* Dietzfelbinger, Rektor; D. Langenfaß, KirchR.; D. Dr. Elert, o. Univ.-Prof.

*Weltliche Mitglieder:* Dr. Meinzolt, Staatsrat und Honorarprof.; Bachmann, Ökonomierat; Dr. Schamel, Fabrikbesitzer; Dr. Heim, Oberstudiendirektor a. D.; Flach, Landgerichtspräs.; *Stellvertreter:* Dr. Engelhardt, Prakt. Arzt; Bauereisen, Bürgermeister; Steinmeyer, Fabrikbesitzer.

### c) Evangelisch-Lutherisches Pastoralkolleg

Neuendettelsau, Heckenstr. 8

*Rektor:* D. Merz, o. Hochschulprof.; Dr. Ellwein, o. Hochschulprof.

### d) Evangelisch-Lutherisches Predigerseminar

Nürnberg, Veilhofstr. 24; Fernruf 52540

*Rektor:* Dietzfelbinger.

### e) Landeskirchenstelle

Ansbach, Karlsplatz 8

*Vorstand:* Vogel, Kirchenamtsdirektor.

## 14. Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen

### a) Der Landeskirchenrat

*Vorsitzender:* D. Mitzenheim, Landesbischof, Eisenach.

*Stellvertretender Vorsitzender:* Lotz, ObKirchR. (Leiter der Rechtsabt.).

*Stellvertretender Vorsitzender* in geistlichen Angelegenheiten: Phieler, ObKirchR.

*Weitere Mitglieder:* Obwald, ObKirchR.; Säuberlich, ObKirchR.; Ziegner, ObKirchR.; Dr. Schanze, ObKirchR.; Köhler, ObKirchR.; Bauer, ObKirchR.

### b) Die Synode

*Vorsitzender:* D. Mitzenheim, Landesbischof.

1. *Stellvertreter:* Ostermann, Präsident, Rechtsanwalt; 2. *Stellvertreter:* Dahinten, KirchR.; 3. *Stellvertreter:* Haaß, Geschäftsführer; *Schriftführer:* Franke, Bauer.

### c) Oberste Behörde

Landeskirchenamt Eisenach, Pflugenberg; Fernruf 1824-26

### d) Thüringer Predigerseminar

Eisenach, Bornstr. 11

## 15. Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs

### a) Oberkirchenrat

Schwerin i. Meckl., Münzstr. 8; Fernruf 4165—66

*Landesbischof:* D. Dr. Beste.

*Oberkirchenratspräsident:* Spangenberg.

*Geistliche Räte:* Maercker, ObKirchR.; Lic. de Boor, ObKirchR.

### b) Landessynode

*Präsident:* Dr. jur. Stratmann, Ministerialrat a. D.

### c) Synodalausschuß

Dr. Stratmann, Ministerialrat a. D.; Siegert, LSup.; Brückner, Reg.-Baurat a. D.; P. Kleinschmidt; Pentz, Studienrat.

### d) Predigerseminar

Schwerin

*Direktor (i. V.):* Maercker, Oberkirchenrat.

*Dozenten:* D. Dr. Beste, LBischof; Spangenberg, ObKirchRatspräs.; Maercker, ObKirchR.; Lic. de Boor, ObKirchR.; Werner, LSup.; Gemmel, Sup.; Propst em. Haack; P. Lic. Runge; P. Voß; P. Heintzeler.

## 16. Hamburgische Landeskirche

### a) Der Landesbischof

D. Dr. Schöffel, Hauptpastor, Hamburg.

### b) Der Landeskirchenrat

*Präsident:* Brandis, Dr. jur., Rechtsanwalt.

Lic. D. Dr. Schöffel, Hauptpastor, LBischof; D. Dr. Herntrich, Hauptpastor, ObKirchR.; Dr. Pietzcker, ObKirchR.; Bielenberg, Landgerichtsdirektor; P. Daur; P. Hagemeister; Heesch, Lehrer; P. Kreye; v. Pressentin, Senator a. D.; Frau Schulz, Oberstudiendirektorin.

### c) Das Landeskirchenamt

Hamburg 13, Heimhuderstr. 36; Fernruf 447744/46

Dr. jur. Pietzcker, ObKirchR.; Dr. jur. et. rer. pol. Risch, KirchR.

### d) Die Landessynode

#### 1. Das Präsidium

D. Knolle, ObKirchR., Hauptpastor, Präsident; Dr. Ehlers, Rechtsanwalt, Vizepräsident; P. Gerber, Schriftführer; Dr. Krüß, Landgerichtsdirektor a. D., Schriftführer; P. Stehn, Beisitzer; Petersen, Kaufmann, Beisitzer.

#### 2. Der Hauptausschuß

D. Knolle, ObKirchR., Hauptpastor, Präsident; Dr. Ehlers, Rechtsanwalt, Vizepräsident; P. D. Heitmann; Dr. Imhoff, Diplomvolkswirt; Dr. Krause, OberstudR.; Nottebohm, Kaufmann; Dr. Rabe, Professor; P. Schwieger; Vopelius, Bankier.

## 17. Braunschweigische Evangelisch-Lutherische Landeskirche

### a) Landesbischof

Erdmann, Landesbischof, Wolfenbüttel.

*Stellvertreter:* Röpke, ObLK KirchR., Wolfenbüttel.

### b) Kirchenregierung

*Mitglieder:* Erdmann, Landesbischof; Dr. Breust, ObLK KirchR.; P. Herdieckhoff; Ernesti, Propst; Lic. Dr. Strothmann, KirchR., Propst a. D.; Linke, Oberlandesgerichtsrat; Pinkernell, Prokurist.

### c) Landeskirchenamt

Wolfenbüttel, Schloßplatz 2

*Mitglieder:* Erdmann, Landesbischof; Röpke, ObLK KirchR.; Dr. Breust, ObLK KirchR.; Seebaß, ObLK KirchR.

### d) Predigerseminar

*Direktor:* zur Zeit unbesetzt.

*Dozenten:* Erdmann, Landesbischof; Röpke, ObLK KirchR.; Seebaß, ObLK KirchR.; Jürgens, KirchR., Propst; Lic. Dr. Strothmann, KirchR., Propst a. D.

## 18. Evangelisch-Lutherische Kirche in Lübeck

### a) Bischof

Pautke, Bischof, Lübeck.

*Stellvertreter:* P. Meyer, Senior.

### b) Kirchenleitung

*Mitglieder:* Pautke, Bischof; P. Meyer, Senior; Göbel, ObKirchR.; P. Gülzow; P. Jansen; Kolz, Rektor; Kuck, Kaufmann; Lobsien, Amtsgerichtsdirektor.

### c) Kirchenkanzlei

Lübeck, Königstr. 23 I

*Mitglieder:* Pautke, Bischof; P. Meyer, Senior; Göbel, ObKirchR. (Leitender Verwaltungsbeamter).

### d) Synode

1. *Vorstand:* P. Jensen, Präses; Wehrmann, Rechtsanwalt, stellvertr. Präses; Krüger, Verwaltungsrat, Schriftführer.
2. *Ständiger Ausschuß* der Synode bestehend aus dem Vorstand und folgenden Mitgliedern: P. Fölsch; P. Krause; P. Richter; Dr. Förster, Landgerichtsdirektor; Dr. med. Gahrmann, prakt. Arzt; Grusnik, Kirchenmusikdirektor.

### e) Erweiterte Kirchenleitung

Der Ständige Ausschuß der Synode bildet zusammen mit der Kirchenleitung die Erweiterte Kirchenleitung, der bestimmte verfassungsmäßige Rechte und Pflichten übertragen sind.



## 19. Evangelisch-Lutherische Landeskirche von Schaumburg-Lippe

### a) *Bischof*

Henke, Landesbischof, Bückeburg

### b) *Landeskirchenamt*

*Mitglieder:* Henke, Landesbischof, Präsident; Möller, Oberamtsrichter, Vizepräsident; Dr. Schwertfeger, Hofkammerrat.

### c) *Landeskirchenrat*

*Mitglieder:* Henke, Landesbischof, Präsident; Möller, Oberamtsrichter, Vizepräsident; Brunstermann, KirchR.; Conrades, Sup.; Dr. Schwertfeger, Hofkammerrat; Ostermeier, Prokurist; Sobbe, Bauer.

### d) *Landessynode*

Brunstermann, KirchR., Präsident; Dr. Frhr. von Cramer, Notar, Vizepräsident.

## 20. Evangelische Landeskirche in Württemberg

### a) *Bischof*

D. Dr. Haug, Landesbischof

*Stellvertreter:* Dr. Weeber, Direktor im ObKirchR.; Lic. Schlatter, Prälat; Dr. Hartenstein, Prälat.

### b) *Landeskirchenausschuß*

D. Dr. Haug, Landesbischof; Lechler, Präsident des Landeskirchentags; Dunz, Ministerialdirektor.

### c) *Evangelischer Oberkirchenrat*

Stuttgart-O, Gerokstr. 21 u. 29; Fernruf 90351-53

*Vorstand:* D. Dr. Haug, Landesbischof.

*Mitglieder:* Dr. Weeber, Direktor im ObKirchR.; Lic. Schlatter, Prälat; Dr. Eichele, Prälat; Dr. Hartenstein, Prälat, Stiftsprediger; Lic. Lempp, Prälat; Sautter, ObKirchR.; Seiz, ObKirchR.; Pfeifle, ObKirchR.; Dr. Waidelich, ObKirchR.; Dr. Ostmann, ObKirchR.; D. Metzger, ObKirchR.; Dr. Müller, ObKirchR.; Keller, ObKirchR.; Kopp, ObKirchR.; Betsch, KirchR.; Ströbel, KirchR.

### d) *Evangelisches Pfarrseminar*

Stuttgart-S, Danneckerstr. 43

*Direktor:* Gutbrod, KirchR.

## 21. Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

### a) *Kirchenleitung*

Wiesbaden, Emser Str. 3; Fernruf 26215

*Vorsitzender:* D. Niemöller, DD. DD., Kirchenpräsident.

*Stellvertretender Vorsitzender:* P. Hahn, ObKirchR.; theol. Leitung der Kirchenverwaltung.

*Sonderbeauftragter für die beschleunigte Vereinheitlichung der Kirchenverwaltung:*  
P. Nell, ObKirchR., mit der Wahrnehmung der Funktionen des jur. Leiters  
der Kirchenverwaltung beauftragt.

*Weitere Mitglieder:* Dr. Wilhelmi, Rechtsanwalt, Präses; D. Schmidt, Prof.,  
Stellvertr. des Präses; Dr. Fresenius, Chemiker; P. Sucker, Dozent; P.  
Becker, Propst; P. Eitel; P. Grein, ObKirchR., theol. Sachbearbeiter der  
Kirchenverw.; Schuster, ObKirchR., jur. Sachbearbeiter der Kirchen-  
verwaltung; Dr. Leitz, Direktor; Reeg, ObStudDir.; Dr. Coing, Univ.-  
Prof.

#### *b) Das Leitende Geistliche Amt*

*Mitglieder:* D. Niemöller, DD., Kirchenpräsident; P. Hahn, ObKirchR.; P. Rau,  
Propst; P. Weinberger, Propst; P. Becker, Propst; P. Dr. zur Nieden,  
Propst; P. Herbert, Propst; P. Goebels, Propst; P. Eitel.

#### *c) Kirchenverwaltung*

1. *Verwaltungsamt Darmstadt:* Darmstadt, Adelungstr. 38; Fernruf 690 und 2537.

2. *Verwaltungsamt Wiesbaden:* Wiesbaden, Emser Str. 3; Fernruf 26215.

3. *Verwaltungsamt Frankfurt-Main:* Frankfurt-Main, Niedenau 58, Fernruf 76247/48

*Hauptamtliche theologische Sachbearbeiter:* Grein, ObKirchR.; Lic. Wißmann,  
ObKirchR.; Heß, ObKirchR.; Dr. Bergér, ObKirchR.

*Hauptamtliche juristische Sachbearbeiter:* Schuster, ObKirchR.; Dr. Horre,  
ObKirchR.; Petri, ObKirchR.; Quack, ObKirchR.; Dr. Elß, ObKirchR.

*Nebenamtliche Sachbearbeiter:* P. Lic. Fricke. DD.; P. Lic. Dr. Grün; P. Lic.  
Wallau.

#### *d) Evangelisches Predigerseminar*

Friedberg-Oberhessen, Leonhardstr. 18

#### *e) Evangelisches theologisches Landesseminar*

Herborn-Dillkreis, Schloß

### **22. Evangelische Landeskirche von Kurhessen-Waldeck**

#### *a) Bischof*

D. Wüstemann, Bischof, Kassel-Wilhelmshöhe

#### *b) Landeskirchenamt*

Kassel-Wilhelmshöhe, Heinrich-Wimmer-Str. 4; Fernruf 3454, 4309 und 7166

*Leiter:* D. Wüstemann, Bischof.

*Geistlicher Vertreter:* Müller-Osten, Prälat.

*Weltlicher Vertreter:* Dr. Jung, Vizepräsident.

*Mitglieder und Referenten:* Lic. Dr. Neubauer, ObLK KirchR.; Krommes, ObL-  
KirchR.; Dr. Blesse, LKirchR.; Ackermann, LKirchR.; Dr. Jungbluth,

LKirchR.; D. Dr. Frick, Professor, LKirchR. (im Nebenamt); D. von Haller, Propst, ObKirchR. (im Nebenamt).

D. Dr. Zscharnack, Professor, KonsR. i. R.; Dipl.-Ing. Maurer, LKirchbaurat.

*c) Pröpste (siehe unter d)*

*d) Rat der Landeskirche*

*Vorsitzender:* D. Wüstemann, Bischof.

*Stellvertreter:* Dr. Auffarth, Senatspräsident.

*Ständige Vertreter des Bischofs im Landeskirchenamt:* Müller-Osten, Prälat; Dr. Jung, Vizepräsident.

*Pröpste:* Scheffer (Sprengel Kassel); Geß (Sprengel Eschwege); Hilmes (Sprengel Hersfeld); Lic. Maurer, Professor (Sprengel Marburg); Wibbeling (Sprengel Hanau); D. von Haller (Sprengel Waldeck).

*Direktor des Predigerseminars:* Dr. Niebergall, Studiendirektor.

*Vertreter der missionarisch-diakonischen Verbände:* Freudenstein, Landespfarrer für I. M.

*Vorsitzender der Landessynode:* — (Stellvertreter: Dr. Auffarth, Senatspräsident).

*Gewählte Mitglieder:* Wepler, KirchR. (Stellvertr.: P. Rausch); Dr. Ritter, KirchR.; Frau Professor Adam (Stellvertr.: Schäfer, Lehrer); Jourdan, Diakon, Direktor (Stellvertr.: Frau P. Stehfen); Möpps, Kaufmann (Stellvertr.: Ludwig, Fabrikant); Dr. Krause, Bürgermeister (Stellvertr.: Dr. von Heppe, ObRegR.); Neumann, Bankvorsteher (Stellvertr.: Fischer, Verwaltungsdirektor).

*e) Landessynode*

*Vorsitzender:* —.

*Stellvertreter:* Dr. Auffarth, Senatspräsident.

*f) Predigerseminar*

Hofgeismar

*Leiter:* Dr. Niebergall, Studiendirektor.

**23. Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens**

*a) Evangelischer Oberkirchenrat*

Karlsruhe, Blumenstr. 1; Fernruf 5865/5868 u. 5914

*Vorsitzender:* D. Bender, Landesbischof, Karlsruhe.

*Ständiger Vertreter:* Dürr, Oberkirchenrat.

*Geschäftsleitender Vorsitzender:* D. Dr. Friedrich, ObKirchR.

*Mitglieder:* Katz, ObKirchR.; Dr. Bürgy, ObKirchR.; Dr. Heidland, ObKirchR.

*b) Erweiterter Evangelischer Oberkirchenrat*

*Vorsitzender:* D. Bender, Landesbischof

*Mitglieder* (außer den Mitgliedern des Evangelischen Oberkirchenrats): D. Maas, Kreisdekan; D. Hof, Honorarprofessor, Kreisdekan; Dr. Hahn, Universitätsprofessor; sowie folgende *synodale Mitglieder*: D. Umhauer, Rechtsanwalt, Minister a. D., Präsident der Landessynode; Specht, Pfarrer; D. Dr. von Dietze, Universitätsprofessor; Dr.-Ing. Schmechel, Architekt; Dr. Bier, Dekan; Rücklin, Studienrat.

c) *Landessynode*

Dr. Umhauer, Rechtsanwalt, Minister a. D., Präsident; Mondon, Pfarrer.

1. *Stellvertreter*; Schneider, Bürgermeister, 2. *Stellvertreter*.

**24. Vereinigte protestantisch-evangelisch-christliche Kirche der Pfalz  
(Pfälzische Landeskirche)**

a) *Landessynode*

*Präsident*: Cappel, Kreisschulrat, Kirchheimbolanden.

*Stellvertreter*: Jung, Weingutsbesitzer, Ebernburg.

b) *Kirchenregierung*

*Kirchenpräsident*: D. Stempel.

*Stellvertreter*: Bergmann, Oberkirchenrat.

*Beamtete Mitglieder*: Schaller, ObKirchR.; Kopp, ObKirchR.; Dr. Hahn, ObKirchR.

*Synodale Mitglieder*: Landgraf, Dekan; Pfr. Marx; Pfr. Wilhelmy; Cappel, Regierungsschulrat; Kuby, Weinhändler; Lösch, ReichsObInsp. i. R.

c) *Landeskirchenrat*

Speyer a. Rhein, Domplatz 5; Fernruf 2190 u. 2203

*Kirchenpräsident*: D. Stempel.

*Stellvertreter*: Bergmann, ObKirchR.

*Mitglieder*: Schaller, ObKirchR.; Kopp, ObKirchR.; Hahn, ObKirchR.

*Referenten*: Hussong, KirchVerwR. (hauptamtlich); Köhler, P. (nebenamtlich).

d) *Predigerseminar*

Landau i. d. Pfalz, Westring 14

Durch Kriegsereignisse zerstört. Im Wiederaufbau begriffen.

**25. Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg**

a) *Evangelisch-Lutherischer Oberkirchenrat*

Oldenburg i. O., Amalienstr. 6; Fernruf 4266 u. 2550

*Vorsitzender*: D. Dr. Stählin, Bischof.

*Hauptamtliche Mitglieder*: Kloppenburg, ObKirchR.; Dr. jur. Ehlers, ObKirchR.;

Dr. H. Schmidt, ObKirchR.



*Nebenamtliche Mitglieder:* Dr. jur. R. Schmidt, Eisenb.-Abt.-Präs. i. R.  
*Jur. Referent:* Dr. jur. Wintermann, Rechtsanwalt.

*b) Synode*

*Präsident:* —.

*Vizepräsident:* Chemnitz, KirchR., Westerstede.

*c) Synodalausschuß*

Chemnitz, KirchR.; Wilkens, P.; Dr. Gramsch, Min.-Rat; Dr. jur. Koch I,  
Rechtsanwalt; Zumholz, Zimmermeister.

*d) Kirchliches Seminar*

Oldenburg i. O., Quellenweg 38

*Leitung:* D. Dr. Stählin, Bischof.

**26. Evangelische Landeskirche Anhalts**

*a) Evangelischer Landeskirchenrat*

Dessau, Neumarkt 4, Fernruf 2156 u. 2272

*Vorsitzender:* Schröter, Oberkirchenrat.

*Stellvertreter:* Körmigk, Kirchenrat.

*Mitglieder:* Fischer, KirchR.; Lic. Müller, KirchR.

*b) Der Landeskirchentag*

*Vorsitzender:* Lange, Kreisoberpfarrer.

*Geistl. Beisitzer:* Schmidt, Pfarrer;

*weltl. Beisitzer:* v. Engelhardt, Lehrer.

*Geistl. Stellvertreter:* Gärtner, Kreisoberpfarrer;

*weltl. Stellvertreter:* Günther, Richter.

**27. Lippische Landeskirche**

*a) Kirchenleitung*

Lippischer Landeskirchenrat zu Detmold. Besteht aus den Mitgliedern des Landeskirchenamts, des Vorstandes der Landessynode und einem 4. synodalen Mitglied: D. Klingler, Oberstud.Dir.

*b) Kirchenbehörde*

Lippisches Landeskirchenamt zu Detmold, Hornsche Str. 44; Fernruf 3033

*Vorsitzender:* Lic. Neuser, Prof., Landessuperintendent.

*Mitglieder:* Dr. jur. von Hanstein, Landgerichtsrat a. D., jur. KirchR.; P. Engelbert, luth. KirchR.

*c) Landessynode*

*Vorstand:* Sup. Wessel, Präses; Meyer zu Dörentrup, Bauer; Dr. jur. Ebert, Oberamtsrichter a. D.

## **28. Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland**

### *a) Landeskirchenausschuß*

*Vorsitzender:* Middendorff, Kirchenpräsident, Schüttorf.

*Mitglieder:* Arends, Rechtsanwalt und Notar; P. Smidt; P. Johs. Immer;  
Dr. med. Brunzema.

### *b) Landeskirchenrat*

Aurich, Schulstr. 9; Fernruf 268

*Präsident:* Herrenbrück, Landessuperintendent.

*Vizepräsident:* Dr. jur. Fokken.

*Ehrenamtliche Mitglieder:* Fürst zu Inn- und Knyphausen.

## **29. Evangelisch-lutherische Landeskirche Eutin**

### *a) Landessynode*

*Präsident:* Dr. med. Waßmund, Pansdorf.

### *b) Landeskirchenamt*

Eutin, Schloßstr. 13; Fernruf 689

Kieckbusch, Landespropst; de Beer, Oberamtsrichter i. R.; Wulff, Stadt-  
oberinspektor i. R.

Der Evangelischen Kirche in Deutschland angegliedert:

### **1. Die Evangelische Brüder-Unität**

Herrnhuter Brüdergemeine

*Direktionssitz für den Osten:*

Herrnhut-Oberlausitz, Vogtshof

Bischof Johannes Vogt, Vorsitz.

Walther Baudert; Erwin Förster.

*Direktionssitz für den Westen:*

Bad Boll-Wttbg.; Fernruf 163

Lic. Heinrich Renkewitz, Vorsitz.

Dr. Waldemar Reichel; Bischof Hermann G. Steinberg.

### **2. Bund Evangelisch-Reformierter Kirchen Deutschlands**

*Präses:* P. Kamlah, Göttingen, Untere Karspüle 11a.

### **3. Bremische Evangelische Kirche<sup>1)</sup>**

#### *a) Der Kirchentag*

Der Kirchentag besteht aus 122 Vertretern der Kirchengemeinden und 4 vom  
Kirchentag gewählten Einzelmitgliedern.

---

<sup>1)</sup> Bisher nicht Gliedkirche der EKD.

## *b) Kirchausschuß*

### *1. Vorstand:*

*Präsident:* Donandt, Rechtsanwalt.

*Vizepräsident:* Dr. Appel, Präsident des Verwaltungsgerichts.

*Schriftführer:* P. Urban.

*Schatzmeister:* Edzard, Kaufmann.

- 2. Weitere Mitglieder:* Dr. Leist, Rechtsanwalt; P. Hackländer; P. Penzel; P. Otten (Senior d. Luth. Bezirksverbandes); Schünemann, Kaufmann; Krause, Kaufmann; Wübbe, Kaufmann; Kropp, Bauer.

## *c) Kirchenkanzlei*

Bremen, Sandstr. 10-12; Fernruf 21061

*Leiter:* Dr. Bornemann.

## **Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland**

*Vorsitzender:* Kirchenpräsident D. Niemöller, Wiesbaden, Emser Str. 3.

*Geschäftsführer:* Kirchenrat v. Harling, Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 7.

Zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland gehören:

1. Evangelische Kirche in Deutschland, s. oben S. 485.
2. Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, s. B 1.
3. Evangelische Gemeinschaft in Deutschland, s. B 3.
4. Methodistenkirche in Deutschland, s. B 2.
5. Alt-Katholische Kirche in Deutschland, s. B 5.
6. Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden, s. B 6.
7. Evangelische Brüderunität in Deutschland, s. oben S. 503.

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland (B 4) steht im Gastverhältnis zur Arbeitsgemeinschaft.

## **Deutscher Evangelischer Kirchentag**

*Präsident:* D. Dr. Reinold v. Thadden-Trieglaff.

*Generalsekretäre:* Otto-Heinrich Ehlers; Pastor Heinrich Giesen.

*Präsidialbüro:* Fulda, Leipziger Str. 133; Fernruf 2656.

## **Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland**

*Vorsitzender:* Kirchenpräsident D. Niemöller, DD. DD., (16) Wiesbaden, Brenntanstr. 3.

*Geschäftsführer:* Pastor Mochalski, (16) Darmstadt, Roquetteweg 15.

*Geschäftsführung:* (16) Darmstadt, Roquetteweg 15; Tel. 3755; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 148089; Bankkonto: Hessische Bank, Filiale Darmstadt.

## *B. Freikirchen*

### **Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland**

*Vorsitzender:* Heinrich Wiesemann, Seminarlehrer, Ewersbach-Dillkreis.

*Stellvertr. Vorsitzender:* Dr. J. W. Ernst Sommer, Bischof, Frankfurt a. M.

*Schriftführer:* Schmidt, Bundesdirektor, Bad Homburg v. d. Höhe.

*Beisitzer:* Ernst Pieper, Kirchenpräsident, Berlin.

Zur Vereinigung Evangelischer Freikirchen gehören:

1. Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland,
2. Methodistenkirche in Deutschland,
3. Evangelische Gemeinschaft,
4. Bund Freier evangelischer Gemeinden e. V.

### **1. Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden**

#### *a) Bundesleitung*

*Bundesvorsitzender:* Jakob Meister, Berlin-Dahlem,

*Vorsitzender-West:* Hans Fehr, Hamburg,

*Vorsitzender-Ost:* Otto Soltau, Berlin-Weißensee,

*Schriftführer:* Ewald Fiedler, Stuttgart.

*Leiter des Bundeshauses:* Paul Schmidt und Erich Wingenroth, Bad Homburg v. d. Höhe.

*Weitere Mitglieder:* Baresel, Stuttgart; Becker, Frankfurt/Main; Bender, Berlin; Dr. Braun, Duisburg; Groll, Würzburg; Johns, Hamburg; Müller, Velbert; von Pape, Zeitz; Pohl, Hamburg; Reichardt, Mülheim-Ruhr; Rollin, Leipzig; Seifert, Zwickau; Sondheimer, Derschlag; Surmann, Lünen; Zimmermann, Köln-Mülheim.

#### *b) Bundeshaus*

Bad Homburg v. d. H., Luisenstr. 121; Fernruf 2628

#### *c) Predigerseminar*

Hamburg-Horn, Rennbahnstr. 115; Fernruf 294949

*Direktor:* Lic. Dr. Luckey.

*Theol. Lehrer:* Rockel; Lic. Stahl; Dr. Grün.

### **2. Methodistenkirche in Deutschland**

#### *a) Bischöfliche Aufsicht*

Dr. Sommer, Bischof, Frankfurt a. M.-Ginnheim, Ginnheimer Landstr. 180; Fernruf 24731.

#### *b) Distriktssuperintendenten*

Mitteldeutsche Konferenz: Thomas, Zwickau; Georgi, Remtengruen, Vogtland; Nordostd. Konf.: Scholz, Berlin-Schöneberg;



Nordwestd. Konf.: Zeuner, Bremen-Vegesack; Schulz, Hamburg;  
Südd. Konf.: Dahn, Ansbach; Haug, Stuttgart;  
Südwestd. Konf.: Hoffmann, Frankfurt a. Main; Mann, Karlsruhe.

c) *Schriftführer der Zentralkonferenz*  
Stehl, Direktor, Kassel-Wilhelmshöhe.

d) *Predigerseminar der Methodistenkirche*  
Frankfurt a. M., Ginnheimer Landstr. 180.

*Direktor:* Dr. Wunderlich.

*Dozenten:* Dr. Huber; Dr. Scharpff; Thomas, StudR.; Dr. Sommer.

### **3. Evangelische Gemeinschaft in Deutschland**

a) *Kirchenkanzlei:* Berlin SW 29, Dieffenbachstr. 39; Fernruf 660459.

b) *Präsident des Kirchenvorstandes:* Pieper D.D., Superintendent, Berlin.

c) *Theologisches Seminar:* Reutlingen, Hagstr. 2.

*Direktor:* Dr. theol. Schempp.

*Dozenten:* Dr. Kücklich; Dr. Dietrich, Professor; P. Wüthrich.

### **4. Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland**

a) *Geschäftsstelle:* Witten (Ruhr), Goltenkamp 2, Fernruf 2014.

Bundesgeschäftsführer: Mosner, Prediger, Witten (Ruhr).

Bundesvorsteher: Glebe, Prediger, Frankfurt a. M.

Bundespfleger: Fuhrmann, Prediger, Solingen.

b) *Predigerschule:* Ewersbach (Dillkreis).

*Schulleiter:* Quiring, Prediger.

*Theolog. Lehrer:* Wiesemann; Prill; Dr. Dr. Reuter.

### **5. Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland**

a) *Bischof:* Kreuzer, Bonn, Schumannstr. 49; Fernruf 122485.

b) *Weihbischof:* Dr. Steinwachs, Neckargemünd.

c) *Generalvikar:* Dr. Steinwachs, Neckargemünd.

d) *Bischöfliches Ordinariat und Bischöfliche Verwaltung:* Bonn, Schumannstr. 49.

e) *Synodalvertretung:*

2. Vorsitzender: Dr. Petri, Professor, Koblenz-Oberwerth, Rheinau 2.

f) *Alt-katholisches Bischöfliches Seminar:* Bonn, Baumschulallee 9.

*Leiter:* Dr. Küppers, Professor, Bonn.

### **6. Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden**

1. *Vorsitzender:* Pastor Lic. Händiges, Monsheim, Fernruf 175.

2. *Vorsitzender:* Dr. Crous, Ältester, Göttingen.

*Kassenführer:* Pfarrer Braun, Ibersheim.

*Ehrenvorsteher:* Prof. D. theol. h. c. B. H. Unruh, Karlsruhe-Rüppurr.

## 7. Verbündete Evangelisch-Lutherische Freikirchen

### 1. Evangelisch-Lutherische Kirche im früheren Altpreußen

*Oberkirchenkollegium:*

*Präsident:* Oberkirchenrat Dr. Günther, Wuppertal-Elberfeld, Paradestr. 41; Fernruf 35590.

*Dienststelle West:* Oberkirchenrat Dr. Günther, Wuppertal-Elberfeld; Kirchenrat Lic. Kiunke, Oberursel (Taunus), Altkönigstr. 50.

*Dienststelle Ost:* Geschäftsführer Pastor Schröter, Berlin C2, Annenstr. 53; Kirchenrat Lic. Schulz, Berlin-Wilmersdorf; Superintendent Grube, Berlin-Schlachtensee.

### 2. Evangelisch-Lutherische Freikirche

*Präses:* Pastor Petersen, Berlin Steglitz.

*Stellvertretender Präses:* Pastor Stallmann, Bochum.

*Präses des Nördlichen Bezirks:* Pastor Hein, Groß-Oesingen über Wittingen;

*Präses des Südwestdeutschen Bezirks:* Pastor Eikmeier, Steeden a. d. Lahn;

*Präses des Sächsischen Bezirks:* Pastor Stallmann, Zwickau (Sachsen)-Planitz;

*Präses des Diaspora-Bezirks:* Pastor Lerle, Halle.

Für beide Kirchen:

*Lutherische Theologische Hochschule:* Oberursel, Altkönigstr. 50; Fernruf 340.

*Derzeitiger Rektor:* Lic. Pastor Laabs.

*Dozenten:* Kirsten, Pastor; Lic. Kiunke, Kirchenrat; W. Oesch, Pastor.

### 3. Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche

## Kirchenleitung

### I. Das Superintendenten-Kollegium:

1. Kirchensuperintendent Heinrich Martin, Marburg (Lahn), Am Grün 35; Fernruf Marburg 2821.
2. Superintendent Jakob Böttcher, Molzen über Ülzen.
3. Superintendent Lic. Werner Srocka, Hermannsburg.
4. Superintendent Wilhelm Daub, Freiburg i. Breisgau.
5. Superintendentur-Verweser Pfarrer Wilhelm Schmidt, Melsungen.

### II. Der Kirchenbeirat:

1. Pastor Rudolf Rothfuchs, Rodenberg am Deister.
2. Oberregierungsrat Dr. jur. Rudolf Lühr, Wunstorf.
3. Kaufmann Ernst Riecken, Hamburg-Borgfelde.
4. Dr. jur. Werner Noack, Freiburg i. Breisgau.
5. Pfarrer Karl Mädlich, Sand über Kassel.

#### 4. *Evangelisch-Lutherische Flüchtlingsmissionskirche*

*Präses:* Pastor Malschner-Maliszewski, Memmingen Allgäu, Gartenstr. 3.

Ferner besteht noch folgende lutherische Freikirche:

*Freie ev.-luth. Bekenntniskirche zu St. Anshar in Hamburg*

P. Erwin Schmidt, Hamburg, Ansharplatz 9.

### *C. Evangelisch-Theologische Fakultäten*

#### 1. Theologische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

##### *Professoren mit Lehrstuhl:*

Rost, Leonhard, D. Dr. Dekan: AT. — Elliger, Walter, Lic.: KG. Chr. Arch. u. Kirchl. Kunst. — Lieb, Fritz, D., Basel: Osteuropäische KK. — Schneider, Johannes, Lic. Dr., NT. — Vogel, Heinrich, D., STh.

##### *Gastprofessor:*

Aland, Kurt, D.: KG., Ntlliche LitG. u. Textkritik, Chr. Archäologie u. KstG.

##### *Professoren mit Lehrauftrag:*

Doehring, Bruno, D.: PrTh. — Dreß, Walter, Lic.: KG.

##### *Dozenten:*

Koch, Gerh., Lic., STh. — Wessel, Klaus, Lic. Dr.: KG., Christl. Arche und Kirchl. Kunst.

##### *Lehrbeauftragte:*

Fichtner, Horst, Dr. med. et phil.: Christl. Soz. Ethik. — Jahn, Ernst, Lic.: RelPäd. — Klamroth, Erich, Lic.: Hebr. Sprache u. Atliche Hilfswissenschaften. — Lezius, Gerda, Dr. phil.: Gr. u. lat. Sprachunterricht, kursorisch. Lektüre des NT. (sprachl. Teil).

#### 2. Theologische Fakultät der Universität Greifswald

##### *Ordentliche Professoren:*

Fascher, Erich, D.: NT. — Haendler, Otto, D., Univers.-Prediger: PrTh. — Hermann, Rudolf, D.: STh. — Jepsen, Alfred, D. Dr. phil., Dekan: AT. — Koeppe, Wilhelm, D.: STh. u. RelW.

##### *Professoren mit vollem Lehrauftrag:*

Jenssen, Ernst: Angewandte Th. — Steuernagel, Carl, D. Dr. phil. (em.) AT.

##### *Lehrbeauftragte:*

Beintker, Horst, Hebr. Sprachkurse — Glawe, Walther, Prof. D. Dr. phil.: KG. — Schott, Erdmann, Prof. Lic.: KR u. Konfessionskunde.

### 3. Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

#### *Professoren mit Lehrstuhl:*

Aland, Kurt, D.: KG., Chr. Arch., G. d. chr. Kst., Ntlche EinlW. — Barnikol, Ernst, D. Dr. phil.: KG. u. RelG. des Urchristentums. — Eißfeldt, Otto, D. Dr. phil., Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Sächs. Akademie der Wissenschaften in Leipzig: AT. u. semit. RelG. — Fascher, Erich, D.: NT. — Heinzelmann, Gerhard, D., Dekan: D.NT. — Klostermann, Erich, D. Dr. phil.: NT u. Althchr. Lit.

#### *Professoren mit Lehrauftrag:*

Knevels, Wilhelm, Dr.: PrTh. — Lehmann, Arno, Dr.: MissWiss. u. allgem. RelWiss. — Rebling, Oskar: Orgelspiel u. Orgelkunde.

#### *Dozent:*

Gericke, Wolfgang, Lic.: KG.

#### *Lehrbeauftragte:*

Benckert, Heinrich, Lic., Dr. phil., Pfarrer: STh. — Schmidt, Hans, D., em. ord. Prof.: Hebr.

### 4. Theologische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena

#### *Ordentliche Professoren:*

Heussi, Karl, D. Dr.: KG. — Preisker, Herbert, D., Dekan: NT. u. Allgem. RelG. — Gloege, Gerhard, Dr.: STh. — Meyer, Rudolf, Lic.: AT. — Hertzsch, Erich, Dr.: PrTh.

#### *Professor mit vollem Lehrauftrag:*

Jursch, Hanna, Dr.: KG. u. ChrArch. u. KstG.

#### *Lektoren:*

Heerdegen, Arno, Dr.: Hebr. — Stech, Bruno, Dr.: Griech.

### 5. Theologische Fakultät der Universität Leipzig

#### *a) Professoren mit Lehrstuhl:*

Leipoldt, Johannes, D. Dr., Direktor des ntlichen Seminars, Vorsitzender der Prüfungskommission für Theologen, Domherr: NtlcheW. — Alt, Albrecht, D., Direktor des atlich-exeget. Seminars I. Abt. u. der Bibl.-arch. Sammlung, Domherr: AtlicheW. — Sommerlath, Ernst, D., Direktor des Seminars für STh., Zweiter Univ.-Prediger, Dekan, Domherr: STh. — Müller, Dedo, D. Dr., Direktor des Seminars für PrTh., Erster Univ.-Prediger, Prodekan: PrTh. — Lau, Franz, Lic., Direktor des kglichen Seminars u. des Chr.-arch. Seminars: KG. — Fuchs, Emil, D.: STh., Soz.E. u. Rel.Soz.

#### *Von den amtlichen Verpflichtungen entbunden:*

Stephan, Horst, D.: STh.



b) *Professoren mit vollem Lehrauftrag:*

Oepke, Albrecht, D.: NtlcheW. — Bardtke, Hans, Lic., Direktor des atlich-exeget. Seminars 2. Abt.: AtlicheW.

c) *Lehrbeauftragte:*

Wagner, Heinz, stellv. Direktor des Seminars für PrTh., Missionsdirektor, P.: RelPäd. u. Jugendk. — Herz, Johannes, D.: SozE. u. SozPäd. — Rabenschlag, Friedrich, Univ. Musikdir.: Lit. Gesangsbildung.

## 6. Theologische Fakultät der Universität Rostock

a) *Ordentliche Professoren:*

Quell, Gottfried, D.: AtlicheW. — Weiß, Konrad, Dr., Dekan: NtlcheW. — Peschke, Erhard, Dr.: KG. — Doerne, Martin, D. Dr.: STh. — Holtz, Gottfried, D.: PrTh. — Strasser, Gotthilf, Prof. Dr. jur.: KR.

b) *Dozenten:*

Beyer, P. Dr.: STh.

c) *Lehrbeauftragte:*

Glawe, Walther, Prof. D. Dr.: KG. — Henry, Marie-Louise, Dr.: Hebr. Sprache u. AtlicheW. — Theek, Bruno, P.: Christentum u. Weltanschauung.

## 7. Theologische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

*Ordentliche Professoren:*

Goeters, Wilhelm, D. (von den amtl. Pflichten entbunden): KG. — Kohlmeyer, Ernst, D. (von den amtl. Pflichten entbunden): KG. — Noth, Martin, D.: AtlicheW. — Dehn, Günter, D.: PrTh. — Schlier, Heinrich, D.: NtlcheW. — Schlingensiepen, Hermann, D.: PrTh. — Bizer, Ernst, D., Dekan: KG. — Gollwitzer, Helmut, Dr.: S.

*Außerordentlicher planmäßiger Professor:* Kraus, Hans-Joachim, Dr.: AtlicheW.

*Dozenten und Privatdozenten:*

Karpp, Heinrich, Lic. Dr.: KG.

*Mit der Abhaltung von Vorlesungen beauftragt:*

Joest, W., Dr.: S. Th.

## 8. Theologische Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

*Ordentliche Professoren:*

Strathmann, Hermann, D., emerit.: Ntlche Th. — Althaus, Paul, D., Vorstand des Seminars für Apologetik: S. u. ntlche Th. — Baumgärtel, Friedrich, D., Vorstand des atlichen Seminars, AtlicheTh. — Elert, Werner, D. Dr. phil., Vorstand des Seminars für system. Th.: Syst. u. hist. Th. — Steinwand, Eduard, D., Vorstand des Seminars für Th. des chr. Ostens: Th. des chr. Ostens, mit Lehrauftrag f. Pr.Th. — Stauffer, Ethelbert, D., Vorstand des Seminars für Geschichte des Urchristentums: Ntlche Th. mit Lehrauftrag

für Antike Numismatik a. d. Phil. Fak. — v. Loewenich, Walther, D. Vorstand des kgl. Seminars u. des Seminars f. christl. Arch. u. KunstG.: KG., Sb., Chr. KArch. — Stählin, Gustav, D. Dr. phil., Vorstand des ntlichen Seminars: Ntliche Th. — Maurer, Wilhelm, D., Mitvorstand des kgl. Seminars: KG. u. DG.

Weerda, Jan, Lic., Vorstand des Seminars für ref. Th.: Ref. Th.

*Honorar-Professoren:*

Kempff, Georg, Universitätsmusikdirektor, Vorstand des Instituts für Kirchenmusik: Lit. u. Kmus. — Schornbaum, Karl, D. Dr. phil., verpflichtet: Bayer. KG. — Künnet, Walter, D. Dr. phil.: Grenzgebiet d. system. Th.

*Außerplanmäßiger Professor:*

Hauck, Friedrich, D.: Ntliche Th. — Fichtner, Fritz, Dr. phil.: Chr. Arch. u. Kirchl. Kunst.

*Privatdozenten:*

Goppelt, Leonhard, Lic.: ntliche Th. (z. Zt. an die Kirchl. Hochschule, Hamburg, beurlaubt). — Graß, Hans, Lic.: STh.

*Repetenten:*

Für Altes Testament: Hesse, Franz, Dr. — Für Neues Testament: Kraus, Herbert.

*Assistent:*

Am Seminar f. Gesch. d. Urchristentums: Bammel, Ernst, Dr. theol. Dr. phil.

*Mit dem Abhalten von Vorlesungen beauftragt:*

Cramer, Karl, Dr., Pfr. i. R.: Atliche Th. — Nothmann, Hugo, Dr. phil., StR.: Spätjudentum. — Pfeiffer, Gerhard, Dr. phil., Stadtarchivdirektor in Nürnberg: Bayr. KG. — Heubeck, Alfred, Dr. phil., StR.: Griech. u. lat. Sprachkurse. — Lebegern, Ludwig, Lehrer: Pädag. Praktikum.

**9. Theologische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen**

*a) Ordentliche Professoren:*

Stange, Carl, D. Dr. theol. h. c., Dr. phil. h. c., Abt von Bursfelde: S. u. PrTh. (emer.) — Meyer, Johannes, D.: PrTh (emer.). — Bauer, Walter, D.: NT. (emer.). — Dörries, Hermann, D.: KG. — Jeremias, Joachim, D. Dr.: NT. — Gogarten, Friedrich, D.: STh. — Wolf, Ernst, D.: KG. — Weber, Otto, D. Dr.: Reform. Th. — Trillhaas, Wolfgang, D. Dr. phil.: PrTh. — Iwand, Hans Joachim, D.: STh. — Zimmerli, Walther, D.: AT. — Käsemann, Ernst, D.: NT.

*b) Honorarprofessoren:*

Schuster, Hermann, D., Studienrat i. R.: RelPäd. (liest nicht). — Mahrenholz, Christhard, D. Dr. phil., ObLK KirchR.: Kirchl. Mus.

c) *Außerplanmäßiger Professor:*

Kuhn, Karl Georg, Dr. phil.: NT.

d) *Privatdozenten:*

Roth, Erich, Dr. theol., Dr. phil.: KG. — Schäfer, Ernst, Dr.: Chr. Arch., Kirchl. K. — Kuschke, Arnulf, Lic.: AT. — Schneemelcher, Wilhelm, Lic.: KG. — Vielhauer, Philipp, Dr.: NT (liest in Bonn). — Gensichen, Hans-Werner, Dr., M.Th.: KG.

e) *Mit der Abhaltung von Vorlesungen beauftragt:*

Harms, Hans-Heinrich, Dr., M.Th., ObKirchR.: Ökum. Fragen. — Niebergall, Alfred, Dr., Stdir.: PrTh.

f) *Mit der Abhaltung von Übungen beauftragt:*

Fuchs, Hermann, stellv. akad. Musikdir.: Musikal. Lit. — Große-Brauckmann, Emil, Dr. phil., Studienrat: Griech. Sprachkurse. — Buchheim, Max, Stadtschulrat: Pädag.-didakt. Übungen.

Priv.-Doz. Lic. Arnulf Kuschke hält hebräische Sprachkurse ab.

### 10. Theologische Fakultät der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg

a) *Ordentliche Professoren:*

Bornkamm, Heinrich, D.: HTh. — von Rad, Gerhard, D.: AT. — Frhr. von Campenhausen, Hans, D.: HTh. — Schlink, Edmund, D. Dr. phil.: STh. — Brunner, Peter, D.: STh. — Bornkamm, Günther, D.: NtlicheTh. — Hahn, Traugott Wilhelm, Dr.: PrTh.

b) *Inaktive ordentliche Professoren:*

Jelke, Robert, D. Dr. phil.: STh. u. DG. — Hölscher, Gustav, D. Dr. phil.: AT. — Hupfeld, Renatus, D.: PrTh.

c) *Honorarprofessor:*

Frommel, Otto, D. Dr. phil.: PrTh. — Hauss, Fritz, Lic.: Bad. KG. u. PrTh.

d) *Privatdozenten:*

Moldaenke, Günter, Lic. theol., Pfarrer, KG. — Plöger, Otto, Lic. theol., P.: AT. — Joest, Wilfried, Dr. theol.: STh. (liest in Bonn).

e) *Lehrbeauftragte:*

Poppen, Hermann, Dr. phil. Prof.: KMus. — Friedrich, Otto, D. Dr. jur. Oberkirchenrat: KRecht. — Naumann, Paul, Dr.: AtPros. — Kindt, Karl, Dr. phil.: Neuere Theologie- u. Geistesgesch. — Schoener, Karlheinz, Pfarrer: Kat. Üb. — Seesemann, Heinrich, Lic.: NtTh.

### 11. Theologische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel

a) *Ordentliche Professoren:*

Rendtorff, Heinrich, D. Landesbischof a. D., PrTh., NT. — Redeker, Martin, D. Dr. phil., Dekan, Senator: STh. — Meinhold, Peter, Dr. theol., Prodekan:

KG., DG. — Hertzberg, Hans Wilhelm, D., Prälat a. D., Senator: AT. — Wendland, Heinz-Dietrich, D.: NT., SozE.

*b) Planmäßige außerordentliche Professoren:*

Schneider, Rudolf, Dr. theol. Dr. phil.: NT., STh. — Schultz, Werner, Lic. Dr. phil., P. i. R.: RelW., theol. Propädeutik.

*c) Honorarprofessor:*

Freytag, Walter, D. Dr. phil., Missionsdirektor: MissW.

*d) Dozenten:*

Voss, Theodor, D. KonsR. (emeritiert): PrTh. — Göbell, Walter, Dr. theol., P.: Neuere KG. — Vollborn, Werner, Dr. theol.: AT.

*f) Lehrbeauftragter:*

Bohne, Gerhardt, Prof. Dr.: Evang. Erz. u. Unterricht.

## **12. Theologische Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz**

*a) Ordentliche Professoren:*

Galling, Kurt, D. Dr. phil.: AT. u. Palästina-Kunde. — Horst, Friedrich, D. Dr. phil.: AT. — Kümmel, Werner, D.: NT. — Dinkler, Erich, Dr. theol.: NT., ChrArch. — Völker, Walter, D. Dr. phil.: KG., DG., Patristik. — Delekat, Friedrich, D. Dr. phil.: STh., Phil., Päd. — Wiesner, Werner, Lic.: STh. — Holsten, Walter, Lic.: Allg. RelW., MissK. — Rapp, Eugen Ludwig, Dr. theol.: Christl. Orientalistik. — Jannasch, Wilhelm, Dr. theol.: PrTh.

*b) Außerordentlicher Professor:*

Hamel, Adolf, Lic.: KG. u. DG.

*c) Honorarprofessor:*

Biundo, Georg, Dr. theol.: Pfälz. u. Rhein. TerritorialKG.

*d) Lehrbeauftragte:*

Eggert, Hanna, Dr. phil.: KMus. — Loew, Wilh., Lic. theol., Dr. med.: PrTh.

## **13. Theologische Fakultät der Philipps-Universität Marburg**

*a) Ordentliche Professoren:*

Uckele, Alfred, D., KonsR. (emeritiert): PrTh. — Hermelink, Heinrich, D. Dr. phil. (emeritiert): KG. — Bultmann, Rudolf, D., DD.: NT. — Balla, Emil, D., Mitglied des Senats: AT. — Heiler, Friedrich, D. Dr. phil., DD.: Vergl. RelG. u. RelPhil. — Frick, Heinrich, D. Dr. phil., DD., Direktor der Religionskundl. Sammlung, Ephorus der Hess. Stipendiatenanstalt, LKR., Mitglied des Senats: STh., RelW. u. MissK. — Wunsch, Georg, D.: STh., Soz. Ethik. — Benz, Ernst, D. Dr. phil., Direktor des Christl.-archäolog. Seminars, Mitglied des Senats: KG., DG. — Eltester, Walther, D.: NT. u. alte KG. — Horst, Johannes, D., Prälat, Universitätsprediger: PrTh. —



Siegfried, Theodor, D. Dr. phil., geschäftsführender Direktor des Theol. Seminars: STh., Gesch. der Th., RelPhil.

*b) Honorarprofessor:*

Zscharnack, Leopold, D. Dr. phil., KonsR.: KG.

*c) Dozenten:*

Zeller, Winfried, Lic. theol. habil., P.: KG. — Adam, Alfred, Dr.: KG. — Fohrer, Georg, Dr. Dr. phil.: AT. — Müller, Ludolf, Dr. Dr. phil.: KG.

*d) Mit dem Halten von Vorlesungen beauftragt:*

Lang, Heinrich, OKonsR. i. R., P., Prof.: ChrArch. — Behaghel, Elisabeth: Sprechkunde.

**14. Evangelisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Landes-Universität  
Münster**

*Ordentliche Professoren:*

Herrmann, Johannes, D., Ephorus des Hamann-Stiftes: AtlicheTh. und Exegese (von den amtlichen Pflichten entbunden). — Schmitz, Otto, D.: Ntliche Th. und Exegese (von den amtlichen Pflichten entbunden). — Stählin, Wilhelm, D. Dr. phil., Bischof von Oldenburg: PrTh. (von den amtlichen Pflichten entbunden). — Rudolph, Wilhelm, D. Dr. phil., Kurator des Theologenkonviktes: Atliche Th. und Exegese. — Schreiner, Helmuth, D. Dr. phil.: PrTh. — Haenchen, Ernst, Dr. theol.: STh. (von den amtlichen Pflichten entbunden). — Stupperich, Robert, Lic. theol., Dr. phil., Geschäftsf. Direktor der Ev.-Theol. Seminare: KG. — Ratschow, Carl Heinz, Lic. theol., Dr. phil.: STh. und RelG. — Rengstorf, Karl Heinrich, D., derz. Dekan, Direktor des Institutum Judaicum Delitzschianum: Ntliche Th. und Exegese. — Jacobs, Paul, Dr. theol.: Reformierte Th.

*Planmäßige außerordentliche Professoren:*

Foerster, Werner, Lic. theol.: NT und Geschichte und Kultur des hellenistischen Ostens. — Janssen, Karl, Lic. theol.: PrTh., besonders Katechetik und Innere Mission.

*Honorarprofessoren:*

Steinborn, Erwin, Lic. theol., Bibliotheksrat: MissW., kgliche Hilfswissenschaften, theol. Bücherkunde. — Schumann, Friedrich Karl, D. Dr. phil., o. Universitätsprofessor, Leiter der Evangelischen Akademie Christophorus-Stift, Hemer, Kr. Iserlohn: Ökumenische Fragen.

*Außerplanmäßiger Professor:*

Thimme, Wilhelm, D.: STh. u. RelPsych. (liest nicht).

*Dozenten:*

Wenschkewitz, Hans, Pastor, Lic. theol. habil.: Ntliche Exegese. — Kettler, Franz Heinrich, Lic. theol.: KG.

*Lehrbeauftragte:*

Krämer, Ernst, Studienrat: Griechische Sprachkurse. — Rahe, Wilhelm, Dr. theol., Landeskirchenrat: Westfälische Kirchengeschichte. — Freytag, Gottfried, Pfarrer: PrTh., insbesondere Liturgik und Hymnologie. — Girkon, Paul, Dr. phil., Pfarrer i. R.: Kirchliche Kunst. — Ehmman, Wilhelm, Professor, Dr. phil.: Evangelische Kirchenmusik. — Konrad, Joachim, Ministerialrat, Professor, Dr. theol. Dr. phil.: Syst. und Pr. Th.

**15. Evangelisch-Theologische Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

*a) Ordentliche Professoren:*

Heim, Karl, Dr. phil., Lic., D., DD.: STh. (emeritiert). — Wehrung, Georg, Dr. phil., Lic. D.: STh. (emeritiert). — Faber, Hermann, Lic. D.: PrTh. — Rückert, Hanns, D.: KG. — Schlunk, Martin, Lic. theol. h. c., D.: MissW. (emeritiert). — Fezer, Karl, Dr. theol. D., Ephorus des Ev. Stifts: PrTh. — Köberle, Adolf, D.: STh. — Thieliicke, Helmut, Lic., Dr. phil. D.: STh. — Michel, Otto, Lic., D.: NT. — Bauernfeind, Otto, Lic., D.: NT. — Ebeling, Gerhard, Dr. theol.: KG. — Rosenkranz, Gerhard, D.: MissW. — Elliger, Karl, Lic., D.: AT.

*b) Außerordentlicher Professor:*

Steinbach, Ernst, Dr. theol.: RelPhil. u. soz. Ethik.

*c) Mit der Vertretung einer Professur beauftragt (SS. 1951):*

Alt, Albrecht, D. (o. Prof. in Leipzig): AT.

*d) Honorarprofessor:*

Paulus, Rudolf, D.: RelPhil., STh.

*e) Außerplanmäßiger Professor:*

Würthwein, Ernst, Dr. theol.: AT.

*f) Dozenten:*

Fuchs, Ernst, Lic., D.: Ntliche Th. — Schrey, Heinz, S.T.M., D.: STh.

*g) Lehrbeauftragte:*

Hermelink, Heinrich, Dr. phil. D., Prof.: Württ. KG. u. KonfK. — Haußmann, Walter, Dr. phil., Studienrat: Griechisch. — Lauffer, Siegfried, Dr. phil. habil.: Griechisch. — Mezger, Manfred, Dr. phil.: Lit. u. Hymn. — Diem, Hermann, P.: Prinzipienfragen der kirchl. Ordnung.

*h) Lehrermächtigte:*

Brunner, Hellmut, Dr. phil. habil.: Hebräisch. — Schmid, Friedrich, Repetent am Ev. Stift.

## *D. Kirchliche Hochschulen*

### **1. Theologische Schule in Bethel (Kirchliche Hochschule)**

Bethel bei Bielefeld, Postfach 24; Fernruf Bielefeld 63141

#### *Leiter der Schule:*

Prof. Lic. Johannes Fichtner

#### *Hauptaml. Dozenten:*

Adam, Alfred, P. Dr.: KG. — Fichtner, Johannes, Prof. Lic.: AT. — Frey, Hellmuth, P. Magister: AT. — Friedrich, Gerhard, P. Dr.: NT. — Girgensohn, Herbert, P. D. Dr.: PrTh. — Greeven, Heinrich, P. Lic.: NT. — Wolf, Hans-Heinrich, P. Lic.: STh.

#### *Außerplanmäßige Dozenten:*

Brandt, Wilhelm, P. D.: NT. u. InnMiss. — Stoebe, Hans-Joachim, P. Dr.: Hebr. u. Alttestamentl. Hilfswissenschaften.

#### *Lehrbeauftragte:*

Müller, Georg, ObStudir. Dr.: Phil. u. GeistesG. — Ronicke, Curt, Miss. Insp. P.: MissW. — Rust, Hans, Prof. D. Dr.: STh. u. Phil. — Schorsch, Gerhard, Prof. Dr. med. u. Schulte, Walter, Dr. med. habil.: Psychiatrie u. Charakterologie. — Schütz, Adalbert, Kant., Kirchenmusikdir.: KMus.

### **2. Kirchliche Hochschule Berlin**

Berlin-Zehlendorf, Heimat 27, Fernruf 847567-68

*Rektor:* Prof. Dr. theol. Martin Schmidt.

*Ephorus:* Prof. D. Martin Fischer.

*Kurator:* Geh. Reg.-Rat. Dr. Quaatz.

*Geschäftsführer:* Reg. Baurat a. D. Werner Natzschka.

*Dozenten:* Albertz, Martin, Prof. D. Sup.: NT. — Braun, Herbert, Prof. Lic.: NT. — Dehn, Fritz, Prof. Dr. phil.: Lit. Wiss. — Delius, Walter, Prof. Lic. Dr. phil.: KG. — Dilschneider, Otto, Prof. Lic.: STh. — Fischer, Martin, Prof. D.: PrTh. u. KR. — Harder, Günther, Prof. Lic. Dr. jur.: NT. — Henschel, Erich, Dr. phil.: Alte Sprachen und Germanistik. — Hommel, Hildebrecht, Prof. Dr. phil.: Klassische Philologie und Altertumswiss. — Knaak Siegfried, Prof., Miss. Dir. D.: MissW. — Kruska, Harald, Prof., Miss. Insp. Lic.: STh. u. ThG. — Kupisch, Karl, Dr. phil.: G. — Lokies, Hans, Miss. Dir., KirchR.: RelW. — Paeslack, Meinhard, Dr. phil., Ref. der Erz. Kammer: Alte Sprachen, griech. u. röm. RelG. — Quaatz, Reinhold, Geh. Reg. Rat Dr. rer pol.: Soziologie. — Reisner, Erwin, Prof. Dr. phil.: Phil. — Schmidt, Martin, Prof. Dr.: KG. — Smend, Friedrich, Prof. Lic.: Lit.; KMus. — Vogel, Heinrich, Prof. D.: STh. — Westermann, Claus, P. Dr.: AT. — Wolff, Joh., P.: PrTh.

#### *Mit Vorlesungen beauftragt:*

Benn, Ernst-Viktor, Vizepräsident, Dr. jur.: KR. — Giese, Gerhard, Prof. Dr. phil.: Päd. — Jahn, Ernst, P. Lic.: RelPsych. — Maass, Fritz, P. Lic.:

AT. — v. Rabenau, Eitel-Fritz, P. Dr. phil.: PrTh. — Thiel, Wulf, P.: Katechetik. — Wenzel, Theodor, KirchR. D. Dr. phil.: InnMiss. — Winterhager, Jürgen, P. Dr. phil.: Ökumenisches Seminar.

*Mit der Abhaltung von Sprachkursen beauftragt:*

Augustat, Walter, P. Dr. phil.: Hebr. — v. Kissel, Sergius, Prof. Lic. mag.: Hebr. u. Russ. — v. Löwenclau, Ilse, Dr. phil.: Gr.

*Mit Gastvorlesungen beauftragt:*

Rost, Leonhardt, Prof. Dr. phil.: AT.

*Studieninspektoren und Assistenten:*

Dudzus, Otto, Studentenpfarrer: Sprachl. Repetitorien, Bibelk. — Kruppke, Heinz, cand. theol., Assistent: Sprachl. Repetitorien.

### **3. Kirchliche Hochschule Wuppertal**

Wuppertal-Barmen, Missionsstr. 9; Fernruf 50938

*Rektor:* Schmitz, Otto, Prof. D.: NT.

*Ephorus:* z. Zt. unbesetzt.

*Dozenten:* a) im Hauptamt: Lang, Friedrich, Prof. Dr.: NT. — Mühlhaupt, Erwin, Prof. Lic.: KG. — Obendiek, Harmannus, Prof. Dr.: PrTh. — Schmitz, Otto, Prof. D.: NT. — Wolff, Hans Walter, Prof. Lic.: AT.

b) im Nebenamt: Beckmann, Joachim, ObKirchR. Prof. Lic. Dr.: S. u. PrTh. — Bückmann, Otto, Prof. Dr.: AT. — Eichholz, Georg, Prof. Lic.: NT. u. STh. — Niesel, Wilhelm, Prof. D., Moderator des Reformierten Bundes: STh. — Wilkens, Johannes, Prof. Lic. Dr.: NT.

*Lehrbeauftragte:* Dahms, Kurt, Dr.: Phil. — Hammelsbeck, Oskar, Prof. Dr., Direktor der Päd. Akademie: Katechetik u. Päd. — Heinemann, Gustav, Bundesinnenminister a. D. Dr. Dr.: Staatsbürgerkunde. — Klaas, Walter, P.: Th. u. DogmGesch. — Klemm, Günther, ObStudR Dr.: LitGesch. — Mensing, Karl, Rechtsanw. D. Dr. jur.: KR. — Menzel, Gustav, P.: MissK. u. RelG.

*Assistent:* Hanssen, Olav (mit Lehrauftrag für Aramäisch).

*Lektor:* Wilhelm, Dr. Hans Eberhard, Sprachunterricht.

*Konventsinspektor* (zugleich mit der Studentenseelsorge in Wuppertal beauftragt): Werner Krause, P.

### **4. Augustana-Hochschule in Neuendettelsau-Heilsbronn**

Neuendettelsau, Heckenstr. 8; Fernruf Windsbach 1

*Rektor:* D. Georg Merz.

*Professoren:* Merz, Georg, D., Prof.: PrTh., Enzyklopädie, Neuere KG. — Kinder, Ernst, P. Dr.: STh. u. Phil. — Ellwein, Eduard, P. Dr.: NT. — Stählin,



Rudolf, P. Dr.: Alte KG., Lit., NT. — Wittenberg, Martin, Pfarrer: AT., Hymn.

*Studieninspektor:* Henke, Oswald, Dr. phil.: Lektor f. Hebr. u. Lat.

*Nebenamtliche Mitglieder:*

Zillinger, Wilhelm, Dr. phil.: Gr., Deutsch, Didaktik. — Schulze, Fritz, Lic. Dr. phil.: Phil., Psych. u. Päd. — Vicedom, Georg, Dr. sc. rel. D. D.: Missionskunde.

*Ehrenamtliches Mitglied:*

Lauerer, Hans, Rektor D.: DogmenG.

## 5. Kirchliche Hochschule Hamburg

Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 440; Fernruf 595021

*Vorsitzender des Kuratoriums:* Landesbischof D. Dr. Simon Schöffel.

*Rektor:* Oberkirchenrat D. Dr. Volkmar Hertrich.

*Hauptamtliche Professoren:* Engelland, Hans, Dr.: STh. — Goppelt, Leonhard, Lic.: NT. — Hertrich, Volkmar, ObKirchR. Hauptp. D. Dr.: AT. — Knolle, Theodor, ObKirchR. Hauptp. D.: PrTh. — Schmidt, Kurt-Dietrich, Prof. D.: KG. — Schöffel, LBischof D. Dr.: STh. — Schütz, Paul, Hauptp. Lic. Dr.: STh.

*Dozenten:* Alswede, Hans, P.: AT. — Echternach, Helmuth, P. Lic. Dr.: STh. — Folwart, Helmut, P. Prof. Dr.: Phil. — Freytag, Walter, Missionsdir. Prof. D. Dr.: MissW. — Gensichen, Hans-Werner, P., Priv.-Doz. Dr.: KG. — Mülbe, Heinz, Studienleiter, P. Dr.: Phil. — Staack, Hagen, P. Dr.: KG. (beurlaubt). — Witte, Karl, P. D.: NT.

*Mit der Abhaltung von Vorlesungen und Übungen beauftragt:* Brodde, Otto, Dr., Kantor u. Organist: PrTh. — Dammann, Ernst, P. Prof. Dr.: AT. — Garbers, Karl, Dr.: Arabisch, Syrisch, Aramäisch. — Jensen, Gustav, Dr.: Lat. — Lau, Hermann, ObStuddir. Dr. Dr.: Gr. u. Hebr. — Lohse, Eduard, Dr., Konviktsinspektor: NT. — Schulz, Elisabeth, ObStuddirektorin: Katechetik.

## E. Evang. Akademien

### 1. Evangelische Akademie Bad Boll über Göppingen

- a) Trägerschaft: Württembergische Evangelische Landeskirche.
- b) Ehrenvorsitzender: Landesbischof D. Wurm, Stuttgart, Leiter: Direktor Dr. Eberhard Müller, Bad Boll.

### 2. Evangelische Akademie in Hessen und Nassau, Frankfurt a. M.

Schaumkai 23; Fernsprecher 63653—66075—66125

- a) Trägerschaft: Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

- b) Leiter: Propst Dr. theol. Ernst zur Nieden, Wiesbaden  
 Studienleiter: Hochschuldozent Dr. phil. Hans Kallenbach, Offenbach a. M.  
 Ständige Mitarbeiter:  
 Studentenpfarrer Dr. jur. Wolfgang Böhme.  
 Ministerialrat Dr. Hans Puttfarcken,  
 Hochschuldozent Pfarrer Wolfgang Sucker.

### **3. Evangelische Akademie Hermannsburg** Hermannsburg, Kr. Celle (Corvinus-Akademie)

- Trägerschaft: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers.  
 Vorsitzender des Konventes der Akademie: Landesbischof D. Lilje.  
 Studienleiter: Pastor Lic. Doehring, Hermannsburg, Pastor Wischmann, Hermannsburg.  
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Karl Witt: Päd. — Harald von Rautenfeld: Ökumene u. Ostkirche. — Dr. Stella Seeberg: Flüchtlingsfragen. — Dr. Karlgustav Hartung: Soziologie u. Wirtschaft. Reisesekretär: Dr. Gerd Heinz-Mohr, Hermannsburg.

### **4. Evangelische Akademie Schloß Tutzing am Starnberger See** Fernruf 0258/466

- a) Trägerschaft: Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern.  
 b) Leiter: Pfarrer Hildmann; Stellvertreter: Pfarrer Sommerauer; Mitarbeiter: Heinz Flügel.

### **5. Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck Guntershausen, Bezirk Kassel**

- a) Trägerschaft: Evangelische Landeskirche von Kurhessen-Waldeck.  
 b) Studienleiter: Pfarrer Dr. Müller-Schwefe, Guntershausen.

### **6. Evangelische Akademie Baden (Herrenalb/Schwarzwald)**

- a) Trägerschaft: Vereinigte Ev.-Prot. Landeskirche Badens.  
 b) Geschäftsstelle: Karlsruhe, Blumenstr. 1.

### **7. Evangelische Forschungs-Akademie Christophorus-Stift Hemer** (Kr. Iserlohn), Haus Hemer; Fernruf Iserlohn 3429

- a) Trägerschaft: Christophorusbund e. V., Kuratorium, bestehend aus Vertretern der Ev. Kirchen von Westfalen, Rheinland, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Lübeck, Bremen und der Reformierten Kirche von Nordwestdeutschland.  
 b) Leiter: Prof. D. Dr. Friedr. Karl Schumann, Theologe des Stifts; Prof. Dr. Wilhelm Schüßler, Historiker des Stifts; Dr. rer. nat. Günter Howe, Naturwissenschaftler des Stifts.

**8. Evangelische Akademie der Hamburgischen Landeskirche**  
Geschäftsstelle Hamburg-Harburg, Wilstorfer Str. 9

- a) Trägerschaft: Evangelisch-luth. Landeskirche in Hamburg.
- b) Vorsitzender: Landesbischof D. Dr. Schöffel, Hamburg. Leiter: Pastor Dr. Junge, Hamburg-Harburg, Wilstorfer Str. 9. Mitarbeiter: (die Stelle ist z. Z. unbesetzt).
- c) Gesellschaft Evangelische Akademie Hamburg: 1. Vors.: Prof. jur. Hans Möller. — 2. Vors.: Prof. Dr. phil. Paul Raethjen.

**9. Evangelische Forschungsakademie Ilsenburg**

- a) Trägerschaft: Die Landes- und Provinzialkirchen in der Ostzone, gemeinsam vertreten durch den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin-Charlottenburg, Jebensstr. 3.
- b) Vorsitzender des Kuratoriums: ObKonsR. Lic. Dr. Söhngen.  
Geschäftsführender Direktor: Dr. Albrecht Volkmann, Ilsenburg, Harz, Evangelisches Stift.

**10. Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt**

Lutherstadt Wittenberg (Lutherhalle),  
Ev. Stift Ilsenburg, Burg Bodenstein, Gernrode

- a) Trägerschaft: Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und Landeskirche Anhalt.
- b) Gesamtvorsitz: Präses Dr. Kreyssig, Magdeburg, Am Dom 1. Stellvertreter: Prof. Dr. Stammer, Halle-Saale, Händelstr. 29.
- c) Geschäftsführung: Prof. Dr. Thulin, Lutherstadt Wittenberg, Lutherhalle.

**11. Evangelische Akademie Eisenach**

- a) Trägerschaft: Evang.-Lutherische Kirche von Thüringen.
- b) Leiter: Oberkirchenrat Dr. Schanze, Weimar.  
Geschäftsführer: Kirchenrat Lic. Schulze-Kadelbach, Eisenach.

**12. Evangelische Akademie Braunschweig, Peter-Joseph-Krahe-Str. 11**

- a) Trägerschaft: Braunschweigische Ev.-Luth. Landeskirche.
- b) Leiter: Pastor Direktor Reinhard Herdieckerhoff, Braunschweig.

*Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademie*  
Sekretariat: Bad Boll über Göppingen; Fernruf Boll 193. 226.







115096

BX  
8020  
A2  
K5  
v.77

115095K6

Kirchliches Jahrbuch

DATE DUE	BORROWER'S NAME

Kirchliches...v.77

THEOLOGY LIBRARY  
SCHOOL OF THEOLOGY AT CLAREMONT  
CLAREMONT, CALIFORNIA



PRINTED IN U.S.A.

